Geschichte des Alldeutschen Verbandes

von

Otto Bonhard

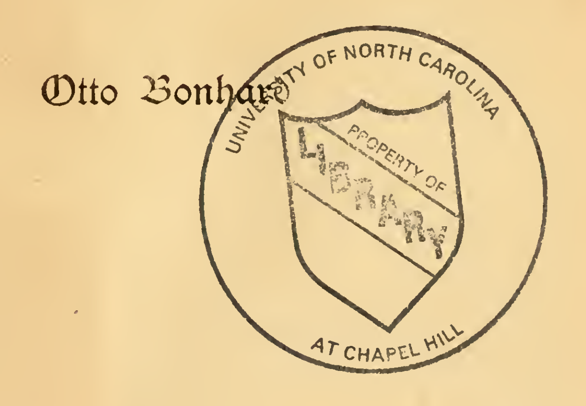

LUX
LIBERTAS



Geschichte des Alldeutschen Verbandes

von

Otto Bonhard



Theodor Weicher
Leipzig



Berlin
1920

Buchdruck von Straubing & Müller (Rich. Matthias), Weimar.

Vorbemerkung.

Am 28. September 1920 konnte der Alldeutsche Verband auf ein 30jähriges Wirken im Dienste deutschen Volkstums zurückschauen. Die Hauptleitung hatte hierzu geplant[1]), jedem Mitglied als Festgabe eine Schrift darzubringen, welche die Geschichte und die Leistungen des Verbandes in der Vergangenheit, seine Arbeit in der Gegenwart und seine neuen Aufgaben und Ziele für die Zukunft in gedrängter Zusammenfassung darstellen sollte. Leider konnte dieser Plan der hohen Kosten halber nicht durchgeführt werden. Statt dessen ist dieses umfangreichere Buch entstanden. Möge ihm eine recht zahlreiche Leserschaft im alldeutschen Kreisen beschieden sein.

Ueber den Werdegang dieses Werkes noch einige Worte! Es war für den Verfasser kein leichter Entschluß, als am 1. März dieses Jahres die Anfrage an ihn herantrat, ob er sich der Geschichtsschreibung des „Alldeutschen Verbandes" zu dessen Festtag am 28. September unterziehen wolle. Denn allzu knapp erschien ihm die Frist, um etwas nach jeder Hinsicht Befriedigendes leisten zu können. Andererseits war die Aufgabe gar zu verlockend und es durfte wegen der Kürze der Arbeitszeit auch mit verständnisvoller Nachsicht bei der Beurteilung gerechnet werden. So trug denn die Lust an der Sache den Sieg über die Bedenken davon.

Trotzdem darf die Arbeit den Anspruch erheben, überall auf dem festen Boden der Tatsachen zu fußen. Konnte die Quellenforschung, zumal im zweiten Teile, auch keine durchaus erschöpfende sein, so sind doch sämtliche mitgeteilten Tatsachen sicher belegt, auch wo ein besonderer Hinweis im Schriftsatze fehlt. Die Urteile dagegen gehören lediglich dem Verfasser. Irgend welche ketzerische oder angreifbare Ansichten müssen also ihm allein zur Last gelegt werden.

Es ist klar, daß die erschwerenden Arbeitsbedingungen es mit sich brachten, daß trotz aller Sorgfalt, sich Irrtümer nicht ganz vermeiden ließen. Besonders im zweiten Teile, der ja nur einen „ersten Versuch" darstellen soll, werden Lücken festzustellen sein, Manches auch Widerspruch herausfordern. Belehrungen und Hinweise in dieser Beziehung werden für etwaige spätere Richtigstellungen dankbar angenommen.

---

1) AB 20, Nr. 10.

Das Werk wäre mir nicht gelungen, wenn es nicht von Vielen freundliche Förderung erfahren hätte, was um so nötiger war, als der Verfasser noch nicht lange genug dem Verbande angehört, um dessen Entwicklung aus eigner Anschauung verfolgen zu können. Vielleicht kam aber dieser Umstand der Unbefangenheit seines Urteils zu Gute. Für ihre hilfreiche Unterstützung sei auch an dieser Stelle der Dank ausgesprochen den Herren Justizrat Claß, Dr. A. Fick, Geheimrat Dr. Hugenberg, Professor L. Schemann, Justizrat Stolte und Freiherrn von Vietinghoff-Scheel.

Berlin, 28. September 1920.

O. Bonhard.

Abkürzungen.

AB 00, 201 = Alldeutsche Blätter, Jahrgang 1900, Seite 201.
AK = 20 Jahre alldeutsche Arbeit und Kämpfe.
AM = Mitteilungen des Allgemeinen deutschen Verbandes.
KK = Kolonialpolitische Korrespondenz.

Inhaltsverzeichnis.

III. Der alldeutsche Gedanke.

Anlagen.

I. Aeußere Verbandsgeschichte.

1. Vorgeschichte und Gründung des Verbandes 1886—1891.

In den Jahren 1884 und 1885 hatte die Tatkraft und rasche Entschlossenheit von Dr. Karl Peters dem Reiche große und zukunftsreiche Länder in Mittel-Ostafrika gewonnen. Dieser Erwerb wertvoller Pflanzungs- und Siedlungsgebiete stärkte in weiten Kreisen unsres Vaterlandes die Erkenntnis von der Notwendigkeit, unsrer schnell wachsenden Volkswirtschaft die fehlenden Rohstoffe zu sichern und unsrer zu dicht werdenden Bevölkerung deutsches Siedlungsland zu beschaffen, damit der Ueberschuß unsres Volkstums nicht, wie bisher, in fremden Landen aufgesogen werde und der deutschen Zukunft verloren gehe.

Das Verdienst von Dr. Peters ist es, daß er dieses wachsende Verständnis für unsre künftigen Uebersee-Aufgaben planmäßiger Arbeit nutzbar zu machen versuchte. Er erließ zu diesem Zwecke in Verbindung mit dem Westdeutschen Missionsverband und dem Zentralverein für Handelsgeographie eine Einladung [1]) zu einem „ersten allgemeinen deutschen Kongreß zur Förderung überseeischer Interessen Deutschlands" für den Herbst 1886. In erster Linie erging sie an die Ueberseedeutschen, deren deutsche Art zu erhalten, ein Hauptziel der Beratungen sein sollte. Außerdem wurden alle größeren deutschen Verbände und Vereine zur Teilnahme aufgerufen. Um den Unterschied mit den umfassenderen Zielen des „Alldeutschen Verbands" würdigen zu können, seien die Punkte erwähnt, die vornehmlich der Beschlußfassung des Kongresses unterliegen sollten. Danach sollte zu den Aufgaben des neuen Verbands [2]) gehören:

1. Die Fortführung der Kolonialbewegung zu brauchbaren Ergebnissen,
2. die Erschließung und Hebung der bislang deutscherseits erworbenen Uebersee-Gebiete,
3. die deutsche Auswandererfrage,
4. die Hebung der deutschen Ausfuhr,
5. die deutschen Missionen in überseeischen Gebieten,
6. die Erhaltung deutscher Sprache und deutscher Art in den überseeischen Gebieten und
7. die Befestigung der Beziehungen zwischen unsern Landsleuten in der Fremde und in der Heimat.

---

[1]) Bekanntgegeben in der KK vom 5. 12. 85.

[2]) Hier, wie anderswo, sind vermeidbare Fremdwörter älterer Kundgebungen ausgemerzt, soweit es sich nicht um deren wörtliche Wiedergabe handelt.

Der Kongreß fand am 13.—16. September 1886 in Berlin statt [1]). Er beschloß die Schaffung eines „Allgemeinen deutschen Verbandes zur Förderung überseeischer deutsch-nationaler Interessen", der dann auch einige Monate später ins Leben trat. Die Verwirklichung seiner Ziele suchte er hauptsächlich durch die Zusammenfassung von einer Reihe völkischer Vereine zu gemeinsamer Arbeit zu erreichen. Dieser Versuch, ohne eigne unmittelbare Arbeitsbetätigung lediglich durch mittelbare Einwirkung auf andre zu wirken, mußte scheitern. Denn es war nur zu natürlich, daß die einzelnen Vereine und Verbände zunächst auch weiterhin ihren Sonderaufgaben nachgingen, ehe sie Anregungen von außen her folgten. Zu dieser geringen Anteilnahme der beteiligten Körperschaften kamen noch die häufige überseeische Abwesenheit von Karl Peters, der allein dem Verband zu wirklichen Leben hätte verhelfen können, und andre widrige Umstände hinzu, so daß diesen durchaus gesunden Bestrebungen leider ein Erfolg zunächst versagt blieb. Wie zeitgemäß sie aber an sich waren, zeigte sich, als wenige Jahre später der lodernde Unwille über den unseligen Sansibar-Vertrag ähnliche Bewegungen ins Leben rief, welche die nachhaltigsten Wirkungen auf die Geschicke des Deutschtums ausüben sollten.

Man kann es als glückbringendes Vorzeichen für den umfassenden alldeutschen Gedanken nehmen, daß die erste Anregung im Jahre 1890 nicht aus dem Reiche, sondern aus dem stammverwandten Ausland kam. Es waren 4 reichsdeutsche Herren, die unterm 24. Juni dieses Jahres aus Zürich einen Aufruf: „Deutschland, wach' auf!" [2]) zur Sammlung Gleichgesinnter erließen, der in einer Reihe von reichsdeutschen Hauptzeitungen des Südens und Westens (z. B. in der Kölnischen und Frankfurter Zeitung) veröffentlicht wurde. Ohne das Verdienst der andern Mitunterzeichner (Dr. W. Felix, Dr. O. Lubarsch und A. Müller) schmälern zu wollen, sei hier vor allem des Herrn Dr. A. Fick gedacht, der nicht nur weiterhin in Verbindung mit seinem Schwiegervater Prof. Dr. J. Wislicenus ein Hauptverdienst an der Gründung des Verbands hat, sondern der sich auch in all den langen Jahren seitdem als bewährter Vorkämpfer des alldeutschen Gedankens erwies und lange Zeit an hervorragender Stelle im Geschäftsführenden Ausschuß anregend und fördernd mitwirken konnte.

Leider hatte der Aufruf „Deutschland, wach' auf!" nicht den erhofften Erfolg. Die zur etwa gleichen Zeit in Köln tagende Kolonialversammlung konnte sich unter dem Druck der Regierung nicht entschließen, dem allgemeinen Unwillen, der im Volke zweifelsohne weit verbreitet war, nachhaltigen Ausdruck zu geben [3]). Dazu kam das geringe Verständnis, welches das freisinnige Bürgertum und die sozialdemokratische Arbeiterschaft für diese Fragen völkischer Uebersee-Geltung zeigten. Und vollends fehlte die Unterstützung der Presse, die es statt mannhafter Meinungsäußerung für gut fand, „der Regierung keine Schwierigkeiten zu bereiten", und die Sache totzuschweigen.

Einen wesentlichen Erfolg hatte aber der Aufruf. Er brachte seinen Urhebern eine Anzahl von Zustimmungen aus dem Reiche [4]). So konnten

[1]) Bericht darüber in der KK vom 25. 9. 86. Vgl. ferner AB 07, 105.

[2]) s. Anlage 1.

[3]) Der damalige, gerade aus Ostafrika zurückgekehrte Maj. Liebert v. Gen.-St. trat in Köln vergeblich entschieden gegen den Sansibarvertrag auf.

[4]) Für die Verbandsgeschichte am wichtigsten sind unter diesen die der Herren Dr. Hugenberg, Hannover, und Reismann-Grone, Essen.

denn von Zürich aus diese Gesinnungsgenossen durch ein ferneres Schreiben vom 15. Juli 1890 gesammelt werden. Da man sich indes im Züricher Kreise klar war, daß die von Dr. Hugenberg, Hannover, vorgeschlagene völkische Vereinigung nur in Deutschland selbst ins Leben gerufen werden konnte, so übernahm dieser die weiteren Aufgaben der Sammlung (Anlage 2 u. 3). Er wurde durch seine Anregung und Tätigkeit also „der eigentliche Vater des alldeutschen Verbandes“ [1]). Das nächste Ergebnis war eine Zusammenkunft von Gesinnungsgenossen [2]) in Frankfurt a. M. am 28. September 1890 unter dem Vorsitze des Prof. Dr. Wislicenus aus Leipzig, der nach seiner Stellung und Persönlichkeit zur Führung besonders geeignet erschien. Auf dieser Tagung wurde der Beschluß gefaßt, daß der einmal gewonnene Zusammenhang nicht mehr verloren gehen dürfe, sondern weiter ausgebaut werden müsse. Deshalb ist der 28. September 1890 als Geburtstag des Alldeutschen Verbandes zu betrachten, unbeschadet der Tatsache, daß die eigentliche Gründungsversammlung erst ein halbes Jahr später stattfand. Zu dieser Zögerung hat die Haltung von Peters mit beigetragen. Ihn, den Erwerber Ostafrikas, der gerade damals nach Deutschland zurückkehrte, wollte man auf Hugenbergs Anregung an die Spitze des neuen Verbandes stellen, nicht nur, um die Werbekraft seines Namens für die Bewegung zu gewinnen, sondern auch, um ihm einen unabhängigen Wirkungskreis zu schaffen. Peters gab indes zunächst [3]) eine ausweichende Antwort, um sich kurz darauf in Berlin aufs neue der Regierung zu verpflichten. Daraufhin konnte er natürlich nicht gut an die Spitze eines Vereins treten, dessen Gründung durch den Unwillen über eine Maßnahme ebendieser Regierung hervorgerufen war. Um so weniger als sie gerade jetzt Peters veranlaßt hatte, zur Beschwichtigung der Oeffentlichkeit in einem Vortrag für den Vertrag einzutreten.

Nachdem jedoch der Streit um den Sansibar-Vertrag etwas mehr in den Hintergrund getreten war, änderte Dr. Peters seine Stellung und erklärte sich damit einverstanden, daß seine alte Unternehmung von 1886 mit dem neuen Vorhaben verschmolzen werde und dem Gesamtunternehmen den Namen gäbe. Er lud selbst am 20. Jan. 91 als geistiger Urheber des ersten „Allgemeinen deutschen Verbands“ eine Anzahl Abgeordneter und sonstiger einflußreicher Männer zu einer Versammlung am 25. Jan. 91 nach Berlin ein, zu dem Zwecke, seinen Verband, nunmehr „mit erweiterten Zielen und zeitgemäßen Formen“, zu neuem Leben zu erwecken. An dieser Vorbesprechung nahmen Wislicenus und Hugenberg als Vertreter der 1890er Bewegung teil. Die Aussprache ergab Uebereinstimmung in den Absichten und Zielen, so daß am 9. April 1891 die Gründungsversammlung des „Allgemeinen deutschen Verbands“ in Berlin stattfinden konnte. Ihr zahlreicher Besuch aus den Kreisen der Abgeordneten und Gelehrten, sowie des Großhandels, bewies, daß man dieses Mal auf dem richtigen Wege war. Namen wie die der Abgeordneten Graf Mirbach-Sorquitten, von Kardorff, Enneccerus, der Professoren Häckel, Hasse, Ratzel,

---

[1]) Mitteilung von Dr. A. Fick, Zürich.

[2]) Nur 8 Personen, s. AB 02, 455.

[3]) Noch vor der Frankfurter Tagung in einer Besprechung mit Dr. Hugenberg in Hannover. Er stimmte zwar der Verurteilung des Sansibar-Vertrages zu, wollte sich aber die Rückkehr nach Ostafrika nicht durch scharfes Bekämpfen der Regierung verbauen.

v. Liszt, der Afrikareisenden Borchert und Prof. Schweinfurth, des Bankherrn von der Heydt, des Stadtsyndikus Dr. Tramm, des Prof. Lenbach und vieler andrer finden sich neben denen der geistigen Väter der Bewegung, Dr. Fick, Prof. Wislicenus, Dr. Hugenberg und Reismann-Grone auf der Liste der ersten Vorstandsmitglieder[1]). Auch der jetzige Ehren-Vorsitzende der Berliner Ortsgruppe, Justizrat Stolte, nahm schon damals an hervorragender Stelle an der Bewegung teil. Und schließlich sei der Beteiligung des „Vereins deutscher Studenten" nicht vergessen, die ebenfalls durch Zubilligung einer Vertretung im Vorstand ihre Anerkennung fand.

Die Satzungen brachten zum Ausdruck, daß man von der ursprünglichen Beschränkung auf die Wahrung der deutschen Belange in Uebersee abgegangen war. Man betrachtete jetzt die Aufgaben des Verbands weit großzügiger in der Förderung der deutschvölkischen Gesamtbelänge im Inlande und im Auslande. Hieraus ergaben sich im einzelnen:

1. Belebung des vaterländischen Bewußtseins in der Heimat und Bekämpfung aller der völkischen Entwicklung entgegengesetzten Richtungen.

2. Pflege und Unterstützung deutsch-völkischer Bestrebungen in allen Ländern, wo Angehörige unseres Volks um die Behauptung ihrer Eigenart zu kämpfen haben und Zusammenfassung aller deutschen Volksgenossen auf der Erde für diese Ziele.

3. Förderung einer tatkräftigen deutschen Machtpolitik in Europa und über See. Insbesondere auch Fortführung der deutschen Kolonialbewegung zu greifbaren Ergebnissen.

Der Wandel und Fortschritt seit 1886 ist unverkennbar. Dort erste, tastende Schritte, hier die klare Erkenntnis, daß das nachbismarckische Deutschland aus der festländischen Beschränktheit herausmüsse und seinen Weltberuf nur durch Machtentfaltung nach außen, gestützt auf ein gesundes, kerndeutsches Volk im Innern, erfüllen könne. Und es ist ein wertvoller Beweis dafür, wie sicher und umfassend die führenden Köpfe des Verbands ihre Aufgabe gleich von Anfang an erkannt hatten, daß diese Ziele im wesentlichen noch heute Geltung haben. Nur der Anschluß des „Allgemeinen deutschen Vereins" brachte im Jahre 1894 eine Erweiterung durch Einbeziehung der völkischen Erziehungs- und Bildungsfragen. Erst nach dem Novemberumsturz wurde dann im Jahre 1919 eine völlige Neuaufstellung der Verbandsziele notwendig, die indes keine Abkehr von dem bisher Erstrebten bedeutet, sondern nur durch zeitentsprechende Erweiterung oder Einschränkung bestimmter Arbeitsgebiete den veränderten tatsächlichen Verhältnissen Rechnung trägt.

Zum Schlusse dieses Abschnitts sei noch erwähnt, daß bereits in der Gründungsversammlung der Abgeordnete Schultz-Lupitz den Vorschlag zur Annahme brachte, den Ausspruch des großen Kurfürsten „Gedenke, daß du ein Deutscher bist" zum Losungswort des Verbands zu machen[2]). Leider sind wir heute immer noch weit davon entfernt, daß dieses Kernwort die Losung und Richtschnur für Tun und Handeln jedes deutschen Volksgenossen ist.

---

[1]) Aufruf s. Anlage 4.

[2]) Näheres ist mitgeteilt AK Nr. 3, Seite 26 und AB 11, 35. Später stellte es sich heraus, daß es „Bedenke" und nicht „Gedenke" heiße.

2. Der „Allgemeine Deutsche Verband“. 1891—1894.

Den Bericht über die Gründungsversammlung des Allgemeinen Deutschen Verbands begleitete die „Leipziger Zeitung“ vom 11. April 1891 mit den bezeichnenden Worten: „Gut gemeint ist die Sache jedenfalls. Daß dabei viel herauskommt, bezweifeln wir.“ Und fast gewann es den Anschein, als ob dies absprechende Urteil eines der Bewegung damals nicht unfreundlich gegenüberstehenden Blattes recht behalten sollte. Den Gründen dieser Erscheinung nachzugehen, ist auch für unsere Tage nicht ohne Wert.

Zunächst zwar schien die rasche und günstige Entwicklung des Verbands — schon nach etwa einem Jahre waren gegen 20000 Mitgliedskarten ausgegeben — den hohen Erwartungen entsprechen zu wollen, zu denen die allgemeine Teilnahme der völkisch denkenden Kreise an seiner Gründung zu berechtigen schien. Dieser anfängliche Aufschwung geriet jedoch aus verschiedenen Ursachen nur allzubald ins Stocken. Gleich anfangs war es nicht gelungen, den Mann als geschäftsführenden Vorsitzenden zu gewinnen, der infolge seines auf hohe Verdienste gegründeten Ansehens und seiner mitreißenden Tatkraft auf weite Kreise werbend hätte wirken und die verschiedenen Strömungen innerhalb des Verbands in den gemeinsamen und tätigen Dienst der hohen Aufgaben hätte zwingen können. Dr. Karl Peters mußte infolge seiner Bindung gegenüber dem Auswärtigen Amt auf das ihm angebotene Amt zur Wahrung der Unabhängigkeit des Verbands verzichten und sich mit der beratenden Stellung eines Ehrenmitglieds begnügen[1]). An seiner Stelle übernahm die Geschäfte der Bankherr Karl von der Heydt, dem in Herrn van Eyken ein Geschäftsführer zur Seite trat. Die großen Erfolge blieben der Tätigkeit dieser beiden Herren indes versagt. Hieran waren wohl verschiedene Gründe schuld.

Um dem Verbande eine möglichst große Verbreitung zu sichern und jedermann den Beitritt zu ihm zu ermöglichen, hatte man sich mit dem außerordentlich niedrigen Jahresbeitrag von 1 Mark, von dem zudem die Hälfte noch den etwaigen örtlichen Verbänden zufloß, begnügen zu müssen geglaubt. Die freiwilligen Spenden flossen jedoch sehr spärlich, da die vorbildliche Opferfreudigkeit des Vorsitzenden wenig Nachfolge fand. So kam der Verband von vornherein in die Lage, daß ihm selbst zur Aufrechterhaltung der Geschäftsführung die nötigen geringen Mittel fehlten. Zum Kriegführen — und die Tätigkeit des Verbands war ja ein Kampf für das Deutschtum und gegen völkische Gleichgültigkeit — gehört jedoch Geld, Geld und abermals Geld. Infolge des dauernden Geldmangels war natürlich an eine ersprießliche Tätigkeit wenig zu denken. Stillstand bedeutete aber hier wie überall: Rückgang.

---

[1]) Seitdem trat er in den nächsten Jahren nur noch selten im Verband hervor. Trotzdem dieser ihm auch in den schweren Tagen seiner Verfolgung Treue bewahrte, entfremdete er sich ihm immer mehr. Erst nach seiner Rückkehr nach Deutschland nahm er kurz vor seinem Tode in den Kriegsjahren die Fühlung mit dem Verbandsvorsitzenden wieder auf. Eine eigentliche Mitarbeit ergab sich aber hieraus nicht mehr. Es verblieb bei reger Anteilnahme von Peter's Seite an der Alldeutschen Kriegsarbeit.

Zur Sicherung des geistigen Zusammenhangs und zur Erhaltung reger Anteilnahme der Einzelmitglieder an den Arbeiten des Verbands sollte die regelmäßige Herausgabe gedruckter Mitteilungen dienen. Diese durchaus richtige Maßnahme kam aber aus doppeltem Grunde nicht recht zur gehofften Wirkung. Denn die „Mitteilungen“ gelangten nicht in die Hände aller Mitglieder, da ein Bezugszwang nicht bestand. Vor allem aber erschienen sie — wohl in Wechselwirkung mit dem Geldmangel — viel zu spärlich, um wirklich Einfluß auf die Mitglieder, trotz guter Einzelleistungen, gewinnen zu können. Erschienen sie doch im Laufe von 2¼ Jahren (bis Juli 1893) nur siebenmal. — Auch die Beeinflussung der breiteren Oeffentlichkeit durch die Tagespresse konnte aus Mangel an Mitteln über dürftige Anfänge nicht hinaus kommen.

Auch war die Gliederung des Verbands außerhalb der Reichshauptstadt nicht glücklich durchgeführt. Nur wenige Ortsgruppen waren entstanden. Die ganze Arbeitslast mit Nebendingen, wie z. B. dem Einziehen der Mitgliederbeiträge, ruhte infolgedessen auf der Hauptgeschäftsstelle, die über dieser kleinlichen Verwaltungstätigkeit ihren eigentlichen großen Aufgaben entzogen wurde.

Noch ein anderes scheint hinzugetreten zu sein. Von Haus aus war der Verband eine Vereinigung, die über den Parteien stand. Das war und ist für ihn Lebensbedingung. In ihm konnten, wie ja auch die Zusammensetzung seines ersten Vorstandes bezeugte, Angehörige aller Parteien zum Wohle des gemeinsamen Ziels, der Förderung deutschvölkischer Belange im In= nnd Ausland, zusammenwirken. Sobald dieser Standpunkt — tatsächlich oder dem Anschein nach — verlassen wurde, hatte man mit der Gegenwirkung derjenigen Parteien zu rechnen, die sich in ihrem Besitzstande bedroht glaubten. Nun trat gegen Ende 1892 eine Bewegung ins Leben, die die Begründung einer neuen Partei, der „Nationalpartei“ bezweckte, die berufen sein sollte, die geschichtlich gewordenen, aber überlebten Parteien abzulösen. In einem Werberundschreiben wurde sogar offen auf eine Sprengung der freikonservativen und nationalliberalen Partei, denen zahlreiche Verbandsmitglieder angehörten, hingearbeitet. Es traf sich nun für den Verband recht ungünstig, daß sein geschäftsführender Vorsitzender von der Heydt mit seinem Geschäftsführer van Eyken neben andern hervorragenden Mitgliedern die Hauptträger dieser Neugründungsbestrebungen waren. Wenn auch schließlich die neue Partei nicht zustande kam, so trug doch diese Haltung der genannten Herren bei vielen Mitgliedern sicher nicht dazu bei, die tätige Mitarbeit am Verbande zu fördern, ganz abgesehen davon, daß die Arbeitskraft, welche von diesen Herrn auf die Werbetätigkeit für ihre neue Partei verwandt wurde, dem Verband verloren ging. Man kann aber an solch verantwortlicher Stelle nicht zween Herrn gleichzeitig dienen.

Innere Kämpfe in der einflußreichen Berliner Ortsgruppe, wo ein aufdringlicher Antisemitismus [1]) Einfluß zu gewinnen suchte, schwächten

[1]) Fall Schwennhagen s. AM und Briefwechsel Hasse=Wislicenus. Diese Art von Antisemitismus ist natürlich durchaus etwas anderes als die ablehnende Stellungnahme des Alld. Verbands gegenüber dem übermäßigen Einfluß des Judentums in der Gegenwart. Näheres im II. Teile bei Erörterung der Judenfrage.

diese Gruppe und damit den Verband und schädigten ihr Ansehen in der öffentlichen Meinung.

Schließlich kamen wohl auch noch Reibungen persönlicher Art innerhalb des Vorstandes hinzu, welche die Tätigkeit des Verbands lähmten.

Er stand deshalb im Sommer 1893 tatsächlich vor der Frage der Auflösung. Es mußten ganz neue Bahnen beschritten werden und zwar bald, wenn nicht ein schneller Verfall eintreten sollte. Darüber waren sich eine Anzahl von Herren, die sich in Frankfurt a. M. trafen und deren Hauptmitglieder Prof. Wislicenus und Hasse waren, einig. Ebenso darüber, der Sache zuliebe den Versuch zu machen, den Verband auf neuen Grundlagen seiner Gesundung entgegenzuführen.

Der Geschäftsbericht, der in der Vorstandssitzung vom 5. Juli 1893 zur Verlesung kam, enthüllte die ganze Trostlosigkeit der geschäftlichen Lage des Verbands. Nur *sofortige* einschneidende Maßnahmen konnten jetzt noch Rettung bringen. Um den Uebergang in neue Bahnen zu erleichtern, trat Herr von der Heydt von seinem Amt eines geschäftsführenden Vorsitzenden zurück; am 15. Juli folgte ihm Herr van Eyken.

In dem schon erwähnten Prof. Dr. *Hasse* glaubte man den Mann gefunden zu haben, der allein imstande sei, den Verband wieder lichteren Tagen entgegenzuführen. Und ein glücklicher Stern waltete über dieser Wahl. Es war wirklich der richtige Mann an den richtigen Platz gekürt worden. Allerdings entschloß sich Hasse nur zögernd einzuspringen und zunächst nur probeweise den Vorsitz zu übernehmen. Sein ausgeprägtes Pflichtgefühl gebot ihm, sich zuerst zu vergewissern, ob für ihn auch die Vorbedingungen eines ersprießlichen Wirkens gegeben seien, ehe er sich endgültig entschied. Sein dauerndes Verbleiben in leitender Stellung machte er deshalb von einer Reihe von Bedingungen abhängig, die einmal bezweckten, seine Amtsführung in Bezug auf die Geldwirtschaft von vornherein auf eine gesunde Grundlage zu stellen und außerdem frisches Leben in die Verbandstätigkeit zu bringen, um die erloschene Anteilnahme der völkischen Kreise wieder zu erwecken. Seine Vorschläge sind von so ausschlaggebender Bedeutung für das Bestehen des Verbands gewesen, daß sie im folgenden angeführt seien.

1. Hasse forderte, daß ein regerer Meinungsaustausch, als bisher, mit den führenden Männern des Verbandes außerhalb Berlins stattfinde. Dem solle ein dauernder Briefwechsel *aller* Vorstandsmitglieder, Ortsgruppen und Vertrauensleute mit der Hauptleitung dienen. Indem sie ihre Ansichten zu allen schwebenden Fragen *schnell* und *freimütig* äußerten, setzten sie diese in die Lage, ihre Anregungen und Urteile zu prüfen und *rechtzeitig* in der Oeffentlichkeit zu vertreten. Durch diese tätige Mitarbeit wurde andererseits die Anteilnahme der beteiligten Kreise fortlaufend wacherhalten und gesteigert.

2. Zur besseren Zusammenfassung der Deutschen in den Ueberseegebieten war der Vorschlag gemacht worden, sich der Mitwirkung der deutschen Konsuln zu versichern. Hasse glaubte jedoch von dieser Unterstützung nur insoweit Gebrauch machen zu dürfen, als die völlige *Unabhängigkeit* des Verbands gegenüber den heimischen Behörden trotzdem auch in Zukunft unbedingt gewahrt bleibe. Dagegen stimmte er

einem Vorschlage von Dr. Peters zu, der zu dem gleichen Zwecke einen „Allgemeinen deutschen Kongreß“ im September 1894 einberufen wollte, der indes später nicht zustande kam.

3. Die bisherigen Mißerfolge waren zum erheblichen Teile dem Mangel an Mitteln zuzuschreiben. Hasse machte deshalb zur Vorbedingung seiner Tätigkeit, daß nach Bezahlung der Schulden der Verband auf mindestens 3 Jahre in geldlicher Hinsicht völlig gesichert sei. Die Mittel hierzu sollten durch freiwillige Spenden aufgebracht werden, was in der Tat trotz der nicht unbeträchtlichen Höhe der erforderlichen Gelder gelang. Hiermit wurde ein Weg zum ersten Male mit Erfolg beschritten, der noch öfters zum Nutzen des Verbands betreten wurde und die außerordentliche Opferwilligkeit vieler Mitglieder für ihre Hochziele erhärten sollte.

4. Durch umfangreichere Bildung von Ortsgruppen, deren es bis dahin nur wenige gab, sollte die Hauptgeschäftsstelle dauernd entlastet und durch Bestallung eines geeigneten Geschäftsführers den durch die räumliche Trennung des Verbandssitzes Berlin von Hasses Wohnort Leipzig zu erwartenden Schwierigkeiten in wirksamer Weise vorgebeugt werden. Auf seine Veranlassung wurde diese für das weitere Gedeihen des Verbandes so wichtige Frage aufs glücklichste durch die Wahl des Jenenser Privatdozenten Dr. Adolf Lehr gelöst. Das wechselseitige Vertrauensverhältnis zwischen Hasse und Lehr, von dem noch heute ein umfangreicher Briefwechsel das schönste Zeugnis ablegt, trug wesentlich zu den Erfolgen der nächsten Jahre bei. Lehr trat sein Amt im Frühjahr 1894 an.

5. Zur Belebung der Anteilnahme an den Arbeiten des Verbands seitens der Mitglieder sollte schließlich eine besondere Zeitschrift vom 1. Januar 1894 an dienen — es waren die jetzt noch erscheinenden „Alldeutschen Blätter“ —, die wöchentlich erscheinen und möglichst sämtlichen Mitgliedern zugänglich gemacht werden sollten. Letzteres Ziel wurde allerdings erst sehr viel später erreicht. Bis 1894 wurde die Herausgabe der „Mitteilungen“ fortgesetzt, jedoch in rascherer Folge, so daß in dem noch folgenden halben Jahre genau so viel Nummern erschienen als in der ganzen vorherigen Zeit.

Dies die Hasseschen Vorschläge. Es bedurfte indes in den nächsten Monaten noch schwerer Arbeit, bis die Geschäftsführung des Verbands und die Herausgabe der Zeitschrift für die nächsten Jahre soweit sicher gestellt waren, daß Prof. Dr. Hasse glaubte, das Amt des geschäftsführenden Vorsitzenden endgültig annehmen zu können. Mit diesem Entschluß war die nötige Stetigkeit in der Weiterentwicklung des Verbands gewährleistet, dessen Wiederaufstieg aus seinem Tiefstand — die Mitgliederzahl war bis auf etwa 4000 gesunken — schon seit Juli 1893 eingesetzt hatte.

Unser Zeitraum schließt ab mit dem Namenswechsel des Verbands am 1. Juli 1894. Er stand im Zusammenhang mit Verhandlungen, die eine Verschmelzung mit dem „Allgemeinen Deutschen Verein“ zur Pflege des Deutschtums auf dem Gebiete des Bildungs- und Erziehungswesens anstrebten. Dieser Verein war kurz nach dem Verband ins Leben getreten, hatte aber zu keiner rechten Entwicklung gelangen können. Sein

Vorsitzender, der Reichstagspräsident von Levetzow, schlug deshalb seine Vereinigung mit dem „Allgemeinen Deutschen Verband“ vor, der dafür seine Satzungen entsprechend erweitern sollte. Seitens des Verbands wurde diesem Vorschlage zugestimmt und am 12. April 1894 beschlossen, den Verband vom 1. Juli 1894 ab „Alldeutscher Verband“ zu nennen, nachdem, wie schon erwähnt, die „Mitteilungen“ bereits am 1. Jan. 94 durch die „Alldeutschen Blätter“ ersetzt worden waren. Der Name „Alldeutsch“ geht vielleicht (?) auf Ernst Moritz Arndt zurück und wurde für den Verband von dem Direktor A. Diederich, Bonn, ein besonders rühriges und opferwilliges Verbandsmitglied, in Vorschlag gebracht[1]). In Kundgebungen des Verbands findet sich jedoch der Ausdruck „Alldeutsch“ schon in dem Rechenschaftsbericht van Eykens vom Juli 1893. Ebenso gab es schon damals eine Zeitschrift „Alldeutschland“. Eine sichere Feststellung über die Herkunft des Wortes „Alldeutsch“ ist also bis jetzt nicht möglich gewesen.

Zum Schlusse sei noch kurz auf die Tätigkeit des Verbands in diesen ersten drei Jahren hingewiesen. Er hat trotz der Schwierigkeiten, die ihm aus seinen „Kinderkrankheiten“ erwuchsen, doch schon fast alle Arbeitsgebiete beackert, die ihm satzungsgemäß oblagen. Nähere Einzelheiten hierüber werden im II. Teil gegeben, wo die einzelnen Arbeitsgebiete in ihrem Zusammenhange geschildert werden.

3. Der „Alldeutsche Verband“ bis zur Plauener Tagung.
1. 7. 1894 — 13. 9. 1903.

Fast 15 Jahre lang stand Hasse an der Spitze des „Alldeutschen Verbands“. Dieser lange Zeitraum kann füglich nicht in einem Abschnitt behandelt werden, wenn nicht die Uebersichtlichkeit leiden soll. Deshalb ist eine Zweiteilung dieser Zeit vorgenommen. Der erste Abschnitt hat im allgemeinen durch das Zusammenwirken von Hasse und Lehr sein Gepräge — letzterer starb im November 1901 —; er findet seinen natürlichen Abschluß mit der Plauener Tagung, wo durch Claß die „Bilanz des neuen Kurses“ in seinem Vortrage über „die Wandlungen in der Machtstellung des Deutschen Reichs“ gezogen wurde. Von da an ergab sich von selbst ein engeres Zusammenarbeiten Hasses mit Claß, in dem er seinen künftigen Nachfolger sah; hierdurch wurde auch die Stellung des Verbands zur Staatsleitung in gewisser Beziehung beeinflußt.

Etwa gleichzeitig mit der Namensänderung des Verbands waren auch die Veränderungen in seiner Gliederung und seinem innern Ausbau durchgeführt, die Prof. Hasse bei seiner Uebernahme der Geschäfte als unumgänglich nötig bezeichnet hatte, dank auch der rührigen Unterstützung seines Geschäftsführers Dr. Adolf Lehr. Nun konnte sich der Verband erst mit vollen Kräften seinen eigentlichen Aufgaben zuwenden. Erleichtert wurde dies durch den Umstand, daß Hasse seit 1893 dem deutschen Reichstag angehörte und daher die Anschauungen des Verbands in voller Oeffentlichkeit vertreten konnte. Zwar war auch bis dahin und später der Verband nicht ganz ohne Vertretung in den öffentlichen Körperschaften. Graf

[1]) AB 04, 177.

Mirbach, v. Kardorff, Gr. Arnim-Muskau, Liebermann von Sonnenberg und viele andere seiner Mitglieder, zum Teil in leitenden Stellungen des Verbands, gehörten im Laufe der Jahre dem Reichstag und preußischen Landtag an und vertraten des öftern ritterlich den Alldeutschen Verband gegen Angriffe vom Regierungstisch und aus dem Hause, sowie sie sich auch hin und wieder für alldeutsche Forderungen, losgelöst von ihrem Parteistandpunkt, einsetzten. Ja, späterhin bildete sich sogar zeitweise eine alldeutsche Vereinigung im Reichstage, die 1901 32 Mitglieder zählte. Immerhin war es etwas anders, ob der 1. Vorsitzende des Verbands (später seit 1898 auch der Geschäftsführer Dr. Lehr) seine gewichtige Stimme an weithin vernehmbarer Stelle erheben konnte oder ob ein Parteimann gewissermaßen im Nebenamt alldeutsche Belänge vertrat. Denn nun mußte auch die Regierung wohl oder übel den Forderungen des Verbands gegenüber öffentlich Farbe bekennen, während sie bisher bei den ihr übersandten Verbandskundgebungen sich nur allzuhäufig in vornehmes Schweigen gehüllt hatte oder besten Falls ihre Antworten auf Eingaben und Anträge des Verbands nur einem kleineren Kreise zugängig geworden waren. So konnte Hasse noch zu Caprivis Zeiten, zu verschiedenen Malen, zum Schutze der Auslandsdeutschen, sei es gegen fremde Vergewaltigung, sei es zur Wahrung ihrer deutschen Staatsangehörigkeit, eintreten. Der Widerhall vom Regierungstische war allerdings in diesen Fällen kein durchweg erfreulicher. Schon damals machte sich seitens der Regierungsvertreter ein gewisser überheblicher Ton bemerkbar gegenüber solch einer unbescheidenen Einmischung in Dinge, die man als Zunftgeheimnis betrachtete, ein Ton, der auch damals schon mit den tatsächlichen Leistungen, besonders auf dem Gebiete der Außenpolitik, in bedenklichem Widerspruche stand und der sich schließlich bis zur hilflosen Ungezogenheit Bethmanns in seiner Antwort vom 13. Mai 1915 an General von Gelbsattel steigerte.

Die regere Verbandstätigkeit fand ihren Lohn in der von Jahr zu Jahr rasch wachsenden Mitgliedzahl — 1893 etwa 4500, um die Jahrhundertwende dagegen annähernd 22000 — und der zunehmenden Zahl der Ortsgruppen. Eine äußerliche Bekundung der Erfolge bedeutete der erste Verbandstag in Berlin am 9. September 1894, der einen glänzenden Verlauf nahm. Auf diesem und den spätern Verbandstagen konnte natürlich nicht der ganze Arbeitsbereich des Verbands eingehender Besprechung unterzogen werden. Sollte bei den Verhandlungen Oberflächlichkeit und Eintönigkeit vermieden und tiefer geschürft werden, so mußte schon aus Zeitmangel eine Beschränkung auf die jeweilig wichtigsten Arbeitsgebiete erfolgen. Im Jahre 1894 waren es hauptsächlich die Polenfrage und die Frage der Auslandsdeutschen, welche die Gemüter beschäftigten und in entsprechenden Entschließungen[1]) ihren Ausdruck fanden. Besonders in der Polenfrage hatte in diesem Jahre der Verband entscheidenden Einfluß ausgeübt. Prof. Hasse erließ nämlich im Mai 1894 ein Rundscheiben, worin er, einer Anregung Bismarcks folgend, in Anbetracht der völkischen Not unserer Ostmark einen Zusammenschluß der deutschen Kreise zur Abwehr forderte. Dies Schreiben ging einer Reihe von hervorragenden Männern Ostdeutschlands zur Stellungnahme zu,

[1]) AK 11.

darunter auch den 3 spätern Begründern des Ostmarken-Vereins, Hansemann, Kennemann und von Tiedemann, deren späteres Unternehmen hierdurch zweifellos angeregt oder befruchtet wurde[1]). Nach dem Zusammenbruch der polenfreundlichen Politik Caprivis erkannte dann auch der Kaiser das wahre Gesicht der bisher verhätschelten Polen, die man noch kurz vorher den Deutschen sogar als Muster der Treue hatte hinstellen wollen. Seine hochgemuten Worte von Thorn und Marienburg und der Weckruf Bismarcks bei der Huldigungsfahrt der Posener führten dann im November 1894 zur Gründung des Ostmarken-Vereins[2]). Wenn hierbei auch nicht alle Wünsche des Verbands in bezug auf Abgrenzung der Wirkungsgebiete in Erfüllung gingen, so unterstützte er doch neidlos die Arbeit des neuen Vereins, dessen Entstehung er so tätig vorgearbeitet hatte. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß es der einsichtigen Leitung der beiden Körperschaften und ihrem hohen völkischen Verantwortlichkeitsgefühl gelang, auch in den langen Jahren der fernern Wirksamkeit ohne Reibung zusammenzuarbeiten. In ähnlicher Weise gestaltete sich auch durchweg das Verhältnis des Verbands zu den andern großen völkischen Vereinigungen, sei es, daß sie schon vor ihm bestanden hatten, wie der Kolonialverein oder der Allgemeine deutsche Schulverein, sei es, daß sie erst später, zum Teil auf seine Veranlassung, ins Leben traten, wie die Flottenvereine und der Wehrverein. An sich sollte das zwar etwas Selbstverständliches sein. Bei dem eigentümlichen Hang zur Vereinsmeierei und Zersplitterung auf kleine Sonderzwecke, der dem Deutschen nun einmal innewohnt, bedarf es jedoch eines hohen Maßes von Selbstzucht und gutem Willen auf beiden Seiten, um stets das große Einende gegenüber dem kleinen Trennenden zur Geltung zu bringen.

Die Feier des 80. Geburtstags des Fürsten Bismarck (1. April 1895) gab dem Verband die Gelegenheit, seiner Dankbarkeit gegenüber dem Reichsgründer und all dem, was er durch Wort und Tat für die Stärkung des völkischen Gefühls und Willens getan hatte, durch Verleihung der Ehrenmitgliedschaft Ausdruck zu geben. Schon seit seiner Gründung[3]) hatte der Verband seine treue Verehrung für den Altreichskanzler des öftern bekundet. Je weiter sich dann Bismarcks Nachfolger von seiner tatkräftigen und zielbewußten Art der Staatsleitung entfernten, desto mehr mußte er im Laufe der Zeit für die Anhänger einer starken, gradlinigen Außenpolitik des Reichs, wie sie der Verband um seine Fahne scharte, als Vorbild und Lehrmeister erscheinen. Der Verband war sich aber bei aller Bismarckhuldigung stets dessen bewußt, daß es eine Weiterentwicklung über Bismarck hinaus gäbe und gerade in alldeutschem Sinn geben müsse. So gilt dies beispielsweise hinsichtlich der Ausgestaltung Alldeutschlands in großdeut-

---

[1]) Vorläufig hatte es aber keinen greifbaren Erfolg, dank der Lässigkeit der beteiligten Kreise.

[2]) Der Briefwechsel Hasse-Lehr enthält belangreiche Einzelheiten.

[3]) Es entbehrt nicht eines gewissen heitern Beigeschmacks, daß die Bismarckrede im Alld. Verbd. Berlin am 1. 4. 92, ausgerechnet Prof. Delbrück hielt (mitgeteilt in Beilage 5 der AM. und in Delbrück „Erinnerungen, Aufsätze und Reden“, wo er mit besonderem Wohlgefallen auf den Beifall der Zuhörer hinweist). Uebrigens nahm nach dem Berichte im Leipz. Tageblatt Delbrück auch an der Gründungsversammlung des Verbands teil. Seine Gegnerschaft scheint sich erst aus seiner veränderten Stellung zur Polenfrage herzuleiten.

schem Sinne, da man die kleindeutsche Lösung der Jahre 1866/1871 nur als eine, wenn auch unbedingt notwendige, Durchgangsstufe zum großen Endziel betrachten konnte. Ferner sei hier auf die Teilnahme Deutschlands bei der Aufteilung der Erde hingewiesen, deren erste Anfänge Bismarck in seiner letzten Zeit noch erlebt hatte, die einen weiteren Standpunkt auf den Gebieten der Weltpolitik, insbesondere der Kolonial- und Flottenfragen bedingte, als ihn das „saturierte" Deutsche Reich bisher eingenommen hatte. — Alle Verehrung für Bismarck und alle Mißbilligung des Unrechts, das ihm während seines Abgangs und nachher (Uriasbriefe!) geschah, hat aber den Verband nie dazu verleitet, um derentwillen seinen Nachfolgern den politischen Kampf anzusagen. Lediglich das verhängnisvolle Wirken der spätern Kanzler gab den Anlaß zu der manchesmal scharf gegensätzlichen Stellung des Verbands. Wo und wann er es mit gutem Gewissen konnte, erkannte er dagegen stets willig die leider allzu kargen Erfolge des „neuen Kurses" an. Jeder Kanzler seit dem Wechsel 1894 wurde hoffnungsfreudig begrüßt, allzu hoffnungsfreudig, muß man heute sagen, oft nur auf Grund von Reichstagsreden und tönenden Worten, statt in kalter Zurückhaltung zunächst deren Taten abzuwarten. Daß diese Vertrauensseligkeit hinterher regelmäßig getäuscht würde, ist nicht Schuld des Verbands.

Die folgenden Jahre bis etwa zur Jahrhundertwende waren zunächst außerordentlich günstig für die Weiterentwicklung des alldeutschen Gedankens. Leider sind es in der Regel Zeiten schwerer vaterländischer Besorgnis, die den Durchschnittsdeutschen aus seiner behäbigen Gleichgültigkeit aufrüttelt und in die Reihen des Verbands treibt[1]). So können auch in dieser Zeit die Ursachen für das rasche Wachsen des Verbands nur zum geringen Teile als erfreulich in völkischem Sinne bezeichnet werden. Eigentlich war dies nur bei der Flottenfrage der Fall. Nach mancherlei Unklarheiten — hatte doch selbst Hasse im Jahre 1894 einer Flottenforderung im Reichstage nur teilweise zugestimmt — hat der Verband als erster die Wichtigkeit und Unentbehrlichkeit einer starken deutschen Flotte erkannt, jedenfalls zu einer Zeit, als die Regierung noch nicht daran dachte. Seine Bemühungen zum Schutze der Auslandsdeutschen und sein frühzeitiges Erkennen des Umstandes, daß die Fehlschläge der deutschen Außenpolitik hauptsächlich darauf zurückzuführen waren, daß hinter ihrem Wollen und Wünschen keine entsprechende Macht stand, mußten ihm notwendigerweise die Forderung aufdrängen, diese fehlende Macht zu schaffen. Den äußern Anlaß gab die Transvaalfrage. In der besonders rührigen Ortsgruppe Leipzig gab der verdienstvolle Prof. Wislicenus die Losung aus: „Eine deutsche Flotte her!" und rief zu ihrer Verwirklichung zunächst eine Flottensammlung ins Leben. Diese Anregung griff der Verband seinerseits auf und stellte sich nun jahrelang tatkräftig und folgerichtig in den Dienst des Flottengedankens. Diese stolze Feststellung der ursprünglichen Verdienste des Verbands um die Schaffung einer deutschen Flotte schmälert in keiner Weise die des Kaisers. Ohne seine kräftige Unterstützung hätten sicher die Lauen und Flauen nicht mitgemacht, ebensowenig wie die Werbetätigkeit des Verbands allein das Volk in solcher Weise hätte auf-

[1]) Vgl. das starke Anwachsen im Kriege.

rütteln können, wie es geschah, wenn in ihm selbst nicht bereits das Bewußtsein von der Notwendigkeit der alldeutschen Forderungen geschlummert hätte. Jedenfalls führte die Volkstümlichkeit seiner Anschauungen dem Verbande viele neue Anhänger zu.

Abgesehen von der Flottenfrage traten in unserm Zeitraum vor allem die Burenfrage und die schwere Lage des Deutschtums im verbündeten Oesterreich-Ungarn in den Vordergrund der Verbandstätigkeit. Die unerquickliche Entwicklung, welche auf diesen beiden Gebieten die Dinge nahmen, hatten die Tiefe der Volksseele aufgerüttelt. Das mannhafte Eintreten des Verbands für die bedrohten Volksgenossen, gewissermaßen als Treuhänder der gesamten öffentlichen Meinung gegenüber der Regierung, brachte ihm ebenfalls entsprechenden Machtzuwachs. Im einzelnen sei noch folgendes hervorgehoben.

Die sittliche Empörung über des Engländers Jameson völkerrechtswidrigen Einfall in die Burenstaaten (1896) hatte im Verein mit der Erkenntnis, was für Deutschland auf dem fernen Boden Südafrikas auf dem Spiele stand, Kaiser, Regierung und Volk zu einmütigem Eintreten für unsre niederdeutschen Stammesbrüder veranlaßt. Als dann aber nur wenige Jahre darauf (1899) der ebenso schlimme Rechtsbruch Englands gegen die Freiheit der Burenstaaten erfolgte, da stand das Volk mit seinen Wünschen und Hoffnungen allein auf der Seite der Buren. Denn der im Delagoavertrag geköderten und betrogenen deutschen Regierung waren diesmal die Hände gebunden. Das war zu bedauern: mit der Tatsache mußte man sich aber abfinden. Daß unsre Staatsleitung aber über dies Unvermeidliche hinaus in gänzlicher Verkennung des Volksempfindens sich zu Unfreundlichkeiten gegen das stammverwandte Volk und seinen greisen Führer bestimmen ließ, rief in allen Kreisen des Volks eine tiefgreifende Erregung hervor. Und so kann noch heute das mannhafte und aufrechte Auftreten des Verbands, das in der Huldigung für den altehrwürdigen Präsidenten Krüger im Haag seine Krönung fand, nur gebilligt werden, wenngleich gerade die letztgenannte Kundgebung damals im Alldeutschen Verbande selbst nicht allseitige Zustimmung fand. Diese Haltung des Verbands erwarb ihm in jenen Tagen die Billigung unsres Volks und — die Feindschaft der Regierung. Letztere fand ihren Ausdruck in der wenig schönen und anmaßenden Art, in der Bülow den Prof. Hasse und in ihm den Alldeutschen Verband im Reichstag glaubte abkanzeln zu dürfen.

Auch in der deutsch-österreichischen Bewegung mußte der Verband die Führung übernehmen und der Stimmung breiter Volkskreise Ausdruck verleihen, daß hier deutsche Belänge auf dem Spiele stünden. Demgegenüber bewahrte die Regierung unter dem Vorwande der Nichteinmischung [1]) in die inneren Angelegenheiten eines verbündeten Staates, nicht nur kühle Zurückhaltung, sondern sie ließ sich sogar dazu herbei, für eine Badeni-Regierung auf Reichsgebiet Schergendienste zu leisten.

[1]) Dieser Grundsatz darf doch nur solange gelten, als die Bündnisfähigkeit des betr. Staates nicht darunter leidet. Das war aber hier der Fall. Abgesehen von den völkischen Verpflichtungen des deutschen Reichs als deutscher Vorstaat.

Daß in der Empörung über dies Verhalten die unausbleibliche Gegenwirkung aus alldeutschen Kreisen manchesmal über das Ziel hinausschoß, darf hier nicht verschwiegen werden, ebensowenig, daß die deutsch-österreichischen Vertreter innerhalb der schwarz-weiß-roten Grenzpfähle nicht immer die Zurückhaltung ausübten, die ihnen die Rücksichtnahme auf den gastgebenden Alldeutschen Verband und die Einsicht in die schädlichen Rückwirkungen übertriebener Betätigung hätte auferlegen sollen[1]). Es wäre wahrhaft schlecht bestellt um das gute Gewissen des Verbands und um die Urteilsfähigkeit seiner Anhänger, wenn er nicht zugestehen könnte und würde, daß auch er in den 30 Jahren seines Bestehens manchem Irrtum verfallen ist und manchen Fehler begangen hat! In diesem Falle war übrigens nicht der Verband als solcher schuldig, sondern einzelne Vertreter und Ortsgruppen.

Auch in anderen Fällen sind damals Mißgriffe begangen worden und sollen nicht beschönigt werden. Hier seien 2 Fälle angeführt. Durch Schuld einiger Heißsporne — der Verband als solcher stand der Sache durchaus fern — trat 1898 in den sich verheißungsvoll anbahnenden Beziehungen des Verbands zu den Vlamen ein schwerer Rückschlag ein. Erst jahrelange Aufklärungsarbeit und die gemeinsame treue Arbeit zu Gunsten der stammverwandten Buren, vermochte den Schaden allmählich wieder auszugleichen und das entschwundene Vertrauen wieder herzustellen.

Auch in Kundgebungen bezüglich der künftigen Aufteilung der Türkei[2]) hatte der Verband nicht stets eine glückliche Hand. Gewiß mußte es seine Sorge sein, den deutschen Anteil am künftigen türkischen Erbe von langer Hand her sicher zu stellen, und er sprach nur Gedanken aus, die schon lange vor ihm Moltke und List geäußert hatten, ohne daß sich jemand darüber aufgeregt hätte, wenn er die deutschen Ansprüche anmeldete. Ungünstig war nur, daß dabei das Wort von der „Aufteilung" der Türkei fiel und im Ausland bekannt wurde. Dies gab den Russen die Handhabe zu Umtrieben in der Türkei, die zurzeit der Palästinareise des Kaisers wenig angenehm waren, wenn sie auch nicht gerade schadeten. Die Ansprüche des Verbands ergaben sich übrigens aus der, von Hasse auch im Reichstag wiederholt öffentlich ausgesprochenen, alldeutschen Forderung, daß sich in Zukunft auf dem Erdball keine weiteren Gebietsverschiebungen der Großmächte vollziehen dürften, ohne daß das Deutsche Reich seine angemessene Beteiligung oder Entschädigung erhalte.

Von diesem letzteren Gesichtspunkte aus hatte der Verband auch seit der Aenderung der Machtverhältnisse in Ostasien durch den chinesisch-japanischen Krieg und den russischen Ausdehnungsdrang die Forderung vertreten, daß das Reich dort ebenfalls festen Fuß fassen müsse und sich nicht mit leeren Worten wie „offene Türen" abspeisen lassen dürfe. Durch die Besetzung Kiautschaus (1897) wurde dann diesem Verlangen tatsächlich Erfüllung und der deutsche Einfluß im fernen Osten gefestigt.

---

[1]) Es sei nur an das Wort: „Lieber Hochverrat, als Volksverrat" aus dem Munde eines deutsch-österreichischen Abgeordneten auf reichsdeutschem Boden erinnert. Die betr. Jahrgänge der Alldeutschen Blätter bieten einen reichhaltigen Beweisstoff.

[2]) Es war zur Zeit der Kretawirren und des griechisch-türkischen Kriegs 1897.

Es war einer der ersten, nachher so zahlreichen Fälle, wo der Verband die Genugtuung hatte, seine eignen, anfangs mehr oder minder von der Regierung und den Parteien abgelehnten Anschauungen sich durchsetzen zu sehen. Um so weniger verständlich ist es, daß schon damals die Vorwürfe auftauchten, die noch bis zum heutigen Tage zum eisernen Bestand der feindlichen und der oberflächlichen Urteile über den Verband gehören. So weit sie von mißwollenden Feinden des Verbands herrühren, könnte man über sie hinweggehen. Sie entstammen aber manchmal auch dem Munde von sonst gut völkisch gesinnten Männern, denen aber das Wirken und die Ziele des Verbands nur aus der entstellenden Schilderung einer gewissen Presse bekannt sind. Es ist dann stets der gleiche Ton gönnerhafter Bekrittelung. Man erkennt zwar das gute und reine Wollen des Verbands an, glaubt ihm aber vorwerfen zu müssen, daß er in überheblichem Besserwissen und — wohl in boshaftem Hinweis auf die Berufstätigkeit des damaligen Verbandsvorsitzenden Hasse — in professoralem Dünkel und Weltentrücktsein unmögliche Ziele aufstelle. Hierdurch störe er mit plumpen Fingern das zarte Gewebe unserer Außenpolitik und erwecke uns durch seine Machtansprüche Mißtrauen und Feinde überall.

Gegen diese von nun an stets wiederkehrenden Vorwürfe ist gleich hier ein kurzes Wort der Abwehr am Platze. Zunächst die Professorenfrage. Daß in Bewegungen, wo neben warmherzigem Wollen geschichtliches Verständnis und Tatsachensinn[1]) erforderlich sind, unsre Hochschullehrer eine gewisse Rolle spielen, ist selbstverständlich. Bekanntlich beschränkt sich ihre Teilnahme am öffentlichen Leben nicht auf den Alldeutschen Verband, in dem sich übrigens etwaige Einseitigkeiten bei seiner Zusammensetzung aus allen gebildeten Ständen leicht ausgleichen. Im Frankfurter Parlament saßen 106 Gelehrte und Dahlmanns politische Einsicht wird allseitig anerkannt. Im ersten deutschen Reichstage kann man die Sybel, Gneist, Treitschke usw. auch nicht unter die weniger brauchbaren Mitglieder rechnen, besonders wenn man die Auslese von „Staatsmännern“ betrachtet, die unserem jetzigen Reichstag und der Regierung so sehr den Stempel überragender Geistesgröße und völkischer Würde aufprägen. Es ist auch merkwürdig, daß jede Partei die professorale Weltfremdheit nur bei den Professoren der anderen Richtungen zugibt. Beispielsweise spielten in der freisinnigen Partei die Hänel, Mommsen und Virchow doch noch zu Richters Zeiten (trotz seines spätern absprechenden Worts von den „Flottenprofessoren“)[2]) eine große Rolle und Virchow durfte sich sogar unterfangen, einen Bismarck auf dessen ureigenstem Gebiete, der Außenpolitik, zu schulmeistern, ohne von seiner Partei abgeschüttelt zu werden. Und das Zentrum fand sogar den, zum mindesten körperlich nicht mehr rüstigen, Prof. Hertling für geeignet, das Staatsschiff in Deutschlands schwersten Stunden zu leiten.[3])

---

[1]) Den Tatsachensinn wird man den Forschern des naturwissenschaftlichen Jahrhunderts wohl nicht abstreiten können.

[2]) AB 00,2. Bei der Abwehr führte Hasse List und Treitschke an. Er hätte auch noch Lagarde hinzufügen können.

[3]) Ganz zu schweigen von den Delbrück, Harnack, Baumgarten, die doch auch nicht glaubten, sich wegen mangelnder Eignung Zurückhaltung auflegen zu müssen.

Was ferner die Unmöglichkeit der alldeutschen Ziele anlangt, statt sie der „Wirklichkeit", soll heißen der Unzulänglichkeit und Schwunglosigkeit der damals Regierenden anzupassen, so genügt der Hinweis, daß diese so oft als „Utopien" verketzerten Ziele, nachdem ihnen die alldeutsche Werbearbeit in der öffentlichen Meinung den Boden hinreichend vorbereitet hatte, in vielen Fällen von der Regierung selbst aufgenommen und durchgeführt wurden. Die Erinnerung an die Polen- und Flottenpolitik bestätigt das vollauf. Allerdings fühlte sich gewöhnlich die Regierung dann nicht veranlaßt, den geistigen Vater dankend zu erwähnen: Die Nennung der Vaterschaft war verpönt, wo es sich um die Einheimsung politischer Erfolge handelte. Im übrigen wird sich aus dem II. Teil ergeben, daß die alldeutschen Ziele durchaus maßvolle waren und sind, ebenso daß ihre Erreichung stets zunächst mit, und erst bei Versagen gegen die Regierung erstrebt wurde. Die Rücksicht auf das Ausland konnte allerdings für die Arbeit des Alldeutschen Verbands nur in sehr beschränktem Umfange geltend sein. Betrachtet er es doch als seine vornehme Aufgabe, dem deutschen Volke einzuhämmern, daß es nur seine eignen Belänge zu vertreten hat, erforderlichenfalls auch gegen den Willen des Auslands. Und er ist der Meinung, daß nicht sein zielbewußtes Auftreten, sondern im Gegenteil völkische Schwäche und Würdelosigkeit vereint mit all den unliebenswürdigen Eigenschaften derer, die auch die deutsche Sprache reden und schreiben und deutsche Namen führen dürfen, den Haß und vor allem die Verachtung gegen das Deutschtum im Ausland großgezogen haben, so weit dabei nicht überhaupt Geschäftsneid gegenüber dem tüchtigeren Mitbewerber im Spiele war.

In die Zeit der Jahrhundertwende fallen auch schon die Anfänge jener perfiden (ein deutsches Wort wäre dafür zu schade) Kampfesweise, vor allem seitens einer gewissen Presse, die Maßlosigkeiten jedes verschrobenen Kopfes in völkischen Fragen dem Alldeutschen Verband anzuhängen, so sehr gerade er selbst diese Störungen seiner ruhigen, zielbewußten Arbeit und diese Trübung seiner klaren Ziele verurteilen mußte. Bei fortgesetzten Verleumdungen bleibt bekanntlich immer etwas hängen. So bildete sich denn nach und nach infolge dieser Machenschaften eine schlimme Nebenbedeutung für das Wort „alldeutsch" heraus, die es nicht nur in seinen Zielen fälschte und es mit allen „chauvinistischen" Regungen gleichbedeutend hinstellte, sondern die das alldeutsche Wirken auch in seinen Beweggründen verdächtigte, indem es seine Selbstlosigkeit im Dienste seiner völkischen Hochziele bezweifelte und ihm Abhängigkeit von bestimmten, z. B. am Flottenbau und den Rüstungen, beteiligten Kreisen vorwarf. Trotz aller Aufklärung und Abwehr sind auch heute noch nicht alle Gegner des Verbands ehrlich genug, von dieser sich selbst richtenden niedrigen Kampfesweise zu lassen.

Gefördert wurde die Verschiebung des Wortsinns des Wortes „alldeutsch" leider durch den Umstand, daß sich in Oesterreich die entschiedenste Parteigruppe der Deutschvölkischgesinnten den alldeutschen Namen ohne Wissen des Verbands beilegte, eine Tatsache, die sich dann nicht mehr rückgängig machen ließ, ohne der deutschen Bewegung im Donaureiche schweren Schaden zuzufügen. Man mußte sich damit begnügen,

durch eine Erklärung die völlige Unabhängigkeit des Verbands von jener Partei zu betonen. Trotzdem blieb die Verwechslung bestehen, was um so schlimmer wirkte, als diese österreichischen „Alldeutschen“ sich bald untereinander, teilweise unter geradezu unwürdigen Formen, befehdeten. Der Verband hatte sowohl im Reich wie in Oesterreich den Schaden davon. Auch das Eintreten der österreichischen Alldeutschen für die „Los von Rom“-Bewegung, der der Alldeutsche Verband als solcher satzungsgemäß völlig unparteiisch gegenüberstand, wurde von gewissen Kreisen in Deutschland benutzt, dem Verband eins anzuhängen.

Hierzu kamen zum Teil nicht unerhebliche Meinungsverschiedenheiten im Schoße des Alldeutschen Verbands selbst, ein an sich natürlicher Vorgang in einer so großen Körperschaft, deren Mitglieder fast durchweg den gebildeten Kreisen entstammend und befähigt, selbst zu urteilen, weniger leicht in einheitlicher Weise zu leiten waren, als etwa die Wählerschaft eines Zentrumswahlkreises in der Eifel. Bis diese Gegensätze ihren Ausgleich fanden — in der Hauptsache war es ein Kampf der jüngern schärfern Richtung mit der versöhnlicheren älteren — mußte natürlich die Werbekraft des Verbands Einbuße erleiden. Hierzu trat schließlich die nach und nach immer schärfer einsetzende Gegenwirkung der Regierung, deren Maßnahmen der Verband so oft bekämpfen mußte.

All diese Gründe führten nach der außerordentlichen Entwicklung der letzten 90er Jahre zu einem gewissen Rückschlag, der in einem Stillstand und dann Rückgang der Mitgliederzahl seinen äußern Ausdruck fand und mit geringen Schwankungen bis zum Kriegsbeginn anhielt.

Außer dem ersten Verbandstage seien als weitere Höhepunkte des Verbandswirkens in unserm Zeitraum noch die weitern erwähnt: 1896 in Berlin gelegentlich der Gewerbeausstellung, 1897 in Leipzig, 1898 in München, 1899 in Hamburg, 1900 in Mainz und 1902 in Eisenach. Die häufigere Wahl west- und süddeutscher Orte für diese Tagungen sowohl, als für die Sitzungen des Geschäftsführenden Ausschusses und Vorstandes sprachen für die wachsende Anerkennung, die der Verband in diesen Landesteilen, besonders infolge seines Wirkens in der Flottenbewegung und für die Stammesgenossen in Deutsch-Oesterreich fand. Vielfach schlossen sich dort die Ortsgruppen zu Gauverbänden zusammen, eine Entwicklung, die zunächst den Verbandsbestrebungen sehr zu statten kam, später aber auch die unvermeidliche, bedenkliche Seite zeitigte, daß diese „kleinen Staaten im Staate“ oft allzu selbständig sich fühlten und handelten. Wenn darin sich auch eine begrüßenswerte Anteilnahme an der Arbeit des Verbands bekundete, so ließen sich doch andrerseits hierdurch Schwierigkeiten für den Gesamtverband nicht vermeiden, deren Beilegung viel Zeit und Arbeit verbrauchte.

Auch in anderer Weise traten Aenderungen im Verbande ein, indem Dr. Lehr in die Hauptleitung übertrat, während Prof. Samassa als Schriftleiter für die „Alldeutschen Blätter“ gewonnen wurde. Zur Entlastung von Lehr wurde dann noch Herr A. Geiser bestellt, der noch heute -- an anderm Platze — seine Kraft im Alldeutschen Verband betätigt.

Ferner verdient aus dem vorliegenden Zeitraum noch die Gründung eines deutschen Waisenhauses in Neuzedlitz in der Provinz Posen Erwähnung, wodurch der Verband auch selbstwirkend im Dienste des Ostmarken-Deutschtums hervortrat. Um die Erreichung dieses Ziels machte sich besonders Dr. Hugenberg hochverdient. Seiner hingebenden Mitarbeit gelang es in kurzer Zeit, die vielen Schwierigkeiten zu überwinden, die sich dem Unternehmen entgegenstellten, und das Werk so zu fördern, daß die Einweihung im Jahre 1899 erfolgen konnte.

Zum Schlusse sei noch zweier hervorragender Verbandsmitglieder gedacht, die der Tod allzufrüh aus den Reihen der alldeutschen Kämpfer entriß. Im November 1901 starb Adolf Lehr, ein Mann von ebenso großer Begabung als warmem Herzen für die alldeutsche Sache, der seiner unermüdlichen Tätigkeit selbst dann nicht Halt gebot, als seine Gesundheit schon schwer erschüttert war. Seine Persönlichkeit war besonders geeignet ausgleichend zu wirken, wenn das schroffere Auftreten seines Freundes Hasse gelegentlich Anstoß erregt hatte. Wie der Alldeutsche Verband sein Wirken schätzte, zeigt sich in dem Umstand, daß das Erinnerungswerk zum 20jährigen Bestehen des Verbands dem gemeinsamen Andenken Hasses und Lehrs gewidmet ist.[1])

Am 5. Dezember 1902 folgte ihm im Tode Prof. Dr. Joh. Wislicenus aus Leipzig, auf dessen hohe Verdienste um die Gründung des Verbands 1890/1, um seine Wiedergesundung 1893 und um die Flottenfrage schon früher gebührend hingewiesen wurde. Auch sein Wirken wird unvergessen bleiben, solange der Verband besteht.[2])

4. Von der Plauener Tagung bis zu Hasse's Tod.
13. 9. 1903 bis 12. 2. 1908.

Die schon erwähnte Rede des Mainzer Rechtsanwalts Heinrich Claß auf der Plauener Tagung war eine Tat. Das empfanden unwillkürlich all die Zuhörer, politisch geschulte und verantwortungsbewußte Männer aller im Verband lebendiger Strömungen, die mit erhebender Einhelligkeit dem Redner nach seinem Rechenschaftsbericht ihre Zustimmung in machtvoller Kundgebung zu erkennen gaben. Diese „Bilanz des neuen Kurses“[3]) war zugleich eine Kampfansage an ihn. Um so mehr muß hier betont werden, daß der Inhalt der Rede zuvor im Geschäftsführenden Ausschuß geprüft und gebilligt worden war, nachdem er verschiedenen Aenderungen unterworfen worden war. Deshalb darf die Rede keinesfalls nur als der Niederschlag der Ansichten ihres Verfassers oder der schärfern Richtung im Verbande gewertet werden. Nein, sie ist eine gewollte, wohlüberlegte Kundgebung des Gesamtverbands gewesen, deren voraussichtliche Wirkung voll in Rechnung gestellt war. Es ist späterhin von mancher Seite, die es gleichzeitig mit ihrem Volke wie mit einem starken Kaisertume ehrlich meinte, die Frage aufgeworfen worden, ob die schonungslose Aufdeckung der vorhandenen Schäden in breitester

[1]) AB 01, 498, 505, 542.
[2]) AB 02, 453.
[3]) AK 157.

Oeffentlichkeit nicht mehr Unheil als Nutzen gestiftet hätte. Eine unbefangene Nachprüfung muß dies auch noch heute verneinen. Gewiß sind unerwünschte Folgen solcher Kundgebungen nicht zu leugnen. Sie mehren das Rüstzeug der staatsfeindlichen Strömungen, sie machen vielfach die eignen Anhänger mutlos und sie bestärken häufig genug die Regierenden in ihrem bisherigen Tun. Denn allzu leicht sind diese geneigt, im Bewußtsein ihres eignen reinen Wollens, in jeder Verurteilung ihrer Amtsführung den Ausfluß scheelsüchtiger Nörgelei zu erblicken, in dieser Auffassung durch all die Kreise unterstützt, denen Liebedienerei und Parteitaktik dies vorteilhaft erscheinen lassen. Neben diesen ungünstigen Wirkungen für die Allgemeinheit bringt aber das Schwimmen gegen den Strom auch Schädigungen für den Schwimmer hervor. Die Abwehr eines so übermächtigen Gegners, dem alle Machtmittel des Staates und die freiwillige Gefolgschaft all seiner sonstigen Feinde zu Gebote standen, konnten für den Verband schlechthin vernichtend werden. Und tatsächlich hat diese Gegnerschaft dem Verband nicht geringen Abbruch getan, wenngleich die hiermit verbundene Sonderung der Spreu von dem Weizen, durch Abstoßen der Lauen und Mitläufer, zwar einen Rückgang der Mitgliederzahl und der Geldmittel zur Folge hatte, der inneren Festigung des Verbandes aber andererseits zu gute kam.

All diese taktischen Erwägungen mußten jedoch zurücktreten gegenüber der einen Frage: Was nutzt letzten Endes unserm Volke? Schon seit langen Jahren hatte der Verband die Rolle des getreuen Eckardts vergeblich gespielt. Immer wieder hatte er in Wort und Schrift, in Denkschriften an die Kanzler und öffentlich im Reichstage seine warnende Stimme ertönen lassen. Abhold einem fruchtlosen „Nur nein sagen" hatte er tatsächliche Vorschläge zur Besserung gemacht und jede Gelegenheit freudig ergriffen, jede noch so geringe Aenderung zum Guten zu begrüßen und der Regierung zu weiterem Wirken in diesem Sinne den Rücken zu stärken. Was war der Erfolg? Die Unterstützung nahm man ohne Dank an. Jede Bekundung gegenteiliger Meinung bekämpfte man aber, besonders seit Ende der 90er Jahre, von oben herab mit einem Dünkel, der in den tatsächlichen Leistungen der Regierung keine Berechtigung fand. Dies Verhalten wurde um so unangebrachter, je mehr sie diese anfänglich verketzerten Verbandsziele zu ihren eignen machen und zu verwirklichen helfen mußte, so daß man für ihren stets erneuten Widerstand gegen jeden Vorschlag des Verbands fast den Eigensinn des Besserwissens und verletzter Eigenliebe annehmen mußte. Gleichzeitig begünstigte man eine geradezu schamlose Preßhetze gegen den Verband: ihm versuchte man jede überschwängliche und schrullenhafte Aeußerung völkischer Ueberspanntheit anzuhängen, um ihn damit vor der Oeffentlichkeit lächerlich und unmöglich zu machen oder um ihn als Störenfried und Unheilstifter dem schlafbedürftigen Michel anzuschwärzen. Da blieb dem Verband, der mit sehenden Augen unser Volk dem schon nahen Abgrund willen- und wissenlos zutreiben sah, schließlich nichts andres übrig, als die Flucht in die Oeffentlichkeit.

Claß hätte mit seiner Rede keinen so gewaltigen Widerhall gefunden, wenn nicht in der Brust des einzelnen Hörers oder Lesers die gleichen Sorgen und Gefühle schon geschlummert hätten. Die Wirkung auf die

Angegriffenen wäre nicht so tief und nachhaltig gewesen und hätte nicht eine so scharfe Abwehr gefunden, wenn sie nicht ins Schwarze getroffen hätte.

Man hat dem Alldeutschen Verband im Zusammenhang mit dieser Rede und auch später vorgeworfen, daß er in übertriebener Bismarck-Verehrung einen falschen Maßstab an dessen Nachfolger lege und dadurch ungerecht werde. Denn im Vergleich mit dessen Riesenmaß, müßten sie natürlich in ihren Leistungen zwerghaft erscheinen. Das stimmt aber nicht. Vielmehr hat der Verband diesem „Epigonentum" stets Rechnung getragen. Wenn aber zur gleichen Zeit Durchschnittsmenschen Frankreichs, Englands und Amerikas Staatsgeschäfte als kluge Sachwalter mit unleugbarer Folgerichtigkeit und außerordentlichem Erfolge leiteten, während mit kurzen Unterbrechungen das Deutsche Reich immer mehr auf seiner abschüssigen Bahn abrutschte, so war die Frage wohl berechtigt, ob unsre Geschicke den richtigen Händen anvertraut waren bzw. ob die Grundsätze, nach denen die Staatsleitung ihres Amtes waltete, die förderlichsten waren. Die Frage stellen, hieß die Frage verneinen.

Uebrigens darf der Hinweis nicht unterbleiben, daß Claß' Rede sich durchaus nicht in öder Verurteilung erschöpfte und so gewissermaßen zum Verzweifeln und Verzagen antrieb. Im Gegenteil, sie ist auf den Ton gestimmt: einen Schaden voll und ganz erkennen, heißt schon den Weg zur Heilung beschreiten. Seine Ausführungen schließen bezeichnenderweise mit Carlyle's erhebendem Spruchwort: „Arbeiten und nicht verzweifeln!"

Mit Absicht ist diese Frage hier einmal ausgiebiger behandelt worden, da die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit scharfer völkischer Beurteilung immer wieder bestritten wird. Besonders regierungsseitig. In den Kriegsjahren steigerte man diese Verleugnung berechtigter Kritik bis zum Glaubenssatz, mit dem man jeden Mißgriff und jede Unfähigkeit des leitenden Staatsmanns der allgemeinen Erörterung zu entrücken versuchte [1]). Genau genommen ist diese Ansicht nichts weiter als die zeitwidrig fortgesponnene Anschauung vom „beschränkten Untertanverstande," nur daß man es heute nicht mehr mit der wenig urteilsfähigen und urteilsgewohnten Masse der 40er Jahre, sondern beim Alldeutschen Verband mit den geistig höchststehenden Männern eines mündig gewordenen Volkes zu tun hatte.

Nun zur Tätigkeit des Verbands. Eine außerordentlich große Rolle spielte in diesem Zeitraume die Marokkofrage, wennschon ihre Anfänge noch in die frühere Zeit zurückreichen und ihre ruhmlose Lösung erst im Jahre 1911 erfolgte. Die ungesühnte Ermordung des deutschen Forschungsreisenden Dr. Genthe und die einseitigen Abmachungen zwischen Frankreich und England über Deutschlands Kopf hinweg (1904), das man kaum 5 Jahre nach Bismarcks Tod glaubte in seinen wichtigsten Belängen nicht mehr mittaten lassen zu müssen, bildeten den äußern Anlaß. Zunächst empfand man dies im Volke nur als eine starke politische Herausforderung. Erst zwei Denkschriften des Verbands — Claß' „Marokko verloren" und Graf Pfeils „Warum brauchen wir Marokko?" — klärten die Allgemeinheit darüber auf, was außerdem *wirtschaftlich*

[1]) Liebigs Buch ist ein einziger Aufschrei gegen diese Knebelung des öffentlichen Gewissens zu Gunsten einer unzulänglichen Regierung.

auf dem Spiele stand. Selten waren unsre Staatsmänner vor einen leichteren Entschluß zur Tat gestellt, als in jener Zeit der russischen Ohnmacht infolge seiner Fesselung durch den Krieg in Ostasien und des Umsturzes im Innern. Aber auch diesesmal versagte unsre politische Leitung völlig. Erst hochnäsige Abweisung der alldeutschen Forderungen, dann Umschwung der Ansichten bis nahe an den Rand des Krieges und schließlich feiges Zurückweichen mit dem Canossagang nach Algeciras, wo das Reich, von seinem einen Bundesgenossen verraten, von andern nur schwächlich unterstützt, klein beigeben mußte — das sind die Wegmarken unsrer Staatsleitung in dieser Frage: daß dabei unser Kaiser mit der Tangerfahrt zwecklos im politischen Spiel eingesetzt wurde, erkannte Claß frühzeitig und sprach es gegen die allgemein auch im Verband herrschende gegenteilige Meinung offen aus. Nur zu bald sollte die Richtigkeit seiner Ansicht durch die Ereignisse bestätigt werden. Auf der Wormser Tagung 1905 mußten dies auch seine Widersacher zugeben und seiner Auffassung zustimmen.

Die vielen und schweren Enttäuschungen über den Ausgang der Marokkoverhandlungen, der offene Verrat Italiens an seinem Bundesgenossen und die sichtbaren Erfolge der Einkreisungspolitik Eduards VII. lösten wiederum die ernstesten Sorgen in weitesten Kreisen aus. Auch dem Alldeutschen Verband gebot seine Pflicht, hier rückhaltlos zu sprechen. Dies geschah auf dem Verbandstage in Dresden 1906, wo es erneut zu einer scharfen Verurteilung der deutschen Staatsleitung kam. Als unmittelbare Antwort hierauf — so faßte man es wenigstens allgemein auf — erfolgte die Breslauer Rede des Kaisers, der sich in der Beurteilung seiner leitenden Staatsmänner mit angegriffen fühlte, trotzdem der Verband es peinlich vermieden hatte, des Kaisers Person in Dresden in die Erörterungen mit einzubeziehen. In seiner Erwiderung riet er den „Schwarzsehern" den deutschen Staub von den Füßen zu schütteln, ein Ratschlag, dessen Ausführung bei der Menge der auch außerhalb der alldeutschen Kreise Beteiligten nicht ganz leicht gewesen wäre, und der überhaupt von einer bedauerlichen Verkennung der staatsrechtlichen Verhältnisse und staatsbürgerlichen Rechte zeugte. Uebrigens war der Ausdruck „Schwarzseher" in dieser Verallgemeinerung auf die Anhänger des Alldeutschen Verbands nicht angebracht; im Gegenteil hätte man sie eher als unverbesserliche „Optimisten" trotz aller immer und immer wiederkehrenden Enttäuschungen bezeichnen können[1]).

Schon seit längerer Zeit fand sich der Verband im Widerspruch mit der Haltung der Zentrumspartei in völkischen Fragen. Der Ausgangspunkt war die Polenfrage. Hier versagte sich vor allem die Zentrumspresse ihrer völkischen Pflicht — erwarb sich doch damals die „Kölnische Volkszeitung" den wenig ehrenden Namen „Gazeta Bachemska" —, indem sie den Abwehrkampf der Deutschen gegen die Polen irrigerweise in einen Kulturkampf der Protestanten gegen die polnischen Katholiken umdeutete, während sie andererseits die deutschen Katholiken bei Vertretung ihrer berechtigten Forderungen gegenüber der polnischen Geistlichkeit

[1]) Auch Reventlows „Kaiser Wilhelm II. und die Byzantiner" erschien im gleichen Herbst und gab der sorgenvollen Stimmung, besonders der gebildeten Kreise, beredten Ausdruck.

im Stiche ließ. Bestärkt wurde diese Voreingenommenheit des Zentrums gegen die alldeutschen Bestrebungen durch das Verhalten der österreichischen „Alldeutschen" in der „Los von Rom"-Bewegung, indem man ohne nähere Prüfung wegen der Namensähnlichkeit auch beim Alldeutschen Verbande die gleichen Anschauungen voraussetzte, trotzdem dieser sich mit der Frage von Verbandswegen nicht befaßte. Auch die unparteiische Haltung des Verbands in der Jesuitenfrage konnte die vorgefaßte Meinung, als ob er sich katholikenfeindlich betätige, nicht beheben. Auf diesem Boden des Mißtrauens wuchsen natürlich die Gegensätze zwischen Zentrum und Verband in den Kolonial- und Flottenfragen zu erheblicher Schärfe. Getreu seiner Losung, daß bei der Entscheidung von rein völkischen Fragen die Parteibelänge zurückzutreten hätten, mußte der Verband es bekämpfen, daß vom Zentrum die doch schon an sich ungenügenden Regierungsforderungen nur zögernd und gegen Zugeständnisse auf andern Gebieten bewilligt, oft aus reinem Machtkitzel verneint wurden. Hieraus erklärt es sich, daß der Verband das endliche Aufbegehren der Regierung Bülow-Dernburg (Dezember 1906) gegen diese Parteiwirtschaft in einer Kundgebung trotz aller sonstigen Bedenken begrüßte [1]). Mit Recht durfte hierbei darauf hingewiesen werden, daß „wenn ein neuer nationaler Reichstag das Ergebnis der Neuwahlen sei, dann werde sich der Alldeutsche Verband rühmen dürfen, daß auch seine jahrelange, selbstlose Arbeit den Boden urbar gemacht habe, auf dem diese Frucht zum Segen des Volkes erwachsen sei". Leider hatte die Sache einen Rechenfehler. Man hatte übersehen, daß sich mit dem schon damals völlig verjudeten, also zwischennational angekränkelten Freisinn auf die Dauer eine rein völkische Politik nicht treiben lasse. Im Laufe der Zeit verstand er es immer weniger, seine starren Parteiforderungen zu Gunsten des Zusammenhalts im Block teilweise zu opfern, was die entsprechende Gegenwirkung auf der äußersten Rechten zur Folge hatten. So wurden leider die großen völkischen Gesetzeserrungenschaften der Blockzeit — das Polengesetz und das Vereinsgesetz — durch Schuld beider Teile auf das bedenklichste verwässert. Schließlich scheiterte der Block infolge der Reichsfinanzreform, deren Behandlung man sich nicht entschließen konnte von den kleinen Parteigesichtspunkten loszulösen. Die schwarz-rot-goldne Internationale von 1881 hatte sich wiedergefunden.

Aus der Anerkennung, die der Verband der Regierung im Dezember 1906 zollte, kann man sehen, wie sachlich er bei seinen Maßnahmen verfuhr. Denn es war kaum ein Monat verflossen, daß er gegen den Fürsten Bülow in einem offenen Brief [2]) vom 19. November 1906 scharfen Einspruch erheben mußte gegen das oberflächliche Urteil, das der Kanzler wenige Tage vorher gefällt hatte. Es ist die bekannte Rede, in der er die Verbandsmitglieder als Leute kennzeichnete, deren Politik mehr auf „Wärme und Güte des Herzens" als auf „Klarheit des Kopfes" Anspruch machen könne. In geradezu leichtfertiger Weise und ohne genauere Kenntnis der Tatsachen hatte Bülow diesen Vorstoß unternommen und die vernichtende Abfuhr vollauf verdient, die ihm bei der Entgegnung in würdigem Tone zu Teil wurde. Trotzdem haften solche Schlagworte

[1]) AB 06, 299.
[2]) AB 02, 294.

nachhaltiger, als die Wirkung einer sachlich noch so begründeten Richtigstellung je sein kann. Bis zum heutigen Tage findet man das Urteil vom „warmen Herzen und den unklaren Kopf“ selbst in wissenschaftlichen Veröffentlichungen noch vor.

Es ist schon im frühern Abschnitt auf den langsamen aber anhaltenden Rückgang der Mitgliederzahl des Verbands hingewiesen. Die Gründe dafür sind ebenfalls dort schon erörtert; sie waren auch jetzt die gleichen, der Mangel an zugkräftigen Losungen und die immer schärfere Gegenwirkung der Regierung. An innerer Festigkeit aber hatte der Verband nichts eingebüßt. Dazu trug die Klärung der Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Verbands mit bei. Denn ohne Kampf kein Leben. Die Jüngern verlangten eine kräftigere Behandlung der völkischen Fragen in der Oeffentlichkeit, während die Aeltern Einfluß auf die maßgebende Leute in Regierung und Reichstag zu gewinnen und dadurch im Sinne der alldeutschen Ziele zu wirken suchten. Im allgemeinen wurden diese Meinungsverschiedenheiten in maßvollster Weise zum Austrag gebracht, so daß dem Verband eigentliche „Krisen“ erspart blieben, wenn auch manchmal ein Eigenbrödler den leitenden Persönlichkeiten das Leben und die Weiterführung ihres Amtes schwer machte. Der gesunde Sinn aller Beteiligten und das Voranstellen des Einenden ermöglichte es stets, solche vorübergehenden Mißhelligkeiten schnell und völlig zu überwinden. Immerhin kann man sagen, daß gegen Ende dieses Zeitraums die schärfere Richtung im Verband an Boden gewonnen hatte und allmählich die maßgebende geworden war.

Das größte Verdienst, daß auch in schweren Stunden der Verband sich immer wieder auf dem Wege zum gemeinsamen Ziele zusammen fand, liegt bei dem Verbandsvorsitzenden, Prof. Ernst Hasse. Leider war er bei den Wahlen 1903 seinem sozialdemokratischen Mitbewerber unterlegen, so daß in dem neuen Reichstag der Verband ohne eigentlichen Vertreter war. Diese Entlastung von den Geschäften eines Volksvertreters benutzte aber Hasse nicht zur Schonung seiner schon übermäßig beanspruchten Person. Vielmehr diente ihm die so gewonnene Zeit dazu, seine reichen Erfahrungen und Erkenntnisse in einem großangelegten Werke „Deutsche Politik“ niederzulegen.

Die hohe Verehrung, welcher dieser selbstlose und bedeutende Mann allseitig im Verband genoß, trat so recht bei der Feier seines 60. Geburtstages im Februar 1906 zu Tage und fand ihren äußeren Ausdruck in der Verleihung der Ehrenmitgliedschaft[1]). Hasse hatte beabsichtigt, in Rücksicht auf sein vorgeschrittenes Alter, von nun an von der Leitung des Verbands zurückzutreten und sich ganz der schriftstellerischen Tätigkeit zu widmen. Sein hohes Pflichtgefühl ließ ihn jedoch trotz seiner angegriffenen Gesundheit davon Abstand nehmen, als man ihm vorstellte, daß sein Name und seine Mitwirkung in den derzeitigen schweren Tagen eine Lebensfrage für den Verband bedeute. So verharrte er weiter auf seinem verantwortungsvollen Posten. Leider nicht mehr lange. Schon am 12. Januar 1908 entriß der unerbittliche Tod den treuen Mann seinem

[1]) Vor ihm hatten sie noch Dr. Peters und Bismarck erhalten.

Volke, ohne daß es ihm noch vergönnt gewesen wäre, sein politisches Vermächtnis, die „Deutsche Politik" fertigzustellen.

Was Ernst Hasse dem Verband war, findet man in den Nachrufen und Gedächtnisreden aus Anlaß seines Hinscheidens. Sie sind wörtlich in den Alldeutschen Blättern (1908) wiedergegeben, wo man sich auch über seine äußere Lebensgeschichte unterrichten kann (desgl. AB vom März 1906). Was Hasse seinem deutschen Volke war, darüber wird erst eine spätere Zeit ihr unbestechliches Urteil fällen, „unverwirrt von der Parteien Gunst und Haß". Es wird ihm gerecht werden, wie es so manchem zu Lebzeiten verkannten großen Deutschen gerecht geworden ist.

5. Von Hasse's Tod bis zum Kriegsbeginn.
12. 1. 1908 bis 1. 8. 1914.

In seinen letzten Lebensjahren hatte Hasse schon mehreremale seine Stellung als geschäftsführender Vorsitzender des Verbands aufgeben wollen, sowohl aus gesundheitlichen Rücksichten, als auch in der Absicht, sich dann ganz seiner schriftstellerischen Tätigkeit an seinem Werke „Deutsche Politik" zu widmen. Zum letztenmale hatte er, wie schon erwähnt, diese Absicht aus Anlaß seines 60. Geburtstags wiederholt. Dem allgemeinen Drängen hatte er auch dieses Mal in seinem Pflichtgefühl nachgegeben, ohne jedoch die Verpflichtung für die ganze laufende dreijährige Amtsdauer zu übernehmen. Im Hinblick auf den bevorstehenden Wechsel hatte er sich zeitig die Frage vorgelegt, wer wohl zu seinem Nachfolger berufen sei. Von wie einschneidender Bedeutung für Gedeih und Verderb des Verbands es sei, daß nicht nur der geeignete Mann an der Spitze stehe, sondern daß er auch ganz in seiner Stellung aufgehe, hatte er selbst am eignen Leibe erfahren, als er im Jahre 1893 sich zu dem Entschluße der Uebernahme der Verbandsleitung durchrang. Um wie viel mehr galt dies für die bevorstehenden Entscheidungsstunden! In Heinrich Claß glaubte Hasse den Mann gefunden zu haben, der die nötigen Eigenschaften — glühende Begeisterung für sein Volk und politischen Weitblick, festen Charakter und unabhängige Stellung — besaß, die ihn zu seinem Nachfolger geeignet machten. Er hatte ihn deshalb schon seit einigen Jahren in die Hauptleitung gebracht und derart zu den Arbeiten herangezogen, daß nach seinem dereinstigen Rücktritt der Zusammenhang der Ueberlieferungen und der völkischen Arbeit gewahrt bleibe. Vorurteilslos wie er war, nahm er dabei keinen Anstoß, daß Claß im allgemeinen bisher eine schärfere Richtung betont hatte, als er. So kam es, daß in Hasses letzten Jahren Claß, vor allem in Fragen der auswärtigen Politik, bereits eine maßgebende Stellung innerhalb des Verbands einnahm. Besonders sein Hervortreten in der Marokkofrage ließ dies erkennen. So erfolgte seine Wahl zum geschäftsführenden Vorsitzenden des Verbands mit großer Einhelligkeit und der Leitungswechsel, der sonst bei ähnlichen Vereinigungen leicht zu inneren Schwierigkeiten und Erschütterungen führt, vollzog sich völlig reibungslos. Ueberhaupt ist es als ein großes Glück für die Stetigkeit der Verbandsarbeit zu betrachten, daß er seit seinem Neuaufbau 1893 nur dieses eine Mal seinen Vorsitzenden wechseln

mußte. Als Stellvertreter, gleichzeitig als Vertreter der gemäßigteren Richtung, wurde Superintendent Klingemann zugewählt.

Der Wechsel in der Verbandsleitung hatte einige Aenderungen in der Geschäftsführung zur Folge. Schon in Hasses letzter Zeit, besonders nach dem Tode Lehr's, hatte sich die räumliche Trennung seines Wohnsitzes Leipzig von der Berliner Geschäftsstelle öfters unliebsam bemerkbar gemacht, zumal auch die Geschäftsführer durch ihre ausgedehnte Werbetätigkeit häufig von der Reichshauptstadt abwesend waren. Bei der noch größeren räumlichen Entfernung Berlin-Mainz — letzteres war Claß' Wohnort — mußten sich diese Nachteile in erhöhtem Maße fühlbar machen. Eine straffere Einheitlichkeit der Geschäftsführung war daher nötig und wurde allmählich durchgeführt. Die Verbandsleitung siedelte im Juni 1909 nach Mainz über, während in Berlin bis zum 1. Januar 1911 eine Nebengeschäftsstelle des Verbands unter dem Grafen E. Reventlow[1]) verblieb. Dieser hatte nach Ausscheiden von Prof. Samassa die Schriftleitung der „Alldeutschen Blätter" übernommen. Auch der bisherige Geschäftsführer A. Geiser schied Ende 1908 aus seiner Stellung. Nach mehrmaligem Wechsel gewann dann der Verband im Juli 1913 in dem damaligen Leiter der Ortsgruppe Erfurt, Freiherrn von Vietinghoff-Scheel einen Hauptgeschäftsführer, der bis zum heutigen Tage in ersprießlichem Zusammenwirken mit dem geschäftsführenden Vorsitzenden den Wiederaufstieg des Verbands mitvorbereitet und dauernd erhalten hat. Nicht vergessen sei, daß erst jetzt die ersten Anfänge eines Verbandsarchives entstanden. Bis dahin war seine Notwendigkeit nicht so fühlbar geworden, da Prof. Hasse, seit Anfang an leitender Stelle in der Bewegung stehend, die Zusammenhänge der noch kurzen Verbandsgeschichte alle noch selbst kannte, deshalb ohne Archiv sich beholfen hatte.

Im Anschlusse an diese äußere Verbandsgeschichte sei noch der bedeutungsvollen Mitwirkung des Generals von Liebert gedacht, der besonders für koloniale Fragen zuständig war. Seine Zugehörigkeit zum Reichstag in der Zeit an 1907—1912 gab dem Verband wieder die Möglichkeit, auch an dieser maßgebenden Stelle sich Gehör zu verschaffen. Auch sei hier der wertvollen Dienste gedacht, die Admiral Breusing in den letzten Vorkriegsjahren als Flottensachverständiger dem Verbande leistete, wie dies vor allem bei den englischen Uebertölpelungsversuchen in der Flottenbaufrage (Churchill-Haldane) zur Geltung kam.

Besonders schmerzliche Lücken riß wieder der Tod in die Reihen des Verbandes. Zumal waren es eine Anzahl von Mitbegründern, wie der Reichstagspräsident Graf Stolberg, der Forschungsreisende Dr. Schroeder-Poggelow, Prof. Dr. Theobald Fischer, Felix Dahn, nicht zu vergessen des wackeren Liebermann von Sonnenberg, der oft mutig vor Kanzler und Reichstag für den Verband eingetreten war, die in diesem Zeitraume zur letzten Ruhe eingingen.

Schon früher wurde auf die große Opferfreudigkeit hingewiesen, die in alldeutschen Kreisen stets herrschte. Einen neuen erhebenden Beweis

[1]) Nicht zu verwechseln mit dem frühgestorbenen Grafen L. Reventlow, der sich im Reichstag mehreremale aufs wirksamste für den Verband eingesetzt hatte.

hierfür lieferte die (bereits 1903) erfolgte Gründung des „Alldeutschen Wehrschatzes", der sich eines steten Aufschwunges erfreute und zum erstenmale den Grundsatz der freiwilligen Selbstbesteuerung durchführte. Diese Opferwilligkeit ist um so höher einzuschätzen, als die Alldeutschen, trotz allen Geredes von Unterstützungen seitens der Schwerindustrie, im allgemeinen mit äußeren Glücksgütern wenig gesegnet sind. Auch eine sich stets häufende Anzahl von Schenkungen und letztwilligen Zuwendungen kennzeichnet den Geist freudigen Opfersinnes, der im Verband herrscht. Einzelne Fälle besonders hervorzuheben, sei absichtlich vermieden. Das Scherflein des Minderbemittelten steht ja im gleichen Werte mit der größeren Spende des Wohlhabenden. Natürlich wurde durch diese Geldsendungen die Arbeit des Verbands erheblich gefördert; trotzdem waren und bleiben die Mittel im Verhältnis zu der Fülle der Aufgaben immer noch bescheiden.

Nach außen hin trat der Verband vor allen auf seiner alljährlichen Heerschau, den Verbandstagen, in Erscheinung. Sie wurden 1908 in Berlin und Leipzig, 1909 in Schandau, 1910 in Karlsruhe, 1911 in Düsseldorf, 1912 in Erfurt und 1913 in Breslau abgehalten. Die für 1914 in Hamburg geplante Tagung mußte dagegen infolge der Kriegsereignisse in Wegfall kommen. Zur Feier des 20jährigen Bestehens erschien als Festgabe ein Quellenwerk über die bisherige Verbandstätigkeit: „20 Jahre alldeutscher Arbeit und Kämpfe", das für eine gerechtere Beurteilung der Bestrebungen des Verbands in der Oeffentlichkeit von großem Werte war. Nach seinem Erscheinen ist eine Entstellung der Verbandsziele nur noch bei ausgesprochener Oberflächlichkeit oder Böswilligkeit möglich.

Mit der „schwarzen Woche" des Jahres 1908 leitete sich das eigentliche Vorspiel des Weltkrieges ein. Die Erkenntnis, welche damals über das deutsche Volk allzu jäh hereinbrach, war im Alldeutschen Verband seit Jahren vorhanden. Wie war er wegen der „Bilanz des neuen Kurses" (1903) verketzert worden und in wie schmerzlicher Weise war jetzt all seine „Schwarzseherei" (1906) bestätigt und nunmehr auch der breiten Allgemeinheit fühlbar geworden. Aber das schlimmste war: Die Erkenntnis setzte sich nicht in Besserung um, da sie nicht mit S e l b s t e r k e n n t n i s begann. Jede einzelne der beteiligten Stellen glaubte die Schuld dem anderen zuschieben zu müssen, eigener Selbstbesinnung und Läuterung aber nicht zu bedürfen. Die Regierenden wollten ebensowenig ihr tatenloses Hinwursteln, durch das sie sich in den kleinen Tageskämpfen erschöpften und den Blick für die großen Zukunftsaufgaben verloren, zugestehen, als die gesetzgebenden Körperschaften und das von ihnen vertretene Volk ihre ungeheure Mitschuld anerkannten, die aus ihrer Teilnahmelosigkeit und kurzsichtigen Eigensucht erwuchs. So glaubte man, der eigenen Gottähnlichkeit sicher, in dem Kaiser, der mit seinem Daily-Telegraph-Gespräch doch nur den ä u ß e r e n Anstoß zur Erörterung der bestehenden Schäden gegeben hatte, d e n Sündenbock für all die Fehler und Mängel gefunden zu haben, deren Vorhandensein man nicht mehr leugnen konnte, während er doch nur v e r h ä l t n i s m ä ß i g beteiligt war. Auch der Kanzler gab in unritterlicher Weise seinen Herrn preis. Dieses schnöde Haberfeldtreiben machte der Alldeutsche Verband nicht mit, so wenig er den Anteil verkannte, den seit Bismarcks Ausscheiden, die

wechselnden Stimmungen und Eingriffe des Kaisers, sowie seine Unduldsamkeit gegen aufrechte Männer unter seinen Beratern an allem Geschehenen hatten.

Die Besorgnisse, welche von nun an die besten Kreise unseres Volkes erfüllten, traten in der nächsten Zeit in mancher bedeutungsvoller Schrift zutage. Kein geringerer als Graf Schlieffen enthüllte in einem viel besprochenen Aufsatz (1908) die ganze Trostlosigkeit unserer Lage, was umso überzeugender wirken mußte, als seine Erörterungen jedes politischen Nebenzweckes entbehrten und nur militärischen Schlußfolgerungen dienten. Dann folgte die wichtige Anklageschrift eines Mannes, der unter dem Decknamen Daniel Frymann in „Wenn ich der Kaiser wäre" das „Fähnlein der Aufrechten" aufpflanzte.

In anderer Weise versuchte Einhart[1]) am Wiederaufbau seines Volkes mitzuwirken. Kurz vor Frymanns mutiger Schrift schenkte er dem deutschen Volke seine „Deutsche Geschichte". Ihr Erscheinen war ein Segen, indem sie in jenen trüben Tagen durch ihre im besten Sinne volkstümliche Darstellung auch dem schlichten Manne es ermöglichte, sich an den Großtaten der Vorfahren aufzurichten und zu begeistern, aber auch aus ihren Fehlern zu lernen und sein Gemeinsamkeitsgefühl mit den anderen Deutschen, wo immer sie leben, zu vertiefen.

Kehren wir zum Gang der Ereignisse zurück. Die Teilnahme des Verbands an der sogen. Blockpolitik ist schon erwähnt. In ihr sah man die verheißungsvollen Anfänge einer Umgestaltung unseres Parteiwesens bezw. Parteiunwesens in dem Sinne, daß in Zukunft für völkische Fragen sowohl der Innen- als der Außenpolitik nur rein völkische Gesichtspunkte maßgebend sein dürften. Es ist auch bereits geschildert, wie die wichtigen Gesetze über Vereins- und Versammlungsrecht und Enteignung in den Ostmarken verschlechtert wurden, weil die Parteien es nicht fertigbrachten, sich diesen hohen Standpunkt dauernd zu eigen zu machen. Die Unfähigkeit der Blockparteien bei dem im völkischen Sinne so bedeutsamen Neuaufbau der Reichsgeldgebahrung, der sogen. Reichsfinanzreform, zu Gunsten des Gesamtwerks Opfer ihrer eignen Belänge zu bringen, führten zum Bruch des Blocks, zumal ihm die wegweisende Führerhand fehlte, nachdem Bülows Stellung seit den Novembertagen des Vorjahrs unhaltbar erschüttert war. Dieser rasche Verfall des Blocks war vielleicht zu beklagen. Er war aber von vornherein nicht zu verhindern, da im verjudeten Freisinn gar zu mächtige Kräfte zwischenstaatlichen Gepräges am Werke waren, deren dauernde Ausschaltung ein Hochziel wahrhaft völkischer Blockpolitik hätte sein müssen. Auch für die Zukunft wird eine solche Zusammenarbeit der in Lagardes Auffassung[2]) geläuterten freisinnigen und konservativen Volksteile zu erstreben sein — ein Freisinn als Judenschutztruppe kommt hierfür allerdings nicht in Betracht.

Den neuen Kanzler begrüßte der Verband in stets erneuter, stets getäuschter Hoffnungsfreudigkeit. Schon gar zu bald (1910) sollten jedoch

[1]) Bekanntlich Deckname für Claß.
[2]) In s. „Deutschen Schriften".

Zweifel auftauchen, ob uns dieser Wechsel bessern Zeiten entgegenführen könnte.

Im Innern war es die Haltung der Regierung in der elsaß-lothringischen und der polnischen Frage, welche diese Zweifel entstehen und bald zu voller Gewißheit werden ließen. Schon seit längerer Zeit stand es für den wachsamen Beobachter fest, daß, dank der Kraftlosigkeit und mangelnden Folgerichtigkeit der verantwortlichen Stellen, das Deutschtum in den Reichslanden nicht nur keine Fortschritte mache, sondern stark bedroht sei. Seit dem Jahre 1899 hatte der Verband auf diese Dinge aufmerksam gemacht. Von Jahr zu Jahr hatte er dann mit wachsender Besorgnis diese Entwicklung verfolgt und immer dringlicher auf ihre Folgen hingewiesen. Nun stellte der Kanzler alles bisher Errungene und noch mühsam Behauptete durch seine Gewährung einer elsaß-lothringischen Verfassung in Frage. Noch mehr, er verkümmerte die Stellung Preußens, dessen Ministerpräsident er doch auch war, im Bundesrat und fachte mit der Gewährung des Reichstags-Wahlrechts an die Elsaß-Lothringer recht eigentlich das bisher leicht schwelende Feuer der Wahlrechtsbewegung in Preußen zur hellen Flamme an, an der sich schließlich das Reich verzehren sollte. Auf die guten Beziehungen des Verbands zum Kanzler war aber „ein Reif [1]) in der Frühlingsnacht" gefallen.

Eine unheilvolle Stütze fand der Kanzler in dem derzeitigen Statthalter, dem Fürsten Wedel [2]), der durch seine falsche Versöhnungspolitik dem Welschtum ungewollt Schrittmacherdienste leistete und damit den Weg betrat, der schließlich Ende 1913 nach Zabern führen mußte.

Heute liegen die Mißerfolge jener Tage klar zu Tage. Hier wie anderswo hatte der Verband die schmerzliche Genugtuung, daß er im Gegensatz zu den maßgebenden Stellen die Gefahr rechtzeitig erkannt und die richtigen Mittel zu ihrer Beseitigung angegeben hatte.

Genau so in der Polenfrage. Die Frucht der Blockzeit, das vom Verband schon längst und in schärferer und folgerichtigerer Form verlangte Enteignungsgesetz, wurde trotz des ruhmredigen Wortes „nunquam retrorsum", das dem Kanzler einmal entschlüpfte, nicht durchgeführt. Im Gegenteil, der um das Ostmarken-Deutschtum hochverdiente Posener Oberpräsident von Waldow mußte 1911 weichen, um einem Versöhnungsmann Bethmann'schen Schlages, Schwartzkopff, Platz zu machen. Einen starken Rückhalt fanden Kanzler und Oberpräsident in dem Minister von Schorlemer, der den Widerstand der deutschen Großgrundbesitzer gegen die Enteignung stützte [3]).

Leider wurde der Alldeutsche Verband nicht nur in diesen innern Fragen in Gegensatz zu Bethmann-Hollweg gestellt. Auch dessen Tätigkeit in der Außenpolitik konnten ihm das verlorene Vertrauen nicht wiedergewinnen.

---

[1]) AB 1910, Nr. 13.

[2]) Daß Wedel während des Krieges trotz Zabern, allen flaumacherischen Bewegungen seinen Namen zur Verfügung stellte, nimmt hiernach nicht weiter Wunder.

[3]) Dagegen tut man dem durchaus national gesinnten Mann wohl Unrecht, wenn man ihm für seine Haltung in der Enteignungsfrage Erwägungen ähnlicher Art zuschreibt, wie sie für die Zentrumspartei in der Polenfrage maßgebend waren.

Noch unter Bülow war Herr von Schön Staatssekretär des Auswärtigen geworden. Anfänglich fand dieser Minister sogar einmal lauwarme Worte der Anerkennung für den Verband, als er im Reichstag zur Verteidigung des deutschen Botschafters in Washington, Grafen Bernstorff, das Wort ergriff [1]), der in unerhörter Weise sich herausgenommen hatte, die Alldeutschen vor dem Auslande abzurüffeln, wofür er seitens des Verbands in einem offenen Brief die gebührende scharfe Zurückweisung erfahren hatte [2]). Schöns gänzliche Erfolglosigkeit ist durch die Worte Algeciras (1908/09), Mannesmann (09/10) und Bagdadabkommen (1910) hinreichend gekennzeichnet. So konnte sein Abgang im Jahre 1910 auch im Alldeutschen Verbande nur freudige Zustimmung auslösen, um so mehr als er in Kiderlen-Wächter einen Nachfolger erhielt, der während einer kurzen Stellvertretung seines Vorgängers allgemeine Anerkennung gefunden hatte und zudem als besonderer Kenner der für die nächsten Jahre so wichtigen Balkan-Wetterecke und als Mann der starken Nerven und der festen Entschlüsse galt. Endlich also ein Mann! So hoffte man. Mit welcher Berechtigung zeigte das Marokkojahr (1911). Auch Kiderlen-Wächter hatte anfänglich — soweit hatten sich doch die Urteile über den Verband seit der „schwarzen Woche" geändert — diesem nicht unfreundlich gegenübergestanden.[3]) Um dem Panthersprung nach Agadir und seiner Absicht auf Landerwerb in Südwestmarokko den erforderlichen kräftigen Widerhall im deutschen Volke zu schaffen und dadurch einen starken Rückhalt für seine Verhandlungen zu gewinnen, trat er mit dem Verband, der ja schon früher die gleichen Forderungen erhoben und begründet hatte, in Verbindung. Die erbetene Unterstützung wurde deshalb auf das kräftigste und um so freudiger gewährt, als man hoffen konnte, hierdurch die alten Verbandsziele doch noch in letzter Stunde durchzusetzen [4]). In gleichem Sinne sollte eine neue Schrift „Westmarokko deutsch" von Claß wirken, der nach Prof. Fischers Hinscheiden (1901) als bester Kenner der marokkanischen Frage gelten mußte. Es gehört der Geschichte an, wie damals die Hoffnungen, nicht nur der Alldeutschen, getäuscht wurden und das Marokkoabenteuer in den Kongosümpfen seinen wenig erfreulichen Abschluß fand. Die Kongoerwerbungen aber suchte man dem genarrten Volke bekanntlich dadurch mundgerecht zu machen, daß man vorgab, nie einen Landerwerb in Marokko beabsichtigt zu haben, und daß man die Mitwirkung des Verbands als ungewollte, ja gewissermaßen aufgedrungene darstellte. Solche politischen Lügen können notwendig sein und müssen ertragen werden, trotzdem in vorliegendem Falle sich Niemand über den wahren Sachverhalt und Deutschlands Niederlage täuschen ließ. Daß aber darüber hinaus Kiderlen im Reichstage mit ungenauen und u n w a h r e n Darstellungen die Tätigkeit des Verbands sowohl als seines Vorsitzenden Claß in der öffentlichen Meinung herunterzusetzen versuchte, rief scharfe Abwehr der Angegriffenen hervor, trotzdem sie auch hierbei nur soweit aus

[1]) AB 09, 430.
[2]) AK. 436.
[3]) Dies bezeugt nach seinem Tode Egelhaaf (s. AB).
[4]) Diese Auffassung wurde allerdings später von amtlicher Seite bestritten. Es sprechen aber auch heute noch so starke Gründe für sie, daß an ihr festgehalten werden muß.

ihrer Zurückhaltung heraustraten, als unbedingt erforderlich war (wie z. B. 1912 die nachfolgenden Cleinow-Prozesse bewiesen)[1].

Als eigentlicher Auftakt zum Weltkriege sind die Balkangeschehnisse aus den Jahren 1908 (bosnische Krisis) bis 1912/13 (Balkankriege) zu betrachten. Die Gesamtheit dieser Ereignisse ergaben für jeden denkenden Menschen die Gewißheit, daß Serbien als Sturmblock zur Zertrümmerung des altersschwachen Habsburger Staates in slavisch-russischem Interesse dienen sollte. — Glückte dieser Plan, so stand Deutschland völlig vereinsamt einer Welt von Feinden in aussichtslosem Kampfe gegenüber oder es mußte ohne Kampf in die Reihe der Mächte zweiten Ranges unter entsprechender Grenzberichtigung zurücktreten. Der Weg nach Konstantinopel führt für Rußland schon seit 1878 über Berlin. Sämtliche Versuche nach der russischen Revolution, den 1890 abgerissenen Faden mit St. Petersburg wieder anzuknüpfen, waren gescheitert, das englisch-russische Einvernehmen mit der Spitze gegen das deutsche Reich dagegen seit Reval fest besiegelt. Eine Aussicht auf Verständigung mit Rußland auf Kosten Oesterreich-Ungarns, aus dessen Erbschaftsmasse dann etwa Cisleithanien Deutschland zugefallen wäre, war sonach schon aus diesem Grunde aussichtslos, der Hemmnisse infolge der tschechischen Ansprüche und Treibereien garnicht zu gedenken.

In Erkenntnis dieser Lage trat das Deutsche Reich unbedingt, über seine Bündnisverpflichtungen hinaus, für die gefährdete Donaumonarchie in „schimmernder Wehr" und „Nibelungentreue" ein und errang 1908 sogar so etwas wie einen diplomatischen Erfolg. Bis dahin war die deutsche Politik durchaus richtig. Ob sie dann in der Folgezeit nicht sich allzu sehr in das Schlepptau der österreichisch-ungarischen Belänge nehmen ließ, ist für diese Feststellung unwesentlich. Nötig wäre es jedenfalls nicht gewesen.

Wie sollte sich unter diesen Umständen der Alldeutsche Verband verhalten? Ihm mußten ähnliche Erwägungen sein Verhalten regeln, wie der auswärtigen Politik des Reiches. Auch für ihn mußte eine Verständigung mit Rußland über ein Aufteilen des Donaustaates nach Lage der Dinge ausgeschlossen erscheinen. Es blieben also nur noch zwei Fälle. Entweder überließ man Oesterreich-Ungarn seinem Schicksal; damit hätte man die dortigen Stammesbrüder ohne Versuch der Rettung geopfert und sich selbstmörderisch der Unterstützung durch den einzigen Bundesgenossen im bevorstehenden Entscheidungskampf beraubt, mit dessen Hilfe man hoffen konnte, den Waffengang erfolgreich zu bestehen. Oder man half Oesterreich-Ungarn bedingungslos. Dann kam es vielleicht zu dessen Machtvergrößerung auf serbische Kosten, wodurch die slavischen Volksteile im Donaustaat zu Ungunsten des dortigen Deutschtums in verhängnis-

[1]) Die Mißstimmung, die hieraus bei dem Auswärtigen Amt zurückblieb, äußerte sich im gleichen Herbst in kleinlichster Weise anläßlich einer Sammlung für geschädigte Deutsche in Blumenau (Brasilien), so daß der Verband eine eigene Sammlung ins Leben rief. — Auch bei anderen Regierungen schadete der „schlechte Ruf", den sich der Alldeutsche Verband damals erwarb. Noch im Jahre 1914 verweigerte der Hamburger Senat dem Verband eine Begrüßung zu seinem geplanten Verbandstage, eine Ehre, die er kurz zuvor einer jüdischen Veranstaltung anstandslos hatte zu Teil werden lassen!

voller Weise gestärkt worden wären. Dessen endgültige Stellung in Oesterreich-Ungarn hing aber zweifellos vom Ausgange des bevorstehenden Weltkrieges ab. Deshalb konnte man bis zu dessen Austrag die Frage vorläufig in der Schwebe lassen. Ein Sieg schuf dann eine derart veränderte Lage, daß es nicht schwer hätte sein können, auch hierfür eine günstige Lösung zu finden. Deshalb entschied sich der Alldeutsche Verband die deutsche Politik hinsichtlich Oesterreich-Ungarn mit allen Kräften zu stützen.

Diese Grundauffassung der Hauptleitung in der österreichisch-ungarischen Frage setzte sich im Gesamtverbande nicht kampflos durch. Besonders wirkten Einflüsse der österreichischen Alldeutschen dahin, daß mancherorten die Meinung entstand, die Verbandsleitung treibe unter der Einwirkung eines österreichischen Mitgliedes nicht alldeutsche, sondern schwarz-gelbe, also Habsburger Politik. Bei der eingehenden Erörterung dieser Fragen innerhab des Verbands traten dann aber sämtliche maßgebende Stellen auf Seiten der Verbandsleitung — auch die Gegner erklärten sich nach den Aussprachen (1913 u. 1914) überzeugt und sprachen dem Vorsitzenden ihr Vertrauen aus. Es mußte auf diese Dinge etwas näher eingegangen werden, da im Laufe des Krieges diese Frage von einem hervorragenden Mitglied und Mitbegründer des Verbands, Dr. Reismann-Grone, nochmals aufgenommen wurde und leider zu dessen Ausscheiden aus dem Verband führte. Noch letzthin (1919/20) wurde der in Anbetracht der heutigen Tatsachen nutzlose Federkrieg erneut von ihm aufgenommen.[1])

Der Alldeutsche Verband war sich schon frühzeitig im klaren, daß die Verhältnisse infolge Englands Handelsneids, Frankreichs Rachsucht und Rußlands Ausdehnungsdranges unvermeidlich mit wachsender Beschleunigung dem Kriege zutrieben. Von selbst mußte sich ihm deshalb die besorgte Frage aufdrängen, ob unsre Rüstung den kommenden Ereignissen auch entspreche. Das Mitglied seiner Hauptleitung, General Keim, durch seine Feuerseele und mitreißende Werbekraft noch vom Flottenverein her bekannt, war ihm dabei ein sachkundiger und tätiger Berater. Regierung und Reichstag aber verschlossen sich zunächst der Erkenntnis von der Gefährlichkeit der Lage. Denn nur so kann man es verstehen, daß sie auch noch beim Quinquennatsgesetz 1911, abgesehen von den allerdringendsten Forderungen infolge technischer Neuerungen, keine nennenswerte Verstärkung des Heeres im Sinne der durch die Reichsverfassung festgelegten allgemeinen Wehrpflicht beschlossen. Noch wurden Fragen der Wehrhaftigkeit bei den leitenden Stellen in erster Linie vom Standpunkte ihrer Rückwirkung auf die Geldwirtschaft des Reichs beurteilt. Erst die unmittelbare Kriegsgefahr im Sommer 1911 und die außerordentliche Machtverschiebung zu Gunsten unsrer Gegner infolge der Balkankriege 1912/13, die selbst den Blindesten die Augen öffnen mußten, veranlaßten die gesetzgebenden Stellen zu den tropfenweisen und immer noch ungenügenden Heeresverstärkungen der Jahre 1912 und 1913, Verstärkungen, die noch ehe sie zur Ausreifung kamen, durch kräftigere und

[1]) Reismann-Grone, „der Erdenkrieg und die Alldeutschen" und die Erwiderungen in den AB 1919 und 1920.

opferwilligere Maßnahmen, besonders unserer westlichen Gegner, wettgemacht waren.

An dem Entstehen und Durchbringen dieser Wehrvorlagen hat der Verband ein hohes Verdienst. Auch hier war er, wie einst bei Schaffung der Flotte, der Rufer im Streit, als er erkannte, daß selbst das unbedingt notwendige dieser Regierung durch das Volk selbst aufgezwungen werden müsse. Aus diesem Gedanken wurde der Wehrverein geboren, zur Aufklärung des Volkes und zur Sammlung aller Kräfte auf dies Ziel, da der Verband einsah, daß er die umfangreiche und schnelle Ergebnisse fordernde Tätigkeit nicht, gewissermaßen im Nebenamte, neben seinen andern wichtigen Aufgaben betreiben könne. Als Leiter stellte er aber den General Keim zur Verfügung, durch dessen Person bereits die Gewähr des Erfolges gegeben war.[1])

Als der Krieg dann ausbrach, konnten die Männer des Verbands, die hier wieder das „völkische Gewissen" vertreten hatten, mit Stolz und Genugtuung darauf zurückblicken, daß dank ihrer Tätigkeit zwar nicht alle Lücken in unserer Rüstung ausgefüllt waren, daß aber immerhin Großes erreicht und unermeßlicher Schaden verhütet war. Mit diesem Selbstlob soll natürlich nicht das Verdienst und die pflichttreue Arbeit der militärischen Dienststellen verkümmert werden, die an dem großen Werke mitarbeiteten. Daß ihre Wünsche ebenfalls weitergingen, als schließlich durchgesetzt wurde, ist bekannt, ebenso weshalb dies so kam.

Auch in den Flottenfragen bewegte sich der Verband in seinen altbewährten Bahnen und zog die Folgerungen aus der Lage, wenn er beschleunigte Durchführung des Flottengesetzes verlangte. Ein Erfolg war ihm hier nicht beschieden, weil der Kanzler in seinem Bestreben, eine Verständigung mit England zu gewinnen, den Vorschlägen eines Haldane sich nicht völlig versagte und die Forderungen Tirpitz' nur in verstümmelter Form an den Reichstag brachte. Natürlich änderte diese Nachgiebigkeit unseres leitenden Staatsmannes gar nichts an Englands grundsätzlicher Haltung. Seine Versöhnungspolitik mußte an ihrer inneren Unmöglichkeit doch schließlich wie ein Kartenhaus zusammenfallen.

Als am 1. August 1914 der Krieg dann tatsächlich zum Ausbruch kam, konnte der Verband fürwahr mit gutem Gewissen an die Selbstprüfung herantreten, ob er all- und jederzeit seiner völkischen Pflicht nachgekommen sei. Leicht war es ihm nicht gemacht worden. Besonders die Widerstände und Hemmungen von oben hatten ihm scharf entgegengewirkt und zeitweise das Mißtrauen weiter und beachtenswerter Volkskreise eingetragen. Nur seine stets bewährte unbedingte Unabhängigkeit nach allen Seiten hin hatte es ihm ermöglicht, ohne die so fördernde Anerkennung der breiten Volksmassen nur im Bewußtsein der Pflicht seinen dornenvollen einsamen Weg zu wandern. Indes er „hat den Besten seiner Zeit genug getan", darum war auch sein Wirken kein vergebliches.

---

[1]) Auch in andern, besonders militärischen Kreisen brach sich damals die Erkenntnis vom Gebot der Stunde Bahn. In Wort und Schrift kam dies zum Ausdruck, am nachhaltigsten wohl in Bernhardi's „Deutschland und der nächste Krieg" (1912), ein Werk, das seinem Verfasser den Namen eines „Alldeutschen" eintrug, trotzdem der Verband der Veröffentlichung völlig fernstand.

6. Der Alldeutsche Verband und der Weltkrieg.
1. 8. 1914–9. 11. 1918.

Es ist selbst für den zünftigen Gelehrten ein fast allzu schwieriges Unternehmen, Geschichte der jüngsten Vergangenheit zu schreiben. Je näher man noch selbst den Ereignissen steht, je frischer die Erinnerung an das Durchlebte ist, desto schwerer fällt es, sich von der eigenen Auffassung loszulösen und ein allseitig zutreffendes Urteil zu gewinnen. Dies gilt in erhöhtem Maße für unser Vorhaben. Noch ist der notwendige Abstand von den letztjährigen Ereignissen, die ja selbst noch in vollem Flusse sind, nicht da. Ein großer Teil der Quellen ist noch nicht erschlossen und unser eigenes Urteil ist noch zu befangen und anderen Auffassungen gegenüber verhärtet. Es wäre also ein eitles Unterfangen, hier Geschichte im vollen Sinne bieten zu wollen. Es handelt sich deshalb im folgenden nur um den Versuch, die Auffassungen des Alldeutschen Verbandes von den Geschehnissen wiederzugeben und seine Bestrebungen zu schildern und zu würdigen. Immerhin werden sich dabei auch die anderen Dinge in großen Zügen wenigstens richtig zur Darstellung bringen lassen.

„Als im Sommer 1914 der Weltkrieg ausbrach, wirkte er für die große Masse des deutschen Volkes wie ein betäubender Schlag. Noch einige Tage vorher konnten Leute, die wußten, was bevorstand, und die zu warnen und vorzubereiten suchten, von „führenden" Männern der Oeffentlichkeit hören, sie seien verrückt. Aber wer sich daran gewöhnt hatte, in den bescheidenen „Alldeutschen Blättern" eine reichere Quelle der Aufklärung zu finden, als in den großen Papieren von Frankfurt oder Köln, für den war das Herannahen des Weltgewitters längst kein Geheimnis mehr." Der dies schrieb war kein Alldeutscher, sondern einer ihrer schärfsten Gegner, Kurt Eisner.[1])

Ja, die „Schwarzseher" hatten in allem und jedem recht behalten. Mit klarem Blick hatten sie seit Jahren die kommende Entscheidung vorausgesehen; oft genug hatten sie das Volk aus seiner selbstsichern Beschaulichkeit aufzurütteln versucht. Besonders auffällig war dies noch kurz vor dem Kriege auf einer Stuttgarter Tagung des Gesamtvorstandes hervorgetreten, wo nochmals der furchtbare Ernst der Lage betont und das unmittelbare Bevorstehen des Weltkrieges vorhergesagt wurde. (Anlage 6.) Jetzt war eingetreten, was kommen mußte. Nun sollte sich erweisen, ob unser deutsches Volk in seinem Kerne noch tüchtig war, oder ob die allzu sichtbaren Schäden an seinem äußern Körper auch sein Bestes, seine Seele, schon angemorscht hätten. In diesem Sinne, aus der hohen Begeisterung der Stunde geboren, ist der schwungvolle Waffensegen zu beurteilen, den der alldeutsche Verband seinem Volke auf den schweren Gang mitgab, und in diesem Sinne waren auch die Worte zu verstehen, daß er „diese Stunde ersehnt habe", die ihm die letzte Möglichkeit zu bieten schien, unser Volk im Feuer- und Stahlbad des ungeheuren Ringens um Sein oder Nichtsein zur Genesung zu bringen und seinen Hochzielen entgegen-

[1]) „Neue Zeit" nach AB 15, 149.

zuführen. (Anlage 7). Es wurde späterhin versucht, aus dem Wortlaut des Aufrufs zu beweisen, daß der Verband damit offen zugegeben habe, daß seit Jahren sein Ziel der Krieg, d. h. der Krieg um seiner selbst oder um die Weltherrschaft willen, gewesen sei. Ein solches Mißverstehen ist nur möglich, wenn man die Worte für sich allein betrachtet. Wer den innern Zusammenhang in Rechnung stellt und wer den Ueberschwang der Gefühle in jenen großen Tagen, der sich andern Kundgebungen jener Zeit genau ebenso mitteilte, nicht außer Acht läßt, müßte vor solchem Irrtume gefeit sein, es sei denn, daß böser Wille im Spiele ist.

Bekanntlich hatten die Mahnrufe des alldeutschen Verbands nicht den Widerhall bei dem Volke und bei der Regierung vor dem Kriege gefunden, wie es die Schwere der Lage erfordert hätte. Immerhin war sein andauerndes und folgerichtiges Wirken nicht ohne Erfolg geblieben. Zu einem nicht unerheblichen Teile waren noch in letzter Stunde die Lücken in unserer Rüstung wenigstens beim Landheere geschlossen worden, so daß man hoffnungsvoll dem Ausgang entgegensehen konnte, falls die Staatskunst sich auf der gleichen Höhe zeigte, wie das Volk und seine Heerführer in jenen Tagen. Leider sollte diese Hoffnung schon in den ersten Stunden stark beeinträchtigt werden durch die unheilvolle Selbstbezichtigung hinsichtlich des belgischen „Unrechts". Sie beruhte auf unglaublicher Unkenntnis unseres vertraglichen Durchmarschrechts durch Belgien und einer grundsätzlichen Verwechslung der Gebote bürgerlicher Ehrenhaftigkeit und harter Staatsnotwendigkeit und band uns von Anfang an die Hände, indem sie uns vor aller Welt durch eigenes Zugeständnis ins Unrecht setzte. Würdig reihte sich daran die einzigartige Ungeschicklichkeit, Verträge als einen „Fetzen Papier" zu bezeichnen und einem gewissenlosen Gegner durch diese Entgleisung die Möglichkeit zu geben, dies Wort in seiner Weise zu unserm unvermeßlichen Schaden auszunützen. So wurde von Anfang an das „Volk der Treue" durch den Makel des Vertragsbruchs mit dem Abscheu und Haß aller Schlechtunterrichteten und Uebelwollenden in der ganzen Welt belastet. Gleich diese erste Erkenntnis mußte dem Verband, abgesehen von seinen Vorkriegserfahrungen, bange Zweifel erwecken, ob die derzeitige Staatsleitung geeignet sei, unsern Daseinskampf dem guten Ende zuzuführen, wozu die Staatsnotwendigkeit drängte und unsere Waffenerfolge berechtigten. Zur Gewißheit wurde aber diese Einsicht von der Unzulänglichkeit des Kanzlers und des Auswärtigen Amts, als schon gegen Ende August 1914 die deutlichsten Anzeigen jener verderblichen Flaumacherei hervortreten konnten, die dann, liebevoll von oben her großgezogen, so verheerend unsere Widerstandskraft zermürben sollte.

Bereits damals, also zur Zeit unserer unerhörten Siegesschläge von Namen, St. Quentin, Lothringen und Tannenberg, wurden diese Zustände in ernster Sorge im Geschäftsführenden Ausschuß besprochen. Auf die 3 Hauptquellen, aus denen sich der Strom der Flaumacherei speiste, wurde schon bei dieser Gelegenheit richtig hingewiesen: auf den Kanzler, der, auch jetzt noch ohne klare Erkenntnis der feindlichen Vernichtungsabsichten, die Möglichkeit der baldigen Aufnahme der Verhandlungen nicht durch eine allzu wuchtige Bekundung des Siegeswillens gefährden wollte,

auf gewisse zwischenvölkisch verfilzte Großhandelskreise und auf die Sozialdemokratie, für die ein „deutscher" Sieg ein Erfüllen der bisher irregeleiteten deutschen Arbeiter mit völkischem Selbstbewußtsein und damit ihr Abwenden von den bisherigen Bahnen bedeutete. Den beiden letzten Kreisen, deren Bindeglied das vaterlandslose Judentum war, traten dann noch die ausgesprochenen Friedensschwärmer (Pazifisten) hinzu, zunächst noch eine kleine einflußlose Gruppe, infolge der fortschreitenden Knochenerweichung aber nach und nach anwachsend und, durch reiche Mittel unterstützt, weitere Kreise mit ihrem verderblichen Geiste verseuchend. Mit der Festlegung dieser geschichtlichen Tatsachen, zu denen der Alldeutsche Verband schon damals Stellung nehmen mußte, ist natürlich nicht beabsichtigt, diesen flaumacherischen Kreisen insgesamt den Vorwurf bewußten Untergrabens des Siegeswillens für die damalige Zeit bereits zu machen. Erst in späterer Zeit traten solche Absichten bei ihnen unzweideutig zutage.[1]) Hier galt es nur die Anfänge bloszulegen. Denn die Geschichte des Alldeutschen Verbandes während des Kriegs ist im Grunde genommen auf den Leitsatz zurückzuführen, daß sie die Geschichte des Kampfes für einen deutschen Siegesfrieden gegen einen unsre Zukunft mordenden Verzichtfrieden ist. Und des letzteren Vertreter fingen mit der Flaumacherei an und hörten dann — wohl sehr gegen den Willen der Mehrzahl, aber als willenlose Knechte der schärferen Richtung — mit dem Novemberumsturz auf, nachdem sie Deutschlands Widerstandskraft gebrochen hatten. Natürlich wird man immer in Einzelheiten fehlgehen müssen, wenn man große Entwicklungsreihen auf solche einfache Leitsätze zurückführt. Eine derartige Vereinfachung bietet aber den Vorzug eines schnellen Ueberblicks über den Gesamtverlauf größerer Zusammenhänge.

Die Flaumacherei und Verständigungssucht gewisser Kreise einerseits und die Bestrebungen nach einem den Opfern entsprechenden und Deutschland gegen ähnliche zukünftige Ueberfälle sichernden Frieden andererseits sind nur die beiden entgegengesetzten Pole der gleichen Sache. Es erscheint deshalb berechtigt, beide Erscheinungen unter dem Sammelbegriff „der Kampf um die Kriegsziele" gemeinsam zu behandeln.

Ehe man die Widerstände gegen einen Siegfrieden voll begreifen kann, muß man sich deshalb klarlegen, welches waren denn die Ziele eines solchen? Hier kommen natürlich nur die Kriegsziele des Alldeutschen Verbands in Betracht. Sie deckten sich aber im allgemeinen inhaltlich mit den Forderungen zunächst der 6 großen Wirtschaftsverbände, dann überhaupt der gesamten völkisch gesinnten Kreise, die erkannt hatten, daß das gewaltige Völkerringen für unser Volk nicht in einem unerträglichen Abbruch des Kampfes, also in Wirklichkeit in einer Vertagung der Entscheidung bestehen könne, was dann zu balderneutem Waffengange mit unsern dann besser gerüsteten Gegnern führen müßte. Mehr oder minder große Verschiedenheiten in den Einzelzielen ändern daran nichts. Es kann daher der Alldeutsche Verband gewissermaßen als der Wortführer der gesamten völkischen Kriegszielauffassung gelten.

[1]) Der Kanzler sei auch für spätere Zeit ausdrücklich ausgenommen.

Schon frühzeitig — in der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses vom 28. August 1914 — wurden die alldeutschen Kriegsziele durchgesprochen und Uebereinstimmung erzielt. Die Verständigung hierüber war leicht. Da der Verband seit Jahren den Krieg vorausgesehen hatte, so mußte er sich natürlich auch schon lange Rechenschaft geben, welchen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen wir die Ungunst unserer Lage zu verdanken hatten und daraus die entsprechenden Schlüsse für deren zukünftige Aenderung ziehen. Der Verband hatte ferner seit langen Jahren eine Reihe von völkischen Zielen, deren allmählige Verwirklichung er ohne kriegerischen Eingriff im Gange der natürlichen Entwicklung erstrebte. Bei der völligen Umwälzung aller Verhältnisse, die dieser Krieg mit sich bringen mußte, war es von vornherein klar, daß die Gunst des Schicksals ausgenutzt werden müsse, um diese langsame natürliche Entwicklung abzukürzen. Es handelte sich hierbei vor allem um die Angliederung oder Wiedergewinnung abgesplitterter Volksteile, sei es in wirtschaftlicher, sei es in staatlicher Hinsicht, wodurch nicht nur das Deutschtum jener Teile gesichert werden sollte, sondern auch das Reich einen entsprechenden Machtzuwachs bekam. Es sei nur an „Mitteleuropa", „Flandern", „Baltenland" usw. erinnert. Dieser Landerwerb sollte gleichzeitig die Möglichkeit ergeben, das so dringend nötige, langersehnte Siedlungsland für unseren Bevölkerungsüberschuß im unmittelbaren Anschluß an den Hauptstamm zu gewinnen.

Die Erreichung dieser beiden Ziele war jedoch unter dem jetzigen Kanzler nach allen Erfahrungen nun und nimmer zu erwarten. Als oberste Aufgabe mußte deshalb für den Verband der Kampf um die Beseitigung dieses unheilvollen Mannes gelten.

Auf Einzelheiten der Kriegsziele näher einzugehen, nachdem die Hauptquellen der alldeutschen Forderungen klargelegt sind, müßte hier zu weit führen. Die Einzelheiten sind jedermann zugänglich, nachdem die alldeutsche Kriegsziel-Denkschrift im Jahre 1917, infolge der Zensur allzu spät, in den „Alldeutschen Blättern" veröffentlicht wurde. Diese späte Veröffentlichung gibt die Gelegenheit, gleich jetzt über das Verbot der Erörterung der Kriegsziele zu reden.

Es war ein schöner Gedanke, als am 3. August 1914 unser Kaiser die Parteiführer mit Handgelübde auf den „Burgfrieden" während des Krieges verpflichtete. Keiner konnte an sich diese Sammlung der Kräfte mehr begrüßen als der Alldeutsche Verband, der, selbst über den Parteien stehend, stets dafür eingetreten war, daß bei der Behandlung rein völkischer Fragen die Parteibelänge ausgeschaltet werden müßten. Seine Haltung gegenüber der Blockpolitik war schon von dieser Auffassung bestimmt. Vorbedingung für den Burgfrieden war natürlich, daß die Staatsleitung ihrerseits über den Parteien stand. Wenn sie also glaubte, was durchaus verstanden werden kann, daß eine Erörterung der Kriegsziele die Leitung der Außenpolitik erschwere und zugleich den inneren Frieden gefährde, so durfte sie gerechterweise nicht nur die Aeußerungen kraftvollen Siegeswillens, sondern mußte sie auch die Kundgebungen der Gegenseite zu den Kriegszielen verhindern. Es herrschte jedoch von Anfang an das Gefühl vor, als ob hier mit zweierlei Maß gemessen würde, als

ob die schärfere Richtung, der Kanzler und Auswärtiges Amt ja schon vor dem Kriege wesensfremd gegenüberstanden, in dem Urteil der Regierung ungleich strengere Richter fände, als die den schwächlichen Auffassungen der leitenden Stellen Näherstehenden. Es soll hier auch einem Staatsmann nicht das Recht an sich bestritten werden, Strömungen, die sich gegen das Staatswohl richten, scharf zu unterdrücken. Dann muß er allerdings mit seinen Maßnahmen bei den staatszerstörenden, nicht bei den im höchsten Grade staatserhaltenden Kreisen beginnen, und vor allem so ehrlich sein, diese Tätigkeit nicht mit dem Mantel des Burgfriedens zu decken, an den übrigens sehr bald doch kein einsichtiger Mensch mehr glaubte. Er muß dann seine Gewaltherrschaft offen eingestehen.[1]) Dazu kam aber noch die Unmöglichkeit, auf die Dauer mit dem Burgfrieden zu wirtschaften. Als man mit einem kurzen Krieg rechnete, war seine Verkündung eine heilsame Maßregel. Bei längerer Kampfsdauer war es aber gefährlich, jede offene Meinungsäußerung zu knebeln. Damit züchtete man förmlich das heimliche Flugschriftentum und die wilden Gerüchte groß. Und dieser Zwang zu einem gewissen Verschwörerdasein vergiftete recht eigentlich die öffentliche Meinung, da eine Nachprüfung des Gehörten unmöglich war.

Die anfangs nur gefühlsmäßig angenommene Hemmung seiner Bestrebungen sollte dem Verbande bald zur Gewißheit werden. Schon im Winter 1914/15, also lange vor dem Erscheinen der eigentlichen Kampfschriften[2]) entwickelte sich, unter unzulässiger Inanspruchnahme der für andre Verhältnisse verliehenen militärischen Machtbefugnisse des Kriegszustandes, der Versuch völliger Unterdrückung alldeutscher Willensäußerungen, dazu in den unwürdigsten Formen der vergangenen Zeiten.[3])

Wie schon oben erwähnt, wagten sich die flaumacherischen Regungen nicht sofort in vollem Umfange an die Oeffentlichkeit. Sie fanden den eigentlichen Nährboden erst, als der Bewegungskrieg zu dem die Gemüter weniger in Schwung haltenden Stellungskrieg erstarrte. Die längere Kriegsdauer schuf eine gewisse Enttäuschung, so daß die Flaumacherei sich leichter Eingang verschaffen konnte, zumal gleichzeitig sich auch die Wirkungen der wirtschaftlichen Abschnürung immer nachhaltiger geltend machten.

Dieser einschneidende Wechsel der Verhältnisse nach der Marneschlacht war dem Alldeutschen Verbande nicht entgangen und es muß ernstlich geprüft werden, ob er auch fernerhin die Berechtigung hatte, auf seinen Siegeshoffnungen und Kriegszielforderungen zu bestehen, wie er es tatsächlich tat. Warum glaubte er bei seinen Auffassungen der Dinge verharren zu müssen, statt einen schnellen Frieden anzustreben, solange die Lage noch einigermaßen vorteilhaft erschien, wenn auch nicht alle Blütenträume reiften? So fragten schon damals manche Kleinmütige, so werden jetzt, nachdem der Ausgang zutage liegt, erst recht gar viele fragen. Wehe dem Verband, wenn er hier versagt hätte! Denn in solchen

---

[1]) Auch die Tätigkeit eines Clemenceau und Lloyd George war ja nichts als „Diktatur".

[2]) Schriften von Kapp, Junius Alter, Liebig, letztere beiden seit 1918 im Buchhandel erschienen.

[3]) Man hätte an ein Wiederaufleben der Mainzer Zentraluntersuchungs-Kommission (1817) denken können.

schlechthin entscheidenden Schicksalsfragen des Volks ist ein Irrtum, selbst bei lauterstem Wollen, nicht erlaubt. Der Antwort soll nicht aus dem Wege gegangen werden.

Zunächst sei vorausgeschickt, daß sich bis zum Kriegsschluß, zu keinem Zeitpunkt eine Lage herausgebildet hatte, in der unsere Feinde gewillt gewesen wären, mit uns über einen annehmbaren Frieden zu verhandeln. Stets in voller Erkenntnis, daß es sich auch für sie um Sein oder Nichtsein handle, dabei von Anfang an der frühern oder spätern Unterstützung Amerikas gewiß, waren sie entschlossen, bis zum Aeußersten zu kämpfen — zumal nachdem sie gemerkt hatten, daß ihnen von Seiten der Bethmänner doch noch immer ein leidlicher Friede auch späterhin winke. Dies hatte der Alldeutsche Verband, im Gegensatz zu unseren maßgebenden Kreisen, von Anfang an erkannt. Für ihn war also nur die Frage, ob es aussichtsvoller sei, diesen notwendigen Kampf mit einem für große Ziele begeisterten oder mit einem am Erfolge verzagenden Volke durchzukämpfen. Die Antwort hierauf konnte nicht zweifelhaft sein.

Aber auch ganz abgesehen von diesen Erwägungen, hätte der Verband gehandelt, wie er es tat. Denn er teilte die wenig hoffnungsfreudige Ansicht der Flaumacher von unsrer Lage durchaus nicht. Die immer neuen herrlichen Erfolge unseres Heeres und seiner Verbündeten[1]) bis zum Frühsommer 1918 bewiesen ihm stets erneut, daß Deutschland sich auf die Schlagkraft seiner Streitmacht verlassen könne. Dagegen konnte er sich nicht verhehlen, daß die Erscheinungen in der Heimat immer bedenklicher wurden. Der völlige Mangel an Willen und Vermögen, das Volk zu hohen Zielen zu begeistern und dadurch seine Widerstandskraft zu stählen, trat immer offener hervor, je einseitiger sich die Rechthaberei des Kanzlers in seine traumseligen Auffassungen verbiß. Daß eine solche Begeisterung noch bis in die letzte Zeit möglich war, zeigen die immer wieder einsetzenden Höhepunkte der Stimmung, z. B. bei den ersten Wirkungen des U-Bootkrieges, bei dem Erfolg der vorletzten Kriegsanleihe, bei der Frühjahrsoffensive 1918. Der Alldeutsche Verband konnte mit Recht hoffen, daß er dieser Wecker der Volksstimmung werden könne, wenn nur die Hemmungen seitens der Regierung, der darum sein voller Kampf galt, wegfielen. Tatsächlich brachte aber auch Bethmanns Rücktritt nicht ganz die gehoffte Erleichterung im Innern, da inzwischen die wühlerischen Kräfte im Reichstag und außerhalb desselben schon einen allzu unheilvollen Einfluß auf die Staatsleitung und mittelbar auch die Volksstimmung gewonnen hatten[2]). Immerhin waren nun auch für den Alldeutschen Verband die hemmenden Fesseln gefallen, die ihm der Mißbrauch des Burgfriedens auferlegt hatte. Noch konnte er erwarten, durch rührige Aufklärungsarbeit den Schaden an der Volksseele wieder zu heilen, den seine Widersacher unter amtlicher Förderung hatten anrichten dürfen. Unterstützt wurde er in dieser Meinung durch den mächtigen Widerhall, den die neugegründete „Vaterlandspartei" im ganzen Reiche fand. Und der Umstand, daß, wenn auch nach schwerem Kampfe gegen die Flaumacher,

---

[1]) 1915 Galizien, Polen, Serbien, Gallipoli, 1916 Italien, Rumänien, 1917 Baltenland, Galizien, Italien, 1918 Frankreich.

[2]) Vgl. die selbstmörderische Reichstags-Entschließung vom 19. 7. 1917.

im Frühjahr 1918 uns der Ostfrieden fast die restlose Erfüllung unserer dortigen Kriegsziele bescherte, gab wohl die Berechtigung zu hoffnungsvollem Ausblick auf die endgültige Entwicklung der Dinge im Westen. Auch war wohlbekannt, wie sehr der zuspät durchgeführte uneingeschränkte U-Bootkrieg — selbst nach Abzug amtlicher Uebertreibungen und Schönfärbereien — gewirkt und die feindliche Widerstandskraft geschwächt hatte. Vielleicht hat der Alldeutsche Verband einen Fehler damals begangen, daß er, zu starr an seinen Satzungen klebend, die ihm eine Einmischung in innere Parteifragen verboten, dem preußischen Wahlrechtsstreit und seinen schädlichen Folgen für die völkische Geschlossenheit zu wenig Gewicht beilegte, statt auch seinerseits Stellung zu nehmen und die Wühlarbeit der Umstürzler in diesem Zusammenhang aufzudecken. Vielleicht? Alles in allem konnte er jedenfalls bis weit ins Jahr 1915 hinein der Zuversicht sein, daß unser Volk, wenn auch nach schwerstem Kampf, gewinnen würde. Wenn der Verband zu hoch vom Volke gedacht hat, so liegt darin eine gewisse Tragik. Von einer mangelnden Einsicht in die Tatsachen oder von einer Lässigkeit in der Aufklärung kann man aber nicht reden. Auch vor scharfer Prüfung dürfte deshalb der Standpunkt des Alldeutschen Verbands in der Kriegszielfrage Stich halten.

Die Einzelheiten des aufreibenden innern Kampfes des Verbands gegen die Zerstörer unseres Siegeswillens und ihre Beschützer, zuerst den Kanzler Bethmann-Hollweg, dann die verblendete Reichstags-Mehrheit, zu schildern, würde zu weit führen. Der Verlauf kann nur in großen Zügen angedeutet werden.

Das heimliche Getuschel und Flaumachen der Anfangsmonate fand bald seine öffentlichen Schwurzeugen der Feder. Ihre Ausführungen gingen zunächst — noch sehr vorsichtig — dahin, daß es für Aufstellung eines festen Kriegsziels noch zu früh sei, daß man das Fell des Bären nicht verteilen solle, ehe man ihn erlegt hätte. Bei solchem Grundsatze lief man aber Gefahr, überhaupt nicht zu wissen, was mit dem Bärenfell anzufangen sei, wenn man es hatte. Denn Fragen von solcher Tragweite lassen sich nicht im Handumdrehen lösen. Sie wollen nach allen Richtungen hin sorgfältig erwogen und vorbereitet sein. Vor allem müssen sie in dem Bewußtsein der Volksmassen allmählich Boden fassen und heranreifen. Die allseitige öffentliche Besprechung läßt dann schon von selbst erkennen, welche Punkte der Kriegsziele schwach und unhaltbar sind und welche nicht. Hauptsache ist, daß das Volk weiß, wofür es kämpft. Rein verneinende Ziele, wie „Verteidigung des heimischen Herdes" usw., genügen ihm nicht für die Riesenopfer, die es bringen muß. Es will wirklichen Gewinn sehen. Abhandeln kann man dann später immer noch, wenn es die Lage erfordert. Ein Wegwerfen der Trümpfe vor dem Beginn des Spiels gilt aber nirgends als richtig.

Diesen ersten Plänklern der Flaumacherei folgten bald namhaftere Schriftsteller, die auch noch die völlige Verneinung vermieden, die aber z. B. ihre Wünsche von vornherein einseitig auf die östliche oder westliche Lösung der Friedensfrage einschränkten und dadurch für das öffentliche Bewußtsein das feste Gefüge der Gesamtforderungen lockerten und einen Stein nach dem andern abbröckelten, bis überhaupt nichts mehr übrig

blieb als kleinmütige Versöhnungsmichelei. Schon im Jahre 1914 wiesen die „Alldeutschen Blätter" auf die schlimmen Folgen hin, die sich aus gewissen schriftstellerischen Ausführungen der Delbrück, Rohrbach, Naumann und Oncken ergeben würden. Im Frühjahr 1915 folgte dann diesen noch vereinzelten, noch nicht unbedingt entsagungsvollen Stimmen dann eine feste Zusammenfassung der Verzichtler in dem Bunde „Neues Vaterland" (!), für dessen unheilvolle Tätigkeit ein Quidde, Schücking, Arco und Tepper-Laski in erster Linie verantwortlich sind. Alle genannten Kreise leisteten dem Reichskanzler freiwillige Heeresfolge in seinem im Frühjahr 1915 grade mit besonderem Nachdruck und größter Unsachlichkeit geführten Kampf gegen den Alldeutschen Verband und die dessen Anschauungen nahestehende Persönlichkeiten. Seine Antworten an General v. Gebsattel[1]) oder an Frz. v. Bodelschwing[2]) zeigen dabei, schon ein Jahr vor seiner Piratenrede, eine hohe persönliche Gereiztheit und bürokratische Ueberhebung, für die ein hinreichender Grund eigentlich nicht ersichtlich ist. Unabhängig jedoch von dieser kleinlichen Art der kanzlerischen Kampfesweise mußte der Alldeutsche Verband auch weiterhin Bethmanns Politik bekämpfen. Nach den bittern Erfahrungen des „nunquam retrorsum" konnten auch andre gelegentliche Schlagworte, mit denen er entweder sich selbst betrog oder Angriffe im Reichstage gewandterweise zu beschwichtigen verstand, keinen Eindruck mehr erwecken. Und mit Recht begegnete man ihnen in alldeutschen Kreisen mit größtem Mißtrauen. Etwas Unwahreres läßt sich kaum denken, als der bekannte Kanzlerausspruch: „Wir haben die Sentimentalität verlernt." Wort und Tat klafften gar zu arg auseinander.

Das folgende Jahr 1916 brachte dann, nach den Umtrieben gegen den U-Bootkrieg und Tirpitz' Sturz, den Unwillen der völkischen Kreise in zahlreichen Schriften zu starkem Ausdruck, die zur Aufklärung an einzelne einflußreiche Persönlichkeiten versandt wurden, da der natürliche Weg in die Oeffentlichkeit durch Bethmanns selbstsüchtige Handhabung der Presseaufsicht versperrt war. Hinter all diesen Kundgebungen muß der Kanzler wohl den Alldeutschen Verband vermutet haben. Denn nur so läßt sich seine stets noch wachsende feindselige Haltung erklären. Mit einem Schlage setzte nämlich jetzt der umfassende Verleumdungsfeldzug der judenbeeinflußten Presse, ungehindert von den Wahrern des „Burgfriedens", gegen den Verband ein, den man als Kriegshetzer und Kriegsverlängerer dem deutschen Volke anschwärzte und dem man die eigene Schuld am Entstehen der deutschfeindlichen Auslandsstimmung auflud. In den Kampfmitteln war man außerordentlich wenig wählerisch. Besonders beliebt war es — trotz wiederholter Berichtigungen seitens des Verbands, — den Namen „alldeutsch" stets auf alle irgendwie anfechtbare Kundgebungen überspannten Volksgefühls anzuwenden, um den verhaßten Verband eins anzuhängen, mochte er auch der Sache noch so fernstehen. Hier gesellte sich allmählich die schon aus der Marokkozeit nicht unbekannte Niedertracht, den selbstlosen „getreuen Eckardt" seines Volkes als bezahlten Vertreter bestimmter Wirtschaftsgruppen hinzustellen.

---

[1]) Schriftwechsel mitgeteilt in AB 17, 241.

[2]) Abgedruckt in dessen „Innere Hemmungen kraftvoller Außenpolitik."

Zu dieser Preßmeute gesellte sich dann eine sich mehr wissenschaftlich gebende Kampfesschar, die im Sinne des Auswärtigen Amts arbeitete, dessen geradezu staatsgefährliche Unzulänglichkeit allerdings in dem Verband stets einen rücksichtslosen Gegner gefunden hatte. Der mit staatlicher Unterstützung gesammelte Anklagestoff wurde dann auf den verschiedensten Wegen in die Oeffentlichkeit geleitet. Als weitere freiwillige Helfer im Kampfe gegen den Alldeutschen Verband traten dann noch hinzu die Professoren Götz und Harnack, überhaupt der ganze Klüngel jenes neu gegründeten Ausschusses, für dessen Wertung der Name seines Vorsitzenden, des Fürsten Wedel unseligsten elsaß-lothringischen Angedenkens, mehr als hinreichend ist. Und als all dies noch nicht ausreichte, um den Verband zu töten[1]) und vor allem in der öffentlichen Meinung unmöglich zu machen, begann die „Deutsche Korrespondenz"[2]) eine besondere Schriftenreihe „Der Tag der Deutschen"[2]) zur Bekämpfung der „verbrecherischen alldeutschen Politik" (Wenck), deren Hauptgrößen die Professor Baumgarten und Privatdozent Hobohm waren und in Rohrbach[3]) einen jederzeit anpassungsfähigen Gehilfen fanden (1917). Die Kampfrufe des „Tags der Deutschen" sollten Bethmann nicht mehr lange zur Seite stehen, da er bald dem Mißtrauen des Reichstags weichen mußte. Der Kampf gegen den alldeutschen Verband wurde aber auch ohne den Kanzler von den genannten Kreisen mit wachsender Heftigkeit fortgesetzt. Sie fanden bald Unterstützung in einer Reihe von Abgeordneten, von denen hier nur Erzberger und Scheidemann genannt seien, deren Tätigkeit in diesem Jahre den besonders scharfen Widerspruch des Verbandes herausgefordert hatte. All dies konnte und durfte den Verband nicht abhalten, pflichtmäßig seine Meinung zu sagen, wo er auch Bethmanns Nachfolger auf Abwegen sah. So mußte er seine schweren Bedenken gegen die päpstliche Friedensnote kundgeben, ohne Rücksicht, ob er sich damit des Zentrums Dank erwerbe oder nicht. Er tat dies allerdings in maßvollster Weise, wenn man bedenkt, wie viel weitergreifende Befürchtungen gegen die Politik des Vatikans damals von anderer Seite laut wurden.[4]) Ebenso mußte er mit aller Kraft gegen den Judenfrieden von Brest-Litowsk auftreten und Einspruch dagegen erheben, daß dort die Führung gänzlich in die Hände des Grf. Czernin hinüberglitt. Daß das Endergebnis dann doch noch günstig ausfiel, verdankt unser Volk neben der maßlosen Verblendung des Gegners in erster Linie dieser alldeutschen Aufklärungsarbeit. Leider war der Erfolg nur ein halber, insofern als Kühlmann auch weiterhin

---

[1]) Vorweggenommen sei, daß der Verband im Gegenteil seit Kriegsbeginn in wachsendem Maße zunahm.

[2]) Der Mißbrauch von Deutsch und Vaterland in all diesen gesinnungstüchtigen Schöpfungen ist wohl zu beachten.

[3]) Rohrbach, anfangs zeitweise, wie Erzberger und alle möglichen andern, stark annexionistisch angehaucht, hatte noch 1916 ein Buch „Der deutsche Gedanke" erscheinen lassen, das bezeichnend ist für die Halbheit des Verfassers. Auf Grund tastender, fast alldeutsch anmutender einleitender Erwägungen, fordert er, daß sich das Deutschtum zur Weltgeltung durchsetzen müsse. Hierfür hat er dann aber die merkwürdige Lösung, daß dies im Zeitalter des angelsächsischen waffenstrotzenden Imperialismus, nicht durch Machtentfaltung, sondern durch den schemenhaften „deutschen Gedanken" geschehen sollte. Vielleicht hat er als Vertreter des deutschen Gedankens an die Ballin und Rathenau gedacht?

[4]) vgl. Volliger, Deutschlands größte und letzte Not.

im Amte blieb und in Bukarest das alte Spiel fortsetzen konnte. Politisch gänzlich im Schlepptau der Oesterreicher und der jüdischen Bankbelänge schädigte er auch durch sein persönliches Auftreten das Ansehen des Deutschen Reiches schwer. Nur ungern benutzte der Verband diesen letzteren Umstand, um ihn zur Beseitigung des Mannes, den er als Schädling für das Reich erachtete, mitzuverwenden. Er wurde deshalb stark angefehdet. Die höhere Rücksicht auf des Vaterlandes Wohl gebot ihm aber, alle Mittel zu Kühlmanns Sturz anzuwenden. Leider gelang dieser erst, nachdem er noch durch sein Auftreten im Reichstag die Siegeszuversicht des Volkes in unheilvollster Weise hatte erschüttern können.[1])

Leider kam in den letzten Monaten vor dem Zusammenbruch zu seinen „natürlichen" Feinden auch noch die Gegnerschaft einiger nationalliberalen Führer dazu. Diese, bzw. der nach Bassermanns Tode anerkannte Führer Stresemann, fühlten sich durch heftige Angriffe der „Deutschen Zeitung" stark gekränkt. Die schwankende Haltung der Partei in manchen Fragen seit dem 19. Juli 1917 besonders in der Wahlrechtsfrage, hatte diese Angriffe hervorgerufen. Da bekannte Mitglieder des Alldeutschen Verbands der „Deutschen Zeitung" seit Anfang der Jahres 1917 nahe standen, glaubte man das Vorgehen dieser Zeitung irrtümlicherweise auf den Verband zurückführen zu müssen. Dies führte zum Austritt der nationalliberalen Reichstagsmitglieder aus dem Alldeutschen Verband, der auch nach erfolgter Aufklärung nicht rückgängig gemacht wurde. Das war im Sinne der völkischen Einheitsfront zu beklagen und wirkt auch heute leider noch nach. Glücklicherweise hatte jedoch die Verrufserklärung des Verbands durch die Parteihäuplinge gar keinen Erfolg.[2])

Getreu seinen Grundsätzen hielt auch in den letzten schweren Tagen unsres Vaterlandes der Alldeutsche Verband zur Fahne. Während der Zeit des inneren Niederbruchs (etwa seit September 1918) und der Kanzlerschaft Max' von Baden hatte er zunächst zurückgehalten, um in entscheidender Schicksalsstunde nicht die völkische Einigkeit nach außen hin zu gefährden. Als er jedoch aus Wilsons Antworten erkannte, was auf dem Spiele stand, da trat er sofort auf den Plan, um zu retten, was zu retten war. Nur durch ein Aufbieten aller Kräfte konnte dies geschehen. Daher rief das Verband, einer Danziger Anregung folgend[3]), am 20. Oktober zur Bildung einer „Regierung für nationale Verteidigung" auf (Anlage 8). Leider wirkungslos, da hinter dem Phrasennebel der Oktoberleute keine Männer standen und das Volk absichtlich in Unwissenheit und Verständigungstaumel gehalten wurde. Wer wollte heute zweifeln, daß selbst bei der damals weit fortgeschrittenen Zersetzung ein Aufruf an das Volk zur Massenerhebung für den heimischen Herd Erfolg gehabt hätte? Daß er den Feind, der selbst am Ende angelangt war, zu weitgehender Mäßigung veranlaßt hätte? So wurde auch die letzte Tätigkeit des Verbandes im Kriege seinen hohen Ueberlieferungen und Aufgaben gerecht, wenn ihm auch der Erfolg versagt blieb.

[1]) Dies Auftreten zeigte, wie richtig der Verband die Gesinnungen dieses Mannes eingeschätzt hatte.

[2]) Nur 17 Austritte.

[3]) Aufruf des Volksausschusses für nationale Verteidigung von 13. Oktober 1918.

Der Kampf des Verbands für ein größeres Deutschland war damit ausgespielt. Es erübrigt nur noch einige Einzelheiten nachzuholen.

Der Krieg hatte den Gedanken eines mitteleuropäischen Staatenbundes wieder in den Vordergrund gerückt. K. von Winterstettens Schlagwort „Berlin-Bagdad"[1]), wiederaufgenommen von Naumann, gewann zeitweise große Volkstümlichkeit und wurde bei der allgemein herrschenden Unkenntnis über die Zukunftsmöglichkeiten deutscher Entwickelung vielfach als ganz neue Offenbarung eines auserlesenen Sehers begrüßt. Mit Unrecht, denn bekanntlich hat Naumann nur wiederholt, was lange vor ihm hochbedeutende Leute wie List, Lagarde, Konst. Frantz und Hasse verlangt und begründet hatten. Der Alldeutsche Verband war ebenfalls seit seinem Bestehen zielbewußt für diese Forderung eingetreten, deren Verwirklichung er, auch ohne gewaltsame Nachhilfe, früher oder später unter dem Zwang der Verhältnisse glaubte erwarten zu dürfen. Als Vorstufen schwebten ihm dabei zunächst ein mitteleuropäischer Zollverein auf der Grundlage eines ewigen Schutz- und Trutzbündnisses der beiden Kaiserstaaten vor. Für diese eingeschränkte Forderung hatten die früher vollständig abweisenden Regierungen im Verlauf des Krieges wenigstens soweit Verständnis gefunden, daß Verhandlungen eingeleitet wurden. Infolge der Ereignisse kamen sie allerdings nicht zu greifbaren Ergebnissen.

In engen Zusammenhang mit diesem mitteleuropäischen Staatenbund brachte unser Kriegsbündnis mit Bulgarien und der Türkei, deren Verlängerung auch über den Krieg hinaus man erwarten konnte, die Frage der Siedlung deutschen Volkstums in den durch die Bagdadbahn zu erschließenden Gebieten Kleinasiens und Mesopotamiens. Ihre Lösung war von gleich großer Bedeutung für unsere Auswanderung, wie für unsere künftige Rohstoffversorgung, die jene Gebiete, allerdings nicht unter türkischer Wirtschaft, sichern konnten. Auch diese Fragen waren schon seit drei Menschenaltern von weitblickenden Männern erörtert, z. B. Moltke, List, Roscher, Lagarde. 1896 waren sie dann von Hasse wieder aufgenommen worden und seither nicht mehr dem alldeutschen Gesichtskreis entrückt.[2])

Schon vor dem Kriege waren mit den stammverwandten Vlamen aussichtsreiche Verbindungen angeknüpft worden. Zunächst stellte der Krieg, der anfangs gerade in Vlamland von den Heckenschützen mit besonderer Erbitterung geführt wurde, alles Errungene in Frage. Kluge und zähe Arbeit[3]) hatte jedoch schließlich den Erfolg eines starken Anschwellens der vlamischen Bewegung, wozu die Vlamisierung der Genter Universität viel beitrug. Es konnte mit baldiger, völliger innerer Annäherung dieser Landesteile gerechnet werden, als auch hier der Kriegsausgang alles Erreichte jäh zerstörte.

Noch näher am Ziel seiner Forderungen und Wünsche war der Verband im Osten. Die Wiedergewinnung der Baltenlande sollte das dortige schwergeprüfte, in Treue erprobte deutsche Volkstum endlich sicherstellen und gleichzeitig in erster Linie unsern Landhunger stillen. In großzügiger

[1]) Die Schrift erschien 1912, Naumanns „Mitteleuropa" 1916.

[2]) Für eine erfolgreiche Siedlung durch Deutsche war allerdings Wegfall der türkischen Staatshoheit unerläßliche Vorbedingung.

[3]) Bissing hat große Verdienste.

Weise hatten hier Hindenburg und Ludendorff während ihrer dortigen Verwaltungstätigkeit vorgebaut und die vielverschrieenen baltischen Barone in aufopferungsvoller Bereitwilligkeit einen Teil ihres Grundbesitzes zur Verfügung gestellt. Auch hier die glänzendsten Möglichkeiten für unser Volk verschüttet! Wo wir hinsehen, ein Trümmerfeld zerstörter, alldeutscher Gelegenheiten. Wehe denen, die unsres Volks Traumseligkeit nährten und seine unselige Zerrissenheit großzüchteten, so daß die reiche Ernte nicht eingebracht werden konnte! In der Stunde der Abrechnung soll den Schuldigen nichts geschenkt werden.

Um für die Siedlungen besonders in den neuen Grenzmarken das erforderliche Land zu gewinnen und um gleichzeitig gerade diesen gefährdeten Landesteilen undeutsche und unzuverlässige Bevölkerung fernzuhalten hatte der Verband, gewitzigt durch seine Erfahrungen in der Ostmark und Schleswig-Holstein, sowie Teilen von Elsaß-Lothringen, stellenweise die Aussiedlung empfohlen. Besonders vom Standpunkte der Menschlichkeit war der Verband deswegen angegriffen worden. Heute wird man im Hinblick auf die vollendete Menschlichkeit der feindlichen Friedensbedingungen und die polnischen Aussiedlungsmaßnahmen darüber ruhiger denken. Auch trat der Verband mit nichten als erster mit derartigen Vorschlägen auf. Schon Lagarde war früher für ähnliche Maßregeln eingetreten, die dann später der maßvolle Verfasser von Germania triumphans Mitte der neunziger Jahre und Daniel Frymann kurz vor Kriegsausbruch ebenfalls befürworteten. Man darf auch nicht außer Acht lassen, daß die Rahmenstaaten schwach besiedelt (im Osten) bzw. im Bevölkerungsrückgang (Frankreich) waren, so daß die Wiederansiedlung der ausgesiedelten Bevölkerungsteile verhältnismäßig leicht und schnell durchzuführen war, wenn die ganze Maßnahme zeitlich und räumlich nach vorher festgelegtem Plan durchgeführt wurde.

Die Bestrebungen des Verbands richteten sich aber während des Krieges nicht nur auf Außensiedlungen, sondern sie galten auch von allem der Seßhaftmachung zurückkehrender Krieger auf eigenen Grund und Boden. Das Gemeinschaftlichkeitsgefühl und der Heimatsinn, den sich so mancher früher haltlose Handarbeiter im harten Kampfe draußen erworben hatte, sollten ihm gewahrt bleiben. Der Besitz der eigenen Scholle und gesundere Lebensbedingungen sollten ein an Leib und Seele kräftigeres Geschlecht heranwachsen lassen, dem die Betörungen volks- und wesensfremder Wühler nicht mehr die Freude am deutschen Volkstum verleiden würden. Diese Aufgabe des Verbands hat für die Gegenwart noch erhöhte Bedeutung gewonnen.

Sollten alle Maßnahmen, ein von Deutschen bewohntes Deutschland zu schaffen, nicht erfolglos sein, so galt es gesetzlich den Zufluß fremder, unerwünschter Volksteile zu hemmen. Landwirtschaft und Großgewerbe hatten in dieser Hinsicht bisher gänzlich versagt. Die Billigkeit der Arbeitskräfte stand für sie in erster Linie. Schon seit langen Jahren hatte der Verband in diesem Sinne gewirkt, ohne durchzudringen. Befanden sich doch bei Kriegsbeginn etwa 300000 Saisonarbeiter (Polen) und 60000 Italiener in Deutschland. Dazu kamen dann die Ostjuden, die an Zahl geringer, trotzdem die größte Gefahr für unser Volkstum

bildeten. Auch diese Frage fand keinen Abschluß im Kriege. Sie ist im Gegenteil heutzutage brennender denn je.

Die Erwähnung der Ostjudenfrage führt zur Stellungnahme des Verbands zur Judenfrage überhaupt. Lange genug hatte er, trotz wiederholter Anregungen, es abgelehnt, sich mit ihr zu beschäftigen, auch hier allzu eng an seinen ersten Auffassungen haftend, die in den irrigen Anschauungen einer vergangenen Zeit wurzelten und in der Judengegnerschaft nur den Ausfluß religiöser oder wirtschaftlicher Parteileidenschaften sahen. Erst allmählich mußte sich die Erkenntnis Bahn brechen, daß es sich hier um eine Rassenfrage von schlechthin ausschlaggebender Bedeutung für unsere Zukunft handle. Die jüdische Mißwirtschaft und Vorherrschaft während des Krieges machten diese Erkenntnis auch denen augenfällig, die sich bisher zurückhaltend verhielten. So konnte auch der Verband nicht mehr umhin, Stellung zu nehmen. Nach eingehender und gewissenhafter Prüfung entschloß sich der Verband in seiner letzten Kriegssitzung (Oktober 1918) gegen diese Auswüchse des Judentums in Kampf zu treten. Das Kriegsende verschob dann die endgültige Stellungnahme auf das nächste Jahr.

Schließlich noch einige Worte über die Polenfrage. Ihrer vorschnellen Lösung durch den Kanzler (1916) konnte der Alldeutsche Verband nicht zustimmen, er mußte sich dann aber mit den einmal gegebenen Tatsachen abfinden. Die schlimme Rückwirkung, welche ein selbständiges Polen jenseits der schwarz-weißen Grenzpfähle stets auf die heimischen Polen ausüben müsse, machte ihm schwere Sorgen, zumal er sich nicht wie die Regierung künstlich der Erkenntnis verschloß, daß die Haltung der preußischen Polen während des Krieges alles andere als zuverlässig war. Als beste Lösung erschien es schließlich noch, dem Reich polnische Gebiete[1]) nur soweit einzuverleiben, als es für seine strategische Sicherheit nötig war, im übrigen durch Siedlungstausch im Wege des Staatsvertrages — polnische Bauern gegen deutsche Rückwandrer — die neuen Gebiete und die Ostmarken möglichst einzudeutschen. Ob der Rest dann als selbständiges Glied der mitteleuropäischen Zollvereinigung oder als Glied eines trialistischen Donaustaates, oder als preußisch-deutscher Schutzstaat bestehen bleibe, war gewiß von Bedeutung, aber eine Frage der ferneren Entwicklung. Und hierüber gingen auch die Meinungen auseinander.

Was die engere Verbandsgeschichte anlangt, so ist sie gekennzeichnet durch die geradezu stürmische Zunahme an Mitgliedern von Kriegsbeginn an, die um so mehr hervortrat, je drückender die Verfolgung und das allgemeine Haberfeldtreiben gegen den Verband einsetzte. Die Mitgliederzahl verdreifachte sich fast in dieser Zeit, und, was besonders bezeichnend ist, sie erreichte ihren Höhestand erst Ende Oktober 1918, um ihn mit geringen Schwankungen auch durch die traurigsten Ereignisse der Folgezeit hindurch zu bewahren. In dieser Zeit des Aufschwunges konnte dann endlich der alte Plan durchgeführt werden, den Bezug der „Alldeutschen Blätter" für jedes Verbandsmitglied pflichtmäßig zu machen (1916).

[1]) Früher gingen die Wünsche zum Teil erheblich weiter, z. B. das Kohlengebiet an der Drei-Kaiserecke, das Lodzer gewerbfleißige Gebiet, selbst Warschau wurden genannt.

Die Spannung der Lage machte es zum Gebot, die Hauptgeschäftstelle näher dem Mittelpunkt der Geschehnisse zu haben. Sie siedelte deshalb mit Frhn. v. Vietinghoff am 15. Mai 1916 nach Berlin zurück, wohin die „Alldeutschen Blätter" am 1. April 1917 folgten.

Noch sei einiger Männer gedacht, die der Tod ihrem Wirken für den Verband entriß: aus ihrer Menge vor allem des Mitgliedes der Hauptleitung und stellvertretenden Vorsitzenden, des Admirals Breusing († 5. Oktober 1914). Sein Hinscheiden bedeutete gerade zu jener Zeit einen besonders schweren Verlust. Auch des Rasseforschers und langjährigen Ausschußmitglieds Otto Ammon sei gedacht († 19. Januar 1916), sowie des ehrwürdigen Alterspräsidenten Aug. Diederich, den am 15. Oktober 1917 der Tod in seinem 98. Lebensjahre dahinraffte. Nicht minder schwer war der Verlust, den der Verband durch den Heimgang seiner treuen Gönnerin Anna de Lagarde († 9. Februar 1918) erlitt. Als letzter folgte dann Karl Peters[1]) am 10. September 1918. Wohl ihnen, daß sie des Vaterlandes Not nicht mehr zu sehen brauchten!

Zum Schluße sei noch des 50. Geburtstags des Verbandsvorsitzenden Heinr. Claß am 28. Februar 1918 gedacht, da sich aus diesem Anlaß die Opferwilligkeit der Mitglieder wieder in vollem Lichte zeigte. Nicht weniger als 260000 Mark konnten ihm als Festgabe zur Verwendung in alldeutschem Sinne überreicht werden.

7. Die jüngste Zeit.
9. 11. 1918 — 28. 9. 1920.

Nicht ohne schwerwiegende Bedenken wird auch die Geschichte der allerjüngsten Zeit in die vorliegende Schilderung einbezogen. Maßgebend war nicht nur der äußere Grund, daß die 30jährige Geschichte ohne die der letzten Tage nicht vollständig wäre, sondern es war vor allem die viel zwingendere Erwägung, daß das Bild ein in wesentlichen Teilen lückenhaftes bliebe, wenn es mit den Novembertagen 1918 abschließen und nicht in großen Zügen die Pfade aufweisen würde, auf denen der Verband infolge des Umsturzes nunmehr seinen neuen und letzten Endes auch seinen alten Zielen zustreben würde.

Noch war das Trümmerfeld des 9. November nicht in seinem ganzen Umfange[2]) zu überblicken, als der Verband vor die Frage gestellt wurde: „Was nun?" Für ihn konnte es nur eine Antwort geben, wenn er sich und den Glauben an die Berufung seines Volks nicht verleugnen wollte. Es waren Claß' Schlußworte auf der Plauener Tagung: „Arbeiten und nicht verzweifeln", die ihm auch jetzt zur Richtschnur seines Handelns dienen sollten. Schon am 15. November 1918 trat der Verband mit einem Aufruf an seine Mitglieder heran, um ihnen die Losung zum weitern Ausharren zu geben und als nächstes und vornehmstes Arbeitsziel die Wiederherstellung der Ordnung und Sicherheit im Lande ans Herz zu legen. Gleichzeitig fordert er dazu auf, die geistige und kulturelle Gemeinschaft

[1]) In seinen letzten Lebensjahren war er nach seiner Rückkehr ins Vaterland dem Verband wieder nähergetreten.

[2]) Das war erst nach dem Versailler Schandfrieden möglich.

aller Deutschen auch weiterhin zu pflegen, und besonders sich den neuen Aufgaben zuzuwenden, die mit dem sicher erhofften Eintritt unsrer deutsch-österreichischen Brüder in das Reich sich ergeben würden. Schließlich mahnt er, auch in den kommenden trübsten Tagen der außerhalb der Reichsgrenzen befindlichen Stammesgenossen auch weiterhin nicht zu vergessen und gelobt, getreu seiner Vergangenheit, für all diese Bestrebungen einen Hort und Mittelpunkt aller Deutschbewußten abzugeben. (Anlage 9.) Um dieses frühzeitige Bekenntnis zur Weiterarbeit voll zu würdigen, muß man sich erinnern, wie auf die nationalen Parteien die Ereignisse noch wochenlang lähmend wirkten und jedes Aufraffen zur Tat hinderten.

Und nur wenige Wochen später werden in einem Aufsatz von Vietinghoff in den „Alldeutschen Blättern" die nächstliegenden Verbandsaufgaben schon genauer in 4 Leitsätzen umschrieben:

1. Deutsch-Oesterreich will zum Reich: also muß es zum Reich.
2. Jeder Deutsche draußen muß eine feste Stelle im Reiche haben, an die er in allen völkischen und möglichst auch sonstigen Nöten Rat, Hilfe und Stütze findet — dies ist der Alldeutsche Verband.
3. Sieg oder Niederlage im Geburten-, Auslese- und Siedlungskrieg. Diese 3 wichtigsten Ausdrucksformen des ewigen Ringens der Völker untereinander entscheiden mehr über unser künftiges Schicksal als der unglückliche Ausgang unsres Waffenkampfs. Daher umfassende Vorbereitung und großzügige Ausführung dieses Kampfes.
4. Allem voran geht das Wecken und die Pflege des völkischen Sinns.

Daß die einzige Hoffnung jener Tage, wenigstens zum Zusammenschluß mit unsern deutsch-österreichischen (einschl. der westungarischen) Volksgenossen zu kommen, ebenfalls durch die Schuld der Regierung getäuscht wurde, ist bekannt. An rechtzeitigem Hinweis des Verbands hatte es nicht gefehlt.

Als sich dann die verworrenen Verhältnisse einigermaßen zu klären begannen, da traten die führenden Stellen des Verbands zu gemeinsamer Beratung in Bamberg zusammen, um die Lage und die künftigen Aufgaben eingehend zu besprechen. Das Ergebnis dieser Erörterungen fand in einem Schriftsatz seinen Niederschlag, der sog. „Bamberger Erklärung", (Anlage 10.)[1]) Ihr Inhalt ist kurz folgender:

„Vorangestellt wird die Feststellung der Verantwortlichkeiten am Kriegsausbruch, am Zusammenbruch und an dem Waffenstillstand (und seinen Verlängerungen). Erhobenen Hauptes kann der Verband der rückhaltlosesten Prüfung seiner eignen Haltung demgegenüber entgegensehen.

Hieran schließt sich das Bekenntnis zum Glauben an das Wiederaufkommen unsres Volkes, wenn alle ihre Pflicht tun, wie es der Verband für sich und seine Mitglieder gelobt. Das Gelingen hängt aber davon ab, daß das Reich aus seiner Ohnmacht wieder zur Kraft, nach innen

---

[1]) AB 18, 414.
[2]) Im Wortlaut in AB 19, 89.

und außen, kommt. Durch die jetzige Regierung sei dies nicht zu erreichen. Ihr und allen undeutschen Bestrebungen wird deshalb der Kampf angesagt und auf die Wiederherstellung der Monarchie hingezeigt, die bei der politischen Instinktlosigkeit des Volks allein eine stete und zielsichere Führung verbürge.

Als Grundlage jeder Arbeit an der Wiedergeburt unsres Volkes muß ihm endlich völkischer Sinn und Stolz eingeimpft und der Glaube an sich und der Sinn für Ehre, Treue, Pflicht und Gottesfurcht muß wiederhergestellt werden.

Für die äußere Politik, der besondere Aufmerksamkeit gebührt, wird der Verband auch fernerhin der Wegweiser sein, wozu ihn seine Vergangenheit in besonderm Maße befähigt. Die Aufklärung über den Schwindel des Völkerbunds und die Schuldigen, die dem Deutschen seit Jahren die volle Ausnutzung seiner Waffen ausredeten, muß hiermit Hand in Hand gehen. Ein starkes Deutschland der Zukunft kann aber nur auf der Grundlage eines starken Preußens erfolgen. Daher sind alle Absonderungsbestrebungen zu bekämpfen.

Deutschland gehört den Deutschen: Zurückdrängung des volksfremden Judentums ist daher gebieterische Pflicht. Vor allem ist seiner Zersetzung und Verfälschung deutscher Kultur nicht weiterhin tatenlos zuzusehen, die unheilvolle Tätigkeit der Judenpresse muß verhindert werden. Nur dann verspricht eine Volkserziehung im deutschen Sinn und stolzem Volksgefühl Erfolg.

Von hoher Bedeutung für die Wiedergeburt unsres Volks ist es, daß es rassemäßig nicht weiter verdorben und zahlenmäßig nicht weiter gemindert wird. Den abgesplitterten und unerlösten Volksteilen soll dauernd unsre Sorge gelten, damit sie nicht untergehen, sondern in Zukunft wieder vollwertige Glieder unsres Staates werden können. Auf die Wiedervereinigung mit den abgerissenen Reichsgebieten in Nord-Ost und West darf nun und nimmer verzichtet werden!

Der infolge der wirtschaftlichen Notlage bevorstehenden starken Auswanderung müssen die richtigen Ziele in deutschem Sinne gegeben werden, damit sie nicht dauernde Schwächung des Volksganzen bedeutet. Besonders aufnahmefähig sind die deutschen Kronländer des Donaustaats infolge ihres starken Blutverlustes. Gleiche Fürsorge muß der Rückwanderung und Umsiedlung des Auslands-Deutschtums gelten. All dies weist darauf hin, daß auf die Dauer das Deutsche Reich der Kolonien nicht entbehren kann. Außer zu Siedlungszwecken sind sie für unsre Wirtschaft als Rohstoffspender unbedingt nötig.

Im Innern soll die Volksgesundung durch eine zielbewußte Siedlungs- und Bodenpolitik getragen werden. Die Liebe an der eignen Scholle zeugt von selbst wieder das erstorbene Heimatsgefühl."

Hiermit ist der Inhalt der „Bambergers Erklärung" nur in großen Zügen angedeutet. Sie gab dann die Grundlage ab für die Neufassung der Aufgaben des Verbands. Diese sind in den Satzungen vom 28. August 1919 niedergelegt. Der maßgebende § 2 stellt als Hauptaufgabe „Die Rettung und den Wiederaufbau des durch den Zusammenbruch im November 1918 mit Untergang bedrohten deutschen Volks

und Deutschen Reiches" hin und weist in 9 Punkten auf die Wege zur Erreichung dieses Ziels. Trotz des äußern erheblichen Unterschieds zu den alten Satzungen, bedeutet die neue Fassung dennoch keine grundsätzliche Wandlung derselben, sondern nur ihre zeitgemäße Aenderung und Einstellung auf das nächstliegende Ziel. Die fernerliegenden Aufgaben, wie z. B. die Kolonialbestrebungen, treten dem gegenüber im Wortlaut zurück.

Im Sinne dieser neuen Satzungen sind bereits erfreuliche Anfänge festzustellen. Von der Aufführung von Einzelheiten sei jedoch Abstand genommen, da alles noch im ersten Werden sich befindet. Nur auf die Entwicklung in Deutsch-Oesterreich sei kurz eingegangen. Als durch die laue Gleichgültigkeit der Regierungen die einzig günstige Gelegenheit zur Wiedervereinigung mit dem Mutterlande verpaßt war, mußte sich der Verband sagen, daß von dieser Seite her nichts mehr zu erwarten war. Um deshalb den deutschen Gedanken lebendig zu halten, beschloß er schon im Juni 1919 die engen Beziehungen mit den dortigen völkisch gesinnten Kreisen weiter auszubauen. Ein Uebergreifen der unmittelbaren Verbandstätigkeit war aber nach den Friedensbedingungen von St. Germain nicht möglich. Daher erfolgte am 1. April 1920 die Begründung eines „Alldeutschen Verbands" in Deutsch-Oesterreich mit dem Sitz in Graz, mit dem diesseits ein tatkräftiges Zusammenwirken sichergestellt wurde.

Aus der engern Verbandsgeschichte ist nicht viel zu bemerken. Die Besetzung der Rheinlande hat natürlich die Arbeit des Verbandes dort zur Zeit unterbunden und den Ersten Verbandsvorsitzenden genötigt, seinen Wirkungskreis nach Berlin zu verlegen. Im übrigen hat der Verband durch die Art, wie er den Zusammenbruch überstanden hat, bewiesen, auf wie festen Grundlagen er beruht. Nach einem kurzen Rückschlag infolge des Umsturzes, der aber schließlich nur die Spreu von dem Weizen schied, befindet sich die Mitgliederzahl des Verbands wieder im schnellen Aufstieg und hat heute die Höchstzahl vom Herbst 1918 bereits überschritten. So steht ihm also allem Anschein nach eine weitere und stete Entwicklung auch für die nächste Zukunft bevor. Die größte Sorge bildet, wie allüberall, die Schwierigkeit, die Geldgebahrung in heutiger Zeit dauernd in gesunden Bahnen zu erhalten. Schon mußte aus diesem Grunde das Erscheinen der „Alld. Blätter" eingeschränkt werden. Der allbewährte Opfersinn der Mitglieder wird aber helfen, auch dieser Not Herr zu werden. Drum guten Mutes, auf zur weitern Arbeit „mit Gott für Kaiser und Reich", damit es möglichst bald heiße:

„Die Saat ist reif, ihr Schnitter zaudert nicht!"

II. Die Arbeit des „Alldeutschen Verbands".

Im I. Teil konnte die Tätigkeit des Verbands auf den einzelnen Gebieten seiner Arbeit nur in großen Zügen angedeutet werden. Um das Gesamtbild und besonders die Zusammenhänge mit der allgemeinen Geschichte möglichst anschaulich hervortreten zu lassen, mußte eine Ueberlastung mit Nebensächlichem scharf vermieden werden. Diese Lücke soll in diesem II. Teile ausgefüllt werden, indem er in sich geschlossene Darstellungen der einzelnen Arbeitsgebiete während der ganzen 30 Jahre bringt. Aber auch hier zwingt die Rücksicht auf den Raum und die Uebersichtlichkeit, von einem Eingehen auf allzu viele Einzelheiten Abstand zu nehmen und verwandte Aufgaben zusammenzufassen. Wer sich noch näher unterrichten will, sei auf das Durcharbeiten der Quellenschrift „20 Jahre alldeutscher Arbeit und Kämpfe" und, solange deren Fortsetzung für den Zeitraum 1910—1920 noch fehlt, auf die „Alldeutschen Blätter" verwiesen.

Wie schon erwähnt, waren vom Anbeginn bis zum August 1919 die Satzungen des Verbands, soweit sie sich auf seine Aufgaben (§ 2) bezogen, im wesentlichen unverändert geblieben. Es liegt deshalb nahe, die folgende Darstellung den dortigen vier Hauptarbeitsgebieten anzupassen. Nur ergibt sich dabei die Schwierigkeit, daß sich für die Behandlung einiger Fragen eine gewisse Willkür nicht umgehen läßt. Infolge ihrer Vielseitigkeit hätten sie bei mehreren Abschnitten eingereiht werden müssen, was zur Wahrung einer einheitlichen Darstellung nicht geschehen durfte. Dieser Uebelstand mußte aber in Kauf genommen werden, zumal jede andere Einteilung keine geringeren Mängel gehabt hätte.

1. Das Deutschtum außerhalb des Reichs.

Das Deutschtum im Auslande umfaßt zwei grundverschiedene große Arten: die ausgewanderten und die vom Reiche abgesplitterten Deutschen.

Erstere sind über die ganze bewohnte Erde hin verteilt und haben natürlich überall den Anspruch auf den Schutz und die Liebe des Mutterlandes, wie dieses umgekehrt von seinen fernen Söhnen Treue und Anhänglichkeit an ihr Volkstum verlangen darf. Von besonderer Bedeutung für das Deutschtum sind sie jedoch da, wo sie in größerer Zahl sitzen und dadurch in der Lage sind, als Bahnbrecher deutscher Zukunftsentwicklungen zu dienen, sei es als Siedler (z. B. in Südamerika), sei es als Kaufherren.

Die Absplitterung großer deutschbesiedelter Gebiete vom alten Reich ist eine Folge unsrer unglückseligen Geschichte und unsrer eignen Fehler. In der Schweiz, in Deutsch-Oesterreich und Böhmen, in Polen und den Niederlanden wohnen unsre Stammesgenossen in unmittelbarem Zusammenhange mit dem deutschen Reiche. Ihre Wiedergewinnung muß das letzte Ziel für die deutschen Bestrebungen sein, auch da wo sie anscheinend in ihrem Deutschtum zur Zeit nicht bedroht erscheinen. Daß hierbei nicht an äußern Zwang gedacht wird, versteht sich bei der Machtlosigkeit des heutigen Reichs von selbst. Aber auch in frühern Tagen lag dieser Gedanke einer Gewaltpolitik dem Verband fern — natürlich abgesehen von der erstrebten Ausnutzung günstiger Möglichkeiten zur Zeit des Kriegs. Nach dem Versailler Schandfrieden hat sich diese Aufgabe des Verbands erweitert. Große Stücke deutschen Bodens sind vom Mutterlande durch Gewalt losgelöst. Ihre Wiedervereinigung muß natürlich mit allen Mitteln, wenn nicht anders möglich, auch mit Gewalt zu seiner Zeit erstrebt werden.

a) Allgemeines. Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit.

Der weitaus größte Teil der Auslandsdeutschen wurde durch die bittre Not aus dem Heimatlande getrieben, sei es infolge wirtschaftlicher Bedrängnisse, sei es infolge politischer oder religiöser Verfolgungen. Schon hieraus ergibt sich, daß es nicht die schlechtesten Stammesgenossen waren, welche der Heimat verloren gingen und in Zukunft wohl weiter verloren gehen werden. Um so dringender ist für ihre glücklicheren Heimatgenossen die Verpflichtung, dafür Sorge zu tragen, daß sie nicht auch ihrem Volkstum absterben. Unsre ältere Staatsauffassung stand einem solchen Standpunkte völlig fern. Wer sich freiwillig durch Auswanderung seiner Untertanpflichten begab, hatte auch kein Recht mehr auf den Schutz und die Fürsorge seines alten Staatsverbandes. Ungezählte Millionen gingen so dem Deutschtum verloren, indem sie von fremden Völkern aufgesogen wurden und für deren Gedeihen den „Kulturdünger" abgaben oder indem sie in tiefer stehenden Bevölkerungen durch Misch- und Mißheiraten schnell entarteten.

Etwa gleichzeitig mit der Reichsgründung erwachten die Bestrebungen, diesen unglücklichen und unwürdigen Zuständen ein Ende zu machen. Das neu belebte Volksbewußtsein und der beginnende Eintritt in die Weltwirtschaft trugen dazu bei. Die Bewegung wurde nicht nur von der Heimat, sondern auch von den Auslandsdeutschen selbst getragen. Der erste „Allgemeine deutsche Kongreß", der auf Dr. Peters' Anregung im Jahre 1886 in Berlin tagte, und seine Absichten sind die ersten Zeugen dieser Wandlung. Für den „Alldeutschen Verband", dessen Entstehen ja dem heißen Gefühl für unsre Weltgeltung entsprang, war es selbstverständlich, daß er diese Fragen sofort aufnahm und sein Hauptaugenmerk darauf richtete, daß in Zukunft die deutsche Auswanderung in Bahnen gelenkt werden könne, die den allgemeinen Volksbelängen entspreche. Es traf sich glücklich, daß er in seinem langjährigen Vorsitzenden, Prof. Hasse, einen

Fachmann von Rang gerade hierfür besaß und infolgedessen von Anfang an die Sache am richtigen Ende angriff.

Das nächste Hauptererfordernis war eine Aenderung der Gesetzgebung dahin, daß künftig der Verlust der Staatsangehörigkeit nur denjenigen treffe, der freiwillig und absichtlich den Zusammenhang mit seinem Volke lösen wolle. Damit der Deutsche in der Zerstreuung aber auch selbst sich für die Erhaltung seiner Staatszugehörigkeit erwärmen könne, mußten außerdem die Fesseln fallen, die ihm die Erfüllung seiner staatsbürgerlichen Pflichten besonders erschwerten. Und schließlich mußte er des kraftvollen Schutzes seiner Heimat bewußt und sicher sein — denn gerade diese Schutzlosigkeit des Deutschen in früherer Zeit, im Gegensatz zu den Engländern, Franzosen usw., hatte gar manchen bewogen, sich unter die Fittiche eines mächtigeren Staates zu begeben.

Als erste Anregung innerhalb des Verbands ist ein Antrag Fick (Zürich) vom 21. Nov. 1891 zu betrachten, der eine zielbewußte Regelung der Auswandererfrage auf Grund seiner eignen Kenntnis der Verhältnisse verlangte. — Hieran schloß sich im November 1892 seitens der Regierung die Vorlage eines Entwurfs für ein neues Auswanderungsgesetz an, der aber nicht zur Beratung gelangte. Auch im neugewählten Reichstage (1893) wurde seine Beratung abermals vertagt. Bei dieser Gelegenheit brachte Hasse die Wünsche und Anschauungen des Alldeutschen Verbands zum erstenmale zur öffentlichen Kenntnis und erhielt vom Staatssekretär v. Bötticher die Zusage, daß seine Anregungen bei der Weiterbearbeitung verwertet würden. Noch im Jahre 1894 wurden die Forderungen des Verbands auf seiner ersten Tagung in einem Beschlusse festgelegt (AK 12). Die ganze umfangreiche Entschließung hier wiederzugeben, ist nicht möglich. Die Hauptforderungen waren der Erlaß je eines neuen Staatsangehörigkeits- und Auswanderungsgesetzes, bessere Auslandsvertretung, Vermehrung unsrer Kreuzerflotte, Besserung der Verbindungen (Dampfer, Kabel) und Gewährung von Reichsmitteln hierfür, und endlich kräftigere Unterstützung der deutschen Schulen im Ausland durch Erhöhung der Reichszuwendungen. Im Laufe der nächsten 20 Jahre wurden alle diese Forderungen, teilweise nach schwerstem Widerstande seitens der Regierung und der Parteien in zäher Ausdauer durchgesetzt, als letztes das Gesetz über die Reichs- und Staatsangehörigkeit (22. 7. 1913).

Um die Angelegenheit im Flusse zu erhalten, brachten die alldeutschen Abgeordneten Hasse und Graf Arnim, ebenfalls im Jahre 1894, einen Antrag ein, der die Regierung zur Vorlage eines Auswanderungsgesetzes aufforderte und, als diese Sache trotzdem einzuschlafen drohte, legten sie selbst im Jahre 1895 einen entsprechenden Gesetzentwurf vor, der bei der Besprechung am 5. 12. von der Regierung als geeignete Grundlage für die weitere Gesetzesarbeit anerkannt wurde. Tatsächlich folgte dann eine Regierungsvorlage, die sich im allgemeinen den Forderungen des Verbands anschloß und zum Gesetz erhoben wurde.

Etwas länger dauerte es, bis sich die Bestrebungen des Verbands durchsetzten, die den Auslandsdeutschen die Erfüllung ihrer staatsbürgerlichen Pflichten, vor allem der Wehrpflicht erleichtern sollten. Auch hier gehen Hasses Anregungen schon in das Jahr 1895 (AB 95. 2 und 6)

zurück. Zunächst wurde erreicht, daß die wehrpflichtigen Siedler in den Schutztruppen ihrer Wehrpflicht genügen konnten (Gesetz vom 17. 6. 1895 über die Organisation der Schutztruppen). Auf weiteres Drängen (AB 96 vom 5. und 12. 1.), dem sich später auch die Kolonialgesellschaft (AB 00, 287) anschloß, wurde dann am 6. 5. 1902 das Gesetz über die Wehrpflicht der Deutschen außerhalb Europas angenommen und damit auch dieser alldeutsche Wunsch erfüllt.

Als weiteres Mittel, die Auswanderungsdeutschen ihrem Volkstum zu erhalten, war schon in der Entschließung vom September 1894 ein kräftiger Schutz seitens des Reichs verlangt. Hauptsächlich kam hierfür eine kraftvolle Machtentfaltung unsrer Seestreitkräfte in Betracht. Diese Frage wird später zur Erörterung gelangen. Aber auch die deutschen Vertreter im Auslande müssen dazu mitwirken. Ihnen liegt ja die Wahrung des deutschen Ansehens und der Schutz unsrer Staatsangehörigen in erster Linie ob. Und da muß leider festgestellt werden, daß ihr Auftreten gegenüber den eignen Landsleuten oft schroff und abweisend, gegenüber den Landesregierungen selbst der kleinen Mestizenstaaten, nicht kraftvoll und selbstbewußt genug war. Soweit es Deutsche waren — denn häufig waren Ausländer als Konsule mit der Vertretung der deutschen Belänge betraut — lagen diese Fehler sowohl an der Auswahl als an der Ausbildung der Betreffenden. Hier mußte die Besserung einsetzen, sollten berechtigte Klagen künftig verstummen. Die Bemühungen des Alldeutschen Verbands fanden indes beim Auswärtigen Amt nicht die schnelle und wirksame Unterstützung, die man hätte erwarten dürfen.

Vor dem Kriege hatte die Auswanderung erheblich nachgelassen — sie sank von 93000 Köpfen im Jahre 1891 auf etwa 19000 im Jahre 1897. Nach dem unglücklichen Ausgange wird sie infolge der ungünstigen wirtschaftlichen Lage wohl wieder anschwellen. Es gilt also in Zukunft, mehr als je zuvor, den Auswandererstrom in richtige Bahnen zu lenken. Schon Lagarde forderte in seinen „Deutschen Schriften" derartige Maßnahmen, wobei er vor allem an die planmäßige Besiedlung der Donaumonarchie dachte. Die dorthin geleiteten Deutschen gehen dem eignen Volkstum nicht verloren, sie stärken vielmehr das dortige Deutschtum und bereiten einer spätern staatlichen Entwicklung den Weg. Für unsre Zeit kommt natürlich in erster Linie nur der Rumpfstaat Oesterreich in Betracht, der durch die großen Kriegsopfer blutleer und hierdurch menschenhungrig geworden ist. Da ist es von größter Bedeutung, daß die Verjüngung durch deutsches Blut geschieht. Leider sind die jetzt polnischen und tschechischen Gebiete, auf die Lagarde ebenfalls schon hinwies, fürs erste unsrer Auswanderung verschlossen.

Dieselben Gedanken wurden vom Verbande bereits vor dem Kriege auch auf die Ueberseegebiete übertragen. Hier galt es unsern zur Siedlung geeigneten Schutzgebieten deutsche Einwandrer — hoch- und niederdeutscher Abstammung — zuzuführen, ferner aber den künftigen Bedarf an Siedlungsland rechtzeitig sicherzustellen. In Westmarokko, später im Baltikum, mit Einschränkung auch in Vorderasien wurden solche Gebiete erkannt, worüber an späterer Stelle zu berichten sein wird. Heutzutage haben sich die ganzen politischen Verhältnisse derart geändert, daß diese alten Pläne einer Nachprüfung bedürfen. Zur Zeit fehlt noch die

Möglichkeit, auf Einzelheiten einzugehen. Grundsätzliche Forderung ist und bleibt es, alles zu tun, was eine Auswanderung in größerem Maßstabe unmöglich macht. Soweit sie sich nicht vermeiden läßt, müssen unsre Auswandrer in solche Länder geleitet werden, wo sie uns künftig nützen können und nicht entarten. Gebiete wie die Vereinigten Staaten, wo mit völliger Sicherheit die Entdeutschung in kurzer Frist zu erwarten ist, sind unbedingt auszuschließen. Die Ausführung dieser Aufgaben ist, schon in Anbetracht der Kosten, Sache des Staates: der Verband muß sich darauf beschränken, als Anreger und Wegleiter zu dienen. Ob der Staat diese bedeutende Zukunftsaufgabe großzügig und erfolgreich lösen wird, ist zweifelhaft, so lange eine Regierung am Ruder ist, die völkischen Erwägungen und Hochzielen fremd und verständnislos, wenn nicht feindlich gegenübersteht. Die Hemmungen müssen aber überwunden werden, um das für richtig Erkannte in die Tat umzusetzen.

Schließlich sei noch der bedeutungsvollen Frage des Erwerbs (bezw. Wiedererwerbs) und Verlustes der Staats- und Reichsangehörigkeit gedacht. Es ist schon erwähnt, daß früher der Staat nur geringen Anteil daran nahm, ob der Auswanderer auch deutsch blieb oder nicht. Die ausländischen Landeskinder waren für ihn gewissermaßen eine Last, deren er sich gern entledigte. Das alte Gesetz vom Jahre 1870 erschwerte infolgedessen kaum den Verlust der Staatsangehörigkeit. Anders die Alldeutschen. Für sie durfte kein Tropfen deutschen Blutes dem Volkstum unnötigerweise verloren gehen. Daher mußten sie verlangen, daß Niemand ohne sein ausdrückliches Verlangen gesetzlich ausgedeutscht, und daß den Rückwanderern und den bisher so vorschnell Geopferten der Rückweg zur alten Staatsangehörigkeit möglichst erleichtert werde. Dagegen müsse sich natürlich die Neuaufnahme Rassefremder auf Ausnahmefälle beschränken.

Auch in den Dienst dieser Aufgabe haben sich Hasse und Lehr von dem ersten Tage ihrer Verbandstätigkeit gestellt. Es waren aber ganz bedeutende Schwierigkeiten zu überwinden, die z. T. auf außenpolitischem Gebiete lagen und mit dem Zwiespalt der Pflichten zusammenhingen, in die der Auslandsdeutsche geraten konnte, der durch dauernde Niederlassung in fremdem Lande dessen Staatsangehörigkeit neben seiner deutschen zwangsläufig hinzuerwarb, was, z. B. in Bezug auf die Wehrpflicht, eine Quelle von Unzuträglichkeiten werden konnte. Ob diese Befürchtungen in vollem Umfange berechtigt waren, kann bei der kurzen Wirkung des Gesetzes, das erst im Jahre 1913 verabschiedet wurde, nicht gesagt werden, da Erfahrungen nicht vorliegen. Zum großen Teil lagen aber die Hindernisse auf innerpolitischem Gebiete. Man befürchtete schädliche Wirkungen durch ein Abschnüren der billigen Auslandsarbeiter und vollends das Ostjudentum glaubte man von gewisser Seite in seinem heiligsten Rechte, einem hemmungslosen Ausbeutertum, beeinträchtigt und mochte es deshalb in seiner Bewegungs- und Bereicherungsfreizügigkeit nicht einschränken. So stellt denn auch das Gesetz in Bezug auf die Einwanderungsfrage eine unerträgliche Halbheit dar, deren Segnungen wir ja gerade heutzutage in so reichem Maße am eignen Leibe spüren. Im übrigen ist das Gesetz aber eine erfreuliche Lösung der Frage, wenngleich trotz aller Besserungen manche Wünsche unerfüllt blieben.

Die geschichtliche Entwicklung war kurz folgende. Ein Antrag Hasse-Arnim vom Jahre 1894, die Regierung möge ein entsprechendes Gesetz vorlegen, wurde vom Zentrum und der Linken abgelehnt. Darauf brachten die alldeutschen Mitglieder des Reichstags einen eignen (Verbands)-Gesetzesentwurf zur Vorlage, der aber bei der Regierung am 5. Dezember 1896 nicht dieselbe günstige Aufnahme fand wie der gleichlaufende Entwurf eines Auswanderergesetzes. Auch ein weiterer Entwurf der Abgeordneten Graf Arnim, Hasse, Lehr vom 15. Dezember 1898 gelangte in den beiden folgenden Jahren nicht einmal zur Beratung (AB 00,468). Daher stellten die gleichen Abgeordneten erneut den Antrag, daß die Regierung selbst eine Gesetzesvorlage vorbereite und in demselben

a) den Verlust der Staatsangehörigkeit gegen Willen und durch zehnjährigen Auslandsaufenthalt nicht eintreten lasse,
b) den Wiedererwerb der Reichsangehörigkeit und die Einbürgerung von Nachkommen der Deutschen erleichtere, dagegen
c) die Einbürgerung von Ausländern erschwere (AK 98).

Am 25. Januar 1901 bestätigte der Graf Posadowsky dem Abg. Hasse, daß der Gesetzentwurf fertiggestellt sei und in der Hauptsache seinen Wünschen Rechnung trage. Er unterliege noch der Begutachtung des Ausw. Amts. Es würde zu weit führen, den ganzen Leidensgang des Gesetzwerks zu schildern. Immer erneuten Anfragen wurde die gleiche Antwort zu teil, daß noch Unstimmigkeiten zwischen dem Reich und den Einzelstaaten zu beheben seien und dergl. Auch der Verbandstag 1905 beschäftigte sich mit der Sache (AK 347). Endlich nach fast 20 Jahren vom ersten Eintreten Hasses an gelangte der Entwurf im Jahre 1912 an den Reichstag und wurde am 22. Juli 1913 mit Gesetzeskraft verabschiedet.

b) Das abgesplitterte Deutschtum.

In diesem Abschnitt sei das Deutschtum behandelt, das ursprünglich zum alten Reiche gehörte, aber durch die unglückliche geschichtliche Entwicklung der deutschen Staatsgemeinschaft verloren ging. Es sind die im westfälischen Frieden selbständig gewordenen Gebiete der Eidgenossenschaft und der Generalstaaten, die erst im Napoleonischen Zeitalter abgesplitterten Niederdeutschen von Flandern und Brabant und schließlich unsre Brüder in Deutsch-Oesterreich, die 1866 der notwendigen kleindeutschen Lösung der deutschen Frage zum Opfer fallen mußten. In weiterem Sinne rechnen hierzu noch die deutschen Siedlungsgebiete im ehemaligen Habsburgerreiche — den jetzigen Staatsgebieten der Tschecho-Slowakei, Ungarns, Rumäniens und Jugoslawiens, ferner das Deutschtum in Polen und dem Baltikum.

Dagegen werden die „unerlösten" Gebiete auch weiterhin als Teile des Reichs angesehen und deshalb nicht weiter behandelt. Denn eine selbst äußerliche Anerkennung des Versailler Schandfriedens wäre eine Sünde gegen unsere dort lebenden schwer geprüften Stammesbrüder. Hier heißt es mit Gambettas Wort: „Immer daran denken, nie davon reden."

Die Verbreitung des Deutschtums in den genannten Ländern und überhaupt im Auslande, sowie ihre Geschichte, wirtschaftliche und geistige Bedeutung muß als bekannt vorausgesetzt werden, da es zu weit führen

würde, hier darauf einzugehen. Wer sich näher unterrichten will, findet das Notwendige in Hasse's „Politik", Einhart's „Deutscher Geschichte" und der Schriftfolge „Der Kampf um das Deutschtum", sowie den „Alldeutschen Flugschriften", letztere beide vom Verbande herausgegeben (Lehmann, München).

Der Vorrang gebührt dem Deutschtum in Oesterreich. Es nimmt nach seiner Zahl und geistigen Bedeutung die erste Stelle ein und steht als zeitlich am spätesten abgesprengter Volksteil unserm Herzen am nächsten. Das jetzige Deutsch-Oesterreich ist indes selber nur ein verstümmeltes Bruchstück des alten Kaiserstaates. Um eine unnatürliche Teilung des Zusammengehörigen zu vermeiden, wird deshalb das Deutschtum im ganzen ehemaligen Oesterreich-Ungarn gemeinsam betrachtet.

Heute sind unsre Hoffnungen auf Wiedervereinigung mit unsern deutschen Brüdern im Südosten vorläufig gestört und die Volksgenossen außerhalb sehen wir in Tschechien, Polen, Ungarn, Jugoslawien und Italien in schwerem Kampf um das Fortbestehen ihres Volkstumsringen. Darum drängt sich unwillkürlich die Frage auf, ob dies so kommen mußte und ob, an seinem Teile wenigstens, der Alldeutsche Verband seine Schuldigkeit getan hat. Letzteres können wir mit gutem Gewissen bejahen.

Infolge der Türkengefahr mußten die Habsburg-Lothringer den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit vom Reiche weg nach dem Kampfgebiet im Südosten verlegen. An sich ein auch in deutschem Sinne durchaus berechtigter Vorgang. Denn durch diese Türkenkriege wurde mittelbar auch das Deutschtum im Reiche gesichert. Es kam nur darauf an, nach Beendigung der langwierigen Kämpfe das neuerworbene Land auch dem deutschen Stamme zu gewinnen. Das lag nicht nur in dessen Vorteil, sondern auch in dem der Habsburger. Denn in einem einheitlichen deutschen Staat stand ihnen eine ganz andere Macht zu Gebote, als in einem Kranz auseinanderstrebender, wenig entwickelter und fremdstämmiger Völker an seinen gefährdeten Grenzmarken. Prinz Eugen, Maria Theresia und Josef II. hatten dies auch erkannt und zweckentsprechende Maßnahmen eingeleitet, die um so mehr Erfolg versprachen, als die einheimischen Bevölkerungen damals von der langen Kampfzeit her erschöpft waren und der Eindeutschung nur geringen Widerstand hätten leisten können. Leider scheiterte schon Josef II. bei seinem Beginnen, da seine Ungeduld ein Ausreifen der Früchte nicht erwarten konnte und ihn zu vorzeitigen und falschen Handlungen verleitete. Zudem raffte ihn ein zu früher Tod dahin und seine Nachfolger wurden zunächst durch die Ereignisse des napoleonischen Zeitalters in anderer Richtung voll in Anspruch genommen. Aber auch nach 1815, bis 1848, hätte noch vieles in deutschem Sinne, sowohl in den Erblanden als in Ungarn geschehen können. Es geschah aber nichts. Jetzt erst begann die Zeit, wo der völkische Gedanke in die kleinen slawischen Völkerschaften (Tschechen,[1]) Slowenen) hineingetragen wurde. Das Ausscheiden aus dem Deutschen Bunde 1866 vollendete dann das Unglück. Es begann bei den nun entstehenden inneren Kämpfen die berüchtigte Politik der Abschlagszahlungen auf Kosten der

[1]) Der Zusammenhang mit der alten nationalen Hussitenbewegung war seit der Schlacht am weißen Berge erloschen.

Deutschen, deren zuverlässiger Treue man gewiß war. Dieses fortgesetzte Regieren gegen den besten, gebildetsten und leistungsfähigsten Teil der Bevölkerung brachte dann schließlich selbst das Blut der Deutschen in Aufruhr und es entstand jene Abwehrbewegung, die zur Zeit der Gründung des Verbands sich eben zu größerer Bedeutung erhob.

Seit den Ereignissen des Jahres 1866 hatten die besten Geister beiderseits der Grenzen empfunden, daß die Trennung nur eine vorübergehende sein dürfe. Das Bündnis des Reichs mit der Donaumonarchie wurde deshalb auch von diesen nur als erster Schritt zum Wiederanschluß angesehen und begrüßt, wenn man auch über die Fortentwicklung noch verschiedener Ansicht war. Man konnte aber die Lösung dem natürlichen Lauf der Dinge getrost überlassen. Die äußere und innere Lage beider Staaten mußten zwangsläufig zur Schaffung eines „Mitteleuropa" in irgend einer Form führen. Da wäre denn die Vorherrschaft des Deutschtums auch in den österreichischen Landen ein für alle Male gesichert gewesen. In diese ruhige Entwicklung brachte nun die zunehmende Verschärfung des völkischen Streits im Habsburgerstaate schwere Hemmungen. Sie führten immer mehr dazu, das feste Gefüge des Staates zu untergraben und so seine Bündnisfähigkeit ernstlich in Frage zu stellen. Schon allein diese Ueberlegung hätte die reichsdeutschen Staatsmänner veranlassen müssen, der Zermürbung unsrer Stammesgenossen an der Donau nicht tatenlos zuzusehen und sich mit der bequemen Redensart der „Nichteinmischung in die inneren Verhältnisse" des verbündeten Staats zufrieden zu geben. Alle solche an sich berechtigten Grundsätze der Staatskunst müssen stets eine Grenze finden an dem Gebot der eignen Selbsterhaltung. Es ist wohl kaum zweifelhaft, daß Bismarck rechtzeitig ein „Quos ego!" über die Grenze gerufen hätte. Diese Tatenlosigkeit unsrer Regierung ist also ein weiterer Grund, weshalb die Lage der Deutsch-Oesterreicher (auch der Deutsch-Ungarn) immer schwieriger wurde. Hierzu kam aber die Schuld der dortigen Deutschen selbst. Sie haben die Gefahr nicht frühzeitig erkannt, jedenfalls sie nicht früh genug tatkräftig bekämpft. Die unselige Zersplitterungssucht, die im deutschen Blute liegt, schädigte die Stoßkraft des Widerstandes. Selbst nach vorübergehender Einigung unter dem Zwange dringendster Gefahr setzten sich doch immer wieder alle möglichen Eigenbrödeleien durch und wurden zum Verräter am großen Werk. So verpuffte aller, für uns Reichsdeutsche teilweise vorbildliche Opfersinn in Kleinarbeit, deren Wert an sich nicht geleugnet werden soll, die aber doch nur von verhältnismäßig untergeordneter Bedeutung in dem großen Volksringen war.

Unter diesen Umständen konnte der Beistand, den der Alldeutsche Verband den schwerringenden Volksgenossen bringen konnte, nur ein bescheidener, hauptsächlich gefühlsmäßiger sein. Die tatsächliche Unterstützung, wie sie gelegentlich durch Geldsammlungen (für Cilli, für Laibach usw.) sich kundgab, konnte als solche natürlich nicht ins Gewicht fallen und nur als Ausdruck dafür gelten, daß man den Kämpfen des Brudervolks mit regster Aufmerksamkeit und wärmstem Mitgefühl folge. Trotzdem soll man die Wirkung unsrer alldeutschen Tätigkeit nicht zu gering einschätzen. Sie stärkte den Volksgenossen in ihrem Kampfe den Rücken und führte ihnen stets von neuem zum Bewußtsein, daß sie

im äußersten Notfalle bei völliger völkischer Entrechtung im Habsburgerlande in die alte Gemeinschaft des Mutterlandes zurückkehren könnten. Die Hauptaufgabe des Alldeutschen Verbands lag zu Hause. Es galt zunächst die Reichsdeutschen überhaupt über die Gefahr ihrer Stammesbrüder, für die besonders im Süden und Westen des Reichs viel Teilnahme und Zugehörigkeitsgefühl bestand, zu unterrichten. Denn die Regierung hatte auch dies unterlassen, statt wenigstens mit Hilfe der Presse eine Bewegung auszulösen, durch die sie, auch ohne unmittelbaren Eingriff in das innere Getriebe des Nachbarstaats, doch mittelbar die Machthaber an der Donau hätte zu Gunsten der Deutschen beeinflussen können. Diese Versäumnis holte der Verband nach. Besonders in der Zeit der Jahrhundertwende hat er die Reichsdeutschen mächtig aufgerüttelt: fast keine Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses oder des Vorstandes, fast kein Verbandstag verging ohne warme Kundgebungen für unsre österreichischen Stammesbrüder, deren Not und Leid deutsch-österreichische Abgeordnete in beredten Worten unsern Landsleuten näherbrachten. Die zeitweise starke Anteilnahme der Reichsdeutschen ließ sich auf die Dauer leider nicht auf gleicher Höhe halten. Andere Fragen — die Buren-, die Flotten-, die Marokkofrage — gewannen unmittelbarere Bedeutung für uns. Die selbstzerfleischenden, teilweise unwürdigen Bruderkämpfe in Oesterreich stießen zudem viele ab. Noch mehr taten dies die Uebertreibungen der „Los von Rom"-Bewegung in unsern vorwiegend katholischen süd- und westdeutschen Landesteilen. Auf den unheilvollen Einfluß, den diese Dinge, vor allem auch die Annahme des alldeutschen Namens seitens der Radikalen in Oesterreich, auf das Wirken und Gedeihen des Verbands zeitweise ausübten, ist schon im I. Teil aufmerksam gemacht.

Auf die Entwicklung dieser innern Kämpfe im einzelnen und die Tätigkeit des Alldeutschen Verbands kann hier nicht näher eingegangen werden. Man findet alles nötige in dem Quellenwerk „20 Jahre alldeutsche Kämpfe und Arbeiten" und in den „Alld. Blättern". Hier soll nur noch die vorbildliche Arbeit der deutsch-österreichischen Schutzvereine erwähnt werden, die in Böhmen, Mähren, Steiermark und überall, wo das Deutschtum bedroht war, entstanden und schnell erstarkten. Ihnen gebührt kein geringer Anteil daran, daß in den völkischen Kämpfen dieses Zeitraums überhaupt etwas erreicht wurde. Für die kommende schwere Zeit wird ihr Wirken erst recht bedeutungsvoll und hoffentlich von Erfolg getragen sein.[1])

Mit der bosnischen Krisis (1908/9) brach der seit der Thronbesteigung der Karageorgiewitsch glimmende Funke der großserbischen Ansprüche zu offenem Feuer aus. Keiner konnte sich mehr verhehlen, wohin die Fahrt ginge. Es ist bereits früher dargetan, welche Folgerungen unbedingter Bundestreue daraus die reichsdeutsche Politik zog, sowie daß sie dabei vielleicht den Fehler beging, dem an sich schwächeren Bundesgenossen allmählich die Führung in die Hand gleiten zu lassen. Es ist auch begründet worden, weshalb der Alldeutsche Verband diese Politik als richtig

---

[1]) Ihre Namen und weitere Angaben finden sich im Anhang des deutschvölkischen Jahrbuchs 1920.

anerkannte, nicht aus Vorliebe für die Habsburger und unter dem Banne schwarz-gelber Beeinflussung, sondern vor allem in der Erwägung, daß der unausbleibliche Entscheidungskampf für das Reich besser an der Seite eines einigermaßen starken Waffengefährten, als ganz vereinsamt ausgefochten werde und daß der siegreiche Austrag des kommenden Weltkriegs auch das endgültige Schicksal unserer Stammesgenossen in der Doppelmonarchie, selbst wenn sie vorher noch schwerere Zeiten durchzumachen hätten, am wirksamsten sichergestellt hätte. Es ist auch bereits erwähnt, daß bedeutende Mitglieder des Verbands diese Haltung des Verbands verurteilten und ihre Folgerungen daraus zogen.

Heute kann man wohl sagen, daß sowohl die deutsche, wie die alldeutsche Politik in dieser Frage richtig und stetig waren. Daß der Sieg uns dann nicht zufiel und das Gesamtdeutschtum, auch im Reiche, in ärgere Bedrängnis geriet, als vorher, liegt jedenfalls an ganz andern Dingen, die zu erörtern hier nicht der Platz ist.

Noch einmal schlug Deutsch-Oesterreichs Schicksalstunde. Das war, als Habsburgs Herrscherstamm einige Tage vor dem deutschen Zusammenbruch seines Thrones verlustig ging. Noch war kein Waffenstillstand mit den Feinden geschlossen, der ihnen die Möglichkeit zu einem Einspruch gegen Deutsch-Oesterreichs Anschluß gegeben hätte. Aber weder die Wilhelminische Regierung jener letzten Tage noch die Novemberleute erkannten das Gebot der Stunde und faßten die Gelegenheit beim Schopfe. Nicht nur das jetzt verstümmelte Deutsch-Oesterreich sondern auch die böhmischen und mährischen Grenzgebiete deutscher Siedlung hätten damals dem Reich gewonnen und dann jedenfalls nur noch unter Bruch der Wilsonversprechungen wieder genommen werden können. Zweifellos hätten alle Deutschblütigen aufs freudigste zugestimmt und zweifellos hätte dies 80 Millionenvolk einen andern Frieden erhalten, als die beiden Einzelstaaten. Man begnügte sich, beiderseits unter sozialdemokratischer, jüdischer Leitung mit mehr oder weniger gut klingenden Redensarten und muß füglich bezweifeln, ob es diesen Kreisen — auf beiden Seiten — trotz allen Wortgeklingels ernst mit dem Gedanken der Wiedervereinigung war. Im Erfolge ist es auch schließlich gleich, ob verbrecherisches Uebelwollen oder verbrecherische Unfähigkeit von dieser Seite das traurige Ergebnis zur Folge hatten. Als erst der richtige Zeitpunkt — vor dem 11. November 1918 — verpaßt war, war es eigentlich schon zu spät. Immerhin hätte auch jetzt noch ein entschlossener Wille wenigstens den Anschluß Deutsch-Oesterreichs trotz aller Widerstände unsrer Gegner erzwingen können. Aber der Wille fehlte, bei uns sowohl, wie drüben, wo der französische Gesandte die undeutsche Regierung durch seine Versprechungen für den Fall des Nichtanschlusses köderte oder abwechselnd durch Drohungen schreckte. Zuckerbrot und Peitsche taten ihre Wirkung.

Daher gilt es nun völlig von neuem aufzubauen. Die Ueberzeugung, daß die Vereinigung mit der Folgerichtigkeit eines Naturereignisses kommen muß, läßt uns gerade an diese völkische Zukunftsaufgabe mit voller Hoffnung herantreten. Die ersten Schritte sind durch die Gründung des österreichischen Alldeutschen Verbands unsrerseits bereits getan.

Nicht so hoffnungsreich gestaltet sich das Schicksal unserer Stammesbrüder in Tschechien und Jugoslawien. Es kann aber angenommen

werden, daß ersteres Reich keine lange Lebensdauer (wie auch Polen) haben wird und daß dann, bei der Aufteilung seiner Erbmasse, auch die dortigen Deutschen in nicht allzu ferner Zukunft noch rechtzeitig gerettet werden. Auch Großserbien trägt schon Keime des Zerfalls in sich: es ist nicht unwahrscheinlich, daß eine Spaltung in einen griechisch-orthodoxen serbischen Teil und einen höher entwickelten katholischen kroato-slowenischen Teil über kurz oder lang eintritt. Dafür wird schon die Unduldsamkeit der serbischen Geistlichkeit sorgen. Das kroatische Element bedarf dann der Hilfe der Deutschen und wird deshalb auch eher geneigt sein, ihnen entsprechende Lebensbedingungen zu gewähren. — Die südtiroler Gebiete sind dagegen schlechthin zu den „unerlösten", wie „Elsaß-Lothringen" zu rechnen. Ihr Rückfall muß mit Güte oder Gewalt erzwungen werden. Eine Verständigung, auch auf Grund völkischer Selbstverwaltung, ist da ausgeschlossen.

Das Deutschtum im ehemaligen Ungarn war hauptsächlich in drei großen geschlossenen Gebieten seßhaft: in dem jetzt Deutsch-Oesterreich zugesprochenen Westungarn, in dem nunmehr rumänischen Siebenbürgen und im Banat. Auch in Ungarn wäre eine allmähliche Verdeutschung möglich gewesen, wenngleich bei dem selbstbewußten Volke mit größerer Schwierigkeit als in den alten Kronländern. Seit dem Jahre 1867 war sie endgültig unmöglich geworden, solange die madjarische Vorherrschaft, die sich nur auf eine völkische Minderheit stützte, nicht gebrochen war. Dies war unter den Habsburg-Lothringern nicht zu erwarten. Deshalb galt es, die dortigen Deutschen wenigstens ihrem Volkstum zu erhalten. Auch sie führten einen allerschwersten Kampf gegen die madjarische Unterdrückung — auch hier versagte das angeblich deutsche Herrscherhaus, auch hier versagte die reichsdeutsche Regierung und versagten z. T. auch die Deutschen selbst, die sich, z. B. in Siebenbürgen, in bedauerlicher Uneinigkeit befehdeten. Aber auch hier kam nach und nach die Einsicht zum Durchbruch, daß das Deutschtum nicht in halt- und kraftloser Hingebung an die herrschenden Klassen, sondern nur in scharfer Abwehr gegen sie sein Recht gewinnen werde. Bei dem zähen, langjährigen Kampfe war der Alldeutsche Verband den dortigen Volksgenossen ein treuer Freund und Berater. Die Lauheit unsrer leitenden Stellen fand in ihm einen unverdrossenen Widersacher. Dieser Kampf stählte die Kräfte und das dortige Deutschtum konnte nicht zum wenigsten dank der Unterstützung des Verbands, im allgemeinen seinen Besitz behaupten, im Banat gegenüber einer niedrigstehenden Bevölkerung sogar ausdehnen. Nicht unerwähnt bleiben darf die besonders hervorragende Opferwilligkeit der Siebenbürgener Sachsen für Schule und Kirche. Solche Beispiele müssen unserm Volke immer wieder eingehämmert werden, um ihm seine eigene Lässigkeit zum Bewußtsein zu bringen.

Unsre deutschen Stammesgenossen in der Schweiz sind bereits viel länger vom reichsdeutschen Zusammenhange losgelöst, als die Brüder in Oesterreich. Zudem hat ihre Eidgenossenschaft mit den welschen Kantonen in gesellschaftlicher und geistiger Hinsicht stark abgefärbt und sie teilweise an die Wahrhaftigkeit des nimmer ruhenden dreisten Geredes von der Ueberlegenheit westlicher Bildungswerte glauben gelehrt. So kam es, daß der Deutschschweizer, ähnlich dem Elsaß-Lothringer, Luxemburger, und teil-

weise dem Vlamen, in manchen Kreisen der gesellschaftlichen Oberschicht sich seines als minderwertig verschrieenen Deutschtums schämte. Trotzdem die geistigen Beziehungen seit Zwinglis und Holbeins Tagen nie ruhten und zeitweise sogar (wie im 18. Jahrhundert) sehr rege waren und gerade im letzten halben Jahrhundert besonders kräftig wurden (Keller, Meyer, Böcklin, von neueren Zahn, Heer) und trotzdem auch die wirtschaftlichen Bande seit Eröffnung der Gotthardbahn sich immer enger gestalteten, zeigte sich doch gar häufig das Gefühl der Zusammengehörigkeit recht wenig entwickelt. Unsre zahlreichen in der Schweiz wohnenden Reichsangehörigen, die, wie die Gründungsgeschichte des Verbands beweist, zum großen Teil ein recht lebhaftes und ausgeprägtes Deutschgefühl bewährten, konnten daran auch nicht viel ändern. Dazu war das natürliche Mißtrauen des Kleinstaats gegen den mächtigen Nachbarn zu stark und wurde zudem von Westen her geflissentlich und nicht ohne Erfolg genährt. Nach außen hin verbarg man das Gefühl der völkischen Vereinsamung, das hiervon zurückblieb, hinter einem gesteigerten Selbstgefühl, das zuweilen in eine gewisse Ueberheblichkeit ausartete, während im Grunde genommen der enge Kantönlisgeist das politische Denkvermögen für große Zukunftsmöglichkeiten verkümmert hatte. Allen Ernstes glaubte man — natürlich nur bei den Deutschschweizern, denn die Welschen und Italiener dachten nicht daran — eine Nation zu sein, d. h. ein völkisches Eigendasein führen zu können[1]) und man zeigte sich deshalb besonders empfindlich, wenn in der Schweiz selbst solchem Gernegroßtum entgegengetreten und an die deutschen Beziehungen und die geistige Abhängigkeit erinnert wurde (Fall Vetter). So erlitt schließlich das Schweizer Volkstum, trotz der starken und steten Befruchtung und Blutzufuhr durch das Mutterland, stellenweise Einbußen an seinem Sprachgebiet und damit an seinem Volkstum, da nach dem Zeugnis der „Neuen Züricher Zeitung"[2]) „der deutsche Schweizer noch weniger Sprachstolz hat als der Deutsche im allgemeinen". Und das will etwas heißen. Immerhin gewann seit etwa 1900 der Gedanke an die gemeinsamen Aufgaben und künftigen Geschicke auch in der Schweiz Boden. Ein reger Meinungsaustausch in den Alldeutschen Blättern bereitete das Verständnis beiderseits vor und kurz vor dem Kriege war die Frage eines späteren wirtschaftlichen Zusammenschlusses des Reichs und der Schweiz doch soweit Allgemeingut geworden, daß man darüber ohne Mißtrauen und Verunglimpfung reden konnte. Der Natur der Sache nach mußte der Alldeutsche Verband gerade der Schweiz gegenüber besonders vorsichtiger sein. Er beschränkte seine Tätigkeit darauf, den dortigen Reichsdeutschen den Anschluß an die völkischen Bestrebungen der Gegenwart zu vermitteln und ihr nationales Gewissen auf diesem Gebiete nicht einschlafen zu lassen. In hervorragender Weise wurde er hierbei durch die rührige Ortsgruppe Zürich unterstützt, der er selbst manche wertvolle Anregungen im Laufe der Zeit verdankte. Brachte doch schon im Jahre 1891 ein führendes Mitglied dieser Ortsgruppe, Dr. A. Fick, eine Verstärkung unserer

---

[1]) Es sei nicht verhehlt, daß Lagarde derartigen Ansprüchen in seinen „deutschen Schriften" in gewisser Hinsicht Vorschub leistete, wo er den Schweizern das Dasein einer Nation zuerkannte, da ihr Staat aus einer gemeinsamen „Idee" erwachsen sei. Es ist einer der krausen Gedankenschnörkel, die so häufig bei ihm den Genuß stören.

[2]) Nr. 258 vom Jahre 1894.

Rüstung und eine bessere Regelung unseres Auswanderungswesens in Vorschlag, beides getragen durch eine tatkräftige Außenpolitik. Daß während des Kriegs in einem großen Teile unserer deutschschweizer Volksgenossen das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit dem Hauptstamme durchbrach und sich nicht nur in werktätiger Liebe kräftig bekundete, ist erfreulich. Leider fehlten aber auch hier die Segestesnaturen nicht. — Soviel man jetzt nach dem Kriege beurteilen kann, scheint sich das Gemeinschaftsgefühl nicht in unserm Unglück verflüchtigt zu haben. Fällt doch ein Hauptgrund des Mißtrauens, unsere bedrohliche Stärke, weg, während vom weiter erstarkenden Frankreich das schlimmste für die Selbständigkeit der Schweiz und vor allem ihres Deutschtums zu erwarten ist. Welche Kräfte schon am Werke sind, zeigten die Vorarlbergfrage und ihre französischen Drahtzieher. Für den Verband gilt es hier die Augen offen zu halten, denn Oesterreichs Belänge sind auch die unseren. Eine Schädigung Oesterreichs bedeutet aber auch eine Preisgabe der Schweizer Neutralität, das sollen sich die dortigen machtlüsternen Kreise wohl gesagt sein lassen.

Der Kleinheit des Ländchens entsprechend nahm die Lage der Luxemburger Deutschen die Aufmerksamkeit des Verbands weniger in Anspruch. Eine allzu große Zersplitterung der Tätigkeit war nicht erwünscht und es war ja klar, daß bei der künftigen allgemeinen Regelung der mitteleuropäischen Frage auch das Deutschtum dieser Volksgenossen endgültig sichergestellt werde. Dann wäre die oberflächliche französische Tünche von selbst abgefallen. Auch heute muß die Haltung des Verbands die gleiche sein. Die Frage des Luxemburger Deutschtums wird nach dem Geschehenen ohne Gefühlsduselei lediglich nach deutschen Gesichtspunkten im Verein mit der elsaß-lothringischen und belgischen über kurz oder lang ihre Lösung finden.

Viel wichtiger ist die Frage des Niederdeutschtums in den Niederlanden. Im Wiener Kongreß war nicht nur die Unabhängigkeit der Generalstaaten bestätigt, sondern ihnen waren auch die südlichen, ehemals österreichischen Teile angegliedert worden. Die Glaubensverschiedenheit und der wirtschaftliche Wettbewerb führten dann, unter Mitwirkung französischer Hetztätigkeit, 1830 zur Teilung der beiden. Hierdurch kamen die niederdeutschen Vlamen unter den Einfluß der französisch-wallonischen, von Paris stark gestützten, Minderheit.

Was zunächst den nördlichen Teil, Holland, anlangt, so lebte dort das Niederdeutschtum ein völlig gesichertes Dasein. Für den Alldeutschen Verband lag demnach um so weniger die Notwendigkeit zu auffälliger Betätigung vor, als ja die ihm vielfach zugeschriebenen Absichten auf Vernichtung der holländischen Selbständigkeit nicht vorhanden waren. Für ihn galt es nur, aufmerksam die dortigen Verhältnisse im Auge zu behalten und Anknüpfungspunkte im Sinne gemeinsamen Handelns zu Gunsten der stammverwandten Vlamen zu gewinnen. Trotzdem lagen die Dinge zunächst in Holland ähnlich wie in der Schweiz. Ein von außen, diesesmal von England, künstlich geschürtes Mißtrauen führte zu einer gewissen höflichen Kälte, nicht nur in den Beziehungen der Staaten, sondern auch der Einzelnen. Ja, man leugnete sogar ganz allgemein die Stammeszugehörigkeit, da sie infolge der verschiedenen Schriftsprache nicht so auffällig zu Tage trat, wie bei den Deutschschweizern. Daß sein

Holländisch nur eine Mundart, gleichwertig dem Plattdeutschen und Friesischen, keine selbständische Sprache sei, hörte der stolze Mynheer äußerst ungern. Dagegen verschloß er sich nicht den Tatsachen. Das Schicksal der Buren, die Unhaltbarkeit des eignen reichen Kolonialbesitzes ohne starken Rückhalt, die Möglichkeit der vollkommenen Lahmlegung seiner blühenden Häfen durch Schaffung einer deutschen Rheinmündung die niederdrückende Bevormundung durch England in der Vlissinger Befestigungsfrage, all das machte ihn als kalt wägenden Kaufmann nach und nach geneigter, sein Verhältnis zu Deutschland enger zu gestalten. Die Aufnahme Hollands in einen deutschen Zollverein oder einen mitteleuropäischen Zollbund gehörte jedenfalls zu den Tagesfragen vor dem Kriege, die ohne Leidenschlaft bloß unter dem Gesichtspunkte der Nützlichkeit erörtert wurden. Auch jetzt nach dem Kriege dürfte die Lage im wesentlichen unverändert sein, wenn man sich nicht durch die Trostlosigkeit des Augenblicks den Blick für die Zukunft trüben läßt. Jedenfalls liegt für den Verband zunächst kein Grund vor, aus seiner selbstgewählten Zurückhaltung herauszutreten.

Anders lagen für den Alldeutschen Verband die Dinge in **Belgien**. Dort war Deutschtum im Notstand. Im völkischen Kampfe war sich der Vlame seines Volkstums viel eher bewußt geworden, als der satte Holländer auf seinen Pfeffersäcken. Schon während des Krieges 1870/71 standen die vlämischen Bürger und Bauern in treuer Freundschaft zu unserm Volke, während die gebildeten Schichten auch hier (ähnlich wie in der Schweiz) versagten. Leider fanden die Vlamen in ihrem Ringen um Muttersprache und Volkstum nicht die Unterstützung der zahlreichen in Belgien wohnenden Deutschen. Es ist eine stets wiederkehrende und tief beschämende Anklage, daß diese sich zu den Französlingen hielten und deren Sprache redeten, statt das leicht zu erlernende Vlamisch.[1]) Hier suchte vor allem der Verband durch Belehrung und Aufklärung bessernd einzugreifen.

Die vlämischen Bestrebungen hatten ihren Mittelpunkt in dem „Vlaamschen Volksraad". Seine Gesinnung gegen das Deutschtum geht am besten aus seiner Aufforderung zur Begrüßung Kaiser Wilhelms II. bei dessen Besuche in Antwerpen (1894) hervor. Dort sagt er: „Wir Vläminge sind **auch** Germanen und wir sind eine unabhängige Zacke des alten germanischen Stammes und wollen, koste es was es koste, unsre volkstümliche Selbständigkeit frei wahren. Doch just darum wünschen wir mit unsern deutschen Stammesgenossen in brüderlicher Einsgesinntheit zu leben" (AB 94, 106). Daß die Bewegung die Unterstützung der katholischen Geistlichkeit fand, ist im Hinblick auf deren Verhalten in Polen, Elsaß-Lothringen und Oesterreich bemerkenswert. „Vlaamsch und katholisch sein in Wort und Tat, das soll der Vlaming bleiben". (AB 95, 30).

Auf dem Verbandstage 1896 traten zum ersten Male die Beziehungen des Alldeutschen Verbands zu den Vlamen verheißungsvoll in Erscheinung.

---

[1]) Daß der deutsche Gesandte in Brüssel, ungleich dem Verhalten des französischen, gegenüber den Wallonen, nie sein Mitgefühl für die Vlamen bekundete, ist bei unsrer „vornehmen" Zurückhaltung wohl nicht erst besonders zu betonen.

Wenn durch gewisse völkische Heißsporne außerhalb des Verbands auch vorübergehend eine Trübung dieser Beziehungen folgte, so wurden die Mißverständnisse doch bald überwunden. Die gemeinsame Tätigkeit für die stammverwandten Buren festigte sogar noch die Bande, die dann bis zum Kriege ungestört und dauernd aufrecht erhalten blieben. Vor allem beteiligten sich die dazu besonders geeigneten niederrheinisch-westfälischen Gruppen des Verbands an ihrer weiteren Pflege. Es sei noch auf die Verbandstage von 1899 und 1911 hingewiesen; beidesmal war Dr. Reismann-Grone, ein besonderer Kenner der vlämischen Frage, der Berichterstatter. An dieser Stelle sei auch der Zeitschrift „Germania" gedacht, die von Dr. Reismann-Grone als geistige Verbindung zwischen Hoch- und Niederdeutschtum ins Leben gerufen wurde.

Der Krieg zerriß zunächst diese Bande. In Flandern tobte der Heckenkrieg nicht weniger wild gegen unsre Leute als an der Maas und im Hennegau. Das zeugte natürlich starke Gegenmaßnahmen und schwer zu heilende Verstimmungen. Die gerechte Verwaltung des Landes unter Bissing erwarb sich jedoch nach und nach das Zutrauen der vlämisch denkenden Kreise. Sie erkannten, daß eine Erfüllung ihrer Wünsche nur mit deutscher Hilfe möglich sei. Die Errichtung der vlamischen Hochschule Gent war ihnen dafür ein Unterpfand. Es entstand der vlamische Nationalrat, der, ohne an der belgischen Staatseinheit zu rühren, seine besonderen Forderungen offen vertrat und sie 1917 als Flanderns Forderungen für den Friedensschluß dahin festlegte (AB 17, 77): „Es darf keine unterdrückten Vlamen mehr geben. Das nationale Selbstbestimmungsrecht muß gelten und daher die Verwaltungstrennung beider Reichshälften so schnell als möglich durchgeführt werden. Es darf vor allem nicht länger geduldet werden, daß das vlamische Volk seiner Muttersprache beraubt und verwelscht werde. Dafür bedarf es fester Sicherheiten und starker Bürgschaften beim Friedensschluß." Soweit es dem Alldeutschen Verband, der ja während des Krieges in seiner Wirksamkeit besonders eingeschränkt war, möglich war, unterstützte er diese Bestrebungen der Vlamen aufs wärmste. Die Erfüllung seiner Kriegsziele im Westen hätte der französischen Zweigstelle in Brüssel sowieso ein Ende bereitet und die freie Entfaltung des vlamischen Volkstums (auch in Französisch-Flandern) gesichert. Es hat nicht sollen sein. Infolge des Kriegsausgangs steht das Vlamenvolk erneut in hartem völkischen Kampfe. Trotzdem sind die Errungenschaften der Kriegszeit nicht ganz verloren gegangen. Zwar werden die mutigen Führer der Vlamen verfolgt und verurteilt: eine völlige Verwelschung der vlamischen Lande in Angriff zu nehmen, hat man aber doch noch nicht gewagt. Hoffentlich bleibt das Volk wach, so daß dies auch in Zukunft nicht möglich ist. Eine Einwirkung des Alldeutschen Verbandes in dieser Hinsicht ist vorläufig ausgeschlossen. Die vlamischen Brüder sind aber deshalb nicht vergessen.

Nur durch eine schmale Landbrücke befindet sich das Deutschtum in den Ostseeprovinzen in unmittelbarem Landzusammenhang mit dem Reiche. Politisch haben sie zu ihm nicht allzulange und nur mittelbar durch den deutschen Ritterorden gehört. Trotzdem blieben die geistigen und völkischen Beziehungen dauernd aufrecht erhalten und wurden, je stärker die Bedrückung einsetzte, desto eifriger von den Balten gepflegt.

Auch dieses Deutschtum hat in unserm Zeitraum in allerschwerstem Kampfe um sein Dasein gestanden, in schwererem als all die andern bedrohten Volksteile, in so besonders schwerem, weil es durch die gewalttätigsten Mittel asiatischer Regierungskunst bedrängt wurde und nicht den Rückhalt einer seßhaften Landbevölkerung hatte, also in gewisser Hinsicht wurzellos war, denn die Deutschen saßen in größrer Menge nur in den Städten. Auf dem Land gehört nur die Oberschicht der Gutsbesitzer zu den Deutschen. Es ist zu bedauern, daß es nicht gelang, durch starke *deutsche* Bauernsiedlung die dortigen estnischen und lettischen Volksteile, ähnlich wie die Preußen, aufzusaugen, was bei ihrer verhältnismäßig geringen Zahl, niedern Bildungsstufe und der Glaubensgemeinschaft leicht gewesen wäre. Diese Bauernsiedlung ist wohl versucht worden. Der deutsche Bauer scheute aber den Weg übers Meer, auf dem das Baltikum damals allein mit einiger Sicherheit zu erreichen war. Auch hatte die Eindeutschung Preußens den geeigneten Teil des Bevölkerungsüberschusses Deutschlands so ziemlich aufgebraucht. Späterhin (nach 1450) hinderten dann die politischen Verhältnisse eine derartige Maßnahme. Als deshalb, entgegen den beschworenen Verträgen, das Moskowitertum seinen Kampf gegen das Deutschtum begann, da gewann es unschwer in den aufgehetzten Landeseinwohnern Bundesgenossen, die selbst die Schergen des Zaren an Grausamkeit gegen ihre „Unterdrücker" übertrafen.

Hier war für das amtliche Deutschland, nachdem seit Alexanders II Tode die alte preußisch-russische Freundschaft zu Grabe getragen war, kaum eine Möglichkeit, für die hartbedrängten Stammesgenossen einzugreifen. Dieser Lage mußte auch der Verband Rechnung tragen. Seine Aufgabe mußte sich deshalb darauf beschränken, die Oeffentlichkeit über den russichen Vertragsbruch und die verabscheuungswürdigen Formen, unter denen er sich vollzog, aufzuklären und durch den Druck der öffentlichen Meinung, soweit so etwas in Rußland überhaupt verfing, eine Besserung der Verhältnisse zu versuchen. Im übrigen kam nur noch eine eifrige Pflege der geistigen und persönlichen Beziehungen zu den dortigen Stammesgenossen, die dem Mutterland soviele hervorragende Köpfe geschenkt hatten, in Frage. Diesen engumschriebenen Aufgaben widmete sich der Verband auch mit voller Hingebung. In seiner Tätigkeit fand er indes — nicht von russischer Seite, sondern im eignen Lande — einen eifrigen Widersacher in dem von dem Polen beeinflußten Zentrum. Dieses warf dem Verbande vor, daß er das, was er bei den Russen verurteile, zu Hause gegenüber den Polen für erlaubt halte und mit allen Mitteln betreibe. Zunächst ist natürlich ein großer Unterschied in der Art, wie auf beiden Seiten der Kampf um das Volkstum geführt wurde. Das ist aber mehr die äußerliche Seite. Der Hauptunterschied liegt darin, daß die Deutschen zu ihren Maßnahmen in der Abwehr *gezwungen* wurden, während für die Russen eine gleiche Rechtfertigung nicht vorlag. Zudem hätten selbst ausgesprochene Verdeutschungsmaßnahmen ihre Berechtigung gehabt, da damit der höhern Kultur zum Siege verholfen worden wäre. Bei den Russen lag dies gerade umgekehrt. Sie verstopften die Quellen, aus denen ihnen während zweier Jahrhunderte ihre hervorragendsten Staatsmänner, Gelehrten und Heerführer zugeströmt waren. Und nicht zuletzt fällt der Umstand ins Gewicht, daß im Balti-

kum gegen treu ergebene Untertanen die härtesten Maßnahmen grundlos ergriffen wurden, während im polnischen Preußen die Losreißungsbestrebungen stets unter der Oberfläche schlummerten und die zeitweise (z. B. in den Koszielski-Tagen) geflissentlich zur Schau getragene staatstreue Gesinnung dagegen bewußter Heuchelei entsprang. Das hätte auch das Zentrum (Abg. Lieber) wissen müssen, ehe es den Alldeutschen Verband angriff und damit den eignen Stammesbrüdern im Baltikum in den Rücken fiel, indem es ihren gerechten Kampf mit dem hochverräterischen Treiben der Polen auf die gleiche Stufe stellte.

Die günstige Entwicklung der Kriegslage im Osten schien auch den Ostseedeutschen noch in letzter Stunde Rettung zu bringen. Eine Einverleibung in die Reichsgrenzen war aber nur dann für die künftige Landesverteidigung erträglich, wenn eine zuverlässige deutsche Bevölkerung in jenen entlegenen Landesteilen saß. Diese militärische Notwendigkeit begegnete sich mit der Forderung, für unsern Bevölkerungsüberschuß neues Siedlungsland zu gewinnen, was infolge des in den Ostseeprovinzen vorherrschenden Großgrundbesitzes ohne Härte gegen die derzeitigen Landeseinwohner möglich war. In richtiger Erkenntnis dieser Tatsachen hatte der Alldeutsche Verband auch bereits im Jahre 1914 seine Kriegsziele im Nordosten hierauf eingestellt. Sie waren also nicht durch übermäßige Ländergier, auch nicht lediglich durch Gefühlswerte (Rettung des dortigen Deutschtums) oder militärische Gesichtspunkte, sondern durch sehr tatsächliche völkische Gegenwartsnöte bedingt. Bei den durchaus zu Unrecht viel geschmähten baltischen Baronen fanden diese Forderungen weitsichtiges Verständnis, bei den Verwaltern der dortigen Landesteile, Hindenburg und Ludendorff, freudige Zustimmung und tatkräftige Förderung. Aus eignem Antrieb erklärten jene ihre Bereitwilligkeit zu großen Landopfern, um die Siedlung zu ermöglichen, und gaben damit ein schönes Beispiel völkischen Opfersinns und wirtschaftlichen Weitblicks [1]).

Die schönen Ansätze zerrannen in Nichts. Heute ist das Deutschtum auf dem flachen Lande vernichtet und fristet nur noch in den Städten ein kümmerliches Dasein. Das irrsinnige, von den Angelsachsen ausgeheckte Schlagwort von dem Selbstbestimmungsrecht aller, auch der kleinsten und unreifsten Völker, hat dort eine Reihe von lebensunfähigen und daseinsunwürdigen Zwergstaaten geschaffen, deren Bevölkerung ihren Sklavensinn in sinnloser Wut gegen die bisherigen Herren, die allein diesen Staatsgebilden Leben einhauchen könnten, austoben läßt [2]). Hier ist vor-

[1]) D. h. in Kurland. Livland und Estland waren ja nur kurze Zeit und unvollkommen in deutscher Hand. Zweifelsohne hätte aber das kurländische Beispiel dort Nachahmung gefunden. Selbst noch nach dem unglücklichen Kriegsende versuchten die dortigen Grundbesitzer auf eigne Faust diesen Siedlungsgedanken durchzuführen und hatten auch schon eine Anzahl Baltikumkämpfer angesetzt. Der Zwang unsrer lettisch beeinflußten Gegner zerstörte auch diese Anfänge.

[2]) Estland hat allerdings die Güter kurzerhand enteignet, mußte aber aus Mangel an Siedlern einen Teil davon den alten Besitzern, wenn auch zu unerhörten Pachtbedingungen, wieder zur Bewirtschaftung überlassen. Auch nach Lettland beginnt die Rückwanderung zum gleichen Zwecke, zunächst in bescheidenen Grenzen. Ganz ohne das Deutschtum kommt man dort eben, auch auf dem Lande, nicht aus. Allerdings berechtigen diese Anfänge noch nicht zu etwaigen Hoffnungen.

läufig nur noch ein geringes Arbeitsfeld für den Alldeutschen Verband. Seine Tätigkeit für die dortigen deutschen Brüder muß sich vor allem auf ihre Unterstützung im Reiche, wohin Tausende und Abertausende geflüchtet sind, richten, um so mehr als gerade diese Stammesgenossen in größter Not sich befinden und von den jetzigen Regierungskreisen wenig Förderung zu erwarten haben. — Aber auch hier darf die Hoffnung nicht aufgegeben werden, daß das letzte Wort in der Gestaltung der europäischen Machtverhältnisse und Staatenbildungen noch nicht gesprochen ist. Schon die unbedingte Lebensunfähigkeit vieler der Neuschöpfungen verbürgt diese Zukunftshoffnungen.

c) Das ausgewanderte Deutschtum.

An die Besprechung des Deutschtums im Baltenland schließt sich die des übrigen Deutschtums im ehemaligen russischen Gebiete in natürlicher Folge an. Abgesehen von den über das ganze weite Reich hin zahlreich verbreiteten Einzelträgern deutscher Bildung sind auch in Rußland Deutsche in geschlossenen Gruppen seit mehr denn 100 Jahren seßhaft geworden. Sie hatten durch ihren Fleiß und ihre wirtschaftliche Ueberlegenheit einen gewissen Wohlstand erreicht und auch, gegenüber dem niedriger stehenden Russentum, ihren Glauben, ihre Sprache und ihre völkische Eigenart bewahrt. Der Krieg und die folgenden Ereignisse haben auch diese zahlreichen Deutschen, soweit ihre Wohnsitze auf jetzt groß- bezw. kleinrussischem Boden liegen, heimatlos gemacht. Schon vor dem Kriege setzte infolge der Verfolgungen der Kreise um Pobjedonoszew und der Umsturzbewegung von 1906 die Rückwanderung ein (AK 2[illegible]1), z. T. vom Staate unterstützt. Im Kriege nahm sie dann ihren Fortgang. Allerdings mußte man die Beobachtung machen, daß nicht alle Rückwandrer brauchbare Glieder des deutschen Reichs werden würden. Immerhin durfte man annehmen, daß sie in den Grenzmarken ein besseres und zuverlässigeres Siedlungselement abgeben würden, als Polen, Littauer, Letten und ähnliche Völker Die Mängel dieser Auslandsdeutschen mußten in Kauf genommen werden, in der Erwartung, daß in engerer Berührung mit dem Hauptstamm die verlorene Art und Zucht bald wiedergewonnen würde. Keineswegs durften wegen Tagesbedenklichkeiten zahlreiche Volksgenossen völlig aufgegeben werden. Aus dieser Auffassung heraus arbeitete auch der Verband mit andern völkischen Verbänden für die Wiedergewinnung und Eindeutschung dieser verlorenen Außenposten des deutschen Stammes. Nur geringe Teile sind indes vor Kriegsschluß zurückgekommen und dem deutschen Volkstum gerettet worden. Der Rest steht in Sowjetrußland und der Ukraine, soweit er nicht schon den Kriegswirren zum Opfer fiel, vor der fast sichern Vernichtung. Etwas besser scheinen die Aussichten für die Deutschen im Kaukasusgebiet zu sein. Gerade dies wäre von großem Vorteil, da weitblickende Deutsche den dortigen mit Rohstoffen aller Art gesegneten Landen eine reiche Zukunft versprechen. Dann könnte das Vorhandensein seßhafter und angesehener Volksgenossen für uns von wesentlicher Bedeutung werden. Der Alldeutsche Verband wird diesen Verhältnissen die ernsteste Beachtung schenken. Vorläufig kann aber noch nicht annähernd vorausgesehen werden,

wie sich die Dinge dort gestalten werden, ob in einem für uns günstigen Sinne oder umgekehrt. Hoffen wir das erstere!

Es ist schon oben erwähnt, daß eine der größten Zukunftsaufgaben des Alldeutschen Verbands darin besteht, dafür zu wirken, daß künftig die leider nicht zu verhindernden Auswandererströme in Richtungen gelenkt werden, wo sie dem Deutschtum nicht verloren gehen und jede Entartung vermieden wird. Es ist auch bereits auf den alten Lagarde'schen Gedanken der Deutschbesiedelung des alten Donaustaates hingewiesen. Hier seien noch die ähnlichen Gedanken Moltkes und Lists bezüglich der asiatischen Türkei erwähnt, worüber später noch zu reden sein wird. Diese Anregungen waren aber insgesamt früher unbeachtet geblieben. Die Kämpfe um die deutsche Einheit beanspruchten die ganze Anteilnahme der damaligen Zeit und zogen ihren Blick von fernern Entwicklungsmöglichkeiten ab. Nur im Schwung der 48er Bewegung machte man anscheinend eine Ausnahme, als die damalige Reichsverwesung den bekannten Weltreisenden Fr. Gerstäcker mit dem Besuch der deutschen Siedlungen in Südamerika beauftragte. Zweifellos in erster Linie aus wirtschaftlichen, nicht aus völkischen Erwägungen. Eine Bedeutung für die Folge hatte diese Maßnahme nicht.

Ziel- und planlos ergoß sich also der deutsche Auswandererstrom über die Erde, vielfach dahin, wo gewissenlose Auswanderungsgesellschaften am besten auf ihre Kosten kamen. So mußte unendlich viel gutes deutsches Blut in der Fremde verkommen. Denn, nochmals gesagt, es waren nicht die schlechtesten Volksteile, welche wirtschaftliche Not oder politische und religiöse Bedrängnis von der Heimatscholle vertrieben.

Selbstverständlich strömte der größte Teil der Auswanderer in die weiten und zukunftsreichen Gebiete der Union, zuerst ziemlich wahllos und daher schneller Entfremdung und weiterhin der Entdeutschung verfallen. Später bildeten sich gewisse Mittelpunkte deutscher Siedlung heraus, besonders im amerikanischen Osten saßen die Deutschen an den großen Strömen des Mississipi und Ohio in großer Menge, so daß einige Städte wie Milwaukee, in gewissem Sinne auch Chicago, fast deutsche Art erhielten. Es ist natürlich, daß die staatliche Neubildung Deutschlands auch den Amerikadeutschen das Rückgrat stärkte. Es kam ein gewisser Zusammenschluß zustande, der sich in Turn- und Schützenfesten auch äußerlich kundgab, wo man, gelegentlich etwas marktschreierisch, sein Deutschtum betonte. Den großen Worten fehlte aber die Tat, da dem gesellschaftlichen Zusammenschluß der politische nicht folgte. Es wurden keine ausgesprochen deutschen Abgeordneten gewählt und die englisch sprechenden nicht auf bestimmte deutsche Mindestforderungen für Erhaltung der deutschen Sprache und Schule verpflichtet. So kam es, daß der Deutsche zwar *vor* den Wahlen stets viel umworben war, nachher aber wieder in sein bedeutungsloses Nichts zurücksank. Die Amerikanisierung der Einwanderer ging trotz des erwachenden Volksgefühls daher auch nach 1871 ihren unerbittlichen Gang weiter. Spätestens mit der dritten Geschlechtsfolge war sie vollzogen.

Vom ersten Tage seines Bestehens an widmete der Vorstand diesen Zuständen seine Aufmerksamkeit. Durch Gründung von Ortsgruppen

suchte er das erwachende Volksgefühl zunächst zu stärken und allmählich in die notwendigen Bahnen völkischer Betätigung zu lenken. Um diese Ortsgruppen als Sammelpunkte deutschvölkischen Denkens und Handelns in den Vereinigten Staaten zu ermöglichen, verstand sich der Verband sogar zu einer Satzungsänderung, die den Ueberseedeutschen eine gewisse Selbständigkeit gewährte. Es war ein vergebliches Unternehmen. Der amerikanische Geist, der alle Gefühlswerte in kürzester Zeit unerbittlich niederringt, war zu allmächtig. Die Jagd nach dem Golde wurde auch allzusehr das Ziel für die Deutsch-Amerikaner, wollten sie nicht wirtschaftlich ins Hintertreffen kommen. Die Pflege des Volkstums wurde gewissermaßen eine Feierabendbeschäftigung. So erhielt sie weniger den Charakter als Herzenssache, als einer spielerischen Liebhaberei, der Erfolge nicht blühen konnten. Daran änderten auch glänzend gelungene Feste, wie der deutsche Tag in St. Franzisko mit seinen 60000 Besuchern (1894) nichts. Schon im Jahre 1895 hatte der Verband diese bedauerliche Feststellung machen müssen. Und Prof. Hasse sprach es auf dem Eisenacher Verbandstag 1902 dann offen aus: „Nordamerika ist und bleibt ein Grab unseres deutschen Volkstums. Laßt alle Hoffnung fahren, die ihr hinüberzieht, oder die ihr den Auswandernden nachblickt“. Bei solchen Anschauungen konnte der Verband auch sich von der Prinz-Heinrich-Reise, deren politischen Wert er übrigens auch sehr gering anschlug, ebensowenig für das amerikanische Deutschtum versprechen, wie von den Austauschprofessoren, die z. T. nicht einmal deutschen Stammes waren. Daß gerade in den Vereinigten Staaten unsere auswärtigen Vertreter, wie Holleben, Speck von Sternburg und Bernstorff, für ihre deutsche Aufgabe völlig ausfielen und stellenweise ihre höchste Befriedigung in würdeloser Kriecherei vor dem Yankeetum fanden, sei nur nebenbei bemerkt.

Der Kriegsverlauf hat dann diesen Zweifeln durchaus recht gegeben. Statt die außerordentliche Macht, die ihnen ihre Zahl und wirtschaftliche Stärke gab, zu sammeln und zu Gunsten ihres alten Vaterlandes und zwar rechtzeitig in die Wagschale zu werfen, ließ man der Börsenpolitik von Wallstreet auf Kosten deutschen Blutes ruhigen Lauf und unterstützte sogar noch einen Wilson bei seiner Wiederwahl, den man doch im eignen Lande wenigstens richtig hätte einschätzen müssen.

Diese trüben Verhältnisse werden sich auch künftighin nicht ändern. Daher muß der Verband mit allen Mitteln im Sinne Hasse's dahin aufklärend wirken: kein Einziger deutschen Geblütes darf mehr nach den Vereinigten Staaten auswandern und dessen Kraft für das letzte entscheidende Völkerringen, das uns noch bevorsteht, stärken.

Wesentlich anders als in Nordamerika liegen für den deutschen Auswanderer die Verhältnisse in Südamerika und wohl auch in Mittelamerika, wenn erst einmal in dem unglücklichen Mexiko Ruhe eingetreten und ihm die Bewahrung seiner Selbständigkeit geglückt ist. Gegenüber den dortigen Kreolen-Bevölkerungen, die mit Ausnahme Chile's eine stark mestizenhafte Beimischung haben, ist das Deutschtum viel weniger in Gefahr, sein Volkstum einzubüßen, als in den wirtschaftlich hochstehenden und von einer starken Staatsgewalt geleiteten angelsächsischen Staatsbildungen Nordamerikas. Diese Tatsachen haben bis kurz

vor dem Krieg zu Gunsten der Erhaltung des Deutschtums gewirkt. Nach allem jedoch, was aus diesen Gebieten an Nachrichten jetzt herüberdringt, wird neuerdings diese Entwicklung infolge der Feindseligkeit der dortigen Staatsleitungen in Frage gestellt. Dazu kommt noch, daß die Verhältnisse künftig abhängig sein werden von der weitern Machtausdehnung der Vereinigten Staaten, denen bisher, wenigstens die gesunderen ABC-Staaten Südamerikas (Argentinien, Brasilien, Chile) erfolgreich Widerstand geleistet haben. Und diese Staaten gerade sind es, die zur deutschen Einwanderung auffordern. Vielversprechende Anfänge sind vor allem in Brasilien geschaffen worden. Es sei nur an die Siedlungen in den südlichsten Landesteilen San Katharina und Parana usw. erinnert, wo fast seit seinem Bestehen der Alldeutsche Verband in Blumenau und Curitiba blühende Ortsgruppen hatte und dauernde Beziehungen unterhielt. Der Hilfetätigkeit des Verbandes für das schwer geschädigte Blumenau (1911) sei hier nochmals gedacht. Auch während des Krieges haben die südamerikanischen Deutschen unter den schwersten Verhältnissen ihr Deutschtum stets hochgehalten. Man kann annehmen, daß ihrer Bedeutung und Tüchtigkeit es mit zu verdanken ist, daß Argentinien unter seinem tüchtigen, selbstbewußten Oberhaupte, trotz unerhörten Drucks unserer Feinde nicht zu unsern Gegner übertrat. Leider muß in Zukunft das dortige Deutschtum des Schutzes unserer Kriegsflagge entraten. Jedenfalls sind hier Gebiete, wohin auch weiterhin die deutsche Auswanderung hinzulenken sein wird. Hierfür wird auch der Verband eintreten und vor allem der Gefahr vorbeugen müssen, daß die Ströme deutscher Auswandrer nicht in die tropischen Teile jener Länder geleitet werden oder in den großen Hafenstädten versiegen. Ferner aber, daß der Zusammenhang mit dem Mutterlande nicht verloren geht, sondern bewußt gepflegt wird.

Ob auch Südafrika in Zukunft für die deutschen Auswanderer, trotz der englischen Vorherrschaft, in Betracht kommt, dürfte kaum zweifelhaft sein. Vor dem Kriege war die Besiedlung Deutsch-Südwestafrikas selbstverständlich ein besonders gepflegtes Arbeitsgebiet des Verbandes. Auch der dauernden Stärkung des deutschen Elements im übrigen Südafrika, dessen Wiederselbständigwerdung doch nur eine Frage der Zeit ist, wandte er seine Aufmerksamkeit zu, damit dieser Zukunftsstaat dann deutscher Wesensart sei. Hieran hat sich auch heute nichts geändert. Vor allem ist das (hoch- und nieder-) deutsche Element in ganz Südafrika, einschl. Kapland, bereits derart stark, daß ein Versickern des deutschen Volkstums nicht in gleicher Weise, wie in den britischen Herrschaftsgebieten (Kanada, Australien) befürchtet werden muß. Für den Alldeutschen Verband liegen also kaum Gründe vor, einer Auswanderung dahin entgegen zu arbeiten, vielmehr sprechen starke Gründe dafür, diese Auswanderung in gewissem Maße zu fördern.

Hiermit schließt der Abschnitt über das Auslandsdeutschtum. Eine rege Tätigkeit, und man darf sagen, eine erfolgreiche Tätigkeit hatte der Alldeutsche Verband seit seinem Bestehen für unsre Volksgenossen außerhalb der schwarz-weiß-roten Grenzfähle entfaltet. Der Kriegsausgang hat fast alles in Trümmer geschlagen. Trotzdem erscheint auch nüchterner Erwägung die Weiterarbeit nicht hoffnungslos. Selbstverständlich kann

der Verband seine Tätigkeit nicht sofort in vollem Umfange wieder aufnehmen. Von klein auf muß wieder angefangen werden und die Hauptarbeit am eignen Volke zunächst geschehen, ehe an erfolgreiches Wirken außerhalb der Reichsgrenzen zu denken ist. Die alten Ziele aber und die alten Hoffnungen, der Glaube an eine bessere deutsche Zukunft bleiben jedoch bestehen. Deshalb dürfen, trotz aller Schwierigkeiten der Zeit, wenigstens die in der Vergangenheit geknüpften Fäden nicht abreißen.

2. Förderung deutscher Bildungswerte.

In § 2, Ziffer 2 der früheren Satzungen wird dem Alldeutschen Verbande die Aufgabe gestellt, an der Lösung der Bildungs-, Erziehungs- und Schulfragen im Sinne des deutschen Volkstums mitzuarbeiten. Dieser Satz ist erst im Jahre 1894 zu den ursprünglichen drei Punkten hinzugetreten aus Entgegenkommen gegen den „Allgemeinen deutschen Verein", über dessen Verschmelzung mit dem Verband damals verhandelt wurde. Eigentlich war diese Ergänzung überflüssig, da auch vorher die gleichen Aufgaben sich aus Ziffer 3 „Bekämpfung aller Kräfte, die unsre völkische Entwicklung hemmen", herleiten ließen, wenngleich sie dort in verneinender Fassung aufgestellt sind. Deshalb wird in dem vorliegenden Abschnitt nur eine geringe Auslese solcher Bildungsfragen zu behandeln sein, die sich nicht besser anderswo unterbringen lassen.

Wie für den im ersten Teil behandelten „Schutz der Deutschen im Auslande" ein besonderer Verein bestand, der sich den Tagesaufgaben in durchaus zweckmäßiger und erfolgreicher Weise unterzog, so gab es auch auf dem Gebiete des Bildungswesens große Vereine, die sich die Sondergebiete des Sprachschutzes und der deutschen Auslandsschulen zur Arbeit gewählt hatten. Man könnte deshalb fragen, weshalb der Alldeutsche Verband überhaupt die Tätigkeit auf dem gleichen Gebiete aufgenommen habe, da hierdurch eine gewisse Zersplitterung der Arbeit eintrete. Diese Frage hat sich natürlich auch der Verband vorgelegt und eingehend geprüft. Er mußte jedoch diese Arbeitsgebiete beibehalten, da sie einmal zur Gesamtheit der alldeutschen Aufgaben gehören und hieraus nicht einzelne Untergebiete ausgeschieden werden können. Im übrigen hat er mit den genannten großen völkischen Vereinigungen in all den langen Jahren durchaus friedlich Hand in Hand gearbeitet, so daß auch die Befürchtung hinfällig ist, daß gewisse manchmal unvermeidliche Reibungen den Erfolg der Arbeit beeinträchtigen würden.

Was zunächst unsre Muttersprache anlangt, so fällt in das Arbeitsgebiet des Verbandes weniger die Weiterentwicklung unsres Sprachgutes, als vielmehr das Verhältnis des Staates zur Sprache. Die ungeheure Wichtigkeit der Sprache für die Erhaltung des Volkstums ist wohlbekannt. Unsre Auslandsdeutschen entfremdeten sich ihrem Volk zuerst hauptsächlich durch Aufgabe ihrer Muttersprache. Umgekehrt sind im deutschen Reiche große Gebiete mit halb- oder ganz fremdstämmiger Bevölkerung (z. B. die Wenden) durch Annahme der Sprache auch dem deutschen Volkstum gewonnen worden. Als Vorkämpfer auf diesem Gebiete leistete dem Verband der kürzlich heimgegangene Prof. Dr. Trautmann (Bonn) die wesent-

lichsten Dienste. Vor allem sei auf seinen grundlegenden Vortrag über den „Staat und die deutsche Sprache", den er auf dem Schandauer Verbandstage (1909) hielt, hingewiesen. Als Mittel, mit denen der Staat seinen sprachlichen Pflichten gegenüber dem Volke gerecht werden müsse, bezeichnete er die Schule, vorbildliche völkische Schriftpflege, Erlaß eines zeitgemäßen Sprachengesetzes und Bestellung von Sprachwarten (AK 422). Später trat er dann nochmals in Erfurt (1912) auf den Plan, um gegen die Fremdwörtersucht und für eine reine deutsche Sprache eine Lanze zu brechen. Diese Anregungen nahm der Verband mit Nachdruck auf, indem er, frei von Uebertreibungen, darauf drang, daß in seinen eigenen Veröffentlichungen ein vorbildlich reines Deutsch angewandt wurde. Natürlich muß auch in solchen Dingen behutsam vorgegangen werden und kann nicht von heute auf morgen Wandel erfolgen. Erfreulich war, daß sich der Staat seiner Pflichten in dieser Hinsicht bewußt war — einige Verwaltungen, wie die Post-, Eisenbahn- und Heeresverwaltung haben in kurzer Zeit Mustergiltiges geleistet[1]).

Zur Verdeutschung entbehrlicher Fremdwörter gehörte auch die der entdeutschten, jedoch früher deutschen Ortsnamen. Sie wurde häufig in den „Alldeutschen Blättern" verlangt, nahm aber im Osten nur langsamen Fortgang (z. B. Goßlarshausen—Jablonowo, Hohensalza—Inowrazlaw, Hindenburg—Zabrze), da sie nur auf Antrag erfolgte, trotzdem die Deutschbenennung der wichtigeren Orte doch auch im allgemein staatlichen Vorteile gelegen hätte. Im Westen geschah vollends gar nichts. Erst während des Kriegs trat die lang geforderte Verdeutschung ein.

Alle diese Forderungen waren ja gewiß recht wichtig und berechtigt, immerhin aber gegenüber der Hauptforderung, der Schaffung eines deutschen Sprachgesetzes, nur von nebensächlicher Bedeutung. Die Gesetze über die Staatssprache waren innerhalb des Reichs verschieden. Letzteres hatte die Frage noch nicht aufgenommen, trotzdem die Schaffung eines einheitlichen Sprachgesetzes unzweifelhaft zu seiner Zuständigkeit gehörte. Selbst in den verschiedenen Reichsgesetzen, in denen die Sprachenfrage mitspielte, war keine Einheitlichkeit vorhanden. Durch die Kämpfe in Oesterreich waren aber die Sinne für die Bedeutung einer herrschenden Staatssprache geschärft. Als nun der Reichstag durch eine Zufallsmehrheit auf sozialdemokratischen Antrag die Heranziehung eines Dolmetschers lediglich von der Erklärung der Beteiligten abhängig machte, kam endlich der Stein ins Rollen. Zunächst ergriff in einem die ganze Frage erschöpfenden Aufsatze Hasse das Wort (AK 45). Durch das herausfordernde Auftreten der Polen in den Versammlungen und der Presse, besonders auch gegenüber der Reichspost, wurde die Lösung der Sprachenfrage immer brennender. Vor allem war eine reichsgesetzliche Regelung des Vereinsrechts nicht mehr zu umgehen. Vergebens wies Hasse (AK 04, 9) darauf hin, daß nach der Verfassung das deutsche Reich „zur Pflege und Wohlfahrt" des deutschen Volkes und nicht der Polen, Franzosen und Dänen bestimmt sei, vergebens trat auch der Verband dieser selbstverständlichen Auffassung in einer Entschließung

[1]) Vergl. demgegenüber das Kauderwelsch in Bülows und Bethmanns Reden und Schriften.

(AB 07, 318) bei, vergebens verlangte der alldeutsche Abgeordnete Hieber, daß das Vereinsgesetz nicht auf Kosten der völkischen Belänge geschaffen werden dürfe — lieber solle das nächstbeteiligte Preußen seine Zustimmung verweigern —, dank dem Widerstand der Freisinnigen wurde das Gesetz so verwässert, daß es nur als eine dürftige Abschlagszahlung an die alldeutschen Forderungen betrachtet werden konnte. Es ist bekannt, daß dann dieses Gesetz schon während des Krieges zu Gunsten der Gewerkschaften, indem man deren politischen Charakter in echter Vogelstraußpolitik leugnete, noch weiter verschlechtert wurde. Unter den jetzigen Regierenden ist eine Besserung nicht zu erwarten: im Gegenteil, sie reißen noch — ohne Gegenleistungen der anderen Staaten — in der Nord- und Ostmark die bestehenden geringen Schranken ein.

Daß ein deutsches Sprachenrecht natürlich nicht nur auf die Ausgestaltung des Vereinsrechts, sondern auch auf die des Preßrechts, vielleicht sogar in erhöhtem Maße, Einfluß haben müßte, ist klar. Statt dessen gab die Regierung noch ihre geringen Machtbefugnisse (z. B. in der Westmark den Diktaturparagraphen) preis. Der Alldeutsche Verband ging hinsichtlich der Presse in seinen Wünschen nicht sehr weit. Er beschränkte sich darauf, die Niederhaltung der französischen Presse zu verlangen. Leider aber forderte er nicht, daß auch die Betätigung Fremdstämmiger, die sich der deutschen Sprache bedienten, zu unterbinden sei, eine Zurückhaltung, die aus seiner Auffassung der Judenfrage sich damals mit Folgerichtigkeit ergeben mußte. Die einzelnen völkischen Forderungen findet man in einem Aufsatz von Stauff (AK 421) begründet und in 4 Leitsätzen niedergelegt, die u. a. den Erlaubniszwang für Ausländer zur Betätigung in der deutschen Presse, Sonderbestimmungen für die Grenzgebiete und das Verbot französischer Zeitungen in Innerdeutschland (z. B. Wiarus polski in Bochum) verlangen. Leider harren diese Wünsche, die vor allem betr. der Ostjuden in der Presse dringender sind, denn je, auch heute noch der Erfüllung.

Für den Alldeutschen Verband wird es aber eine der wichtigsten Aufgaben sein, bei der Wiederaufrichtung unseres Volks, auf einem Sprachen- und Preßgesetz in völkischem Sinne mit aller Kraft zu bestehen, unbeachtet des Geschreis, das natürlich von Bersaba bis Dan sich erheben wird, und ohne Furcht vor den Vorwürfen der Rückwärtserei und Rückständigkeit, die nicht fehlen werden.

Auf dem weiteren Gebiete der bürgerlichen und völkischen Erziehung hat der Verband eine umfangreiche Tätigkeit entfaltet, wenn sie auch vielleicht der Außenwelt nicht so zum Bewußtsein kam, wie bei den großen Zeitfragen (Flottenfrage usw.). Zunächst wirkte er, vor allem durch seine Vertreter im Reichstag, Hasse und Lehr, dauernd auf die Erhöhung des Reichszuschusses für die deutschen Auslandsschulen mit Erfolg hin (AK 47). Im Inlande waren es die bedrohten Grenzmarken, wo er durch Vermehrung der Volksbüchereien, das deutsche geistige Leben fördern wollte. Besonders suchte er auch dem abgesplitterten Deutschtum in Oesterreich-Ungarn durch Zuführung geistiger Nahrung zu helfen. Vor allem galt den am weitesten entfernten, den Banater Schwaben und den Siebenbürgener Sachsen seine Fürsorge. Ein Preisausschreiben für vaterländische Jugendschriften (1898) sollte den gleichen Bestrebungen dienen.

Besonders auf den Verbandstagen fand der Verband trotz der beschränkten Zeit die Möglichkeit, in gehaltvollen Vorträgen auf die Allgemeinheit im Sinne völkischer Bildung einzuwirken. 1904 sprach in Lübeck Dr. Ziehen „Ueber unsre Volkserziehung in nationalem Sinne" (AK 247), 1908 Dr. Regenborn in Berlin über „Die Notwendigkeit staatsbürgerlicher Erziehung" (AK 372, Entschließung hierzu 379) und 1911 derselbe in Düsseldorf über die „Unterbringung volksschulpflichtiger preußischer Schulkinder in außerdeutschen Anstalten" (AB 11, 329, dazu Entschließung).

Auch das jahrelange Eintreten für deutsche Kampfspiele gehört hierher (AB 98, 16 und 13, 1).

Diesen Bestrebungen des Verbandes schließt sich die Tätigkeit einzelner hervorragender Mitglieder an, so die des Dr. Fick, der den Alkoholismus als eine Gefahr für das Deutschtum bekämpfte (AB 98, 155) und die des Prof. Dr. Trautmann, der die Erneuerung der deutschen Schaubühne vertrat (AB 17, 159).

Der sittliche Wiederaufbau unsres Volks muß natürlich auf der Grundlage der völkischen Erziehung unseres Nachwuchses erfolgen. Dies hat der Verband in besonderem Maße anerkannt. Von den Bestrebungen die hierfür im Gange sind, kann vorläufig nur andeutungsweise gesprochen werden, bis die Pläne festere Gestalt gewonnen haben und zur Tat reif sind. Es sei deshalb nur auf die Forderung einer Entwicklung der Volkshochschulen in völkischer Richtung hingewiesen (Arndt-Hochschule, AB 19, 271).

Zum Schlusse sei noch der mannigfachen und langjährigen Bemühungen des Alldeutschen Verbandes gedacht, die deutschen Bildungsanstalten in erster Linie für die deutschstämmigen Hörer nutzbar zu machen. Seit dem Jahre 1901 (AB 01, 416) findet man diese brennende Frage immer wieder angeschnitten. Aus Liebedienerei gegen das Judentum und übertriebener Sorge vor ausländischen Gegenmaßnahmen versagten sich unsere Regierenden diesen von den Hochschulen selbst als berechtigt anerkannten Forderungen (z. B. Baden AB 02, 220), wenn auch Bülow gelegentlich von „Schnorrern und Verschwörern" sprach. Das, worauf es ankam, nämlich den künftigen Wettbewerb des Auslands, besonders in den technischen Fächern, nicht künstlich großzuziehen, die geistige und sittliche Herabdrückung unsrer eignen Studenten infolge ihres Zusammenarbeitens mit minderwertigen Mitschülern zu verhüten, und ihnen nicht durch Wegnahme der Plätze die Fortbildung zu erschweren, wurde nicht genügend bewertet. Ausführlicher sind diese Fragen vom alldeutschen Standpunkte aus beleuchtet in den AK 229 und dem Vortrage des Prof. Hensing auf dem Wormser Verbandstag 1905 über „Die Ausländer an den deutschen Hochschulen" und der Entschließung dazu (AK 275). Heute sind die Zustände infolge der Ueberschwemmung unsrer Bildungsstätten mit Ostjuden, unhaltbarer denn je. Auch hier muß unsre Losung in Zukunft sein: „Deutschland den Deutschen".

3. Das Deutschtum im deutschen Reiche.

„Deutschland den Deutschen!" Mit dieser Forderung schloß der vorige Abschnitt. Mit den gleichen Worten sei der neue eröffnet. Nach seinen Satzungen soll der Alldeutsche Verband eintreten für die Bekämpfung aller Kräfte, die unsre völkische Entwicklung hemmen. Solcher Kräfte gab es und gibt es auch jetzt beschämend viele. Man kann sie in zwei Hauptgruppen teilen. Die erste Gruppe umfaßte die fremden oder entfremdeten Volksteile in unsern Grenzmarken, die andere die Feinde völkischer Entwicklung im Innern, am kürzesten, wenn auch nicht in jeder Hinsicht zutreffend, mit dem Schlagwort der „schwarz-rot-goldnen Internationale" gekennzeichnet. Innerhalb der ersten Gruppe muß man wieder scharf unterscheiden zwischen dem, vom Standpunkt ihres eignen Volkstums nicht verwerflichen Kampfe der Fremdstämmigen (Polen, Dänen und Franzosen), und dem Widerstande derjenigen Deutschstämmigen (Elsaß-Lothringen), deren Verhalten, zum mindesten soweit es die Führer und Verführer der Massen betrifft, sich als glatter Volksverrat darstellt.

a) Der Kampf in den Grenzmarken.

Ein großer Unterschied für den Kampf im umstrittenen Gebiete der Ost- und Nordmarken einerseits, der Westmark andrerseits ergab sich aus ihrer staatlichen Zugehörigkeit. Die polnisch und dänisch bewohnten Landesteile gehörten zu Preußen, Elsaß-Lothringen war dagegen Reichsland. Es war dies insofern von großer Bedeutung, als die Zusammensetzung der preußischen gesetzgebenden Körperschaften eine weit größere Bürgschaft für zielbewußtes völkisches Handeln bot, als der Reichstag (die kurze „Blockzeit" ausgenommen). Und nicht genug, daß diesem Reichstag jedes Verständnis für völkische Notwendigkeiten im Reichslande abging, suchte er auch des öfteren durch seine polen- und dänenfreundlichen Entschließungen und Beschlüsse (z. B. in der Frage der Ostmarkenzulagen für Reichsbeamte) die Politik des führenden Bundesstaats Preußen zu durchkreuzen. Diese Verhältnisse erschwerten natürlich dem preußischen Ministerpräsidenten, der zugleich deutscher Reichskanzler war, häufig ein gradliniges und tatkräftiges Handeln. Das sei zu seiner Entlastung vorweg gesagt. Es bleibt des Belastenden noch übergenug übrig.

Zunächst zur Polenfrage. Nach Chamberlains Urteil hat dem einst so kräftigen Staate Polen die mit der Gegenformation einsetzende Jesuitenherrschaft das Rückgrat gebrochen und seine allmähliche Auflösung herbeigeführt. Ob diese Meinung im ganzen Umfange zutrifft oder ob nicht auch außerdem die völkische Veranlagung zur Zuchtlosigkeit und die mindere Bildungsfähigkeit der polnischen Bevölkerung in gleichem Maße an den Geschicken des Staates Polen die Schuld trägt, erscheint fraglich. Jedenfalls steht soviel fest, daß das Königreich Polen durch seine eigne Schuld seine Daseinsberechtigung verwirkt und sein herbes Los heraufbeschworen hat. Die Folge hiervon waren die drei Teilungen unter den Anrainern Rußland, Oesterreich und Preußen. Man wirft Preußen

so oft als „Unrecht“ vor, daß es sich an der Aufteilung des zerfallenden Staates beteiligt habe. Die Begriffe „Recht“ und „Unrecht“ können aber im Leben der Völker nicht in dem engen Sinne bürgerlicher Ehrbarkeit genommen werden. Die Fragestellung lautet nicht: „Handelten Preußens Herrscher gegen die Polen unrecht?“, sondern: „Handelten sie gegen das eigne Volk recht, als sie sich an den Teilungen beteiligten?“ Was wäre dann im anderen Falle erfolgt? Polens Schicksal hätte sich keineswegs geändert. Nur hätte Rußland den preußischen Anteil mitübernommen. Das hätte für Preußen das völlige Abschneiden Ostpreußens und seinen baldigen sichern Verlust bedeutet und gleichzeitig Rußland dauernd bis auf wenige Tagemärsche vor die Tore Berlins geführt. Damit wäre aber Preußens Rolle als künftige deutsche Vormacht ausgespielt gewesen. Seine Teilnahme an der polnischen Erbmasse war also aus dringender Lebensnotwendigkeit des eignen Staats, nicht aus raubsüchtiger Ländergier hervorgegangen. Nachdem es dann vollends die reinpolnischen Teile wieder abgegeben hatte, behielt es nur das unumgänglich Nötige, die westpreußische Landbrücke nach Ostpreußen und die posensche nach Schlesien. Beide Gebiete waren zudem stark mit Deutschen durchsetzt, zum großen Teile altes Ordensland; also auch im völkischen Sinne war die Erwerbung eine Notwendigkeit. Dies mußte kurz ins Gedächtnis zurückgerufen werden, um ein richtiges Urteil vom deutschen, nicht nur vom preußischen Standpunkte aus zu gewinnen.

Gleich Friedrich der Große beschritt den richtigen Weg, um die neuen Erwerbungen auch innerlich seinem Staate zu verbinden, durch Besiedlung des dünnbevölkerten Landes, indem er deutsche Bauern ansetzte, und durch wirtschaftliche Maßnahmen, wie z. B. die Urbarmachung des Netzebruchs. In diesem Sinne hätte man fortfahren müssen, und in zwei bis drei Menschenaltern wäre eine polnische Frage nicht mehr dagewesen. Statt dessen trieb man eine schwankende Politik von den Tagen Friedrichs Wilhelms IV. an, als man den bewährten Flottwell[1]) aus Posen als Preis der Versöhnung mit Adel und Geistlichkeit — der dritte und vierte Stand spielten damals in den Ostmarken noch keine Rolle — wegberief. Von nun an sollte das Wechselspiel von Zuckerbrot und Peitsche in der Polenbehandlung nicht mehr aufhören. Das einzig stetige in der Polenpolitik bis zum Kriegsausbruch ist ihre Unbeständigkeit, so daß Bülow am 29. März 1905 im Reichstag selbst eingestehen mußte: „Ich glaube, der berechtigste und der stärkste Vorwurf, der der Ostmarkenpolitik der preußischen Regierung gemacht werden kann, ist der Vorwurf eines Mangels an Kontinuität.“ Daß dabei Preußen den weitern großen Fehler beging, die Polen aller Segnungen seiner höhern Bildung zuteil werden zu lassen, ehe es ihrer vollen Zuverlässigkeit sicher war, und daß es dadurch dem Gegner erst selbst die Möglichkeit zu einem nachhaltigen Widerstande schuf, darf nicht übersehen werden.

Als der Alldeutsche Verband an die Polenfrage herantrat[2]), war grade die Caprivizeit, in welcher der Versöhnungsgedanke wieder einmal

[1]) Wem fiele bei Flottwells Versetzung nach Magdeburg nicht die Waldow's nach Stettin ein?

[2]) Vgl. auch Dr. Wendland „Der Alldeutsche Verband und die Polenfrage“ (AB 07, 95).

die Oberhand gewonnen hatte. Daß die Polen mit kleinen Abschlagszahlungen nicht zufrieden sein würden und, von ihrem Standpunkte aus, nicht sein durften, war klar. Die Schaffung eines selbständigen Polens kam für Preußen ja nicht in Betracht, da dies die Preisgabe von mehreren Millionen Deutscher bedeutet hätte. Vor Gewährung der Selbstverwaltung im Rahmen des preußischen Staates schreckte schon das Los der Ruthenen in Galizien zurück, das dann den Deutschen im Osten gedroht hätte. Und selbst die Gewährung voller Gleichberechtigung der Polen mit den Deutschen hätte mit seiner Zwiesprachigkeit eine unerträgliche Zersetzung des Einheitsstaates bedeutet. Die einzige Folgerung für den Verband blieb demnach, die Polenfrage als Machtfrage zu betrachten, und das, was die Polen dem preußischen Staatsgedanken nicht freiwillig gewähren wollten, von ihnen mit allen Mitteln staatlicher Gewalt zu erzwingen. In welchem Umfange diese staatlichen Machtmittel einzusetzen wären, blieb dann eine Zweckmäßigkeitsfrage. Ihre zeitweilige Anwendung bezw. Verschärfung hingen vom Grade ihrer Wirksamkeit und der Gegenwirkung der Polen ab. Mit dieser Erkenntnis hatte der Alldeutsche Verband natürlich nicht völlig neue Wege gewiesen. Schon Bismarck hatte sich zu denselben Anschauungen bekannt und folgerichtig daraufhin seine Ansiedlungspolitik aufgebaut. Am 26. April 1886 war das Ansiedlungsgesetz in Kraft getreten.

Schon im ersten Jahre seines Bestehens 1891 (AK 1) sah sich der Verband zu schärfstem Einspruch gegen die verhängnisvolle Capriviische Versöhnungspolitik veranlaßt: „Es ist ein Fluch der deutschen Politik gegenüber den Polen gewesen, daß bisher stets, wenn deutscherseits durch scharfe Maßnahmen Erfolge erzielt waren, durch vorzeitiges Aufgeben derselben das Polentum nur um so mehr ermutigt und gekräftigt worden ist." Besonders deutete er auf den verderblichen Einfluß der Neubesetzung des Posener Erzstuhls durch Florian von Stablewski hin, der bisher als Abgeordneter ein Vorkämpfer der schärfsten Tonart auf polnischer Seite gewesen war, so daß die Richtung seines fernern Wirkens unschwer vorauszusehen war. Hierzu kamen in der nächsten Folgezeit weitere Zugeständnisse betreffs der Zuweisung polnischer Rekruten zu Truppenteilen näher ihrer Heimat (unter Minister von Goßler, AB 94, 44) und der Abhaltung polnischen Schulunterrichts (AB 94, 2). Bei letzterer Maßregel übersah man regierungsseitig anscheinend völlig, daß man damit tatsächlich eine Anerkennung der polnischen Nationalitätsansprüche vollzogen hatte.

Diese ersten Kundgebungen des Verbandes und einige weitre Aufsätze in den „Alldeutschen Blättern" sind gewissermaßen die Vorhutplänkeleien des dann im Jahre 1894 mit voller Kraft einsetzenden Kampfes des Alldeutschen Verbands für das bedrohte Deutschtum in der Ostmark. Dieser Kampf ist unlöslich mit den Namen Hasse und Lehr und vor allem dem des Dr. Hugenberg verknüpft. Seine langjährige Tätigkeit in Posen im Dienste der Ansiedlungskommission und der Raiffeisen-Genossenschaften befähigte ihn wie keinen, das ganze Kampffeld und die Mängel unsrer Rüstung zu überblicken und sachgemäße Vorschläge zur Besserung zu machen. Vor allem erschütternd war seine Feststellung, daß „seit kurzem die preußischen Behörden mit dem Gelde des preußischen Staates geradezu

eine planmäßige Polonisierungspolitik betreiben halfen, daß der preußische Staat selbst als **Polonisator** wirkte". In einem hervorragenden Aufsatze (AK 5) wies er nach, wie die Generalkommission in Bromberg in den zugehörigen Bezirken auf Grund der Rentengütergesetze von 1890 und 1891 der Ansiedlungstätigkeit gradezu entgegen arbeite, und forderte dringend Abhilfe und Ansiedlungstätigkeit in großzügiger Weise. Es bedurfte langer Kämpfe und zähesten Durchhaltens, indem diese Frage immer von neuem in die Oeffentlichkeit geworfen wurde (s. a. AK 13, 59), bis der Alldeutsche Verband schließlich gegen Ende der 90er Jahre mit dieser Selbstverständlichkeit durchdrang[1]).

Wie schon früher ausgeführt wurde, gerieten nun die Dinge überhaupt in Fluß. Schon im Frühjahr 1894 hatte Fürst Bismarck bei einem Empfang von Reichstagsabgeordneten aus seinen schweren Besorgnissen infolge des Uebergreifens der polnischen Bewegung nach Oberschlesien kein Hehl gemacht. Auch im preußischen Abgeordnetenhause hatte man die Gefahr erkannt (AB 94, 91) und schließlich hatte am 1. Juli der Verband in einer Vorstandssitzung der damaligen Regierung in der Polenfrage schärfste Fehde in Wort und Schrift angesagt (AB 94, 115). Der Sommer ging über den Bestrebungen des Verbandes hin, das Deutschtum in den Ostmarken zu seiner Selbsterhaltung zusammenzufassen. Dies scheiterte zunächst an der Lässigkeit der dortigen Deutschen. „Es bedurfte erst der gewichtigen Mahnungen seitens des Fürsten Bismarck, es bedurfte erst des ernsten, entschiedenen Eingreifens seitens des Kaisers[2]) selbst, die Deutschen zur Vereinigung und zur Abwehr zu sammeln". (Geschäftsbericht von Lehr, AB 95, 78). So entstand der Ostmarken-Verein[3]). Kurz vor seiner Gründung trat der Alldeutsche Verband auf seinem ersten Verbandstag in Berlin mit seinem umfassenden Polenprogramm an die Oeffentlichkeit. Es enthielt mit Ausnahme des Enteignungsgedankens eigentlich schon fast alle Forderungen, die dann im Laufe der Jahre immer wiederholt und zum erheblichen Teile verwirklicht wurden, vor allem die des Grenzabschlusses für russisch-polnische Wanderarbeiter, die einer Erschwerung der Erwerbung der deutschen Staatsangehörigkeit und die der Ausdehnung der Ansiedlungstätigkeit auf die ebenfalls bedrohten Landesteile Ostpreußen und Schlesien, sowie weitere Bereitstellung von Mitteln (AK 11). Bald darauf taucht auch schon in alldeutschen Kreisen die Forderung eines Verbots von Grunderwerb für die Polen auf, allerdings noch von namhaften Vertretern wie Hugenberg als „gehässige" Maßnahme bekämpft (AB 94, 199 und 218).

Im einzelnen entwickelten sich die Dinge, wie folgt. Wie schon die Entschließung vom 4. September 1894 festgestellt hatte, waren für eine tatkräftige Fortführung der Ansiedlungspolitik und deren weitere Ausdehnung auf Ostpreußen und Oberschlesien erhebliche neue Mittel erforderlich. Nochmals erhob 1896 Ernst Hasse diese Forderung mit dem größten

---

[1]) Die einzelnen Entwicklungsabschnitte dieser „Rentengüterfrage" können hier nicht verfolgt werden.

[2]) Nachdem der gehätschelte Koszielski in Lemberg von dem „unteilbaren" Polen gesprochen hatte.

[3]) Er hatte in gewisser Hinsicht schon 1862 einen Vorgänger in dem „Verein zur Wahrung der deutschen Interessen" in Posen.

Nachdruck. Er wies vor allem darauf hin, daß bald etwas geschehen müsse, und regte an, die Vorschrift, nur aus polnischer Hand zu kaufen, als unzweckmäßig fallen zu lassen, da sie das Wirken der Ansiedlungskommission erschwere. Im Jahre 1898 wurde endlich dieser ersten Forderung durch Verstärkung der Mittel um 100 Millionen Rechnung getragen. Das war natürlich bei den gesteigerten Güterpreisen nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Schon 1901 mußte der Alldeutsche Verband in einer Entschließung (AK 113) die Notwendigkeit betonen, weitere Mittel zur Ansiedlung zur Verfügung zu stellen. Auch die Regierung konnte sich dieser Einsicht nicht entziehen und 1902 wurden 150 Millionen für die Ansiedlungskommission bereitgestellt, sowie weitere 100 Millionen für den Ankauf von Forsten und Domänen bewilligt, was der Verband auf seiner Eisenacher Tagung dankbar anerkannte. Eine letzte Verstärkung erfuhren dann die Mittel im Jahre 1908, wo der Ansiedlungskommission abermals 225 Millionen zugewiesen wurden. Auch auf diese Bewilligung hatte der Verband in ausschlaggebender Weise hingewirkt.[1])

Wenn auch damit allmählich große Mittel (800 Millionen) bereitgestellt waren, so war man doch frühzeitig zur Erkenntnis gekommen, daß man auf diese Weise allein nicht zum Ziele gelange, zumal auch die Gegenseite nicht untätig geblieben war und mit Hilfe ihrer Landbanken Bauern, zum Teil sogar auf alter deutscher Scholle, angesetzt hatte. Deshalb mußte man vor allem die Möglichkeit neuen polnischen Landzuwachses unterbinden. Hierfür hatte der Verband im Jahre 1898 eine Aenderung des Siedlungsgesetzes von 1876 gefordert, um die Neuschaffung von wirtschaftlich ungesunden Zwergbesitz, der „für die Bewirtschaftung durch deutsche Bauern ungeeignet, vorwiegend in die Hände polnischer Sachsengänger und Kleinbauern gelange, und damit einen weitern Fortschritt der polnischen Bewegung bedeute", in Zukunft zu verhindern. Diese Forderung drang im Jahre 1904 durch. Das neue Gesetz war eine besonders wertvolle Waffe in dem Kampf um den Grund und Boden.

Die Vorschläge des Alldeutschen Verbandes waren ursprünglich weiter gegangen. Er hatte überhaupt einen Bruch mit der Gleichberechtigung der Polen inbezug auf die Bodenpolitik in der Weise verlangt, daß ihnen Grunderwerb auf anderm Wege als dem der Erbfolge versagt sein solle. Zum ersten Male in den „Alldeutschen Blättern" im Jahre 1900, dann im Jahre 1901 in der schon erwähnten Entschließung zur Polenfrage (AK 113). Hierin ersucht er die Regierung, „mit dem Grundsatze der Parität gegenüber den preußischen Untertanen polnischer Nationalität zu brechen", und insbesondere in Ausführung einer bereits vom Altreichskanzler in seiner Rede vom 28. Januar 1886 als durchaus berechtigt erkannten, inzwischen wiederholt vom Verband geforderten Abwehrmaßregel, die allmähliche Enteignung des in polnischen Händen befind-

---

[1]) „Ueberblick über die Polenfrage und -Politik" von Prof. Biermer, AB 10, 133. Die Mittel reichten hiernach aus, um den 7. Teil der Provinzen Posen und Westpreußen in deutsche Hände zu bekommen. Bis 1910 waren 400 Dörfer gegründet. 7/10 der Bauernsiedlung stammte jedoch aus früherem deutschen Besitz!!

lichen Grundbesitzes durch die baldige Vorlage von Gesetzen einzuleiten, durch die „1. der Ansiedlungsfonds um weitere 100 Millionen verstärkt,

2. der Erwerb von Grund und Boden in den östlichen Provinzen durch Polen auf anderm Wege als im Erbgange verboten wird."

In klarer Weise sind dann nochmals alle Gründe für eine solche Erweiterung der bisherigen Polenpolitik in einer Denkschrift vom 12. Januar 1902 zusammengefaßt (AK 114), die das ganze Gebiet erschöpfend behandelt.

Endlich sollte auch diesen Bestrebungen in gewisser Hinsicht Erfüllung werden durch die Polenvorlage 1908. Sie brachte das sogen. Enteignungsgesetz, das allerdings bereits vor seiner Verabschiedung, vor allem infolge des Widerstandes der konservativen Grundbesitzerkreise, stark verwässert wurde, und das dann selbst in dieser eingeschränkten Gestalt nicht zu wirkungsvoller Anwendung kam. Erst auf wiederholtes Drängen, u. a. in einer Entschließung auf dem Karlsruher Verbandstag 1910 (AB 10, 322) und einer weiteren vom 28. Januar 1911 (Geschäftsf. Ausschuß, AB 11, 98) und nach starkem Drucke des preußischen Abgeordnetenhauses (17. April 1912) schritt man zur Enteignung von im ganzen 1700 ha. Ins rechte Licht rückt diese lächerliche Zahl erst, wenn man sich den deutschen Verlust des Jahres 1910 in Höhe von 90000 ha vergegenwärtigt. Neben dem Schöpfer des „nunquam retrorsum" war hauptsächlich der Minister von Schorlemer der Vater der Hindernisse, der es auch unterließ, die im Jahre 1912 nahezu erschöpften Mittel der Ansiedlungskommission erneut auffrischen zu lassen. Mit kleinen Mitteln suchte man dafür hier und da zu helfen, wie mit dem Besitzbefestigungsgesetz [1]) 1912, das immerhin zu begrüßen war. Sonst fuhr man mit vollen Segeln im Fahrwasser der Versöhnungspolitik, der schon 1911 der wackere Oberpräsident von Waldow hatte weichen müssen. (AB 11, 350.) Das geforderte Parzellierungsgesetz blieb natürlich aus. Nochmals faßte darum der Verband kurz vor dem Kriegsausbruch seine Wünsche in einer Entschließung zusammen, in der er die Rückkehr zu Bismarcks Ostmarkenpolitik verlangt und im einzelnen

1. erneut eine ausgedehnte Bauernansiedlung (auch um dem städtischen Deutschtum eine breitere Grundlage zu geben),
2. endliche Verabschiedung des Parzellierungsgesetzes und hierdurch Verhinderung des polnischen Kleinbesitzes und
3. nochmals die Anwendung des Enteignungsgesetzes von 1908 in wirksamer Weise fordert. (AB 13, 325).

Der hereinbrechende Krieg unterbrach die Tätigkeit des Verbandes für unsre Ostmarken. Der Vollständigkeit halber sei nur einiges kurz nachgeholt, ehe die Polenpolitik der Kriegsjahre geschildert wird. Es handelt sich mehr um Dinge von nebensächlicher Bedeutung gegenüber den bisherigen wichtigen Hauptfragen. Aber auch hier war der Verband stets und überall auf dem Posten, so in der Frage der Ostmarkenzulagen, des

---

[1]) Schorlemer gab bei dieser Gelegenheit selbst zu, daß der deutsche Katholik leichter der Polonisierung verfalle, als der Evangelische.

Schulkinderstreiks, der polnischen Briefadressen und der wichtigeren des Uebergreifens des Polentums nicht nur nach Oberschlesien, sondern auch nach Rheinland-Westfalen [1]). Letztere Frage griff vor allem der nächstbeteiligte rührige Gauverband Ruhr-Lippe auf. Seine rechtzeitig vorgeschlagenen Maßnahmen für die Eindeutschung der dortigen Polen wurden leider nicht durchgeführt, so daß bei den Wahlen 1912 zehntausende polnischer Stimmen in diesem kerndeutschen Lande abgegeben werden konnten (vgl. auch AK 102). Dem Plane, durch Schaffung einer Hochschule in Posen das Ostmarkendeutschtum zu heben, stand der Verband ablehnend gegenüber, da hiermit nur ein Tummelplatz für polnische Bestrebungen geschaffen würde. Diese Bildungsanstalt käme zudem nur den Polen zugute, woran der Staat ja kein Interesse habe. Diese Anschauung hat sich dann später als richtig erwiesen. (AB 96, 138).

Der unmittelbaren Tätigkeit des Verbands durch Förderung des Waisenhauses Neuzedlitz ist schon früher gedacht.

Die Wandlungen der Polenfrage während der Kriegszeit sind schon im ersten Hauptteile behandelt. Sie haben nur noch geschichtliches Interesse, ebenso wie die Kriegsziele des Verbands im polnischen Osten. Die falsche Politik der Regierung, die vor allem die grundsätzlich feindliche Haltung der preußischen Polen während des Kriegs nicht erkennen wollte, trotzdem sie sich bei den Kriegsanleihen und jeder andern Gelegenheit unzweideutig kundgab, bereitete dann den Geschehnissen im Herbst und Winter 1918 den Boden. Trotzdem hätte es nicht so kommen dürfen, wie es gekommen ist, wenn nicht die geradezu hochverräterische Verblendung der Gerlach und Genossen sich der Wahrheit völlig verschlossen hätte. So ist denn die lange treue Arbeit eines ganzen Jahrhunderts am Deutschtum vorläufig vernichtet. Für uns vom Verband gilt es, die Verbindung mit unsern dortigen Brüdern zu hegen und zu pflegen, damit sie zur Stunde der Befreiung gerüstet sind. Denn Polen ist auch jetzt, wie früher, ein lebensunfähiger und daseinsunwürdiger Staat, der spätestens verschwinden wird, wenn ihm die Krücken der Westmächte entzogen werden. Dann gilt das Wort: Bereit sein, heißt alles! Und dann wollen wir von den jetzigen Polen die Art und Weise ablernen, wie das Land zu germanisieren und für immer sarmatischer Unordnung und Bedrückung und der Hetztätigkeit der Pröbste entzogen wird.

Im Vergleich mit dem gewaltigen Völkerringen in der Ostmark war der Kampf in Nordschleswig von geringem Umfang und minderer allgemein politischer Bedeutung. Für den Alldeutschen Verband durfte jedoch die kleinere Zahl der gefährdeten Volksgenossen keinen Anlaß geben, den Ereignissen in der Nordmark weniger Aufmerksamkeit zu schenken.

Das schleswig-holsteinische „stammverwandte" Volkstum hatte im vorigen Jahrhundert, besonders in den Jahren 1848—1860 die lebhafteste Teilnahme in ganz Deutschland erweckt und damit eine erste gewisser-

---

[1]) So auf den Verbandstagen in Berlin 1894 (AK 11), in Plauen 1903 (AK 189) und in Düsseldorf 1911 (AB 11, 322).

maßen „alldeutsche“ Bewegung größern Umfangs hervorgerufen.[1]) Daß die Lösung der schleswig-holsteinischen Frage sodann den Ausgang der deutschen Einigungskämpfe (1864—1871) bildete, brachte die dortigen Stammesbrüder dem deutschen Herzen nur noch näher. So verfolgte denn auch fernerhin unser Volk die Geschicke seiner Nordmark aufs regste, zumal uns von dort unsere Kaiserin gekommen war, ein lebendes Sinnbild und Unterpfand der wiedergewonnenen Brüder. Die Schaffung des Kriegshafens Kiel und der Bau des Nordostseekanals schufen auch ein starkes militärisches Interesse an der Sicherung der dortigen Landesteile. Solange Bismarcks Hand die Geschicke des Reiches leitete, wagte sich das Eiderdänentum nur vorsichtig hervor und beschränkte sich im allgemeinen auf seinen Widerspruch bei den Wahlen. Sofort nach seinem Abgang erstarkte jedoch die dänische Bewegung so erheblich, daß sie zum Angriff übergehen konnte. Als Gegenmaßnahme entstand deshalb Anfang der 90er Jahre der „deutsche Verein für das nördliche Schleswig“, ein Gegenstück zu dem sogen. Ostmarkenverein, natürlich von geringer Zahl (1894 hatte er 2250 Mitglieder in 22 Ortsgruppen) und örtlicher Beschränkung. Trotzdem gingen die dänischen Treibereien, durch die Lässigkeit der Regierung geduldet, weiter. Die Abwehr ruhte hauptsächlich in nichtamtlicher Hand. Für den Alldeutschen Verband verdienen vor allem die wirtschaftlichen Unternehmungen des Pastor Jakobsen in Scherrebeck zur Hebung des Deutschtums Erwähnung. Denn hier griff er tätig ein, indem er aus den Kreisen der Gesinnungsgenossen dem Pastor nicht unerhebliche Mittel (60 000 Mark) bereitstellte. Leider brachen dessen Unternehmungen infolge verschiedener widriger Umstände, die sich anfänglich nicht voraussehen ließen, zusammen (AB 03, 204), so daß ein Teil der aufgebrachten Gelder verloren ging. Dem dortigen Deutschtum gingen sie trotzdem nicht ganz verloren. Denn ihm zeigte dieser Opfersinn, welchen Rückhalt es auch außerhalb der engen Heimat im ganzen Volke hatte.

Endlich konnte sich auch die preußische Regierung die Gefahren nicht mehr verhehlen, die eine ungestörte Wühlarbeit in diesen Grenzgebieten heraufbeschwor. Sie entschloß sich zu tatkräftigerem Handeln. Es erfolgten zahlreiche Ausweisungen von Reichsausländern in der Nordmark, die das gewährte Gastrecht durch ihre Hetztätigkeit mißbraucht hatten. Diese Wandlung fand natürlich den vollen Beifall des Alldeutschen Verbands, den er auch in einer Entschließung öffentlich kundgab (Vorstandssitzung in Mainz am 18. Dezember 1898 — AB 58). Auch in der nächsten Folgezeit wurde diese erfreuliche Nordmarkenpolitik dank dem Oberpräsidenten von Köller und dem Minister von Rheinbaben (AB 00,40) aufrecht erhalten. Leider trat dann auch hier die Seiltänzerpolitik des neuen Kurses in Kraft. Aus Rücksichten der äußeren Politik gab man in der sog. Optantenfrage den dänischen Wünschen in weitem Umfange nach,

[1]) Der Kampf in der Ostmark wurde dagegen leider als eine rein preußische Angelegenheit empfunden. Eine unklare romantische Polenschwärmerei, besonders in den 30er Jahren, erschwerte sogar das Werk am Deutschtum nicht unerheblich. Damals begeisterte man sich für Griechen und Polen und ließ die Bamberger Bauern entdeutschen, gerade wie man später für Inder Geld hatte, für die stammverwandten Buren aber nur eine Bettelsumme aufbrachte im Verhältnis zur Not.

ohne sich über die Tragweite dieses Entschlusses genügend Rechenschaft zu geben. Schon nach kurzer Zeit (AB 07, 210) hatten 4000 Optantenkinder in Nordschleswig die deutsche Staatsangehörigkeit erworben und konnten nun nicht mehr bei deutschfeindlichem Gebahren ausgewiesen werden. Die schlimmen Folgen zeigten sich bei den Wahlen und überhaupt in dem verschärften politischen Kampf, der von jetzt an die Nordmark nicht mehr zur Ruhe kommen ließ. Die Dänenfrage verschwand nun beim Verband nicht mehr von der Tagesordnung, Auf den Verbandstagen von Wiesbaden 1907 (AK 306), Berlin 1908 (AK 358), Schandau 1909 (AK 401), sowie Düsseldorf 1911 (AB 11,310) wurde über die Nordmarkenfrage berichtet und die Unterdrückung der dänischen Wühlarbeit neben der Förderung der deutschen wirtschaftlichen und geistigen Belange verlangt (Vorträge von Dr. Hahn). Die inzwischen eingetretene Bethmann'sche Regierungsweise war nicht dazu angetan, diesen Wünschen Folge zu geben.

Hiernach kann es kein Wunder nehmen, daß die verderbliche Saat in die Halme schoß. Diesseits und jenseits der Grenze fehlte die Achtung vor dem deutschen Willen. So erhob denn nach Deutschlands Zusammenbruch das Eiderdänentum frech das Haupt, ungehindert von unserer unvölkisch gesinnten Regierung. Und dem dänischen Staate kann man es kaum verargen, daß er gegenüber solcher Schwäche und Würdelosigkeit sich als erster unter den Leichenräubern bei unsern Gegnern meldete, nachdem ohne Zwang in hochverräterischer Weise die deutsche Regierung selbst das sog. Selbstbestimmungsrecht der Fremdstämmigen in unsrer Nordmark anerkannt hatte. Schon ist im dortigen Gebiete die Abstimmung erfolgt und man darf sich trotz allem der treudeutschen Gesinnung der dortigen Stammesgenossen, die ungeachtet aller Lockungen und Verbitterung zu ihrem Volkstum standen, freuen. Die willkürliche Ziehung der neuen Grenze vertieft auch dort die offene Wunde für die Zukunft. Unsre deutschen Brüder werden nicht lange unter dem Danebrog zu schmachten haben und der Alldeutsche Verband wird eine dankbare Aufgabe darin finden, die Kenntnis von unsern unerlösten Deutschen in der Nordmark nicht einschlummern zu lassen. Der kleine Räuberstaat Dänemark hat aber jede Rücksichtnahme in Zukunft verwirkt, er, der erst in feierlichem Vertrage gegen andre Vorteile auf die Abstimmungsklausel des Prager Friedens verzichtet hatte, um dann trotzdem meuchlerisch über den wehrlosen Nachbarn herzufallen. Das soll ihm nie vergessen werden!

Im Gegensatz zu den strittigen Gebieten im Norden und Osten ist Elsaß-Lothringen fast rein deutscher Boden. Die geringen französischen Volksteile kommen im Verhältnis zum Ganzen nur wenig in Betracht. Auch wo sie in größerer Dichtigkeit sich vorfinden, handelte es sich um ursprünglich allerdings seit längerer Zeit verwelschte Deutsche, deren Uebernahme in das Reich auch aus zwingenden Gründen der Landesverteidigung sich nicht umgehen ließ.

Es ist bekannt, daß noch bis zur französischen Revolution gewisse Teile des Reichslands zum alten Reiche gehörten, ebenso daß bis dahin die Verwelschung, wenigstens im Elsaß, nur ganz geringe Fortschritte gemacht hatte. Erst das gemeinsame große Erleben des napoleonischen

Zeitalters unter französischen Adlern und die wirklich bedeutenden Fortschritte in Verwaltung und Rechtspflege gegenüber den alten, meist recht traurigen Zuständen, hatte die Blicke auch des Elsasses vom Mutterlande weg nach dem Westen gewandt. Erst jetzt trat auch eine gewisse französische Einwanderung im Lande und jene Vermischung der besitzenden Kreise mit dem Franzosentum ein, aus der die Notabelnmißwirtschaft sich später als stärkstes Bollwerk gegen die Wiedereindeutschung entwickelte. Trotz alledem hätte ein Rückfall der geraubten deutschen Grenzmarken an das Reich im Jahre 1815 eine schnelle Wiedergewinnung auch für das Volkstum zur Folge gehabt, wenn gleichzeitig eine befriedigende Lösung für die staatsrechtliche Stellung gefunden worden wäre. Ueber das Wie? dieser Lösung ist es müßig, sich heutzutage den Kopf zu zerbrechen, nachdem es Englands Neid und Oesterreichs undeutscher Gleichgültigkeit gelungen war, den Wiederanfall Elsaß-Lothringens zu hintertreiben. Die hauptsächlichsten Verfechter dieser Forderung waren nicht etwa die nächsten süddeutschen Nachbarn, sondern preußische Kreise — der Stein'sche, dessen Hauptwortführer E. M. Arndt[1]) war, und der Blücher'sche —, deren Ansprüchen sich dann das amtliche Preußen, ohne den gewünschten Erfolg, anschloß. Für die Diplomaten war hiermit zwar die Frage für mehr als 50 Jahre begraben, bis sie ihre Lösung mit Blut und Eisen fand, für das deutsche Volk waren aber die Westmarken nun dauernd ein Ziel völkischer Sehnsucht. Der Krieg gegen Napoleon III brachte 1871 die Erfüllung, allerdings ohne die Vogesenvorlande und das wichtige Belfort.

Leider machte die Eindeutschung unter Bismarck keine großen Fortschritte. Die allemannische Dickköpfigkeit, die sich so kräftig gegen die Verwelschung zwei Jahrhunderte lang gewehrt hatte, sperrte sich nun auch in trotzigem Eigensinn und einer gewissen Ueberheblichkeit, mißleitet von den französisch gerichteten Notabeln und einer verwelschten Geistlichkeit, gegen den Anschluß an das eigene Blut. Genährt wurde dieser Widerstand durch falsche Maßnahmen der Regierung bei der Wahl der Beamten[2]) sowohl als auch der führenden Männer. Besonders schädlich wirkte der Statthalter von Manteuffel durch seine unzeitigen Versöhnungsbestrebungen und eine geflissentliche Pflege des Notabelnunwesens. Immerhin machte das Deutschtum langsame Fortschritte, deren Vollendung man bei folgerichtiger Stetigkeit, wie sie seit Manteuffels Tode wieder etwas mehr hervorgetreten war, in absehbarer, nicht zu ferner Zeit erwarten konnte. So zogen damals die ersten deutschgesinnten Abgeordneten in den Reichstag ein. Leider fehlte aber dem neuen Kurs die Fähigkeit, das Reifen der Früchte abzuwarten. Schon im Jahre 1891 setzte die Versöhnungspolitik mit der Aufhebung des Paßzwanges ver-

---

[1]) Arndt verlangte auch den Rückfall der gesamten Niederlande. Vgl. seine „Erinnerungen aus dem äußeren Leben" (Reclam, S. 321 ff), wo er unter Ziff. 8 sagt: „daß die Küsten Hollands und Belgiens und der Machtposten, den England sich auf Helgoland angelegt hat, einst umso wahrhafter unser sein müssen, als . . ." Ferner S. 350: „Wenn die Uebermütigen uns aber zuschreien: „Der Rhein Frankreichs Naturgrenze, so wollen wir ihnen antworten, heraus mit dem Elsaß und Lothringen".

[2]) Das kurz angebundene preußische Beamtentum wurde trotz seiner hohen Verdienste um das Land infolge der Stammesverschiedenheit nur schlecht verstanden und unwillig ertragen.

früht ein. So wurde die natürliche Entwicklung der Dinge, die in bestem Zuge war, unterbrochen.[1])

Die Statthalterschaft der beiden Fürsten Hohenlohe war durch einen außerordentlichen wirtschaftlichen Aufschwung der Reichslande gekennzeichnet. Leider erschöpfte sich die Tätigkeit dieser beiden Männer, die sich einer gewissen Beliebtheit in den Reichslanden, nicht zuletzt wegen ihrer hohen Geburt und ihres höfischen Aufwandes erfreuten, in der Sorge für das leibliche Wohl der Anvertrauten. Die rauhe Kehrseite, die bei dem häufig grundlos widerspenstigen Völkchen öfters nötig gewesen wäre, fehlte im allgemeinen. Und damit wurde der Grund gelegt zu jenem Mangel an Achtung vor der Staatsgewalt, der dann später in den Verhandlungen des Landesausschusses so beschämend zutage trat und schließlich nach Zabern führte.

Diese wenig erfreuliche Entwicklung fand im Alldeutschen Verbande einen aufmerksamen Beobachter, wie zahlreiche Aufsätze in den „Alldeutschen Blättern" aus der ersten Zeit seines Bestehens bezeugen.[2]) Vor allem wurde auf die Wichtigkeit der Vermehrung des deutschgesinnten Bevölkerungsteils hingewiesen, wozu der Erwerb von Reichsdomänen in Verbindung mit einer planmäßigen Siedlungstätigkeit empfohlen wurde, eine Maßnahme, die bei den damaligen Landpreisen verhältnismäßig billig gewesen wäre. (AB 94, 118 u. 98, 17).

Von Verbandswegen wurden die elsaß-lothringischen Fragen erst im Jahre 1899 öffentlich behandelt. Es war die wichtige Schulfrage, die in einem Vortrage von Lehmann (München) beleuchtet wurde und eine Entschließung des Hamburger Verbandstags zur Folge hatte, welche die Erhaltung der vorhandenen höheren Lehranstalten und die Aufbesserung der Lehrergehälter forderte (AK 787). Die Fürsorge für den elsaß-lothringischen Lehrerstand, als einen Hauptträger deutscher Art und Gesittung, trat auch fernerhin zutage, so im Jahre 1912 auf der Erfurter Tagung, wo der einheimische Lehrer Bongartz über die Lage der Volksschule in den Reichslanden sprach (AB 12, 337). Eng verwandt mit der Schulfrage war die Sprachenfrage. Daß der Unterricht in der französischen Sprache, da wo sie Muttersprache war, noch eine Zeitlang in den Schulen fortgeführt wurde, um dann allmählich abgebaut und in die deutsche Sprache übergeleitet zu werden, wäre die natürliche Entwicklung in deutschem Sinne gewesen. Dies Ziel mußte im Laufe eines Menschenalters trotz des Widerstandes der Geistlichkeit erreicht werden. Statt dessen sehen wir die französische Sprache überall in den höheren und mittleren Schichten Fortschritte machen, so daß schließlich die Französlinge des Landesausschusses sich bis zu dem Verlangen pflichtmäßigen französischen Unterrichts in sämtlichen Volksschulen verstiegen, also eine staatliche Anerkennung der Doppelsprachigkeit und des widersinnigen Begriffs der elsaß-lothringischen Doppelkultur erstrebten. Zum ersten Male im Jahre 1908 (AB 08, 84). Und schon 1909 äußerte eine kraftlose Regierung

[1]) Die Zahl der Altdeutschen betrug um das Jahr 1875 noch nicht 3 %, im Jahre 1894 dagegen 20 % der einheimischen Bevölkerung. Da die Altdeutschen meist in den Städten angesessen waren, bedeutet das eine rasche Verdeutschung der Mittelpunkte des öffentlichen Lebens, vor allen von Straßburg und Metz.

[2]) Besonders seitens Fick, v. Pfister und von Strantz.

ebendort: „Es liegt der Regierung fern, prinzipiell den französischen Sprachunterricht bekämpfen zu wollen" (AB 09, 217). Selbst bis zum deutschen Reichstag wurde diese stets wiederholte Forderung gebracht, um dort in gewohnter Würdelosigkeit nicht einmal die einmütige schroffste Ablehnung des Hauses und der Regierung zu finden. (AB 12, 75).

Die Gründe für die Fortschritte der französischen Sprache liegen nicht nur in der Lässigkeit der Regierung, die vor allem dem verwelschenden Treiben der Geistlichkeit und der Ordensangehörigen (besonders der Schulschwestern) nicht entgegentrat und auch die fremde Erziehung in ausländischen Schulen und Klöstern[1]) nicht verbot. Eine Forderung des Alldeutschen Verbands in dieser Richtung (AB 11, 329), ist schon erwähnt. Weit schlimmer als dieser Mangel an Leistungen im völkischen Sinne, war die Sucht der obern altdeutschen Kreise, ihre mehr oder minder großen französischen Sprachkenntnisse unter allen Umständen an den Mann zu bringen und durch dies böse Beispiel der Ueberlieferung von der Ueberlegenheit der westlichen Bildung neues Wasser auf die Mühlen zu leiten. Und trotzdem diese beschämenden Erscheinungen immer wieder in den „Alldeutschen Blättern" gegeißelt wurden, fuhr von Berlin aus kein heilsames Donnerwetter in dieses verrottete Gebahren. Im Gegenteil. Ganz oben fing es an. Die Frau des Statthalters Wedel gefiel sich in französischen Briefen an Einheimische (AB 08, 70). Von Beginn dieser Wedelschen Statthalterschaft an mußte sich fast jeder Verbandstag mit den unerquicklichen Verhältnissen in den Reichslanden befassen. Zuerst sprach 1907 in Wiesbaden Pfarrer Spießer über die völkische Entwicklung der Elsässer unter deutscher Herrschaft. Seine Ausführungen fanden erfreulichen Widerhall, zum Teil auch in altelsässischen Kreisen. Dann war vor allem Superintendent Klingemann bis zum Kriegsausbruch der Rufer im Streite. Auf den Verbandstagen in Berlin, Schandau und Karlsruhe (1908/10) wies der Unermüdliche immer wieder auf die Schäden hin und fand die Zustimmung des Verbands in dessen Entschließungen (AK 361, 404, AB 10, 325). Bei seinen letzten Reden hatte sich Klingemann auch schon mit der Verfassungsfrage auseinandersetzen müssen. Die Gewährung einer elsaß-lothringischen Verfassung unter Schaffung eines selbständigen Bundesstaates aus den Reichslanden war schon eine alte Forderung der Einheimischen (vergl. schon AB 03, 136). Eine ebenso alte Gegenforderung der völkischen Kreise, auch des Alldeutschen Verbands, war es, daß ein derartiger Vertrauensbeweis nur möglich sei, wenn, wie es der Reichskanzler Bethmann-Hollweg noch 1909 (AB 09, 441) aussprach, die Interessen des Reichs von den Elsaß-Lothringern selbst anerkannt und gewahrt würden[2]). Diese Voraussetzung war nach alldeutscher Ansicht und auch zunächst derjenigen der Regierung nicht gegeben, so lange man die Ungezogenheit hatte, im Landesausschuß die Altdeutschen als „Gäste" zu bezeichnen und damit die eigne Unreife zu größeren Freiheiten offen zu bekunden. Die aufreizende, leider geduldete Tätigkeit des souvenir français (später des souvenir alsacien-lorrain), die selbst Bethmann das Eingeständ-

[1]) Es sei an die Unterbringung zahlreicher Rheinländerinnen in belgischen Klöstern hier erinnert.

[2]) Auch Wedel sagte noch anfangs 1909: „Eine Verfassungsreform kann nur schrittweise vor sich gehen." (AB 09, 63).

nis abzwang, daß „unzweifelhaft der politische Chauvinismus den Kult der Toten seinen besonderen Zwecken dienstbar gemacht habe", konnte diese wohlgegründete Meinung nur verstärken. Trotzdem fiel die Regierung auf der ganzen Linie um. Aufhebung von Zeitungsverboten (AB 09 bezl. le Matin), unglaubliche Liebenswürdigkeiten gegen den anrüchigen Wetterle seitens des Statthalters und dergl. leiteten die Versöhnungspolitik ein. Schon im Jahre 1910 machte der Kanzler die Gewährung von Zugeständnissen nicht mehr von vorheriger Sinnesänderung abhängig, sondern hoffte letztere als Folge dieser Maßnahme erwarten zu dürfen, indem er „diese Liebe zum Vaterlande erst durch die Entwicklung zur Selbständigkeit fördern will". (AB 10, 92). Damit hatte er die Maske fallen lassen. Hinfort war auch auf anderem Gebiete eine Täuschung über diesen Mann nicht mehr möglich. Diese Folgerung zog Claß in seinen Aufsätzen „Versöhnungspolitik in neuer Auflage?" und „Es fiel ein Reif in der Frühlingsnacht" (AK 441, 443) und damit war die Kampfstellung des Verbands gegen die weiteren Absichten der Regierung in der Verfassungsfrage gegeben.

Auch abgesehen davon, daß nüchterner Einschätzung der Geschehnisse im Reichsland der Zeitpunkt zur Gewährung einer Verfassung noch verfrüht erscheinen mußte, konnte die Absicht, unsre Westmark zu einem selbständigen Bundesstaat zu machen, nur Bedenken wachrufen. Schon Ende 1909 empfahl der bekannte Abgeordnete Arendt im Tag (AB 10, 2) die Errichtung einer preußischen Nebenlinie in Elsaß-Lothringen. Damit waren natürlich die alldeutschen Bedenken nicht gelöst, sondern eher verschärft. Denn auch auf diese Weise wäre das Reichsland selbständiger Bundesstaat geworden. Das war keine Besserung, dagegen war hiervon auf die größern Bundesstaaten eine bedenkliche Rückwirkung zu erwarten. Der Verband war deshalb von Anfang an der Ansicht, daß einzig und allein eine Einverleibung Gesamt-Elsaß-Lothringens in Preußen eine endgültige Lösung bringen könne und infolge der großen wirtschaftlichen Vorteile, die dem Land aus dem Anschluß an ein mächtiges Staatswesen erwuchsen, auch eine baldige Aussöhnung der Einwohner mit dieser Wendung zur Folge haben würde[1]). In Berlin dachte man anders und das Unheil nahm seinen Lauf. Am 31. Mai 1911 wurde das Gesetz vollzogen, das unter nicht unerheblicher Machtminderung Preußens im Bundesrat, Elsaß-Lothringen zum selbständigen Bundesstaat machte. Zu diesem Fehler kam nach das Zugeständnis des allgemeinen Wahlrechts für den Landtag. Die unglücklichen Folgen dieser Maßnahmen für Preußen's Innenpolitik sind schon früher erwähnt. Der Dank für soviel Entgegenkommen blieb denn nicht aus. Allerdings nicht in Bethmann's Sinne. Schon Anfangs des Jahres 1912 konnte es der Staatssekretär Zorn von Bulach, der bisher eine gewisse Deutschfreundlichkeit bekundet hatte, wagen, von Frankreich als vom alten Vaterlande zu sprechen, ohne kurzerhand weggejagt zu werden. (AB 12, 49). Es würde zu weit führen, alle einzelnen Tatsachen der reißend schnellen Entwicklung abwärts ins Gedächtnis zurückzurufen. Sie führte mit unbedingter Folgerichtigkeit zum Zaberner Fall. Und auch dann noch, trotz aller neuen Warnungen

---

[1]) Forderung des Geschäftsführenden Ausschusses vom 28. Januar 11 (AB 11, 38 u. 144).

des Alldeutschen Verbands, keine Umkehr! Ein verblendeter Reichstag suchte, schon um die eigne Mitschuld nicht eingestehen zu müssen, im Militarismus den Sündenbock — Wedel siegte über Deimling!

Unter solchen Verhältnissen trat man in den Krieg ein. Man fand es für richtig, dem deutschen Volke übertriebene Vorstellungen von der Bundestreue der elsaß-lothringischen Bevölkerung zu erwecken, die auf falschen wenn nicht unwahren Voraussetzungen beruhten. Dem Verband war es aber unter dem Zwange des Burgfriedens und der Segnungen der Preßaufsicht nicht möglich, dem deutschen Volke die Augen zu öffnen. Völlig überrascht wurde dieses deshalb von der Haltung der Reichslande gegenüber den Franzosen im November 1918.

Es hat wenig Zweck, die Entwicklung der elsaß-lothringischen Frage während des Krieges eingehend zu beachten. Ihre Keime lagen ja meist in der Vorkriegszeit, wie das Verhalten der Wetterle, Weill und Blumenthal bei Kriegsausbruch zeigt. Nur kurz sei erwähnt, daß man während des Kriegs als Maßnahmen für die weitere Eindeutschung die Forderung zur Schaffung von Domänen von alldeutscher Seite wieder aufnahm, wozu ja die Veräußerung französischen Eigentums eine gute Handhabe bot (AB 15, 4). Neue deutsche Siedlungen, vor allem in dem bisher gemischten Sprachgebiet wären ja auch nach den Erfahrungen der Augusttage 1914 von größtem Werte für die Landesverteidigung gewesen.

Aber auch die Erkenntnis kam jetzt allgemein zum Durchbruch, daß eine grundlegende Aenderung in bezug auf die staatsrechtliche Stellung Elsaß-Lothringens nötig sei, da selbst die Regierung nunmehr eingestand, daß die bundesstaatliche Lösung eine Gefahr für das Reich sei. Zwei Lösungen wurden für möglich gehalten:

1. Eine Teilung der Reichslande, so daß Baden Oberelsaß, Bayern Unterelsaß und Preußen Lothringen erhielte,
2. Eine Einverleibung des ganzen Gebiets in Preußen, unter angemessener Entschädigung Bayerns im Kohlengebiet.

Man weiß, daß der Alldeutsche Verband schon lange die zweite Lösung geforderte hatte, da, wie schon Treitschke vorausgesagt hatte, nur ein wirklicher Großstaat die Bevölkerung innerlich gewinnen könne.

Es kam anders. Heute betrauern wir wieder wie vor 1870 die unerlösten Brüder in den Reichslanden. Auch dort scheint man aus dem Rausch der französischen Flitterwochen bereits zu erwachen. Es ist zu hoffen, daß die Vergleiche zwischen einst und jetzt nicht zu Ungunsten Deutschlands ausfallen werden, so wenig verlockendes die gegenwärtigen Zustände im Reiche auch bieten. Diese Erkenntnis zu vertiefen und die Teilnahme der Reichsdeutschen an Elsaß-Lothringen wachzuhalten wird eine der vornehmsten Zukunftsaufgaben des Verbands sein.

b) Die Gegner des Verbands im eignen Lande.

Bismarcks Widersacher im neuen Reiche fanden sich, abgesehen von den kleineren Gruppen der Polen, Dänen, Welfen und der elsaß-loth-

ringischen Protestler, in den drei großen Parteien der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Freisinnigen zusammen. Seitdem die Frage des Schutzzolles die stärkste Gefolgschaft Bismarcks, die nationalliberale Partei, gesprengt hatte, beherrschten die genannten drei Gegenparteien bis zur jüngsten Gegenwart den Reichstag, abgesehen von den kurzen Unterbrechungen 1887/90 und 1907/1909. Ihr Verhalten bei der Septennatsvorlage (1887), ihr Versagen einer rein menschlichen Ehrung Bismarcks bei dessen 80. Geburtstag, ihre Entschließung vom 19. Juli 1917 und ihre Mißwirtschaft seit dem Umsturz sind Kinder des gleichen Geistes. Schon diese wenigen Beispiele aus einer 50jährigen Entwicklungszeit zeigen, lebhafter und deutlicher als lange Erörterungen, wo die Kräfte seit der Reichsgründung zu finden sind, die sich einer kräftigen Fortbildung in völkischen, also alldeutschen Sinne, hindernd oder wenigstens hemmend in den Weg stellten.

Seit seiner Gründung hat der Alldeutsche Verband es vermieden —, und er hat sich in seinen Satzungen und wiederholten Kundgebungen ausdrücklich auf diesen Gedanken festgelegt —, sich irgendwie in das innere Parteigetriebe einzumischen. Denn den nach außen hin so umfassenden alldeutschen Aufgaben entsprach es, die Volksangehörigen innerhalb des Reiches möglichst vollzählig für die Mitarbeit zu gewinnen. Deshalb waren die politischen Parteien nur insoweit und in Einzelfällen zu bekämpfen, als sie in ausgesprochen alldeutschen Fragen versagten. Diese Stellungnahme war im Grundsatze sicher durchaus richtig. In der rauhen Wirklichkeit aber erreichte man mit dieser Zurückhaltung nicht die gewollte Verstärkung der völkischen Stoßkraft. Denn sie verkannte, daß in bestimmten Parteien auch zwischenvölkische (internationale) Kräfte wirksam waren, die sich schlechterdings mit einem zielbewußten alldeutschen Handeln nicht vertrugen. Es liegt uns Alldeutschen natürlich fern, dem einzelnen Anhänger der genannten Parteien, abgesehen von gewissen sozialdemokratischen und jüdischen Vertretern der Weltverbrüderung, ein bewußtes Gegenwirken gegen deutsche Machtentfaltung vorzuwerfen. Aber wie so oft im Leben es vorkommt, die Einzelnen erkannten nicht die zwischenvölkischen Gefahren bei ihren Parteien oder vermochten sie nicht auszuschalten. Parteizucht und verbohrte Anhänglichkeit an die Parteigrundsätze taten dann das Ihrige. Daß — bewußt oder unbewußt — jene zwischenvölkischen Neigungen und Strebungen vorhanden waren, unterliegt keinem Zweifel. Aus diesen Verhältnissen erklärt es sich, daß die alldeutschen Mitglieder aus diesen Parteien, sich bald auf eine kleine Zahl von Männern beschränkte, die die allgemeinen völkischen Belänge über die Parteiforderungen stellten und nunmehr treu, trotz allen Anfechtungen, zur alldeutschen Fahne hielten. Hieraus erklärt sich ferner, daß, mindestens seit Mitte der 90er Jahre, kein Angehöriger der genannten Gegenparteien mehr zu den alldeutschen Mitgliedern der gesetzgebenden Körperschaften zählte.

Es ist schon öfter darüber gestritten worden, ob diese parteipolitische Zurückhaltung des Verbands auf die Dauer angebracht war und noch heutigen Tages ist. Man kann für beide Ansichten gute Gründe „für“ und „wider“ ins Treffen führen. Das Richtige dürfte auf der mittleren

Linie liegen. Es war stets möglich und ist auch heute noch denkbar und erwünscht, daß sich Angehörige aller bürgerlichen Parteien zum alldeutschen Verbande bekennen, wenn sie sich seine völkischen Ziele zu eigen machen. Tatsächlich scheinen sich ja auch zur Zeit selbst innerhalb des Zentrums und der Demokratie die Geister zu spalten. Unmöglich ist dagegen, als ein Widerspruch in sich selbst, die Teilnahme der Sozialdemokraten und Juden an den alldeutschen Bestrebungen und so war es auch schon früher. Deshalb war es eine Vogelstraußpolitik, ihre Bekämpfung dem Einzelnen zu überlassen und nicht offen von Verbandswegen zu betreiben. Indem man einer klaren Stellungnahme in diesen Fragen auswich, machte man sich einer gewissen Zweideutigkeit schuldig. Doch davon später. Wenden wir uns zu den einzelnen Parteien.

Ueber die Gemeingefährlichkeit der (marxistischen) Sozialdemokratie auch vom deutschvölkischen Standpunkte aus bestand nie ein Zweifel. Die kurze Zeit, wo es schien, als ob Lassalle die Bewegung in nationale Bahnen lenken werde, war für ihre Gesamtentwicklung ohne Bedeutung. Während der ganzen Zeit seines Wirkens stand diese Partei jeder Forderung des Alldeutschen Verbands ablehnend und feindlich gegenüber. Es ist deshalb zwecklos, hier Einzelheiten herauszugreifen. Die Vergangenheit und auch etwaige Unterlassungssünden des Alldeutschen Verbands hinsichtlich der sozialistischen Gefahr vor dem Kriege seien damit abgetan. Viel wichtiger erscheinen die jetzige Stellungnahme des Verbands zu dieser Partei und die daraus entspringenden Aufgaben für die deutsche Zukunft. Aus der Bamberger Erklärung geht hervor, daß das alldeutsche Hauptziel zunächst der Wiederaufbau unseres eignen Volkes von innen heraus sein muß, ehe an die Aufnahme tatkräftiger Außenarbeit gedacht werden könne. Nun sind wir ja sicher alle dieser innern Erneuerung bedürftig, alle ohne Ausnahme. Natürlich ist für das weitere Handeln die Vorbedingung, daß zunächst einzelne auserwählte und erlesene Geister (wie 1807/13) mit dem Werke der Selbstbesinnung anfangen und für den allgemeinen Gesundungsvorgang dann die Aerzte und Führer abgeben. Hiernach gilt es aber die breiten Massen des Volkes ihrer Volksgemeinschaft wiederzugewinnen. Sonst bleibt es bei einem Heere von Führern ohne Gefolgschaft. Und diese breiten Volksmassen folgen jetzt noch der Mehrzahl nach den Irrlehren der Sozialdemokratien. Von diesen müssen sie also befreit werden. Wie das zu erfolgen hat, kann hier nur in großen Umrissen angedeutet werden. Grundlegend ist die Erkenntnis, daß die Aussicht auf wirtschaftliche Besserstellung so außerordentlich werbend für die Sozialdemokratie wirkte und daß die vorhandenen Zustände wirklich in vieler Hinsicht der Besserung bedurften. Um also die Herzen der Arbeitermassen für den völkischen Gedanken zu gewinnen, muß sich diesen erst der feste Glaube einprägen, daß ihre Belänge auch völkischerseits, soweit sie sich mit dem Allgemeinwohle vertragen, kräftige Förderung finden. Gleichzeitig müssen sie die Ueberzeugung gewinnen, daß sie bisher einem Irrlichte folgten, das sie in den sichern Abgrund führt und daß sie nur ein Wechsel der Führer vor einer sichern und drückenden Sklaverei nach kurzem Rausche retten kann.

Des Mittels der Volkshochschulen, die zu Trägern und Bildnern einer völkischen Weltanschauung werden sollen, ist schon gedacht. Für die Bes-

serung der wirtschaftlichen Lage kommen vor allem Siedlungen in großem Maßstabe in Betracht, die den in den Großstädten gewissermaßen heimatlos gewordenen Arbeitern, die Wirtschaft auf eigener Scholle ermöglichen und dadurch das verlorene Heimatgefühl und gesundere Lebensbedingungen sowie das Herrengefühl des Grundbesitzers wiedergeben sollen. Hierzu gehören große Mittel, die aber ohne weiteres aufgebracht werden könnten, wenn die ganze jetzige Mißwirtschaft aufhört. Das Eintreten für dieses Ziel gehört seit langen Jahren zur Tätigkeit des Alldeutschen Verbands. Es sei nur an den Vortrag Wangenheims über „Innere Kolonisation" in Stuttgart 1914 (AB 14, 177) erinnert und auf das grundsätzliche Bekenntnis Vietinghoffs hierzu (AB 14, 173): „Alle Kraft jedes Alldeutschen sei dafür eingesetzt, die Frage der innern Kolonisation emporzureißen aus dem Gebiete engherzigen und kleinlichen Tagesstreits in die würdigen Höhen rein völkischen Empfindens." Das waren Kernworte. In ihrem Sinne wurde auch nach dem Kriege erneut das staatliche Vorkaufsrecht auf das Land und die Schaffung kleiner Bauernstellen vorgeschlagen. Grundbedingung wird sein, daß der bebauungsfähige Grund und Boden nicht fürderhin ein Gegenstand des Handelns, eine sog. günstige Geldanlage, sei. Hierzu müssen die nötigen gesetzlichen Voraussetzungen unbedingt geschaffen werden.

Was schließlich die Aufklärungsarbeit des Verbands über die jetzigen Arbeiterführer und ihre falschen Wege anlangt, so ist es vor allem erforderlich, das nötige Verständnis über ihre geistige und geldliche Abhängigkeit vom Judentum zu verbreiten und zu zeigen, wie nur aus dem Grunde der Arbeiter seines völkischen Selbstbewußtseins vorsätzlich entkleidet wird, daß er desto sicherer für die außervölkischen Ziele großjüdischer Geldherrschaft einzufangen sei. Dies möge zunächst genügen, da die Judenfrage als solche erst später im Ganzen behandelt werden soll, um Wiederholungen zu vermeiden.

Es darf natürlich nicht verkannt werden, daß diese so hervorragend alldeutsche Aufgabe, die Glieder unsres eigenen Volks dem deutschen Gedanken wiederzuwinnen, ganz außerordentliche Schwierigkeiten haben wird. Denn allzutief haben sich die Schäden bereits in den Volkskörper eingefressen, als daß ein schnelles Gesunden zu erwarten wäre. Um so lohnender ist die Aufgabe, wohl des Schweißes der Edlen wert. Hier wird die Unterstützung einer bewußt völkischen Presse von größtem Werte sein. Ihrer Erstarkung muß daher die lange Mitarbeit des Alldeutschen Verbandes besonders gewidmet sein.

Die zwischenvölkische Grundlage der Sozialdemokratie kommt unverhüllt in ihrem Losungswort, „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!" zum Ausdruck. Damit wird grundsätzlich verlangt, daß die Gemeinsamkeit der Gesamtbelänge des sogen. vierten Standes für dessen Angehörige ein stärkeres Band sein müsse, als die Gemeinschaft des Bluts. Diese Anschauung ist für jeden Sozialdemokraten verpflichtend; auch gelegentliche Aeußerungen der Führer (Bebel), welche die Vaterlandsliebe derselben bekunden sollten, ändern daran nichts. Ebenso wenig die Tatsache, daß beim Kriegsausbruch 1914 das vaterländische Gefühl bei den Arbeitermassen kräftig durchschlug. Denn die Folgeerscheinungen zeigen zu deut-

lich, daß dies nur eine augenblickliche Wallung des bessern Ich's der einzelnen Mitglieder war, die leider sehr bald wieder verebbte und der die Führer sich nur notgedrungen anschlossen, um die Anhänger in der Hand zu behalten. Das schnelle Abflauen dieser vaterländischen Regungen ist vor allem ihr Werk.

Von einer gleich ausgesprochenen übervölkischen Richtung ist bei der Zentrumspartei keine Rede. Für die überwiegende Mehrzahl ihrer Mitglieder ist die Parteizugehörigkeit lediglich durch ihren Willen bedingt, für die Belänge ihres Glaubens auf politischem Boden einzustehen. Das in alldeutschem Sinne bekämpfenswerte an dieser Partei ist der häufig hervortretende ultramontane Einfluß auf sie. Der Ultramontanismus, der im Jesuitentum seinen Vorkämpfer findet, ist dagegen eine Geistesrichtung und eine politische Macht, die über die völkischen Entwicklungsbelänge hinaus weltumfassende Ansprüche vertritt und von Hause aus deshalb ein Feind all der staatlichen Einrichtungen sein muß, die sich solchen Plänen am kräftigsten entgegenstellen können. Eine solche Erscheinung ist das Kaisertum der Hohenzollern gewesen, dem deshalb auch ohne Kulturkampf die Feindschaft der Ultramontanen sicher gewesen wäre. Ihre Einflüsse gewannen aber, besonders nach der „löblichen" Unterwerfung der deutschen Bischöfe unter das Vatikanum, über die deutschen Katholiken eine mehr oder minder große Macht. Wenn auch die ausgesprochenen Vertreter dieser Richtung wenig zahlreich blieben oder es wenigstens für besser fanden, mehr im Stillen als in der Oeffentlichkeit zu wirken, so ist ihr tatsächlicher Einfluß von sehr hoher Bedeutung, wie z. B. der plötzliche Wandel der Zentrumsanschauungen etwa in der Mitte des Kriegs unzweideutig und beweiskräftig bekundet [1]).

Für den Alldeutschen Verband wäre nach dem Vorangegangenen eine offene Kampfansage gegen den Ultramontanismus, bezw. die Jesuiten das an sich Gegebene gewesen. Dies hätte aber immer in gewissem Umfange eine Kampfansage gegen die Zentrumspartei in sich einbegriffen. Wenigstens wäre dies so empfunden worden. Und ein Kampf mit dem Zentrum wäre sicher wieder als Feindschaft gegen die Katholiken überhaupt ausgelegt und vielfach geglaubt worden. Damit hätte man zahlreiche dem Verbande angehörende oder nahestehende Katholiken stutzig gemacht. Dem Zwecke des Verbands, alle Deutschen, auch die Katholiken, zur Arbeit an den völkischen Zielen zu vereinigen, wäre hierdurch mehr Abbruch geschehen, als die scharfbetonte Kampfstellung gegen den Ultramontanismus genutzt hätte. Deshalb wurde im Schoße des Alldeutschen Verbands, in dessen Geschäftsführendem Ausschusse diese Dinge öfters und aufs eingehendste zur Sprache kamen, beschlossen, in diesen Fragen von Verbandswegen völlige Zurückhaltung zu bewahren und den einzelnen Mitgliedern ihre Stellungnahme zu überlassen. So wurde in der Vorstandssitzung vom 10. Februar 1906 (AB 02, 24) folgender Antrag Wolf abgelehnt: „Die Ortsgruppe Düsseldorf stellt den Antrag, daß in die Satzungen des Verbands aufgenommen wird: Der Alldeutsche Verband erkennt in dem deutsch-feindlichen Ultramontanismus seinen Hauptgegner, den er mit dem größten Nachdruck bekämpfen muß". Die Ablehnung wurde

[1]) Vgl. Bolliger, Deutschlands letzte und größte Not.

damit begründet, daß dieser Kampf in erster Linie Sache der völkisch gesinnten Katholiken sei. Dagegen ward grundsätzlich anerkannt, daß die Tätigkeit des Ultramontanismus unter § 2, Abs. 3 der Satzungen falle. Diese Haltung wird man auch für die heutige Zeit noch gelten lassen können, wenn es dem Zentrum gelingt, Leute wie Erzberger von ihrem großen Einflusse auf die Entschließungen der Partei auszuschalten. Andernfalls müßte allerdings diese Auffassung einer Nachprüfung unterzogen werden.

Aber auch abgesehen von diesen ultramontanen Einwirkungen mußte die Zentrumspartei infolge ihrer einseitigen Betonung des Katholischen mit einer rein völkischen Auffassung häufig in Widerstreit geraten. Denn die Kampfgebiete an der Ost- und Westgrenze waren zum überwiegenden Teile von Katholiken bewohnt und hier wie dort tat sich die Geistlichkeit, die Pröbste wie die Abbés, als Führer im Kampfe gegen das Deutschtum besonders hervor. Zunächst im Osten. Die polnische Partei fand in den gesetzgebenden Körperschaften des Reichs und Preußens beim Zentrum stets einen starken Rückhalt, selbst dann noch, als es in Oberschlesien die Folgen seiner falschen Handlungsweise am eignen Leibe spüren mußte. Man war noch in den Auffassungen des jüngst verflossenen Kulturkampfes befangen und erblickte darum in der Ostmarkenpolitik nicht nur eine Germanisierungs-, sondern vor allem auch eine Protestantisierungspolitik. Dies war richtig und falsch. Man verwechselte den Zweck und die Mittel. Zweck war offenbar, die deutsche Art in den umkämpften Landen zu sichern. Am besten und sichersten erreichte man dies, nicht zum wenigsten wegen der Haltung des Zentrums, nur durch Siedlung von Protestanten, da die deutschen Katholiken in polnischer Umgebung und unter einem polnischen Oberhirten zu leicht dem deutschen Volkstum verloren gingen. Die Erinnerung an die „Bamberger Dörfer" in Posens Nähe bestätigt diese Erfahrung. Minister von Schorlemer, gewiß ein treuer Katholik, mußte diese geringere völkische Widerstandsfähigkeit auch selbst zugeben (AB 12, 199). Es war also ein einfacher Akt der Staatsklugheit, mit der Ansiedlung deutscher Katholiken zurückzuhalten, so lange nicht genügende Bürgschaft gegeben war, daß hiermit auch auf die Dauer dem Ostmarken-D e u t s c h t u m geholfen werde. Wie konnte man dies aber annehmen, wenn im Stichwahlkampf des Wahlkreises Meseritz-Bomst der Reichstagsabgeordnete Bachem, also nicht der erste beste aus der Zentrumspartei, sondern ein hervorragendes Mitglied derselben, zur Wahl des Polen aufforderte?! (AB 94, 60). Die fast feindselige Haltung des Zentrums gegen die Vereine deutscher Katholiken in der Ostmark, die später entstanden und auf völkischer Grundlage wirkten, ist ebenso bekannt. Besonders tat sich in diesem Kampfe f ü r das Polentum die Bachemsche „Kölnische Volkszeitung" hervor, der dies ja zeitweise den Spottnamen der „Gazeta Bachemska" eintrug. Mit auffallender Heftigkeit befehdete sie vor allem den Alldeutschen Verband, in dem sie wohl den unabhängigsten und entschlossensten Vorkämpfer für das Deutschtum im Osten sah. Sie schiebt dem Verband offen katholikenfeindliche Absichten unter: so sagt sie „dem Alldeutschen Verband sei es bekanntlich (?) um den Kampf gegen das Zentrum und die katholische Kirche zu tun, deshalb arbeite er so eifrig gegen die Polen" (AB 02, 29). Abgesehen von der unzulässigen Verquickung

der katholischen Kirche mit einer politischen Partei, wird hier Ursache und Wirkung vertauscht. Richtig wäre gewesen zu sagen „der Alldeutsche Verband arbeitet gegen die Polen und kommt deshalb mit ihren Beschützern beim Zentrum, vor allem der „Kölnischen Volkszeitung“ öfters in Streit“. Einsichtige Katholiken erkannten diese Sachlage auch an, so Graf Wilhelm Hoensbroech, der im Herrenhaus am 20. März 1902 bekennt: „daß die Agitation von polnischer Seite unter dem Deckmantel der Konfession getrieben werde, indem die Presse und leider auch die Geistlichkeit der Bevölkerung vorspiegelt, den Gebrauch der deutschen Sprache und die Aufnahme deutscher Anschauungen sei unkatholisch, daher unrecht“ (AB 02, 121).

Im Westen war es nicht viel anders. Das Zentrum nahm die katholischen elsaß-lothringischen Abgeordneten in seine Schutzherrlichkeit auf, trotzdem diese innerlich nach wie vor dem Deutschen fremd und feindlich gegenüber standen. Selbst eine so unwürdige und offenkundlich deutschfeindliche Persönlichkeit, wie der Abbé Wetterle wurde nicht zurückgestoßen. Auch dies mußte, bei der allmählichen Erhitzung des Völkerkampfs in der Westmark, Reibungen mit dem Alldeutschen Verbande herbeiführen.

Es ist schon früher erwähnt worden, daß man in Zentrumskreisen zeitweise dem Verbande eine Förderung der „Los von Rom“-Bewegung vorwarf, trotzdem er auch in dieser bedeutsamen Frage eine Stellung für oder wider ausdrücklich abgelehnt hatte. Wie weit bei dieser Veranlassung die Anwendung des alldeutschen Namens in Oesterreich mitgesprochen hat kann dahin gestellt bleiben. Jedenfalls zeugt diese Annahme von dem tiefen Mißtraum des Zentrums gegen die alldeutschen Bestrebungen, die, sich allerdings mit seiner engherzigen Behandlungsweise von völkischen Fragen (Flottenfrage, Kolonialfragen, Wehrfragen) und seiner berüchtigten „Kuhhandel“-Politik nicht vereinbaren ließen. Hieraus erklärt sich auch die Zustimmung des Verbands zu der Blockpolitik 1906, die eine wenigstens vorübergehende Entlastung von dieser reinen Parteiwirtschaft brachte.

Selbst während des Kriegs verstummte der Vorwurf nicht, daß der Alldeutsche Verband katholikenfeindliche Politik treibe, weil er sich naturgemäß öfter veranlaßt gesehen hatte, der verderblichen Tätigkeit der Partei, die zum willenlosen Werkzeug eines Erzberger geworden war, entgegenzutreten. Dies wurde schließlich so arg, daß hervorragende katholische Mitglieder des Verbands, um Verwirrung in den Köpfen zu vermeiden, sich genötigt sahen, mit einer öffentlichen Erklärung herauszukommen, daß sie ebenso treue Katholiken wie gute Alldeutsche seien und eine weitere Beteiligung der deutschen Katholiken an den alldeutschen Bestrebungen nur willkommen geheißen werden könne (AB 18, 197).

Die künftige Stellung des Verbands zur Zentrumspartei wird, wie schon erwähnt, von deren weitern Haltung zu den völkischen Fragen abhängen und von Fall zu Fall zu beurteilen sein. Ein ferneres Zusammenwirken dieser Partei mit der Sozialdemokratie wird allerdings geeignet sein, die zweifellos auch in Zukunft vorhandenen Gegensätze zu vertiefen, statt sie zu mildern, wie es am erstrebenswertesten wäre im Sinne gemeinsamer Arbeit am Wiederaufbau der sittlichen Kräfte unsres Volkes. Gerade dem Zentrum gegenüber wird nach seinem Verhalten während des Weltkrieges schärfste Aufmerksamkeit notwendig sein und es wird

beweisen müssen, daß es die furchtbar schweren Sünden dieser Zeit erkannt hat. Wenn immer aber in Zukunft der Alldeutsche Verband gezwungen sein sollte, gegen diese Partei wegen ihres politischen Verhaltens aufzutreten, so muß daran festgehalten werden, daß bei seiner ablehnenden Haltung gegen das Zentrum irgendwelche Feindseligkeit gegen den katholischen Glauben in keiner Weise mitspricht.

Wenden wir uns zuletzt zur Demokratie! Als Parteibezeichnung ist dieser Ausdruck ja erst seit kurzer Zeit (1918) bei uns im Schwange. Innerhalb der verschiedenen freisinnig-fortschrittlich-liberalen, ewig wechselnden Parteigebilde gab es aber immer schon einen demokratischen Flügel[1]), der nach seiner Lebensanschauung und Zusammensetzung die Gegensätzlichkeit zum Alldeutschen Verband vor allem verkörperte. Ueber das Wesen der jetzigen Demokratie und seine Fehler ist von Lagarde, Chamberlain und F. Fick[2]) genügend und allseitig geschrieben, um jedem Mitglied des Alldeutschen Verbands ein eignes Urteil zu ermöglichen. Es bedarf deshalb nur weniger ergänzenden Worte. So weit eine Demokratie, wie die deutsche unsrer Tage, nach den Ueberlieferungen der französischen Revolution das Trugbild völliger Gleichheit der Menschen verficht, ist von vornherein eine grundsätzliche Verschiedenheit zwischen ihrer und der alldeutschen Gedankenwelt vorhanden. Denn die politische Forderung der Gleichheit setzt die Anerkennung gleicher Befähigung und gleicher Würdigkeit ihrer Träger voraus. Schroff steht dieser Grundannahme die Weltanschauung des Alldeutschen Verbands gegenüber. Gleich Gobineau un Chamberlain bekennt er sich zu der Auffassung, daß eine Fortbildung der Menschheit nur möglich sei nach der Maßgabe, wie germanisches Blut in den einzelnen Völkern sich vorfinde, und er glaubt ferner, daß innerhalb dieses Rahmens unserm deutschen Volke wieder eine besondere Befähigung zur Arbeit an diesem hohen Werke verliehen sei. Diese Auffassung führt folgerichtig zu der zweiten, daß innerhalb des Einzelvolks sich dessen Eigenart wieder in einzelnen besonders begnadeten Männern vor allem stark und schöpferisch auspräge — Männer machen Geschichte. Und schließlich, daß diese erwählten Geister natürlich auch den Trieb in sich haben, sich durchzusetzen — dazu bedarf es der Macht. Die Entwicklung der gegenwärtigen Scheindemokratie führt aber über die Völkerverbrüderung zur Entartung, zum rasselosen Völkerbrei. Sie wird trotzdem keineswegs den ewigen Frieden bringen. Denn das naturwissenschaftliche Gesetz vom Kampf ums Dasein bleibt in eherner Strenge bestehen. Sie führt nur statt zur Herrschaft der Besten und Fähigsten zum unterschiedslosen Kampf Aller gegen Alle. — Natürlich herrschen im sozialdemokratischen Lager in dieser Hinsicht ähnliche Anschauungen wie bei den Demokraten, von wo sie ihren Ausgang nahmen, nur vergröbert und durch Standeseigennutz entweiht. Der bürgerlichen Demokratie gebührt aber die geistige Vaterschaft, weshalb sie bei ihr besprochen werden.

---

[1]) Es gab auch eine selbständige „süddeutsche demokratische Partei“ (Frankfurter Zeitung), die sich später mit der Fortschrittspartei verschmolz.

[2]) Lagarde in den „Deutschen Schriften“, Chamberlain in „Demokratie und Freiheit“, F. Fick-Zürich in der „Deutschen Demokratie“, letzteres Werk besonders fesselnd, weil es die wahre „Schweizer“demokratie und die verfälschte „Deutsch-jüdische“ Demokratie gegenüberstellt.

Es sei vor allem betont, das Demokratie und Demokratie zweierlei ist. Nach Lagarde sind Demokratie und Aristokratie zwei sich gegenseitig bedingende und ergänzende, gleich notwendige Geistesrichtungen im Leben eines Volkes. Verderblich wird nur die einseitige Ausbildung einer dieser beiden Grundrichtungen in einem Staate. Zu dieser Ausschließlichkeit, ja zum Abgleiten zur Ochlokratie (Pöbelgesinnung) neigt unsre jetzige politische Demokratie und führt damit letzten Endes zur Vernichtung all dessen, was dem Alldeutschen als Hochziel vorschwebt. Vor allem kommt dieser Widerspruch auf dem Gebiete der Rassenfrage zur Geltung, und innerhalb dieser ist es vor allem die Judenfrage, die umsomehr hervortritt, als die ganze Judenschaft den demokratischen Parteien der verschiedensten Abstufungen (bis zur äußersten Linken) anhängt oder vielmehr sie richtunggebend beherrscht. Von solchem voreingenommenen Gegner ist natürlich kein Verständnis in der Rassenfrage zu erwarten. Das ginge wider die Natur. Deshalb gibt es da nur Kampf und deshalb ist die Judenfrage nach und nach schlechthin **die** Zukunftsfrage des deutschen Volks geworden. Bevor sie befriedigend gelöst ist, kann an den Wiederaufbau unsres Volks nicht gedacht werden. Diese Erkenntnis muß jeder weitern Arbeit vorangehen, soll anders sie nicht von Anfang an zur Unfruchtbarkeit verdammt sein.

Ehe jedoch zu dieser so außerordentlich wichtigen Frage übergegangen wird, auch hier wieder eine Einschränkung. Die partei-demokratische Gedankenwelt, die, wie schon erwähnt, auch in den frühern freisinnig-fortschrittlichen Parteigebilden bereits von mächtigem Einfluß war, kennt an sich keine Volksgrenzen. Sie trägt daher ein völkerumspannendes Grundgepräge und muß deshalb häufig mit den völkisch bestimmten Hochzielen unsres Verbands in Widerstreit geraten. Selbstverständlich liegt es den Alldeutschen ferne, aus dieser Auffassung dem einzelnen deutschen Demokraten den Vorwurf vaterlandsloser Gesinnung schlechthin zu machen. Dazu denken sie von der eignen Art zu hoch. Die Tatsache ist aber nicht zu leugnen, daß diejenigen Parteien, die am reinsten den partei-demokratischen Gedanken in sich aufgenommen haben (oder zu haben glauben), sich seit der Reichsgründung fast immer alle dem widersetzt haben, was auf eine Stärkung des völkischen Gedankens und eine erweiterte Machtentfaltung des deutschen Reichs abzielte[1]), und daß sie erst sehr allmählich unter dem Drucke der „imperialistisch" gewordenen Wählermassen die Berechtigung solcher Forderungen anerkannten (vgl. ihre wechselnde Stellung zu den Fragen der Wehrhaftigkeit und kolonialen Ausdehnung des Reichs). Man findet dies schließlich bei allen Parteien, daß sie die freie Willensbetätigung der einzelnen Mitglieder, selbst in wichtigen Fragen nicht aufkommen lassen und sich deshalb zwangsläufig in einmal vorgezeichneter Bahn entwickeln. Die Unduldsamkeit gehört zum Wesen der Partei — ohne sie keine Wirkung. Richtunggebend sind dann nur wenige Männer, die Führer, und es ist ein Verhängnis für die demokratischen Parteien, daß ihre Führer entweder selbst Juden oder den jüdischen

---

[1]) Es wird nicht verkannt, daß süddeutscher Partikularismus, die Erinnerung an die Konfliktszeit und Mißtrauen gegen die weiter rechtsstehenden Parteien dazu viel beitrug. Ueberhaupt sind ja all solche Erscheinungen nicht so eindeutig, daß sie mit einer bestimmten Formel erschöpft werden könnten.

Einflüssen mehr oder minder zugängig waren. Denn lieber tut der echte Deutsche alles Andere, als daß er in den Verdacht der Unduldsamkeit geraten möchte, ein Vorwurf, mit dem die jüdischen Drahtzieher sofort bei der Hand sind, wenn ihre eigne Unduldsamkeit nur irgendwie bekämpft wird. Und dieser vorherrschende fremde Einfluß hat das Schöne und Wahre des demokratischen Gedankens im deutschen Parteileben verschüttet und das Wesen der Demokratie verfälscht.

Die Bedeutung der Rassenfrage für die Gegenwart zu leugnen, ist unmöglich, mag man sie beurteilen, wie man will. Sie ist einmal da und einer der Angelpunkte unsrer zeitlichen Entwicklung. Die jetzige Stellung des Alldeutschen Verbands zu dieser schwerwiegenden Streitfrage darf man als bekannt voraussetzen.

Nicht von Anfang an ist die Rassenfrage in ihrer vollen Bedeutung vom Alldeutschen Verbande gewürdigt worden. Zwar wurden hin und wieder im Kampfe der Meinungen Anschauungen laut, welche an unsre heutige Erkenntnis anklingen. Sie gerieten aber nur vereinzelt und so nebenbei mit in die Erörterungen hinein. Sie gaben aber nicht deren Tonart an und standen vor allem untereinander in keinem rechten Zusammenhange. So führte die drohende Ueberschwemmung des deutschen Gebiets durch Juden und Slawen infolge des deutsch-russischen Handelsvertrags zu einer Anfrage Hasse's im Reichstag (AB 94, 54), die aber seitens der Regierung, die ebenfalls die volle Bedeutung dieser Frage noch nicht erkannte, ungenügend beantwortet wurde. Später gaben die Aussprachen über das Staatsangehörigkeitsgesetz Gelegenheit, auf die gleiche Gefahr hinzuweisen (Graf Arnim, AB 95, 57). Gelegentlich wurde auch ein Verbot der Eheschließung zwischen Deutschen und den Eingeborenen der Kolonien und die gesetzliche Stellung der Abkömmlinge solcher Mischehen als Farbige verlangt. Als dann ein solches Verbot auf beschränktem Gebiete (Samoa) später auf dem Verwaltungswege erlassen wurde, verlangte noch 1912 der Reichstag seine Beseitigung und nur die Konservativen und Nationalliberalen zeigten einiges Verständnis für derartige Fragen (AB 12, 93). Hieraus geht hervor, wie allgemein verbreitet noch in verhältnismäßig später Zeit die Unkenntnis in solchen völkischen Fragen war, zumal wenn Parteigrundsätze (die Glaubensfrage beim Zentrum, die Gleichheitsphrase bei den Linksparteien) mitsprachen.

Erst im Jahre 1905[1]) hielt auf der Wormser Tagung Prof. Kuhlenbeck einen Vortrag über „Die politischen Ergebnisse der Rassenforschung", der zum erstenmale die ganze Rassenfrage vielseitig beleuchtete und ihre Bedeutung für unser Volk hervorhob. Am Schlusse seines Vortrags brachte der Redner zwar einige Schutzgesetze in Vorschlag (z. B. die Heimstättengesetzgebung und die Ausdehnung des Versicherungswesens auf den Mittelstand). Er selbst glaubte sich aber von gesetzgeberischen Maßnahmen keinen großen Erfolg versprechen zu dürfen, sondern nur von einer Erweckung und Erhaltung des Rassenbewußtseins im Volke. Mit einem solchen Ergebnis konnte der Verband allerdings nicht viel anfangen.

---

[1]) Allerdings waren auf den Verbandstagen in München 1898 durch Fr. Bley (AK 53), und in Hamburg 1899 (AK 71) durch Reismann-Grone „Die slawische Gefahr im Osten", aber weniger im Sinne ihrer Bedeutung für die Rassenfrage erörtert worden. Vgl. auch Samassas Vortrag in Eisenach (AK 133).

Der Hauptmangel des Vortrags lag aber darin, daß er die Judenfrage überhaupt nicht einmal erwähnte, sei es, daß der Redner selbst noch nicht über diese Kernfrage klar war oder daß ihm ihre Besprechung im Rahmen des Alldeutschen Verbands nicht zulässig erschien (AK 272). Und selbst noch auf dem Berliner Verbandstage 1909 betonten der Bericht des Prof. Langhans und die entsprechenden Verbandsbeschlüsse nur die Notwendigkeit der Grenzsperre gegen die nationalpolitisch gefährlichen Wanderarbeiter, während andre (Ruthenen, Letten) noch zugelassen werden sollten (AK 389). Von besonderem Belang ist jedoch eine Stelle des Berichts, indem die Zuwanderung der Ostjuden als Hindernis für die Eindeutschung der einheimischen Juden beklagt wurde. Welche verheerenden Wirkungen eine solche Verseuchung des Volkskörpers mit über einer halben Million einheimischer Fremdblütiger gehabt hätte, war hier ganz übersehen[1]).

Eine bessere Würdigung der Rassenfrage bahnte sich im Alldeutschen Verband erst seit Hasses Tod an. Die großen Zusammenhänge der bisher einzeln behandelten Fragen wurden erkannt und die hohe Bedeutung dieser Erkenntnis für unsere fernere völkische Entwicklung festgestellt. Zunächst mußten aber die alldeutschen Kreise selbst dieser neuen Erkenntnis gewonnen werden. Dem diente eine großangelegte Aufklärungstätigkeit auf den Verbandstagen usw., die das weite Gebiet von allen Seiten erhellte. So finden wir 1910 in Karlsruhe den Bericht Stade's „Ueber die völkischen Gefahren der Reichsversicherungsordnung" (AB 10, Nr. 38), 1911 in Düsseldorf über „Die Polen im Industriegebiet" (AB 11, 317), 1912 in Erfurt Vorträge Lieberts über „Die Mischehen in den Kolonien" und einen Antrag Mey zur Judenfrage, und 1913 in Breslau einen Bericht Flitner's über „Rassen und Rassenpflege". Das Versäumnis vieler Jahre konnte natürlich nicht in kurzer Zeit eingeholt werden. Man darf aber annehmen, daß bis zum Kriegsausbruch die Erkenntnis von der Wichtigkeit der Rassenfrage Allgemeingut im Alldeutschen Verband geworden war.

Fragen wir nun, wie es möglich war, daß eine eingehendere Beschäftigung mit der Rassenfrage im Alldeutschen Verband solange unterblieb, so muß man vor allem sich in das Gedächtnis zurückrufen, daß die ersten alldeutschen Führer noch Kinder einer anderen Zeit waren, denen, ähnlich wie Lagarde, der Rassengedanke auch wissenschaftlich noch ferne lag. Erst die zweite Hälfte der 90er Jahre brachte die Veröffentlichung des Gobineau'schen Rassenwerks durch Schemann und der „Grundlagen" Chamberlains, die beide für die Verbreitung der Rassenlehren so ausschlaggebend waren. Und dann noch eins. Bei einem tieferen Eindringen in die Rassenfrage mußte eine Stellungnahme zur Judenfrage unvermeidlich erscheinen. Dieser Frage ging man aber beim Alldeutschen Verband auf das vorsichtigste aus dem Wege, trotzdem ihm von jüdischer Seite nie die geringste Förderung zuteil geworden war. Allerdings zählte er einige wenige Juden zu seinen Mitgliedern. Das waren gewissermaßen die „Fühler" des Judentums, das ja überall seine Vorposten haben muß. Es mag auch die Scheu beim Verbande mitgesprochen haben, nicht dem

[1]) Lagarde hatte früher auch die Verschmelzung der deutschen Juden mit unserem Volke verlangt, allerdings in einer Zeit, wo die wissenschaftliche Erkenntnis der Rassenfrage noch in den Kinderschuhen stak.

Vorwurf der Unduldsamkeit zu verfallen, womit ja die Judenschaft jeden sachlichen Gegner bei uns Deutschen so leicht anrüchig zu machen versteht. Die jüngeren Kräfte im Verbande drängten auch hier im Sinne eines gesunden Fortschritts, vermochten sich aber zuerst noch nicht durchzusetzen. So ganz konnte man indes die Judenfrage aus den Erörterungen nicht ausschalten. Schon bei der Gründungsversammlung im April 1891 hatte der Abgeordnete von Werdeck eine klare Stellungnahme im Sinne der Nichtaufnahme von Juden in den Verband verlangt, war aber hiermit infolge des Einspruchs von Dr. Peters nicht durchgedrungen. Solche Halbheiten rächen sich immer. Denn trotz dieser Nachgiebigkeit konnte der Verband wegen seiner völkischen Art doch nicht die Unterstützung, ja nicht einmal die Duldung der Juden gewinnen, während für ihn seine Zurückhaltung ein Hemmnis in all seinen Entschließungen und Arbeiten fast 30 Jahre lang wurde. In den späteren Jahren sorgte dann die Ostjudenfrage dafür, daß man sich der Judengefahr wenigstens von Zeit zu Zeit stärker bewußt wurde. Infolge der Zurückhaltung des Verbands wurde natürlich auf die klare Erkenntnis der Gefahr, welche das Judentum für den deutschen Volkskörper bedeutete, für weitere Kreise gehemmt und hintangehalten. Denn erst eine allseitige öffentliche Behandlung schwebender brennender Tagesfragen eröffnet dem Verständnis ihrer Bedeutung Bahn. Und diese öffentliche Aussprache fehlte[1]). Nur im verschwiegenen Schoße des Geschäftsführenden Ausschusses fand die Judenfrage durch den Antrag Mey im Jahre 1912 Eingang. Sie hatte den Erstlingserfolg, daß zwar eine Stellungnahme von Verbandswegen abgelehnt, andrerseits aber ausdrücklich anerkannt wurde, daß der Verband auf den Boden der Rassengrundsätze stehe. Schon 1913 mußte sich der Geschäftsführende Ausschuß in München erneut mit dieser Frage beschäftigen, diesesmal infolge der drohenden Einwanderung polnischer Juden, und noch im gleichen Jahre, im Juli in Berlin und im September in Breslau, die grundsätzliche Bedeutung der Judenfrage zugeben. Man sieht, die Dinge waren nun im Fluß und die Frage verschwand nicht mehr von der Tagesordnung.

Der Kriegsausbruch brachte den Burgfrieden, unter dessen Schutze das Judentum so recht ungestört seine unheilvolle Tätigkeit entfalten konnte, ohne daß eine eigentliche Gegenwirkung zunächst möglich war. Erst gegen das Ende des Kriegs, als es schon zu spät war, durfte man in der Oeffentlichkeit vorsichtig auf die Schäden hindeuten. Nach außen hin legte diese Beschränkung dem Verbande schwere Fesseln für seine Betätigung an. Dagegen nahm in seinem Schoße selbst die Entwicklung nun schnellen Fortgang. Angesichts der geradezu verheerenden Tätigkeit bröckelten immer mehr von denen ab, die bisher eine Stellungnahme des Verbands abgelehnt hatten. Nach eingehender Prüfung aller Verhältnisse und wiederholter Vertagung der Beschlußfassung wurde dann endlich in der letzten Kriegssitzung des Verbands am 19. Oktober 1918 die Judenfrage in den Wirkungskreis des Verbands einbezogen. In der Bamberger Erklärung legte dann der Verband öffentlich die zersetzende Tätigkeit der Juden in unserm Volkskörper und ihre Folgen dar. Ihre Bekämpfung wurde nun endlich in die neuen Satzungen, August 1919, endgültig

[1]) Einen gewissen Ersatz bot Frymanns Buch, das seinem nicht unbeträchtlichen Leserkreise die notwendige Aufklärung vermittelte.

aufgenommen und muß als ein Hauptmittel zur Wiederbelebung des Deutschtums betrachtet werden.

Neben diesen Hauptfeinden der innern völkischen Entwicklung sei nur noch ganz kurz und lediglich der Vollständigkeit halber erwähnt, daß der Verband auch in minderwichtigen Fragen stets die völkischen Belänge vertrat. Z. B. verlangte er in den 90er Jahren aus Anlaß des mehrfachen Thronwechsels in Koburg, daß die deutschen Fürstenthrone nur von deutschgeborenen und deutschgesinnten Männern eingenommen werden könnten, die vor allem soviel Selbstgefühl haben müßten, keine ausländischen Trinkgelder in Form von „Apanagen und Pensionen" zu beziehen. Auch in der Welfenfrage schien ihm die Braunschweiger Lösung nicht der dauernden Ruhe des Reiches zu entsprechen, Bedenken, die er wiederholt, zuletzt noch 1913 auf dem Breslauer Verbandstag (Vortrag Vietinghoffs und Entschließung des Verbands hierzu) zum Ausdruck brachte (AB 13, 303)

4. Die alldeutsche Auslandspolitik.

Hinsichtlich unsrer Auslandspolitik verlangten die alten Satzungen (§ 2, Ziffer 4) „eine tatkräftige deutsche Interessenpolitik in der ganzen Welt, insbesondere Fortführung der deutschen Kolonialbewegung zu praktischen Ergebnissen."

Zunächst ein Wort der Aufklärung und Einschränkung. Es ist in obigem Richtsatz von der „ganzen" Welt die Rede. Damit soll nicht gesagt sein, daß der Verband gewissermaßen die Forderung aufstellte, daß das deutsche Reich den Hans Dampf in allen Gassen bei allen Welthändeln spielen müsse, um hierdurch aus einer Verwicklung in die andre zu taumeln. Eine solche „uferlose" Machtpolitik haben nur böswillige Gegner dem Verbande mehr als einmal angedichtet. Es sollte durch diese Worte nur der Tatsache Ausdruck gegeben werden, daß die Zeit vorüber sei, wo man außerhalb seiner Heimat den Deutschen glaubte übersehen und seine Belänge willkürlich verletzen zu dürfen, daß vielmehr jetzt, wo immer es auf der Welt sei, hinter jedem unsrer Landsleute die g a n z e deutsche Macht stehe, wenn es gälte, seine Rechte zu vertreten. Etwa in gleichem Sinne gab ja auch der Kaiser auf der Salburg dann die stolze Losung „Civis Germanus sum" aus.

Natürlich beschränkte sich die Tragweite unsres Satzes nicht auf den Schutz und die Erhaltung des Bestehenden. Er verlangt vielmehr auch die Förderung und Weiterentwicklung der deutschen Belänge, soweit es sich mit der Achtung der fremden Rechte vereinbaren lasse. Die Satzungen fordern also eine Schutzpolitik und gleichzeitig eine Ausdehnungspolitik. Letztere selbstverständlich im Sinne weiser Mäßigung, unter Berücksichtigung der eignen Machtverhältnisse und der eignen Fähigkeit, das Neuerworbene auch dauernd zu behaupten. Dies schloß natürlich ein kühnes, entschlossenes Zugreifen nicht aus in Fällen, wo rasches Handeln geboten war, um unwiederbringliche, günstige Gelegenheiten nicht zu verlieren, was in Anbetracht des späten Eintritts Deutschlands in die Reihe der Weltmächte besonders gefahrvoll gewesen wäre.

Mit dem Jahre 1890 fand das Zeitalter Bismarcks, das Kindesalter des deutschen Reiches, seinen Abschluß. Dieser hat einmal aus besonderem Anlaß, um das Mißtrauen des Auslands gegen das neue Reich zu beschwichtigen, davon gesprochen, daß Deutschland nunmehr „saturiert“ sei. Dieses Wort wurde gerade von den ehemaligen Gegnern seiner Tätigkeit aufgegriffen und all denen, die einer Weiterbildung des Bismarckischen Werks über See das Wort redeten, als Urteil des Meisters, der von Weltpolitik nichts habe wissen wollen, entgegengehalten. Tatsächlich war aber die Weltpolitik durch den Erwerb wertvoller Schutzgebiete von ihm selbst bereits in die Wege geleitet und hätte wohl einen größeren Umfang angenommen, wenn nicht der Reichstag ihm auch auf diesem Gebiete die Heerfolge versagt hätte, wie er denn in seiner Mehrheit noch Jahre lang nur ein ganz bescheidenes Maß von Verständnis für die Bedeutung unsrer Schutzgebiete und die Notwendigkeit ihrer Erschließung bewies. Aber auch abgesehen davon hätte ein einzelner Ausspruch des gerade vom Alldeutschen Verbande so hochverehrten Kanzlers nie zum dauernden Hemmschuh der Fortentwicklung werden dürfen, wenn die veränderten Zeitverhältnisse es anders geboten. Denn im Leben der Völker ist alles im Fluß. Starre Gesetze von ewiger Bindung sind in der Staatskunst ebensowenig anwendbar wie auf dem verwandten Gebiete der Kriegskunst. Moltkes Wort, daß „die Strategie ein System von Aushilfen“ sei, könnte man ohne weiteres auf die Politik übertragen, womit gesagt sein soll, daß sich die Maßnahmen stets der jeweiligen Lage anpassen müssen, nicht aber umgekehrt. Diese Lage war aber gegen die Bismarckische allmählich gewaltig verändert. Die mächtige wirtschaftliche Entwicklung des Reichs und die starke Vermehrung des Volks erzeugten Rohstoffhunger und Landhunger. Und diese beiden erzwangen einfach Deutschlands Eintritt in die Weltpolitik.

Dem Alldeutschen Verbande war es klar, daß der Umfang der weltpolitischen Betätigung des Reichs mit seinen wirtschaftlichen Kräften und seinen Machtmitteln sich im Einklang befinden müsse. Hieraus durfte er aber nicht etwa den Trugschluß ableiten, daß das als notwendig Erkannte im Verhältnis zu den unzureichenden Mitteln eingeschränkt werden müsse, sondern daß umgekehrt die Machtmittel derart zu entwickeln seien, daß sie die Erreichung des Notwendigen ermöglichen. Hierin liegt das A und O des Gegensatzes zwischen den Freunden und Gegnern einer deutschen Weltpolitik. Es ist im Grunde genommen der gleiche Gegensatz, wie er zwischen dem „neuen Kurse“, vor allem seinem letzten und verderblichsten Vertreter Bethmann-Hollweg und den völkischen Forderungen, als deren Hauptwortführer der Alldeutsche Verband angesprochen werden kann, bestand. Infolgedessen sind all unsre Fortschritte zu und in der Weltpolitik den leitenden Staatsmännern erst in schwerem und zähem Kampf abgerungen worden. Wie anders hätte die Entwicklung laufen können, wenn unsre Staatslenker schneller sich gewöhnt hätten, „in Erdteilen“ zu denken und die alldeutsche Bewegung als Vorgespann zu weitsichtiger Tat zu benutzen.

Das Bekenntnis des Verbands zur Weltpolitik leitet sich schon aus seiner Gründungszeit her. War er ja doch aus dem Unwillen geboren,

der nach Bekanntwerden des Sansibarvertrags in ganz Deutschland aufbegehrte, als es sah, welch großer, nie wieder gutzumachender Schlag hierdurch einer raschen und gesunden Weiterführung unsrer kolonialen Ausdehnung in Afrika versetzt sei. Deshalb findet man auch den Gedanken, daß Deutschland Weltpolitik treiben müsse, schon in dem Frankfurter Aufruf 1890. Im Frühjahr 1891 fand er dann in den ersten Verbandssatzungen in dem bereits mitgeteilten Wortlaut Aufnahme. Eine weitere, noch bestimmtere Gestalt nahm er dann im Jahre 1894 aus Anlaß des Chinakriegs und der Delagoabuchtfrage an. Zum ersten Male findet sich jetzt in den „Alldeutschen Blättern" die Forderung aufgestellt, daß keine der Parteien einer europäischen oder anderen Macht eine Vergrößerung einräumen dürfe, die nicht auch dem Deutschen Reiche zuteil werde (AB 94, 183/5). Genauer drückte dies dann Ernst Hasse später im Reichstag aus (AB 97, 10 und 51). Er verlangte, daß keinerlei Machtverschiebungen zu Gunsten der Großmächte, wo immer es sei, mehr eintreten dürfe, ohne daß das Reich seinen gemessenen Anteil habe, und mahnt die Regierung wiederholt, solche Ansprüche zur Geltung zu bringen, wie dies schon früher bezüglich der Türkei (1897/98) und China (1900) angeführt wurde.

Die Anmeldung derartiger Ansprüche, ja überhaupt die Betätigung in Fragen der auswärtigen Politik erschien der damaligen Zeit als etwas Neues, beinahe Unerhörtes. Zu Bismarcks Zeiten wußte man sich sicher geborgen, soweit es die Leitung der auswärtigen Geschäfte betraf, und hielt deshalb auch im Reichstage dem Meister gegenüber mit seinem Urteile in dieser Beziehung zurück. Dies hatte eine recht schädliche Folge. Denn die Abgeordneten, vor allem der regierungsfreundlichen Parteien, entwöhnten sich überhaupt fast der eingehenden Beschäftigung mit den wichtigen Fragen der Auslandspolitik und verloren durch diese Selbstbescheidung in mancher Hinsicht den richtigen Blick und das Verständnis hierfür. Denn nur die Uebung macht den Meister. So erklärt es sich, daß man auch nach Bismarcks Abgang, sei es aus Gewohnheit, sei es aus Mangel an Einsicht die Geschäfte und die Tätigkeit des Auswärtigen Amts bei den Beratungen des Staatshaushalts nur einer recht oberflächlichen Prüfung unterzog. Selbst so unerquickliche Ueberraschungen wie der Sansibar-Vertrag änderten hieran wenig.

Nun trat auf einmal der Alldeutsche Verband auf den Plan. Er wollte gerade das Verständnis für eine kräftige und weitschauende Politik wecken. Deshalb mußte er zu jeder außerpolitischen Frage von Verbandswegen Stellung nehmen und seine gewonnenen Einsichten der Oeffentlichkeit vermitteln. Daß er in seinen Kundgebungen vielfach die Wege und Ziele der amtlichen deutschen Politik nicht billigen konnte, lag nicht an ihm. In den verantwortlichen Kreisen empfand man es aber als Anmaßung, daß hier nichtbeamtete Leute „ohne Kenntnis der Vorgänge" mitreden wollten, mochten diese Leute immerhin nach Herkunft, Vorbildung und Beruf die Fähigkeit zu selbständigem Urteil besitzen. In der Wilhelmstraße lebte man noch allzusehr in der Anschauung vom beschränkten Untertanenverstande aus den Vormärztagen und glaubte im Schatten des Titanen die Erbweisheit außenpolitischen Verständnisses allein zu besitzen.

Nur so kann man die manchmal recht unangebrachte Gereiztheit und Ueberheblichkeit erklären, die bis zu Bülows und Bethmanns Tagen immer wieder dem Alldeutschen Verbande entgegentönten, mochte er sich mit unmittelbaren Kundgebungen an die Kanzler wenden oder mochte er seine Anschauungen im Reichstag durch den Mund nahestehender Abgeordneter vortragen. Gewiß wird der Verband auch manchmal daneben gegriffen haben, so daß auch ungerechte Urteile vorkamen. Dies berechtigte aber keineswegs zu der gewohnheitsmäßig abweisenden Tonart, zumal wenn man seine Gesamttätigkeit überblickte und dann feststellen mußte, daß er in allen Hauptfragen, trotz mangelnder Aktenkenntnis, das richtigere Urteil gehabt und das stetigere und kraftvollere Handeln befürwortet hat.

Natürlich fand die Regierung von Seiten des Zentrums und der Linksparteien freudige Unterstützung. Besonders bezeichnend ist ein Wort des einflußreichen Zentrumsabgeordneten Fritzen, der 1895 sagen konnte: „Weltpolitik, das ist das für die Politik, was der Größenwahn für den Menschen". Und dies Wort machte sich der Führer der Freisinnigen, der Abgeordnete Richter, noch am 30. November 1896 ausdrücklich zu eigen. So sah es damals in den Köpfen deutscher Volksvertreter von Rang aus. Die Zeit sollte aber über solche Anschauungen hinwegschreiten. Bei allen Neuerungen im menschlichen Dasein wiederholt sich ja immer die gleiche Erscheinung. Die erste Eisenbahn wurde einst gerade so befehdet, wie nun Deutschlands Uebergang zur Weltpolitik. Aber es vergingen kaum 10 Jahre und außer der äußersten Linken wagte keiner mehr im Reichstag die Mittel für weltpolitische Zwecke (Flotte, Kolonien) rundweg zu verweigern.

Es sei hier an ein Wort von Karl Peters erinnert, das er im Jahre 1897 (Nr. 31 des deutschen Wochenblatts) aussprach: „Das deutsche Reich wird im zwanzigsten Jahrhundert eine große See- und Kolonialmacht sein, oder es wird überhaupt keine Macht mehr sein". Wir sind zu spät und zu zaghaft in diese Entwicklung eingetreten. Nun liegt alles in Scherben.

Der Verband hätte vielleicht seine Bemühungen im Sinne einer rascheren Kolonialbetätigung nachdrücklicher bei der Volksvertretung zur Geltung bringen können, wenn nicht in seinen eignen Reihen Meinungsverschiedenheiten nicht unwesentlicher Art geherrscht hätten. Sie lassen sich am kürzesten durch das Stichwort „Festlands- oder Ueberseepolitik" bezeichnen. Schon im Jahre 1899 finden wir in den „Alldeutschen Blättern" (AB 99, 193) einen Aufsatz von Hasse hierüber, der in der Betonung der Notwendigkeit, Ueberseepolitik zu treiben, ausklingt. Damit hatte er aber schließlich nur seine eigene Meinung ausgesprochen, wenn er auch, als besonderer Kenner dieser Frage und als Verbandsvorsitzender aufmerksamer Beachtung sicher war und die allgemeine Auffassung in seinem Sinne beeinflußte. Am klarsten trat der Zwiespalt der Ansichten auf dem Wormser Verbandstag (1905) zutage. Beide Richtungen kamen dort zu Wort. Zunächst sprach Reismann-Grone, dessen fesselnde Ausführungen schließlich in dem Leitsatz endeten: „Erst festländische Politik, dann Kolonialpolitik; erst Deutschland, dann Uebersee". Zu diesem Ergebnis kam der Redner, nicht weil er grundsätzlicher Gegner der Welt-

politik war, sondern weil er glaubte, daß zur Zeit die geeigneten Mittel zu ihrer Durchführung noch nicht zur Verfügung ständen und daher erst zu beschaffen seien. Ihm gegenüber betonte General Liebert, daß wir neben der Festlandspolitik auch jetzt schon tatkräftige Ueberseepolitik treiben müßten. Dies verlange unser bedeutsamer Außenhandel, unsre Kolonien und Siedlungen in Uebersee, unsre starke Volksvermehrung und die Notwendigkeit, unsre Volksgenossen in überseeischen Ländern ihrem Volkstum zu erhalten. Seine Forderung gipfelt daher in der Losung: „Festlandspolitik und Ueberseepolitik". Zwischen beiden Anschauungen ist an sich die Kluft nicht so groß. Immerhin ist es bezeichnend, daß man von einer Entschließung, wie sie sonst bei wichtigeren Erörterungen auf Verbandstagen üblich war, Abstand nahm. Hiermit war aber die Streitfrage eigentlich nur vertagt, nicht gelöst. Bei jedem neuen Einzelfall mußte vielmehr die Frage wieder auftauchen. So geschah es z. B. im Marokkofall. Damals verteidigte die Regierung ihre Zurückhaltung mit ganz ähnlichen Gründen. Bethmann sprach es am 9. November 1911 im Reichstag aus (AB 12, 13): „Eine starke Politik kann Deutschland gerade im Sinne einer Weltpolitik nur führen, wenn es sich auf dem Kontinent stark erhält. Nur das Gewicht, das es als Kontinentalmacht einsetzen kann, ermöglicht Welthandel und Kolonialpolitik, — beide fallen in sich zusammen, wenn wir uns zu Hause nicht stark halten. Erwerben wir Außenpositionen, zu deren Sicherung wir unsre kontinentalen Kräfte verzetteln und schwächen müssen, dann sägen wir an dem Ast, auf dem wir sitzen . . . ., deshalb ist es von der deutschen Politik in den letzten Jahrzehnten richtig gewesen, daß sie keine politischen Aspirationen in Marokko verfolgte". Nach Hänsch[1]), dessen Ausführungen in den „Alldeutschen Blättern" wir hier folgen, bedeutet dieses Bekenntnis des Kanzlers

1. daß das Deutsche Reich eine Festlandsmacht ist,
2. daß die deutsche Kolonial- und Weltpolitik unsre festländische Machtstellung nicht gefährden dürfe,
3. daß deshalb die Erwerbung von Kolonien dort ihre Grenze findet, wo ihre Sicherung die Einsetzung eines wesentlichen Teils unsrer festländischen Kräfte nötig machen würde und
4. daß die deutsche Politik in den letzten Jahrzehnten von diesen Grundsätzen sich habe leiten lassen, besonders bezüglich Marokko.

Diese Grundsätze seien aber zum Teil (1 und 4) nicht einmal richtig und wahr und würden die koloniale Weiterentwicklung des Deutschen Reichs dauernd innerhalb so enger Schranken fesseln, daß dadurch das Ganze Schaden leide. Mit den Worten: „In die Rumpelkammer mit allen Begriffen, die uns wieder einschnüren wollen in spanische Stiefel. Volldampf voraus!" schließt der Verfasser seine bewegten Ausführungen. Leider waren die jahrelangen Versäumnisse solcher Anschauungen nicht mehr gut zu machen, selbst wenn es die Regierung noch gewollt hätte. Peters hat vorläufig mit seiner düstern Voraussage Recht behalten. Für die Gegenwart erhebt sich aber die Frage, ob der Verband sich mit diesem

[1]) Dr. F. Hänsch hat sich besonders in den Jahren 1911—1914 mit den alldeutschen Kolonialbestrebungen beschäftigt. Viele Aufsätze in den „Alldt. Blätt." zeigen von seiner ersprießlichen Tätigkeit. Ebenso seine Schrift „Grundzüge deutscher Siedlungspolitik in den Kolonien".

jetzigen trostlosen Zustand dauernd abfinden soll. Sicher nicht! Ebenso sicher ist es aber, daß es zunächst gilt, erst wieder Festlandsmacht zu werden, ehe an die Wiederaufnahme der Uebersee-, also Weltpolitik, gedacht werden kann. Noch ist das 20. Jahrhundert, von dem Peters redet, erst zu einem Fünftel verflossen. Entscheidend für Deutschlands Zukunft wird erst sein, welche Weltgeltung es am Ende dieses Zeitraums haben wird.

a) Bereitstellung der Machtmittel.

Trotz der erwähnten Meinungsverschiedenheiten verfolgte der Alldeutsche Verband bis zum Kriegsausbruch im allgemeinen eine Weltpolitik im umfassenderen Sinne einer Machtentfaltung und -Betätigung sowohl auf dem Festland als in Uebersee. Hieraus ergab sich folgerichtig, daß er vor allem dahin wirken mußte, daß auch die Machtmittel bereitgestellt wurden, die eine solche Politik tragen konnten.

Weltfragen sind Machtfragen. Deshalb handelte es sich in erster Linie darum, die deutschen Rüstungen derart zu stärken, daß unsre Streitkräfte imstande waren, den deutschen Machtansprüchen den nötigen Nachdruck zu verleihen. Für Uebersee kam hierfür vor allem die Flotte in Frage. Bei der frühern einseitigen Betonung des Festlandstandpunktes war im allgemeinen die Weiterentwicklung des Landheeres bis 1890 nicht vernachlässigt worden, wenn auch auf diesem Gebiete aus übermäßiger Rücksicht auf die Geldbeschaffung nicht alles geschehen war, was nach der Verfassung beim Volke der allgemeinen Wehrpflicht hätte geschehen müssen. Dagegen befand sich die Flotte beim Entstehen des Alldeutschen Verbands im Zustande fortschreitender Verkümmerung. Zunächst mußte also auf ihre Stärkung — fast könnte man sagen auf ihre Neuschaffung — hingearbeitet werden. Kaum eine Frage hat den Verband während der ganzen Zeit seines Wirkens, neben der Fürsorge für unsre Grenzmarken, nachhaltiger beschäftigt, als die Flottenfrage. Deshalb sei sie auch an erster Stelle, vor dem Landheere behandelt.

Bekanntlich fällt kein Meister vom Himmel. Auch in der Flottenfrage mußte der Verband erst lernen. Zwar verlangte schon A. Fick in seinem weitsichtigen Antrage an den Verband (vom Dezember 1891) eine Verstärkung unsrer Rüstungen, wobei er in erster Linie an die Flotte dachte, um unsern Weltaufgaben gerecht zu werden. Die Anschauungen über die Bedürfnisse der Flotte waren aber noch recht ungeklärt. Bezeichnend ist es, daß selbst Hasse (AB 94, 201) die Mittel für den Panzerkreuzer „Ersatz Leipzig" am 9. März 1894 ablehnte, weil er flache kleinere Kanonenboote für nötiger hielt. Er verkannte also die Bedeutung dessen, daß sich in Uebersee neben den stolzen Fregatten Albions deutscherseits nicht nur Nußschalen kleinster Art zeigen dürften, mochten solche Fahrzeuge für gewisse Sonderzwecke auch noch so brauchbar sein, sondern daß es dazu großer voll- und gleichwertiger Kriegsschiffe bedürfe. Und am 1. März 1895 begrüßten die „Alldeutschen Blätter" zwar die Bewilligung von vier Auslandskreuzern zum Schutze der deutschen Belänge draußen; sie beeilen sich aber sogleich von uferlosen Plänen abzurücken: „Die Bewilligung ist nicht . . . . . der über das Ziel hinausschießenden Befürwor-

tung eines großen deutschen Flottenplans außerhalb des Hauses zu danken, sondern . . . .“.

Endlich fiel in Leipzig im Januar 1896 von Wislicenus das erlösende Wort: „Eine deutsche Flotte her!“ Die Vorgänge sind bereits im I. Teile geschildert. Nun entsann man sich der weitschauenden Pläne, die Prinz Adalbert in einer Denkschrift schon vor langen Jahren (1867) niedergelegt hatte, und ließ sich auch durch die Schlagworte „Flottenenthusiasten“ und „uferlose Weltmachtspolitik“ nicht mehr irre machen. Die von Leipzig aus eingeleitete Sammlung für die Schaffung einer deutschen Flotte wurde zwar auch anderorts freudig aufgenommen. Sie war aber ein Fehlgriff, wohl in Erinnerung an die ältere Flottenbewegung der 48er Zeit. Denn was hätten die gesammelten Gelder, selbst wenn beträchtlichere Summen zusammengekommen wären, bedeutet im Verhältnis zu den Kosten nur eines neuen Schlachtschiffs? Der Verband entschloß sich darum auch, die eingegangenen Gelder lieber der Werbung für den Flottengedanken dienstbar zu machen, um vor allem das Verständnis für diese Fragen in unserm Volke zu wecken und zu vertiefen. An die schwächliche Flottenleitung unter Hollmann erfolgte eine scharfe Absage. Es wird der Mut zur reinlichen Scheidung von den widerstrebenden Parteien des Zentrums und Freisinns verlangt. „Sonst müssen wir die Regierung, die wir unterstützen wollen, zwingen, dem einmütigen Verlangen von Kaiser und Volk gerecht zu werden.“ (AB 96, 180 und auch „Aufruf zur Flottenfrage“ AK 39).

Es sei hier nochmals betont, daß der Alldeutsche Verband hiermit als Erster auf dem Plan erschien und deshalb ebenso, wie in der Polenfrage, das Verdienst der Urheberschaft für sich beanspruchen kann. Ostmarken-Verein und die Flottenvereine entstanden erst, als der Verband bereits seine Arbeiten auf den betreffenden Gebieten bahnbrechend mit Erfolg aufgenommen hatte.

Zu einem großgedachten Flottenplan konnte sich Hollmann nicht entschließen. Er legte nur eine Denkschrift vor. Bedeutung erlangte sie aber nicht, da er bald darauf selbst abgehen mußte (im März 1897), nachdem hauptsächlich das Zentrum die Marinevorlage zu Fall gebracht hatte. Hierdurch kam endlich der richtige Mann an die leitende Stelle, Tirpitz, der sie dann fast zwanzig Jahre lang innehatte.

Die nächste Kundgebung des Verbands erfolgte auf dem Leipziger Verbandstag (AK 41). Wie wenig „uferlos“ seine damaligen Pläne waren und wie sie auch der Geldlage des Reichs Rechnung trugen, ersieht man aus dem Umstande, daß von ihm als Mindestmaß nur die Ebenbürtigkeit mit der russischen Ostseeflotte, als Höchstmaß eine Vermehrung bis zu zwei Dritteln der französischen Flotte verlangt wurde. Im Herbste kam dann die neue Flottenvorlage, die aber nur den Mindestforderungen des Verbands genügte, während die Zahl der verlangten Kreuzer unzureichend war, wie dies der Gesamtvorstand in einer Sitzung am 12. Dezember 1897 in Düsseldorf zum Ausdruck brachte (AB 44).

In seinem Aufklärungsfeldzuge hatte der Verband vom Anfang des Jahres 1896 bis zum Herbst 1897 fast allein gestanden, ohne sich deshalb in

seinem Wirken beirren zu lassen. Nun änderte sich mit einem Male die Lage, als auch der Kaiser öffentlich für die Flotte eintrat: „Reichsgewalt bedeutet Seegewalt, und Seegewalt und Reichsgewalt bedingen sich gegenseitig so, daß die eine ohne die andere nicht bestehen kann" (AB 98, 1). Die Flottenvorlage wurde mit einer bescheidenen Mehrheit (3 : 2) angenommen. Vom Verbande gebühren vor allem dem Prof. Hasse, Dr. Lehr, dem rührigen Kapitänleutnant Weyer und Dr. Reismann-Grone, letztern beiden wegen ihrer umfassenden Werbetätigkeit, kein geringes Verdienst an diesem Erfolg (AB 98, 66). Jetzt erst war das Eis gebrochen für die weitere Folge. Es war aber, wie gesagt, nur ein erster Erfolg, gewissermaßen nur eine Abschlagszahlung. Dies sprachen die „Alldeutschen Blätter" auch unmittelbar nach der Gesetzesannahme offen aus und fordern deshalb zur weitern Aufklärung der Oeffentlichkeit auf (AB 98, 84).

Nach dem Eintreten des Kaisers für den Flottenausbau entdeckten plötzlich viele Leute ihr flottenfreundliches Herz. Die Flottenvereine schossen wie Pilze aus dem Boden und erfreuten sich hoher Förderung. Es muß zugestanden werden, daß die Werbekraft des Verbands allein, eine so allgemeine Bewegung ohne das Kaiserwort nicht hätte auslösen können. Für den Verband handelte es sich um die Entscheidung, ob er nun dieses Arbeitsfeld ganz den Sondervereinen überlassen oder ob er in altem Sinne weiterwirken solle. Er entschloß sich zu letzterem. Denn die Unabhängigkeit der Flottenvereine schien ihm nicht unter allen Umständen verbürgt, je mehr ihnen die Unterstützung der Regierung zuteil wurde und der Beitritt hoher Persönlichkeiten ihr Ansehen hob. Die späteren Erfahrungen haben diese Auffassung bewahrheitet.

Zunächst wurde demgemäß die Werbung für den weitern und schnellern Flottenausbau vom Verband mit Nachdruck aufgenommen. Die politischen Ereignisse der Zeit (1899) gaben den äußern Anstoß hierzu. Eine Entschließung des Geschäftsführenden Ausschusses vom 3. April 1899 in Frankfurt a. M. verlangt beschleunigte Durchführung des Gesetzes von 1898 und erneute Aufklärungsarbeit im Volke, um ihm die Ueberzeugung von der Wichtigkeit der unausgesetzt steigenden Außenbelänge des Reichs zu vermitteln (AK 67). Ein Vortrag Dr. Lehr's und ein entsprechender Beschluß auf dem Hamburger Verbandstag (August 1899) unterstrichen nochmals diese Forderungen (AK 78). Das erneute Eingreifen des Kaisers, dessen bekanntes Wort „Bitter not tut uns eine starke deutsche Flotte", der Verband (am 29. Oktober von Mainz aus) mit einer Dankkundgebung begrüßte, brachte die Dinge in raschen Fluß. Schon in den ersten Wochen des neuen Jahrhunderts ging eine Flottenergänzungsvorlage dem Reichstag zu. Nur verstümmelt wurde sie bewilligt, da wiederum das Zentrum die Streichung der Auslandskreuzer durchsetzte (12. Juni 1900). Es war also auch dieses Mal nicht ganze Arbeit gemacht und Tirpitz selbst kündigte die Wiederanforderung der gestrichenen Kreuzer bei nächster Gelegenheit an. Der Verband konnte deshalb ebensowenig seine Arbeit auf diesem Gebiete für abgeschlossen betrachten. Die nächsten Jahre verliefen jedoch ruhig. Erst die infolge des russisch-japanischen Krieges geänderte Weltlage führte im Jahre 1905 zur Vorlage neuer Flottenforderungen. Auch hier war vom Verband seit Beginn des Jahres 1904

bereits wertvolle Aufklärungsarbeit geleistet worden. Die Forderungen — nur 6 Auslandskreuzer — entsprachen allerdings keineswegs seinen Wünschen, die vor allem eine beschleunigte Durchführung des Flottengesetzes bis zum Jahre 1912, statt 1920 anstrebten. (Entschließung auf dem Lübecker Verbandstag AK 25). Daneben wurde eine Weiterentwicklung der heimischen Schlachtflotte, sowie der Auslandsflotte, die Erwerbung von Flottenstützpunkten und die Legung von Kabeln nach unsern Schutzgebieten für notwendig erachtet. Selbst ein so gemäßigter Politiker wie Bassermann konnte im Reichstag seine Bedenken nicht unterdrücken, ob diese Vorlage genüge. Auch der Verband sprach auf seinem Leipziger Verbandstage am 17. Dezember 1905 seine Ansicht dahin aus, daß das Geforderte für die Wahrung unserer stetig wachsenden Seebelänge und angesichts der ernsten Weltlage noch nicht ausreiche und erwartet, daß der Reichstag darüber hinausgehend eintreten werde für

1. einen möglichst schnellen Ersatz der minderwertigen, immer noch als Linienschiffe geführten Fahrzeuge,
2. eine möglichste Verkürzung der Bauzeit der Neubauten und
3. eine grundsätzliche Herabminderung der Lebensdauer (AK 278).

Natürlich entsprach dieser Reichstag den ausgesprochenen, etwas harmlosen Erwartungen nicht. Im Gegenteil, er würdigte selbst die Bittschriften um Beschleunigung der Bauzeiten, nicht einmal einer Besprechung, trotzdem sie mehr als eine halbe Million Unterschriften trugen. Während dies noch spielte, erhielt die gesamte Flottenfrage durch den englischen Abrüstungsvorschlag eine neue Wendung.[1]) Es war der erste Versuch des Inselreichs in dieser Beziehung Deutschland zu übertölpeln und das eigne Uebergewicht zur See zu einem dauernden zu gestalten. Im Alldeutschen Verband, in dem jetzt (bis 1910) Graf E. Reventlow in Flottenfragen mehr hervortrat, wurde die Gefahr rechtzeitig erkannt. Noch im Jahre 1906 wurde auf dem Dresdener Tage der Gegenstand in ablehnendem Sinne behandelt. Dies fand 1907 auf dem Wiesbadener Verbandstag seine Ergänzung durch einen Vortrag Reventlows, der die alten Verbandsforderungen vom Jahre 1905 wiederholte und neuerdings durch das Verlangen „einer beschleunigten Ausgestaltung einer neuzeitlichen Küstenbefestigung und schnelle Schaffung einer U-Bootflotte“ ergänzte (AK 345).

Die Flottenvorlage von 1908 fand nur noch die Sozialdemokraten und Polen unter ihren Gegnern. So hatten sich seit einem Dutzend von Jahren die Anschauungen geändert und selbst das Zentrum hatte bereits 1907 eine Herabsetzung der Lebensdauer der großen Kampfschiffe durch den Mund seines Führers Spahn gefordert (AB 07, 274). Die neue Vorlage konnte, an den Forderungen des Verbands gemessen, in keiner Weise als genügend angesehen werden. Deshalb mußte er auch weiter für seine Ziele wirken. Dies war um so notwendiger, als die Gerüchte

---

[1]) Man denke an den Abrüstungsvorschlag Virchows am 21. Oktober 1869, der auch in der unpassendsten Zeit, fast unmittelbar vor einer sicher bevorstehenden schweren Kampfentscheidung, gemacht wurde.

von einer Flottenverständigung mit England nicht verstummen wollten und in dem Siege der regierungsfrommen Richtung im Flottenverein (gegen die schärfere Tonart Keim) neue Nahrung fanden. Daher wurde auch 1910 und 1911 auf den Verbandstagen in Karlsruhe und Düsseldorf von neuem ein Vorstoß unternommen und besonders im Hinblick auf die Aenderung der politischen Lage wiederum die Beschleunigung der Bauzeiten verlangt. Die neue Flottenvorlage 1912 brachte zwar einige anerkennenswerte Verbesserungen (z. B. in betreff der U-Boot- und Luftschiffbeschaffung), mußte aber in der Hauptsache ebenfalls als ungenügend betrachtet werden. Dies wurde in einer Entschließung in Hannover 1912 ausgesprochen, nach einem Vortrag des Admirals Breusing, der von nun an bis zu seinem vorzeitigen Tode (1914) dem Alldeutschen Verbande ein treuer und weitschauender Flottenberater war. Es war um die Zeit des Haldane'schen Besuches, dem in der Tat eine Verwässerung unsrer Flottenpolitik gelang, unterstützt durch Bethmanns Bestreben, mit England zu einer Verständigung zu gelangen. Gleichzeitig war von Churchill der Lockvogel eines Weltfeierjahrs im Flottenbau aufgestellt worden. Diesem neuen Ueberrumplungsversuch gegenüber enthüllte Breusing in einem wirkensvollen Vortrag in München 1913 (AB 13, 133) Bedeutung und Wert der englischen Verständigungspläne. Er bewies als Fachmann, was ja auch der Laie schon fühlte, daß der ganze Vorschlag auf eine Sicherung der dauernden Oberherrschaft Englands zur See hinauslaufe.[1]) Denn für uns werde der Zeitpunkt der Fertigstellung der Hochseeflotte aus Ueber-Großkampfschiffen (Dreadnoughts) hinausgeschoben, während England das Feierjahr zum Aufarbeiten von Rückständen, wie wir nicht hatten, voll ausnutzen könne. Durch Bauten für fremde Staaten, die dann schließlich jederzeit von England beschlagnahmt werden konnten, war zudem einer Störung seiner Werfttätigkeit und Arbeitslosigkeit vorgebeugt, während wir damit in erheblichem Umfange zu rechnen hatten. Der Verband schloß sich diesen Ansichten in einer Entschließung, der letzten zur Flottenfrage vor dem Kriege, vollinhaltlich an (AB 13, 133).

Daß dann der Alldeutsche Verband während des Kriegs für den ungehemmten und rechtzeitigen Einsatz unserer Kampfmittel, vor allem der U-Boote eintrat, ist schon erwähnt. Für die Unterstützung des Admirals Tirpitz setzte er sich besonders ein und sprach noch dem Zurücktretenden seinen Dank und sein Vertrauen beim Scheiden aus (AB 16, 125). Die Erfolglosigkeit dieses letzten unter den Einschränkungen des Bethmann'schen Burgfriedens geführten Kampfes ist bekannt, ebenso die traurigen Folgen für den Gesamtverlauf des Kriegs, die aus dem verspäteten Einsatz unsere U-Bootwaffe folgte.

Die Untätigkeit zermürbte dann unsere Hochseeflotte, deren Mannschaft schließlich bei Skapa Flow wenigstens einen Teil der ungeheueren Schuld zu sühnen suchte, die sie im November 1918 auf sich geladen hatte. Heute besitzen wir keine Flotte mehr. Die kümmerlichen Ueberreste, auf denen Zuchtlosigkeit und Parteiverblendung herrschen, können kaum als solche

[1]) Tirpitz hatte sich merkwürdigerweise mit einer Feststellung der Flottenstärken im Verhältnis 8 : 5 bereit erklärt, allerdings mit der Einschränkung „für die nächste Zeit". (AB 13, 48.)

angesehen werden. Hier muß ein gründlicher Wechsel eintreten, damit der Wiederaufbau einer starken deutschen Wehrmacht, gemäß unsern neuen Satzungen, auch zur See beginnen kann.

Die Tätigkeit des Alldeutschen Verbands zur Stärkung unserer Landrüstung tritt etwas zurück gegen seine Bemühungen zur Schaffung einer deutschen Flotte. Zwar fanden die stark angefeindeten Heeresvorlagen der Jahre 1893 und 1899 den Verband natürlich auf der Seite der Regierung. Zu einer größeren Werbetätigkeit kam es aber nicht. Denn man glaubte, daß die Regierung auf diesem Gebiete das Notwendige aus eigenem Antriebe rechtzeitig bereitstelle, eine Anschauung, die bis zur Jahrhundertwende ja auch im allgemeinen zutraf. Mit der Zeit entstand aber die Frage, ob das Heer bei den hohen Aufwendungen für die Flotte nicht aus übertriebener Rücksicht auf unsre Geldwirtschaft zu kurz komme, und ob sich seine stiefmütterliche Behandlung bei der immer drohenderen Weltlage, deren Entspannung mit schweren Festlandkämpfen verbunden sein werde, sich weiter vertreten lasse. Man konnte mit Fug und Recht geltend machen, daß die wirtschaftliche Entwicklung des Reichs auch eine höhere Belastung für Heereszwecke durchaus vertrage. Auch waren genügend Menschen zum Ausbau der Landmacht vorhanden, da zur Zeit von einer Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht keine Rede sein konnte und zahlreiche Kräfte für die Landesverteidigung brach lagen. Als im Jahre 1909 der Kriegsminister von Einem zurücktrat, glaubte man, daß dieser Schritt als Widerspruch gegen die Zurücksetzung der Heeresbedürfnisse anzusehen sei (AB 09, 284). Im Verbande hatte bereits Graf Reventlow in seiner vorerwähnten Dresdener Rede zur Abrüstungsfrage, diese Wehrfrage gestreift und war zu dem Schluß gekommen: „Flottenausbau und Landheer". Die Angelegenheit kam dann rascher voran, als General Keim, nach seinem Ausscheiden aus dem Flottenverein, in leitende Stellungen beim Alldeutschen Verbande übertrat und seine Sachkenntnis und seine Feuerseele ganz in den Dienst dieser Sache stellte. Zum erstenmale trat er 1910 auf dem Karlsruher Verbandstage für den Ausbau der Wehrmacht zu Lande ein (AB 10, 326), gewissermaßen als Auftakt zu dem bei den Beratungen des Staatshaushalts 1911 zu beschließenden neuen Quinqennatsgesetze. Sein Urteil über dieses geht aus einer Aeußerung vom Anfang des Jahres 1911 hervor (AB 11, 23). Dort sagt er: „Zweifellos wird die technisch, wie organisatorisch ungenügende und volksethisch schädlich wirkende Vorlage angenommen werden." Und zwar habe sie diese Mängel lediglich Nebenrücksichten zu verdanken, nämlich Erwägungen wegen der Kostenhöhe und Nachgiebigkeiten gegen das Zentrum. Das sei im höchsten Grade bedauerlich. „In Frankreich ist die allgemeine Wehrpflicht eine Tatsache, bei uns nur eine halbe Wahrheit." Fast gleichzeitig wurde im Zusammenhang mit der unglücklichen Wendung der Marokkoangelegenheit auf die schwarze Gefahr[1]) hingewiesen, eine Gefahr, deren Größe erst der Weltkrieg vollkommen geoffenbart hat (AB 11, 341). Auf alle Gebiete des Heeres erstreckte sich die Sorge des treuen Mannes,

[1]) Daniels bestritt in Delbrücks „Preußischen Jahrbüchern" noch 1913 ihr Vorhandensein (AB 13, 233).

damit zur bevorstehenden Entscheidung das Vaterland in seinem Landheere ein möglichst tadelloses Werkzeug besitze. Nur einige Punkte seien hier erwähnt. Die Bedeutung der Jugenderziehung und Jugendpflege in deutschem Sinne, um ein wehrhaftes Geschlecht großzuziehen, die Gefahr eines überalteten Offizierkorps, die Unterlegenheit unsrer Feld-Artillerie gegen die französische, die Unzulänglichkeit der Uebungen des Beurlaubtenstandes, der Mangel einer Ausbildung der Ersatzreserve, alle diese Dinge wurden von General Keim früh erkannt und öffentlich besprochen. In allen Fällen hat er Recht gehabt, wie der Krieg bewies, aber nur in den wenigsten vermochte er durch seine Wirksamkeit noch rechtzeitig Wandel zu schaffen. Seine Tätigkeit gipfelte schließlich in der vom Alldeutschen Verband unterstützten Gründung des Wehrvereins (AB 11, 439), der, bedingungslos unabhängig nach jeder Richtung, alle Kreise und alle Schichten unsres Volks umfassen und kein einseitiges militärisches Gepräge aufweisen sollte. Durch das Entstehen dieses Vereins fühlte sich der Verband aber keineswegs seiner eignen Pflicht enthoben, auf diesem Gebiete selbst weiterzuwirken. Besonders weckte er das Verständnis für die Dringlichkeit und Unzulänglichkeit der Wehrvorlagen von 1912 und 1913 und verlangte (im Geschäftsführenden Ausschuß in Braunschweig im Dezember 1912 — AB 12, 437) ohne Rücksicht auf Opfer, alles zu tun, um die Lücken der deutschen Rüstung zu schließen. Erwähnenswert ist, daß er in seinen Bestrebungen sich mit den gleichen Auffassungen des damals vielgenannten Generals von Bernhardi begegnete, der in einem Aufsatz in den „Alldeutschen Blättern" (AB 12, 453) hervorhob, daß „unsre Zukunft in unsrer eignen Hand liege". Bei solchen Anschauungen konnte natürlich auch die Heeresverstärkung des Jahres 1913 noch nicht als abschließend betrachtet werden. Dies brachte in München[1]) im Jahre 1913 General Keim zum Ausdruck (AB 13, 131), allerdings um eine scharfe Zurückweisung des bayrischen Kriegsministers daraufhin zu erfahren (AB 14, 21). Und noch kurz vor Kriegsausbruch wurde die Notwendigkeit der endlichen Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht in den „Alldeutschen Blättern" hervorgehoben (AB 14, 262).

Der Friedensschluß hat uns statt des Scharnhorst'schen „Volks in Waffen" ein Söldnerheer von ganz unzureichender Stärke aufgezwungen, das politisch verseucht und unzuverlässig, ebensowenig als geeignete Grundlage für den Wiederaufbau unsrer Macht gelten kann, wie die jetzige Flotte.

Auf beiden Gebieten, dem der Land- und Seemacht, gilt es für den Alldeutschen Verband, unser Volk der Gedankenwelt der Friedensschwärmer, die trotz all dem unsagbar Schweren der letzten Jahre noch ungebührlichen Einfluß haben, zu entreißen, damit es sich wieder auf seine alte Waffenfreudigkeit besinnt. Und es gilt ferner, alles daranzusetzen, ein gesundes und wehrhaftes Jugendgeschlecht voll vaterländischer Begeisterung trotz aller Hemmungen des Friedensvertrags und der sozialdemokratischen Gedankenverseuchung großzuziehen. Schließlich gilt es, darauf hinzudrängen, daß jede günstige Gelegenheit der äußern Lage ausgenützt werde,

[1]) Auch von Oesterreich-Ungarn wurde hier verlangt, daß endlich etwas Ernsthaftes für seine Wehrmacht geschehe.

um der schwersten Fessel, unsrer Verpflichtung auf ein Söldnerheer und dessen zahlenmäßige Einschränkung, ledig zu werden.

Als hauptsächlichstes Hindernis für den sachgemäßen Ausbau der Flotte und die zeitgemäße Fortentwicklung des Landheeres hatte sich immer die Geldfrage gezeigt. Nur wenige waren der Auffassung, daß jede Belastung durch Steuern für Wehrzwecke, mochten sie auch anfangs drückend erscheinen, mit Leichtigkeit von der zunehmenden Wirtschaftskraft des Reichs getragen werden könnte, und daß sie als Bürge des Friedens gewissermaßen eine Art Versicherungsprämie sei, die im Vergleich zu den Kosten eines unglücklichen Kriegsausgangs infolge mangelhafter Rüstungen gar nicht ins Gewicht falle. Im Alldeutschen Verbande hatte man deshalb alles getan, um die Kämpfe über die sogen. Reichsfinanzreform, an denen der Block zu zerschellen drohte, aus den Niederungen des Parteigetriebs und des Widerstreits einzelner Wirtschaftsbelänge emporzureißen und sie mit der Würde völkischen Empfindens zu adeln. Eine entsprechende Entschließung wurde 1908 nach Reventlows Vortrag „Die Reichsfinanzreform eine nationale Frage" auf dem Berliner Verbandstag gefaßt. Einen Erfolg hatte dieser Weckruf an das völkische Gefühl der Parteien nicht. Es ist einmal der Fluch der Parteiwirtschaft, daß sie sich nur in den seltensten Fällen dazu aufraffen kann, solche Fragen ohne Rücksicht auf das Parteiprogramm lediglich nach rein vaterländischen Gesichtspunkten zu betrachten.

b) Durchführung der Weltmachtpolitik.

In einem Zeitraum von fast 25 Jahren (bis zum Kriege) erstreckte sich natürlich unsre „Weltpolitik" auf fast alle Teile der Erde. Um daher eine gewisse Ordnung in diese recht verschiedenartigen Gebiete der Betätigung zu bringen und eine bessere Uebersicht zu gewinnen, muß noch eine Untereinteilung dieses Abschnitts vorgenommen werden. Als unmittelbar zum deutschen Reiche gehörig beanspruchen unsre Schutzgebiete den ersten Platz. Ihnen soll sich die Behandlung der andern Ueberseegebiete anschließen, die als künftige deutsche Siedlungs- und Wirtschaftsgebiete galten und deshalb zeitweise die ganze Aufmerksamkeit und Tätigkeit des Alldeutschen Verbands in Anspruch nahmen. Hieran sollen sich schließlich die Länder schließen, die sich in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Deutschen Reich befinden und die ganze große Zukunftsfrage „Berlin-Bagdad" in sich schließen.

b_1) Deutsche Kolonialpolitik.

Als im Jahre 1871 durch die Reichsgründung der größere Teil der Deutschen im Herzen Europas endlich zu staatlicher Einheit zusammengeschweißt wurde, waren die begehrenswerten Gebiete unsrer Erde bereits von den seemächtigeren Staaten, allen voran England und Frankreich, in Beschlag genommen. Damit hatten sich diese einen außerordentlichen Vorsprung und wirtschaftliche Unabhängigkeit gegenüber dem jetzt erst auftretenden Spätling erworben. Denn das Land der ehedem so seemächtigen Hansa hatte in den vergangenen Jahrhunderten kolonialer Ausdehnung den Tummelplatz für all die verheerenden Kämpfe abgeben

müssen und sich darum zur politischen Ohnmacht verdammt gesehen. Nur zu vorübergehenden und bedeutungslosen Versuchen Brandenburg-Preußens war es gekommen, einen Anteil an diesen reichen Ländern über See zu gewinnen. Es stand aber keine Seemacht dahinter, die der neu entstehende Großstaat, abseits des Weltmeers (das später erworbene, abgeschiedene Ostfriesland kommt wenig in Betracht) und im Kampfe um die eigne Stellung begriffen, nicht auch noch schaffen konnte.

Nun war endlich das deutsche Volk zu staatlicher Macht geeint und hatte in den Nordseehäfen die nötigen Ausfallpforten zum offnen Weltmeere gewonnen. Mächtig entwickelten sich sein Handel und sein Gewerbe. Aus dem Rahmen der Kleinstaaterei heraustretend, erwuchs ihm das unabweisbare Bedürfnis, sich von der Rohstofflieferung andrer Mächte unabhängig zu machen. Noch standen weite, zum Teil unerforschte Gebiete des dunkeln Weltteils dem schnellen Zugriffe offen. Bei zielbewußtem und tatkräftigem Handeln konnte hier noch aus kleinen, zunächst zusammenhanglosen Anfängen ein mächtiges Kolonialreich entstehen. Deutsche Forschertätigkeit hatte im Sudan und Mittelafrika glänzend vorgearbeitet, deutsche Kaufleute hatten an den verschiedensten Orten ihre Pflöcke eingeschlagen und die Ausgangspunkte für weitern Erwerb gewonnen, der deutsche Wagemut eines Peters und anderer hatte dem Reiche kostbaren Besitz hinzu errungen. So waren noch während Bismarcks Kanzlerschaft die Keime künftiger Machtentfaltung gelegt.

Knapp zehn Jahre später waren fast alle Zukunftsmöglichkeiten in Afrika verspielt: wertvollste Teile Ostafrikas für ein Linsengericht weggegeben, der Erwerb Mittelafrikas und Sudans durch die verhängnisvollen Kamerun- und Togo-Abmachungen unmöglich geworden, die Anwartschaft auf die portugiesischen Kolonien, durch die man sich zu politischer Untätigkeit hatte ködern lassen, nicht ausgenutzt, die befreundeten Burenstaaten geopfert und hierdurch unsre eigene Siedlungs- und Diamantenkolonie Südafrika englischen Machenschaften und Begehrlichkeiten preisgegeben — das waren die kolonialen Erfolge des neuen Kurses!

Infolge der Empörung über die übergroßen Opfer des Sansibarvertrags war der Alldeutsche Verband entstanden. So war es selbstverständlich, daß unsre kolonialen Belänge in ihm stets einen treuen Sachwalter und bereiten Vertreter fanden. Neben der Sorge für ihre Erhaltung, neben dem Kampf gegen ihre Verschleuderung und Preisgabe, gehen vom ersten Tage an seine Bemühungen, den Wert unsrer Schutzgebiete durch Entwicklung ihrer Hilfskräfte zu steigern und ihre deutsche Zukunft zu sichern.

Die fortgesetzten Mißerfolge unsrer Kolonialpolitik, wie sie oben in so erschreckender Fülle aufgezählt wurden, legten natürlich die Vermutung nahe, daß vor allem in der höchsten einheimischen Dienststelle schwere Mängel vorhanden sein müßten. Es war dies die Kolonial-Abteilung des Auswärtigen Amts. Die Unterordnung der obersten Kolonialbehörde unter ein Reichsamt war dem ersten Bedürfnis entsprungen und genügte zunächst. Sie wurde aber zu lange beibehalten. Bereits im Jahre 1894 forderte darum beim Scheiden Caprivis der Alldeutsche Verband ein selbständiges Kolonialamt, damit die Stetigkeit des Handelns verbürgt und

eine bessere Auswahl der Beamten möglich sei. Man müsse mit der ausschließlichen Bevorzugung der Juristen brechen. Nur die Eignung solle für koloniale Verwendung bestimmend sei. Dafür brauche man aber Männer von wirtschaftlichem Blick, kolonialer Erfahrung und festem Charakter (AB 94, 194). Diese Forderungen drangen nicht sofort durch. Als später dann die Regierung selbst die Aenderung der Organisation verlangte, wurde diese von einem kurzsichtigen Reichstag noch eine zeitlang hintangehalten. Mehr als zehn Jahre lang mußte der Alldeutsche Verband diese Uebelstände bekämpfen. Sie lagen ja auf der Hand. Unser Auswärtiges Amt war noch lange in rein festländischer Auffassung der Politik befangen. Deshalb sah es nur allzu oft in unsern Kolonien die Ursache, aus der ihm politische Reibungen entstehen konnten. Caprivis Ausspruch, daß Deutschland nichts Schlimmeres geschehen könnte, als wenn ihm ganz Afrika geschenkt würde, spricht Bände. Daher betrachtete das Auswärtige Amt es anscheinend bei allen kolonialen Verhandlungen als obersten Gesichtspunkt, jetzige und künftige Reibungspunkte möglichst aus der Welt zu schaffen, was man allerdings am schnellsten und sichersten durch unbegrenzte Nachgiebigkeit, die schließlich bis zur Schwächlichkeit ausartete, erreichte. So kam es bis etwa zum Jahre 1900 zu einer ununterbrochenen Kette von Maßnahmen, die uneingestandener — und wohl auch unbewußterweise, jedoch tatsächlich auf eine allmähliche Abwicklung und Auflösung unsrer Kolonialwirtschaft hinausliefen. Das einmal Vorhandene wurde als eine Art Anstandsrest ohne Schwung und Begeisterung recht und schlecht verwaltet. Und zwar häufig mehr schlecht als recht. Deshalb verlangte der Alldeutsche Verband immer wieder, daß die richtigen Leute in die Kolonien gesandt würden, keine Europamüden oder sonst zweifelhafte Persönlichkeiten, sondern Tatmenschen und Landeskenner wie Peters und Wißmann. Hiermit waren aber oft gar viele draußen und, von ihnen beeinflußt, erst recht viele in der Heimat nicht einverstanden. Zumal die Missionen spielten hier, unbeschadet ihrer etwaigen Verdienste auf anderm Gebiete, eine mehr als zweideutige Rolle. Geistliche Herrschsucht und mangelndes Verständnis für die Stellung der Weißen gegenüber den Schwarzen, das besonders auffällig in Rassenfragen, z. B. der Mischehenfrage, hervortrat, vereinten sich, unsern wirklich brauchbaren Leuten eine Tätigkeit zu verleiden, die ihnen statt Dank nur Verkennung und Anfeindung, wenn nicht Verleumdung und Schlimmeres einbrachten. Es braucht da nur der Fall Peters, der unauffindbare sogen. „Tucker“-brief in Erinnerung gebracht zu werden, und die Ränke des Zentrums (Abg. Roeren und Erzberger) sind ja noch in frischem Gedächtnis, die schließlich zu einer förmlichen Nebenregierung führten, bis endlich 1906 wenigstens für kurze Zeit ein luftreinigendes Gewitter Wandel schuf. Zur Beseitigung dieser schädlichen Einflüsse und zur nötigen Aufklärung des Volks hatte auch der Verband, getreu seinen Aufgaben, kräftig mitgewirkt (AB 06, 393).

Eine weitere Schädigung unsrer Kolonien sah der Alldeutsche Verband in der sogen. „Konzessionswirtschaft“. Um Geld in die Schutzgebiete zu ziehen und wohl auch in der Befürchtung, vom Reichstag nur schwer Geld für ihre Erschließung zu erhalten, vor allem aber infolge eines Mangels an Weitsicht und Erkenntnis hatten die verschiedenen Kolonial-

direktoren große Gebiete und bedeutende Gerechtsame an Gesellschaften abgetreten. Diese Maßnahme kann unter gewissen Umständen durchaus gerechtfertigt und zweckdienlich sein, um junge Kolonien schnellerer Ausnutzung zuzuführen. Hauptbedingung ist aber dann schärfste Staatsaufsicht, damit nicht auswärtiges Geld überwiegenden und deshalb staatsfeindlichen Einfluß erlange und damit die Gesellschaften weder hemmungslosem Erwerb (Raubbau am Menschen und am Boden) nachgehen, noch die Gebiete aus eigennütziger Berechnung ganz brach liegen lassen. Alle diese Gefahren lagen aber bei den Bewilligungen in unsern Schutzgebieten in ziemlich erheblichem Umfange vor. Drum kämpfte der Verband besonders nachhaltig für eine Einschränkung, ja Beseitigung dieser Vorrechte, indem er als erstes verlangte, daß der Staat die Gesellschaften zur Erfüllung ihrer Pflichten gegen die Schutzgebiete (Erschließung, Bahnbau, Siedlung) und deren Bewohner zwangsweise anhalten, andernfalls sie ihrer Rechte verlustig erklären sollte. Die Regierung erkannte schließlich auch die Schäden, welche diese Art der Bewirtschaftung mit sich geführt hatte — allerdings erst nach 1905, nachdem der gefährliche südwestafrikanische Aufstand ihr die Augen geöffnet hatte. Nun erklärte der Kolonialdirektor Stübel im Reichstag, daß in Zukunft derartige (Land-) Konzessionen wohl nicht mehr erteilt werden würden [1]).

Daß der Verband auch die Besiedlung unsrer dafür geeigneten Schutzgebiete von Anfang an dauernd förderte, ist bekannt und früher schon erwähnt worden.

Der Sicherung unsrer Kolonien sollte die neuzuschaffende deutsche Flotte dienen. Die Arbeit des Verbands auf diesem Gebiete ist bereits behandelt. Ergänzend sei nur noch einer Reihe von Nebenforderungen gedacht, die der Verband als erster vor der Oeffentlichkeit begründet und vertreten hat, bis sie dann allmählich Allgemeingut wurden und z. T. auch ihre Verwirklichung fanden. Am wichtigsten war der Erwerb von Flotten- und Kohlenstationen, um den Auslandsschiffen Bewegungsfreiheit und geschützte Unterschlüpfe zu sichern. Mit Ausnahme Kiautschaus (1897) geschah hier so gut wie nichts [2]). Ferner gehören hierher die Förderung deutscher Dampferverbindungen und Kabelanlagen durch Geldmittel des Reichs. Sie wurde schon auf dem ersten Verbandstage 1894 verlangt (AK 13) und später allmählich in die Wege geleitet (AB 96, 192; 97, 40; 98, 86).

Der starke Anteil, den der Alldeutsche Verband an allen kolonialen Fragen nahm, zeigte sich auch darin, daß kaum ein Verbandstag vorüberging, ohne daß in irgend einer Weise die Lage unsrer Schutzgebiete und die Erfordernisse ihrer Entwicklung zur Sprache gekommen wären. In dem langjährigen Mitgliede der Hauptleitung, General v. Liebert, der schon 1890 auf dem Kölner Kolonialtag als aktiver Offizier so unerschrocken für Deutsch-Ostafrikas Erhaltung eingetreten war, kam seit dem Verbandstag

[1]) Vgl. auch Försters Vortrag auf dem Verbandstag in Plauen „Ueber das Konzessionsunwesen in den deutschen Schutzgebieten“ (AK 202) und die Entschließung des Verbands hierzu (AK 218).

[2]) Auf dem Verbandstag in München 1898 wurde die Forderung nach Kohlenstationen vom Verband erneut erhoben (AK 50).

von Lübeck 1904[1]) ein Fachmann zu Wort, dem auch seine Gegner Sachkenntnis und Verständnis für diese Dinge nicht absprechen konnten.

Das Verhältnis des Alldeutschen Verbands zu den einzelnen Kolonialdirektoren und Staatssekretären zu schildern, ist hier nicht nötig. Mit Ausnahme der kurzen Amtszeit Lindequists ist auch nicht viel Erfreuliches zu berichten. Vor allem war der häufige Wechsel auch den Bessern unter ihnen zur vollen Entfaltung ihrer Fähigkeiten hinderlich.

Als der Krieg hereinbrach, sollten sich die Versäumnisse der bisherigen Kolonialpolitik schwer rächen. Hatte der kurzsichtige Reichstag doch noch kurz vorher einen Abbau unserer Schutztruppe in Deutsch-Südwestafrika für angezeigt gehalten. Wie anders wäre dort die Lage gewesen, wenn eine wesentlich stärkere Streitmacht, gestützt auf ein gut ausgebautes Bahnnetz den Krieg ins Burenland hätte tragen und der dortigen Bewegung als Sammelpunkt dienen können! Vorbei — heute sind uns durch den Schandfrieden von Versailles alle Schutzgebiete, selbst das bis zum letzten Tage tapfer verteidigte deutsch-ostafrikanische gestohlen. Hoffentlich nur vorübergehend [2]), wenn auch zunächst beim Alldeutschen Verband die kolonialen Ziele hinter den wichtigern festländischen zurücktreten müssen.

Nachdem hiermit allgemein die Stellung des Verbands zu den kolonialen Fragen festgestellt ist, erübrigt es sich nur noch, einige Einzelheiten für die verschiedenen Gebiete nachzuholen.

Das ostafrikanische Schutzgebiet, von dem der Verband seinen Ausgang nahm und das die deutsche Fahne am längsten hochhielt, mag die Reihenfolge eröffnen. Zwar waren durch den Sansibarvertrag gerade die Länder verloren, die das weitre Uebergreifen des deutschen Einflusses nach den Quellgebieten des Nil hätten vermitteln können. So war die Kolonie von allen Seiten abgeschlossen und weiterer Ausdehnungsmöglichkeit beraubt. Trotzdem war sie nicht das wertlose Fiebernest, als das sie anfänglich von den Gegnern der Kolonialpolitik hingestellt wurde. Nicht nur als Pflanzungs-, sondern in großen Teilen auch als Siedlungsgebiet geeignet, fehlte ihr nur die schnelle und umfassende Erschließung durch ein Eisenbahnnetz, um ihr zu raschem und glänzendem Aufstieg zu verhelfen. Vom Verband war dies schon 1899 verlangt (AB 99, 126) und, als die Regierung dann zögernd folgte — Ostafrikanische Bahnvorlage von 1903 —, in einer Eingabe an den Kanzler vom 12. April 1903 Beschleunigung des Bahnbaus verlangt worden. Zu einer raschen und erfolgreichen Durchführung kam es aber, dank vor allem der ewigen kleinlichen Geldbedenken des Reichstags, nicht.

---

[1]) 1907—1912 gehörte Liebert auch dem Reichstage an. 1890 war er bereits als Sendbote Bismarcks in Afrika, später längere Zeit Gouverneur unserer ostafrikanischen Schutzgebiete.

[2]) Vgl. auch Fritz (AB 19, 51) in seinem Aufsatz „Sollen wir unsre Kolonien zurückfordern"? Er lehnt dies ab und verlangt anstatt kolonialer Luftgebilde" in Uebersee Siedlungsland im Osten. Im Friedensschluß sind uns inzwischen beide Forderungen nicht erfüllt. Deshalb heißt die Zukunftslosung „Siedlungsland und Kolonien". Der Zeitpunkt der Verwirklichung einer oder beider Forderungen läßt sich nicht vorausbestimmen. Es liegt aber kein Grund vor, an der tatsächlichen Forderung nicht festzuhalten, wenn auch der Verband, getreu seinem Grundsatze, nur das Erreichbare zu erstreben, die weitern Ziele zunächst zurückstellt.

Wie hier im Osten, so wurden auch im Westen Afrikas die aussichtsreichen dortigen Schutzgebiete Kamerun und Togo durch Schuld der Regierung ihrer Ausdehnungsmöglichkeiten beraubt. Leider erfuhr der Alldeutsche Verband erst so spät die ungünstigen Abmachungen, daß nichts mehr zu ändern war. Und zwar kam bezeichnenderweise diese Kenntnis über das Ausland. Das schlechte Gewissen unsrer Regierung wagte anscheinend nicht, rechtzeitig hervorzutreten und die öffentlichen Meinung für sich in Bewegung zu setzen, wie es im Ausland bei einer ungünstigen Wendung der Verhandlungen selbstverständlich gewesen wäre. Noch weniger wagte sie es, letztere abzubrechen. Verfassungsmäßig war die Regierung leider in der Lage, ohne Befragung der gesetzgebenden Körperschaften derartig eigenmächtig zu schalten und zu walten. So verliefen die Einsprüche des Verbands erfolglos (AK 4 und 43). In Kamerun wurde der Weg zu dem Süden und seinen Reichtümern verschlossen durch das deutsch-englische Abkommen vom 15. November 1893, und die Abmachungen mit Frankreich (15. März 1894) erhielten uns nicht einmal den so nötigen Zugang zum Kongo. In Togo dagegen wurden wir vom innern Nigerbogen abgeschnitten und verloren damit unentbehrliche Teile für die weitere Entwicklung dieses Schutzgebiets (1897). Beide Male wurden die Errungenschaften deutscher Forschertätigkeit endgültig preisgegeben [1]).

Für Siedlungszwecke in größerem Maßstabe kam von all unsern Erwerbungen zunächst nur Deutsch-Südwestafrika in Betracht. Indes ging die Besiedlung nur recht langsam vorwärts. Zum Teil war daran die Begünstigung der Gesellschaften schuld, statt daß der Staat als Alleinunternehmer aufgetreten wäre. Die örtlichen Verhältnisse taten das ihre. Dies veranlaßte den Verband, sich bald mit der Frage zu beschäftigen, und er richtete in erster Linie sein Augenmerk auf die erfahrenen und landgewöhnten Buren. Voraussetzung war natürlich, daß es gelingen würde, die Buren zu rückhaltslosen Deutschen zu machen — ihrer Feindschaft gegen die Engländer konnte man gewiß sein. Es sprachen aber eine Reihe von Bedenken gegen ihre Ansiedlung. Zunächst, daß sie den künftig kommenden deutschen Siedlern die besten Stellen wegnehmen würden. Aber besser dies, als gar keine, oder ungenügende Siedlung. Zu Gunsten von Einwanderern einer vielleicht fernen Zukunft konnte man nicht die Gegenwartsentwicklung des Schutzgebietes aufhalten. Schwerwiegender war schon der Umstand, daß der starre Unabhängigkeitssinn der Buren ihnen die Eingliederung in ein geordnetes Staatswesen außerordentlich erschwerte. Auch konnte ein Ueberhandnehmen des niederdeutschen Stammes die hochdeutsche Art des Landes gefährden und Anschlußbestrebungen an die andern niederdeutschen Staatsgebilde der Nachbarschaft hervorrufen. Unangenehm war auch, daß die Buren im Rufe besonderer Härte gegen die Eingeborenen standen, eine Härte, die ihnen allerdings durch schlimme Erfahrungen mit den Schwarzen aufgedrungen sein mochte. Dagegen sprachen auch gewichtige Gründe für ihre Siedlung. Waren doch die Buren vor allem keine Fremden, sondern Stammesver-

---

[1]) Die spätere Vergrößerung Kameruns wird im Zusammenhange mit Marokko behandelt.

wandte, die als erfahrene Afrikaner den Deutschen zum Lehrmeister werden konnten. Und schließlich hätten sie eine sehr erwünschte Verstärkung im Kampfe gegen die Witbois und spätere Aufstände der Eingeborenen abgegeben. Die Verwaltung des Schutzgebietes und ihr folgend die Regierung stellte sich auf einen mittleren Standpunkt. Sie lehnte eine Ansiedlung von Buren zwar nicht schlankweg ab, vor allem wenn es Handwerker waren. Aber tatsächlich scheinen keine umfangreichen Siedlungen erfolgt zu sein.[1]) Später kam dann während des Burenkriegs und im Anschluß daran die Frage erneut zur Erörterung. Vorschläge des Alldeutschen Verbands an die Kolonialabteilung wurden im allgemeinen zustimmend, aber — wohl unter dem Einfluß des widerstrebenden Landeshauptmanns von François — ohne Wärme beantwortet. Man merkte aus allem, daß man den Beweisgründen des Verbands sich zwar nicht versagen konnte, daß man aber keinerlei Begeisterung für die Sache habe. Besondere Förderung war unter diesen Umständen nicht zu erwarten und die ganze Bewegung nahm leider nicht den Umfang an, den sie hätte erreichen können, sehr zum Schaden des Schutzgebiets, wo einige tausend waffenfähige Männer mehr im Jahre 1904, vor allem aber im Jahre 1914, von wesentlicher Bedeutung gewesen wären (AB 00, 130; 02, 290 und 03, 37, AK 142).

Daß neben der Burenansiedlung auch die Frage der Deutschen-Ansiedlung vom Verbande im Auge behalten wurde, ist selbstverständlich. Das schon früher erwähnte Eintreten für die Aenderung unsrer Wehrpflichtbestimmungen zu Gunsten der Siedler diente dem gleichen Zwecke.

Ganz besondere Aufmerksamkeit widmete der Verband der Erschließung des Schutzgebietes durch Eisenbahnen. Wären seine Anregungen nnd Ratschläge rechtzeitig befolgt worden, so wäre schon der Aufstand 1904 in viel kürzerer Zeit niedergeworfen worden und hätte überhaupt nicht einen solchen Umfang annehmen können. Besonders drängte der Verband immer wieder auf den Bau der Otavibahn (AK 146, 150) und zwar darauf, daß er in einer Weise erfolge, daß neben der wirtschaftlichen Erschließung des Minengebiets auch die militärischen Gesichtspunkte berücksichtigt würden. Deshalb bekämpfte er auch die Bestrebungen der Bergwerksgesellschaft auf eine Linienführung nach Port Alexander, anstatt nach Windhuk oder Swakopmund.

Als dann der Aufstand ausgebrochen war, befürwortete der Verband, im Gegensatz zu den auch damals bereits auftretenden Flaumachern, auf seinem Verbandstag eine kräftige Bestrafung der Aufrührer, Abschaffung der Kapitäne und Einführung der Zwangsarbeit, alles dies nicht aus besonderer Freude an harten Maßnahmen, sondern in der Ueberzeugung, nur hierdurch den eignen Landsleuten in Zukunft ausreichende Sicherheit zu gewähren und dem Reiche ähnliche schwere Rückschläge zu ersparen. Freudig begrüßte er deshalb auch die Berufung Lindequists, den er schon von seiner Tätigkeit in Kapstadt her als geeigneten tatkräftigen und deutschbewußten Mann erkannt hatte. Vor allem aber forderte er die Aufhebung der Vorrechte der großen Landgesellschaften, da sie offenkundig ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen seien (AK 240). Auf dem

[1]) Vgl. auch AB 94, 110 und 95, 10.

gleichen Gebiete lag es, daß er der Begünstigung des Großkapitals durch Dernburg bei der Ausbeutung der Diamantenfelder widersprach. Dagegen fand der Ausbau der Selbstverwaltung in dem Schutzgebiete an ihm einen warmen Fürsprecher (AK 11).

Die wenigen kolonialen Neuerwerbungen, die erst nach 1890 erfolgten, sind ebenfalls mit der Geschichte des Verbands eng verknüpft. Insbesondere gilt dies für Kiautschau. Hier bot sich nach dem Siege Japans über China zum ersten Mal die Gelegenheit, den alldeutschen Grundsatz, daß sich fürderhin keine Machtverschiebung unter den Großmächten vollziehen dürfe, ohne daß das Deutsche Reich ebenfalls einen entsprechenden Machtzuwachs erhalte, in die Wirklichkeit zu übersetzen. Daher finden wir schon 1895 in den „Alldeutschen Blättern", immer wiederkehrend, die Forderung (AB 95: 89, 130, 169) aufgestellt, daß Deutschland in Ostasien Fuß fassen müsse, sei es durch Erwerb einer Kohlenstation, sei es durch Gewinnen eines wirtschaftlichen Einflußgebietes. Diese Bestrebungen, deren Urheber wir in E. Hasse zu suchen haben, verdichteten sich dann zu einer Eingabe an den Kanzler, vom 9. Oktober 1895, in der ihm die Bitte vorgetragen wird „zur Wahrung des Ansehens und der Interessen des Reichs mit aller Energie und ohne Rücksicht auf das Mißwollen anderer Staaten die Erwerbung einer ausreichenden starken und gesicherten Basis — sei es eines Hafens oder einer Inselgruppe — in den chinesischen Gewässern zu betreiben" (AK 31). Dies Verlangen, die eigenen Belänge „ohne Rücksicht auf das Mißwollen andrer" durchzusetzen, erregte natürlich das größte Entsetzen einer gewissen Presse. Eigentlich war ja damit nur eine Selbstverständlichkeit ausgesprochen. Die schlotternde Angst und althergebrachte Bedientenhaftigkeit mancher Kreise betrachtete diese Kundgebung aber als eine absichtliche Verletzung und Reizung des Auslands auf Kosten unsrer guten Beziehungen zu ihm. Seit dieser Zeit will der Vorwurf der Unbesonnenheit und Maßlosigkeit gegen den Alldeutschen Verband nicht mehr verstummen. Wie wenig er im Einzelfall begründet war, ist schon nachgewiesen. Auch die beiden Nachfolger Bismarcks hatten übrigens den Erwerb von Kohlenstationen und wirtschaftlichen Einflußgebieten als ganz selbstverständlich angesehen. Der gewiß nicht kolonialfreundliche Caprivi sagt schon am 12. Mai 1890: „Das Dasein von Kohlenstationen ist für einen zukünftigen Krieg die Bedingung der Wirksamkeit der Marine" und Hohenlohe meint am 11. Dezember 1894: „Deutschland, um seine internationale Machtstellung zu bewahren, muß bedacht sein, sich neue und unabhängige Absatzgebiete zu schaffen . . . ." (AB 95, 206).[1])

Der alldeutsche Wunsch sollte indessen nicht so bald in Erfüllung gehen. Erst im Jahre 1898 wurde Kiautschau erworben und entwickelte sich bald zu großer Blüte. Heute fragt man sich wohl unter dem Eindruck des Krieges, ob der damalige Erwerb, der uns nach Schimonoseki erneut das Mißtrauen Japans einbrachte, zweckdienlich in Anbetracht unsrer Machtmittel gewesen wäre. Diese Fragestellung ist an sich unrichtig. Denn mit solcher Betrachtungsweise wären große Kolonialreiche

[1]) Leider hat man aus dieser rechtzeitigen Erkenntnis nicht die nötigen Folgerungen gezogen.

überhaupt nie zustande gekommen, wenn man immer ängstlich erst alle Möglichkeiten bis zur äußersten Folgerung geprüft hätte. Die Steigerung der Machtmittel muß sich der Entfaltung der Macht anpassen, nicht umgekehrt. Und gerade in unserm Falle hätten die Dinge auch ganz anders kommen können, wenn wir den japanischen Bündnisantrag kurz vor dem Kriege nicht zurückgewiesen hätten. Dann konnte Kiautschau in unsrer Hand, zur Seite ein seemächtiges Japan, das Ende der asiatischen Herrschaft Englands bedeuten. Daß es anders verlief, ist ein Fehler der Leitung unsrer auswärtigen Geschäfte, oder um weniger schroff zu urteilen, ein Ergebnis der Ungunst der spätern Lage, die 1895/7 nicht voraus zu sehen war. Mit der Erwerbung Kiautschaus an sich hat dies aber nichts zu tun.

Zu einer Erweiterung des Pachtgebietes in China infolge der Wirren des Jahres 1900, wie es Hasse, vielleicht etwas zu voreilig, damals erstrebte, kam es nicht.

Eins der größten Schmerzenskinder unsrer Kolonialgeschichte war Samoa. Die Ereignisse, die seiner endgültigen Besitzergreifung vorausgingen, waren wohl geeignet, das Blut in Wallung zu bringen. Schließlich kam noch eine leidliche Lösung zu stande, als England infolge des Burenkrieges gebunden war, nachdem von der deutschen Regierung verschiedene günstige Gelegenheiten vorher verpaßt worden waren.

Schon im Jahre 1894 war es klar, daß die Samoaakte vom 14. Juni 1884 keine friedlichen und befriedigenden Zustände geschaffen hatte, sondern nur Wirrwar. Deshalb wurde allseitig ihre Aufhebung verlangt, damit das Reich die Freiheit des Handelns wiedererlange. Auch der Kaiser war für ein tatkräftiges Auftreten, mit dem Endziele einer deutschen Schutzherrschaft über die Inselgruppe, gewonnen. In zahlreichen Entschließungen von Ortsgruppen des Alldeutschen Verbands suchte man dem Kanzler für die bevorstehenden Verhandlungen einen kräftigen Rückhalt an der Volksstimme zu geben (AB 94, 83/85). Wie so vieles in jener Zeit verfiel aber auch diese Sache nach einem löblichen Anlauf in allmähliche Versumpfung, während die Unhaltbarkeit der Samoaner Zustände durch fortgesetzte neue Klagen (vor allem wegen der mangelhaften Vertretung durch das deutsche Konsulargericht) immer wieder erhärtet wurde. Dem gab der Verband durch eine Eingabe vom 21. Dezember 1895 Ausdruck (AK 87) und verlangte, mit den andern beiden Vertragsmächten Verhandlungen über die Aufhebung der Samoa-Akte derart einzuleiten, daß anstelle der bisherigen gemeinsamen Schutzherrschaft die Alleinherrschaft des Deutschen Reiches trete. Erst im Spätjahr 1899 fand indes diese Frage ihren Abschluß, nachdem sie im Frühjahr des gleichen Jahres durch die Beschießung von Apia nochmals ein äußerst drohendes Aussehen angenommen hatte. Eine Erfüllung a l l e r alldeutschen Wünsche brachte diese Lösung nicht (AB 99, 382).

Kurz vorher waren aus der Erbmasse des spanisch-amerikanischen Kriegs die Karolinen (1898) erworben worden. Auch in diesem Falle hatte der Alldeutsche Verband schon vorher den Erwerb dieser bereits zu Bismarcks Zeiten strittigen Inselgruppe verlangt (AK 57).

b₂) Sonstige deutsche Belänge in Uebersee.

Der Schutz der deutschen Belänge im Auslande wurde vor allem in den mestizenhaften süd- und mittelamerikanischen Staatswesen des öftern nötig. Weniger da, wo sich die Deuschen in größern Mengen, wie in Brasilien, ansässig gemacht hatten. Denn dort hatten sie in der Mehrzahl die fremde Staatsangehörigkeit angenommen und sich damit des Schutzes des Mutterlandes begeben. Die Uebergriffe richteten sich meist gegen Einzelne und waren leider zum Teil eine Folge des ungenügenden Schutzes durch die berufenen deutschen Vertreter oder unzulänglicher Vertragsabmachungen. Hasse brachte dies im Reichstag bei Besprechung des kolumbischen Handelsvertrags zur Sprache. Seine Bedenken gegen einige seiner Bestimmungen wurden indes regierungsseitig nicht geteilt (AB 94, 7). Aber schon vorher, im ersten Jahre seines Bestehens, sah sich der Verband veranlaßt, beim Reichskanzler zum Schutze der Deutschen in Brasilien vorstellig zu werden und die Entsendung von Kriegsschiffen zu verlangen (AK 2). Von größerer Bedeutung wurde dann der Fall des Doktors Prowe in Mittelamerika, wo der deutsche Vertreter mangelnden Schutzes der deutschen Belänge und ungehörigen, überheblichen Auftretens gegen seine Schutzbefohlenen geziehen wurde (1894). Anfangs verhielt sich die Regierung ziemlich zurückhaltend gegen diese Beschwerden, mußte sich dann aber doch nach ihrer nähern Prüfung zu dem Eingeständnis bequemen, daß hier ein Unrecht des Konsuls vorliege, der deshalb abgerufen wurde. Es bedurfte aber des mehrmaligen Einspruchs Hasse's im Reichstag, um diesen Erfolg zu erzielen (AB 95, 12).

Weniger erfolgreich verlief das Eintreten des Verbands für die deutschen Siedler in Palästina. Die Sache ist aber von geringerer Bedeutung und sei nur der Vollständigkeit halber hier angeführt.

Weit folgenschwerer als bei diesen einzelnen und schnell vorübergehenden Fällen war das Eingreifen des Alldeutschen Verbands, wo er planmäßig die Bemühungen unterstützte, neue Siedlungs- bzw. Einflußgebiete für das Reich zu gewinnen. Außer Siam (AB 04, 182 und 06, 345), wo indes die Entwicklung bis zum Kriege noch in den ersten Anfängen geblieben war, sind es besonders zwei Gebiete in Afrika, denen der Verband seine langjährige Sorge widmete. In beiden Fällen war leider ein Erfolg nicht beschieden. Es handelt sich um Südafrika und Marokko [1]).

Die Entwicklung der Dinge in Südafrika ist im allgemeinen schon aus dem I. Teil bekannt. Deshalb genügt hier ein kürzerer Rückblick im Zusammenhang.

Die Anteilnahme des Alldeutschen Verbands an Südafrika stammt nicht erst aus den Tagen der Jahreswende 1895/96, als den stammesverwandten Buren durch den Einfall Jamesons schweres Unrecht zugefügt wurde und die Endabsichten der englischen Kreise klar vor aller Augen traten. Schon wesentlich früher hatte die Delagoa-Frage seine Aufmerksamkeit auf diese Länder gelenkt und ihm Klarheit über Englands Absichten verschafft. Auch hier hatte ja letzteres, oder vielmehr sein Bahnbrecher Cecil Rhodes,

[1]) Die Erwerbungen am Kongo werden im Zusammenhang mit Marokko behandelt.

dem rechtmäßigen Landesherrn (Portugal) zuerst einen Aufstand angezettelt, um sich dann in die Frage mischen und die eignen Ziele verfolgen zu können. Man kann der ganzen englischen Südafrika-Politik die Anerkennung nicht versagen, daß sie weitblickend und unbeirrt durch einzelne widrige Verhältnisse ein großes Ziel entschlossen zu verfolgen und schließlich durchzusetzen verstand. Der Alldeutsche Verband darf für sich in Anspruch nehmen, daß auch er rechtzeitig die Verhältnisse im allgemeinen richtig durchschaut hatte, unterstützt durch seine schon in den ersten Jahren vorhandenen regen Verbindungen in jenen Landesteilen, und daß er sie vor allem in die richtige Beziehung zu den deutschen Belängen zu setzen verstanden hat. Anfangs war auch das Verhalten unsrer Regierung zu billigen. Sie behielt aber ihre Stellung nicht folgerichtig bei, so daß es doch unentschieden ist, ob sie die ganzen Aussichten, aber auch die ganze Gefahr, welche die südafrikanische Lage für unsre eigne Zukunft haben konnte, übersah. In großen Umrissen war die Lage folgende. Neben unserm Schutzgebiete Südwestafrika bestand Südafrika aus den beiden stammverwandten Burenstaaten und mehreren stark mit holländischer Bevölkerung durchsetzten englischen Kolonien. Daneben gab es zwei portugiesische Gebiete (Angola und Mosambique), die beide unmittelbar an deutsche Schutzgebiete im Westen und Osten angrenzten. Als selbständige Kräfte kamen diese letzteren, schlecht verwalteten und vernachlässigten Besitzungen eines verrotteten Staates beim Austrag der südafrikanischen Händel aber nicht in Betracht. Sie waren die natürliche Zukunftsbeute des Siegers. Gelang es, die Selbständigkeit der Burenstaaten zu wahren, so eröffneten sich dem Deutschtum unübersehbare Zukunftsaussichten in Afrika. Im Falle eines Bündnisses mit dem Deutschen Reich war es dann für diese nur eine Frage der Zeit, daß ihnen auch die Kapkolonie, Natal usw. zufielen. Im umgekehrten Falle mußte aber die Zukunft der deutschen Schutzgebiete in Südwest- und auch in Ostafrika aufs äußerste gefährdet sein, da dann England als übermächtiger Gegner auf seinem Wege Kap-Kairo vor ihnen nicht haltmachen würde. Einen Teil dieser Gedanken sprach schon Hasse — natürlich nicht so offen — 1894 aus (AB 94, 129). Er befürchtete die Gefahr eines Zollvereins zwischen den Burenstaaten, Natal und den portugiesischen Kolonien und dessen spätere Ausdehnung auf das Kapland als Einleitung der Verengländerung Südafrikas und forderte deshalb zu schnellem Handeln auf. Hierzu gaben die Ereignisse in der Delagoa-Bucht die Möglichkeit. Zwei deutsche Kriegsschiffe erschienen dort und riefen durch ihre Anwesenheit den Engländern ein deutliches „Hände weg" zu. Die „deutschen Forderungen zur Delagoafrage" wurden von Ernst Hasse in einem besonderem Aufsatz festgelegt (AK 23).

Es folgten dann der Jamesonzug und das Krügertelegramm. Auch hier bewegte sich die deutsche Politik noch etwa in den gleichen Bahnen, wie die des Alldeutschen Verbandes. Diese ist nochmals mit aller Klarheit und Folgerichtigkeit dargelegt in einer Entschließung des Leipziger Verbandstages 1897 nach einem Berichte Reismann-Grone's (AK 40). Neu war in dieser Entschließung der Aufruf an die Reichsdeutschen Südafrikas, sich nicht für die Wünsche der sog. Uitlanders einfangen zu lassen, um nicht Englands Geschäfte zu besorgen, sondern selbst berechtigte Wünsche bis zur endgültigen Sicherung des burischen Niederdeutschtums zurückzustellen.

Inzwischen arbeitete die englische Regierung im Stillen zähe nach dem gesteckten Ziele weiter. Ging es nicht gegen die Deutschen, so mußte es mit ihnen gelingen. Diesem Zwecke diente das sog. Delagoabucht-Abkommen. Dort wurde, wie man heute nicht mehr bestreiten kann, das deutsche Reich in jeder Hinsicht über das Ohr gehauen. Gegen die Preisgabe seiner Belänge in dieser Bucht, die die Aufopferung der Buren bedeutete, tauschte das Reich die unsichere Anwartschaft auf Portugiesische Kolonien — ohne Zustimmung des Besitzers — ein, eine Erwerbsmöglichkeit, die das „perfide" Albion dann sofort durch Stärkung der portugiesischen Geldwirtschaft auf absehbare Zeit zu hintertreiben wußte. Wahrlich ein glänzendes Geschäft! Noch einmal mahnte in eindringlichster und überzeugendster Weise der Verband den Kanzler in seiner Eingabe vom 14. September 1898. Sie enthielt alle Gesichtspunkte zur Beurteilung der Lage und auch heute, wo die Karten offen daliegen, könnte man ihr kaum etwas hinzufügen. Vergebens. Damit war das Schicksal der Burenstaaten besiegelt. Der Ausgang des ungleichen Heldenkampfes ist bekannt. Ebenso ist der Ereignisse auf europäischem Boden — der Empfänge Krügers und der Burengenerale, sowie der Geldsammlungen des Alldeutschen Verbands — schon früher gedacht.

Nur noch ein Wort. Die jüngste Entwicklung in Südafrika scheint auf ein Anwachsen der burischen stammesbewußten Kräfte im Kapparlament hinzudeuten. Falls es England nicht gelingt, durch massenhafte Zufuhr angelsächsischen Bluts diese Ueberlegenheit wettzumachen, dürften schon damit die ersten Anfänge eines künftigen selbständigen niederdeutschen Südafrikas sich anbahnen. Der Alldeutsche Verband darf die Entwicklung nicht aus dem Auge verlieren.

Nach der Preisgabe Mittelafrikas und der Burenstaaten war von der ganzen ungeheuren afrikanischen Ländermasse, wo die Deutschen festen Fuß fassen konnten, nur noch der äußerste Nordwestzipfel, das scherifische Kaiserreich, in einer gewissen, vertraglich verbürgten Selbständigkeit und imstande, dem deutschen Ausdehnungsdrang Genüge zu leisten. Bereits seit längerer Zeit hatten sich die deutschen wirtschaftlichen Belänge dort stark entwickelt und die der beiden europäischen Nachbarreiche, Frankreichs und Spaniens, erheblich überflügelt. Schon Anfang und Mitte der 90 er Jahre hatten die gesetzlosen Zustände und die Ermordung deutscher Reichsangehöriger (1894 und 1895) die Blicke dorthin gerichtet und den Gedanken nahegelegt, zur Sühne und als Pfand gegen weitere Uebergriffe für das Deutsche Reich entsprechende Rechte zu sichern (AB 95, 93). Wohl war dabei Frankreichs Einspruch zu erwarten, da es als algierischer Nachbar Marokko als seine Zukunftsbeute ansah. Ein Ausgleich dieser beiderseitigen Ansprüche war jedoch, bei rechtzeitiger Anmeldung und kräftiger Vertretung der deutschen Forderungen mit Sicherheit zu erhoffen. Es geschah aber zunächst nichts. Auch nichts, als weiterhin die marokkanische Frage in der Oeffentlichkeit mit einer gewissen Stetigkeit auftauchte. So z. B. 1897 in einem Aufsatz der „Ostdeutschen Rundschau", der schon auf die Westküste des Landes als deutsches Zukunftsgebiet hinwies, so vor allem in dem aufsehenerregenden Aufsatz Prof. Th. Fischers (Marburg) in der „Allgemeinen Zeitung" im Jahre 1900, der verlangte,

daß das Reich bei der trostlosen innern Lage des hoffnungsreichen Landes seine Ansprüche an das marokkanische Erbe rechtzeitig geltend machen müsse, um nicht durch einen raschen Eingriff Frankreichs ins Hintertreffen zu kommen. Beide Male lieh der Verband diesen Bestrebungen in den „Alldeutschen Blättern" (AB 97, 163 u. 00, 204) seine Zustimmung und warme Unterstützung. Vor allem war es die atlantische Küste, deren Besitz er anstrebte, wegen ihrer Lage zu den Schutzgebieten sowohl, als wegen der dortigen deutschen Belänge und ihrer Siedlungsfähigkeit. In ihrem Genuß konnte man sich damit abfinden, wenn die Mittelmeerküste des Landes dann unter französischen und spanischen Einfluß gelangte (AB 01, 336).

Bis dahin handelte es sich mehr um einen Kampf der Geister und alldeutscherseits um eine Vorbereitung und Aufklärung der Oeffentlichkeit. Bezeichnend ist, daß auch in diesem Falle unsre selbstgenügsame, wohlerzogene Regierung, um ja keinen Anstoß zu erregen, dies ihr eigenstes Geschäft wieder anderen überließ, weitsichtigen Forschern und völkischen Verbänden, deren Wirken sie sogar in keiner Weise förderte.

Die Dinge gewannen dann Ende 1902 greifbarere Gestalt, als Frankreich über Marokkos Zukunft mit England, Italien und Spanien (mit letzterem durch eine förmliche Abmachung im November dieses Jahres) Verständigung suchte und auch mit dem Deutschen Reiche Verhandlungen anknüpfte. Da es aber selbst dessen mehr als genügsame Entschädigungsforderungen für den Fall einer französischen Besetzung des Landes noch zu hoch fand, zogen sich die Dinge ergebnislos in die Länge. Auch dieses Mal versäumte es das Auswärtige Amt, sich eine wirksame Unterstützung durch die deutsche öffentliche Meinung zu verschaffen. Selbst von den Verhandlungen erhielt man im Reiche erst Kenntnis durch französische Zeitschriften. Es war immer noch die alte, abgewirtschaftete Art von Sansibar und Kamerun, in aller Heimlichkeit weittragende Verträge abzuschließen und die Mitwirkung der urteilsfähigen und wirtschaftlich beteiligten einheimischen Kreise nach Möglichkeit auszuschalten. Vor den vollendeten Tatsachen mußte sich die Oeffentlichkeit dann beugen. Die sträfliche Lässigkeit und Gleichgültigkeit des Reichstags hatte eine Aenderung dieser zeitwidrigen Gepflogenheiten nicht durchzusetzen vermocht, beziehungsweise gar nicht versucht.

Trotzdem war einiges von der Lage der Dinge durchgesickert und Claß hatte bereits in seiner großen Abrechnungsrede auf der Plauener Tagung auf Marokko und die „bewundernswürdige Gelassenheit und Teilnahmslosigkeit" unsrer Regierung hingedeutet (AK 180). Ein unmittelbar darauf folgender Aufsatz Prof. Fischers (AK 219) begnügte sich nicht nur mit Andeutungen, sondern wies in seinen überzeugenden Darlegungen unsern starken Anteil an der marokkanischen Frage und die Notwendigkeit allerschnellsten und kräftigsten Handelns nach. Hasse ergänzte diese Ausführungen dann Anfangs 1904 durch den Hinweis, wie sehr sich in der letzten Zeit die Weltlage zu Gunsten des Deutschen Reichs geändert habe, eine Gunst der Umstände, die unbedingt ausgenutzt werden müsse (AK 234). Schon war es zu spät. Denn England hatte sich bereits mit Frankreich über Deutschlands Kopf hinweg geeinigt und durch dies Entgegenkommen

auf Kosten Dritter die Nachwehen der Faschodaverstimmung beseitigt und die Einkreisung des Deutschen Reichs angebahnt. Damit war im Keim schon die ganze Entwicklung der Marokkofrage bis 1911 festgelegt, da ja das nachbismarckische Deutschland um keinen Preis dazu zu bringen war, seine gerechten Ansprüche bis zur letzten Folgerung, der Waffenentscheidung, zu verfechten, mochten auch die sonstigen Umstände noch so günstig liegen.

Nach den Feststellungen der Plauener Tagung über die Schwäche des neuen Kurses mußten vaterländisch gesinnte Kreise eine solche Entwicklung der Dinge allerdings befürchten. Als sicher brauchten sie dies aber nicht notwendigerweise anzunehmen. Deshalb durfte der Alldeutsche Verband den neugeschaffenen Tatsachen gegenüber auch nicht in hoffnungsloser Entsagung zusehen. Im Gegenteil, er mußte alle Hebel in Bewegung setzen, um durch die unerfreulichen Begleitumstände des Marokkoabkommens das Volk aufzurütteln und hierdurch auf die Regierung einen Druck auszuüben. In diesem Sinne sprach der Geschäftsführende Ausschuß in Gotha am 10. April 1904 seine Meinung dahin aus, daß das Abkommen, ohne unsre Mitwirkung, entstanden, Deutschland in keiner Weise binde und legte in einer durch treffende Kürze ausgezeichneten Denkschrift dem Kanzler nochmals all seine Hoffnungen und Besorgnisse offen dar und warnte ihn insbesondere, sich nicht mit der Zusicherung der sogen. „offnen Tür" abspeisen zu lassen (AK 238). Hand in Hand damit ging die Aufklärung der Allgemeinheit durch Vorträge und Flugschriften, von welch letzteren die von Claß „Marokko verloren?" und die des Grafen Pfeil „Warum brauchen wir Marokko?" besondere Erwähnung verdienen.

Dem Auswärtigen Amt war dieses Aufbegehren der vaterländischen Kreise wieder recht unbequem. Kennzeichnend dafür ist die Frage des Kanzlers, ob er wegen Marokkos „vom Leder ziehen solle", kennzeichnend dafür die Art, wie er, des Beifalls aller Flaumacher stets gewiß, treubesorgte und verantwortungsbewußte Männer glaubte von obenher abfertigen zu dürfen. Kennzeichnend ist aber auch die kraftlose Unsicherheit einer Außenpolitik, die durch das Eingeständnis ihrer Friedfertigkeit von vornherein all ihre Trümpfe aus der Hand gab und deshalb den Gegner jeglichem Zugeständnisse abgeneigt machte. Aber diesesmal war es doch nicht mit einigen glatten Worten getan. Dazu war die öffentliche Meinung zu erregt. Also handelte die Regierung in *ihrer* Weise. Es erfolgte die Tangerfahrt, eine zwecklose Aufreizung der Gegner, wenn man doch nicht zur Tat schreiten wollte und eine leere Kundgebung, mit der man nicht nur unsern Kaiser und unser Ansehen in der ganzen muselmannischen Welt blosstellte, sondern unsre spätere Niederlage noch besonders deutlich hervortreten ließ. Als einziger vom Alldeutschen Verbande erkannte dies sofort Claß (AK 259). Sein Standpunkt wurde aber in Göttingen allseitig innerhalb des Geschäftsführenden Ausschusses nicht geteilt. In der Freude, daß endlich einmal etwas zu geschehen schien, zog man zu wenig dort in Betracht, daß das ewige Schwanken unsrer Politik es schließlich doch nicht zur Tat kommen lassen werde. Es wäre darüber fast zu einem bedenklichen Meinungsstreit innerhalb des Verbands gekommen, wenn die Ereignisse nicht allzu rasch Claß recht gegeben hätten. Schon auf dem Wormser Verbandstag (15./17. Juni 1905) trat der Meinungsumschwung deutlich

zutage (AB 05, 262). Ueber den weitern Verlauf kann schnell hinweggegangen werden. Der französische Minister Delcassée wurde zum Schein geopfert, die Frage selbst aber durch unsre eigne Schuld vor eine Konferenz gebracht, deren Ausgang nicht zweifelhaft war. In Algeciras wurden sachlich die deutschen Ansprüche zu Grabe getragen. Als äußerliches, bedeutungsloses Zugeständnis wurde uns die Unabhängigkeit Marokkos und die „offene Tür" gewährleistet (16. Januar bis 31. März 1906). Um die Erfahrung des italienischen Verrats bereichert, sah Deutschland seine berechtigten Hoffnungen vernichtet.

Bald schon schuf französische Maßlosigkeit die Gelegenheit, die neuen Rechte Deutschlands in Marokko auf ihren wahren Wert zu prüfen. Es handelt sich um die Ereignisse in Udscha und Casablanka. In letzterem waren durch die Beschießung deutsche Belänge aufs schwerste geschädigt, wenn nicht vernichtet (1907). Aufs eindringlichste forderte deshalb der Verband, daß die Reichsregierung sich der Geschädigten kräftig annehme und auf der Innehaltung der Algeciras-Akte bestehe. Sollte Frankreich trotzdem unter dem Vorwand von Sühneforderungen Geländeerwerb in Marokko betreiben, so müsse das Reich gleichwertige Entschädigung beanspruchen. Die Regierung war andrer Meinung. Sie wußte der hinhaltenden Politik Frankreichs gegenüber keinen bessern Ausweg, als den Vorschlag, den Casablankafall, trotz der Erfahrungen von Algeciras, vor ein Schiedsgericht zu bringen und Fremde zu Richtern über Deutschlands Ehre zu setzen (AB 08, 365). Diese durch nichts zu störende Friedfertigkeit bewährte sich auch in den Folgejahren (1909/10), als die Ansprüche weiterer deutscher Staatsangehöriger, der Gebrüder Mannesmann, in rücksichtsloser Weise mit Füßen getreten wurden. Auch hier wußte man kein anderes Mittel, als die Geschädigten an ein Schiedsgericht zu verweisen.

Ihre letzte Wendung nahm dann die Marokkofrage im Jahre 1911, als durch den Vormarsch auf Fez Frankreichs Ziele, Marokko zur Kolonie zu machen, unverhüllt zutage traten. Eine letzte, günstige Gelegenheit bot sich damit der deutschen Regierung, ihre Ansprüche auf das westliche Marokko doch noch durchzusetzen. Die ganze Angelegenheit ist im I. Teile schon ausführlicher behandelt und kann deshalb hier kurz abgetan werden. Der Panthersprung nach Agadir war die Antwort des Reichs. Mächtig wallte das völkische Bewußtsein auf, als man endlich eine Tat sich ankünden sah. Wie aus langem und bangem Traum erwachte der deutsche Michel und wie Schwerterklingen ging es durch die Lande. Als Vorrufer im Streit der Alldeutsche Verband. Die Gewißheit englischer Unterstützung stärkte Frankreichs Widerstand und nur noch die Entscheidung der Waffen schien als letzte Lösung übrig zu bleiben. Da trat in Swinemünde der Umschwung ein. Das Reich schrak vor der letzten Maßnahme zurück und begnügte sich damit, Frankreich verhandlungsgeneigt gemacht zu haben. Gegen die Sümpfe des Kongo wurde Marokko verschachert. Das reiche Erzgebiet und das nötige Siedlungsland waren nach fast zehnjährigem Kampfe endgültig aufgegeben. Und, ähnlich dem Fuchs mit den sauren Trauben, glaubte die amtliche Berichterstattung dem deutschen Volke vorreden zu können, daß von Anfang an ein andrer Ausgang nie beabsichtigt gewesen sei, nicht bedenkend, daß mit diesem Eingeständnis die

deutsche Politik sich gleichzeitig mit dem Makel der Zweideutigkeit und der Schwäche belaste und daß sich der Leiter des Auswärtigen Amts hierdurch selbst das Zeugnis frivoler Leichtfertigkeit ausstellte, wenn er trotzdem das Reich bis an den Rand des Kriegs gebracht hatte. Nach Prüfung der zugängigen, gewichtigen Quellen muß aber unsre Darstellung diese Geschichtsklitterung ablehnen und nach wie vor dabei verharren, daß unsre Politik anfänglich auf Landerwerb in Westmarokko ausging und erst später ihre Pflöcke zurückstellte, als mächtigere Einflüsse sich der Durchführung dieser Absichten widersetzten.

Was das Reich verspielt hatte, als es duldete, daß das nordfranzösische Kolonialreich durch Einfügung des fehlenden Ecksteins vollendet wurde, und welchen Zuwachs das menschenverarmende Frankreich im Entscheidungskampf den kriegerischen Stämmen des Landes abgewann, ist noch in frischester Erinnerung. Wenden wir uns noch kurz zu den mittelafrikanischen Entschädigungen. Ihr Wert war nur ein äußerst geringer, da die Gebiete stark verseucht waren und der Zugang zum Kongo außerdem nicht ausreichte. Das war nicht nur die Auffassung des Alldeutschen Verbands, sondern auch des Kolonialamts, dessen Leiter deshalb lieber zurücktrat, als sein Andenken mit der Verantwortung dieses unzulänglichen Erwerbs zu belasten. Bedeutung hatte der ganze neue Besitz nur in Rücksicht auf zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten in Mittelafrika. Deshalb setzten auch die Bemühungen in dieser Richtung unmittelbar nach dem Erwerb ein und fanden auch im Verband nahmhafte Vertreter (z. B. Pohl auf dem Erfurter Verbandstag 1912, AB 12, 339). Eine Stellungnahme des Verbands selbst erfolgte noch nicht, da die Verhältnisse sich erst weiter klären mußten. Bekanntlich waren im Jahre 1914 Verhandlungen mit England in dieser Hinsicht im Gange, wozu Kjellen in seinen „Politischen Problemen des Weltkriegs" bedeutsame Aufschlüsse gibt (s. a. die dortige Karte S. 27).

b₃. Mitteleuropa und Vorderasien.

Ehe der eigentlichen mitteleuropäischen Frage näher getreten wird, sei kurz ein Wort über den Erwerb von Helgoland vorausgeschickt. Im Hinblick auf die große Bedeutung, welches dieses Eiland nach Vollendung des Nordostseekanals und Schaffung der größern deutschen Flotte für unsre Seeverteidigung gewann, wird dem Alldeutschen Verband oft vorgeworfen, daß er in kurzsichtiger Nörgelei bei seiner Bekämpfung des Sansibar-Vertrags die Bedeutung der Insel nicht erkannt habe, während die Väter dieses Vertrags den größeren politischen Blick gezeigt hätten und durch die Folgezeit glänzend gerechtfertigt seien. Dieser Vorwurf darf nicht unwidersprochen bleiben. Und zwar in zweierlei Richtung. Erstens hat der Verband nicht die Eindeutschung Helgolands als solche bekämpft. Schon aus völkischen Erwägungen mußte ihm die Rückgewinnung dieses verlorenen Stücks deutschen Bodens erwünscht sein. Vielmehr wurde die Höhe des Kaufpreises, und mit Recht, beanstandet, oder wie Stanley [1]) es ausdrückte, die Weggabe „eines ganzen Anzugs für einen Hosenknopf".

[1]) Nach Reventlow.

Zweifelsohne hätte man diesen an sich schönen Erwerb um den Preis geringerer Opfer haben können. Zweitens darf aber auch nicht die spätere gesteigerte Bedeutung der Insel in Vergleich gestellt werden. Im Jahre 1890 dachte weder Caprivi noch der Verband an den künftigen Wert der Insel. Es ist deshalb falsch, dem ersteren besonderen Weitblick zuzubilligen, dem andern Kurzsichtigkeit vorzuwerfen. Auch die Engländer dachten nicht daran, sonst hätten sie niemals sich des Besitzes Helgolands entäußert. Schon diese Erwägung allein sollte ausschlaggebend sein.

Nunmehr zur eigentlichen mitteleuropäischen Frage! Auf dem Wege zur Einigung des Deuschtums zu einem mächtigen Staatswesen mußte aus den verschiedensten Ursachen, deren ausführlichere Behandlung hier noch nicht am Platze ist, zunächst bei der sog. „kleindeutschen" Lösung ein vorläufiger Halt gemacht werden. Bismarcks Werk bezeichnet den ersten, schwersten und entscheidenden Schritt zur Erfüllung des alldeutschen Sehnens, nicht die Erfüllung selbst. Die Neuschöpfung des Deutschen Reichs bedurfte natürlich erst der innern Festigung und Stärkung und der Eingewöhnung inmitten feindlich gesinnter Nachbarn, ehe an den weitern Ausbau gedacht werden konnte. Diese notwendige Kräftigung und Anerkennung errang das Reich im Zeitalter Wilhelms I. und seines getreuen Kanzlers. Bei Bismarcks Abgang, also etwa zur Zeit des Entstehens des Alldeutschen Verbands, war diese Entwicklung abgeschlossen und eine neue Zeit hub an, der Uebergang Deutschlands zur Weltpolitik. Diese Verhältnisse sind, soweit sie alldeutsche Belänge betreffen, bereits dargestellt. Gleichzeitig hiermit bereitete sich aber eine Fortentwicklung in großdeutschem Sinne allmählich vor, zunächst, solange das Habsburgerreich noch mächtig dastand, nur in der Gedankenwelt weitschauender Männer, bald aber auch, infolge der rasch wachsenden Zersetzung des Nachbarstaats, in der Wirklichkeit.

Der Wunsch nach einem größern Deutschland entsprang nicht nur den völkischen Einheitsbestrebungen. Vielmehr entsprach es der allgemeinen Weltentwicklung, daß eine Zusammenfassung zusammenhängender Staaten oder großer Kolonialreiche zu einigen wenigen Großwirtschaftsgebieten sich anbahnte. Auch für das Deutsche Reich wurde dies eine Lebensnotwendigkeit, von den verschiedendsten Gesichtspunkten aus betrachtet. Die Unterbringung unseres rasch wachsenden Bevölkerungsüberschusses, die Notwendigkeit neuer Absatz- und Rohstoffgebiete und der Drang nach dem Mittelmeer: alle diese Punkte sprachen gleichmäßig dafür. Beim Alldeutschen Verband mußten all diese Bestrebungen ein offenes Ohr und warme Förderung finden. War doch die Entwicklung in großdeutscher[1]) Richtung nur ein weiterer Schritt zum alldeutschen Ziele. Kleindeutsch-Großdeutsch-Alldeutsch waren die einzelnen Stufen der völkischen Entwicklung[2]).

Der Gedanke eines wirtschaftlichen Mitteleuropas fand zuerst durch Friedrich List wissenschaftliche Begründung. Seine Anregung eines großdeutschen Zollvereins fiel aber nur im Norden auf fruchtbaren Boden

[1]) „Großdeutsch" natürlich nicht in seiner spätern Bedeutung süddeutsch-klerikalen Preußenfeindschaft.

[2]) Treitschke, Lagarde, Hasse kann man als die Wortführer dieser Entwicklungsstufen betrachten.

und die Schaffung des norddeutschen Wirtschaftsgebiets bildet eine Hauptursache, daß die deutsche Frage zunächst ihre kleindeutsche Lösung finden mußte. Die Verkuppelung Oesterreichs mit außerdeutschen Gebieten stand ja sogar noch 1878 der Bildung eines „mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins“ nach Bismarcks Anregung im Wege, da die Madjaren entschieden Widerstand leisteten. Außer der Zollvereinigung sollte ein einheitliches deutsch-österreichisches Eisenbahnnetz, dessen ausschlaggebende Bedeutung List schon 1833 mit seherischem Blick vorhergeahnt hatte, dem gleichen Gedanken dienen. Bei diesen Verkehrsplänen knüpfte der Alldeutsche Verband zunächst an. Vor allem war es Ernst Hasse, der jahrelang diesen Gedanken im deutschen Volke Eingang zu verschaffen suchte. Schon 1895 (AB 95, 137) forderte er Triest als deutschen Hafen, sowie den Bau der Tauernbahn [1]), um den Weg zur Adria zu kürzen und gleichzeitig unsern Volksgenossen in Kärnten, Steiermark und Krain näher zu kommen. Neben dem Ausbau des Eisenbahnnetzes befürwortete er gleichzeitig ergänzende Kanalbauten — die auch im militärischen Sinne wichtige Fortsetzung des Nordostseekanals bis zur Jade und zum Dollart, hierin eine ältern Anregung Bismarcks folgend, und die Durchführung des Mittellandskanals. Dem Anschluß der Südostgebiete sollte unmittelbar der Main-Donaukanal (Nordsee-Schwarzes Meer) dienen, der in dem damaligen Prinzen Ludwig von Bayern, einen Hauptförderer fand. Am 29. Januar 1897 ging Hasse einen Schritt weiter, als er im Reichstag ein einheitliches mitteleuropäisches Wirtschaftsgebiet verlangte und damit das entscheidende Wort öffentlich aussprach (AB 97, 51). Durch die gerade in den folgenden Jahren rege Pflege unserer Beziehungen zu unsern Stammesgenossen im Nachbarstaate wurde das Verständnis für diese Zukunftsfragen beiderseits vertieft und innerhalb und außerhalb der reichsdeutschen Grenzpfähle traten allmählich immer mehr namhafte Männer für die Sache ein, z. B. der Franzose Leroy-Beaulieu (mit gewissen Einschränkungen, AB 98, 266) und später Eduard von Hartmann (AB 00, 46). Als ein Haupthindernis für die wirtschaftliche Einigung erschien die Bestimmung des Frankfurter Friedens, die gegenseitige Meistbegünstigung verbürgte (§ 11 des Vertrags). Unmöglich konnte aber eine Frage von derartiger Zukunftsbedeutung daran scheitern. Schon die Behandlung der Marokkofrage hätte mehr als einmal Gelegenheit für unsre Unterhändler geboten, hier Wandel zu schaffen.

Erhöhte Bedeutung gewann dann die Sache durch den Weltkrieg. Nun trat auch Naumann mit seiner bekannten Schrift „Mitteleuropa“ 1916 hervor und gewann durch sie ein unverdientes Ansehen, da er eigentlich nur alte Gedanken [2]) in neue gutklingende Worte kleidete, gleichzeitig aber sie ins rein wirtschaftliche verwässerte, ohne ihren völkischen und politischen Gehalt zu erschöpfen. Den einsetzenden Verhandlungen der beiden Kaisermächte setzte der Kriegsausgang ein vorzeitiges Ende. Die verfehlten Möglichkeiten und unsere Zukunftshoffnungen, die auf den

---

[1]) Die Tauernbahn wurde etwa 10 Jahre später gebaut.

[2]) Bismarcks Gedanken waren in den 80er Jahren von Alexander von Peez aufgenommen worden. Später trat Prof. Julius Wolf (Breslau) für die Bildung eines „Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins“ ein, der auch ins Leben trat (AB 04, 224).

Anschluß, zunächst wenigstens Deutsch-Oesterreichs abzielen, wurden schon früher erwähnt.

Von dem Plane eines deutschen oder unter deutschem Einfluß stehenden Mitteleuropas bis zum Gedanken „Berlin-Bagdad" ist nur noch ein kleiner Schritt. Auch er ist bereits in älterer Zeit entstanden, als noch das Reich der Osmanen an die habsburgischen Lande unmittelbar angrenzte. Da war es naheliegend für Oesterreich-Ungarn dies benachbarte Gebiet dem eigenen wirtschaftlichen Einfluß zu unterwerfen. Auch hier hat List, seiner Zeit vorauseilend, Gedanken ausgesprochen, die dann von andern weiter ausgebaut wurden und auch die Anschauungen des Alldeutschen Verbands, wenigstens Hasses, beeinflußt und befruchtet haben. Die Betrachtung, was Vorderasien im Altertum als Kornland und Bildungsstätte für die Menschheit bedeutet hatte, ehe der sengende Wüstenhauch des Islam darüber vernichtend hinwegging, führte zu dem Wunsche, diese alten Gebiete durch die Arbeit fleißiger und befähigter Menschen der Menschheit wiederzugewinnen und zu neuer Blüte emporzuheben. Für diese wirtschaftliche Wiedergeburt kam aber nur der deutsche Bauer in Betracht. Die List'schen Anregungen griff dann Wilhelm Roscher 1848 auf, unabhängig von Moltke[1]), der schon einige Jahre vorher ebenfalls auf die asiatische Türkei als künftiges Siedlungsgebiet hingewiesen hatte (AB 96, 192 ff). Roscher war bis an sein Ende der Meinung, daß „Kleinasien zu den Ländern gehöre, die in Zukunft das Erbe Deutschlands bilden sollen". (AB 95, 222). Ihm folgten Rodbertus und selbst Lasalle, der die Türkei für die „Erbschaft der deutschen Revolution" erklärte. Vor allem aber forderte Lagarde schon 1853 deutsche Siedlungen in Vorderasien und zwar unter Beteiligung des ganzen deutschen Stammes, also auch der Deutschschweizer. Nach Gründung des Alldeutschen Verbands lenkte dann der Zustand der deutschen Kolonien bei Jaffa und ihre Hilferufe gegen türkische Willkür seine Blicke auf die alten Forderungen, die in E. Hasse einen überzeugten und beredten Vertreter fanden. Sein Einfluß veranlaßte dann auch 1896 den Geschäftsführenden Ausschuß zu einer Eingabe an den Kaiser, daß das Deutsche Reich bei dem in absehbarer Zeit zu erwartenden Zerfall der Türkei auch seine Ansprüche an deren Aufteilung anmelden möge (AB 96, 172). Hasse, der die Ueberlassung der ganzen asiatischen Türkei mit Ausnahme Armeniens an Deutschland erstrebte, schoß dabei entschieden über das Ziel hinaus. Zunächst griffen seine Aufteilungspläne der zeitlichen Entwicklung weit voraus und gaben den Feinden (z. B. den Russen) ein bequemes Mittel, die deutsche Freundschaft bei der Pforte und vor allem beim Sultan in recht verdächtiges Licht zu setzen. Dann aber berücksichtigte er nicht genügend, daß das Reich, solange es nicht im Besitze der Adria und des Seewegs der Levante war, als Schutzherr Vorderasiens auch die Landbrücke dahin haben müsse, darunter das von den Russen so heiß ersehnte

[1]) Das alldeutsche Empfinden des damaligen Moltke kennzeichnet seine Aeußerung aus dem Jahre 1844 (Werke II, 315), daß die Donaumündung — damals war die Dobrudscha noch türkisch — deutsch werden müsse: „und wir hoffen, daß Deutschland endlich dahin gelangen wird, die Mündungen seines großen Stroms zu befreien." Zur Zeit des neuen Kurses hätte man das „uferlose Pläne" und „Größenwahn" genannt und alle Welt um Entschuldigung wegen solcher anmaßenden Entgleisung gebeten.

Konstantinopel. Sonst hingen die dortigen Siedlungen in der Luft, allen Machenschaften unsrer Feinde ausgesetzt und jeder Willkür der einheimischen Bevölkerung preisgegeben und deshalb in steter Gefahr zu verkümmern. Die Landverbindung war aber nur um den Preis eines Kampfes mit dem Zarenreiche zu erringen. Darüber mußte man sich klar sein. Auch war zu bedenken, daß die Besiedlung nur Erfolg versprach, wenn eine tatsächliche deutsche Schutzherrschaft über jene Gebiete bestand, also jede Gefahr türkischer Beamtenwillkür ausgeschaltet war. Denn die türkische Lotterwirtschaft bot keinerlei Gewähr für eine gedeihliche deutsche Entwicklung, mochten nun die Alttürken oder die jungtürkischen Juden Salonikis am Ruder sein[1]). Alle diese Erwägungen waren wohl geeignet, Wasser in den Wein der Begeisterung für unsere türkischen Zukunftsaussichten zu gießen.

Die Entwicklung ging unterdessen ihren weiteren Gang. Besonders der Bau der Bagdadbahn, bei der deutsches Geld stark, deutsche Arbeit fast ausschließlich vertreten war, machte den Gedanken der wirtschaftlichen Aufschließung Vorderasiens im Reiche fast volkstümlich. Man gab sich ausschweifenden Hoffnungen hin. Die Leitung unsrer auswärtigen Geschäfte war aber nicht in der Lage, die deutschen Belänge in erwünschter Weise durchzusetzen. Kurz vor dem Krieg konnte man den Bahnbau kaum noch ein deutsches Unternehmen nennen, ganz abgesehen davon, daß die geldgebende Bank auch vorher schon keine deutschvölkischen Ziele in erster Linie verfolgt hatte.

Wenn somit alle Schwierigkeiten der vorderasiatischen Siedlungspläne scharf hervorgehoben sind, so muß doch andrerseits zugegeben werden, daß der Gedanke an sich ein gesunder war und große Zukunftsmöglichkeiten in sich barg. Nur durfte man nicht, wie Hasse, die Entwicklung überstürzen wollen und vor allem mußte das ganze Unternehmen auf genügend tragfähigen Grundlagen aufgebaut werden, um sicher den kommenden Stürmen trotzen zu können. Etwa in diesem Sinne, d. h. einer behutsamen, aber zielbewußten Förderung der vorderasiatischen Pläne war die spätere Haltung des Alldeutschen Verbands zu dieser Frage. Kurz vor dem Kriege sprach Pohl in Remscheid „Ueber Deutschlands Belänge in der asiatischen Türkei" (AB 13, 427). Die Entschließung, die daraufhin gefaßt wurde, befürwortet zunächst, die Erhaltung der Türkei und deren innere Festigung zu fördern, bei einer Auflösung aber rechtzeitig die deutschen Ansprüche zur Geltung zu bringen. In gleichem Sinne, dem des Wiederaufbaus nach den Balkankriegen, wirkte auch unsre Militärmission, deren Tätigkeit allerdings durch politisches Ränkespiel nicht voll zur Entfaltung kam (AB 14, 37).

Was die Zukunft auf diesem Felde bringt, läßt sich kaum voraussehen, denn sie birgt in ihrem Schoß voraussichtlich noch eine Fülle von Ueberraschungen gerade auf diesem Boden. Wie auch die Lösung sich gestalten mag, an der Ausnützungsmöglichkeit dieser Gebiete für die Getreide- und Fleischversorgung, für Baumwollpflanzungen und Erzbau ändert sich dadurch nichts. Deshalb muß der Verband auch diese Frage vorläufig

---

[1]) So ist es auch gar nicht zu verstehen, wie sich später unsre Regierung zur Aufhebung der Kapitulationen, also zur Unterstellung Deutscher unter türkische Gerichtsbarkeit verstehen konnte.

dauernd im Auge behalten, um die richtigen und rechtzeitigen Entschlüsse fassen zu können, wenn die Zeit erfüllt ist.

Wir sind am Schlusse dieser Betrachtungen über das Wirken des Alldeutschen Verbands auf seinen einzelnen Arbeitsgebieten angelangt. Was schon früher zum Ausdruck kam, drängt sich nun mit vermehrter Eindringlichkeit uns ins Bewußtsein — die ganze Zeit war ausgefüllt mit Kämpfen gegen die Widerstände der eignen Regierung. Der „Energieverlust" hierdurch ging weit über das Maß des Notwendigen und Erträglichen hinaus. Dies Ringen im eignen Lager verzehrte einen übergroßen Teil der alldeutschen Kräfte, die sonst völkischen Zwecken hätten dienstbar gemacht werden können.

Diese bedauerliche Tatsache hat man oft dazu benutzt, dem Verband grundsätzliche und unfruchtbare Neinsagerei vorzuwerfen. Beides ist unrichtig und auch öfter von Verbandswegen richtig gestellt worden. Es kann hier auf die Erklärungen des Geschäftsführenden Ausschusses vom 18. Januar 1901 verwiesen werden (AK 107, Ziffer 1). Der Verband hätte aber seine Pflicht gegen sein Volk, die jeder Rücksicht gegen die Regierung vorgehen mußte, nicht erfüllt, wenn er geschwiegen hätte, wo er reden mußte. Daß er dabei vielfach allein stand, weil sich einfach die Parteien des Reichstags ihrer Pflicht, „das Vaterland über die Partei", entzogen, ließ seine Gegnerschaft natürlich besonders stark hervortreten. Die Wahrung voller Unabhängigkeit beschnitt ihm seine Entwicklung in die Breite. Riesenmitgliederzahlen, wie sie andre nationale Verbände erreichten, waren nur bei wohlwollender Förderung durch die Regierung zu gewinnen. Der inneren Kraft des Verbands war es aber nicht abträgig, daß er fast ganz der „Mitläufer" entbehrte und, trotz aller Hemmungen von oben und unten, setzte er sich doch in allen wichtigen Fragen allmählich durch. Seine Befehdung von Regierungsmaßnahmen war also auch nicht unfruchtbar und zwecklos. Was ihm heute noch als Maßlosigkeit und Ueberspanntheit vorgeworfen wurde, übernahm und verwirklichte in unzähligen Fällen morgen die Regierung selbst. Daß letztere dabei den Alldeutschen Verband als den geistigen Vater in der Regel zu erwähnen vergaß, minderte nicht dessen Urheberrechte und Verdienste. Ueber diese Frage kann man Erschöpfendes nachlesen in dem „offnen Brief an den Reichskanzler Fürsten Bülow" (AK 294) und dem Aufsatz Reventlows „der Alldeutsche Verband und die praktische Politik" (AK 244).

Deshalb kann man dem Verband für das kommende Menschenalter nichts bessers wünschen, als daß er auch in Zukunft in gleich klarer Erkenntnis des Tatsächlichen und Erreichbaren seine Ziele aufstellt und sie mit gleicher Zähigkeit und gleichem Erfolge durchsetzt, wie in den ersten dreißig Jahren seines Bestehens, ob mit oder gegen die Regierung, nur das Wohl unsres Volkes als einzige Richtschnur seines Handels anerkennend.

Das walte Gott!

III. Der alldeutsche Gedanke.

Zunächst eine Vorbemerkung. Der Alldeutsche Verband ist nur die äußre Zusammenfassung eines Teils der Kräfte, welche die Verbreitung und Verwirklichung des alldeutschen Gedankens erstreben. Der Ueberblick über die Verbandsgeschichte wäre also unvollkommen, wenn er nicht eine Ergänzung fände durch den Versuch, auch über den Werdegang und die Ausbreitung des alldeutschen Gedankens Klarheit zu gewinnen. Mit Absicht ist nur von einem „Versuch" die Rede, insofern als hier vollkommenes Neuland betreten wird. Denn es fehlen sonst jegliche Vorarbeiten in dieser Richtung, wenngleich sich aus Einharts „Deutscher Geschichte" und Einzelaufsätzen der „Alldeutschen Blätter" manche wertvolle Unterlagen gewinnen lassen. Eine einigermaßen abschließende Darstellung auf Grund eigner Forschung wäre aber erst nach geraumer Zeit möglich gewesen. Diese Zeit fehlt aber infolge der Notwendigkeit, unsre Arbeit zur Wiederkehr des 30 jährigen Gründungstags zum Abschluß zu bringen. Daher muß eine solch umfassendere Arbeit der Zukunft vorbehalten bleiben. Unsre Gegenwart muß sich zunächst mit einer Bearbeitung in bescheidenerem Rahmen zufrieden geben. Vielleicht schöpft aber ein Berufenerer, trotz oder infolge ihrer Mängel aus unserer Darstellung die Anregung auf diesem Gebiete weiter zu forschen und dereinst einmal die Geschichte des alldeutschen Gedankens zu schreiben.

1. Der alldeutsche Gedanke in der äußeren deutschen Geschichte.

Den unmittelbaren Anstoß zur Gründung des Alldeutschen Verbandes gab bekanntlich der Abschluß des Sansibar-Vertrags, ein an sich verhältnismäßig geringfügiges Ereignis im großen Rahmen der gesamtdeutschen Geschichte. Es ist einleuchtend, daß man das Entstehen der alldeutschen Gedankenwelt ebenso wenig auf dies Eintagsgeschehnis zurückführen darf, wie etwa die Reformation auf den Ablaßmißbrauch oder die jüngste deutsche Umsturzbewegung auf die Kieler Meuterei. Die Ursachen solcher geistigen Bewegungen gehen natürlich viel weiter zurück. Der Alldeutsche Verband wäre auch entstanden, wenn es nie einen Sansibar-Vertrag gegeben hätte. Irgend eine andere Maßnahme des neuen Kurses hätte dann den Anlaß hierzu früher oder später geschaffen, nachdem das völkische Gewissen infolge der Reichsgründung geweckt und geschärft war.

Denn im Grunde genommen verkörpert sich in dem alldeutschen Gedanken der Widerspruch und die Gegenwirkung der deutschen Volksseele gegen die Ausartungen all derjenigen ihrer ureigensten Eigenschaften, die unserm Volke in langer und schwerer Geschichte immer die Entfaltung zu machtvoller Einheit und staatlicher Geltung verwahrt hatten. Diese Eigenschaften sind hauptsächlich die Ueberschwenglichkeit des deutschen Geistes, der unbändige Freiheitssinn und die bedingungslose Treue. Aus ersterer entsprang nicht nur der weltbürgerliche Sinn so vieler unserer Besten, sondern auch jene Maßlosigkeit, die sich in den Weltherrschaftsträumen eines Friedrichs II. offenbarte. Der stolze Freiheitssinn schlug aber infolge dieses Ueberschwangs häufig um in rechthaberischen Trotz und Mangel an Fähigkeit, sich dem Ganzen ein- und unterzuordnen und steigerte sich dann bis zum Verrat am eignen Volkstum. Und das köstlichste Erbgut unsres Volks, seine Treue gegen den selbstgewählten Herrn, entartete zur Hingabe an den Fremden und zur völligen Blindheit gegen die Todfeinde des eignen Seins. Schon Tiberius sprach es aus, daß Deutsche nur durch Deutsche bezwungen werden könnten. Und die ganze deutsche Geschichte ist nur eine fortlaufende Kette von Beweisen für dies Wort, bis zu unsern Tagen, wo deutsche Volksgenossen im Dienste fremdstämmiger Volksfeinde die erbittersten Gegner des alldeutschen, ja des deutschen Gedankens sind.

Ein folgenschwereres Weihnachtsfest hat es wohl nicht für unser Volk gegeben, als jenes vom Jahre 800, als Karl der Große, der Herrscher über alle deutschen Stämme, in Rom die Kaiserkrone empfing. Die Wiedererweckung des römischen Weltherrschaftsgedankens und seine Verknüpfung mit dem Königtum der Deutschen waren die nie versiegende Quelle von all dem Elend und Jammer, die von da an bis zum Zerfall des alten Reiches über tausend Jahre lang unser Volk heimsuchten und es verhinderten, zu einer seiner Größe und Bedeutung entsprechenden völkischen Staatsbildung zu gelangen. Darüber kann auch aller zeitweise Glanz des deutschen Kaisertums römischen Gepräges nicht hinwegtäuschen, wie er unter der gewaltigen Herrschaft eines Otto I., Heinrichs III., Friedrichs I., Heinrichs VI. und Karls V. sich offenbarte und noch jetzt in unserm Sinnen und Sagen eine stolze Erinnerungsstätte hat. Selbst bis zum heutigen Tage wirkt diese verhängnisvolle Erbschaft in mannigfaltigster Weise nach und stellt sich den alldeutschen Aufgaben oft hindernd entgegen. Es sei nur an die dauernde Zersplitterung Deutschlands in Einzelstaaten erinnert, die der schon im deutschen Sein schlummernden Sonderbrödelei (Partikularismus) aufs nachhaltigste zu Ungunsten der gemeindeutschen Belänge Vorschub leistete. Es sei ferner erinnert an die Aufnahme des römischen Rechts, die nicht nur unser heimisches Recht, sondern auch unsre völkische Gliederung zerbrach und damit den Grund legte zu den zersetzenden Klassenkämpfen vom Bauernkrieg an bis zur letzten Zeit. Es ist wichtig, diesen Zusammenhang der Dinge, vom alldeutschen Standpunkte aus nicht aus den Augen zu lassen.

Der Anspruch auf die Weltherrschaft hatte zur notwendigen Folge, daß es dauernder Kraftentfaltung der Kaiser bedurfte, um die welschen Gebietsteile der deutschen Oberherrschaft zu erhalten. Denn ohne den

Besitz von Rom erschien der damaligen Welt dieser Anspruch als nichtig. Ströme deutschen Blutes wurden auf den Römerzügen diesem Trugbild geopfert, das einen dauernden Bestand nicht haben konnte. Aber nicht nur schwächte dieser Blutverlust immer wieder unsern Volkskörper. Schlimmer war es, daß der deutsche Herrscher fast ununterbrochen von seinen eigentlichen deutschen Aufgaben abgelenkt wurde, daß nicht nur Stück für Stück von der Kaisermacht zugunsten der Fürsten und Städte abbröckelte, sondern daß die Kaiser den eigentlich völkischen Aufgaben, den Siedlungen im Osten des Reichs und der Entfaltung der Hansa nicht die nötige Aufmerksamkeit zuwandten und tatkräftige Unterstützung liehen. So blieben diese Unternehmungen im Ganzen Stückwerk, da ein einheitlicher Plan nicht vorlag und die Stetigkeit fehlte. Um so höher ist das Verdienst der deutschen Fürsten und des deutschen Volks anzuschlagen, die in stillem, zähen Ringen große Landgebiete dem deutschen Volkstum wiedergewannen, die Ostmark der Babenberger und die ostelbischen Erwerbungen norddeutscher Fürstengeschlechter (Welfen, Askanier und Wettiner). Umso heller strahlt der staatsmännische Blick eines Hermann von Salza, der jene Ausdehnung deutschen Volkstums noch weiter nach Osten trug, in die Lande, die kaufmännischer Wagemut der Hansa schon dem deutschen Einfluß weithin erschlossen hatte. Das waren alldeutsche Leistungen im besten Sinne des Wortes und ihre Ausführer waren, bewußt oder unbewußt, Träger des alldeutschen Gedankens im Gegensatze zu dem Herrscher des Reichs. Denn was sie erstrebten und schufen, hatte Bestand, da sie Schritt für Schritt, stets im Verhältnis der vorhandenen Kräfte, vorwärtsgingen und infolgedessen nie den Zusammenhang mit der kraftspendenden Muttererde verloren. Wohl hatten auch die deutschen Kaiser diese Schäden erkannt und versucht, vor allen der steten Minderung ihrer Rechte und Machtbefugnisse dadurch vorzubeugen, daß sie die Kaiserwürde in eine erbliche, umwandeln wollten. Die Versuche scheiterten aber an der Selbstsucht und Verständnislosigkeit der deutschen Fürsten, sie scheiterten aber vor allem daran, daß die Kaiser den Grund des Uebels, die Römerzüge und die Kaiserbewerbungen nicht beseitigten, sondern stets von neuem nach Welschland zogen, wie die Motte zum Licht fliegen muß. Es wäre ja ein Ausweg gewesen, das römische Kaisertum zu einem deutsch-völkischen, das sein Recht in sich selbst trug, umzubilden. Zu dieser Auffassung vermochte man sich aber erst aufzuschwingen, als es zu spät war. Denn trotz goldner Bulle glaubte selbst Karl V. noch der Weihe durch den Papst nicht entbehren zu können. Diese Gebundenheit führte zu den jahrhundertelangen Kämpfen mit dem heiligen Stuhle, welche den besten Teil der deutschen Kraft verzehrten, als es galt, gegenüber den ringsum rasch aufstrebenden Nationalstaaten, die Vorherrschaft zu behaupten. Und ihr entsprang die geistige Abhängigkeit, die im entscheidenden Augenblick den deutschen Kaiser verhinderte, sich an die Spitze der kirchlichen Bewegung des 16. Jahrhunderts zu stellen, mit dem Ziele, ähnlich wie in England, eine von Rom unabhängige völkisch bestimmte, deutsche Kirche zu schaffen. Die Folge war die unselige Glaubensspaltung, die bis zum heutigen Tage wie ein Riß durch unser Vaterland geht und auch heute noch ein unbefangenes Mitarbeiten weiter Kreise in alldeutschen Fragen hemmt. Man denke nur an die Polenfrage. Mit den mehr oder

minder fremdstämmigen Herrschern Franz I. und Karl V. stand damals 1519 der Kurfürst von Sachsen in engerer Wahl um die Kaiserwürde. Friedrich der Weise glaubte ablehnen zu müssen, da er voraussah, daß er bei seiner geringen Hausmacht dieselbe traurige Rolle den Reichsständen gegenüber spielen würde, wie vordem Ruprecht von der Pfalz oder Adolf von Nassau. Wie anders hätten sich Deutschlands Geschicke gestalten können, wenn er in der Lage gewesen wäre, die Kaiserwürde anzunehmen. Denn es war eine letzte Gunst des Schicksals, die unserm Volke sich darbot, der Fesseln des Jahres 800 ledig zu werden und seinen eignen, rein völkisch bestimmten Weg zu gehen. Wie Frühlingsrauschen ging es damals durch die deutschen Lande. Gar mächtig hatte die Frage der kirchlichen Erneuerung das Volk in seinen Tiefen aufgeregt und dabei die völkischen Triebe mitentfesselt. Selbst die Humanisten, die ursprünglich in weltbürgerlicher Kühle dem eignen Volkstum gegenüberstanden, konnten sich den neuen deutschen Gedanken nicht entziehen. Ein Hutten vollzog als erster den Wandel und lieh seine Feder den Bestrebungen der Reichsritterschaft, die eine starke Kaisermacht auf Kosten der immer mächtiger werdenden Reichsstände verlangten. Auch die Bauernbewegung wandelte zunächst in gesunden, rein deutschvölkischen Bahnen. Der Verfassungsentwurf Friedrich Weygandts[1]) wurde von Wendlin Hipler, dem Feldschreiber der Bauern, im wesentlichen übernommen. Auch er verlangt ein gemeinsames Vorgehen mit Städten und Reichsrittern gegen die Fürsten, zur Schaffung einer kaiserlichen Zentralgewalt, die, mit dem Rechte direkter Besteuerung ausgestattet, der ewigen Bettelei bei den Ständen enthoben sein solle. „Und unter dieser Gewalt sollen nicht mehr Fürsten stehen, sondern nur noch Beamte; eine einheitliche Regierung der fürstenlosen Nation ist das Ziel. Doch soll das Volk nicht der geschichtlich hergebrachten Standeseinteilung verlustig gehen; im Rechtsleben soll sie fortdauern, in die einheitliche Gliederung der Gerichtsverfassung von den örtlichen Gerichten hinauf bis zu dem Kammergericht soll sie dadurch hineinragen, daß diese Gerichte durch Schöffen verschiedenen Standes besetzt werden. Einheitlich dagegen und sozial unabgestuft sollen alle Voraussetzungen des wirtschaftlichen Fortschritts wirken: Eine Münze, Ein Maß und Gewicht; keine Zölle, kein Geleits- und Wegegeld; für jeden die gleiche Freiheit des Verkehrs und des Zuges. Auf kirchlichem Gebiete endlich soll die Verfassung möglichst ihren Abschluß in der Ausgestaltung des Gemeindelebens als der Grundlage persönlichen Glaubens finden; dann wird die Trennung von Staat und Kirche leicht sein und selbstverständlich."

Und neben diesen wohldurchdachten Forderungen staatlicher und kirchlicher Umwälzungen höre man den reifsten politischen Kopf jener Tage, Ulrich Zwingli. Er fordert 1530 den Landgrafen Philipp den Großmütigen zu dem fast überkühnen Unternehmen auf „durch einen Bund von der Adria bis an den Belt und zum Ozean Deutschland aus der Umklammerung der Habsburger zu retten." Es ist die reinste Absage an die Weltherrschaftsträume dieses Herrschergeschlechts und das offene

[1]) Vergl. Lamprecht, Deutsche Geschichte V 1, 357. (Die angeführten Sätze sind nur bezüglich der Fremdwörter abgeändert.)

Bekenntnis zur späteren „großdeutschen" Lösung eines Ernst Moritz Arndt „von der Etsch bis an den Belt." Und in Moritz von Sachsen hätte das damalige Deutschland auch den Tatenmenschen besessen, der es zur Einheit hätte zusammenschweißen können. Er vermochte es aber nicht, sich über seine kleinliche Selbstsucht hinweg zur Größe eines deutschen Helden zu erheben. Selbst daß er dann das Letzte und Schwerste, das durch seine Schuld dem Deutschtum seitens der spanischen Söldlinge Karls V. drohte, wenigstens verhinderte, sei ihm nicht gedankt, da er es nur mit der verräterischen Preisgabe lothringischen Reichsgebiets zu erkaufen vermochte. Hiermit war die große Gelegenheit im deutschem Sinne endgültig verpaßt. Zwar zogen sich die kirchlichen Kämpfe noch fast hundert Jahre hin und machten Deutschland zum Tummelplatz der Kriegsvölker aus aller Welt. Der Ausgang ist bekannt. Dank der Unterstützung des auf spanischem Boden erwachsenen Jesuitenordens blieb ganz Süddeutschland und Oesterreich dem alten, durch das Tridentiner Konzil verjüngten Glauben erhalten und damit auch weiterhin außerdeutschem Einfluße unterworfen, während der Norden Deutschlands unter fast selbständigen Fürsten sich zur neuen Lehre bekannte. Und wertvolle Bestandteile des Reichs, durch die unkluge Hauspolitik des Habsburger Herrscherhauses schon lange innerlich dem Reich entfremdet, gingen im Westfälischen Frieden endgültig verloren. Die alldeutschen Wünsche und Ansprüche auf Lothringen, die Niederlande und die Schweiz leiteten sich aus jenen Zeiten her. Nicht lange darauf schloß sich die räuberische Wegnahme des Elsasses diesen Verlusten völkischen Gebietes und Geblütes an. Aber während die ersten Einbußen die Mehrzahl des Volkes mit stumpfer Gleichgültigkeit hinnahm, wurde der Raub der Westmark allenthalben aufs schwerste empfunden. Aus diesem Gefühl entstand und erstarkte die Sehnsucht nach der Wiedervereinigung der verlorenen Lande mit dem Reiche. Sie war der Ausdruck des ersten „alldeutschen Gedankens", der Gemeingut unseres Volkes wurde.

Aber diese Zeit des tiefsten Niedergangs des deutschen Staatsgedankens, bei deren furchtbaren Trostlosigkeit selbst der Hoffnungsvollste verzagen konnte, barg auch schon die Keime der Wiedergeburt in sich. Noch während des großen Krieges setzte sich 1640 Friedrich Wilhelm Brandenburgs Kurhut auf, jener Fürst, dessen Kernwort „Bedenke, daß du ein Deutscher bist" das Leitwort des Alldeutschen Verbands, der Mahnruf für alle völkisch Gleichgültigen ist. Der Zusammenhang in dem dieser Spruch fiel, ist auch für unsre heutigen Verhältnisse bedeutungsvoll und sei deshalb hier mitgeteilt [1]). Die Worte entstammen einem Flugblatt, daß der Große Kurfürst im ersten nordischen Krieg gegen die Schweden (1658) erscheinen ließ und lautet: „Ehrlicher Deutscher, dein edles Vaterland war leider bei den letzten Kriegen unter dem Vorwand der Religion und Freiheit gar zu jämmerlich zugerichtet und an Mark und Bein dermaßen ausgezogen, daß von einem so herrlichen corpore schier nichts übrig verblieben ist als das bloße Skeleton. Wem noch einig deutsch Blut um sein Herz warm ist, muß darüber weinen und seufzen. Wir haben unser Gut, wir haben

[1]) AB 11, 35. Der Wahlspruch lautet: „Bedenke", nicht „Gedenke, daß ...", wie bis zum Jahre 1911 unrichtigerweise angenommen wurde.

unser Blut, wir haben unsre Ehre und Namen dahingegeben und nichts damit ausgerichtet, als das wir uns schier den Dienstknechten und fremden Nationen berühmt, uns des hohen Namens fast verlustig und diejenigen, so wir vorher kaum kannten, damit herrlich gemacht haben. Was sind Rhein-, Weser-, Elbe- und Oderstrom nurmehr als fremder Nationen Gefangene? Was ist deine Freiheit und Religion anders, als daß andre damit spielen? Summa, alles verlor sich mit dem trefflichen Pommern, mit anderen so stattlichen Ländern .... Wer nur kein schwedisch Brot essen will, soll daran denken, was er für die Ehre des deutschen Namens zu tun hat, um sich gegen sein eigen Blut und sein für allen Nationen dieser Welt berühmtes Vaterland nicht zu vergreifen .... Bedenke, daß du ein Deutscher bist." Diese Worte setzte der Hohenzoller in vorbildlicher Weise in die Tat um. Weit über seine Verpflichtung hinaus unterstützte er Kaiser und Reich beim Kampfe um die Westmark und zog sich selbst hierdurch erneut die Schweden in seine Erblande. Der Erfolg blieb hier versagt. Nicht so in den eigenen entvölkerten Landen, die der weitschauende Fürst mit Ansiedlern aus den Niederlanden und Flüchtlingen aus Frankreich besiedelte und hierdurch vor slawischer Ueberflutung rettete. Der Große Kurfürst schuf überhaupt jenes innige Band zwischen Oraniern und Hohenzollern, das so viel dazu beitrug, daß in den damals mächtig aufstrebenden Niederlanden die Erinnerung an den Zusammenhang mit Deutschland nicht verloren ging. In den Generalstaaten gewann er auch die Erkenntnis von der Wichtigkeit überseeischen Besitzes. So wurde er der Vater der kurbrandenburgischen Flotte und der Begründer der ersten deutschen westafrikanischen Kolonie. Wo man die Tätigkeit dieses großen Mannes betrachten mag, immer stand sie im Zeichen bewußten Deutschtums. So dürfen wir den großen Kurfürsten zweifellos als ersten bewußt alldeutschen Staatsmann bezeichnen. Dies hehre Vermächtnis seines Wirkens sollte seinem Herrscherhause bis zur Gründung des neuen Deutschen Reichs nicht mehr verloren gehen. Aber bei keinem seiner Nachfolger, selbst nicht bei seinem hochverdienten Enkel Friedrich Wilhelm I. trat die deutsche Richtung in gleicher Reinheit und Zielbewußtheit hervor, als bei dem großen Ahnen.

Unter den ersten preußischen Königen sind es vor allem der schon genannte Soldatenkönig und sein Nachfolger, Friedrich der Große, welche am erfolgreichsten im deutschen Sinne schufen und durch ihre ganze Tätigkeit auch den deutschen Gedanken in unserm Volke aufs nachhaltigste befruchteten. Wie kerndeutsch der erstere, abhold jeder damals so allgemein geübten Ausländerei, dachte und handelte ist bekannt. Er schuf die Grundlagen zu Preußens Größe, jenes Heer und jenen Beamtenstand, deren seine Nachfolger bei den Kämpfen um Deutschlands Einigung und dem Aufbau des neuen Reiches nicht entbehren konnten. Weniger bekannt, aber von nicht minderer Wichtigkeit und Wirksamkeit bis zur Gegenwart, sind Friedrich Wilhelms I. hohe völkischen Verdienste um die Schaffung eines freien Bauernstandes und die Einführung der allgemeinen Schulpflicht. Ohne diese Errungenschaften wäre die rasche Durchführung der Stein-Hardenbergischen Neuerungen und der schnelle Wiederaufstieg des preußischen Volkes vor den Befreiungskriegen nicht möglich gewesen. Und

der preußische Schulmeister gewann bekanntlich Königgrätz und spielte somit keine unwesentliche Rolle in den Kämpfen um Deutschlands Einigung.

Während sich bei dem Vater das Deutschtum bewußt und stellenweise in etwas knorriger Form äußerte, ließ sein Sohn eine äußere Vorliebe für französisches Wesen erkennen, die sich manchmal bis zur Abneigung gegen das Deutsche steigerte. Kein Wunder, denn der väterliche Korporalsstock war schließlich wenig geeignet, die Liebe zum Deutschtum einzubläuen [1]. Und trotzdem waren die Taten und Nachwirkungen des großen Königs deutsch, ja alldeutsch. Der beispiellose Heldenkampf der sieben Jahre gaben dem deutschen Volksgefühl einen mächtigen Aufschwung [2]. Wichtiger aber sind in diesem Sinne noch die Rückerwerbungen alten deutschen Bodens im Osten und seine großartigen Siedlungen durch deutsche Bauern (im Warthe- und Netzebruch und im alten Ordensgebiete Westpreußen). Friedrichs Tätigkeit auf diesem Gebiete war geradezu vorbildlich. Daß man sein Werk im folgenden Jahrhundert nicht mit der gleichen Folgerichtigkeit fortsetzte, hatte die verhängnisvollsten Folgen. Sonst hätten wir um 1900 keine Polenfrage mehr gehabt.

Etwa gleichzeitig mit dem großen Preußenkönig gewann auch die Tätigkeit zweier hervorragender Herrscher aus den Häusern Habsburg und Lothringen eine Bedeutung für die Entwicklung des Deutschtums, die bis zum heutigen Tage auf die alldeutschen Aufgaben im ehemaligen Oesterreich-Ungarn nachwirkt. Die Bestrebungen Maria Theresias und ihres Sohnes Josefs II. liefen zum großen Teil in ähnlicher Richtung, wie die ihres preußischen Gegners. Auch sie zielten auf die Schaffung eines einheitlichen Heeres und Beamtenkörpers mit deutscher Heeres- und Amtssprache, sowie auf großartige Besiedlung volksarmer Landsteile mit deutschen Bauern ab. Die deutschen Dörfer an der Militärgrenze, in Ungarn und Galizien stammen meist aus dieser Zeit. Auch hier stockte leider das Werk unter ihren Nachfolgern, so daß das Deutschtum sogar bald in schwere Kämpfe um sein Dasein in den neugewonnenen und durch treue Arbeit erworbenen Gebieten geriet, die bis zum heutigen Tage anhielten.

Ehe das 18. Jahrhundert verlassen wird, sei noch kurz der Blütezeit und Vorblütezeit unseres deutschen Schrifttums gedacht. Die führenden Geister dieser Tage nahmen nur wenig oder keinen unmittelbaren Anteil an der Weiterentwicklung des alldeutschen Gedankens, sie huldigten im Gegenteil einem außervölkischen Weltbürgertum. Mittelbar war jedoch auch ihr Einfluß ein sehr bedeutender und ist es auch heute noch. Das Nähere hierüber wird später erörtert werden. Hier genüge zunächst der Hinweis.

Bis zum Tode Friedrichs des Großen sehen wir also nur einige wenige hochgestellte Fürstlichkeiten und deren Berater, die bewußt oder von einem richtigen Gefühl geleitet ihre Tätigkeit in den Dienst des alldeutschen Gedankens stellten. Bei der Masse der Gebildeten dagegen klangen nur hin und wieder verwandte Regungen an, während „das matte Herz der Mehrzahl nur wenig Raum für den köstlichen Schatz großer politischer

[1] Näheres findet man in den Memoiren der Markgräfin von Bayreuth.

[2] vgl. Treitschke, Lessing: „kein andrer als Goethe sprach das gute Wort: Friedrich der Große erst habe durch seine Taten unserm Volksleben jenen großen heroischen und nationalen Inhalt gegeben, den Lessing in schöne Formen bildete.“

Leidenschaft bot"[1]). Der weltbürgerliche Trieb jener Tage aber konnte nur wenigen auserlesenen Geistern mehr als schalen Ersatz für diesen Mangel an völkischen Hochzielen gewähren. Das Volk vollends stand, in den Augenblickssorgen des Alltags befangen, den hohen Zukunftsfragen völlig gleichgültig gegenüber.

Hier schuf der Sturm der französischen Umwälzung gründlichen Wandel. Er wühlte die denkenden Geister in ihren tiefsten Tiefen auf und auch bei den großen Massen gewann allmählich der Gedanke Raum, daß der Mensch noch eine höhere Bestimmung in staatlicher und völkischer Hinsicht besäße, als nur für Essen und Trinken zu sorgen (fruges consumere nati). Zwar beruhten die Schlagworte von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit in ihrer französischen Auffassung, die sich auch unserm Volke mitteilte, zum Teil auf den falschen Voraussetzungen Rousseaus und der Naturphilosophen, zum Teil führten sie bei ihrer Verwirklichung zur Unwahrheit und Ungerechtigkeit, wie sie ja auch heute noch vielfach die Gemüter unsres Volkes zum Schaden einer kernhaften Deutschgesinnung vergiften.[2]) Das eine Gute aber hatten sie unleugbar, sie steckten weithin ein leuchtendes Hochziel auf und weckten in den stumpfen Herzen die Begeisterung. Die Zeitereignisse sorgten dann von selbst dafür, daß den undeutschen Auswüchsen und Uebertreibungen gegenüber die Dinge auf ihr richtiges Maß zurückgeführt wurden. „Unter dem Zwange der bittersten völkischen Not erwuchs das Geschlecht, das Treitschke glückselig preist, da ihm eine strenge Notwendigkeit einen erhabenen politischen Gedanken auferlegte, der groß und einfach, allen verständlich, jede andere Idee der Zeit in seine Dienste zwang". Und wo ein solches Ziel ist, da fehlen auch nie die Helden zur Tat. Dies ist gerade für unsere Tage eine verheißungsvolle Gewißheit, wo so mancher abseits steht, da er den überragenden Mann noch nicht aus der Menge herauskennt, der, wie einst Luther und Bismarck, uns aus der Nacht zum Licht führen soll. Damals, in den Tagen der Erniedrigung und des Wiederaufbaus vor den Befreiungskriegen, hießen diese alldeutschen Männer, Stein, Arndt und Blücher.

„Ich habe nur ein Vaterland, daß heißt Deutschland, und da ich nach alter Verfassung nur ihm und keinem besonderen Teile desselben angehöre, so bin ich auch nur ihm und nicht einem Teile desselben von ganzem Herzen ergeben". So lautet das prächtige Bekenntnis des Reichsfreiherrn Heinrich von Stein, dem durch seine Abstammung aus reichsunmittelbarem Geschlecht der Gedanke der deutschen Einheit ohne die Fesseln einzelstaatlicher Zugehörigkeit schon in die Wiege gelegt war. Er war der erste deutsche Staatsmann, „der die treibende Kraft des Jahrhunderts, den Drang nach nationaler Staatenbildung" im Zeitalter verschwommenen Weltbürgertums ahnend erkannte. Und an ihm liegt es fürwahr nicht, daß nicht schon 1815, sondern erst zwei Menschenalter später seine Weissagung zur Wirklichkeit wurde. Stein hatte vor allem erkannt, daß die völkische Wiedergeburt einen völligen Neubau des Staates auf sittlicher Grundlage neben der Läuterung des Einzelnen zur Vorbedingung haben müsse. Seine Reformbestrebungen sind die notwendige

[1]) Nach Treitschke.
[2]) Vgl. Chamberlein, Demokratie und Freiheit.

Ergänzung von Fichtes „Reden an die deutsche Nation" und Humboldts Wirken in Bildungsfragen — Schöpfung der Berliner Hochschule —. Galten die Mühen dieser Männer der inneren Ertüchtigung des Einzelnen zur Mitwirkung an den großen Aufgaben der Gegenwart und der Zukunft, so leitete Stein der Grundgedanke, das ganze Volk zu selbständiger und verantwortlicher Tätigkeit am Staatsleben heranzuziehen und hierdurch sein Selbstvertrauen und seine Hingabe an das Vaterland zu erwecken. Es waren die sittlichen Forderungen des Königsberger Weisen, auf das Gebiet völkisch-staatlicher Betätigung übertragen. Die öde Gleichmacherei der Franzosen wurde verworfen und nur die Rechtsgleichheit anerkannt. Im staatlichen Leben solle aber nicht die unterschiedslose Masse unbeschränkter Einzelmenschen herrschen, sondern es sollen sich die Rechte nach Maßgabe der Pflichten und Leistungsmöglichkeiten abstufen. „Dem begehrlichen, umstürzlerischen Sinne, der vom Staate unendliche Menschenrechte heischte, trat das strenge, altpreußische Pflichtgefühl entgegen, dem dreisten Dilettantismus der Staatsphilosophen die Sach- und Menschenkenntnis eines gewiegten Verwaltungsbeamten, der aus den Erfahrungen des Lebens die Einsicht gewonnen hatte, daß der Neubau des Staates von unten her beginnen muß, daß konstitutionelle Formen wertlos sind, wenn ihnen der Unterbau der freien Verwaltung fehlt." Ergänzend traten die Pläne Scharnhorst's hinzu. Der Wert der von ihm eingeführten allgemeinen Wehrpflicht war mit nichten mit dem Vorteil erschöpft, daß er dem Staate die größtmöglichste Anzahl von Landesverteidigern zuführte. Viel höher stand ihr sittlicher Gehalt, die Feststellung der Pflicht eines Jeden, an einer der wichtigsten Staatsaufgaben — dem Schutze des heimischen Herdes — teilzunehmen, und die strenge Schule vaterländischer Zucht, die nun auch dem Letzten zu teil wurde und sein Verständnis für die Allgemeinbelänge völkischer Geltung weckte. So wurde auch der hannoversche Bauernsohn als Wecker des völkischen Bewußtseins einer der Väter des alldeutschen Gedankens.

Allzu früh wurde Stein seinem Wirken entrissen. In Hardenberg fand er einen verständnisvollen und einen überzeugten Fortsetzer seines Werks, wenn sich auch die Auffassungen der beiden Staatsmänner im Einzelnen nicht immer deckten. Gemeinsam war ihr Bestreben, Deutschland durch sittliche Kräfte wieder aufzurichten, damit es imstande sei, die Fremdherrschaft abzuwerfen und seine weitern großen Aufgaben zu erfüllen. Daß bei der Größe der Aufgabe auch schwere Mißgriffe mit unterliefen, war unvermeidlich. Als solcher muß dem rückschauenden Blicke die Judenemanzipation erscheinen. Gerade Hardenberg stand ja vielmehr unter dem Banne der Gedankenwelt der französischen Umwälzung als Stein. So erkannte er nicht, daß das Zugeständnis der Rechtsgleichheit an Fremdstämmige genüge, sollte der Staat nicht früher oder später zu kurz kommen. Allerdings war ja damals die Gesamtzahl der Juden im Staate noch verhältnismäßig klein und nur Berlin, in dem ein vorlautes Judentum schon damals das große Wort führte (Rahel Lewin, Henriette Herz), machte eine Ausnahme.

Am umfassendsten und reinsten kam der alldeutsche Gedanke bei Ernst Moritz Arndt zum Ausdruck, gerade dem Manne, der noch bis zum

Mannesalter schwedisch fühlte und sich erst verhältnismäßig spät zu seinem Deutschtum durchgerungen hatte. Es wäre nicht richtig, diesen Mann nur als Gehilfen und Handlanger des von ihm so hochverehrten Stein zu betrachten. Wenngleich er von dem überragenden Geiste dieses Mannes nicht unbeeinflußt war, muß er doch als ganz selbständiger völkischer Denker aufgefaßt werden. Dies kommt am kürzesten zum Ausdruck am Schlusse seiner „Erinnerungen aus dem äußern Leben", wo er seine Anschauungen über Deutschlands Lage und Bedürfnisse noch einmal zusammenfaßt [1]). Es würde zu weit führen, seine Gedanken hier lückenlos wiederzugeben. Es sei deshalb nur einiges hervorgehoben. Arndt fordert die Wiedergewinnung Belgiens und Hollands, sowie der Rheinmündungen, um der unerträglichen Flankenbedrohung aus dieser Richtung ledig zu werden. Auch Helgoland in der Hand der Engländer dürfe unmöglich geduldet werden, da von hier aus jederzeit die Sperrung von Elbe, Weser und Ems möglich sei. Dann weist er auf den Mangel einer Kriegsflotte hin, die selbst den kleinen skandinavischen Staaten jederzeit Uebergriffe ungestraft erlaube. Nur ein Volk aber, das Seegeltung habe, könne in den künftigen Welthändeln eintreten. Daher sein Ruf nach einer Flotte, deren Kern die deutschgewordene holländische bilden solle und die durch Neubauten der übrigen deutschen Küstenstaaten, Holstein, Oldenburg, Mecklenburg und Preußen aus „deutschen Eichen" zu verstärken sei. Die Schlagkraft des deutschen Staates werde ferner durch die Buntscheckigkeit seiner Kriegsmacht bedroht. Daher sei Vereinheitlichung, wie sie einst Napoleon sofort bei den Rheinbundstaaten vornahm, geboten. Ein großes Verbrechen findet er in der Verkuppelung deutscher Einzelstaaten mit fremden Herrscherhäusern und verlangt deshalb ein Grund-Staatsgesetz, „daß in dem Falle, wo dem Fürsten eines fremden Staates durch Vermählung mit einer deutschen Prinzessin das Erbe eines deutschen Landes zufiele, oder wo ein deutscher Fürst durch Vermählung oder Wahl auf einen fremden Thron erhoben würde, deutsche Lande durch solche Verbindungen und Ergebnisse nimmer als Provinzen oder als von fremden Thronen her regierte Landschaften an fremde Herrschaften fallen könnten, sondern daß sie dem nächstgeborenen Vetter oder Sohn so vermählter und entfremdeter Häuser zufallen müßten" [2]). In der Vielherrschaft der Einzelstaaten des deutschen Bundes sieht Arndt nur das eine Gute, daß durch die Zusammenfassung der deutschen Stämme zu einem Bunde die deutsche Wehrkraft gestärkt werde. Denn „vor allen Dingen, daß ein Volk sich wehren und verteidigen könne, daß es nicht jeden Schimpf und Jammer geduldig auf sich sitzen lassen müsse, das ist und bleibt das erste Gebot." Die Fürsten aber mahnt er zur Gerechtigkeit, „denn allein dadurch wird die Erhaltung der Fürstenhäuser möglich sein bei den Stürmen, die in dem Zeitalter drohen, und deren immer näheres dumpfes Heranbrausen [3]) allen feineren Ohren vernehmlich genug ist; dadurch allein wird es möglich, daß eine gemeinsame deutsche Liebe ... erzeugt werde ...." Daran schließen sich Warnungen vor dem Jesuitis-

---

[1]) Ausgabe von Reclam Seite 322—350,

[2]) Wer denkt da nicht an die Koburgerfrage in den 90er Jahren und den Alldeutschen Verband?

[3]) Im Jahre 1810, nicht etwa 1900 geschrieben!

mus, in dem Arndt einen Feind des Deutschtums erblickt. Und zum Schlusse warnt der getreue Eckardt vor Rußlands Ländergier, Englands kleinlichem Handelsneid und Frankreichs Erbfeindschaft und Rheinbunds-bestrebungen. Den Forderungen der Franzosen nach der Rheingrenze aber solle man die Losung entgegenstellen: „Heraus mit dem Elsaß und Lothringen!"

Ein jeder wird beim Lesen dieser Arndt'schen Ansichten empfinden, wie alldeutsch sie sind und nicht minder, wie beziehungsreich zur Gegenwart. Wir Alldeutsche begrüßen aber in dem Dichter von „Das ganze Deutschland soll es sein!" den frühen Künder und beredten Herold unsrer besten Anschauungen, den Mann, der schwere Verfolgungen erdulden mußte, weil er „die gefährliche Einheit des deutschen Volkes" vor allem der deutschen Jugend gepredigt hatte.

Neben Stein und Arndt ragt Blücher und sein Kreis, die Scharnhorst, Gneisenau und Grolman, in unsre alldeutsche Gedankenwelt hinein. Nicht nur durch seinen verzehrenden Haß gegen alles Fremdländische und Welsche, nicht nur als Befreier vom Napoleonischen Joch steht der Marschall Vorwärts bei uns Alldeutschen in treuem Gedächtnis. Sein hohes Ansehen verdankt er vielmehr dem bedeutendsten Zuge seines Wesens, seiner Deutschheit. Und zwar einer allumfassenden Deutschgesinnung, einer wie Scherr sagt „nicht kleinpreußischen, sondern im höchsten und besten Sinne großdeutschen Vaterlandsliebe". Es ist beinahe innerlich bedingt, daß fast alle Vertreter des alldeutschen Gedankens vor Bismarck nicht Geburts-Preußen waren, dagegen diesem Lande ihre Dienste weihten: Stein, Hardenberg und Arndt, Blücher, Scharnhorst und Gneisenau, sowie Fichte. Ihre Herkunft machte diese Männer frei von einer Engherzigkeit, die vielleicht über dem Preußentum die höheren Ziele des Deutschtums vergessen hätte. Dagegen erkannten sie klar in Preußen den einzig möglichen Vollstrecker des deutschen Gedankens, oder wie es Fichte ausdrückte, „den Zwingherrn zur Deutschheit".

Nach jenen Großen sei auch der andern verdienstvollen Männer der Zeit im Sinne der Deutschentwicklung nicht vergessen, der begeisterten Sänger, deren noch später gedacht werden soll, der Mitglieder des Tugendbunds und der Ertüchtiger der Jugend, Jahn und Friesen. Zumal die großen Verdienste des Erstern werden infolge der „fratzenhaften Züge", die seinem „polternden Treiben" anhafteten, allzuoft übersehen. In seinem Buche über das deutsche „Volkstum" erkennt er schon die deutsche Aufgabe Preußens im Vergleich mit dem „großen Völkermang Oesterreichs". „Nur es werde die Deutschen wieder zu einem Großvolke erheben. Hinweg mit dem deutschen Staatskrebs, der kindischen Landsmannschaftssucht, der Völkleinerei; eine oberste Gewalt im Reiche, eine Hauptstadt, Einheit der Zölle, der Münzen und Maße; dazu Reichstage und Landtage und eine mächtige Landwehr aus allen Waffenfähigen gebildet, denn unter Germanen gilt der Grundsatz: wehrlos, ehrlos!" Das sind doch fürwahr Gedanken, die seinem Urheber ein gutes Andenken auch heute bei den Alldeutschen sichern sollten.[1])

[1]) Auch die Verdienste der österreichischen Vaterlandsfreunde (1809) oder eines Görres sollen hier nicht vergessen sein. Sie traten jedoch gegenüber den preußischen Vertretern des alldeutschen Gedankens zurück, da ihnen die Auswirkung auf die Gegenwart versagt blieb.

Aus dem jähen Aufwachsen des nationalen Gedankens in jenen Tagen, ohne daß ihm wie anderswo eine lange Reifezeit beschieden war, leitet es Treitschke her, daß er bis zum heutigen Tage noch nicht völlig in das allgemeine Bewußtsein eingedrungen ist und in seinen Aeußerungen eine sprunghafte und unstete Art erkennen läßt, die zwischen Schwärmerei, treuherziger Begeisterung und krankhafter Verbitterung schwanke und so oft die wunderbar verschwommene Unklarheit der politischen Hoffnungen der Deutschen zur Folge habe. Daher stamme auch die haltlose Schwäche unseres völkischen Gefühls, das bis zur Stunde noch nicht die unfehlbare Sicherheit eines volkstümlichen „naiven Instinkts" habe. Diese Worte haben leider auch jetzt noch ihre Richtigkeit und es ist eine Hauptaufgabe des Alldeutschen Verbandes hier Wandel zu schaffen.

Aber auch noch eine weitere Erkenntnis gewinnen wir aus jenen Tagen des tiefsten Falles und der herrlichen Erhebung zur Nutzanwendung auf unsere Tage. Eine sittliche und völkische Wiedergeburt ist nur möglich, wenn alle wertvollen Kräfte unseres Volkes mitarbeiten. Das Ziel der Arbeit kann aber wie damals nicht sein, nach den Erschütterungen und Umwälzungen das Alte schlechthin wieder herzustellen. Sein beispielloser Zusammenbruch zeigt, wie innerlich unwahr und schlecht so vieles an ihm war. Nein, der Neubau muß erfolgen unter Wahrung des Guten und Stammesgemäßen, sowie unter Ausscheiden des Ueberständigen und Wesensfremden auf einer unbedingt völkischen Grundlage, unter weitester Beteiligung aller Stammesgenossen, unter unbedingter Ablehnung aber aller offenen oder verkappten „internationalen" Bestrebungen.

Und schließlich gilt auch für unsre Tage, daß eine Geltung im Rate der Völker möglich ist allein auf Grundlage staatlicher Macht, einer Macht, die ihre Kämpfer nicht in bezahlten Söldnern, sondern in allen Gliedern des Volkes, geeint durch das Band der Pflicht und der Vaterlandsliebe, findet. Daher zurück zum Volksheer Scharnhorst'scher Art, damit es unserer Jugend wieder Pflichtgefühl und Selbstzucht, Einordnung des Eigenwillens in die Gesamtbelänge und die Liebe zum Waffengebrauch lehre, damit es gleichzeitig wieder für das heranwachsende Geschlecht ein Stahlbad körperlicher Gesundung in den wichtigen Jahren der Entwicklung werde. Vermeiden wir aber die Altersgebrechen des ehemaligen Heeres, die Erstarrung der Willensunterordnung zu Kadavergehorsam und die Entartung der nötigen Strenge zur Roheit oder zur nachsichtigen Weichlichkeit. Dann wird unser waffenfrohes Volk auch wieder zu seiner Wehrhaftigkeit zurückfinden, zumal wenn jene Durchlöcherung der allgemeinen Wehrpflicht schwindet, die in den letzten Jahrzehnten unser Heer innerlich und äußerlich so sehr schädigte.

Dank der begeisterten Mitwirkung der deutschen Stämme war es gelungen, die welsche Fremdherrschaft zu brechen. Was Wunder, wenn dies so herrlich bewährte Volk nun seinen Siegespreis erwartete, der diesen „heilig großen" Opfern entsprach. Nach außen vor allem einen Neubau des Reiches unter einem deutschen (nicht römischen!) Kaiser, der seinem Volke die einst verlorenen und nun wiedergewonnenen Gebiete zur Morgengabe mitbringen würde. Nie sind begründete Hoffnungen schlimmer getäuscht worden. Es war nicht Preußens Schuld, daß die berechtigten

deutschen Ansprüche nicht zur Geltung kamen. Bis zur Schwelle eines neuen Krieges vertrat es seine eigenen, im allgemeinen mit den deutschen sich deckenden Forderungen. Von allen Seiten im Stiche gelassen, mußte es schließlich nachgeben. Die Grenzmarken blieben verloren und statt des ersehnten Kaisertums wurde der Wechselbalg des Deutschen Bundes auf dem Wiener Kongreß geboren. Daß die bisherigen Bundesgenossen, England und Rußland dort ihre eigenen, der Bildung eines kräftigen Reiches im Herzen Europas entgegengesetzten Belänge vertraten, wird nur der als schnöden Undank, besonders des gleißnerischen Alexander I., beklagen, der in seiner Weltfremdheit dem Wahn huldigt, daß die Gesetze bürgerlicher Ehrbarkeit und Wohlanständigkeit auch auf dem Gebiete der Staatskunst verbindlich seien. Daß sich dem Ausland aber das deutsche Haus Habsburg in schnödem Argwohn und selbstsüchtigem Neid gegen das aufstrebende Preußen anschloß, ist seine weltgeschichtliche Schuld am Deutschtum, die es spät, aber folgerichtig mit seinem Falle im Jahre 1918 büßte.

Ebenso wie die Hoffnungen der Deutschgesinnten nach außenhin nicht in Erfüllung gingen, ebenso wurden ihre Erwartungen nach einer Aenderung im Innern gründlich getäuscht. Und zwar liegt hier die Schuld an Preußen, dem seine deutsche Sendung die Führerrolle zur freiheitlichen und völkischen Entwicklung unseres Volkes, wie schon einmal zur Zeit der Stein-Hardenbergischen Neuerungen hätte aufzwingen müssen. Aber dieses Mal war kein Stein da und Friedrich Wilhelm III. stand dem Geiste der Zeit fremd gegenüber. Schon gegenüber York war dies zutage getreten: erst spät geriet auch der König in den Bann der nationalen Erhebung. Immer noch war er der Meinung, daß er auch weiterhin im Sinne einer aufgeklärten, wohlwollenden Selbstherrschaft das mündig gewordene Volk regieren könne. Er dachte an keinen Rechtsbruch, als er die sofortige Verleihung der verhießenen Verfassung unterließ. Er wollte nur, wie ein fürsorglicher Hausvater, seinem Volke das Geschenk erst dann geben, wenn es dazu reif sei. Dabei übersah er, schlecht beraten, völlig, daß ein Volk, das soeben erst solche Taten vollbrachte, den Beweis seiner Reife mehr als hinreichend geliefert hatte und daß der Mensch, mit seinen höheren Zwecken wachsend, in neue Aufgaben sich rasch hineinlebe. Die Erinnerung an die damalige Verfassungsfrage ist auch für uns Heutige in mancher Hinsicht lehrreich. Gerade jetzt könnten gewisse Krankheits- und Entartungserscheinungen unseres siechen Volkskörpers der Ansicht Vorschub leisten, daß unser Volk noch nicht zur Selbstbestimmung seiner Geschicke fähig sei und bis zur Reife zunächst geleitet werden müsse. Man vergißt dabei, daß die betrüblichen Erscheinungen nicht in letzter Linie dem zu verdanken sind, daß trotz allgemeinen Wahlrechts und anderer äußerlicher Verfassungsformen unser Volk in Wirklichkeit an der Leitung der Staatsgeschäfte gar nicht teilnahm. Es steht noch in frischem Gedächtnis, wie das Bestreben des Alldeutschen Verbandes, mit *selbständigem* Urteile, beratend und fördernd, aber auch warnend und tadelnd die Anschauungen der deutschvölkisch gerichteten Kreise zur Geltung zu bringen, als eine Art Anmaßung nicht nur von den Regierungsstellen, sondern auch vom Reichstag und dem größeren Teil der Presse zunächst aufgefaßt und abgelehnt wurde, bis man sich notgedrungener Weise allmählich damit abfand. Diese staatliche Bevormundung auf allen Gebieten, anstatt die Mitwirkung des Volkes zu wecken,

rief die Teilnahmslosigkeit seiner gebildeten Kreise und die Empfänglichkeit seiner Massen für die Hetzreden undeutscher und zwischenvölkischer Aufwiegler hervor. Nicht in der Ablehnung des Volkes bei der Mitarbeit wegen seines „beschränkten Untertanenverstandes", wie unter Friedrich Wilhelm III., liegt also heute unser Heil, sondern in dessen Erziehung und Ueberleitung in die richtigen Bahnen staatsbürgerlicher und alldeutscher Betätigung.

Wenn auch Friedrich Wilhelm III. in den großen Zukunftsfragen alldeutschen Gepräges nach den Befreiungskriegen nicht durchdrang oder versagte, so hat er doch in zwei wichtigen Einzelfragen unzweifelhaft große Verdienste sich erworben, nämlich in der Polenfrage und bei Gründung des Zollvereins.

In den polnisch redenden Landesteilen wurden durch eine stetige, stramm nationalgesinnte Verwaltung die Grundlagen zu einer raschen Eingliederung in das preußische Staatsgefüge und eine baldige Annäherung an das deutsche Wesen und Volkstum gelegt. Die Namen des Oberpräsidenten Flottwell und des Generals Grolman, eines Gesinnungsgenossen aus dem Blücherschen Kreise, werden als Haupturheber dieser erfolgreichen Politik stets bei uns Alldeutschen die gebührende Anerkennung und Verehrung finden. Leider verkümmerten die Erfolge ihrer Wirksamkeit unter dem nächsten Herrscher, der in seinem Wunsche, wirkliche und vermeintliche Fehler des alten Königs bei seinem Regierungsantritt gutzumachen (z. B. bei Boyen, Arndt), auch die bisherigen bewährten Bahnen der Ostmarkenpolitik verließ und damit das Zeitalter der unseligen Schaukelpolitik eröffnete, die zu dem schon früher geschilderten Lebenskampf des Deutschtums in den Ostmarken und schließlich zum Verlust der letzteren führte.

Einen dauernden Erfolg hatte dagegen die Zollpolitik Friedrich Wilhelms III. Sie fand ihre Krönung in der Gründung des Zollvereins, womit der erste Schritt zur staatlichen Einigung Deutschlands getan wurde. Hier trat es zum ersten Male offen zutage, daß das Zukunftsziel Großdeutschlands nur auf dem Umwege über die kleindeutsche Lösung erreicht werde. Das Zustandekommen des großen Werkes ist in der Hauptsache das hohe Verdienst von Motz und Maaßen, wiederum zweier Nichtpreußen, mit deren Verwendung Preußen abermals seinen deutschen Beruf und seine deutsche Anziehungskraft bewährt hatte. Ganz außerordentliche Schwierigkeiten, sowohl im Innern des eigenen Landes, als bei den widerstrebenden Nachbarstaaten mußten erst überwunden werden, ehe die ersten Verträge abgeschlossen wurden. Mit Recht konnte Treitschke nun sagen, daß „das Heerwesen und die Handelspolitik der Hohenzollern fortan die beiden Rechtstitel bildeten, auf denen Preußens Führerstellung in Deutschland ruhte." Der Gedanke eines einheitlichen deutschen Wirtschaftsgebietes war schon ein alter. Die Keime gehen schon in die voraufgehenden Jahrhunderte zurück und schon zur Zeit der Bauernkriege sahen wir im Hipler'schen Programm verwandte Bestrebungen zur Verwirklichung drängen. In der Zeit nach den Befreiungskriegen waren es vor allem Friedrich List, über den als hervorragenden Anreger alldeutscher Gedanken noch zu reden sein wird, der in feurigen Worten, aber auch nicht frei von Verirrungen, gegen die Binnenmauten auftrat. Das Große an ihm ist, daß er in seinen kühnen Entwürfen das

deutsche Gesamtgebiet umspannte. Es ist zugleich sein Fehler, da er nicht erkannte, daß der Deutsche Bund nicht die Möglichkeit zur Ausführung bot. Waren ihm sonach die preußischen Staatsmänner in der Erkenntnis der richtigen Wege und des zur Zeit tatsächlich Erreichbaren weit voraus, so liegt sein außerordentliches Verdienst auf dem Gebiete der Befruchtung der deutschen Gedankenwelt in rastloser, überzeugender Arbeit. List ahnte schon voraus, was erst in den kommenden Geschlechtern Erfüllung finden sollte, eine gemeinsame Gewerbegesetzgebung, ein deutsches Postwesen, ein Zollparlament als Uebergang zu einem deutschen. „Als der Schöpfer des Zollvereins, wie er sich selbst im Uebermaße seines Selbstgefühls genannt hat, kann er gleichwohl keinem Unbefangenen gelten." Auch nicht der geistvolle Badener Nebenius, da auch er (1819) den Grundirrtum Lists bezüglich der zeitlichen politischen Möglichkeit eines großdeutschen Zollbundes (einschl. Oesterreich) teilte.

Noch muß in diesem Zeitraume der Gründung der Burschenschaft gedacht werden. Der Gedanke entstammte bereits der Zeit des Wiederaufbaus. 1811 verdichtete er sich im Fichte'schen Kreise zum Plane einer Deutsch-Jüngerschaft. An die Billigung des Unternehmens durch Fichte knüpfte sich dessen Mahnung, nicht mittelalterlich und deutsch[1]) zu verwechseln, sondern ihren Zweck in der Belebung deutschen Sinnes zu suchen. Hieran knüpfte man nun nach den Befreiungskriegen in Jena an. Das Ziel war die Einheit Deutschlands: zur Verwirklichung dieses Hochziels solle sich die gesamte deutsche Hochschuljugend über die landsmannschaftlichen Sonderverbände hinweg zusammenfinden. Als die Vereinigung 1818 in der „Allgemeinen deutschen Burschenschaft" gelang, trug sie infolge des vorausgegangenen Wartburgfestes schon schwere Krankheitskeime in sich. Aber so kurz ihr Bestehen war, so nachhaltig war doch die Wirkung. War es doch zum ersten Male, daß sich gleichgesinnte Männer in dem zerklüfteten Volke zu einer „allgemeinen deutschen", also einer „alldeutschen" Vereinigung zusammenfanden. Und wenn auch für lange Jahre die Form zerbrochen wurde, der Geist blieb lebendig, der Geist, der in Tausenden deutscher Männer den Willen zur deutschen Einheit und zur deutschen Macht bewahrte, durch alle Irrungen und Wirrungen der Zwischenzeit hindurch.

Einen mächtigen Aufschwung der völkischen Gedanken brachte das Jahr 1848. In einem Menschenalter hatte der Deutsche Bund seine Unfähigkeit erwiesen, sich aus sich selbst heraus im Sinne der deutschen Forderungen fortzubilden und dem ersehnten, mächtigen deutschen Einheitsstaate näherzukommen. Der Staat hatte versagt, das Volk selbst nahm seine Sache in die Hand. Und es vertraute seine Sache wahrlich keinen schlechten Händen an. Nur mit stolzer Wehmut kann man die Reihe der Männer überblicken, denen damals das Vertrauen des Volkes

---

[1]) Diese Mahnung war im Zeitalter der Romantik recht angebracht. Gerade die Uebertreibungen eines Jahn auf diesem Gebiete geben bis heute noch billigen Anlaß, sich über „Teutschtümelei" usw. lustig zn machen. Auch König Ludwig I. trug später hierzu bei. Er war aber ein Mann treudeutscher Gesinnung über die Grenzen seiner engeren Heimat hinaus. Die 1830—41 gebaute altdeutsche Ruhmeshalle der Walhalla legt heute noch davon Zeugnis ab.

die Förderung seiner Geschicke übergab, wenn man auf die Zusammensetzung der Nationalversammlung des Jahres 1919 zurücksieht. Es waren die besten Köpfe unseres Volkes, die sich damals in der Paulskirche in Frankfurt a. M. zum ersten deutschen Parlamente vereinigten. Hinter ihren Beschlüssen stand aber keine staatliche Macht, nachdem Preußens König sich geweigert hatte, an die Spitze der Bewegung zu treten. Darum blieb sie nach außen hin ergebnislos und noch einmal trat der Deutsche Bund in Ermangelung einer besseren Neuschöpfung in Tätigkeit, bis Bismarck die Lösung mit Blut und Eisen fand. Trotz dieser äußerlichen Unfruchtbarkeit war die 48er Bewegung nicht nutzlos im alldeutschen Sinne verebbt. Ihr wichtigstes Ergebnis war es, daß die Ueberzeugung von der Unhaltbarkeit der bisherigen Zustände Allgemeingut des deutschen Volkes geworden war, mochte man sich im einzelnen die Weiterentwicklung noch so verschieden denken. Bedeutungsvoll war es auch, daß die kleindeutsche Lösung die Mehrzahl der Anhänger fand, ein gutes Zeichen des erwachenden Tatsachensinnes, mochten auch für die großdeutsche Auffassung noch so starke Gefühlswerte sprechen und ein Ludwig Uhland, mit der ganzen Wärme seiner Ueberzeugung, dafür eintreten, daß „Tirol und Steiermark, ja Oesterreich bis zur Adria bei Deutschland festzuhalten" seien und sogar engen Beziehungen zur Schweiz und Vlamentum das Wort redete. Aber auch die großdeutsche Gedankenwelt wußte sich wenigstens soweit durchzusetzen, daß allgemein anerkannt wurde, daß der notgedrungene Verzicht auf das Hochziel des Siebzigmillionenreichs seinen Ausgleich in einem engeren staatsrechtlichen Verhältnisse des künftigen Deutschen Reichs zu Oesterreich finden müsse. Aus dieser Anschauung erklärt sich 1866 Bismarcks Zurückhaltung als Sieger in Nikolsburg trotz einflußreicher Widerstände, aus ihr erklärt sich das spätere Bundesverhältnis mit dem Donaustaate. Recht eigentlich großdeutsch-alldeutsch war auch das einmütige Bekenntnis zu unseren Stammesbrüdern in der Nordmark im Jahre 1848. Aus der späteren gemeinschaftlichen Wiedergewinnung dieser kerndeutschen Lande leitete sich dann die preußisch-deutsche Lösung der deutschen Frage her.

Unmittelbar richtungweisend war das Frankfurter Parlament für die spätere äußere Form des neugeeinten Reichs in der Kaiserfrage. Es ist ein bedeutungsvolles Spiel des Zufalls, das derselbe Simson im Jahre 1871 als Vertreter des Reichstags dem ersten deutschen Kaiser huldigte, der dessen verstorbenem Bruder 1849 die Kaiserkrone aus den Händen der Volksvertretung umsonst angeboten hatte. Ueberhaupt ist der 48er Verfassungsentwurf in den wesentlichen Punkten bestimmend gewesen für die Ausgestaltung des neuen Reichs Bismarckischer Schöpfung. Dieser ist nur das Ende einer Entwicklungsreihe, deren Hauptinhalt der Gedankenwelt des Revolutionsjahres entstammt, deren Anfänge aber schon in die ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts, ja bis in die Zeiten des großen Friedrich zurückreichen. Der große Einfluß des Frankfurter Entwurfs auf die spätere Zeit ist aber deshalb in deutschem Sinne so beachtenswert, weil „in ihn alle jene großen völkischen Empfindungen und Interessen einmündeten und einen fast vollendeten Ausdruck fanden, die damals deutsche Herzen bewegten."

Man spöttelt oft so gerne über die Weltfremdheit des 48er Professoren-Parlaments. Gewiß hat es in der Hauptsache, der Kaiserfrage, die Macht-

frage nicht genügend eingeschätzt. Deshalb war sein Tun zu einer schließlichen Unfruchtbarkeit verdammt. In Einzelheiten blieb ihm aber das Wesen der staatlichen Macht durchaus nicht fremd. Das bekannteste Beispiel hierfür ist sein Wirken für die Schöpfung einer deutschen Flotte, hervorgegangen aus der Erkenntnis deutscher Ohnmacht zur See selbst gegenüber dem kleinen Dänenvolk, aus Anlaß der schleswig-holsteinischen Händel. Auch auf diesem Gebiete besteht ein unmittelbarer Zusammenhang über des Prinzen Adalberts Flottenwirken bis zu den alldeutschen Bestrebungen der neunziger Jahre.

Daß das deutsche Parlament, im allzu einseitigen Banne liberaler Parteiforderungen, auch in wesentlichen Punkten fehlgriff, darf natürlich nicht wunder nehmen. Für die heutige Zeit wirkt da vor allem seine Festlegung der Grundrechte nach, deren Aufnahme in die Reichsverfassung mit sicherem Empfinden Bismarck vermied, die aber leider in die jüngste deutsche Verfassung übernommen sind und deren zeitgemäße Weiterentwicklung oder Umgestaltung fast unmöglich machen. Diesem Danaergeschenke verdanken wir auch die Verewigung der Judenemanzipation in Deutschland, die so furchtbare Folgen für das neue und neueste Reich hatte.

Alles in allem genommen überwiegen aber die wohltätigen Folgen des Jahres 1848 in alldeutscher Hinsicht die schlimmen Nachwirkungen einiger Fehlmaßnahmen ganz erheblich. Entstand in den Jahren 1806 bis 1815 das zusammenhängende Weltbild des alldeutschen Gedankens, wie es uns E. M. Arndt überliefert, so brachte das Jahr 1848 den ersten umfassenden Versuch, diese Gedankenwelt als Ganzes in die Wirklichkeit zu übertragen. Der Versuch mißlang. Aber schon war der Mann ins öffentliche Leben getreten, der dann zum Vollstrecker des alldeutschen Gedankens auf der Vorstufe der kleindeutschen Lösung werden sollte. Er hatte die große Erkenntnis gewonnen, an deren Mangel das deutsche Parlament gescheitert war: „Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden — das ist der Fehler von 1848 und 1849 gewesen — sondern durch Eisen und Blut". Diese Worte schleuderte der große Staatsmann der verblendeten Landtagsmehrheit 1862 ins Gesicht, als sie ihm die Mittel zur Machtentfaltung Preußens, zur Heeresverstärkung, versagte. Bekanntlich suchte man Bismarck, in Verallgemeinerung dieses auf einen Sonderfall geprägten Wortes, zum hemmungslosen Gewaltpolitiker zu stempeln, ähnlich wie man später dem Alldeutschen Verbande sein Eintreten für kraftvolle deutsche Machtentfaltung zur Fürsprache einer ufer- und verantwortungslosen Gewaltpolitik umfälschte.

Bismarcks Werk drohte mehr als einmal zu scheitern. Nicht nur am Widerstande der Gegner, der österreichisch-partikularistischen Kreise, in deren Fahrwasser die ehemaligen Großdeutschen immer mehr gerieten, so daß der einst so stolze Begriff „Großdeutsch" eine häßliche Nebenbedeutung erhielt, bis er in der jüngsten Zeit wieder zu alten Ehren kam. Nein, auch die Kreise, die eigentlich die eifrigsten Förderer seines Strebens hätten sein müssen, die Gothaner und der Nationalverein, versagten ihm zunächst hartnäckig die Gefolgschaft, da sie in ihm nur den ehemaligen preußischen Junker sahen, durch langeingewurzelte Vorurteile verhindert, die Wand-

lungen dieses einzigen Mannes zu verstehen, und da sie zum Teil selbst nach 1866 in rechthaberischer Verbissenheit seine geschichtliche Bedeutung für das Deutschtum nicht verstehen wollten. Um so größer das Verdienst seines Königs, der einmal überzeugt, daß sein leitender Staatsmann auf dem richtigen Wege sei, in Treue zu ihm hielt. Gewiß lagen dem König Wilhelm I. deutsche Bestrebungen erst in zweitem Felde — zunächst war er Preuße vom Wirbel bis zur Sohle. Mittelbar wurde er aber durch seinen Glauben an Preußens Größe der Mitschöpfer unsrer Einheit und ist deshalb auch in alldeutschem Sinne seinen großen Ahnen, dem Großen Kurfürsten, dem Soldatenkönig und Friedrich dem Großen beizugesellen.

In Frankfurt, im Getriebe der Bundesversammlung, war Bismarck die Erkenntnis gereift, daß die deutsche Frage nur gegen Oesterreich und unter dessen Ausschluß zu lösen sei. Schwer nur hatte er seinen königlichen Herrn, in dessen Seele noch romantische Erinnerungen an die Zeiten der Befreiungskriege und der heiligen Allianz nachzitterten, für diesen Standpunkt gewonnen. Es ist schon früher betont, daß der große Staatsmann den Ausschluß Oesterreichs nicht als die endgültige Lösung ansah und vom ersten Tage an, dem Tage des Nikolsburger Friedens, die Wiederannäherung vorbereitete. Es ist schon früher einmal erwähnt, daß ihm der Abschluß einer künftigen Wirtschaftsgemeinschaft vorschwebte, die jedoch an dem Einspruch Ungarns scheiterte. Das Bundesverhältnis zum Donaustaate sollte nur den Uebergang zum engeren Anschluß werden. Bezeichnend ist es auch, daß Bismarck seiner Schöpfung nicht den Namen „Deutschland", sondern den des „Deutschen Reichs" beilegte. Hiermit gab er zu, daß für uns Reichsdeutsche Staat und Vaterland noch keineswegs zusammenfallen. Wir Alldeutsche erblicken aber in dieser Namensgebung ein heiliges Vermächtnis, dessen Einlösung den deutsch-österreichischen Brüdern gegenüber Neigung, Verstand und Pflicht in gleicher Weise gebieten.

Fast allzu stürmisch hatte sich die Einigung des deutschen Volks zum neuen Reiche in den kurzen Jahren von 1864 bis 1871 vollzogen. Es bedurfte darum einer gewissen Ruhezeit, um das Gewonnene zu festigen und auszubauen. Denn starke Kräfte waren am Werke, das kaum Errungene wieder zu zerstören. Sozialistengesetz und Kulturkampf lassen die Größe der innern Hemmungen erkennen. Und beachtenswert ist die Tatsache, daß der Schöpfer des Reichs bereits nach 10 Jahren nicht mehr die Mehrzahl des von ihm geschaffenen Reichstags hinter sich hatte. Zudem stand das hohe Alter des ersten Kaisers einer weitausgreifenden Politik im Wege. Der Ausbau des Errungenen in alldeutschem Sinne war deshalb zunächst zu einem gewissen Stillstand verurteilt. In diesem Sinne muß man auch Bismarcks Wort verstehen, daß wir nunmehr „saturiert" seien. Es begründete gewissermaßen die Atempause der völkischen Entwicklung. Nebenher verfolgte es vielleicht auch noch den Zweck, dem Ausland zu zeigen, wie wenig es durch Eroberungsabsichten des jungen Reichs für die fernere Ruhe Europas zu fürchten habe. Denn schon damals stand Bismarck unter dem Alpdruck eines Zusammenschlusses der andern Staaten gegen uns (le cauchemar des coalitions) und suchte demselben auf jede Weise entgegenzuwirken. Deshalb konnten die alldeutschen Kreise

diesem Worte des Kanzlers nur eine Gelegenheitsbedeutung beimessen. Keineswegs aber durften sie es als bindende Richtschnur für alle Zukunft anerkennen, wie es gerade diejenigen politischen Richtungen verlangten, die die frühere deutsche Einigungspolitik Bismarcks am meisten gehemmt hatten.

Ein wesentlicher Schritt vorwärts ist aber auch in diesem Zeitraum festzustellen. Es ist der Abschluß des schon früher erwähnten Bündnisses mit Oesterreich-Ungarn, dessen Bedeutung nach der politischen Seite hin keinesfalls erschöpft ist. Fast eben so hoch ist sein rein völkischer Wert anzuschlagen, zumal gerade zu dieser Zeit die nationale Bedrängnis unserer deutschen Volksgenossen im Donaustaate anfing, sich besonders bedrohlich zu gestalten.

Und als weiterer Fortschritt jener letzten Jahre Kaiser Wilhelms und seines großen Kanzlers ist der Uebergang des Reiches zur Kolonialpolitik zu verzeichnen. Zögernd zunächst und tastend, zumal die Widerstände im eigenen Volke kaum geringer waren als die des Auslands. Der erste Schritt war aber getan. Wie schnell und wie tief der koloniale Gedanke aber im Volke Wurzel gefaßt hatte, sahen wir schon aus der Gründungsgeschichte des Alldeutschen Verbands, in dessen Geschichte die Geschichte des alldeutschen Gedankens nun einmündet. Mit dem Verbande war aber der Mittelpunkt gefunden, der alle die verschiedenen Lebensbetätigungen des deutschvölkischen Gedankens sammeln und zu vereinter Wirkung in Richtung auf das erstrebte Endziel zusammenfassen sollte. Daß neben diesem alldeutschen Hauptstrome auch nach 1890 noch einige Zweigströme in gleicher Richtung herliefen und auch weiterhin herlaufen werden, ist bekannt und schadete der Stoßkraft des Verbandes nichts.

2. Der alldeutsche Gedanke in der deutschen Geisteswelt.

Man nennt die Deutschen das Volk der Dichter und Denker. Es muß deshalb besonders fesselnd sein, den Werdegang des alldeutschen Gedankens in unserem Geistesleben zu verfolgen. Spiegelt sich doch alles, was in des Volkes Seele lebt und webt oder was es ahnend ersehnt, am reinsten in den Schöpfungen unserer Dichter wieder. Sind es doch andererseits unsere Denker, die in der Stille ihrer Studierstube all das Große und Herrliche vorgedacht haben, was der deutsche Geist der Welt und dem deutschen Volke im besonderen, geschenkt hat. Die Früchte ihrer Arbeit kommen ja nicht allein der reinen Wissenschaft zu gute. Auch die Staatskunst darf sich nicht allein von triebhaften Gefühlen lenken lassen. Sie bedarf daneben der richtunggebenden, wohlbegründeten Gedanken. Bereits im Altertum sehen wir die Weltweisen am Werke: Platon und Aristoteles, wie schon ihre Vorläufer, übten unmittelbar und mittelbar den gewaltigsten Einfluß auf die Politik aus. Und aus neuerer Zeit ist es noch in frischer Erinnerung, wie sehr Kants sittlicher Pflichtbegriff, der „kategorische Imperativ", die Gedankenwelt unserer Staatslenker befruchtet hat. Auch die alldeutschen Hochziele wurden von unseren Dichtern vorgeahnt und besungen und fanden ihr Heim im Herzen des Volkes. Ein einziger Satz, wie „das ganze Deutschland soll es sein", hatte sicher eine tief-

greifendere Wirkung als viele dicke Bücher und lange Reden. Trotzdem will neben dem Herzen auch der **Verstand** sein Recht haben. So tritt dem Dichter Arndt der Denker Arndt in seinem „Geist der Zeit" ebenbürtig zur Seite. Stein, Arndt und Fichte ergänzen sich, ebenso wie später Bismarck, Dahn und Lagarde. Neben der offensichtlicheren und erfolgreicheren Tätigkeit der Staatsmänner darf die stille und treue vorbereitende Arbeit der Geisteshelden sich durchaus sehen lassen.

a) Der Deutschgedanke in unserer Dichtung.

Unsere früheste Dichtung war ganz auf das heldenhafte Erleben des Einzelnen und der Gesamtheit eingestellt. Die Lieder, von Mund zu Mund, von Stamm zu Stamm getragen, weckten den Stolz auf die Taten der Altvordern, das Gefühl der völkischen Zusammengehörigkeit und das Bestreben, es den Vätern dereinst gleich zu tun. Wie Waffenklirren rauschte es durch diese Dichtungen und selbst aus ihren späteren Ausläufern, den Liedern aus den Sagenkreisen des gewaltigen Gotenführers, Dietrichs von Bern, und der fränkisch-burgundischen Nibelungenrecken, wo christliche Einflüsse das ursprünglich Herbe und Kraftvolle schon stark gedämpft haben, kann man ermessen, wie belebend und einigend das uralte gemeinsame Sangesgut auf die deutschen Stämme gewirkt haben muß. Leider wurde Karl des Großen Absicht, dies köstliche Erbe seinem Volke zu erhalten, durch die Engherzigkeit Ludwigs des Frommen und seiner pfäffischen Ratgeber vereitelt. Das Aufkommen der lateinischen Sprache im deutschen Schrifttum und die ewigen Kämpfe der nächsten Jahrhunderte waren der Entfaltung einer deutschbewußten Dichtkunst nicht förderlich. Erst der gewaltige Glanz, den die Kaisermacht der Hohenstaufen nach allen Seiten hin ausstrahlte, weckte auch den deutschen Sang zu neuem Leben und hoher Blüte. Vielseitig und vielgestaltig trat er in die Erscheinung, wie es seiner Zeit entsprach. Neben der Wunderwelt des Morgenlandes und der höfischen Pracht des Rittertums mit seiner Waffenfreudigkeit und Frauenverehrung bricht auch der Stolz auf die Großtaten des eigenen Volkes mächtig durch. Aber auch die Erkenntnis, daß das Welschland das Grab dieses stolzen, zukunftsreichen Deutschtums werden müsse, und deshalb der heiße Wunsch, daß Deutschland auf sich selbst gestellt und die unselige Verquickung mit dem römischen Papstgedanken gelöst werden müsse. Kein geringerer als Herr Walther von der Vogelweide ist es, der bei aller Treue und Hingabe an das Kaisergeschlecht der Staufen, diesen deutschen Wünschen und Hoffnungen, diesem Stolz auf sein Volkstum die wärmsten und beredtesten Töne zu verleihen wußte. Deshalb sei seiner in Ehren gedacht und mit ihm am würdigsten der lange Reigen alldeutscher Sänger und Seher eröffnet.

Mit der Kaiserherrlichkeit der Hohenstaufen wurde auch die Blütezeit der deutschen Dichtung zu Grabe getragen. Der Ritterhand entfallen, wurde die Harfe von dem aufkommenden Bürgertum aufgehoben. Leider nicht von den stolzen weltfreien Kaufherren der Hanse und des rheinischen Städtebundes, sondern von der Geistlichkeit und dem Handwerk. Beiden letzteren fehlte aber der Nährboden zur freieren Entfaltung der Schwingen. Denn die bessere Geistlichkeit wandte sich gerade damals von dem wüsten

Treiben der Welt ab und suchte hierfür in ahnungsvollem Ringen den Gott im Menschen. Im weltabgewandten Mystizismus war kein Raum für nationale Hochziele. Ebenso wenig bei dem hausbackenen Meistersang. Dort war zwar das Gefühl für deutsche Art und deutsches Wesen stark ausgeprägt. Die Enge des Gesichtskreises ließ aber diese Treue am Volkstum im beschränkten Rahmen der Zunft verkümmern.

In diese Zeitläufte trat nun das Wiedererwachen der freien Forschung, das Losringen aus den Fesseln der mittelalterlichen Scholastik, jene geistige Bewegung, die man mit dem Namen „Renaissance" und, auf dem engern Gebiete des eigentlichen Geisteslebens, „Humanismus" nennt. Mit letzterem haben wir uns kurz zu beschäftigen. Sein Einfluß auf unser Schrifttum war ein tiefer und zunächst, vom reindeutschen Standpunkte aus gesehen, kein guter. Denn der Humanismus wandte sich zuvörderst der Erforschung und Verbreitung der griechisch-römischen Schriftschätze zu und führte in einseitiger Ueberschätzung deren Wertes zu einer Abwendung von der eignen Art, ja selbst zu ihrer Mißachtung. Vom freien Weltbürgertum des Erasmus führt über Winkelmann zu Goethe in dieser Hinsicht eine geradlinige Entwicklung. Ist also die tatsächliche Förderung des deutschen Schrifttums und des deutschen Gedankens durch den Humanismus nur beschränkt, so ist er doch in andrer Hinsicht für die ganze spätere Zeit von größtem Segen gewesen und hat hierdurch mittelbar auch dem Deutschtum und seiner Dichtung genutzt. Die Humanisten brachten nämlich das Licht einer neuen Zeit in die Finsternis des Spätmittelalters, und als Lichtbringer und Pfadebner dürfen auch wir heute vom deutschen Standpunkte aus jenen wackern Kämpen unsre Huldigung zollen. Immerhin darf man aber auch die unmittelbaren Auswirkungen des Humanismus auf den vaterländischen Gedanken nicht unterschätzen. Sie machten uns von der Geistesbevormundung des Auslands frei und durch die Uebertragung der Geistesschätze der Alten in unsre Sprache förderten sie zugleich die Volksbildung und die Sprache selbst. Die Bekanntschaft mit den alten Geschichtsschreibern führte aber auch den reifern Geistern „das Bild geeinigter, machtvoll entwickelter Staaten der Vergangenheit vor und regte zum Vergleiche an". Die späteren Humanisten brachen dann selbst mit dem weltbürgerlichen Wesen und wandten sich gleich Hutten dem Deutschtum zu. So hielt einer ihrer bekanntesten Wortführer, Heinrich Bebel, im Jahre 1501 in der Hofburg zu Innsbruck vor Kaiser Max eine Rede zum Lobe Deutschlands und der Deutschen, in der er die Mutter Germania redend einführt, um den Kaiser zur Tat aufzumuntern: „Vor allem, sage ihm (dem Kaiser), mißfalle mir das eigensüchtige Streben einiger Großen des Reichs, durch das die Bande des Gehorsams gelockert werden. Erinnere den Kaiser, daß der Untergang mächtiger Staaten . . . keine andern Gründe habe, als die Selbstsucht einzelner und innere Zwietracht . . . ." Der Kaiser war aber nicht der Mann, seine Habsburger Belänge den allgemeinen Deutschen zu opfern. Seine Staatskunst blieb nach wie vor auf die Mehrung seiner Hausmacht eingestellt.

Ohne die Humanisten kein Luther, wenigstens soweit seine Tätigkeit als deutscher Sprachschöpfer in Betracht kommt. Ihre Vorarbeiten auf

dem Gebiete der fremden Sprachen und der deutschen ermöglichten es Luther erst seinem Volke die Bibelübersetzung und mit dieser seine Schriftsprache zu schenken. Nun erst war weiteren Absplitterungen vom Volkskörper, wie wir sie hinsichtlich der Niederlande zu beklagen haben, ein Riegel vorgeschoben. Das Band der gemeinsamen Sprache sollte sich in Zukunft als das kräftigste Mittel erweisen, daß auch bei den Deutschen außerhalb der Reichsgrenzen das Gefühl der Zugehörigkeit zum deutschen Volke nicht schwand. Die Sprachschöpfung Luthers war eine alldeutsche Großtat und hierin liegt seine außerordentliche Bedeutung für alle Deutschen, auch wenn man von den umstrittenen Fragen seiner kirchlichen Neuerungen völlig absieht. Und im deutschen Kirchenlied gab er wenigstens den protestantischen Gliedern unsres Volkes ein neues Band, das auch heute noch seine Wirkung hat, „soweit die deutsche Zunge klingt, und Gott im Himmel Lieder singt".

Es folgten fast zwei Jahrhunderte religiöser und politischer Kämpfe, die unser Vaterland an den Abgrund brachten und es zum Tummelplatz der Kriegshorden aus aller Herren Länder machten. Von allen Seiten drang fremder Einfluß in breiten Strömen auf unser Volkstum ein und fand bei dem entkräfteten Volke nur geringen Widerstand. Erst die Reihe der brandenburgisch-preußischen Herrscher vom Großen Kurfürsten an, gab dem gesunkenen Mut wieder den Glauben an eine bessere Zukunft; erst unter ihrem Wirken konnte auch der Deutschgedanke in unserem Schrifttum wieder Boden gewinnen. Die kernige Sprache der lutherischen Bibelübersetzung war ihm fast verloren gegangen und unter dem fremdländischen Unkraut der Alamode-Zeit schier erstickt. Ehe unsere Dichtung im deutschen Sinne wirken konnte, mußte sie sich erst wieder das Werkzeug einer reineren Sprache schaffen. Die erste Anregung hierzu gab Ludwig von Köthen mit der Stiftung der „fruchtbringenden Gesellschaft" im Jahre 1617. Wiederaufgenommen und weitergeführt wurden diese Bestrebungen in der „deutschgesinnten Gesellschaft" vom Jahre 1643, deren Wirken sich hauptsächlich an den Namen des Philipp von Zesen, eines der „bestverleumdeten" Schriftsteller knüpft. Lange versuchte man diesen verdienstvollen Deutschen durch Anführnng einiger mißlungener Verdeutschungen der Lächerlichkeit preiszugeben, wobei seine Verächter nicht bedachten, daß sie selbst täglich von Zesens Sprachschatz zehrten.[1]) Gleichlaufend mit den Zielen der genannten beiden Gesellschaften wirkte der Schlesier Martin Opitz auf eine Reinigung und Hebung unserer Schriftsprache, indem er vor allem in seinen eigenen dichterischen Erzeugnissen mit gutem Beispiel voranging. Auch des wackeren Grimmelshausen sei hier gedacht.

So verdienstvoll diese Bestrebungen an sich waren, ihre Erfolge waren doch mehr äußerliche. Erst die allmähliche politische Wiedergeburt des Deutschtums schuf die Bedingungen, auf denen sich ein deutsches Schrifttum freier entfalten konnte und nun wechselseitig wieder den politischen

[1]) Nach Wasserzieher verdanken wir Zesen u. a. die Wortbildungen: Augenblick (Moment), Gesichtskreis (Horizont), lustwandeln (spazieren), Sinngedicht (Epigramm), Verfasser (Autor), Vertrag (Kontrakt). Selbst sein „Schießprügel" für Muskete hat wenigstens volkstümliches Bürgerrecht erworben.

Deutschsinn des Volkes befruchtete. Den ganz Großen unserer klassischen Zeit, von Klopstock bis Goethe, mußte aber ein Mann vorangehen, der erst die Möglichkeit der Saat und Ernte vorbereitete, indem er all das üppig wuchernde Unkraut ausjätete, das im Garten des deutschen Schrifttums vorhanden war. Dieser Mann war Gottsched, ein Mann, über dessen Mängeln man unter dem Einflusse des vielfach ungerechten Lessingschen Urteils seine außerordentlichen Verdienste um das Schrifttum und das Deutschtum übersah. Erst die neuere Zeit ist bestrebt, ihm gerecht zu werden und Licht und Schatten gleichmäßig zu verteilen. Es ist nicht ohne Bedeutung, daß Gottsched Ostpreußen, also dem machtvoll aufstrebenden Preußenstaate, entstammte, wenngleich ihn die Sorge vor den Werbern des Soldatenkönigs über die Grenzen nach Sachsen verschlug. In dem Sachsen der Auguste wären die Deutschgedanken Gottscheds kaum geboren worden.

Gottscheds Bedeutung liegt auf verschiedenen Gebieten des Deutschtums. Bekannt pflegt im allgemeinen nur seine Tätigkeit auf dem reinen Literaturgebiete zu sein. Hier erweckte er die „deutsch übende poetische Gesellschaft" unter dem Namen „deutsche Gesellschaft" zu neuem Leben. Es schwebte ihm als Ziel vor, aus ihr eine Art Akademie, ähnlich der französischen, zu schaffen. Sie sollte „über die Reinheit der Sprache, über die Rechtschreibung wachen, die Entwicklung der Literatur fördern und Vorbilder für die Poesie schaffen". Es kann hier nicht die Aufgabe sein, dies sein Wirken eingehender zu verfolgen, seinen Kampf mit den Schweizern und seine Schuld, indem er sich dem Nachwuchs, z. B. einem Klopstock gegenüber, in einseitiger Rechthaberei verhärtete. Viel fesselnder ist es, seinen andern deutschen Gedankengängen, die weniger bekannt sind, nachzugehen und ihn da als ernst bewußten alldeutschen Vorarbeiter und Zielweiser zu finden [1]). Da drängt er auf ein in deutscher Sprache und Wissenschaft gegründetes Volksleben, da betont er die Zusammengehörigkeit aller Deutschen, auch der Niederländischen und Schweizer, da fordert er die Rückgabe Elsaß-Lothringens. Er gibt Weisungen, wie die Polen und Wenden zu behandeln und einzudeutschen seien, und erkennt schließlich die geschichtliche Deutschsendung Preußens, dessen Aufgaben er in die Schaffung eines protestantischen preußischen Kaisertums ausmünden sieht. Gegenüber solchem deutschen Sinne, gegenüber solcher Ursprünglichkeit und Fülle der Gedanken verschwinden die Fehler seines Schrifttums und die Flecken seiner Eitelkeit in ein wesenloses Nichts. Für die alldeutsche Welt wird der Künder einer neuen Zeit, der mutvolle Zerstörer so vieler Uebelstände der Vergangenheit stets einen guten Klang haben.

Gottsched war mit seinen völkisch politischen Gedanken seiner Zeit weit vorausgeeilt. Deshalb fand er auch für seine Ziele bei der Mitwelt und der nächsten Nachwelt kein Verständnis. Die anhebende Blütezeit unseres deutschen Schrifttums stand im Zeichen der staatlichen Ohnmacht Deutschlands. Von dem einzigen Friedrich dem Großen, der es aus der Enge der reichsdeutschen Zustände hätte emporheben und für den unmittelbaren Dienst an Deutschlands Zukunft gewinnen können, blieb ihm jede Förderung versagt. In gewisser Hinsicht war es ja segensreich, daß „keines

[1]) Vgl. Gottsched, der Deutsche von E. Reimer, AB 01, 224.

Medizäers Güte der deutschen Kunst lächelte". Das byzantinische Hofschranzentum der französischen Klassik blieb ihr erspart. Andererseits war es aber betrübend und beschämend, daß infolgedessen unsere Besten im Reiche der Geister den Pulsschlag ihres Volkes nicht vorausfühlten und den nationalen Aufschwung nicht die Wege ebneten. Einem Lessing erschien die Liebe zum Vaterlande geradezu als eine „heroische Schwachheit" und Herder betrachtete „die Nation nur als einen großen ungehüteten Garten voll Kraut und Unkraut". Daß ein solcher Garten zum Tragen edler Früchte berufen sei und dazu der hingebenden Pflege des Gärtners bedürfe, kam ihm kaum in den Sinn. Es war also im Grunde genommen die dumpfe Schwüle der Kleinstaaterei, welche unsere Dichterfürsten die Freude am Vaterlande verdarb und sie in die reineren Höhen weltbürgerlicher Beschaulichkeit flüchten ließ. Nur wo sie sich zeitweise dem großen Erleben der Gegenwart verbunden fühlten, wie Lessing in seiner Breslauer Zeit, entstanden deutsche Werke, wie „Minna von Barnhelm". Doch betrachten wir unsere „Großen im Geiste" der Reihe nach im einzelnen. Als erster ist es Klopstock, der unsere Aufmerksamkeit fesselt. Nicht durch seinen „Messias", dem er seinen Ruhm zu verdanken hat. Uns berührt vor allem das warme Vaterlandsgefühl, was in seinen späteren Gedichten und Oden überall hervorbricht. Nur schade, daß es sich als eine geschichtswidrige Verherrlichung der Vergangenheit und eines selbstgeschaffenen Bardentums gab, statt das Deutschtum der Gegenwart und Zukunft zu feiern. Wie anders hätte sein dichterischer Schwung und seine Formengewalt den erhabenen Stoff von Friedrichs Heldenkämpfen gemeistert, als der ehrbar-steifleinene Gleim oder der wohlmeinend-langweilige Uz. Nur bei dem älteren Kleist gewannen die Großtaten des Preußenheeres einen ebenbürtigen Verkünder ihres Ruhmes, bis ihn ein früher Soldatentod (1759) dahinraffte.

Klopstocks Zeitgenosse Lessing hat mit seiner bereits erwähnten „Minna von Barnhelm" dem Heldengeiste der friederizianischen Zeit seine Huldigung gebracht und durch sie unmittelbar auf die Erstarkung unseres Selbstgefühls hingewirkt. Sein übriges, in anderer Beziehung so verdienstvolles, dichterisches Wirken ist jeder bewußt vaterländischen Regung bar. Nur mittelbar kam es dem Deutschtum zugute, indem es uns aus den Fesseln ausländischer Hörigkeit und heimischer Geistesknechtschaft befreien half. Leider hat er aber bei diesem mutigen Aufklärungswerke auch stark daneben gegriffen. Seine einseitige und falsche Zeichnung des Judentums im „Nathan" hat bis zum heutigen Tage unermeßlichen Schaden im völkischen Sinne angerichtet. Sie zog jene schiefe Auffassung groß, die die Judenfrage gänzlich auf das Gebiet des Glaubens verschob, ein Irrtum, den die Juden auch jetzt noch geflissentlich nähren, um ihre Gegner durch den Vorwurf der Unduldsamkeit ins Unrecht zu setzen.

Wieland vollends hat für deutsche Fragen schlechthin gar kein Verständnis. All seine Stoffe sind dem Ausland entnommen. Deutschland kommt weder als Gegenstand noch als Ziel für seine Dichtung in Betracht.

Von Herder ist schon seine Absage an die „Nation" als solche angeführt. Und trotzdem hat er, indem er mit umfassendem Geiste die Stimmen aller Völker in Liedern sammelte und seinem Volke zugängig

machte, sich geradezu als Pfadfinder für die deutsche volkstümliche Dichtung erwiesen und den späteren Romantikern und Uhland den Schlüssel gegeben, mit dem sie uns den Wundergarten unserer alt- und mittelhochdeutschen Volksdichtungen erschlossen. So hat seine Tätigkeit wenigstens mittelbar den Sinn für jenes köstliche Erbe unserer Vergangenheit geweckt und damit auch das völkische Hochgefühl der Gegenwart und Zukunft gefördert.

Bei unserm Schiller tritt der unglückliche Zwiespalt zwischen Vaterlandsliebe und Weltbürgertum so recht zutage. Welche begeisterte Töne hätte er nicht gefunden, der im „Tell“[1]) und in der „Jungfrau“[1]) so herrliche Worte für völkische Einigkeit und nationale Ehre hatte, wenn er noch die Jahre des Aufschwungs (1806—1815) miterlebt hätte? Wir wollen uns wenigstens diesen Glauben als ein teures Vermächtnis nicht rauben lassen, wenn der Dichter auch in früheren Tagen die ganze Welt umfangen wollte („Seid umschlungen Millionen!“) und einer unserer deutschesten Tonsetzer gerade diese weltbürgerlichen Sätze in seinem tiefsinnigsten Werke, der 9. Symphonie, in Töne bannte.

Am leidenschaftlichsten empfindet es aber der Deutsche und erst recht der Alldeutsche, daß der Größte von unseren Dichterfürsten, Goethe, dem äußeren Anscheine nach keine innere Fühlung mit dem Sehnen und Streben seines Volkes in der bewegten Zeit der Befreiungskämpfe gewinnen konnte. Stammt doch von ihm das trostlose Bekenntnis über Napoleon: „Laßt ab von ihm, der Mann ist Euch zu groß“, während ein Blücher wetterte: „Der Kerl, der Bonaparte, muß runter von seinem Throne“ und Recht behielt. Es liegt uns ferne, diese Zurückhaltung nicht zu bedauern. Man tut aber Goethe unrecht, wenn man ihm deshalb völligen Mangel an Teilnahme für sein Volk und seine große Zukunft vorwirft.

Goethe stammt aus einer Zeit, da man nach seinem eigenen Bekenntnis nicht deutsch, nicht preußisch, sondern schlechthin „fritzisch“ dachte. Und eben dieser vergötterte Fritz wollte von dem deutschen Schrifttum nichts wissen, zu einer Zeit, wo schon der „Götz“ erschienen war, den er als „geschmacklose Plattheit“ (ces dégoûtantes platitudes) bezeichnet[2]). Die spielerische Kleinheit des thüringischen Hofs konnte unserem Dichter den Mangel der Zugehörigkeit zu einem großen deutschen Staatswesen nicht ersetzen. So flüchtete er sich von dem Boden der Wirklichkeit in das Reich der Träume, wo ihm allein die Freiheit und Schönheit, gleich seinem Freunde Schiller, zu blühen schienen. So spann er sich ganz in seine hohe Gedankenwelt ein, dem Getriebe des Alltags, das er als ein Störendes empfand, weltenfern. In seinem Lehrroman „Wilhelm Meister“ berücksichtigt sein Erziehungsideal folgerichtig weder Heimat, noch Staat, noch Volk. Und trotzdem hat Goethe selbst seine mittelbare Wirkung auf das Deutschtum sehr hoch eingeschätzt, wenn er sagt: „Wenn ich aussprechen soll, was ich den Deutschen .... überhaupt geworden bin, so darf ich mich wohl ihren Befreier nennen“, nämlich einen Befreier aus „Phi-

[1]) „Nichtswürdig ist die Nation . .“, „Wir sollen sein ein einzig Volk von Brüdern . .“, „Ans Vaterland, ans teure schließ dich an . . .“

[2]) Allerdings sagte der große König den Deutschen eine baldige Glanzzeit ihrer Sprache und Dichtung voraus (1780), die er aber, gleich wie Moses das gelobte Land, nicht mehr erblicken würde. Und er stand doch schon mitten in ihr drinnen.

lister-Netzen“, wie er an anderer Stelle in launiger Weise sich ausdrückt. Wir aber wollen mit diesem ganz Großen nicht rechten und halten es mit Stein, der bei Goethes Besuch im Jahre 1815 seiner Umgebung sagte: „Lieben Kinder, still! still! Nur nichts Politisches! Das mag er nicht; wir können ihn da freilich nicht loben, aber er ist doch zu groß.“ Und mit diesem versöhnlichen Worte Steins können auch wir heutigen Alldeutschen uns bescheiden und damit das Reich der Klassiker verlassen.

Kurz vordem die zweite Blütezeit unseres Schrifttums etwa mit Schillers Tode zu einem gewissen Abschlusse kam, hatte eine neue Bewegung im Geistesleben unseres Volkes eingesetzt, die man gewöhnlich als Romantik bezeichnet. Sie bedeutet in mancher Hinsicht eine bewußte Abkehr von der weltbürgerlichen Richtung der Klassiker, indem sie sich liebevoll in die Vergangenheit des eigenen Volkes versenkte. Hieraus schöpfte sie zwar eine bedenkliche Neigung zur Ueberschätzung des Mittelalters und verfiel im Verlauf dieser Richtung in eine geschichtswidrige Altertümelei und weltabgewandte, undeutsche Frömmelei. Andererseits hob sie aber auch die reichen, so lange verschütteten Geistesschätze unseres Volkes und leitete sie der Allgemeinheit zu. Hierdurch stärkte sie das Verständnis und die Würdigung deutschen Wesens. In besonders reichem Maße kam diese Befruchtung unserer Wissenschaft zugute, worüber noch später zu sprechen sein wird. Aber auch unsere völkische Dichtung erhielt manche Anregung. Die übertriebene Vorstellung von der alten Kaiserherrlichkeit hat die Stimmungswelt unserer vaterländischen Dichtung der Erhebungsjahre stark beeinflußt.

Der Verfall des alten Reichs, der Zusammenbruch des stolzen Preußenstaats und die drückende Knechtung unseres Volkstums — all dies gewaltige Geschehen jener Zeit rüttelte die Geister aus ihrer stumpfen Ruhe, in der sie in ihrem völkischen Leben dahingedämmert waren, jäh empor. Und was das Innerste des Volkes bewegte, das kündete wieder der Sänger Mund. In zwei Hauptrichtungen bewegte sich der nationale Inhalt der Dichtung jener Tage: sie predigte den Haß gegen den Unterdrücker und rief nach Rache: „Die Saat ist reif, ihr Schnitter, zaudert nicht!“ Sie gab aber auch der Sehnsucht nach der Wiederherstellung der völkischen Einheit Ausdruck, deren Verkörperung man in dem Kaisertum erblickte. Aber mit Ausnahme des einen Ernst Moritz Arndt findet man in all dem Hassen und Sehnen noch kein klares, festumschriebenes Ziel: mehr triebhaft als bewußt kommt das Bekenntnis zum Deutschtum und seiner Zukunft, kommt das Verlangen nach staatlicher Macht und Einheit zum Ausdruck. Und trotzdem ist gerade diese vaterländische Dichtung der Jahre des nationalen Aufschwungs für die ganze spätere Entwicklung des deutschen Gedankens von hoher Bedeutung und nachwirkender Kraft. Denn sie erfüllte unser Volk mit ihrem Gedankeninhalt, mit vaterländischem Stolz und dem Sehnen nach Einigung, und bereicherte seine Seele mit Hochzielen, die ihm nun ein unveräußerliches Gemeingut bleiben sollten. Bald sollte sich dies Geschenk bewähren. Als in den folgenden Jahren der Verfolgung und Gleichgültigkeit der völkische Gedanke in den Kreisen der Gebildeten, mit Ausnahme der Burschenschaft, fast versiegte, da hütete das Volk das heilige Feuer, das ihm anvertraut war, und rettete sein nationales Bewußtsein in jene

Zeiten hinüber, in denen von neuem das vaterländische Gefühl allgemein infolge der Bedrohung unserer Rheinlande hell auflohte.

Als Vorläufer der Romantik sei zunächst Jean Paul genannt, der mit einem brennenden Haß gegen Napoleon die Erkenntnis der Schäden des eignen Volks und seine Fürsten zu verbinden wußte und so zur Läuterung mit beitrug. Ebenfalls auf dem Boden der Romatik steht Heinrich von Kleist, an dichterischer Kraft, an Glut der vaterländischen Empfindung und Macht des Ausdrucks seine glücklicheren Nachfolger weit überragend und dennoch ohne Einfluß auf sein Volk, da seine „Hermannsschlacht" erst später veröffentlicht werden konnte. So bleibt als eigentlicher Wirker der völkischen Erhebung nur jenes Viergestirn zurück, das man gewöhnlich als die „Sänger der Freiheitskriege" bezeichnet, Arndt, Körner, Schenkendorff und Rückert. Der kampfesfrohen Stimmung wußte Körner am besten Worte zu leihen; daher ist er bis zum heutigen Tage unserer Jugend so teuer und durch seinen Heldentod über seine eigentliche Bedeutung hinaus verklärt. Weniger wirkungsreich für seine Zeitgenossen, aber gehaltvoller und in die Zukunft weisend ist der Sänger der deutschen Kaisersehnsucht, der edle Schenkendorff. Am bedeutungsvollsten aber für unsere heutige Zeit noch ist Ernst Moritz Arndt, der die Frage nach des Deutschen Vaterland aufwarf und sie in alldeutschem Sinne entschied: „das ganze Deutschland soll es sein". Neben ihnen hören wir die waffenklirrenden, schwerflüssigen „Geharnischten Sonette" Rückerts, die man gerade in unseren Tagen jeden Einzelnen ins Gedächtnis wieder einhämmern möchte:

„In Glutbuchstaben
Einschreib' ich mein' und meines Volkes Schande,
Das seine Freiheit nicht darf denken wollen."

Rückert leitet schon in die Zeit des Rückschlags über. In seinem Barbarossa-Lied verbindet sich mit Kaisersehnsucht schon der lange Zweifel, ob nicht die Raben noch um den Berg fliegen. Noch lauter und offener spricht dies aber Uhland aus, dessen großdeutsche Gesinnung wir schon kennen lernten, wenn er 1816 den Geist der Gefallenen beschwört, um an die Verwirklichung der nationalen Hoffnungen zu mahnen[1]). Es war der erste Ausdruck eines Gefühls des Unbefriedigtseins, aus dem später der neue Aufschwung der 40 er Jahre geboren werden sollte. Etwa um das Jahr 1830 verlieh dann das „junge Deutschland" dieser Strömung kräftigere Worte. Es war aber in deutschem Sinne keine durchaus gesunde Bewegung. Dazu war sie viel zu viel von fremden Einflüssen, jüdischen und französischen, abhängig und steuerte zeitweise wieder auf ein verschwommenes Allerweltstum hin. Der greise Arndt warnte und verlangte Betonung des Völkischen. Auch er verlangt, daß die Völker sich durch gegenseitige Wechselwirkung veredeln sollen:[2]) „Wir sind keine Barbaren mehr und wollen nicht wieder Barbaren werden, aber tausendmal lieber, wenn's eins von beiden sein müßte, scharfe und eckige Barbaren, als ein mattes und knechtisches langweiliges Gesindel mit einem verblaßten Allerweltsgesicht." Man täte auch heute gut daran, sich dieser Worte manchmal zu erinnern! Den Unterschied des „jungen Deutschland" zu unserer völ-

[1]) „Wenn heut' ein Geist herniederstiege . . ."
[2]) Nach O. v. Leixners, deutsche Literaturgeschichte.

kischen Auffassung finden wie am treffendsten in Gutzkows Wahrspruch „die Bestimmung des Menschen ist der Staat." Wie ein Rückfall in längst vergangene Zeiten mutet uns diese politische Gedankenwelt an. Späterhin rangen sich die Vertreter dieser Bewegung zu einer deutscheren Auffassung durch. Einer ihrer Häupter, Heinrich Laube, bekannte sich bereits 1848 als Mitglied des Frankfurter Parlaments zur erbkaiserlichen Partei.

Den Wendepunkt zu einem entschiedeneren Deutschtum bezeichnet etwa das Jahr 1840. Lamprecht glaubt es bis zu einem gewissen Grade gradezu als „das Geburtsjahr des modernen deutschen Nationalgefühls" ansprechen zu dürfen. Der äußere Anlaß zu diesem Wandel war die Bedrohung der Rheingrenze durch die Franzosen, die sich auch hier als Schmiede zur deutschen Einheit bewährten, als Teil der Kraft „die stets das Böse will und stets das Gute schafft". Bekanntlich haben wir aus jenen Tagen Beckers „Rheinlied" und die „Wacht am Rhein" und selbst Arndt rief nochmals zum Kampfe auf:

„So klinge die Losung: Zum Rhein, übern Rhein,
All Deutschland[1]) in Frankreich hinein".

Nun folgte die politische Dichtung. Schlag auf Schlag, gewissermaßen der Auftakt zu der 48er Bewegung, nicht in all ihren Teilen erfreulich, aber im allgemeinen auch da deutsch, wo sie mit den bestehenden Zuständen hadert. Unser „Deutschland, Deutschland über Alles" entstammt dieser Zeit, von Hoffmann auf Helgolands, des damals unerlösten, Felsen gesungen. Bis zum Kriege 1870/71 hielt dieser dichterische Strom an, an Tiefe und Mächtigkeit zurückstehend gegen jenen des ersten Jahrzehnts (1806—1813), an innerer Klarheit und an Schwung ihm ebenbürtig. Nur wenige Hauptvertreter können hier genannt werden. Da ist Geibel und Freiligrath, begeisterte Künder unsres deutschen Wesens und unsrer deutschen Siege, da ist der Wiedererwecker unsrer alten Sagenwelt, Wilhelm Jordan, der Förderer des deutschen Flottengedankens im Jahre 1848, der noch als Greis unserm jungen Verbande nahestand. Selbst Herwegh, der später den Zielen seiner Jugend untreu wurde, als endlich das neue Reich entstand, sang damals sein Flottenlied, die hohe Bedeutung überseeischer Ausdehnung unter den Ersten vorausahnend. Und neben den Deutschen des Reichs traten die Deutsch-Oesterreicher wahrlich nicht zurück, ein Anastasius Grün, ein Rosegger, ein O. v. Leixner[2]), allen voran leuchtet aber der Name Robert Hamerlings[3]), des Sängers des „Germanenzugs". Ihnen ist es zu danken, daß im Donaustaate der Deutschgedanke neben und über dem österreichischen Staatsgedanken lebendig blieb. Und schließlich sei noch eines Felix Dahn gedacht, der selbst zu den Gründern des Verbandes gehört und Wildenbruchs, der sich kurz vor seinem Tode ihm anschließen wollte. Sie alle

---

[1]) Vgl. die früheren Ausführungen zum Ausdruck „Alldeutsch". Der Name „All-Deutschland" verschwindet nun nicht mehr, so finden wir ihn z. B. in Hamerlings Gedicht vom „6. Oktober 1870", desgl. in seinem „deutschen Festgesang".

[2]) Langjähriges Mitglied des Alldeutschen Verbands.

[3]) Müller-Guttenbrunn urteilt, vielleicht allzu einseitig: „es werden vielleicht Tage kommen, in denen man H. als nationalen Heros vergöttert, denn urgewaltig und einzig sind die Töne, die er anzuschlagen vermochte, wenn er sein Volk besang".

waren Wächter am Deutschtum und heute noch mahnen sie mit Geibels Wort:

„Macht euch bereit!
Der Tag des Kampfes ist nicht weit".

Noch ein kurzes Wort über unsre Tonsetzer und bildenden Künstler. Auch sie sind ja Dichter, Dichter in Tönen und in Farben.

Ein Zusammenhang der Kunst mit dem alldeutschen Gedanken ist in weit geringerem Maße vorhanden als bei der Dichtung. Nicht als ob die Großtaten unsres Volks nicht auch den bildenden Künstler begeistert hätten. Die Wirkung ist aber eine beschränktere und deshalb die unmittelbare Förderung der Deutschentwicklung durch die Werke der Künstler eine geringere. Am meisten haben noch die weithin sichtbaren und vielen zugängigen Denkmale völkischer Erinnerung die Flamme vaterländischer Gesinnung genährt. Am Hermannsdenkmal und am Niederwald, in Leipzig und auf dem Kyffhäuser begeisterte sich wohl mancher für sein Volkstum und gelobte ihm sein ferneres Leben. Dagegen konnte der Griffel Chodowieckis und Menzels nur kleinere Kreise an die Größe der Vergangenheit gemahnen und sie zu Nachfolgern des völkischen Gedankens erziehen. So sei denn nur noch Einer genannt, Lenbach, der nicht nur als Künder unsres großen Kanzlers, sondern auch als Mitbegründer unseres Verbandes für uns Alldeutsche Bedeutung gewonnen hat.

Nicht weniger schwierig ist es, das Reich der Töne dem vaterländischen Gedanken werbend dienstbar zu machen. Die Tonwelt eines Bach und seiner großen Nachfolger bis Beethoven ist aber durchaus deutsch und ließ die Leistungen aller andern Völker weit hinter sich zurück. So ist sie geeignet, unser Gemüt zu deutschem Tun zu erheben und unsern völkischen Stolz auch auf diesem Gebiete zu entflammen. Eine solche Wirkung wird aber auf ganz wenige beschränkt sein. Und nur wenn sie sich im sangbaren Liede eines Webers (für Körners Gedichte) oder Haydn (Deutschland, Deutschland über Alles) äußert, ist ihr ein tieferer Einfluß gesichert. Nur der eine, Richard Wagner, macht hier eine Ausnahme, da sich ihm Dichtung und Tonsatz zu einer einzigen Kundgebung seines Deutschtums und deutschen Wesens verschmolzen. Und es ist nicht zufällig, daß zwei so hervorragende Vertreter des Deutschgedankens in der Welt, wie Gobineau und Chamberlain, gerade diesem deutschesten aller Meister nähertraten, ja daß der letztere geradezu über Bayreuth den Anschluß an das Deutschtum fand.

Wagner begann mit den Völkerverbrüderungsgedanken des Jahres 1848, lehnte aber schon damals den „Internationalismus" [1]) ab, um bald ganz im bewußten Deutschtum aufzugehen. Fesselnd für unsere Betrachtung ist es, daß er schon 1848 die Begründung deutscher Kolonien fordert und dabei die spanische Kolonisationsart, die aus der Welt ein „pfäffisches Schlächterhaus" mache und die englische, der sie ein „Krämerkasten" wurde, verwirft. „Wir wollen es deutsch und herrlich machen" [2]).

---

[1]) Der grundlegende Unterschied zwischen Kosmopolitismus und Internationalismus ist zu beachten.

[2]) Nach Chamberlain: R. Wagner.

Von der öden Gleichmacherei der Sozialdemokratie hält sich sein politisches Glaubensbekenntnis gleich fern, wie von der „undeutschen" parlamentarischen Demokratie. Das Deutschsein ist ihm schließlich alles und der „Bayreuther Gedanke" ist ganz der künstlerischen Erziehung zum deutschen Volkstum gewidmet. In den „Meistersingern" und dem „Ring" hat er demgemäß seinem Volke auch seine deutschesten Gaben beschert. Sie sind in ihrer Art Bahnbrecher des nationalen Gedankens. Das wird man je länger, desto mehr erkennen und auch in unsern Kreisen danken.

„Ehret eure deutschen Meister".

b) Der Deutschgedanke in unserer Wissenschaft.

Kurz vor dem Kriege war in französischen und amerikanischen Zeitschriften zu lesen, daß die Alldeutschen die geistigen Jünger der „pangermanischen" und philosophischen Lehren eines Treitschke, Nietzsche und Bernhardi seien. Soweit unter den „Alldeutschen" jene ausländischen Kundgebungen der „Alldeutsche Verband" gemeint ist, trifft dies Urteil nicht zu. So eng begrenzt ist die alldeutsche Gedankenwelt nicht, daß sie sich in so einfacher Weise auf ihre Ursprünge erschöpfend zurückführen ließe. Die Wurzeln des alldeutschen Gedankens sind viel weiter verzweigt und reichen viel tiefer in die Vergangenheit zurück. Wie werden zudem sehen, daß die geistige Abhängigkeit des Verbandes gerade von den drei genannten Männern nur eine sehr bedingte ist.

Wir haben bereits in dem letzten Abschnitte erfahren, daß die deutschen Humanisten ihre Wissenschaft ursprünglich keineswegs in den Dienst ihres Volkstums stellten und daß erst späterhin einige staatsmännisch veranlagte Köpfe unter ihnen die Gefahren einer rein weltbürgerlichen Einstellung unserer besten Geister erkannten und sich ihrem Volke mit aller Liebe zuwandten. Ulrich von Huttens sei in dieser Beziehung nochmals ehrend gedacht. Trotzdem blieb der Einfluß der deutschen Wissenschaft auf die politische Anschauungswelt des deutschen Volkes auch nach ihnen noch lange Zeit eine geringe. Denn die Gelehrtenwelt sprach zu diesem Volke ja nicht in seiner Sprache, abgesehen von einigen geistlichen Führern, die sich nach dem Vorbilde Luthers auch der deutschen Sprache bedienten. Die eigentliche Gelehrtensprache blieb aber noch fast zwei Jahrhunderte lang das fremde Latein. Erst Thomasius unternahm 1687 den kühnen Schritt, seine Vorlesungen in der deutschen Muttersprache abzuhalten, mit der ausdrücklichen Begründung, hierdurch dem ganzen Volke den Weg zu unsern Geistesschätzen zu ebnen. In erster Linie mußte die gesteigerte Teilnahme der breiteren Massen natürlich den Fragen zugute kommen, die imstande waren auf das Wohl und Wehe des Einzelnen unmittelbaren Einfluß auszuüben, nämlich den politischen. Der kühne Neuerer hatte schwere Anfechtungen und sogar Verfolgungen des gelehrten Klüngels seiner Zeit auszuhalten. Aber allmählich setzte er sich durch. Die deutsche Sprache gewann ihr Bürgerrecht und jetzt erst war den Hochschullehrern die volle Wirkung des lebendigen Wortes auf ihre Zuhörer gesichert. Aber erst mußten die Tage tiefen völkischen Niedergangs kommen, ehe es ein Fichte verstand, von den neuen Wirkungsmöglichkeiten vorbild-

lichen und erfolgreichsten Gebrauch zu machen. Bis dahin blieben die wenigen Künder deutscher Gedanken auf engere Kreise beschränkt.

Die Verdienste Gottscheds sind bereits früher hervorgehoben. Auch, daß er sich nicht auf das rein schöngeistige Gebiet beschränkte, sondern daneben politische Forderungen aufstellte, die uns heute als schlechthin alldeutsche anmuten. Sie eilten ihrer Zeit voraus. Deshalb blieb seinen Arbeiten eine nachhaltigere Wirkung versagt, ja selbst die Kenntnis seines vaterländischen Strebens ging der Nachwelt fast verloren. Glücklicher waren in dieser Hinsicht zwei andere Männer, Joh. Gg. von Zimmermann und Justus Möser. Ersterer sucht sein Volk in seinem „Nationalstolz" (1758) zu einer selbstbewußteren, von Krähwinkelei freien Würdigung seiner völkischen Aufgaben und Pflichten zu erziehen, während Möser in seinen „Patriotischen Phantasien" dem weltbürgerlichen Empfinden entgegen die Liebe und den Stolz zur Heimat einzuimpfen suchte (1774). Die Wirkung dieser beiden echtdeutschen Männer war für die damaligen Verhältnisse keine geringe. Sie verkörperten die gesunde Auflehnung gegen die bewußte Abwendung eines Lessing und Herder vom vaterländischen Gedanken und bereiteten den Boden für die liebevolle Versenkung der Romantiker in die deutsche Vergangenheit vor.

Aber erst die tiefe Aufrüttelung der Geister in den Jahren der vaterländischen Wiedergeburt rief die deutschen Gelehrten in größerem Umfange aus der stillen Abgeschiedenheit ihrer Forschertätigkeit unmittelbar auf die politische Bühne. Ohne die hohen Absichten und die großen Erfolge so vieler anderer schmälern zu wollen, sei als Lehrer und Erreger der deutschen Jugend hier besonders Fichte genannt. Die außerordentliche Wirkung, die seinen „Reden an die deutsche Nation" beschieden war, erklärt sich aus deren sittlichen Gehalt, aus ihrer Gedankenfülle und aus der Persönlichkeit des Redners, der es wagte, fast unter den Augen der französischen Schergen und Aufpasser sich in den Dienst seines Volkes zu stellen. Keinem seiner Zeitgenossen ward ein ähnlicher Erfolg, von den späteren kann man höchstens den großen Einfluß in Vergleich stellen, den Heinrich von Treitschkes Worte auf seine Zuhörer ausübten.

Fichte war erst durch die Not seines Volkes der geworden, als der er im vaterländischen Gedenken fortlebt. Noch kurz vor Preußens Fall schrieb er ganz im weltbürgerlichen Geiste jener Zeit [1]): „welches ist denn das Vaterland des wahrhaft ausgebildeten christlichen (?) Europäers? Im allgemeinen ist es Europa, insbesondere ist es in jedem Zeitalter derjenige Staat in Europa, der auf der Höhe der Kultur steht. Mögen doch die Erdgeborenen, welche in der Erdscholle, dem Flusse, dem Berge ihr Vaterland erkennen, Bürger des gesunkenen Staates bleiben; sie behalten, was sie wollten und was sie beglückt. Der sonnenverwandte Geist wird unwiderstehlich angezogen werden und hin sich wenden, wo Licht ist und Recht. Und in diesem Weltbürgersinne können wir über die Handlungen und Schicksale der Staaten uns beruhigen, für uns selbst und für unsere Nachkommen bis an das Ende der Tage". Wir Nachfahren, die wir den völkischen Gedanken fast mit der Muttermilch einsogen, können uns nur schwer einen Begriff davon machen, einen wie tiefen Wandel seines ganzen

[1]) Nach Treitschke: „Fichte und die nationale Idee".

innern Wesens ein Fichte durchmachen mußte, um sich von seinen Anschauungen des Jahres 1805 zu denen der späteren Jahre durchzuringen. Um so größer sei unsere dankbare Verehrung des mutigen Streiters. Die landläufige Auffassung sieht oft in Fichte — ähnlich wie sie in E. M. Arndt nur den leidenschaftlichen Franzosenhasser erblickt — nur den Rufer zur Freiheit, zur völkischen Wiedergeburt. Gewiß war er dies auch. Seine Gedanken reichen aber weiter. Vor allem muß auf seine hohe Einschätzung des Deutschtums an sich — „Charakter haben und deutsch sein, ist ohne Zweifel gleichbedeutend"[1]) — und für die ganze Menschheit — „wenn ihr versinkt, so versinkt die ganze Menschheit mit" — hingewiesen werden. Er betont also als einer der ersten die „Ueberzeugung von einer besonderen Vorzüglichkeit der deutschen Veranlagung gegenüber der der anderen Völker",[2]) lange ehe Geibel seine bekannten Verse vom „deutschen Wesen, an dem die Welt genesen solle" sang, lange ehe die neue Rassenlehre auf anderem wissenschaftlichen Wege zu dem gleichen Ergebnis kam. Und noch ein zweites: derselbe Fichte, der den Ausdruck: „mit Gott für König und Vaterland" ablehnt, da er den Fürsten gleichsam des Vaterlandes beraube, stellt in seiner letzten Schrift (1813) „Entwurf einer politischen Schrift" die Forderung auf, den König von Preußen als einen „Zwingherrn zur Deutschheit" an die Spitze des gesamten Deutschtums zu stellen. „Oesterreich kann aber die Hände nicht zur Kaiserwürde erheben, da sein Kaiser durch sein Hausinteresse gezwungen ist, „deutsche Kraft zu brauchen für seine persönlichen Zwecke."[3]) Preußen aber sei „ein eigentlich deutscher Staat, es habe als Kaiser durchaus kein Interesse zu unterjochen, ungerecht zu sein. Der Geist seiner bisherigen Geschichte zwingt es fortzuschreiten in der Freiheit, in den Schritten zum Reich; nur so kann es fortexistieren, sonst geht es zu Grunde".

Mit Fichte sind wir schon in das Zeitalter der Romantik eingetreten. Er selbst teilt mit ihr zwar einige Züge, kann aber als ihr eigentlicher Vertreter nicht angesprochen werden. Eher kann man umgekehrt sagen, daß die sogen. Deutschromantiker von Fichteschen Gedankengängen nicht unbeeinflußt geblieben seien.

Von dem einzigen Heinrich von Kleist abgesehen, stehen die eigentlichen Dichtergrößen der Romantik dem Deutschgedanken fern, wenn schon der ältere Schlegel während der Befreiungskriege seine Feder zur politischen Bekämpfung Napoleons lieh und der jüngere sich 1809 sogar zu einigen vaterländischen Gedichten begeisterte. Das Ursprüngliche der andern Freiheitsdichter war ihnen und Tieck durchaus fremd. Nicht so einem andern Vertreter der Romantik, dem Herausgeber der „deutschen Volksbücher", Josef Görres, der ebenfalls, vor allem zur Zeit nach den Befreiungskriegen, mit der Feder für sein Volk eintrat. In ihm sehen wir eine der fesselndsten Erscheinungen jener Zeit. Als tiefer Bewunderer

---

[1]) Das klingt anders als Lessings Wort: „Der Charakter der Deutschen sei, keinen Charakter haben zu wollen". In Fichtes Ausspruch liegt eine gewisse Ueberhebung. Aber wie Treitschke schon sagt: „nur durch die Ueberhebung konnte ein so unpolitisches Geschlecht wieder zur rechten Schätzung des Heimatlichen, zum nationalen Selbstgefühl erzogen werden".

[2]) Jos. Kohler, Recht und Persönlichkeit in der Kultur der Gegenwart.

[3]) Nach Treitschke.

der französischen Umwälzung hatte er angefangen, die Arbeit seiner reiferen Mannesjahre hatte er dann dem Aufbau seines Vaterlandes gewidmet, um schließlich tief enttäuscht in seinen Hoffnungen in jener Geistesrichtung zu enden, die ihn als einen ihrer Vorkämpfer noch heute in dem Namen der „Görres-Gesellschaft" ehrt. So können wir Alldeutsche das wechselvolle Leben dieses Mannes nicht mit restloser Freude betrachten. Aber immerhin, auch wo er andre Wege ging, als wir für richtig halten, stets zeigte er sich als ein Kernmensch. Und fast nicht geringer als Fichtes Worte zündeten seine Aufsätze im „Rheinischen Merkur", der darum auch als eines der ersten Blätter der hereinbrechenden Rückwärtserei zum Opfer fiel[1]).

Noch zweier anderer Gewaltigen der Feder aus jenen Tagen sei hier gedacht, da ihre Aufrufe, Meisterwerke vaterländischer Beredsamkeit, die tiefgreifendste Wirkung auf die Seele unsers Volks ausübten, von Hippels, des Verfassers des Breslauer „Aufrufs an mein Volk" und Friedrich Gentz', der 1809 das österreichische Volk zum Kampfe gegen die welschen Feinde zu den Fahnen rief. Gentz war der ungleich begabtere der beiden, und es ist zu bedauern, daß er seine reichen Fähigkeiten nicht ausschließlich in den Dienst der reinen Sache stellte. Er wurde vielmehr später seinen alten Hochzielen untreu und endete als geistiger Mitarbeiter eines Metternich.

Außer diesen rein politischen Auswirkungen ist der Romantik aber in deutschem Sinne vor allem eine nachhaltige Befruchtung unserer Wissenschaft zu verdanken, die sie auf das Urgut unsers Volkstums hinleitete. Die liebevolle Vertiefung in die eigne Vergangenheit, die Wiedererwerbung der Schätze unserer Ahnen hob das völkische Selbstbewußtsein und stärkte damit auch den völkischen Gedanken. „Sie (d. h. Romantik)[2]) hat dem deutschen Volk seine gotischen Dome und seine rheinische Malerschule, hat ihm seine Sprache und seine Geschichte wieder lieb gemacht und ihm den Sinn für deutsche Art und Kunst erneuert: neben der Geschichte und Kunstgeschichte weiß die Germanistik und die vergleichende Sprachwissenschaft von diesen befruchtenden und belebenden Einflüssen zu erzählen: des Knaben Wunderhorn erschloß unserem Volk und seinen Dichtern den Jungbrunnen der Volkslyrik, der lange verschüttet war, und befruchtete damit weithin dürres Land". Nur andeutungsweise kann im Rahmen unserer Darstellung auf die Förderung des deutschen Gedankens durch die Romantik auf so vielen Gebieten des Wissens eingegangen werden.

Am wichtigsten sind diese Einflüsse auf dem Gebiete unserer Sprache geworden. Die deutsche Sprachwissenschaft — die Germanistik — ist recht eigentlich ein Kind der Romantik. Als früher Vorgänger hatte Herder die Sammlung deutscher Volkslieder eingeleitet. Ihm folgte Tieck, der unsere Volksbücher zu neuem Leben rief, und A. W. von Schlegel, der auf das Nibelungenlied hinwies. Er preist es als ein Meisterwerk der im Volke schaffenden Dichterkraft und fordert anschließend die Neueren auf, ihre Stoffe unserer eigenen Vergangenheit zu entnehmen: „nachdem wir lange genug in allen Weltteilen umhergeschweift, sollten wir endlich einmal anfangen, die einheimische Dichtung zu benutzen". Es folgten Arnim

[1]) Ziegler, die geistigen und sozialen Strömungen des 19. Jahrhunderts S. 45.
[2]) Näheres weiter unten.

und Brentano mit des „Knaben Wunderhorn", Görres' obenerwähnte Schrift über „die deutschen Volksbücher" und Uhlands grundlegende Arbeiten über unsere ältere Dichtung, besonders im Volksliede. Zur vollen wissenschaftlichen Höhe erhoben sich dann diese Forschungen durch die Gebrüder Grimm. In ihnen fand unser Volk nicht nur die Wiedererwecker seiner Sagen- und Märchenschätze, sondern vor allem die Sichter und Ordner seines Sprachguts. Mit ihrer „deutschen Grammatik" legten sie den festen Untergrund, auf dem dann ihre Nachfolger weiterbauen konnten. Ihr gewaltiges Werk des deutschen Wörterbuchs ist leider bis zum heutigen Tag noch nicht vollendet.

In Verbindung mit der etwa gleichzeitig entstehenden vergleichenden Sprachwissenschaft übte außerdem die deutsche ganz besonderen Einfluß auf unsere Anschauungen von der Rassengemeinschaft der arischen Völker aus. Die ersten Vertreter der neuen Rassenlehre bauten zunächst auf diesen, noch nicht völlig tragfähigen, sprachwissenschaftlichen Grundlagen einen Teil ihrer geschichtlichen Folgerungen auf. Die Fortschritte der Sprachwissenschaften in Verbindung mit den Errungenschaften der Vorgeschichte und der menschlichen Entwicklungslehre sowie der anderen Naturwissenschaften ermöglichten dann auf dieser ersten Grundlage weiterzuarbeiten und bis zu den heutigen gesicherten Ergebnissen der Rassenlehre zu gelangen. Hierüber wird später zu reden sein.

Was die Gebrüder Grimm für das Gebiet der Sprachwissenschaft bedeuteten, das waren Savigny und Eichhorn für jenes der Rechtskunde. Hier befreiten uns diese Jünger der Romantik aus den Fesseln des sogen. Naturrechts, indem sie uns auf die völkischen Quellen unseres Rechts zurückführten und dessen geschichtlichen Werdegang klarlegten. Diese Erforschung der deutschen Rechtsgeschichte wirkte „mächtig auf das nationale Bewußtsein der Deutschen ein", vor allem auch dadurch, daß sie im Zeitalter des code Napoléon den Wert des aus den Volksbedürfnissen geborenen und den Volksanschauungen angepaßten deutschen Rechts gegenüber der Willkür der französischen Neuschöpfung betonte.

Und schließlich kam die romantische Geistesrichtung der Förderung der deutschen Geschichtsschreibung zugute. Allerdings hatte schon J. Möser bei seiner Behandlung deutscher Landesgeschichte den völkischen Gedanken in den Vordergrund gestellt. Aber erst die Romantik wies die geschichtliche Wissenschaft ganz in den Bannkreis des nationalen Lebens. Zunächst nach rückwärts, indem sie das Verständnis für eine gerechtere Würdigung des arg verlästerten „finstern" Mittelalters anbahnte. Raumers Hohenstaufengeschichte zauberte den ganzen Glanz ehemaliger Kaiserherrlichkeit in unserer Erinnerung. „Ihr Erfolg ging weit über den wissenschaftlichen Wert des Werkes hinaus. Aber die Ueberschätzung jener entschwundenen Größe war letzten Endes nichts anderes als der Ausdruck der wiedererwachten Sehnsucht nach Kaiser und Reich."

Ehe wir aber zu den eigentlichen Pflegern des deutschen Gedankens auf dem Gebiete der Geschichtswissenschaft übergehen, muß noch einmal des Freiherrn vom Stein gedacht werden, der in seinen politischen Ruhejahren nach den Befreiungskriegen seinem Volke noch ein letztes Geschenk vermachte, als er die „Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde" ins

Leben rief, die dann seit 1826 unter Pertz die Sammlung mittelalterlicher deutscher Geschichtsquellen (monumenta Germaniae historica) herausgab. Diese echt vaterländische Tat ermöglichte erst die streng wissenschaftliche Durchforschung unserer eigenen Vergangenheit auf breiterer Grundlage und trug deshalb auch in deutschem Sinne reiche Früchte.

Aus der Fülle der deutschen Geschichtsschreiber bis zum Jahre 1848, die mehr oder weniger alle im Dienste des deutschen Gedankens und der Einheitsbestrebungen arbeiteten, seien zunächst nur einige hervorgehoben. An ihrer Spitze mag Steins treuer Mitarbeiter in schwerer Zeit, Niebuhr, stehen, der wie keiner seine Nachfolger geistig gefördert hat, indem er die Geschichtsschreibung zur Würde der Geschichtswissenschaft emporhob. Für uns kommen zwei Seiten seiner schriftstellerischen Tätigkeit in Betracht. Als erste seine Uebersetzung der ersten demosthenischen Rede gegen Philipp, in der er unter dem Spiegel der attisch-makedonischen Beziehungen ferner Tage seinen eignen Zeitgenossen ihre Schande vorhielt, um ihren Widerstand gegen den fremden Unterdrücker zu wecken. Und auch der erste Band seines Hauptwerks, der „Römischen Geschichte", der 1811 erschien, diente dem mittelbaren Zwecke, am Beispiele des kleinen und doch so kräftigen Rom dem deutschen unterdrückten und zersplitterten Volke den Vorteil eines machtvollen Staatswesens vor Augen zu führen.

Als nächster wäre Dahlmann zu nennen, der schon seit 1812 in den „Kieler Blättern" die unser Volk bewegenden Fragen in deutschem Sinn besprach und damit dessen Anteilnahme am öffentlichen Leben weckte und sein Verständnis für die Politik förderte. Dahlmanns Hauptwirken gehört allerdings einer spätern Zeit an. Als einer der Göttinger Sieben (neben den beiden Grimm) war er für all die Kreise, die Deutschlands Wiedergeburt aus ohnmächtiger Kleinstaaterei erstrebten, eine lebendige Mahnung, daß die Unwürdigkeit der damaligen Zustände beseitigt werden müsse (1837). Den Höhepunkt seiner Tätigkeit brachten dem verdienten Manne die Jahre 1848/49, worüber später zu berichten sein wird.

Auch die Anfänge Sybels, später bekannt als der Künder des Bismarckischen Einigungswerks, fallen schon in die letzte Zeit von 1848. Beachtenswert ist, daß er sich von der kalten, glatten Art seines Lehrers Ranke, der leider, wie einst Goethe, seine großen Gaben nicht in den bewußten Dienst des deutschen Gedankens stellte, abwandte und die stete Verknüpfung der geschichtlichen Darstellung mit den lebendigen zeitlichen Lebensbedingungen unsers Volkes betonte. Auch verhalf er, im Gegensatz zu Ranke, dem Einzelmenschen, als treibender Kraft im Dasein der Völker, zu seinem Rechte, eine Lehre, die ihre schärffste Ausprägung dann in der „Heldenverehrung" der Carlyle, Emerson und Nietzsche fand. Für den alldeutschen Gedanken ist sie insofern von Belang, als sie der einseitigen Betonung der Umgebungseinflüsse (milieu) auf die Gestaltung der Völkerschicksale (Taine) entgegenwirkte, jener Auffassung, die namentlich in der „materialistischen" Geschichtsschreibung, wie sie die sozialistisch-marxistische Weltanschauung begünstigte, zum Ausdruck kam. Denn die letzten Folgerungen aus solcher Auffassung müssen den reinvölkischen Bestrebungen Abtrag tun, da sie auf eine allgemeine Gleichmacherei zunächst innerhalb des einzelnen Volkes, dann aber der Völkergemeinschaft abzielen, also einer

Entvölklichung dienen, eine Wahrnehmung, die wir jetzt am eignen Leibe zu unserm schweren Schaden machen müssen. Doch hierüber wird noch später einiges zu sagen sein.

Als Geistesverwandter Sybels aus jener Zeit sei noch Gervinus genannt, dem ebenfalls die Geschichtsschreibung nur in Beziehung auf die völkischen Belänge der Gegenwart und Zukunft berechtigt erscheint. In seiner „Geschichte der poetischen National-Literatur der Deutschen“ ist er diesen Zusammenhängen nachgegangen und hat gerade hierdurch auf die politischen Anschauungen seiner Zeitgenossen und die Pflege der völkischen Bestrebungen kräftigen Einfluß ausgeübt. Leider trat er später grollend zur Seite, als sich dann die Einigung Deutschlands unter Bismarcks Führung auf anderen Wegen vollzog, wie er es sich vorgestellt hatte.

Im Anschlusse an diese einzelnen besonders erwähnenswerten Schildträger des völkischen Gedankens sei noch ihrer gemeinsamen Tagungen gedacht, die ebenfalls in diesen Jahren zum erstenmale aufkamen und auf denen der Gedankenaustausch deutscher Männer aus allen Gauen des Vaterlandes zur Vertiefung der völkischen Bestrebungen und zum lauten Bekenntnis des Einigenden und der gemeindeutschen Zukunftshoffnungen führten. Dadurch wirkten sie auf weitere Kreise anregend und befruchtend, als dies dem einzelnen möglich gewesen wäre. Vor allem sind in diesem Sinne die ersten Germanistentage zu erwähnen, wo der Alldeutsche Arndt und der süddeutsche Demokrat Uhland, wo Jünger der Romantik wie die Gebrüder Grimm und Söhne der heraufdämmernden neuen Zeit wie Dahlmann trotz alles Trennenden sich in gemeinsamer Treue und Anhänglichkeit zu ihrem Volkstum und ihren Hoffnungen auf ein geeintes Deutschland zusammenfanden. In ähnlicher Weise wirkten auch die deutschen Anwaltstage weit über ihr engeres Fachgebiet im völkischen Sinne, wenn sie einheitliches Recht (erst 1900 verwirklicht) und nationale Rechtseinrichtungen forderten. Heutzutage, im geeinten Deutschland und bei ganz anderen Verkehrsmöglichkeiten wird es uns schwer, in diesen ersten gemeinsamen Tagungen etwas so Außerordentliches zu finden, wo wir fast alltäglich alle möglichen Berufsstände und Vereinigungen zu gemeinsamer Beratung zusammentreten sehen. Für die damalige Zeit war dagegen die Sammlung sowohl als solche, wie in ihren Auswirkungen auf die Gedankenwelt unseres Volkes von ganz hervorragender Bedeutung.

Nicht eigentlich in das Gebiet der Wissenschaft, sondern in das der Gemütswerte gehören die religiösen Bewegungen, welche auf eine Vereinheitlichung und Verdeutschung der kirchlichen Einrichtungen hinzielten. Sie seien nur kurz angedeutet, einmal weil ihr Einfluß auf den deutschen Gedanken doch nur ein mittelbarer war und dann, weil er nicht sehr weitreichend und nachhaltig sich äußerte. Im protestantischen Teil unseres Volkes waren es die Einigungsbestrebungen nach den Befreiungskriegen, welche das Gemeinsame der evangelischen Glaubensüberzeugungen zum Ausdruck brachte. Durch die daraus hervorgegangene „Union“ wurde die kirchliche Spaltung unseres Vaterlandes wenigstens auf die beiden Hauptbekenntnisse beschränkt. Die Union besteht bis zum heutigen Tage und hat damit den völkischen Teil ihrer Aufgabe als Vorstufe zur deutschen Einheit erfüllt.

Den katholischen Bestrebungen, die vor allem auf die Schaffung einer nationalen Deutschen Kirche hinausliefen, blieb der Erfolg versagt. Weshalb dies geschah, ist hier zu erörtern nicht der Platz. Der einzelnen Entwickelungsgänge sei indes doch kurz gedacht. Schon im alten Reiche war unter den höheren Kirchenfürsten eine Bewegung im Gange, eine deutsche Nationalkirche zu schaffen, Wünsche und Absichten, die zeitlich etwa mit der Auflösung des Jesuitenordens und dem Niedergange des Papsttums zusammenfielen. Die Unruhen des Revolutionszeitalters ließen aber diese Keime nicht zur Reife gelangen. Die Wiederaufnahme dieser Bestrebungen nach dem Wiener Kongreß, deren Hauptträger der edle Bischof von Wessenberg war, konnte dem wiedererstarkten Papsttum gegenüber sich nicht durchsetzen. Ebensowenig gediehen die folgenden Ansätze zur Schaffung einer deutschen katholischen Kirche oder gar zur Schaffung „einer großen deutschen Nationalreligion". Letztere erhoffte Gervinus aus der deutsch-katholischen Bewegung des Jahres 1844 emporwachsen zu sehen und selbst ein so klarer und deutscher Kopf wie Karl Mathy leistete sich damals den Gallimathias „er hoffe mit Auerbach (!) in einer freien deutschen Kirche zusammenzutreffen, nachdem nun Spinoza (!) in Deutschland gesiegt habe". Solche Hoffnungen mußten natürlich an ihrer inneren Unwahrhaftigkeit scheitern. Dazu kam, daß die führenden Männer jener Bewegung durchaus keine „Reformatoren" waren. „Es fehlte ihnen die Einsicht in die Schwere des Kampfes und in die Verpflichtung, die er den Führern auferlegte; bei Braten und Champagner macht man keine Religion."[1]) Um hier das Weitere gleich abschließend vorauszunehmen: Auch die altkatholische Bewegung der 70er Jahre war ein Fehlschlag aus anderen Gründen, ebenso wie noch spätere Anläufe bald steckengeblieben sind. Deshalb muß der Alldeutsche Verband auf absehbare Zeit sich mit den kirchlichen Verhältnissen Deutschlands, wie sie nun einmal sind, abfinden und im Rahmen des geschichtlich Gegebenen die deutschen Katholiken für den völkischen Gedanken zu erwärmen suchen.

Wir kommen nun zur Deutschbewegung des Jahres 1848. Sie ist nur verständlich, wenn man sich über das Zwitterwesen des damaligen politischen Liberalismus klar ist.

Nach dem Wiener Kongreß lief das politische Sinnen und Trachten der liberalgesinnten wissenschaftlichen (und überhaupt bürgerlichen) Kreise unseres Volkes in zwei Hauptrichtungen. Es wurde nämlich beherrscht von den beiden, im Grunde genommen zwiespältigen Leitgedanken zur Freiheit und zur staatlichen Einheit. Letzterer war ein Erbteil der großen völkischen Erhebung und erwies sich zum Heile des Ganzen als stark genug, einer allzu einseitigen Ausprägung des ersteren entgegenzuwirken. Denn so wie sich der politische Freiheitsgedanke damals häufig darstellte, entsprach er nicht immer der tiefen deutschen Auffassung, jener Auffassung, die mit dem Wesen der Freiheit sehr wohl eine bewußte Selbstbeschränkung zugunsten einer kräftigeren Staatsentfaltung zu vereinen weiß, die sich dagegen von der Zuchtlosigkeit der welschen Freiheitsverfechter ebenso fernhält, wie sie ein schrankenloses Ausleben auf Kosten der Allgemeinheit

---

[1]) Nach Ziegler, Geistige Strömungen. Zieglers wertvolles Werk ist überhaupt für die Abfassung dieses Abschnittes von großem Nutzen gewesen.

ablehnt. Zu dieser höheren Anschauung über die Rechte und Ziele der staatlichen und persönlichen Freiheit hatte sich aber, wie gesagt, der damalige Liberalismus keineswegs klar und einhellig durchgerungen; auch in der Gelehrtenwelt finden wir diesen inneren Zwiespalt verbreitet, der sich besonders in dem sonst so deutsch fühlenden Rotteck'schen Kreise besonders deutlich erkennen läßt. Hierzu kam, daß seit der französischen Staats- und Geistesumwälzung mit dem Begriff der Freiheit untrennbar jener der Gleichheit überkommen war. Und zwar einer Gleichheit, die nicht nur die rechtliche Sicherheit aller Staatsbürger verbürgte, sondern die alle Menschen nach Anlagen und Bildungsfähigkeit schlechthin gleichstellte, also immer mehr auf eine öde Gleichmacherei hinauslief, bis sie heute in der Entrechtung der geistig und sittlich höherstehenden Volksteile in die schlimmste Ungleichheit und Ungerechtigkeit umschlug. An dieser Ueberspannung des Freiheits- und Gleichheitsgedankens krankten von Anfang an die politisch liberalen Parteien um so mehr, je einseitiger sie sich auf den Buchstaben ihre Grundsätze festgelegt hatten und je weniger sie in der Verfolgung völkischer und vaterländischer Ziele ein ausgleichendes Gegengewicht fanden. Denn die dem übertriebenen Freiheitsbegriffe entspringende Hervorkehrung des Einzelmenschen duldet keinen starken Staat und die aus dem falschen Gleichheitsbegriffe geborene Gleichmacherei tötet den völkischen Gedanken.

Und diese selben Liberalen, in deren politischen Grundsätzen die Keime einer Verneinung des nationalen Gedankens lagen, waren in den Jahren von 1815 bis zur Reichsgründung die Hauptträger der völkischen Einheitsbestrebungen. Sie waren es im Gegensatz zu den Vertretern der einzelstaatlichen Eigenbrödelei und zum Teil auch zu jenen der konservativen Staatsanschauungen, welch letzteren durch das ausschweifende politische Gebahren mancher Liberalen auch deren berechtigte vaterländische Forderungen verdächtig und gleichgültig wurden.

Dieser Widerspruch in den politischen Bestrebungen der Liberalen verhinderte eine Zusammenfassung ihrer Kräfte: hieraus erklären sich vielfach ihre Halbheiten und Mißgriffe in den Jahren 1848/49 und späterhin die Widerstände der Fortschrittler gegen Bismarcks Einigungswerk, bis es diesem unter der Wucht seiner Erfolge gelang, den größeren Teil der Liberalen wenigstens eine Zeitlang auf seine Politik zu einen, allerdings nur um den Preis schwerer Zugeständnisse an den Geist der Gleichmacherei (Wahlrecht).

Aus der Erbschaft der französischen Staatsumwälzungen 1789 und 1830 entsprang auch die übertriebene Vorstellung vom Werte der Verfassungen und der Volksvertretungen. Die Verwirklichung der Verfassung in allen Staaten des deutschen Bundes war aber unseren Voreltern auch deshalb so ans Herz gewachsen, weil sie ihnen als eine Errungenschaft und ein heiliges Vermächtnis der großen Zeit der Erhebung erschien und weil die Nichteinlösung des Verfassungsversprechens das reine Verhältnis zwischen Herrscher und Volk trübte. Die hereinbrechende Zeit der Rückwärtserei, die seit den Karlsbader Beschlüssen so drückend auf allen Bessren lastete, rückte die Ausschaltung des Volkes von der Mitwirkung an den Staatsgeschäften noch eindrucksvoller in aller Bewußtsein. Deshalb tönte

der Ruf nach einer deutschen Volksvertretung, von der man die Erfüllung aller Wünsche erwartete, immer lauter, zumal seit der Versuch der einzelstaatlichen Lösung im deutschen Zukunftsstaate Preußen mit dem „Vereinigten Landtag" recht unbefriedigend ausgefallen war. Der Gedanke, an den Zollverein anzuknüpfen, lag auf der Hand und schon List hatte vorahnend dem deutschen Handel zugerufen, daß die Voraussetzung der geistigen und staatlichen Einheit unseres Volkes dessen vorangegangene wirtschaftliche Einigung sein müsse. Später entstand der deutsche Reichstag tatsächlich auf dem Wege über das Zollparlament. Zunächst wurde aber die unmittelbare Lösung versucht.

Wir wissen, daß sich schon während des Wiener Kongresses vereinzelt Befürworter der preußischen Lösung der deutschen Frage hören ließen. Es sei nur an Arndt erinnert. Aber erst seit der Gründung des Zollvereins mit Ausschluß Oesterreichs gewann diese Ansicht in den 30er Jahren allmählich weiteren Boden, bis sie schließlich in den späteren Jahren immer mehr zum Allgemeingut wurde. Am klarsten gab dem wohl der Schwabe Paul Pfizer Ausdruck, der in seinem „Briefwechsel zweier Deutscher" mit voller Ueberzeugungstreue und Ueberzeugungskraft die Gründung eines geeinten Deutschlands unter preußischer Führung forderte und begründete. Ehe wir uns dem Frankfurter Parlament zuwenden, sei deshalb ihm noch kurz das Wort gegönnt:[1]) (Zur Erreichung des Ziels muß) „das Bedürfnis festerer Einigung klar erkannt, das Bewußtsein des Nationalzusammenhangs immer lebendiger, die vaterländische Gesinnung immer kräftiger werden, besonders aber muß der denkende, gebildete, durch den Kampf mit dem physischen Bedürfnis nicht ausschließlich in Anspruch genommene Teil der Nation seiner Einheit stets eingedenk bleiben und einem großen Zweck die Rücksichten einer kleinlichen Eigensucht zum Opfer bringen, vor allem aber müssen unsere Schriftsteller, denen wir die Rettung unserer geistigen Einheit verdanken, nicht auf halbem Wege stehen bleiben, sondern das Werk vollenden, indem sie der Nation zum Glauben an ihre Kraft, zur Einsicht in ihre Pflicht zur Erkenntnis ihrer Rechte verhelfen". Und: „Zum Vollbringen eines großen und guten Werkes gehört nicht allein der Wille, sondern auch die Macht. Und wo ist denn außer Preußen die Macht, Deutschland wieder zu beleben?"

Das Frankfurter Parlament war ein Professorenparlament im wahren und schönsten Sinne des Wortes. Was geistigen Hochstand und Lauterkeit der Gesinnung anbetrifft, ist es bisher noch von keiner Versammlung erreicht, geschweige denn übertroffen worden. Auch hat es nie eine deutschbewußtere Volksvertretung in unserem Vaterlande gegeben. Der politische Tatensinn stand aber nicht auf gleicher Höhe wie die vaterländische Begeisterung. Der Zwiespalt der liberalen Doppelforderung nach Freiheit und Einheit wurde zwar endlich zugunsten der letzteren entschieden. Dagegen ging der Mehrheit die Erkenntnis von der Wahrheit des letzterwähnten Satzes Pfizers, daß zur Durchsetzung staatlichen Wollens Macht gehöre, zu spät auf. Heinrich von Gagerns „kühner Griff" konnte die fehlende Zentralgewalt nicht mehr schaffen, da die beiden Großstaaten sich abseits hielten, nachdem der erste günstige Augenblick, wo keiner sich der

[1]) Nach Ziegler „Die geistigen und sozialen Strömungen" usw.

deutschen Sache versagt hätte, verpaßt war. Hier kann natürlich nicht auf die ganze geschichtliche Entwicklung zurückgegangen werden. Es genüge zur Veranschaulichung des ausschlaggebenden Einflusses der deutschen Gelehrtenwelt in dieser Volksvertretung der Hinweis, daß das wichtigste Werk, der Verfassungsentwurf, ihres Geistes Arbeit ist. Vor allem ist sein Zustandekommen Dahlmann zu verdanken, der damit den Höhepunkt seines verdienstvollen Wirkens am Deutschtum erreicht hat. Es darf nicht verhehlt werden, daß der Entwurf auch große Mängel aufzuweisen hatte. Sie entsprangen bekanntlich ebenfalls dem unlösbaren inneren Widerspruch, auf dem Boden einer fast schrankenlosen Freiheit eine starke völkische Staatsmacht aufzubauen. Dazu kamen allerdings noch seine weltfremde, einseitige Wissenschaftlichkeit und sein Mangel an Verständnis für die tatsächlichen Staatsbedürfnisse. Trotzdem bildete er nach Ausmerzen der Hauptfehler die tragfähige Grundlage der Bismarckischen Reichsverfassung. Und auch die Geistesarmut der Novemberumstürzler wußte nichts besseres, als in der Hauptsache auf den 48er Entwurf zurückzugreifen, von dem er leider auch die bedenkliche Festlegung auf die sogenannten Grundrechte, eine hemmende Fessel für jede natürliche Weiterentwicklung, entnahm.

Aus der stolzen Reihe deutscher Wissenschaftler, die an der Einigung unseres Vaterlandes in der Paulskirche mitarbeiteten, seien nur noch erwähnt, der altehrwürdige Arndt, die Geschichtsforscher Droysen, Waitz, Gervinus, Raumer, die Rechtslehrer Albrecht und Beseler, die Germanisten Uhland und Jakob Grimm, der Aesthet Vischer und der Naturforscher Karl Vogt, alle von gleicher Liebe zu ihrem Volke getragen, wenn auch ihre Wege zum Ziele der deutschen Einheit weit auseinandergingen. Der Sieg blieb den Vertretern der erbkaiserlichen, kleindeutschen Richtung. Ihr Mißerfolg bei Friedrich Wilhelm IV. bedeutete zugleich das Ende der Frankfurter Tagung. Auch ihrer Nachfolgerin in Erfurt war kein besserer Erfolg beschieden. Denn erst mußte der Mann kommen, der das mitbrachte, was den Schwärmern von 1848 fehlte: den Tatsachensinn, unbeugsamen Willen und die Macht, diesen Willen mit Blut nnd Eisen in die Wirklichkeit umzusetzen.

Ehe die Darstellung des Deutschgedankens in unserer Wissenschaft jedoch in dem nun anhebenden Zeitalter Bismarks weitergeführt wird, sei noch eines ganz Großen gedacht, Friedrich Lists, den der Groll über die Erfolglosigkeit seiner Bestrebungen kurz vorher (am 20. November 1846) aus dem Leben getrieben hatte. Seiner Bemühungen und Verdienste um eine wirtschaftliche Einigung unseres Vaterlandes ist schon früher gedacht und dabei einer Ueberschätzung hinsichtlich seiner geistigen Urheberschaft am preußisch-deutschen Zollvereins entgegengetreten worden, damit auch Maaßen und Motz ihr Recht nicht verkümmert werde. Hier gilt es, das ganze Wirkungsgebiet dieses großen Anregers zu umfassen. Denn mit der, noch dazu nicht ganz stichhaltigen Bezeichnung eines „Vaters des Zollvereins" ist Lists Bedeutung für die Deutschen im allgemeinen, besonders aber für uns Alldeutsche bei weitem nicht erschöpft.[1]) In zwei Hauptrichtungen bewegen sich seine Gedankengänge. Die näherliegende

---

[1]) Näheres bei Hoetzsch „Friedrich List" (AB 01, 204), an dessen Aufsatz sich auch unsere Darstellung anlehnt.

erstreckt sich auf Deutschlands Einigung. Diese sucht er auf wirtschaftlichem Wege vorzuarbeiten. Hierbei begnügt er sich aber keineswegs, bei dem kleindeutsch gedachten Zollverein in seinen umfassenden Gedanken stehen zu bleiben. Er erweitert vielmehr diesen Grundgedanken ins Großdeutsche, ja ins Alldeutsche, indem er nicht nur einen Zollbund mit Oesterreich anstrebt, sondern auch ein mehr oder minder enges Zollverhältnis zu den Niederlanden (Belgien, Holland) und der Schweiz bereits ins Auge faßt. Und der Erschließung dieses großen Wirtschaftsgebietes soll ein einheitliches, umfassendes Verkehrsnetz dienen: in einer Zeit wagte er diesen großen Plan zu denken, als man in Deutschland eben die ersten zaghaften Schritte zur Einbürgerung der Eisenbahnen tat. Trotz dieser ganz Deutschland umspannenden Gedanken ist aber auch List schon klar überzeugt, daß die deutsche Wiedergeburt nur durch Preußen möglich sei. In dieser Erkenntnis hat er für die zunächst kleindeutsche Lösung der deutschen Frage volles Verständnis. Lists zweite Gedankenreihe dagegen schlägt über die engeren Grenzen unseres Vaterlandes hinaus, sie ist alldeutsch-weltpolitisch. Zunächst richtet er, wie schon vor ihm und gleichzeitig unser Moltke[1]) sein Augenmerk auf die kolonisatorische Erschließung der Türkei und kommt dabei zu der etwas eigenartigen Lösung, daß Deutschland die europäischen, England die asiatischen Besitzungen der Türkei zufallen sollen, wobei jedoch die Besiedelung der letztgenannten Gebiete dem deutschen Bauer zuteil werden müsse. Dann aber überspannt er den ganzen Erdball mit seinen deutschen Siedlungsplänen, bei denen er wiederum Preußen die entscheidende Rolle vorbehielt. Dieses sollte schon jetzt (in den vierziger Jahren) den Stamm einer künftigen deutschen Flotte schaffen und der Frage sich widmen, ob und unter welchen Bedingungen in Australien und der ozeanischen Inselwelt deutsche Siedlungen bestehen könnten. Aber auch Mittel- und Südamerika ziehen die Blicke des Unermüdlichen auf sich, ob dort planmäßig die deutsche Auswanderung unterzubringen sei. Zu ihrer Förderung zieht er bereits staatliche Unterstützungen der Dampfergesellschaften in Betracht. — Es war das harte Los dieses Sehers deutscher Zukunft, daß seine Zeit für seine umfassenden, schlechthin alldeutschen Pläne noch nicht reif war, ein Geschick, was das Leben so manches deutschen Denkers verdüstert hat.

Im Anschluß an List sei noch erwähnt, daß die Frage der Deutschbesiedlung Kleinasiens nun nicht mehr von der Tagesordnung verschwand. Von den vielen Nachfolgern seien zunächst hier Rodbertus und Roscher genannt. Ersterer schrieb schon im Jahre 1863 (AB 94, 6). „Und ich hoffe noch die Zeit zu erleben (er starb 1875), wo die türksche Erbschaft an Deutschland gefallen ist und wo deutsche Soldaten oder Arbeiterregimenter am Bosporus stehen". Roscher (1817—1894) dagegen sah Kleinasien und überhaupt die Türkei mehr als geeignete Auswanderungsgebiete an Stelle Nordamerikas an (AB 94, 150). Inwieweit diese Ansichten der Einschränkung bedürfen, ist schon früher erwähnt. Auch der Lagarde'schen Vorschläge ist schon früher gedacht.

Bis zum Abschluß der 48er Bewegung, etwa zur Zeit des Erfurter Parlaments, war die Entwicklung des alldeutschen Gedankens verhältnis-

[1]) s. früher

mäßig einfach. Im wesentlichen fiel sie zusammen mit den deutschen Einigungsbestrebungen, wobei das Ziel feststand und nur über den Weg, auf dem es erreicht werden sollte, die Meinungen auseinandergingen. Die kleindeutsche, preußische Lösung, die zuletzt siegreich blieb, stand mit der großdeutschen im Wettstreit. Erstere erstrebte zunächst das Erreichbare, letztere gleich das Endziel. Alldeutsche Anfänge waren zwar vorhanden — es sei nur an Arndt erinnert —, indes noch von geringer tatsächlicher Bedeutung. Der nun anschließende Zeitraum bis zur Gründung des Alldeutschen Verbandes, den man kurzweg nach der für den Deutschgedanken wichtigsten Persönlichkeit das Zeitalter Bismarcks nennen kann, zeigt demgegenüber eine reichere Mannigfaltigkeit. Nach den verschiedensten Seiten hin baute sich der deutsche Gedanke aus. Vor allem erhielt er durch die Verwirklichung der deutschen Einheit und die straffe Zusammenfassung der deutschen Kraft im neuen Reich ganz neue Entwicklungsmöglichkeiten auf weltpolitischem Gebiete. Nun erst stand hinter dem Wollen auch die Macht zum Vollbringen. Die alldeutschen Aufgaben, im Sinne der geistigen und völkischen Einigung sowie des staatlichen Schutzes aller Deutschen, traten jetzt erst aus dem Reiche des Gedankens ins Gebiet der lebendigen Wirklichkeit. Die Flottenfrage, die Kolonialbestrebungen, die Auswandrerfürsorge gewannen jetzt erst tatsächliche Bedeutung für unser Volk. Dem Zeitalter des Hoffens und Sehnens folgten die Jahre der Ernte. Diese Entwicklung zum Alldeutschen begriff natürlich die Wiederaufnahme der alten großdeutschen Ziele ohne weiteres in sich. Zu dieser Ausweitung des Deutschgedankens über die Reichsgrenzen hinaus kam ferner noch seine Verinnerlichung und Vertiefung hinzu. Sie entsprang der Aufnahme und der tätigen Ausbildung der Rasselehren. Diese entstanden auf dem Boden geschichtsphilosophischer Erwägungen und bedeuteten eine Abkehr von den Uebertreibungen der Gleichheitsbestrebungen, deren Endziele sich in den sozialen Kämpfen der Revolutionsjahre, besonders in Frankreich, bereits mit erschrecklicher Deutlichkeit enthüllt hatten, und ein Besinnen auf die wirklich schaffenden Kräfte in der Weltgeschichte. An Stelle der alles niederziehenden, jeder geistigen und sittlichen Fortbildung des Menschengeschlechtes totfeinden Gleichmacherei, trat die Lehre von der Ungleichheit der menschlichen Anlagen, zuerst nur seherischlich vorgeahnt, bald aber durch die sichern Errungenschaften der Naturwissenschaften — Biologie und Anthropologie — bestätigt. Nur langsam konnte allerdings dieser neue, große Gedanke Feld gewinnen. Die alteingewurzelten liberal-politischen und kirchlich-christlichen Anschauungen standen seiner Ausbreitung gleich hinderlich im Wege. Erst die Not der Zeit ebnete dann seinem Verständnis den Boden, als das Deutschtum in schwerem Kampfe mit geistig und sittlich tieferstehenden Gegnern seine Grenzmarken bedroht sah und vor allem als es im Innern seine Einheit und sein eignes Volkstum gegen zwischenvölkische und zersetzende Bestrebungen mannigfaltiger Art sichern mußte. Die Erscheinungen der Gründerzeit, des Kulturkampfes und der sozialdemokratischen Bewegung öffneten den denkenden Köpfen unseres Volkes die Augen darüber, wohin die Reise ging. In diesen vorbereiteten Boden fiel dann die Saat Gobineaus und Chamberlains, deren Werke in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre in deutscher Sprache erschienen

und eine völlige Umwälzung der Anschauungen auf dem bis dahin wenig beachteten Gebiete der Rassenfragen einleiteten. Damit wurde für die Alldeutschen die Behandlung der Polen- und der Judenfrage aus ihren ursprünglich mehr politischen, bzw. wirtschaftlichen Bahnen zur Höhe wissenschaftlicher Betrachtung und zu einer Forderung völkischer Selbsterhaltung gehoben. Diese Kämpfe erhielten nun die höhere Weihe tiefsittlicher Berechtigung zum Schutze des eignen Volkstums und Daseins [1]).

Dies ist in großen Zügen der Gang der Weiterentwicklung des alldeutschen Gedankens im Zeitalter Bismarcks. Es läge nun nahe, für die weitere Darstellung eine Zweiteilung eintreten zu lassen, da die Reichsgründung nicht nur einen gewissen Abschluß vorausgegangener Bestrebungen, sondern auch, wie schon erwähnt, die Einleitung neuer Zukunftsmöglichkeiten für das Deutschtum bedeutete. Trotzdem mußte von einer nochmaligen Unterteilung dieses Gesamtabschnitts Abstand genommen werden, da im allgemeinen eine Trennung der einzelnen Gebiete nicht angezeigt erschien. Die Geschichte des Rassegedankens kann ebensowenig auseinandergerissen werden wie Treitschkes Wirken und seine Stellung zur alldeutschen Gedankenwelt. Beginnen wir zuvörderst mit der Entwicklungsreihe kleindeutsch - großdeutsch - alldeutsch. Als seine wissenschaftlichen Hauptvertreter seien Heinrich von Treitschke (15. September 1834 — 28. April 1896), Konstantin Frantz (12. September 1817 — 2. Mai 1891) und Paul de Lagarde (2. November 1827 — 22. Dezember 1891) genannt. Aus den Jahreszahlen ist zu ersehen, daß die Blütezeit dieser drei Männer ziemlich gleichzeitig war. Dies ist bedeutungsvoll für die geschichtlichen Zusammenhänge der drei verschiedenen Anschauungen. Hiernach handelt es sich nicht etwa um mehrere scharfbegrenzte, nacheinanderfolgende Entwicklungsstufen desselben Gedankens, sondern um nebeneinanderlaufende Arme desselben Stroms. Von ihnen mündeten der kleindeutsche und großdeutsche schließlich in das Bett des stärksten, des alldeutschen ein, von dem das Schiff der deutschen Zukunft getragen werden soll. Auch verwischen sich in unserm Zeitraume bereits die scharfen Unterschiede, die früher die einzelnen Bestrebungen trennten. Der Vollender der kleindeutschen Lösung, Bismarck, leitet mit dem österreichischen Bündnis bereits die Steigerung ins Großdeutsche ein, um schließlich mit seiner Polen- und Ueberseepolitik bereits auf alldeutschen Bahnen zu wandeln.

In Treitschke finden wir den Verfechter der kleindeutschen Verwirklichung unserer Einheitsbestrebungen schlechthin. Ihr galt sein Wirken vor der Reichsgründung, ihr galt auch sein ganzes Leben und Schaffen weiterhin bis zu seinem Hinscheiden. Seine „deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert" ist recht eigentlich der geschichtlichen Begründung von der Berechtigung und Notwendigkeit der deutschen Einigung durch Preußen unter Ausschluß Oesterreichs gewidmet. Bis in seine letzten Jahre ist er über diese seine Grundauffassung nicht wesentlich hinausgegangen. Immerhin sind Ansätze zu ihrer Weiterbildung zu erkennen. So ist es bekannt, daß er unsre ersten Schritte zur Weltpolitik freundlich betrachtete. Wir finden

[1]) Als alldeutsche Verfechter der Rasselehren seien hier schon Schemann, Ammon und Wilser erwähnt. Näheres weiter unten.

beispielsweise seinen Namen unter dem Aufruf zugunsten einer Karl Peters-Stiftung aus dem August 1890. Dagegen ist seine Beteiligung an den dann einsetzenden Bestrebungen des Alldeutschen Verbandes, wie so vielfach angenommen wird, in keiner Weise festzustellen, trotzdem er noch volle fünf Jahre nach dessen Gründung unter den Lebenden weilte und ihm, zum mindesten nach seiner Erneuerung durch Hasse (1893), dessen Wirken nicht unbekannt geblieben sein kann. Die Gründe hierfür sind nicht bekannt. Sie waren vielleicht rein äußerlich und sind auf ein versehentliches Uebergehen Treitschkes bei der Verbandsgründung zurückzuführen. Es darf aber angenommen werden, daß es nicht sachliche Meinungsverschiedenheiten waren, die ihn dem Verband fernhielten. Hier wird die Tatsache vor allem deshalb hervorgehoben, um die schon früher erwähnte Behauptung, daß Treitschke gewissermaßen als Vater des Alldeutschen Verbandes anzusprechen sei, ins richtige Verhältnis zur Wirklichkeit zu setzen. Ein äußerer Zusammenhang bestand also nicht. Dessen ungeachtet soll eine starke Beeinflussung durch Treitschkes Gedankengut durchaus nicht in Abrede gestellt werden. Im Gegenteil, wir Alldeutsche verehren in ihm einen lautern und besonders machtvollen Künder des deutschen Gedankens. Sein Einfluß auf unsere Anschauungen ist aber mehr ein mittelbarer. Die Macht und Ueberzeugungskraft seines Wortes hat in die Herzen von Tausenden von deutschen Jünglingen und auch reifen Männern die eigne Begeisterung für sein Volk gesenkt. Und von seinen Zuhörern und Jüngern sind die meisten für die alldeutschen Ziele späterhin besonders empfänglich gewesen. Aus ihren Reihen hat der Alldeutsche Verband in seinen ersten Jahren viele seiner treuesten Anhänger gewonnen. Auch Treitschkes immer stärkere Betonung von der Schädlichkeit des Judentums für unsern Volkskörper hat sicher dem Rassegedanken und der heutigen Auffassung der Judenfrage wesentlich vorgearbeitet. Er selbst aber stand doch der eigentlichen Rassenlehre noch fremd gegenüber. Seine Wirkung auf alldeutsche Auffassungen ist auch auf diesem Gebiete demnach nur eine mittelbare: er hat das Erdreich gelockert, in dem die alldeutschen Keime emporsprießen konnten, er ist aber nicht der eigentliche Sämann gewesen. Erwähnung verdient es noch, daß Treitschke, so verschieden seine eigenen Anschauungen waren, die Jugend auf Lagarde als Künder des Deutschtums hinwies und hierdurch der völkischen Sache einen unschätzbaren Dienst leistete. Es sei in diesem Zusammenhange auf den fesselnden Vergleich der beiden großen Deutschen aufmerksam gemacht, den wir in Schemanns Lebensbild Lagardes (S. 353) finden, wo er in meisterhafter Weise das Wirken beider und ihre Grenzen zeigt. Er schließt seine treffenden Ausführungen mit der knappen Zusammenfassung: „So wird . . . von der jeweiligen deutschen Bewegung Treitschke das beredteste, vornehmste, begeisterndste Organ nach außen, Lagarde hingegen ihr Korrektiv von innen heraus sein." Treitschkes starke Anregungen und seine Kampfesnatur riefen vielfach Widerspruch und Ablehnung hervor. Gegenüber diesen Anfeindungen, ja Verkleinerungen des großen Mannes mögen die Worte Zieglers [1]), der gewiß politisch auf ganz anderem Boden stand, eine gerechtere Würdigung auch seitens seiner Gegner anbahnen: „(Treitschke) hat nur dem, was auch ohne ihn kam und

---

[1]) Geistige und soziale Strömungen S. 546.

da war, was die Volksseele bewegte und die Jugend erfüllte, mit seiner starken Stimme Ausdruck und Nachdruck gegeben und es, vor allem dieser letzteren, erst recht zum Bewußtsein gebracht." Mögen das andere immerhin „Chauvinismus" nennen, uns Alldeutschen gilt dies Wirken als ein Bekenntnis zum Deutschtum, dessen Zukunft Treitschke nur insoweit gewährleistet sah, als es sich selbst auf der weiten Erde durchzusetzen vermöge. Diesem Bekenntnis verlieh er auch in seinem bekannten Worte Ausdruck: „die deutsche Zukunft wird davon abhängig sein, wieviel Menschen dereinst auf der Erde deutsch reden."

Von den anderen Vertretern der Geschichtswissenschaft in unserem Zeitraum sei noch Sybels gedacht, der in seinem Werke über die Gründung des deutschen Reichs Bismarcks Ruhm kündete, also ebenfalls in gewissem Sinne der kleindeutschen Auffassung huldigte. In mancher Hinsicht kann man dies auch von Gustav Freytag sagen, der als langjähriger Schriftleiter der „Grenzboten" (1848—1870) und als Vertrauter des Koburger Herzogs und Karl Mathys die preußische Lösung der deutschen Frage nach Kräften förderte. Auch aus seinen „Bildern aus der deutschen Vergangenheit" spricht sein warmes Gefühl für deutsche Art und deutsches Werden und seine „Ahnen" werden noch lange unsern Nachwuchs an der Größe unserer Vergangenheit die Schmach der Gegenwart erkennen lassen und ihn im Sinne seines Volkstums erziehen helfen. Als begeisterter Herold unserer Jugendgeschichte, sowohl in seinen wissenschaftlichen Werken wie in den Eingebungen seiner Dichtkunst, reiht sich an Freytag Felix Dahn an, dessen markigstes Werk „Ein Kampf um Rom" ebenfalls unserem jetzigen Geschlecht am Heldenkampfe der Goten lehren kann, daß auch im Leben der Völker das Leben der Güter höchstes nicht ist, wenn es nur auf Kosten seiner Ehre erkauft werden kann. „Das höchste Gut des Mannes ist sein Volk, das höchste Gut des Volkes ist sein Staat!" Darin faßt der treudeutsche Mann sein Glaubensbekenntnis zusammen. Dahn war kein Kleindeutscher, wie die Vorgenannten, sondern ein Alldeutscher vom reinsten Wasser. Er stand auch zu dem Verbande in den nächsten Beziehungen. Befand er sich doch schon unter seinen Gründern. Dann gehörte er lange Jahre seinem Gesamtvorstand an in treuer Anhänglichkeit, bis ihn der Tod (3. Januar 1912) unseren Reihen entriß. Abschweifend seien hier auch noch einige weitere Vertreter der Geschichtswissenschaft genannt, Heyck, von Below und vor allem der treue Verwalter von Treitschkes Erbe, Dietrich Schäfer, die auf ihrem Gebiete die alldeutsche Sache mit der Fülle ihrer Kenntnisse vertraten. Und schließlich, nicht zuletzt, Karl Lamprecht, dessen noch später zu gedenken sein wird, da er von großdeutschen Anschauungen ausging, dann in Wort und Schrift für die alldeutsche Entwicklung eintrat, um leider am Ende sich der lauen Halbheit Bethmann-Riezlerscher Gedankengänge zu nähern. —

Von den Kleindeutschen sei hier nur noch einer genannt, Arnold Ruge. Denn er stellt wieder eine besondere Auffassung der deutschen Einheitsentwicklung dar. Er ist nämlich einer der frühesten Vertreter des unitarischen (einheitsstaatlichen) Gedankens gegenüber dem föderativen (bundesstaatlichen). Schon 1866, unmittelbar nach dem Nikolsburger Frieden, als so manche Krone in Deutschland dahingesunken war, schrieb er in

seinem „Aufruf zur Einheit": „Jetzt oder nie ist eine wirkliche deutsche Einheit zu schaffen und damit das Parlament ein deutsches Parlament werde, muß es alle Parlamente der Einzelstaaten aufheben. Eins sei der Staat, eins das Volk, eins die Satzung"[1]). Für uns Alldeutsche hat diese auch heute wieder brennende Frage *an sich* keine entscheidende Bedeutung. Wohl aber, wenn sie, wie gegenwärtig, den Sprengstoff abgeben kann, der noch den kümmerlichen Rest deutscher Einheit und Macht zertrümmern würde. Dem müssen wir mit allen Kräften entgegenwirken und deshalb ein unzeitgemäßes Aufrollen dieser gefährlichen Streitfrage verhindern. Erst gilt es, das brennende Haus zu retten, dann erst kann auch die Frage der innern Einrichtung freigegeben werden.

Die Großdeutschen waren in Frankfurt unterlegen. Die anschließende Zeit der politischen Rückwärtserei, als deren Hauptvertreter man besonders im Süden und Westen, vor allem auch infolge des Verfassungsstreits, Preußen ansah, brachte wieder frisches Wasser auf ihre Mühlen. Denn an sich war ihre Lösung des Einheitgedankens die vollständigere und volkstümlichere, wenn auch zur Zeit noch nicht erreichbare. Die Macht der Tatsachen sprach für die Kleindeutschen und drang schließlich durch, die Macht des Schlagwortes „das *ganze* Deutschland soll es sein" warb für die Großdeutschen. Es ist aber schon früher erwähnt, daß die reinen und richtigen Gedanken der großdeutschen Auffassung durch die Pflege klerikaler und süddeutsch-österreichischer Sonderbestrebungen zeitweise nicht unerheblich getrübt wurden und deshalb in Verruf kamen. Erst nach der Sicherung der Reichseinheit konnten sich auch weitere Kreise deshalb wieder für die großdeutschen Ziele erwärmen, wenngleich auch heutigen Tages die Gefahren, die eine großdeutsche Lösung für Preußen in sich birgt, das stets der Träger und die Vormacht unserer völkischen Zukunft bleiben muß, keineswegs geschwunden, sondern vielleicht sogar verstärkt sind. Als berufensten wissenschaftlichen Vertreter des reinen großdeutschen Strebens können wir Konstantin Frantz ansehen, einen Mann, der, in den Staatsgeschäften geschult, auch das Ausland als preußischer Konsulatsbeamter gründlich kennen gelernt hatte. Dies hatte seinen Blick für die größern Zusammenhänge geweitet. Er kam weniger auf völkisch-politischen, als auf wirtschaftlichem Wege zur großdeutschen Auffassung. Seinem klaren Blicke blieb schon frühzeitig nicht verborgen, daß die bisherigen europäischen Großmächte künftig durch wenige große Weltmächte abgelöst würden. Um dem wirtschaftlichen Uebergewicht der Vereinigten Staaten und dem Ausdehnungsdrang des völkerreichen Rußlands wirksam begegnen zu können, befürwortet er deshalb den Zusammenschluß eines starken Mitteleuropas auf deutscher Grundlage. Dieses sollte dann der Vorgänger eines bundesstaatlich geeinten Gesamteuropas, ebenfalls unter Groß-Deutschlands Führung werden. Für diese Zukunftsentwicklung hielt er aber die neue Reichsgründung unter Ausschluß Oesterreichs für unvollkommen und der gehofften Einigung hinderlich. Frantz' schriftstellerische Tätigkeit für diese Ziele umspannt fast ein Menschenalter (1859—1883). Ohne unmittelbaren Erfolg zu erzielen, hat er doch in nicht geringem Maße die An-

[1]) Nach Bleibtreu „Die Vertreter des 19. Jahrhunderts".

schauungen seiner Zeitgenossen beeinflußt. Auch Ernst Hasses Auffassungen blieben hiervon nicht unbefruchtet.

War Frantz von staatswissenschaftlichem und wirtschaftlichem Boden ausgegangen, so waren es bei Lagarde viel tiefere Beweggründe, die ihn zuerst zu seinen großdeutschen Anschauungen führten, um ihn schließlich als Seher alldeutscher Zukunft, die er nicht mehr erleben sollte, enden zu lassen. Er starb bekanntlich nicht lange nach Gründung des Alldeutschen Verbandes. Auch bei ihm konnten Beziehungen zum jungen Verbande nicht festgestellt werden. Tatsache ist nur, daß seine Witwe, die ganz in der Gedankenwelt ihres verewigten Gatten aufging, eine eifrige Freundin und Förderin der alldeutschen Ziele war, bis sie kurz vor dem Schlusse des Weltkriegs aus dem Leben schied, ohne Deutschlands Fall erleben zu müssen. — Die Bedeutung Lagardes für uns Alldeutsche verdiente im Rahmen unserer Betrachtungen ganz besondere Berücksichtigung. Trotzdem können wir uns verhältnismäßig kurz fassen, da außer einem verdienstvollen Aufsatz von Hoetzsch (AB 02, 56): „Paul de Lagarde in seiner alldeutschen Bedeutung" neuerdings Schemanns prächtiges Lebensbild Lagardes die ausgiebigsten Unterlagen zur Würdigung dieses Mannes für uns Alldeutsche beigebracht hat. Wer sich deshalb näher unterrichten will, sei auf diese erschöpfenderen Arbeiten verwiesen.

Zur Beschäftigung mit der Politik oder vielmehr mit den deutschen Gegenwarts- und Zukunftsfragen trieb Lagarde nicht die Neigung, auf politischem Felde eine Rolle zu spielen. Nicht die nüchternen und wohl auch kleinlichen Erwägungen des Alltags, sondern die tiefinnere Sorge um seines Volkes Zukunft bewogen ihn, das zu sagen, was ihm der Geist eingab und was er glaubte, seinen Deutschen nicht vorenthalten zu dürfen. Schon frühzeitig begann er sich mit der deutschen Frage zu beschäftigen. Bereits 1853 verlangt er die Schöpfung eines mitteleuropäischen Staatsgebildes auf deutscher Grundlage. Dieser Anschauung blieb er auch späterhin treu. Deshalb konnte ihm die Gründung des neuen Deutschen Reichs nicht volle Befriedigung gewähren. Sie konnte ihm nur als eine Vorstufe zur Erreichung des endgültigen Zieles gelten. Daher erklärt sich auch, daß er zu Bismarck und seinem Wirken eigentlich nie ganz das richtige Verhältnis fand. Ohne Wärme, fast fremd stand er des Reiches Schöpfer gegenüber, dessen Größe er trotzdem wohl erkannte und würdigte. Bei seiner tiefsittlichen Auffassung vom Wesen und den Aufgaben des Staates wurde Lagarde auch dem Umstand nicht voll gerecht, daß das Deutsche Reich, inmitten einer Umwelt feindlicher Gewalten für sein Gedeihen auf Machtentfaltung und Machtäußerung angewiesen war. Mit seiner Uebertragung der Forderungen des sittlichen Einzellebens auf den Staat wird uns Lagarde allerdings ein Führer für die rauhe Wirklichkeit staatsmännischer Betätigung nur bedingt sein können. Seine edle Auffassung wird uns aber abhalten, hohes Wollen durch schnödes Handeln zu schänden oder mit Macchiavell oder seinen gelehrigen Schülern, den Angelsachsen, die sittlichen Grundlagen im politischen Leben überhaupt über Bord zu werfen. So werden auch Lagardes Uebertreibungen und Einseitigkeiten, richtig verstanden, noch ihr gutes haben und uns vor Mißbrauch des Machtbegriffes bewahren.

Was Lagardes tatsächliche politische Vorschläge angeht, so sind diese wohl fast alle schon an früheren Stellen erwähnt. Zur Erreichung seines großdeutschen, mitteleuropäischen Ziels hält er es vor allem für nötig, den Grenzmarken durch planmäßige Besiedlung das überwiegende Gepräge deutscher Art aufzudrücken. Deshalb ist Lagarde auch mit den Bestrebungen zur Eindeutschung der polnisch gemischten Landesteile, der sogen. Ostmarkenpolitik, einverstanden. Den Hauptstrom der Auswanderer denkt er aber in die österreichisch-ungarischen Gebiete, unsere alte Ostmark, zu lenken. Auch der Gedanke der Aussiedlung ist ihm bereits nicht fremd, um mit ihrer Hilfe das Siedlungswerk zu beschleunigter Durchführung zu bringen. So baut er zielbewußt eine deutsche Brücke zu den Ländern am Balkan und nach Vorderasien. In letzterem sieht er das eigentliche „alldeutsche" Kolonialland der Zukunft. Denn an seiner Besiedlung sollen nicht nur die Deutschen aus dem Reiche und dem Donaustaate, sondern auch die Deutschschweizer teilhaben. Daß er dann an anderen Stellen in merkwürdiger Abirrung den Schweizern wiederum das Recht, eine eigne Nation zu sein, zuspricht, weil sie eine „nationale Idee" besäßen, trotz ihrer verschiedenen Abstammung, ist ebenfalls schon erwähnt worden. Nicht minder wichtig sind Lagardes Bestrebungen, im Innern unseres Staates und Volkstums all die Fäulniskeime zu bekämpfen, die aus dem „materialistischen" Zeitalter so vielfach emporwuchsen. Wie richtig er damit hatte, zeigt uns der Zusammenbruch unseres Vaterlandes. Daß ihm auch hierbei mancherlei Uebertreibungen mit unterliefen, tut der Gesamtwürdigung seines wahrhaft seherischen Hellblicks keinen Abbruch. Erwähnenswert ist noch, daß Lagarde, unabhängig von Treitschke und ebenso von den Rasselehren, im Zusammenhange seiner innerpolitischen Betrachtungen die ganze Schwere der Judengefahr für unser Volk erkannt hatte und schließlich den deutschsozialen Bestrebungen Liebermann von Sonnenbergs nicht allzu ferne stand. Als hervorragendem Semitisten war ihm ja der Einblick in das jüdische Wesen besonders klar und als Hochschullehrer konnte er hinreichend selbst beobachten, wohin schließlich die wachsende Vergiftung unserer Jugend führen müsse. Wir aber schließen unsere Betrachtung über diesen großen „Alldeutschen" mit dem Satze aus seinen „Deutschen Schriften", der den Kern seiner deutschen Lehren enthält: „Deutschland ist die Gesamtheit aller deutsch empfindenden, deutsch denkenden, deutsch wollenden Deutschen; jeder einzelne von uns ein Landesverräter, wenn er nicht in dieser Einsicht sich für die Existenz, das Glück, die Zukunft des Vaterlandes in jedem Augenblicke seines Lebens persönlich verantwortlich erachtet, jeder einzelne ein Held und Befreier, wenn er es tut".

Von späteren großdeutschen Vertretern aus der deutschen Gelehrtenwelt, seien nur zwei noch genannt: Liszt und Lamprecht. Ersterer weil er den mitteleuropäischen Faden Lagardes weiterspann, der allerdings niemals ganz abgerissen war, seit ihm Liszt zuerst verkündet hatte. Von bekannteren Namen sei hier nur an Eduard von Hartmann erinnert, dessen noch später zu denken sein wird. Liszt's Schrift „Ein mitteleuropäischer Staatenbund" erschien Ende 1914 (AB 15, 9) und bringt durchaus nichts Neues. Sie sei auch nur wegen ihres Verfassers angeführt. Dieser hatte nämlich einst zu den Gründern des Alldeutschen Verbandes gehört

und anfangs eine einflußreiche Rolle in ihm gespielt. Die spätere Linkswandlung seiner politischen Anschauungen hatte ihn dann aber auch dem alldeutschen Gedanken entfremdet. Aus seinem Eintreten für großdeutsche Ziele kurz vor seinem Tode darf man aber wohl schließen, daß trotz der äußeren Abkehr die geistigen Zusammenhänge mit seinen frühern Hochzielen in ihm doch nicht ganz abgerissen waren.

Auch in Lamprecht mußte schließlich der Alldeutsche Verband einen Abtrünnigen von seinen frühern Anschauungen beklagen, wobei dieses Wort hier ohne eine tadelnde Nebenbedeutung gebraucht sein soll. Denn Lamprecht hat ebenfalls in langen Jahren den alldeutschen Gedanken in Wort und Schrift gefördert — zahlreiche Vorträge in den Ortsgruppen waren dieser Tätigkeit geweiht und sein großes Werk der „deutschen Geschichte" legt bis in die Ergänzungsbände Zeugnis ab von dieser Gesinnung. „Aber eines Eindrucks sind wir gewiß geworden: . . . . es geht vorwärts, vorwärts in Weiten, die wir ahnen. Und als Kern- und Mittelpunkt alles künftigen . . . . erscheint das Reich . . . . wie müssen wir ihm leben, leben wir dem Deutschtum! Ueber dem Reiche aber, ein heiligender Begriff, ein Ganzes erst, das uns erzieht und stärkt, tröstet und stolz macht hinaus über die kurzen Momente des Entstehens und Vergehens politischer Bildungen, steht das Vaterland. Und sollen wir da, wenn wir mit Ernst Moritz Arndt fragen: „Was ist des Deutschen Vaterland?" nicht auch mit Arndt sagen dürfen: „Das ganze Deutschland soll es sein"?" [1]) Umfassender kann das alldeutsche Ziel kaum dargestellt werden. Ausgegangen war Lamprecht von der großdeutschen Ueberzeugung, der er wiederholt beredten Ausdruck verleiht, so wenn er sagt, „daß das deutsche Reich, ein Teil der Ergebnisse der Einheitsbewegung bis zum Jahre 1871, noch nicht Deutschland ist, und daß Staat und Vaterland auch für den Reichsdeutschen noch keineswegs zusammenfallen [2]). Erst die Jahre 1879/82 [3]) brachten für ihn einen gewissen Abschluß, als durch das Bündnis mit Oesterreich-Ungarn und den Dreibund der künftige engere Anschluß an den Schwesterstaat und an Italien angebahnt war. Ueberschwänglich meint er da: „Erst mit der Gründung des Dreibunds sei das alte Reich der Ottonen und Staufer, das von Sizilien bis zum Belt, von den Ardennen bis zu den Karpathen reiche, wiederhergestellt" (AB 09, 375). Das war schon nicht mehr „alldeutsch", sondern „überdeutsch". Allmählich wandelten sich diese Anschauungen. Der Tod Hasses, mit dem Lamprecht solange in Leipzig gewirkt hatte und dessen Einfluß auf ihn kaum zu leugnen sein dürfte, und seine Amerikareise bezeichnen äußerlich etwa den Wendepunkt. Am auffälligsten kam seine veränderte Auffassung zuerst in dem Briefwechsel mit Bethmann-Hollweg (1913) zum Ausdruck [4]). Noch mehr dann in seinem Aufsatz vom 20. März 1915 in der „Woche", wo er die Deutschen geradezu auf Kosten der Engländer herabsetzt, und

---

[1]) 2. Ergänzungsband, 2. Hälfte, S. 512. Unmittelbar vorher spricht er von der Einbeziehung der Niederlande und der Schweiz in den Deutschbegriff.

[2]) Ebenda, S. 205.

[3]) Lamprecht meint, daß 1875 die Zeit verpaßt worden sei. Denn wenn Moltke wirklich Recht hatte, daß Frankreich sicher unterlegen wäre, wäre damals der gegebene Zeitpunkt zur groß deutschen Erweiterung des deutschen Reiches gewesen.

[4]) Vgl. Riezler, „Grundzüge der Weltpolitik", Anm. 20.

zwar nicht etwa wegen ihrer geringeren politischen Befähigung, sondern wegen ihrer seelischen Eigenschaften, was ihm dann eine wohlverdiente Zurückweisung Franz von Bodelschwinghs eintrug[1]).

Hiermit schließen wir die Reihe der wissenschaftlichen Vorkämpfer der deutschen Einigungsbewegung und ihrer alldeutschen Weiterentwicklung und kommen zur Rassenfrage. Ihr Zusammenhang mit den alldeutschen Bestrebungen ist nicht ohne weiteres gegeben. Es sei deshalb kurz die Gedankenkette, die von der wissenschaftlichen Aufstellung der Rassenlehren und ihrer tatsächlichen Anwendung auf das Gebiet unseres Volkstums führt, in Erinnerung gebracht. Zwei Hauptergebnisse kommen da in Betracht. Als erstes, daß unter den ungleichen Rassen die arische (nordeuropäische) den höchsten Rassenwert besitzt und daß ihr vornehmster Vertreter in unserem deutschen Volke zu sehen ist. Zweitens, daß sich die höheren Rassen durch ungeeignete Mischungen dauernd verschlechtern und daß sie durch Vernachlässigung ihrer Reinerhaltung schnellem Verfall entgegengehen. Die Prüfung dieser Grundlehren an unserem eigenen Volkswesen ergab nun die betrübende Tatsache, daß wir Deutsche diese Gefahren nicht rechtzeitig erkannt haben und daß bereits unheimliche Kräfte am Werke waren, den Wert unserer Eigenart zu zerstören, Kräfte, die um so gefährlicher ihre zersetzende Wirkung ausüben konnten, als sie nicht in offener Fehde ihren Vernichtungskampf gegen uns führten, sondern uns wie eine schleichende Krankheit überfallen hatten und nun am Marke unseres Volkstums zehrten. Als dann die Zersetzungserscheinungen bei uns in und nach dem Kriege offen zutage traten, war die Durchseuchung des Volkskörpers schon weit fortgeschritten. Es ist aus früheren Darlegungen bekannt, daß neben der Durchsetzung unseres Deutschtums durch die rasseähnlichen, aber stark mongolisierten östlichen Randvölker, sowohl in Deutschland als vor allem in Oesterreich, besonders das stammesfremde Judentum im Innern unserer deutschen Staatswesen, bewußt oder unbewußt sei dahingestellt, an der Zersetzung unserer besten Rasseeigenschaften, nicht nur der körperlichen, sondern auch der geistig-sittlichen arbeitet. Es ist auch bereits festgestellt worden, daß diese Gefahren erst verhältnismäßig spät in vollem Umfange erkannt wurden. Die Alldeutschen, welche das gesamte Deutschtum zur Erfüllung seiner hohen Zukunftsaufgaben zusammenfassen wollen, mußten daher den Kampf mit diesen Feinden als Vorbedingung weiteren Erfolges aufnehmen. So wurden sie die tatsächlichen Vollstrecker des Rassegedankens.

Seine Anfänge reichen schon weit zurück. Denn jede Aeußerung des Nationalbewußtseins ist ein zum mindesten unbewußtes Bekenntnis zum Glauben an den hohen Wert und die künftige Sendung der eigenen Rasse. Lamprecht huldigt in seiner „Geschichte des deutschen Nationalbewußtseins“ einer ähnlichen Auffassung, wenn auch in etwas anderer Prägung, wenn er sagt: „denn was ist das Nationalbewußtsein im weitesten Sinne anders, als die geschichtlich entwickelte Uebereinstimmung aller Volksgenossen in den wesentlichsten Fragen des eigenen wie des Gesamtdaseins? So lebt es in Vorstellung und Empfindung des Einzelnen, so bildet es als Ganzes, als außerhalb der Einzelleben stehende Summe von Anschauungen

[1]) Vgl. Bodelschwingh „Innere Hemmungen kraftvoller Außenpolitik“ S. 36.

eine Macht, welche anfeuert, begeistert, hinreißt." Demnach fällt im Grunde genommen die Geschichte des Rassegedankens mit der Geschichte des Deutschgedankens zusammen. Die wissenschaftliche Begründung dieser innern Zusammenhänge hielt aber nicht gleichen Schritt mit der Entwicklung des völkischen Bewußtseins. Erst Kant hat die Bedeutsamkeit der Rasse, auch im geschichtlichen Werden und Wirken der Völker, betont. Auch Arndt war sich dieser Tatsachen schon bewußt und vertrat sie in seiner späteren Zeit in dem „Versuch in vergleichender Völkergeschichte" (1843). Umfassender und tiefer tritt dann Klemm in seiner „Allgemeinen Kulturgeschichte der Menschheit" der Frage näher und kommt bei seiner Untersuchung bereits zu den hauptsächlichsten Ergebnissen, insofern er die Ungleichheit der Rassenanlagen und die Folgen der Rassenmischungen feststellt (1843—1852). Aber erst Gobineau, normannischem Edelstamme entsprossen, also reingermanischen Geblüts, hat in seinem berühmten „Versuch über die Ungleichheit der Menschenrassen" vom Jahre 1853 an die Rassenlehre geschichtsphilosophisch begründet. Er hob auch als erster die außerordentliche Rolle hervor, welche den germanischen Völkern innerhalb der arischen Gruppe zugewiesen ist. Zugleich hat er mit Seherblick auf die zunehmenden Gefahren hingedeutet, welche dem edelsten dieser Völker durch die Rasseverschlechterung drohten. Indem er ferner den Zerfall des römischen Weltreichs auf die zersetzenden Einflüsse der Semiten zurückführte, ebnete er uns Späteren die Wege zum Verständnis der Gefahren seitens des zeitgenössischen semitischen Mischvolks, das in unserm Innern an unserm Leben zehrt. Es kann hier nicht die Aufgabe sein, eine genaue Entwicklung von Gobineaus Lehren zu geben. Ihr Kern ist jedem Alldeutschen geläufig, und wer sich näher unterrichten will, muß doch zu Schemanns so verdienstvollen und abschließenden Werken, seiner Lebensbeschreibung Gobineaus und „Gobineaus Rassenwerk" greifen. Die Stimme des Deuters unsrer Zukunft verhallte indes zunächst fast ungehört. Die Zeit war für das allgemeine Erfassen seiner Wahrheiten noch nicht reif. Gobineaus lange Abwesenheit vom europäischen Mittelpunkte der Begebenheiten, vergönnte ihm selbst nicht, für die Verbreitung seiner Forschungsergebnisse so tätig einzutreten, wie es wohl nötig gewesen wäre. Sein Werk schien ebenso, wie das seines Vorgängers Klemm, dazu verurteilt zu sein, in den Büchereien zu modern. Doch die einmal gewonnene Erkenntnis schlummerte nicht völlig ein. Denn sie erhielt von ganz unerwarteter Seite ihre Bestätigung, nämlich von Seiten der Naturwissenschaft. Aus Darwins biologischen Forschungen wurden die Gesetze der natürlichen Auslese abgeleitet und damit die Grundlehre von der Ungleichheit der Rassen auch naturwissenschaftlich erhärtet. Nicht auf ein gemeinsames Endziel der Angleichung der verschiedenen Menschenrassen steuerte darnach die Entwicklung hin, sondern gerade umgekehrt von einen gemeinsamen Entwicklungsursprung nahm die Ungleichheit der Lebewesen und der Menschheit ihren Ausgang. Diese Betrachtungsweise bot gleichzeitig denen, die sich an den trostlosen Aussichten über die Zukunft der Edelrassen bei Gobineau stießen, die Hoffnung einer bessern Zukunft aus dem Gesetze „der Emporhebung alles Vollkommenen, der Vernichtung alles Verkommenen"[1]) und begeisterte sie wieder zur freudigen Mitarbeit am

[1]) Nach Schäffle, mitgeteilt bei Schemann.

hohen Werke. Kurz abschweifend sei hier hinzugefügt, daß wohl der bedeutendste Nachfolger und Weiterführer Darwinscher Gedankenarbeit in Deutschland, Ernst Häckel, zu den Begründern des Alldeutschen Verbandes und zeitweise zu dessen Geschäftsführendem Ausschusse gehörte und bis in seine letzten Lebenstage noch während des Krieges seinen treudeutschen Sinn öffentlich bekundete, ein Beweis dafür, daß die alldeutschen Gedanken sich auch mit den fortgeschrittensten wissenschaftlichen Glaubensrichtungen vertragen. — Doch zurück zu Gobineau. Sein Werk ist bekanntlich noch von Irrtümern in mannigfaltigster Weise durchsät. Die Fortbildung, besonders der anthropologischen Wissenschaft berichtigte dann diese Mängel und führte seinen Lehren sogar immer neue Beweise zu. Diese Unvollkommenheiten der Erkenntnis Gobineaus suchte man natürlich gegen das Gesamtgebäude seiner Lehren auszunutzen. Vergebens, denn das Große und Wahre seiner Errungenschaften wußte sich sieghaft durchzusetzen, als nun „die Zeit erfüllet ward". Der Mann, der Gobineau zu neuem Leben erweckte, war Ludwig Schemann, dessen verdienstvollem Wirken wir schon bei Lagarde begegnet sind. Mit Stolz verehren wir in ihm auch einen unsrer hervorragendsten Alldeutschen, der noch jüngst so mannhaft seinem Volke den Spiegel seines Zustandes in seiner Schrift „Von deutscher Zukunft" [1]) vor Augen hielt. In der Erweckung und Verbreitung von Gobineaus Gedanken erblickte Schemann seine Lebensaufgabe. Ihnen galt die Gründung der Gobineau-Vereinigung [2]), ihnen seine glänzende Verdeutschung und Erläuterung des Rassenwerks, durch die er die Wahrheit von dem Wert der Rassen tief in unser Bewußtsein versenkte. Nur ein dem Schöpfer Gobineau geistesverwandter Mann konnte solche Wirkungen hervorbringen, wie sie von Schemann ausgingen. Wenn man einst die großen Künder vom Werte unsers Volkstums nennen wird, wird man seinen Namen nicht vergessen dürfen.

Noch größer fast und nachhaltiger ist der Einfluß, der von Chamberlains „Grundlagen des 19. Jahrhunderts" ausstrahlte. Man weiß, daß er Gobineau in mehr als einer Hinsicht ablehnte und daß vielfach ein unfruchtbarer Streit darüber entstand, welcher von ihnen für die Rassenlehren der Bedeutendere sei. Wir wollen diesen Streit jedenfalls nicht fortsetzen, sondern uns mit jenem Entscheide begnügen, den bei einem Streite über die größere Bedeutung Schillers oder Goethes der letztere mit den Worten fällte: „Seid froh, daß Ihr zwei solcher Kerle habt." Und beide rechnen wir mit stolzer Berechtigung zu den Unsrigen, den edlen Normann und den auch staatlich zum Deutschen gewordenen begeisterten Künder unseres großen Dreigestirns: Kant, Goethe, Wagner.

Die Zusammenhänge von Chamberlains Lehre mit denen Gobineaus liegen auf der Hand. Ersterer hat vor allem die kulturgeschichtliche Seite der Rassenfrage erweitert und vertieft. Nach Schemann hat er „die Rassenlehre als Weltanschauung zur höchsten Ausbildung gebracht". Zwei Dinge fesseln uns vor allen an ihm. Chamberlain wie Gobineau gingen von den Germanen aus, ersterer sogar in der erweiterten Deutung als Slawokeltogermanen. Ihre Lehre geht deshalb in gewisser Beziehung über die alldeutsche Auffassung ursprünglich hinaus. Sie sind recht eigentlich

[1]) Verlag Theodor Weicher, Leipzig und Berlin, erschienen 1920; geh. M. 8.—, gebd. M. 12.—
[2]) Erneuert im Anschluß an die Frankfurter Tagung des Jahres 1920.

Pangermanisten, ein Ausdruck, den bekanntlich unsere ausländischen Gegner in falscher Uebersetzung des Ausdrucks „Alldeutsch" auf uns anwenden. Chamberlain hat nun über diese pangermanische Auffassung den Weg zum Deutschtum im engeren Sinne gefunden, d. h. zum Alldeutschen Gedanken. Schon 1906 bekennt er, „daß der germanische Gedanke für unsere Zeit vor allem durch das Deutschtum verkörpert und getragen werde, und daß somit in einem höchsten Sinne die Zukunft des Deutschtums mit dem der ganzen gesitteten Menschheit zusammenfalle." [1]) Wer denkt da nicht an Schillers Wort: „Ihm (dem Deutschen) ist das Höchste bestimmt; so wie er in der Mitte Europas sich befindet, so ist er der Kern der Menschheit"? Und wer erinnert sich nicht an Chamberlains herrliche Kriegsschriften, die immer wieder dieser Ueberzeugung Ausdruck verliehen, die uns stets von neuem an unseren hohen Beruf mahnten. Es gehörte ein großer Mut dazu, mit all seinen alten, liebgewordenen Erinnerungen zu brechen, und all die Mißdeutungen, die ihm leider auch seitens des von ihm so verherrlichten Volks zuteil wurden, zu ertragen. Dessen sei hier mit besonderer Würdigung gedacht. Daß er sich dabei über den Umfang der bereits fortgeschrittenen Zersetzung unseres Volkes ebenso irrte, wie fast wir andern alle, wer wollte deshalb mit ihm rechten?

Des ferneren geht Chamberlain auf dem wichtigen Gebiete der Judenfrage weit über Gobineau hinaus. Unbeschadet der Anregungen Lagardes, Treitschkes und Dührings ist er der eigentliche wissenschaftliche Begründer der Erkenntnis, was wir von dem Judentum zu erwarten haben. Und eben durch diese wissenschaftliche Erkenntnis gibt er uns auch den einzigen Weg an, wie wir zur Gesundung kommen können, nämlich auf dem bewußter Rassenzucht. Daneben geht seine Ueberzeugung von den Gefahren des römischen Weltherrschaftsgedankens, eine Feststellung, zu der Gobineau als treuem, fast allzu enggläubigen Sohne seiner Kirche, der Weg von vornherein verschlossen blieb. Chamberlain unterscheidet indes hier — ebenso wie der Alldeutsche Verband — sehr wohl zwischen dem Katholizismus als Glaubenslehre und dem römischen, hauptsächlich von den Jesuiten getragenen, Weltherrschaftsgedanken, dem Erben des alten römischen Kaiserstaates.

Der wissenschaftlich-anthropologische Fortsetzer und Vollender Gobineaus ist nach Schemanns Zeugnis Woltmann. „Was jenem noch fehlte, was auch ein Teil seiner Nachfolger noch nicht besaß, Woltmann war es in hohem Maße zu eigen: Die Verbindung wissenschaftlicher Durchbildung und solider Forschung mit genialer Intuition". Deshalb sei er auch an erster Stelle in der langen Reihe verdienstvoller Männer genannt, welche die Rassenlehren weiter ausbauten und für das deutsche Volk fruchtbar machten, wie sie auch zum großen Teil dem Alldeutschen Verbande nahestanden. Es können hier nicht mehr als die Namen gegeben werden, ohne selbst bei dieser Aufzählung Anspruch auf Vollständigkeit zu machen. Woltmann, dem allzufrüh verstorbenen, verdanken wir hauptsächlich den Nachweis, daß selbst in den romanischen Staaten fast alle schöpferisch tätigen Männer rein- oder gemischt-germanischer Abstammung waren.

[1]) Nach Schemann „Aus der Begrüßungsrede Chamberlains an den 3. deutschen Erziehungstag in Weimar am 3. Oktober 1906.

Darnach kann die Hochzeit der Renaissance nicht mehr als Gegenbeweis gegen die germanische Ueberlegenheit von Seiten der Rassengegner herangezogen werden. Neben Woltmann sei ferner Otto Ammons gedacht, des treuen Anhängers der alldeutschen Sache, der er im Geschäftsführenden Ausschuß und in zahlreichen Vorträgen jahrelang seine besten Kräfte widmete. Seine Forschungen bestätigen vor allem die bereits weit fortgeschrittene Rassenverschlechterung unseres Volkes. Daneben hat er die Zusammenhänge zwischen Rasse und Gesellschaft in seiner „Gesellschaftsordnung und ihre natürlichen Grundlagen" bearbeitet und hiermit auf sozialpolitischem Gebiete die Gedanken Gobineaus weiter fortgeführt. Auch Ammons Mitarbeiter und Nachfolger, Ludwig Wilser steht uns nahe — er gehört dem Gesamtvorstande des Verbandes an. Wilser hat die nordische Herkunft unserer Ahnen endgültig erwiesen und damit der alten, bereits schwererschütterten Lehre, daß alles Große und die Menschheit Fördernde aus dem Osten gekommen sei, den Todesstoß versetzt. Damit wurden auch der geistigen Beeinflussung durch das Judentum, die, unter Ausnutzung des geschichtlichen morgenländischen Ursprungs des Christentums, auf uns von Jugend an einwirken, die richtigen Schranken gewiesen. Diesen Namen seien, ohne mit ihrer Reihenfolge ein Werturteil zu begründen, noch die von Penka, Carus Sterne (E. Krause) Kossinna, Driesmans, Kuhlenbeck, Hauser, Hentschel, Reimer, Wirth, Röse und Schmidt-Gibichenfels hinzugefügt, die das gleiche und verwandte Gebiete von den verschiedensten Seiten angegriffen und ausgebaut und dadurch die Erkenntnis von Wert und von den Aufgaben unseres Volkes gefördert haben. Ihre Verwandtschaft mit alldeutschen Gedanken geht aus ihren vielfachen Veröffentlichungen auch in den „Alldeutschen Blättern" hervor.

Sowohl die Rasselehren Gobineaus als diejenigen Darwins führen in ihrer letzten Folgerung zu dem Ergebnis, daß auch innerhalb einer Rasse mehr und minder wertvolle Bestandteile vorhanden sind. Daraus ergibt sich die Erkenntnis, daß alles Große und wahrhaft Gute im Gegensatze zu den ausgleichenden mächtigen Einflüssen der Masse stets von einzelnen, ganz besonders auserlesenen Geistern und Tatmenschen sich herleitet. Diese Erkenntnis führt in ihrer reinen Ausprägung zur Heldenverehrung eines Carlyle und Emerson und zur „heroischen" Lebensauffassung, der auch wir Alldeutsche huldigen und der wir das Männliche unserer Gedankenrichtung zu verdanken haben. Ohne sie hätten wir bei der Trostlosigkeit der nachbismarckischen Zeit längst die Flinte ins Korn werfen müssen, ohne sie müßten wir vollends heutigentags überhaupt an der Zukunft unseres Volkes und damit der Menschheit verzweifeln.

Neben dieser berechtigten Weiterbildung des Rassegedankens vom Völkerleben auf das Einzeldasein gibt es aber auch noch eine andere, die den Helden zum „Uebermenschen" umfälscht und der „Sklavenmoral" der Vielzuvielen die sittliche Schrankenlosigkeit der „Herrenmoral" entgegenstellt. Es ist die natürliche Ueberspannung des Ungleichheitsgedankens gegenüber den Uebertreibungen der Gegenseite, die den Gedanken der Gleichheit zur Allerwelts-Gleichmacherei und schließlich zur „Gleichheitsflegelei" ausarten ließen. Sie führt, wie gesagt, zur Herrenmoral der „blonden Bestie" und letzten Endes zur Unmoral. Und hierin erblicken wir den Kern der Tatsache, daß man den Schöpfer dieser Weltanschauung, Nietzsche, mit den

alldeutschen Lehren in Verbindung zu bringen sucht. Man wollte durch dieses Taschenspielerstück die Alldeutschen selbst als Vertreter unsittlicher Lehren darstellen, um sie dadurch wirksamer bekämpfen zu können. Deshalb muß der Unterschied der aus der Heldenverehrung entsprungenen, „reinen" heroischen Weltauffassung und dieser Nietzsche'schen Herrenmoral mit aller Deutlichkeit hier hervorgehoben werden, gerade weil ihr gemeinsamer Ursprung aus den Rassenlehren leicht Verwirrung schafft. Es ist nicht Sache dieser Darstellung, für oder wider die Lehren Nietzsches Stellung zu nehmen. Das muß bei ihrem zeitlichen Wandel und ihrer alle Verhältnisse umspannenden Weite jeder mit sich selbst abmachen. Die Lehre von der Herrenmoral müssen wir aber bestimmt ablehnen, da gerade wir Alldeutsche als Führer zur Zukunft uns nur Helden von sittlicher Größe[1]), als Geführte aber nur ein freies selbstbewußtes Herrenvolk, keine Sklaven denken können. Wie weit etwa die Auffassung Nietzsches für andere, als die jetzigen Verhältnisse, z. B. für koloniale Vorkämpfer eine gewisse Berechtigung hat, braucht hier nicht untersucht zu werden. Aber auf ein anderes muß noch hingewiesen werden, um die volle Unabhängigkeit der alldeutschen Gedanken von Nietzsche zu erkennen, seine Vaterlandslosigkeit. Unser deutsches Reich hat der halbsarmatische Denker aufs hämischste verunglimpft und von unserem Volk vollends hielt er wenig genug: „wir gute Europäer wollen nichts von nationalen Unterschieden mehr wissen". An anderen Stellen steigert er seine Abneigung gegen die Deutschen „zu Beschimpfungen unglaublicher Geschmacklosigkeit und Roheit"[2]) und wo er selbst solch unschöne Schmähungen unterließ, setzte er doch das „Deutschtum" auf Kosten abwechselnd der Lateiner, Franzosen, Juden, Slawen blind herab"[3]). Mit solchem Gedankengut haben wir wirklich gar nichts gemein. Es ist auch nicht bekannt, daß irgend einer der führenden Alldeutschen zu Nietzsches Lehren in engerer Abhängigkeit gestanden hätte. Jedenfalls nicht mehr, als das gesamte Zeitalter, das der große Aufrüttler und „Umwerter" so mancher falschen Worte stark beeinflußt hat. Es ist schon hiernach selbstverständlich, daß irgend welche Beziehungen Nietzsches zum Alldeutschen Verband nicht bestanden haben können. Zudem verfiel der Unglückliche schon 1889, vor der Verbandsgündung in geistige Umnachtung.

Mit Nietzsche sind wir bei den Vertretern der Weltweisheit angekommen. Es liegt in dem Wesen dieser Wissenschaft, daß sie sich nicht eigentlich mit den Gegenwartsfragen beschäftigt. Der Philosoph des alldeutschen Gedankens in seiner ganzen Weite fehlt uns noch. Wo wir deshalb bei den Philosophen auf ähnliche Gedankengänge treffen, ist es stets nur ein Nebenergebnis ihrer sonstigen Untersuchungen oder aber der Niederschlag von Anschauungen, die abseits ihrer Berufsarbeiten gewonnen sind. Immerhin ist es von Belang, solche gelegentlichen Uebereinstimmungen hier zusammenzufassen. Von Kant hörten wir, daß er den Einfluß der Rassen auf die Geschichte erkannt und daß er ferner mit

---

[1]) Ihnen diene Hamerlings Leitwort:
„Groß ist die Zeit und gewaltig. Doch wehe, wenn unsere Herzen
Rein nicht sind, wie sollten sie da im Kampfe bestehen?" (König von Sion)

[2]) Nach Ziegler in „Ecce Homo".

[3]) Nach Schemann in „Jenseits von Gut und Böse".

seinem sittlichen Pflichtbegriff die völkische Wiedergeburt am Anfang des 19. Jahrhunderts stark beeinflußt hat. In Fichte fand diese ihren wissenschaftlichen Führer und wortgewaltigen Förderer. Die folgenden großen Denker, Hegel, Schelling, Schopenhauer, stehen dagegen dem Deutschgedanken ganz fern. Erst bei Lotze finden wir wieder Anklänge an den Rassegedanken. Von den spätern sind nur noch Dühring[1]) als Bekämpfer des Judentums und E. v. Hartmann zu erwähnen. Letzterer war zwar auch dem Rassegedanken näher getreten. Uns fesseln aber vor allem seine weltpolitischen Anschauungen, da sie gewisse Anklänge an List, Lagarde und andere Groß- und Alldeutsche verraten. Sie sind in zwei Aufsätzen der „Gegenwart" gelegentlich der Jahrhundertwende niedergelegt und in den „Alldeutschen Blättern" (AB 00, 46) besprochen. Auch Hartmann erkennt, wie vor ihm schon Konstantin Frantz die Entwicklung der Großmächte zu Weltmächten. Er befürwortet deshalb, daß neben England, Rußland und Nordamerika Deutschland als vierte Weltmacht treten solle. Hierzu schwebt ihm ein näherer Anschluß Oesterreichs und Hollands an das Reich durch Schutz- und Trutzbündnisse und Zolleinigung vor sowie ferner die Schaffung eines mitteleuropäischen Zollbundes einschl. Frankreichs und der Schweiz. Auch der Auswanderung widmet er seine Aufmerksamkeit. In geschlossenen Gruppen angesiedelt, sollen die Auswanderer dem Deutschtum erhalten bleiben. Hier denkt er vor allem an die asiatische Türkei als das geeignetste Gebiet für deutsche Ackerbaukolonien, während er andererseits auch auf Südamerika hinweist. Ob Hartmann die Vorschläge seiner Vorgänger bekannt waren, ist nicht festzustellen.

Neben Treitschke und Nietzsche wurde kurz vor dem Kriege noch Bernhardi als Hauptverfechter alldeutscher Gedanken gemacht. Dieser verdiente General hatte nämlich 1912, zur Zeit als der Kampf um unsre Heeresverstärkung ging, ein auffsehenerregendes Buch geschrieben, in dem er unter andern betonte, daß der Staat unter Umständen sogar die Pflicht zu einem Angriffskriege habe, wenn er anders einer unerträglich gewordenen Lage nicht entrinnen könne. Es sind eigentlich Selbstverständlichkeiten, die da gesagt werden, die jeder Vaterlandsfreund unterschreiben kann. Insofern kann man auch Bernhardis Gedanken alldeutsche nennen, als gerade damals der Verband zu den zähesten und erfolgreichsten Vorkämpfen unsrer Wehrergänzung zählte. So war es leicht erklärlich, daß man dies Buch mit den Alldeutschen in Verbindung brachte und daß, wie eine Besprechung in den „Alldeutschen Blättern" sich recht deutlich ausdrückt, „die Friedensfreunde und politischen Waschweiber den Urheber in die zweite Klasse des gesunden Menschenverstandes versetzten, d. h. zu den Alldeutschen[2])." Zur Feststellung der Wahrheit gegenüber jenen Auslandsstimmen sei aber festgestellt, daß Bernhardi ganz unabhängig vom Alldeutschen Verband zu seinem verfehmten Gedanken gekommen ist, wie er andererseits auch unsere alldeutschen Ziele nicht „chauvinistisch" beeinflußt hat.

Von anderen hervorragenden Soldaten sind hier nur wenige zu nennen. Das kommt daher, daß im alten Heere die Offiziere sich hinsichtlich der

---

[1]) In „Die Judenfrage als Rassen-, Sitten- und Kulturfrage". Im übrigen war Dühring nicht völkisch, sondern weltbürgerlich gerichtet.

[2]) Von A. F.

Behandlung politischer Fragen, solange sie im Dienste waren, große Zurückhaltung auferlegten. Wir sehen allerdings, daß Blücher davon abging und seinen völkischen Gefühlen manchesmal in recht derben Worten Luft machte. Er war in Wahrheit ein warmherziger Deutscher fast alldeutschen Gepräges. Ihn und seine Umgebung, die Gneisenau, Clausewitz und Grolman, beherrschten Gedanken, die, ihrer Zeit vorauseilend, die Enge reinpreußischer Auffassung jedenfalls weit überwunden hatten. Wir sahen ferner, wie Moltke in seinen mittleren Mannesjahren, als ihm noch nicht seine hohe Stellung den Mund schloß, rein alldeutsche Anschauungen äußerte. Von spätern Schriftstellern ist eigentlich nur der leider zu früh verstorbene Graf York von Wartenburg zu erwähnen, der in seiner „Weltgeschichte in Umrissen" ähnlich wie Frantz und Hartmann den Zusammenschluß Europas unter deutscher Führung verlangte, damit es im kommenden Weltwettbewerb nicht überhaupt ausgeschaltet werde.

Dagegen beteiligten sich viele bedeutende Offiziere nach ihrem Ausscheiden aus dem Dienste in hohem Maße an den Bestrebungen der Alldeutschen. Ihre Tätigkeit kam natürlich hauptsächlich auf den Sondergebieten des Heeres, der Flotte und der Kolonien zur Geltung. Hier wirkten sie aber Großes. Die Namen Breusing, Keim und Liebert werden neben vielen anderen unvergessen bleiben. In allerjüngster Zeit trat diesen Männern noch General Krauß, der eifrige Verfechter des Anschlußgedankens, ebenbürtig zur Seite.

Ehe dieser Abschnitt geschlossen wird, sei noch mit wenig Worten der pangermanischen Bestrebungen gedacht. Sie gehen über das alldeutsche Ziel hinaus. Wir sahen, daß einsichtige Beurteiler, wie Chamberlain, von ihrer wissenschaftlichen Lehre des Pangermanismus zur Wirklichkeit alldeutscher Betätigung sich zurückfanden. In neuerer Zeit machte während des Krieges besonders das Eintreten Björnsons (d. ä.) für pangermanische Ziele von sich reden, um so mehr als er ursprünglich wenig deutschfreundlich, sondern weltbürgerlich gesinnt war. In bedingter Weise gehören auch die Schweden Kjellen und Hedin hierher. Im Alldeutschen Verbande war in seinen Anfangsjahren besonders v. Pfister-Schweighusen der Vertreter dieser Richtung, die ihn während des Burenkrieges sogar in Widerspruch mit dem Verbande brachte, da er die Sache der entfernteren englischen Vettern, als der lebensfähigeren, zum Schaden des näherverwandten, aber schwächeren Burenvolkes verfocht. Von Neuen wäre noch J. L. Reimer zu nennen, in dessen Werk „Ein pangermanisches Europa" die Forderung vertreten wird, daß alle „anthropologisch zusammengehörenden Teile des (germanischen) Europa auch politisch wieder zusammengefaßt werden müßten"[1]). In seinen späteren „Grundzügen der deutschen Wiedergeburt" kommt er aber auf das Deutschtum in engerem Sinne zurück. In ihnen tadelt er auch die Alldeutschen, daß sie das Deutschtum zu einseitig sprachlich, statt streng wissenschaftlich-anthropologisch faßten. Demgegenüber betont aber schon Schemann mit Recht, daß die Alldeutschen sich in der Wirklichkeit tatsächlich auf keinen anderen Standpunkt stellen konnten, da „die germanische Psyche wirklich nur noch durch das Mittel und im Bunde mit der deutschen Sprache zur Ausprägung" komme.

---

[1]) Schemann „Gobineaus Rassenwerk", S. 250.

Heute, wo es gilt, alle Kräfte an den Wiederaufbau des eigenen Volkes zu setzen, müssen wir uns den hochstrebenden, aber unzeitgemäßen Zielen des Pangermanismus durchaus fernhalten. Dazu nötigt ja auch schon das Verhalten der angelsächsischen Völker. Dies soll uns natürlich nicht hindern, zu unseren skandinavischen Vettern nach Möglichkeit gute Beziehungen zu pflegen und das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit ihnen auf jede Weise wachzuerhalten.

3. Der Deutschgedanke und der Staat[1]).

Im monarchischen Frankreich waren die Träger der Krone zugleich die natürlichen Vertreter des nationalen Gedankens. In harten Kämpfen mit den Selbständigkeitsbestrebungen des hohen Adels und der Unbotmäßigkeit der Parlamente schmiedeten sie die Einheit des Staates. In Deutschland ging die geschichtliche Entwicklung einen andern Weg. Der Weltherrschaftsgedanke entfremdete die Kaiser ihren völkischen Aufgaben. Dies begünstigte das Aufkommen der landesfürstlichen Gewalten. Gefördert wurde diese Entwicklung durch den Unabhängigkeitssinn und die Eigenwilligkeit der Deutschen, jenes Erbteils unsres Volks, welches einer straffen Zusammenfassung der Volkskraft seit jeher so hinderlich war. Vor allem aber trug das Fürstengeschlecht der Habsburg-Lothringer, das Jahrhunderte lang fast ununterbrochen des Reiches Krone trug, die Schuld daran, daß wir zu einer nationalen Einheit nicht gelangen konnten. Kein einziger, wirklich in seinen deutschen Aufgaben aufgehender Herrscher entsproß diesem Stamme. Der mächtigste von allen, Karl V., war ganz und gar undeutsch und verstand nicht einmal die Bedeutung der großen Glaubensbewegung für das Kaisertum. Und selbst der edelste seiner Nachfolger, Josef II., erschöpfte seine Kraft in österreichischen Einheitsbestrebungen und lothringischer Hauspolitik. In diesem engern Rahmen förderte er zwar das Deutschtum und arbeitete hierdurch unbewußt im Sinne künftiger Deutscherhaltung unsrer Ostmark. Als Kaiser aber verzichtete er auf eine deutsche Politik, wozu die Erkenntnis von Friedrichs des Großen kaum zu überwindender Preußenmacht mitgesprochen haben mag. Und trotzdem umfloß dieses im Wesen undeutsche Kaiserhaus, das seit Maximilian I. seine verlorenen Hauskriege mit Reichsland bezahlte und sein eignes Stammeserbe Lothringen opferte, der Abglanz vergangener Herrlichkeit. Daher die überlieferte Hochachtung der sonst so eigenwilligen und stolzen Reichsfürsten gegen das Erzhaus. Auch die mächtigsten von ihnen, die Hohenzollern, waren mit Ausnahme Friedrichs II. hiervon nicht frei. Selbst Wilhelm I. konnte dieses ererbte Gefühl bei seinem Kampfe mit Oesterreich kaum überwinden. Noch bei Annahme der Kaiserkrone vermochte er sich an den Gedanken der Ebenbürtigkeit mit dem alten Kaiserhause nur schwer zu gewöhnen[2]). Man muß sich dies vor Augen halten, um zu verstehen, wie schwer es unsern Fürsten wurde, die Wiedergeburt Deutschlands ohne Oesterreich ins Auge zu fassen und

[1]) Es hat sich nicht ganz vermeiden lassen, daß in diesem Abschnitte manches aus frühern Teilen wiederholt wird.

[2]) Vgl. Kaiser Friedrichs Tagebuch.

um vor allem die fast zage Politik der Hohenzollern zu begreifen. Sie trieben brandenburgisch-preußische Politik. Daß dann diese Politik letzten Ends sich zu einer deutschen auswachsen mußte, entsprang der inneren geschichtlichen Notwendigkeit. Nach Sprengung des ursprünglichen Bandes der nationalen Gemeinschaft konnte eben nur der mächtige Staat den Kern für die neuen Einheitsbestrebungen abgeben. In vollem Umfange scheint aber keiner der Hohenzollern diese deutsche Aufgabe seines Geschlechts erkannt und bewußt gefördert zu haben. Dies wollen wir im folgenden näher betrachten.

Von allen Hohenzollern ist unzweifelhaft der deutscheste der Große Kurfürst. Und gerade bei ihm zeigt sich, daß sich seine deutsche Gedankenwelt nur im Rahmen des bestehenden Reiches bewegte. Dem entsprach sein mannhaftes Eintreten für das Elsaß. Dem entsprach es aber auch, daß er die hochfliegenden Pläne Georg Friedrichs von Waldeck ablehnte, als dieser ihm schon 1654 eine Neugestaltung der Dinge vorschlug, wonach sich die protestantischen Stände unter Führung des vergrößerten Brandenburg zu einem norddeutschen Bunde zusammenschließen sollten. Er ließ vielmehr Waldeck ausdrücklich fallen. Auch die andern Taten und Pläne Friedrich Wilhelms trugen, so sehr sie der deutschen Zukunft zugute kamen oder spätere Entwicklungen vorausahnten, ein brandenburgisches Gepräge, so seine Besiedlung der verödeten Lande, so seine Flotten- und Kolonialbestrebungen. Auch für seinen für die deutsche Zukunft so bedeutungsvollen Entschluß, die polnische Krönungskrone abzulehnen [1]), waren keine deutsch-politische Erwägungen, sondern Gewissensbedenken wegen des verlangten Glaubenswechsels ausschlaggebend. Die Folgen für das Deutschtum wären unabsehbar gewesen, wenn Friedrich Wilhelm, wie später die Wettiner, weniger glaubenstreu gewesen wäre. Denn zweifelsohne hätten die Hohenzollern ihre deutsche Kraft im Kampfe mit dem zuchtlosen polnischen Adel und dem zur Ostsee strebenden Rußland aufgerieben. Ein Nachfolger im Reiche war aber nicht vorhanden, der die deutschen Aufgaben der Hohenzollern hätte übernehmen können.

Die Erwerbung der Königswürde knüpfte sich für die Hohenzollern an das außerhalb des Reiches liegende Preußen. Damit war die Grundlage für die künftigen Großmachtsansprüche dieses Fürstenhauses „aus eigenem Rechte“ geschaffen. Erst jetzt ist der Keim zum künftigen Wettstreit mit Oesterreich vorhanden, das ja ebenfalls mit großen Teilen seiner Hausmacht außerhalb der Reichsgrenzen lag. Friedrich der Erste hat allerdings keine so weitsichtigen Pläne verfolgt, als er sich zu Königsberg die Krone aufs Haupt setzte. Im deutschen Sinne hat er die Entwicklung nicht gefördert, es sei denn, daß man die Gründung der Berliner Akademie auf Leibniz' Anregung heranzöge. Kein geringes Verdienst erwarb er sich aber, daß er trotz seiner und Sophie Charlottens Vorliebe für französisches Wesen, seinem Nachfolger in Friedrich Cramer einen Lehrer von ausgeprägtestem Deutschtum gab [2]).

---

[1]) Im Jahre 1669, bezw. für seinen Kurprinzen im Jahre 1674.

[2]) Cramer hat auch eine Gegenschrift gegen Abbé Bouhours Schrift: „Ob die Deutschen Geist haben können“ geschrieben (vgl. Vehse I, 171).

„Ich will nicht französisch sein, ich bin gut deutsch". Dieser Leit- und Wahlspruch Friedrich Wilhelms I. gibt den Schlüssel zum Verständnis seines Fremdenhasses und seiner bis zur Selbstentäußerung übertriebenen Hingabe an das Kaiserhaus. Die Abneigung gegen das Fremde war dem Könige aber doch nicht nur Sache des Gemüts, sondern vielmehr auch das Ergebnis seiner Einsicht in das Wesen unserer ausländischen Gegner. Und man hätte seinem letzten Nachfolger nur die gleiche Erkenntnis wünschen mögen, wie sie dieser einfache Mann mit seinem gesunden Menschenverstand erworben hatte. Wie wettert er gegen die „Blitz- und Schelmfranzosen" und recht unköniglich derb klingt es, wenn er sagt: „ich spucke immer aus, so oft ich einen Franzosen sehe". In den Engländern aber sah er „die hoffärtigen Leute über dem großen Wassergraben", deren wahres Gesicht er mit staatsmännischem Weitblick richtig erkannt hatte. „Der König ist sehr gegen die englische Nation pikiert und souteniert nicht ohne Grund, daß selbige durch ihr Seemacht das Kommerzium von ganz Europa an sich nehmen wolle"[1]. Besonders denkwürdig für Friedrich Wilhelms deutschen Sinn sind aber seine bekannten Worte: „Kein Engländer und Franzose soll über uns Deutsche gebieten und meinen Kindern will ich Pistolen und Degen in die Wiege geben, daß sie die fremden Nationen aus Deutschland helfen abhalten. Wenn die Franzosen ein Dorf in Deutschland attackierten, so mußte das ein Coujon von einem deutschen Fürsten sein, welcher nicht den letzten Blutstropfen daran wagte, sich dagegen zu setzen". Daß sich der Kaiser die anhängliche Gesinnung eines Mannes, der sich begnügen wollte „des Kaisers Kammerpräsident zu werden", weidlich zu Nutze machte, ist nicht zu verwundern. Erst in seinen letzten Jahren erkannte der König die wahre Gesinnung Karls VI. und rief seinen so lange verkannten Sohn ahnungsvoll zu seinem Rächer auf[2]. Daß bei solchen Anschauungen Friedrich Wilhelms Tätigkeit auf dem Gebiete der Vorbereitung, nicht der Ausführung liegen mußte, ist verständlich. Als Wegebahner zu Preußens künftiger Größe, hat er aber auch für das Deutschtum Großes geleistet.

Durch Friedrich II. wurde Preußen zur Großmacht emporgehoben. Sein Wirken galt aber einzig diesem, auch wo es der deutschen Zukunft zugute kam, wie bei seiner Besiedlung östlicher Landesteile. Wo er vielmehr in die deutsche Frage eingriff, wie bei der Schaffung des Fürstenbundes, da war es gewiß nicht im Sinne groß- oder alldeutscher Gedanken sondern zur Wahrung der „Libertät" deutscher Fürsten gegen das Ueber-, gewicht habsburgischer Hausmacht. Aber gerade in diesem Falle zeigte es sich, daß jegliche Stärkung von Preußens Stellung und jede feindselige Haltung dieses Staates gegen Oesterreich dem künftigen Deutschtum zum Heile ausschlagen mußte. Denn der Fürstenbund hinderte, daß der größere Teil Süddeutschlands an Habsburg fiel und dadurch allmählich der deutschen Gemeinschaft entfremdet wurde. Und noch eine weitere Aussicht schien doch dieser Anlauf zu einer bundesstaatlichen Entwicklung zu bedeuten. Wäre es Preußen gelungen, dauernd die Vormachtstellung des großen Friedrich im Fürstenbund zu behaupten, so wäre Oesterreichs

[1]) Brief des kaiserlichen Gesandten Seckendorf an Prinz Eugen (30. 11. 1726).
[2]) „Da steht einer, der mich rächen wird." (1736.)

Stellung in ihren Grundfesten erschüttert. Die Kaiserwürde konnte dem mächtigsten Reichsstande, Preußen, auf die Dauer nicht vorenthalten bleiben. Schon damals erkannte Dohm[1]), daß „deutsche und preußische Interessen sich nie im Wege stehen könnten". Friedrich der Große aber schaute weiter. Er sah, daß nur Josefs unruhige Neuerungssucht ihm die deutschen Stände, vor allem die geistlichen, zugetrieben hatte, daß sich diese aber sofort von ihm abwenden würden, sowie die österreichische Gefahr gebannt sei. Daher vermied er es, die deutsche Frage zwischen Preußen und Oesterreich schon damals zum Austrag zu bringen. Die Stunde der Lösung durch Eisen und Blut war noch nicht gekommen. Ein Gutes hatte der Fürstenbund immerhin. Er hatte den Weg gewiesen, auf dem künftig die deutsche Einheit ihrer Lösung entgegengeführt werden konnte, nämlich ohne Oesterreich. Von der überlieferten Ehrfurcht gegen das habsburgisch-lothringische Herrschergeschlecht war ohnedies bei Friedrich wenig zu spüren. Seine schlesischen Kriege hatten das zur Genüge gezeigt. Hier treffen wir auf eine zweite Spur, wo Friedrichs Preußenpolitik schließlich dem Deutschtum zugute kam. Denn unzweifelhaft hätte Schlesien als österreichisches Kronland, reichlich mit Slawen durchsetzt, wie es war, fürderhin eine ähnliche Entwicklung genommen wie Böhmen und Mähren. Erst Friedrich der Große gewann dieses Land nicht nur Preußen, sondern endgültig dem Deutschtum. Und dieser mächtige Förderer alles dessen, was deutsch war und deutsch dachte, der Erwecker zu völkischem Selbstbewußtsein, war selbst das genaue Gegenteil seines Vaters, ein Verehrer französischen Geistes und ein Verächter deutscher Bildungswerte. Für einen Winkelmann hatte der große König keinen Platz in seinen Staaten, als er darum nachsuchte. Und doch waren es Friedrichs Taten, die diesen Weltbürger, der einst dem Zwangsstaate des Vaters entflohen war, zum Glauben an sein Volk bekehrt hatten: „Es lässet sich", so schrieb er, „zum ersten Male die Stimme des Vaterlands in mir hören, die mir vorher unbekannt war"[2]). Und ferner ist diese ablehnende Haltung des Königs daran schuld, daß die damaligen Geistesfürsten keine echte Fühlung zum preußischen Staatsgedanken finden konnten, ein Gefühl, das noch heute fortlebt und in dem verhängnisvollen Schlagwort „Potsdam-Weimar" zum Ausdruck kommt.

Unter Friedrich Wilhelm II. bot sich noch einmal die Gelegenheit, mittels des Fürstenbundes den Habsburg-Lothringern die fast erblich gewordene Kaiserwürde zu entwinden. Die Ländergier des Erzhauses hatte so große Beunruhigung allenthalben hervorgerufen, daß selbst der Anschluß der Schweiz, Hollands, Belgiens und Piemonts an den neuen Staatenbund („Reichsassoziation") möglich war. Die Vormachtstellung der Hohenzollern in diesem Staatengebilde wäre sicher gewesen und damit ein Schritt auf der Bahn getan, die allmählich mit zwingender Gewalt aus der Zersplitterung und Ohnmacht des alten Reichs zu einem kraftvollen deutschen Bundesstaat emporgeführt hätte. Friedrich Wilhelm hatte sich auch unter dem Einflusse Karl Augusts von Weimar für diese Lösung erwärmt. Sein Mangel an Beständigkeit bei Verfolgung seiner Ziele und die Entwicklung

[1]) „Ueber den deutschen Fürstentag 1785".
[2]) Nach Treitschke.

der außerdeutschen Dinge in Ost und West ließen aber sein Wollen bald erlahmen. Das kluge Benehmen Leopolds II. gewann dann vollends die so wie so schon auf Preußens Erstarkung mißtrauischen Mittelstaaten. Der Plan fiel in sich zusammen, ehe er noch recht Gestalt gewonnen hatte. Auch bei seinen Erwerbungen polnischer Landesteile zeigte der König in deutschem Sinne keine glückliche Hand. Er überschritt die Schranken, die sich sein großer Oheim selbst gesetzt hatte, als er nach Gewinnung der nötigen Landbrücken nach Ostpreußen und Schlesien sich weiteren Teilungsplänen Rußlands unbedingt versagte.

Besonders fesselnd ist es, die Stellung des dritten Friedrich Wilhelm zu dem deutschen Gedanken zu verfolgen. Denn unter ihm gewann er ja erst greifbare Gestalt, als die Wucht der Ereignisse das Volk in seinen tiefsten Tiefen aufrüttelte, als die Stein, Arndt und Fichte erstanden. Auch dieser Herrscher betrieb im Sinne seiner Vorfahren eine rein preußische, dabei österreichfreundliche Politik. Immerhin war er seit Friedrich Wilhelm I. der deutscheste Hohenzollernfürst. Das Wehen der großen Zeit war doch nicht spurlos an ihm vorübergegangen, so fremd er auch in vielem den Hoffnungen und Wünschen des damaligen Geschlechts gegenüberstand. Vollends in seinen jüngeren Tagen hatte er in seiner Gemahlin eine Weckerin zum Deutschtum. Dies erkennt man besonders, wenn man Preußens Pläne von 1806 verfolgt, als es galt, gegenüber dem Rheinbund die noch übrigbleibenden deutschen Staaten in einem norddeutschen Bunde zusammenzufassen. Selbst die Kaiserkrone, die kurz vorher Friedrich Wilhelm aus Napoleons Händen anzunehmen verweigert hatte, glaubte er nun verlangen zu dürfen, ein Begehren, das aber an der Mißgunst des sächsischen Hofes scheiterte. Man weiß, daß auf Thüringens Schlachtfeldern diese Pläne begraben wurden. Wichtig ist es aber, daß bei ihnen neben den preußischen schon rein deutsche Belänge mitsprachen: man forderte zum Beitritt auf: „zur Wahrung der nationalen Ehre des zertretenen Vaterlandes". Das waren bis dahin ungehörte Klänge. Auch später im Kalischer Manifest klangen herzhaft deutsche Töne durch, wenngleich hieran jedenfalls Stein großen Anteil hatte. Hier wurde ein Deutschland verlangt, das „hervorgehend aus dem ureigenen Geiste des deutschen Volkes" die deutsche Nation „verjüngter und lebenskräftiger und in Einheit gehaltener unter Europas Völkern erscheinen lassen wird". Auch muß man dem Könige es lassen, daß er auf dem Wiener Kongreß neben seinen reinpreußischen Vergrößerungsplänen doch mit aufrichtiger Hingabe und zäher Ausdauer auch deutsche Belänge vertrat, wie die Ausgestaltung des Deutschen Bundes zu wirklich lebensfähiger Macht und die Zurückgewinnung des Elsasses. Zu spät erkannte er gleich seinem Urgroßvater, daß Oesterreich für alles der Hemmschuh sei, daß man ihn „zum Regierungsrat des Kaisers von Oesterreich" machen wolle. Und doch war es ihm wohl mehr Pflicht- als Herzenssache um die deutschen Belänge. Sonst hätte er nicht bei der bald einsetzenden Unterdrückung der Deutschbestrebungen so gefügig mitgewirkt, wo selbst der kleine Karl August mit Erfolg allzu rückschrittlichen Maßnahmen des Deutschen Bundes sich widersetzte. Die letzten Jahre des Königs füllten dann die Fragen des Zollvereins aus, jener Schöpfung, die der künftigen Einigung so sehr vorarbeitete. Man geht aber kaum fehl, wenn man auch hier beim Könige keine weitsichtige

Zukunfts-, sondern preußische Gegenwartspolitik als hauptsächlich mitbestimmend annimmt.

Der Romantiker auf Preußens Thron, Friedrich Wilhelm IV., lebte ganz in der Erinnerung an des alten Reiches Herrlichkeit, eine Stimmung, die seine überlieferte Ergebenheit an das Kaiserhaus noch steigerte. Daneben war „nur wenig Raum für lebendige preußische Staatsgesinnung". Aber auch für die Fragen der deutschen Gegenwart hatte er nicht das richtige Verständnis, mochten ihm immerhin bei besonderen Gelegenheiten überschwängliche Worte und Gedanken zu Gebote stehen. So beim Kölner Dombaufest, als er den Geist, der dort bauend am Werke sei, als „den Geist deutscher Einigkeit und Kraft" feierte. „Er baue und vollende! Und das große Werk verkünde den spätesten Geschlechtern von einem durch die Einigkeit der deutschen Fürsten und Völker großen, mächtigen, ja den Frieden der Welt unblutig erzwingenden Deutschland." Sicherlich aufrichtig gemeinte, prächtige Worte! Aber eben doch nur Worte. Das völlige Versagen des Königs, als es galt, sich in den Jahren 1848/49 an die Spitze der deutschen Einheitsbewegung zu setzen, bewies es. Die angebotene Kaiserkrone stieß er zurück, da an ihr „der Ludergeruch der Revolution" haftete, um dann allerdings auf andern Wegen[1]) doch noch zu erreichen zu versuchen, was er soeben verschmäht hatte. Ein Verdienst des Königs, wenn auch ein mittelbares, um die deutsche Sache soll aber nicht vergessen werden. Er entdeckte gewissermaßen den „Staatsmann" Bismarck, den er dem Dienste zurückgewann und als Gesandten nach Frankfurt schickte. Dort erwarb sich der künftige Vollender der deutschen Einheit Einblick in die hohe Politik, deren Meister er dann werden sollte.

Trat bei Friedrich Wilhelm IV das Preußentum hinter einem allerdings unklar verschwommenen Deutschtum zurück, so offenbarte es sich bei Wilhelm I in beinahe einseitiger Weise. Und es ist eine merkwürdige Fügung des Schicksals, daß gerade unter diesem Herrscher die alte Kaiserherrlichkeit wieder aufleben sollte. Man weiß, welch schwerer Kämpfe es bedurfte, um zur Erneuerung der Kaiserwürde, die für unser Volk doch schlechthin erst die Besiegelung der deutschen Einheit bedeutete, Wilhelms Zustimmung zu erlangen. Erst den nachdrücklichen Bemühungen seines Kanzlers und seines Erben gelang es, ihn zur Annahme des „Charaktermajors" zu bewegen. Schon im Jahre 1866 hatte es viel Mühe gekostet, den König von seinen reinpreußischen Wünschen[2]) abzubringen und für eine weitsichtigere deutsche Friedenslösung zu gewinnen. Diese Erinnerungen sollen aber keineswegs dem ersten Kaiser einen völligen Mangel von Verständnis für die deutsche Frage vorwerfen. Dies hat er vielmehr schon frühzeitig bekundet: so schrieb er 1824 ganz enttäuscht: „Hätte die Nation anno 1813 gewußt, daß nach elf Jahren von einer damals zu erlangenden und wirklich erreichten Stufe des Glanzes, Ruhmes und Ansehens nichts als die Erinnerung und keine Realität übrig bleiben würde, wer hätte damals wohl alles aufgeopfert solcher Resultate halber?" Die tatsächlichen Bedenken des Königs waren schließlich nicht ganz unberechtigt, wenn er sich fragte, ob das Aufgehen Preußens im Reiche nicht sein Untergang

[1]) Im Dreikönigsbündnis und bei den Unionsverhandlungen.
[2]) Rückgewinnung der fränkischen Erblande, Landabtretungen Oesterreichs.

sein würde. Die spätere Entwicklung, als Preußens Belänge nicht mehr durch einen Bismarck vertreten wurden, bestätigte in gewisser Hinsicht diese Befürchtungen des Königs und in den schwersten Tagen, beim Zusammenbruch des neuen Reichs — war Preußens Einfluß so gut wie ausgeschaltet.[1])

Wir kennen alle die Treue und Hingebung, mit der dann der greise Herrscher sein deutsches Amt verwaltet hat. Ob sein Nachfolger in seinen Bahnen fortgewandelt wäre, zum Heile des Deutschtums, ist ungewiß. In seinem „Tagebuch" finden sich ja die wärmsten Bekenntnisse zum deutschen Gedanken. Er „fühlt sich nur noch als Deutscher, der keinen Unterschied mehr zwischen Bayer, Badenser" kennen will (18. Januar 1871), also sein Preußentum völlig zu überwunden zu haben glaubt. Er gelobt sich (28. Januar 1871) „nicht in die innern Verhältnisse der andern Staaten zu mischen oder dieselben ihrer Eigentümlichkeit zu berauben". Wenn man sich dann erinnert[2]), daß derselbe Fürst kurz vorher selbst vor Waffengewalt gegen seine Bundesgenossen nicht zurückscheuen wollte, um seine ehrgeizigen Pläne durchzusetzen, dann muß man sich doch fragen, ob hier nicht ein Zwiespalt der Empfindungen herrschte, der ihn bei seinem leicht beeinflußbaren Wesen bald an den bundesstaatlichen Grundlagen des neuen Reiches hätte rütteln lassen. Auch war zu befürchten, daß ausländische Einwirkungen mehr als für unser Deutschtum von Segen gewesen wäre, seine Entschlüsse bestimmt hätten. Die kurze Zeit seiner Regierung gab einen kleinen Vorgeschmack davon, was England und das Judentum erhoffte und erstrebte. Und damals war doch noch ein Bismarck da. Bezeichnend ist auch seine Stellung zur Judenfrage, die noch völlig in den überwundenen Anschauungen eines vergangenen Jahrhunderts sich bewegte. Und im gleichen Königsberg, wo sein Enkel später sich zum Deutschtum bekannte, glaubte er die deutschen Studenten vor Uebertreibung ihres Deutschgefühls warnen zu müssen!

Die Regierungszeit Wilhelms II. stand im Zeichen der weltpolitischen Entwicklung des neuen Reiches. Der deutsche (Einheits-)Gedanke hatte sich zum alldeutschen ausgewachsen. Und der neue Herrscher mußte sich mit diesem Gedanken auf Schritt und Tritt auseinandersetzen. Die Ereignisse sind noch zu nahe und die Wesensart dieses Fürsten eine zu eigenartig verwickelte, als daß man jetzt schon abschließend ein Urteil fällen könnte. Zwei Seelen schlummerten in seiner Brust. Der Schritt vom Wollen zum Vollbringen gelang gar zu selten. Derselbe Mann, der in so zahlreichen Kundgebungen[3]) sich zu alldeutschen Gesinnungen bekannte, verurteilte die Alldeutschen als Schwarzseher, denen er sogar den Aufenthalt in der Heimat versagen wollte. Durch all sein Tun — sowohl in der Flotten- und Polenpolitik, als auch bei der südafrikanischen und Marokkofrage und wie sie alle heißen mögen — zeigt sich immer wieder der klaffende Riß zwischen richtiger Anfangserkenntnis und

---

[1]) Max von Baden, Hertling, Payer, Gröber, Erzberger, Ebert und die Unmenge von Juden!

[2]) Vgl. „Tagebuch" und Freytags „Der Kronprinz und die Kaiserkrone".

[3]) S. AB 18. Januar 1896, 3. Februar 1899, „Bilanz des neuen Kursus" usw.

schwächlichem Handeln. Der Schwärmer für Chamberlains „Grundlagen" erlag mehr, denn zuträglich, jüdischen Einflüssen, der klare Deuter deutscher und angelsächsischer Weltanschauung [1]) wollte der Amerikanisierung des Reichs Vorschub geleistet wissen. So blieb sein Wirken fruchtlos — was er mit Mühe aufgebaut hatte, riß er selbst wieder ein. Die Lauterkeit des Wollens dieses begabten, aber so unglücklich veranlagten Fürsten ist stets willig von den Alldeutschen anerkannt worden. Offen und frei wurden aber auch die verderblichen Folgen seiner Politik besprochen, um so mehr, als sich immer deutlicher erwies, daß in der kaiserlichen Umgebung das freie Manneswort keinen Platz hatte. Gewiß waren es zum Teil bittere Wahrheiten, die vielleicht um so tiefer trafen, als sich der Herrscher seines reinen und hohen Strebens bewußt war. Dies konnte eine gewisse Abneigung gegen die unbequemen Mahner rechtfertigen. Unverständlich ist es aber, daß der Kaiser im Zeichen „seines" Burgfriedens seinem Kanzler erlaubte, ein allgemeines Haberfeldtreiben gegen die besten Freunde des Vaterlandes nicht nur, sondern einer starken Hohenzollernherrschaft zu begünstigen, und daß er, dessen Ohr auch den Sozialdemokraten offen stand, sich gegen die Stimmen aus alldeutschen Kreisen völlig verschloß.

Kronprinz Wilhelm hatte zeitweise Besorgnis hervorgerufen [2]), ob er den hohen Anforderungen seines künftigen Berufs mit dem nötigen Ernst entgegentrete. Andrerseits war nicht zu verkennen, daß er völkischen Belängen ein größeres Verständnis entgegenbrachte. So sprach er im August 1910 bei der Rektoratsübernahme in Königberg (AB 17, 124): „Wir sehnen uns nach Betonung unsres deutschen Volkstums im Gegensatze zu den internationalisierenden Bestrebungen, welche unsere gesunde völkische Eigenart zu verwischen drohen". Auch seine Gegnerschaft gegen Bethmann Hollwegs verderbliches Wirken ist wohlbekannt. Weniger dagegen, daß er auch unserm Verbande wohlwollende Aufmerksamkeit zuwandte. Es blieb dem jungen Hohenzollernsprossen indes versagt, seine völkischen Grundsätze auch in der Wirklichkeit betätigen zu können.

Mit ihm verlassen wir die Hohenzollern, ein Fürstengeschlecht, das uns, wenn auch vielfach unbewußt, auf dem einzig möglichen Wege über die kleindeutsche Lösung zum deutschen Einheitsstaate geführt hat, einem Werke, das Bestand haben wird und muß, mag es auch zeitlich bedroht oder seine Form vorübergehend zerbrochen sein. Der Zwang der geschichtlichen Notwendigkeit ist stärker, als aller Kleinmut und undeutsche Sonderbestrebungen. Dies mögen sich alle rheinbündlerischen und andern Landesverräter gesagt sein lassen. Vor allem aber die Fürstengeschlechter, die es angeht. Zum zweiten Male wird ihnen nicht die gleiche Duldung wie im Jahre 1815 zuteil, falls sie in der Not des Vaterlandes, und, sei es nur in Gedanken, versagt hätten. Denn heute ist der alldeutsche Gedanke eine Macht, gegen den sich kein Volksgenosse, wo immer er stehe, ungesühnt versündigen kann.

Nach den Habsburgern und Hohenzollern ist von den andern Fürstenhäusern in unserm Zusammenhange nur noch wenig zu sagen. Denn

[1]) 1918 vor den Krupp'schen Arbeitern.
[2]) S. Frymann, „Wenn ich der Kaiser wär".

die bedeutenderen waren teils als Rheinbündler auf Seiten der Feinde des Deutschtums, teils vertraten sie wie die Welfen, Albertiner und Oranier ausländische Belänge. So kommt es, daß die bayerischen Wittelsbacher bis 1813 stets auf Seiten des Reichsfeindes standen. Erst in Ludwig I. erwuchs diesem Geschlechte ein warmherziger Vertreter des Deutschtums, wovon uns noch heute der Bau der Walhalla Zeugnis gibt. Nach den Worten seines Enkels Ludwigs III. „war er ein Deutscher in viel größerem Zuge, als heute viele den deutschen Namen auffassen. In seinem Sinne reichte Deutschland soweit, als die Herrschaft der deutschen Sprache". Eine politische Rolle in deutscher Hinsicht konnte er jedoch um so weniger spielen, als er in seinen letzten Regierungsjahren in ärgerliche Händel geriet. Ueberhaupt trug sein Deutschtum ein starkes Gepräge Jahn'scher Altertümelei. Diese Uebertreibung bot den Spöttern um so mehr Angriffspunkte, als seine vaterländischen Gedichte zwar gut gemeint, als Kunstwerke aber herzlich schlecht waren.

Der Anteil seines Enkels Ludwig II. an der Reichsgründung ist in vaterländischer Hinsicht vielfach übertrieben worden. Ohne seine gut deutsche Gesinnung und Einsicht in die Notwendigkeit der Reichsgründung bezweifeln zu wollen, gebietet es doch die geschichtliche Gerechtigkeit zu sagen, daß Ludwigs schon 1870 stark entwickelte Unlust zu den Geschäften und seine Menschenscheu oft recht ernste Hindernisse beim Einheitswerke waren, zumal sein Beispiel doch nicht unerhebliche, widerstrebende Teile seiner Bayern erst mitreißen sollte. Mit voller Glut seiner Seele war er jedenfalls nie bei der Sache [1]).

Von seinen Nachfolgern fesselt uns Alldeutsche vor allem die Person Ludwigs III. Sein unzeitgemäßer Ausfall in Moskau (1896) ließ anfangs befürchten, daß bei ihm das Deutsche allzu sehr hinter dem Bayrischen zurücktrete. Diese Bedenken schwanden aber gegenüber seinen Taten. In seinen großartigen Kanalplänen erscheint uns Ludwig III. geradezu als reichsdeutscher Nachfolger List's und in der schon erwähnten Rede fährt er fort: „Wenn wir den Begriff deutsch so ausdehnen, so wollen wir damit nicht die Angehörigen eines anderen Staates zum Hochverrate treiben — wir wollen nur dem Wunsche Ausdruck geben, daß es jenen Deutschen wohl ergehe und das Gefühl der Zusammengehörigkeit erstarke. In diesem Sinne muß die sogen. „alldeutsche" Bewegung unterstützt werden". So offen und gerecht hat kein Fürst während der Zeit vor dem Kriege unsere Ziele und Aufgaben gewürdigt. Auch während des Krieges war der König der rückhaltloseste Bekenner zu einem „deutschen", nicht „Bethmann'schen" Frieden in dem Kreise seiner Standesgenossen und vor dem deutschen Volke.

Auch in Württemberg kam deutschnationale Gesinnung erst nach den Befreiungskriegen mit Wilhelm I. auf den Thron. Der kluge Fürst hatte sich nach und nach zur Ansicht bekehrt, daß sich die deutschen Geschicke nur unter Preußens Führung zum bessern wenden können. Noch 1840 wünschte er lebhaft, Preußen möge statt des morschen Oesterreich die Führung des Deutschen Bundes übernehmen [2]). Nur schade, daß eben

---

[1]) Vgl. Bismarck „Gedanken und Erinnerungen" I, S. 352 (Bismarcks Urteil) und S. 354 (Ludwigs Bekenntnis).

[2]) Nach Treitschke.

dieser Deutsche Bund gerade durch Württembergs Schuld 1815 zu dem Schattengebilde geworden war, das ihn zu dauernder Ohnmacht verurteilte. Später wandte sich der König jedoch allmählich von diesen kleindeutschen Gedanken ab. Besonders nach den Ereignissen von 1848/49 wurde er sogar ein Anhänger Oesterreichs und Preußenhasser. Diese Abneigung übertrug er auch auf seinen Sohn, dessen Beitritt zum neuen Reiche anfangs keineswegs innerer Neigung entsprang.

Von den anderen deutschen Fürsten sind nur noch wenige zu erwähnen. Zunächst Friedrich I. von Baden, schon durch verwandtschaftliche Bande ein rühriger Vertreter der preußischen Lösung der deutschen Frage. Seine Verdienste um das Zustandekommen des Einheitswerkes, besonders im Herbste 1870, sollen ihm nicht gekürzt werden. Sie werden aber verdunkelt durch seine Mitwirkung bei Bismarcks Sturz. So trägt Friedrich mit an der Schuld, daß seit 1890 die deutsche Sache auf die abschüssige Bahn geriet, daß Kaiser Wilhelm II. zur uneingeschränkten Herrschaft über andere kam, ehe er sich selbst zu beherrschen gelernt hatte.

Schließlich sei noch zweier Wettiner gedacht, die in einer Darstellung der Entwicklung des deutschen Gedankens nicht übergangen werden dürfen, Karl Augusts von Weimar und Ernst' II. von Koburg. Wir kennen ersteren gewöhnlich nur als den verdienstvollen Gönner unserer Dichterfürsten. Sein staatsmännisches Wirken und seine deutsche Gesinnung sind dagegen weniger bekannt. Schon beim Fürstenbund trat der junge Herrscher tatkräftig auf Preußens Seite und schlug vor „jene alten Privilegien, welche dem alten Hause Oesterreich seine Sonderstellung sicherten, einer Prüfung zu unterwerfen“ [1]). Vollends nach dem Hinscheiden des großen Königs wurde er in den deutschen Angelegenheiten der eigentliche Berater Friedrich Wilhelms II. Er gedachte den Fürstenbund zu einem dauernden zu gestalten, wodurch vielleicht der Unzuverlässigkeit der andern Bundesgenossen vorgebeugt worden wäre. Diesem Bunde sollte ein stehendes Heer und Mainz als fester Waffenplatz zur Verfügung stehen. Die Pläne zerschlugen sich und Preußen schien zunächst als deutsche Zukunftshoffnung ausgelöscht. Da war es wieder Karl August, trotzdem er seine Treue zu Preußen beinahe mit seinem Herrscheramt hatte bezahlen müssen, der in den Tagen der Erhebung eine eifrige Verschwörertätigkeit zur Weckung und Stärkung deutscher Gesinnung entfaltete. „Von Weimar wurden die Schwachen ermutigt, der Haß gegen den Tyrannen genährt und manches ohne Aufsehen vorbereitet, was 1813 als echtdeutsches Element sich erwies“. Die gleiche Gesinnung bewahrte er dann auch 1813—1815 und selbst nachher blieb er den Gedanken dieser großen Zeit getreu, indem er seinem Lande als Erster eine Verfassung gab[2]) und die Burschenschaft schützte.

Ein halbes Jahrhundert nach ihm spielte Herzog Ernst von Koburg eine nicht unbedeutende Rolle in der deutschen Einheitsbewegung. Man darf diesen Mann nicht ganz mit Bismarcks Augen betrachten, dessen Bestrebungen er zunächst als Anfänger der großdeutschen Richtung bekämpfte. Später trat er vorbehaltlos in der deutschen Sache auf Preußens Seite. Seiner Tätigkeit in den Kreisen der Turner und Schützen haftet ja manch-

[1]) Nach Treitschke.

[2]) „Eingedenk der Vorschrift und des Sinnes des deutschen Bundesvertrages“.

mal etwas Lächerliches an. Das ist aber nur die äußere Seite, denn tatsächlich hatten diese Feste keinen geringen Anteil an der Volkstümlichmachung der deutschen Einheitsbestrebungen. Nicht zuletzt sei dem Koburger Herzog sein wackeres Eintreten für die Sache Schleswig-Holsteins unvergessen.

Ueberblicken wir das Verhältnis unsrer Fürsten zur Einheitsbewegung im ganzen, so müssen wir mit Bismarck[1]) erkennen, daß sich die Einigung nur mit den Herrschergeschlechtern in einigermaßen geordneten Bahnen vollziehen konnte, wie die Jahre 1848/49 und 1870/71 beweisen. Wir erkennen aber auch, welche Hemmungen für den völkischen Gedanken in ihrem jeweiligen Sonderinteresse lagen, das nur bei Preußen sich im allgemeinen mit den deutschen Belängen deckte. Sie wurden deshalb nicht die Wegweiser zum deutschen Ziele, sondern nur die Vollstrecker der Gedanken, die andre weitsichtige Deutsche vorgedacht hatten. Auf ein anderes wäre auch noch hinzuweisen. Das ist das geringe völkische Bewußtsein dieser Familien, denen doch die Reinerhaltung der Rasse am meisten am Herzen hätte liegen sollen. Hieraus entsprangen alle die unseren völkischem Empfinden so unangenehmen Verbindungen, welche die Gefahr mit sich brachten, die Fürstenhäuser dem Denken und Fühlen ihrer Stammesgenossen zu entfremden. Man denke nur an die russischen Heiraten, die sich alle auf Paul I., jenen Zaren allerunsicherster Herkunft, zurückführen[2]). Hieraus mag sich auch der geringe Stammesstolz erklären, wenn deutsche Fürsten auf ausländische Throne berufen wurden. Fast allein Karl von Rumänien macht hier eine rühmliche Ausnahme. Besonders schmachvoll war es dann, wenn diese ihrem Deutschtum Entfremdeten nach überlebtem Fürstenrechte wieder auf deutsche Throne gelangten: noch in jüngster Zeit brachte die Koburger Erbfolge deshalb den Alldeutschen Verband auf den Plan.

Diese Schattenseite durfte nicht verhehlt werden, wenn wir zum Schlusse noch in wenig Worten der Frage „Monarchie oder Republik" gedenken. Bekanntlich hat seit der Bamberger Erklärung das Bekenntnis zur Monarchie auch für uns Eingang in den Satzungen gefunden. Es kann hier nicht das Für und Wider dieses Entschlusses besprochen werden. Das mag anderswo geschehen. Hier sei nur betont, daß es überhaupt nicht darauf ankommt, welche Regierungsart die bessere „an sich" sei, sondern welche für unser Volk am angemessensten ist. Ein Blick auf die geschichtliche Entwicklung der germanischen Stämme spricht da ebenso unumwunden für die Beibehaltung der monarchischen Form, wie eine Betrachtung unserer jetzigen Republik. An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen[3]).

Nächst den Fürsten waren vor allem die leitenden Staatsmänner für den deutschen Gedanken von erheblicher Bedeutung, besonders nachdem ihr Einfluß auf das Staatsleben unter der Nachwirkung der französischen

[1]) „Gedanken und Erinnerungen."
[2]) Oder gar an die Nachkommen Isabellas, Bernadottes und der Bonapartes.
[3]) Näheres in Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen" und Fritz Bley „Am Grabe des deutschen Volkes" (Seite 183 ff.), wo auch Schopenhauers Ablehnung der Republik angeführt wird.

Staatsumwälzung gestiegen war. Sie unterschieden sich vielfach von der älteren Staatsauffassung der Fürsten. Diese hatten ihre Länder und Ländchen im Zeitalter der aufgeklärten Selbstherrschaft wie gute Hausväter betreut und hauptsächlich ihre einzelstaatlichen Belänge vertreten. Die nunmehrigen Staatsmänner waren diesen engen Schranken viel mehr entwachsen. Bei ihren Entschlüssen sprach die Rücksicht auf das gemeinsam Deutsche in viel höherem Maße mit, denn sie hatten ihre Grundsätze an den neuen staatsrechtlichen Lehren gebildet und ihren Blick für die Zukunft geweitet. Noch stak allerdings die Staatsrechtslehre in ihren Anfängen. Allzu sehr lebte sie noch im Banne des alten Reichsgedankens, trotzdem Pufendorf schon um 1665 die Unhaltbarkeit des Bestehenden und und die Notwendigkeit erkannt hatte, das „heilige" römische Reich zu einem „weltlichen" deutschen Staatenbund weiterzuentwickeln. Die Wirkung seiner Lehren war aber anfangs nicht sehr groß. Konnte doch selbst Leibnitz[1]) sich noch nicht der Auffassung entziehen, daß in der deutschen Verfassung „das Idealbild des gemischten Staates" verwirklicht sei. Und das trotz der Ohnmacht des Reichs und trotz seiner zweifellosen Deutschgesinnung. Erst nach 150 Jahren sollten sich Pufendorfs Voraussagungen im Deutschen Bunde verwirklichen, allerdings in der denkbar ungünstigsten Weise für die deutschen Zukunftshoffnungen.

Unter den Staatsmännern, die für die Fortbildung des deutschen Gedankens nach 1800 in Frage kamen, ragen drei vor allen hervor: Stein, Heinrich von Gagern und Bismarck. Alle drei durchaus verschieden in ihrem Wesen und Wollen, alle drei von gleicher Liebe zu ihrem Volke beseelt und für ihre Zeit richtunggebend.

Ueber Steins Wirken ist in den früheren Abschnitten bereits erschöpfend gesprochen. Hier soll nur eine Seite seines Wesens nochmals betont werden, nämlich seine geradezu ausschließliche Deutschgesinnung. Neben ihr ist es dem alten Reichsritter einerlei, ob seine Bestrebungen sich mit den Belängen der Fürstengeschlechter decken. So sagt er: „Mein Wunsch ist, daß Deutschland groß und stark werde, um seine Selbständigkeit, Unabhängigkeit und Nationalität wieder zu erlangen und beides in seiner Lage zwischen Frankreich und Rußland zu behaupten. Das ist das Interesse der Nation und ganz Europas; es kann auf dem Wege zerfallener und verfaulter Formen nicht erhalten werden. Mein Glaubensbekenntnis ist Einheit." Diese Auffassung färbte auf den ganzen Kreis der ihm Näherstehenden ab. Besonders Arndt und den Blücherschen Kreis. Blücher selbst drückt die Sache noch unverblümter aus in einem Schreiben an Scharnhorst vom Januar 1813: „ . . . die ganze Nation zu den Waffen aufzurufen und wenn die Fürsten nicht wollen und sich dem entgegensetzen, sie samt dem Bonaparte wegzujagen. Denn nicht nur Preußen allein, sondern das ganze deutsche Vaterland muß wieder heraufgebracht und die Nation wiederhergestellt werden". Von ähnlicher Gesinnung waren Gneisenau und seine Getreuen. Mit Absicht sind sie hier

[1]) Nach Treitschke. Wie einseitig er auf das „Reich" eingestellt war, beweist eine Denkschrift, in der er den großen Kurfürsten tadelt, weil er „eigenmächtig sein Heer zur Rettung Hollands gegen die Franzosen geführt habe".

bei den Staatsmännern aufgeführt. Denn ihre deutschen Anschauungen haben mit ihrem Soldatenberuf nichts zu tun und stehen auf wahrhaft staatsmännischer Höhe. So, wenn Gneisenau an Hardenberg, vier Tage nach Waterloo schreibt: „Wehe denen und Schande ihnen, wenn diese einzige Gelegenheit nicht ergriffen wird, um . . Preußen und Deutschland zu sichern[1]) für ewige Zeiten", und anschließend daran Luxemburg und Elsaß-Lothringen zurückfordert, so, wenn er neben dem Ausbau des Heeres auf volkstümlicher Grundlage die „Freiheit wissenschaftlicher Bildung und eine verständige, die Nation zu einem lebendigen Ganzen vereinende Staatsverfassung" verlangt.[2]) Und wie klar hat sein Waffengenosse Rühle von Lilienstern in seinem Buche „Vom Kriege" Preußens deutsche Aufgabe hingestellt mit den Worten: „Das bewaffnete preußische Volk bewahrt in der ansteckenden Umgebung zerfließender und vertrockneter Kleinstaaten allein das Gefühl des Vaterlands und den stolzen Entschluß, ein ganzes lebendigs Volk bleiben zu wollen."

Wesentlich anders geartet war Hardenbergs Art. Bei ihm trat in viel stärkerem Maße der Preuße hervor, wenn er auch die deutschen Wünsche — Wiedergewinnung des Elsasses, Eingliederung der neugeschaffenen Niederlande — im Innern teilt. Sobald es zur Entscheidung kam, ließ er sie zugunsten der preußischen Ansprüche fallen. Daraus ist ihm kein Vorwurf zu machen. Denn wer erkannt hat, daß die deutsche Einigung nur mit Hülfe eines s t a r k e n Preußen möglich war, muß auch die Berechtigung anerkennen, daß zuerst dieses starke Preußen geschaffen wurde, selbst auf die Gefahr hin, daß gewisse deutsche Wünsche erst später in Erfüllung gingen. Grundlegend anders als Stein dachte Hardenberg über die Wiederherstellung des Kaisertums, die er als unbedingter Vertreter von Preußens Gleichberechtigung mit Oesterreich durchaus ablehnte. Mit dieser Anschauung trug er den damaligen Verhältnissen besser Rechnung als Stein. Auch sein Verlangen, daß der Deutsche Bund in erster Linie der Sicherung deutschen Landes gegen Uebergriffe von Westen zu dienen habe, wird man billigen müssen. Großdeutsche Gedanken lagen dem Fürsten jedoch fern. Bezeichnend hierfür ist, daß er nach der Einnahme von Antwerpen ohne weiteres die Wegnahme der von den Preußen und Russen dort erbeuteten Schiffe seitens Englands genehmigte. Daß diese Schiffe als Stamm einer preußischen oder deutschen Seemacht dienen könnten, lag außerhalb seiner Gedankenwelt.

Außer Hardenberg vertrat Wilhelm von Humboldt die preußischen Belänge 1815 in Wien. Er war aus der Schule der Neuromantiker hervorgegangen und hatte wie sein Freund Schiller ursprünglich dem Weltbürgertum gehuldigt. Da kam die Zeit der Not und lehrte ihn an sein Volk glauben. Die Gründung der Berliner Universität war mit sein Werk und schon in dieser Schöpfung sah er eine große nationale oder vielmehr „eine allgemeine deutsche Aufgabe und Angelegenheit.[3])" Auf dem Wiener

[1]) Den Alldeutschen wurden entsprechende S i c h e r u n g s forderungen im Weltkriege als Eroberungssucht ausgelegt.

[2]) Von Boyen treffend als die Dreiheit „Recht, Licht und Schwert" bezeichnet, ein Wort, mit dem auch heute u n s e r e Ziele sich fast restlos decken.

[3]) Näheres bei Ziegler, S. 97.

Kongreß verfocht er dann mit zäher Ausdauer die preußischen Ansprüche, die er aber viel weiter auffaßte als Hardenberg. In seinem Entwurf einer Geschäftsordnung für den Kongreß fordert er beispielsweise den völligen oder teilweisen Beitritt der Niederlande zu dem neuen Deutschland und ebenso ein ewiges Bündnis mit der Schweiz.

Leider standen die Anschauungen der übrigen deutschen Staatsmänner damals nicht auf der gleichen Höhe, wie die der Preußischen, den einzigen Hans von Gagern vielleicht ausgenommen. Bei diesem merkwürdigen Manne tritt stets ein Zwiespalt seiner gut deutschen Art mit den Forderungen hervor, die er als Sachwalter mittlerer und kleiner Fürsten zu vertreten hatte. So hintertrieb er geradezu eine gesunde Lösung der niederländischen Frage, der allerdings England auch ohnedies schwerlich zugestimmt hätte. Wo dagegen seine Eigenschaft als Gesandter nicht mit seinen deutschen Anschauungen in Widerstreit geriet, zeigte er sich stets als warmherzigen Deutschen, der nachdrücklich die Rückgabe von Elsaß und Lothringen verlangte, sowie als weitsichtigeren Staatsmann wie mancher andere, indem er ein gewisses Maß von Grundrechten für sein Volk forderte. Auch in seinem späteren Leben blieb er diesen hohen Auffassungen treu. Deshalb sei seiner auch hier in Ehren gedacht, wenn ihm auch ein größerer Wirkungskreis versagt blieb.

Dagegen ist den andern Staatsmännern jener Tage wenig rühmenswertes in deutschem Sinne nachzusagen. Der Hannoveraner Münster redete zwar viel von Deutschlands Größe. Seine Taten entsprachen aber solch hohen Worten durchaus nicht. Noch schlimmer stand es mit dem bayrischen Staatslenker, Grafen Montgelas. Seine Haltung zur deutschen Frage auf dem Wiener Kongreß war geradezu schmählich. Ihm waren die Bestrebungen zur „fatalen Deutschheit" in tiefster Seele verhaßt. Später gestand er auch seine äußerste Gleichgültigkeit gegen den Deutschen Bund offen ein: „warum sollten denn die deutschen Staaten nicht wie die italienischen ganz selbständig nebeneinander leben?"[1]) Und die Württemberger Staatsmänner erkannten nicht einmal eine „deutsche" Nation an, sondern nur eine „württembergische" oder „preußische"[2]). War es auch Wahnsinn, hatte es doch Methode.

Liebevollste Förderung fanden alle diese ungeheuerlichen Gesinnungen in der Hofburg und beim Fürsten Metternich. Für ihn war ja Deutschland bekanntlich nichts als „eine geographische Redensart". Der Geist der Erhebung, der 1813 durch die deutschen Gaue ging, flößte ihm das allergrößte Mißtrauen ein. Gentz berichtet darüber in seinem Tagebuch: „Der Geist, der durch den allgemeinen Widerstand gegen die französische Herrschaft in Deutschland erwacht, durch die Steinschen Proklamationen mächtig gesteigert, besonders von Preußen aus dergestalt gewachsen war, daß der Befreiungskrieg einem Freiheitskrieg nicht unähnlich sah, gab (Metternich) zu ernsten Betrachtungen und Besorgnissen über die Zukunft Anlaß[3]). So ging denn sein ganzes Bestreben auf dem Wiener Kongreß dahin, jede Stärkung Preußens soweit angängig hintanzühalten und jede

[1]) Wer denkt da nicht an Rasseneinflüsse? Vgl. auch die jüngste Beteiligung eines Montgelas an der Erforschung der „deutschen" Kriegsschuld!

[2]) Wie einst zu Zeiten des alten Reichs: senatus populusque Nordlingensis.

[3]) Vgl. die „Alldeutschen"-Angst Bethmanns!

Lebensfähigkeit des neuen Bundes unmöglich zu machen. Und nach 1815 war er die treibende Kraft, die den deutschen Gedanken zu ersticken versuchte und die Ausführung der Verfassungsversprechungen in Norddeutschland und Oesterreich hintertrieb. Nach alle dem ist es nicht verwunderlich, daß Metternich selbst ein so vaterländisches Werk wie die Herausgabe der „Monumenta" als „revolutionäres" Unternehmen verdächtigte!

Im folgenden Menschenalter, der Zeit der Verfolgung des deutschen Gedankens, fand dieser natürlich bei den leitenden Staatsmännern keine Stätte. Nur auf einigen Nebengebieten sind Fortschritte zu beobachten. So sei an die Väter des Zollvereins, die Motz, Maaßen und Eichhorn erinnert, so sei ferner Flottwells gedacht, der so segensreich in deutschem Sinne in den preußischen Ostmarken wirkte.

Aus der stattlichen Anzahl hervorragender Köpfe des Jahres 1848 hob sich neben dem schon erwähnten Dahlmann eigentlich nur Heinrich von Gagern zu wirklich staatsmännischer Größe empor. Sein Bild ist durch die wenig günstige Beurteilung durch Bismarck in unserm Bewußtsein mehr als billig getrübt. Er hat sich aber „im tollen Jahre" nicht nur außerordentliche Verdienste darum erworben, daß die Bewegung in geordneten und deutschen Bahnen blieb, sondern er hatte auch mit sicherem Blicke die kleindeutsche Lösung als richtige erkannt und gefördert. Daß er mit seinen Bemühungen zuerst bei Friedrich Wilhelm IV. und später in Erfurt scheiterte, ist das Verhängnis seines Lebens. Seine spätere Entwicklung zu den Großdeutschen (in österreichischem Sinne) muß man aus diesen Enttäuschungen zu verstehen suchen.

In den Folgejahren bis zur Reichsgründung treten noch drei Männer besonders hervor. Karl Mathy, Gagerns Gesinnungsgenosse von 1848, der entschiedene Vertreter von Preußens Vormachtstellung, Fürst Hohenlohe und Roggenbach [1]). Von Hohenlohe wird später im Zusammenhange die Rede sein. Roggenbach erhielt seine Bedeutung hauptsächlich dadurch, daß er die Anschauungen des damaligen preußischen Kronprinzen in der deutschen Frage stark beeinflußte. Dessen übertriebene Hochschätzung des Badeners wurde bekanntlich von Bismarck nicht geteilt, der es deshalb auch ablehnte, Roggenbach für den Straßburger Statthalterposten, den ihm der Kronprinz zugedacht hatte, in Vorschlag zu bringen. Bismarck, dessen Tätigkeit durch Roggenbach öfter erschwert worden war, war ein starker Hasser. Deshalb ist es fraglich, ob seine Geringschätzung dieses Mannes, den viele andere so hoch stellten, ganz gerecht war.

Mögen aber die Verdienste all der Genannten sein, welche sie wollen, sie verschwinden gegenüber denen Bismarcks. Es ist von eigenem Reiz, den Werdegang dieses großen Mannes in der deutschen Frage nach seinen eigenen „Gedanken und Erinnerungen" zu verfolgen von der Zeit an, als der Minister von Manteuffel ihn, den Kurpreußen in Erfurt vergeblich für eine Verständigung mit Gagern zu gewinnen versuchte, bis zu den Tagen, als er seinem Könige die Kaiserkrone gewissermaßen aufzwang. Es kann hier nicht die Aufgabe sein, die Geschichte seiner Zeit zu schreiben. Deshalb beschränken wir uns auf wenige Hinweise. Bismarck selbst hat seine Staatskunst gegenüber Lothar Bucher [2]) in der Weise gekennzeichnet,

[1]) Die Beust und Dalwigk näher zu betrachten, würde zu weit führen.
[2]) Nach Bley „Am Grabe des deutschen Volkes" S. 173.

daß sie bis 1866 eine preußische, von da bis 1870 eine deutsche europäische und nachher Weltpolitik getrieben habe. Das deckt sich nicht ganz mit unserem landläufigen Urteil, wonach Deutschlands Eintritt in die Weltpolitik erst mit der Mitte der 80er Jahre begonnen hatte. Tatsächlich wollte Bismarck aber nur damit ausdrücken, daß das geeinte Deutschtum ganz anders als bisher mit den Vereinigten Staaten zu rechnen habe. Er glaubte, daß diese sich „in ökonomischer und vielleicht auch in politischer Beziehung zu einer weit größeren Gefahr auswachsen würden, als die meisten Leute für möglich hielten.“ Sein Weitblick hat ihn da nicht getäuscht. Man wirft nun dem Altkanzler häufig vor, daß er, zumal bei solcher Erkenntnis, nicht frühzeitig genug und zu wenig nachdrücklich das neue Zeitalter mit einer entsprechenden Flotten- und Kolonialpolitik eingeleitet habe. Man muß aber das Uebermaß von Aufgaben berücksichtigen, die dem Schöpfer des Reichs zunächst zufielen, um es lebenskräftig zu gestalten und zu behaupten, und man darf die Fülle der inneren Hemmungen nicht außer Acht lassen, die ihm ein schnelles Vorgehen nach außen hin erschwerten. Uebrigens hatten die kolonialen Bestrebungen einen viel früheren Ursprung, als man gewöhnlich annimmt. In Lamprechts „deutscher Geschichte“[1]) ist eine fesselnde Zusammenstellung, aus der wir ersehen, daß von Witu schon 1867, von Südafrika und Delagoa schon 1876, von den Südseeinseln ebenfalls Anfangs der 70er Jahre die Rede war und nach Richthofens, des bekannten Forschungsreisenden, Zeugnis hat Bismarck bereits 1870 die Besetzung der Kiautschau-Bucht beabsichtigt, was durch den Kriegsausbruch verhindert wurde. Vollends das bekannte Wort, daß das Reich „saturiert“[2]) sei, war lediglich für das Ausland bestimmt, um dessen Argwohn zu dämpfen, aber es war kein bindender Satz Bismarckischer Staatskunst.

Der große Kanzler ist der erste all der genannten Staatsmänner, der mit dem Alldeutschen Verbande, wenn auch erst nach seiner Verabschiedung, in Berührung kam. Bekanntlich nahm er am 1. April 1895 die Ehrenmitgliedschaft des Verbandes an, nachdem er bereits im Jahre 1894 für seine Ostmarkensorgen das größte Verständnis des Verbandes gefunden hatte und ein Besuch bei ihm nur an äußeren Umständen gescheitert war. Später glaubte man dem Verband vorhalten zu dürfen, daß Bismarck ihn bekämpft hätte, wäre er am Ruder gewesen. Lehr wies dies kräftig zurück (AB 00, 237). Er führt aus, daß der Verband überhaupt erst durch Bismarcks Tat möglich geworden, daß es sein Lebenswerk sei, auf dem sich der Verband aufbaue, daß also eine gegenseitige Kampfesstellung ein Widerspruch in sich selbst gewesen wäre. Im übrigen ist es ziemlich unfruchtbar, sich mit solchen Wenn und Aber zu beschäftigen. Jedenfalls hat Bismarck selbst ausgesprochen, daß er jeden Verein im Deutschen Reiche begrüße, der keine bindenden (Reichs-) Grenzen kenne, sondern das Ganze umfasse.

Die Abwendung Caprivis von den gesunden Bahnen Bismarckischer Politik bedeutete auch einen Gegensatz zu den Alldeutschen. Er nahm zuerst von der Kolonialpolitik seinen Ausgang und vertiefte sich gerade auf diesem Gebiete, je weiter der Kanzler auf diesem Wege abirrte. Deshalb wurde

---

[1]) Ergänzungsband II, 2, 635.
[2]) Das Wort entstammt nach Bismarck ursprünglich Metternich.

es auch späterhin dem Alldeutschen Verbande nicht möglich, in ein vertrauensvolles Verhältnis zu Caprivi zu kommen, seine Fürsorge für den Ausbau des Heeres ausgenommen. Der Wechsel in der Polenpolitik fiel erst in des Kanzlers letzte Zeit und änderte daran nichts mehr, zumal er diesem auch ursächlich kaum zugute geschrieben werden konnte.

Mit dem dritten Kanzler, dem Fürsten Hohenlohe, trat ein Mann von erprobter deutscher Gesinnung an die Spitze der Geschäfte. War er es doch, der nach dem Jahre 1866 das Ruder des bayrischen Staatsschiffs trotz aller Anfeindungen entschlossen nach Norden herumgeworfen hatte. Es war ihm damals nicht vergönnt, an den endgültigen Verhandlungen über die Reichsgründung mitzuwirken, da er kurz vorher zurücktreten mußte. Sonst wäre sie sicher schneller und reibungsloser von statten gegangen. Als der Fürst sein hohes Amt übernahm, war er leider schon so betagt, daß ihm die Spannkraft mangelte, sich nötigenfalls gegenüber den Eingriffen des Kaisers durchzusetzen. Dagegen hat er andrerseits durch sein verbindlich-ruhiges Wesen sicher manches verhütet, was nicht zum Segen des Reiches ausgeschlagen wäre. Vom Alldeutschen Verbande wurde der Kanzler zunächst warm begrüßt, um so mehr, als er den Weg zu Bismarck bei Antritt seines Amts zu finden wußte. Der Fürst selbst hat das Wirken des Verbandes, zum mindesten in seiner früheren Zeit, als durchaus berechtigt anerkannt. Dies bezeugt ein Aufsatz in der „Straßburger Post" vom 29. März 1891[1]), wo er eine völkische Würdelosigkeit Anton v. Werners tadelt und mit den Worten schließt: „Was sagt dazu der neu gegründete „Allgemeine deutsche Verband", der es sich zur Aufgabe stellt, das Gewissen in allgemein deutscher Hinsicht zu schärfen und jeden dahin zu bringen, daß er seine Pflichten gegen das allgemein Deutsche anerkennt." Die weiteren Beziehungen des Verbands zum Kanzler waren nicht stets ungetrübt wegen der zunehmenden Schwäche Hohenlohes. Da dessen Aufzeichnungen über seine Reichskanzlerschaft noch nicht erschienen sind, läßt sich vorderhand nicht erkennen, ob sich die Meinung des Fürsten über den Verband und seine Aufgaben späterhin unter dem Einfluß politischer Unstimmigkeiten geändert habe. Jedenfalls fochten Kanzler und Verband noch kurz vor dessen Abgang wieder Schulter an Schulter für die deutsche Flotte. Und es ist ein schönes Vermächtnis seiner Anschauungen von Deutschlands Macht und Größe, das Hohenlohe in seiner Reichstagsrede vom 12. Juni 1900 ablegte.[2]) Hier schilderte er die Verknüpfung des Flottengedankens mit den deutschen Einheitsbestrebungen und endete mit den Worten: „Zum Schlusse möchte ich diejenigen, denen die Opfer, die die Flotte verlangt, zu lästig erscheinen, nochmals daran erinnern, daß die idealen Einheitsbestrebungen, das Drängen nach einer Weltmachtstellung, die aus dem deutschen Volke hervorgegangen sind, uns auf die Bahn geführt haben, auf der wir uns befinden und auf der wir nicht umkehren können."

Viel stärker waren die Reibungspunkte des Alldeutschen Verbandes mit dem Fürsten Bülow. Das war an sich natürlich, da der „neue Kurs",

---

[1]) Erinnerungen II 477. Die Gründung des Verbandes erfolgte erst im April. Vielleicht hatte Hohenlohe eine Einladung erhalten und war des Glaubens, daß die Gründung schon erfolgt sei.

[2]) Ebenda II, 529.

je weiter er fortschritt, desto mehr auf die abschüssige Bahn geraten mußte. Die „Bilanz" (1903) enthielt jedenfalls auch einen starken Tadel des leitenden Staatsmannes. Daher kann man sich nicht wundern, wenn er sich auch seinerseits seiner Haut wehrte. Man muß aber anerkennen, daß diese Meinungsverschiedenheiten unter dem vierten Kanzler noch stets auf ritterliche Weise ausgetragen wurden. Konnte doch auch der Verband vielen Taten des Kanzlers durchaus zustimmen, z. B. seiner Polen- und Flottenpolitik. Es war also in diesen Jahren noch keine ausgesprochene Kampfesstellung zur Staatsleitung vorhanden, wie das späterhin nötig wurde. Fürst Bülow seinerseits schätzte den alldeutschen Führer, Prof. Hasse, persönlich sehr hoch, wie er öffentlich im Reichstag zum Ausdruck brachte. Den Alldeutschen wurde er aber nicht ganz gerecht. Er wollte nur ihr warmes Vaterlandsgefühl anerkannt wissen, warf ihnen aber Unklarheit der Gedanken und Herrschsucht vor. Dies muß man wenigstens aus einer Stelle seiner „Politik" schließen, wo er dem Abg. Kardorff sagen läßt: „Unser alldeutscher Verband hat viel zur Belebung des Nationalgefühls getan, aber dafür betrachtet er sich auch als die höchste Instanz in Fragen der auswärtigen Politik."[1]) Prof. Hasse hat dann auch im Namen des Verbandes in würdiger und schlagender Weise die falsche, oberflächliche Auffassung des Kanzlers in seinem „Offenen Brief" vom 19. November 1906 zurückgewiesen (AK 298). Im übrigen hat sich aber Fürst Bülow in seinem Buche selbst jedes eignen absprechenden Urteils über den Alldeutschen Verband enthalten, was jedenfalls als Zeichen angesehen werden kann, daß sein Gegensatz zu diesem, in der Gesamtheit betrachtet, kein allzu schroffer war.

Ganz anders sollte sich dann das Verhältnis zu Bethmann-Hollweg gestalten. Die anfänglichen Hoffnungen in ihn wurden gar bald bitter enttäuscht, so daß die Beziehungen sich allmählich zu offener Kampfansage verschärften, was seitens des Kanzlers dann, unter dem Vorwande, den Burgfrieden zu schützen, zu einer rücksichtslosen Meinungsknebelung der Alldeutschen führte. Auf die Einzelheiten soll hier nicht eingegangen werden. Das Nähere findet sich vom alldeutschen Standpunkte aus in Liebigs „Die Politik Bethmann-Hollwegs" und „Junius Alters" Kampfschrift. Bethmanns Auffassung erkennt man am besten aus Riezlers „Grundzügen der Weltpolitik" und seinen eigenen „Betrachtungen". Bei beiden wird der Alldeutsche Verband selbst nicht genannt. Das ist ja so bequem. Desto stärker kann man dann auf die unfaßbaren „Alldeutschen" losschlagen. Etwas bleibt doch hängen. In welcher Form dies geschieht, lehrt ein Blick in die „Grundzüge." Ausgehend von dem Worte, daß am deutschen Wesen dereinst die Welt genesen sollte,[2]) versteigt sich der Verfasser zu folgendem Satze: „Der gebildeten deutschen Gegenwart, auch dem, der hochdenkt von dem Deutschtum und seiner Mission und das Pathos des nationalen Willens in sich trägt, erscheint die Erwartung abgeschmackt, daß von einer Expansion der Schultze und Lehmann die Welt genesen solle und die Mission erfüllt sei, wenn von allen Ecken und Enden der

---

[1]) Ob da keine Verwechslung vorliegt? Kardorff gehörte fast 10 Jahre der Hauptleitung des Verbandes an, wäre also in erster Linie Mitschuldiger dieser Fehler gewesen.

[2]) Das Wort wird fälschlich dem Kaiser zugeschrieben. Es stammt von Geibel.

Welt rote Bärte und schwarz-weiß-rote Fahnen im Winde flattern. Er kann die Aufgabe so nicht fassen." Ja wer faßt sie denn so? Die Alldeutschen etwa? Mit solchen Beweisführungen läßt sich nicht rechten. Auch nicht mit denen Bethmanns, der immer wieder auf die alldeutsche Richtung der Großindustrie und der bewaffneten Macht hinweist, sicher nicht, um das Ansehen der Alldeutschen zu heben. Und schließlich muß er doch zugeben, daß selbst „die Auswüchse des Alldeutschtums zu nicht geringem Teile nur das Echo auf die leidenschaftlichen Ausbrüche des feindlichen Chauvinismus" gewesen seien. Besonders fesselnd ist, daß er auch den Kronprinzen wegen seiner Kundgebung vom 9. November 1911 als Alldeutschen verdächtigt — „der Beifall des alldeutschen Einflüssen zugänglichen Kronprinzen."

Zweierlei fällt bei Bethmanns Politik auf. Nach außen seine Hinneigung zu einer Einigung mit England, die schließlich zu den zusammengestürzten Kartenhäusern führte. Bemerkenswert sind übrigens die auffallenden Aehnlichkeiten mit den Zielen des älteren Bethmann [1]), die auch auf die Polen- und Russenpolitik des Kanzlers starke Schlaglichter werfen. Im Innern seine preußenfeindliche Politik. Ursprünglich war ihm die Bedeutung des Preußentums für Deutschland nicht entgangen. Noch nach Zabern sagte er am 10. Januar 1914 im Herrenhaus: „Dieses Preußentum muß unter allen Umständen hoch und unversehrt gehalten werden, nicht gegen das Reich, sondern für das Reich". Dabei war seine Kriegspolitik von Anfang an darauf aus, die deutsche Sozialdemokratie, „die bei Ausbruch des Krieges durch ihre Parteigenossen mit Leidenschaft auf den nationalen Gedanken hinverwiesen wurde, wieder ganz auf ihre alten internationalen Wege und Ziele hinzulenken [2])". Auf eins sei noch aufmerksam gemacht. Den auffälligen Gegensatz der Obersten Heeresleitung zu diesem Kanzler hat man wohl auch auf alldeutsche Einflüsse zurückführen wollen. Man dachte wohl an Hindenburgs Eingabe vom 27. Januar 1917, als er die Rechtsparteien als diejenigen Teile unseres Volkes bezeichnete, „die auch jetzt noch am ehesten und ohne Forderungen bereit seien, selbstlos für E. M. bis zum letzten einzustehen, mögen auch ihre Führer (d. i. die Alldeutschen) [3]) im Betonen ihres Standpunktes manchmal zu weit gegangen sein". Oberst Bauer stellt diese Auffassung aber dahin richtig [4]), daß die Oberste Heeresleitung nie auf dem Boden der Alldeutschen gestanden habe, daß aber allerdings die Alldeutschen in ihrem Sinne gearbeitet hätten, da sie den Willen zum Siege zu wecken bemüht waren. Auch die alldeutschen Forderungen seien gegenüber denen der Engländer und Franzosen gemäßigt gewesen.

Gegen den Reichskanzler Michaelis verhielt sich der Alldeutsche Verband zunächst abwartend: an seinen Taten wollte man ihn werten. (AB 17, 325). Er war ein Mann von einer gewissen Einsicht in die Fehler seines Vorgängers. Die Zersetzung war aber schon zu weit vorgeschritten und er hatte nicht die Kraft oder den Einfluß zu durchgreifender Tat, als es über der Flottenverschwörungsfrage hart auf hart kam. Statt

---

[1]) Bismarck, Ged. u. Er. I, 93.
[2]) Bley 61.
[3]) Anmerkung des Verfassers.
[4]) In „Wie konnten wir den Krieg gewinnen usw.?"

fest zuzupacken, warf er die Flinte ins Korn. Das ist seine geschichtliche Schuld. Denn hiermit war die letzte Gelegenheit verpaßt, zu einer Gesundung zu gelangen. Uebrigens war seine Amtstätigkeit zu kurz, als daß der Verband entscheidende Stellung zu seinem Wirken hätte nehmen müssen.

Zum Grafen Hertling war von Anfang die Kampfstellung gegeben. Er hatte nach dem Zeugnis des Grafen Preysing [1]) die Preußen zersetzende „denaturierende" Wirkung der Bethmann'schen Politik und deren Gefahr für die Hohenzollern rechtzeitig durchschaut und trotzdem diesen Kanzler gehalten durch die von ihm veranlaßte Vertrauenskundgebung des Bundesrates (5. Juli 1916). Er wußte, daß es um „Krone und Dynastie" ging und trotzdem übernahm er die Zügel der Staatsgewalt, die der festesten Leitung bedurft hätten, in seine Greisenhände. „Schuldbeladen, wie vor ihm kein Kanzler, näherte er sich der Wilhelmstraße — alle Nachfolger Bismarcks waren schuldlos, als sie ihr Amt antraten und entwerteten es und sich erst durch ihr Verhalten im Amte — und den Einzug erkaufte er sich mit einer politischen Todsünde, die ihn zu trauriger Erinnerung unsterblich macht". Also urteilen die „Alldeutschen Blätter" im Jahre 1917 (S. 453) von ihm, im Ausdruck vielleicht zu schroff, im wesentlichen aber richtig.

Mit den traurigen Nachfolgern Hertlings uns auseinander zu setzen, ist überflüssig. Ihre Tätigkeit läuft so eindeutig den alldeutschen Auffassungen zuwider, daß hier nur „Kampf" die Losung sein konnte.

Außer den Kanzlern sind noch eine Anzahl nachbismarckischer Minister zu erwähnen, die in irgend einer Weise zum Verband und seinen Bestrebungen in Beziehung traten. Rühmend sei Miquels und Rheinbabens wegen ihrer deutschen Polenpolitik gedacht, rühmend auch Lindequists, neben Liebert fast des einzigen selbstbewußten Verwalters unserer Schutzgebiete. Vor allem fesselt uns das Wirken der Verweser der auswärtigen Geschäfte während des „neuen Kurses". Schon mit Frhr. von Marschall konnte der Verband nicht immer die gleichen Wege wandeln. In mancher Hinsicht sah er allerdings klarer, als sein berühmter Nachfolger Bülow, z. B. in der südafrikanischen Frage. Von Späteren sei noch Herr von Schön genannt, weil er öffentlich Stellung zum Verbande nahm, als die Bernstorff'sche Anrempelung zur Erörterung stand. Schön war so ehrlich, die allgemeine Gepflogenheit gewisser Dienststellen, alle unliebsamen Aeußerungen völkischen Selbstbewußtseins den „Alldeutschen" in die Schuhe zu schieben, nicht mitzumachen. So sagte er damals (AB 09, 430): „. . dabei möchte ich doch einschieben, daß ich wohlverstanden scheide zwischen der Tätigkeit des Alldeutschen Verbandes als solchen und pangermanistischen Aeußerungen, für welche der Verband nicht verantwortlich ist. Es liegt mir fern, den Alldeutschen Verband mit allem, was unter alldeutscher Flagge erschienen ist, zu identifizieren und ich mache darauf aufmerksam, daß Bernstorff den Verband nicht genannt . . . Die alldeutschen Politiker können nicht verantwortlich gemacht werden für die Entstellungen, die ausländische Gegner an ihren Gedanken vornehmen . . ." So anerkennenswert diese Gesinnung ist, so verfehlt ist Bernstorffs Entlastung, „weil er

[1]) Nach Bley S. 95.

den Verband nicht genannt hätte". Das ist denn doch zu leichthin geredet in Ansehung der Kundgebung des Botschafters. Und es ist auch keine ganz redliche Kampfesweise. Freilich sollte der Verband die gleiche Ausflucht später von Jagow hören, als er diesen auf seine Vorwürfe gegen die Alldeutschen festzulegen versuchte. Für diesen letzteren standen die Alldeutschen ja überhaupt auf gleicher Stufe mit den Undeutschen. Stammt doch von ihm der Satz [1]), „daß unpatriotische, undeutsche Schwachmüdigkeit ebenso verderblich sei, wie nationalistische, alldeutsche Ueberhebung". Ueber Kiderlens und Kühlmanns Wertung durch den Alldeutschen Verband ist bereits früher das Nötige gesagt worden.

Später als die Fürsten und Staatsmänner gewannen die Staatsvertretungen Einfluß auf die Fortbildung des deutschen Gedankens. Hier können wir uns verhältnismäßig kurz fassen, da die Stellung des Alldeutsches Verbands zu den einzelnen Parteien schon früher ziemlich eingehend behandelt wurde. Auch des Frankfurter Parlaments und des Anteils des Liberalismus an der Ausgestaltung der deutschen Einheit ist schon gedacht. Es sei nur einiges nachgeholt.

Bei der Verbandsgründung wurde die Teilnahme aller bürgerlichen Parteien an der alldeutschen Arbeit erstrebt. Diese Hoffnung sollte aber nicht in Erfüllung gehen, obwohl von Anfang an einzelne scharf linksgerichtete Männer sich beteiligten. Denn die Parteien des Freisinns und des Zentrums als solche hielten sich von den Alldeutschen fern. Keinen ihrer Abgeordneten finden wir in den Reihen des Verbands. Dessen Eintreten für Bismarck, für Heeres- und Flottenfragen sowie eine kräftige Ostmarkenpolitik, alles Fragen, denen diese Parteien zunächst abweisend entgegentraten, vertiefte offenbar diese Kluft, so daß auch später eine Aenderung zum Bessern nicht eintrat. Das ist immerhin zu bedauern. Denn die Teilnahme dieser Parteien an den Verbandsbestrebungen hätte ein Austragen der Gegensätze ermöglicht, ohne die völkische Sache durch Kämpfe zu schädigen. Hierdurch hätte der alldeutsche Gedanke eine breitere Grundlage gewonnen und sich früher und umfassender den Massen des Volks mitgeteilt. Andrerseits hätte dann allerdings die Gefahr der Verwässerung der alldeutschen Grundsätze bestanden. Für die künftige Entwicklung haben indes diese rückschauenden Betrachtungen nur geringen Wert. Denn jetzt ist der Zwiespalt einmal vorhanden. Die Richtlinien des Verbandes sind zudem so eindeutig festgelegt, daß an eine Anpassung zu Gunsten weniger ausgeprägter Ansichten nicht mehr gedacht werden kann. Denn die Gegensätze haben sich auf die Formel „hie national — hie international" derart zugespitzt, daß mit der judär-demokratischen und den weiter linksstehenden Parteien eine Einigung kaum möglich erscheint. Wohl verstanden mit den Parteien. Denn mit Liberalismus, Demokratie oder Katholizismus haben diese Dinge an sich nichts zu schaffen.

So fand denn der Alldeutsche Verband von Anfang an seine Anhänger zum überwiegenden Teile bei den sog. Kartellparteien. Die Namen Hasse, Mirbach, Kardorff und Liebermann bezeichnen die Parteirichtungen, bei denen der alldeutsche Gedanke hauptsächlich Wurzel faßte. In dem

[1]) In seiner Rechtfertigungsschrift.

Menschenalter seines Bestehens ging es natürlich nicht ohne Reibungen ab. Die Haltung des Verbandes in der Krügerfrage bewog vorübergehend die Konservativen zu größerer Zurückhaltung, was in dem Rücktritt der Grafen Arnim und Stolberg aus der Hauptleitung zum Ausdruck kam. Gegen Ende des Krieges dagegen fühlten sich nationalliberale Abgeordnete um Stresemann verletzt und vollzogen ihren Austritt aus dem Verband, ohne indes seitens ihrer Parteigenossen nennenswerte Gefolgschaft zu finden. Auch heutigen Tages, unter den veränderten Parteibezeichnungen, gehört wohl der größere Teil der Alldeutschen den beiden rechtsstehenden Parteien an, die sich auch in ihrem grundsätzlichen Bekenntnis zur Monarchie mit dem Verbande eins wissen.

Von den gegnerischen Parteien sind die Sozialdemokraten die erbittertsten Feinde der Alldeutschen. Bald wurden sie von jenen mit Geringschätzung als völlig einflußlose Gruppe behandelt, bald als die heimlichen, eigentlichen Beherrscher des Reichs hingestellt und den Massen als Kriegshetzer und ähnliches verdächtigt. Besonders tat sich Scheidemann als grimmer Alldeutschenhasser hervor: einmal nannte er sie eine „national organisierte Räuberbande" (AB 17, 227), dann wieder waren sie „in Deutschland längst unten durch", während die Allfranzosen und Allengländer „noch obenauf sind". Bei dieser Sachlage lohnt sich die Erinnerung, daß die Sozialdemokratie, ehe sie sich ganz der Marxistischen Lehre verschrieb, nicht durchweg widervölkisch war. Lassalle versuchte jedenfalls die Bewegung zunächst in das nationale Fahrwasser zu lenken [1]).

Bei den Freisinnigen war anfangs die Gegnerschaft gegen die alldeutschen Anschauungen weniger Parteisache, als Sache einzelner Mitglieder. Von ihnen seien vor allem Virchow und Mommsen wegen ihrer sonstigen Bedeutung genannt. Ersterer hatte bekanntlich schon im Jahre 1869 seinen politischen Weitblick dadurch bekundet, daß er gerade damals die allgemeine Abrüstung verlangte und Preußen sogar den Vortritt hierbei zumutete. Hier sei eine besonders bezeichnende Aeußerung angeführt, weil sie das Rassenverständnis des berühmten Naturforschers in ein eigentümliches Licht setzt. Bei seiner Rektoratsrede 1893 sagt er von den Regungen des Stammesbewußtseins unter uns, sie seien „nur durch den Verlust des gesunden Menschenverstands" zu erklären; im übrigen „stände man vor einem Rätsel, von dem Niemand wisse, was es eigentlich bedeute in dieser Zeit der Rechtsgleichheit". Weit schlimmer als solche Schrullen war es, daß Mommsen in einer ausländischen Zeitschrift die Alldeutschen „nationale Narren" nannte (AB 02, 373). Eine solche Aeußerung Fremden gegenüber kann nur als völkische Gesinnungslosigkeit schlimmster Art gebrandmarkt werden.

Andre freisinnige Politiker näherten sich in manchen Anschauungen den Alldeutschen. So Naumann, der wandlungsreiche Mann, der stets den Schall seiner Worte mit Taten verwechselte. Er fing durchaus national an und hatte sich von da wohl noch Manches in jene Zeit

[1]) Vgl. Miquels und Lothar Buchers anfängliche Stellung zur Sozialdemokratie. Auch mit Bismarck stand Lassalle zeitweise im Briefwechsel.

hinübergerettet, als er ganz auf pazifizistisch-demokratische Bahnen geriet. Noch 1911 empfand er die Marokkoschmach aufs bitterste und forderte in seiner „Hilfe" einen „nationalen Bußtag" (AB 11, 431). Er erkannte dabei die Berechtigung des deutschen Vorgehens voll an mit der Begründung, daß wir unsern Enkeln dereinst für die verfehlte Politik jener Tage verantwortlich seien. Nur mit der Art des Vorgehens glaubte er sich nicht einverstanden erklären zu können. Sie war ihm „mehr leidenschaftlich, als geschichtlich (!)". Ueber Naumanns mitteleuropäische Pläne ist schon gesprochen und festgestellt worden, daß sein Gedanke durchaus nicht neu war, sondern seit Lists Tagen zahlreiche Vorgänger hatte. Was die Alldeutschen von Naumanns Bestrebungen trennte, war der Umstand, daß sie über dem wirtschaftlich Notwendigen nicht die staatlichen und völkischen Forderungen vergaßen (AB 16, 22).

Zuletzt sei noch Pfarrer Traub genannt. Er entwickelte sich umgekehrt wie Naumann. Die Not und der Zusammenbruch des Vaterlandes entfremdete ihn seinen bisherigen Parteifreunden, bei denen seine entschlossene völkische Richtung nicht volle Billigung fand. Dem Alldeutschen Verband hat Traub nie angehört, wie oft behauptet wird (AB 19, 281), wenn er sich selbst auch gelegentlich als Alldeutschen bezeichnete. Trotzdem stehen wir nicht an, ihn zu den erfreulicheren politischen Erscheinungen der letzten Zeit zu rechnen. Denn er war ein Mann, der für seine Ueberzeugung stets Opfer zu bringen bereit war. Und an solchen Männern ist fürwahr kein Ueberfluß.

Ohne die Mitwirkung der *Allgemeinheit* unsres Volkes wäre die Arbeit der Fürsten, Staatsmänner und Volksvertreter am deutschen Gedanken fruchtlos geblieben. Wo für große Gedanken der Boden nicht empfänglich ist, dringen selbst ihre begeistertsten Verkünder nicht durch, selbst wenn sie mit Engelszungen redeten. Diese Empfänglichkeit war im deutschen Volke vorhanden. Zuerst bei den Gebildeten, seitdem Thomasius die deutsche Sprache an den Hochschulen eingeführt und hierdurch das Volk in eine viel innigere Verbindung zu seinen Denkern gesetzt hatte. Die Brücke zwischen Wissenschaft und dem Leben des Volks war geschlagen[1]. Aus diesem zunächst beschränkten Kreis der Gebildeten ging dann der völkische Gedanke auf immer weitere Kreise unsres Volkes über. Die Blüte unsres Schrifttums und die siegreiche Abschüttelung fremden Joches waren mächtige Hebel an diesem Werke. Der Mittel, das neue Gut in die Volksseele zu senken, waren es hauptsächlich zwei: die Pflege des nationalen Gedankens in *Vereinigungen* verschiedenster Art und ihre Verbreitung durch eine *völkisch gerichtete Presse*.

Das stärkste völkische Bindemittel ist die gemeinsame Sprache. Es ist daher verständlich, daß die ersten nationalen Zusammenschlüsse ihrer Pflege galten. Bereits kurz nach dem 30jährigen Kriege bildeten sich derartige Vereinigungen, deren an anderer Stelle gedacht wurde. Durch die Großtaten des alten Fritz trat dann Preußens deutscher Beruf stärker in das Bewußtsein, besonders bei der begeisterungsfähigen Jugend. Schon beim „Hainbund" verspüren wir den nationalen Einschlag. Nun trat auch öfter die Pflege politischer Gedanken in den Vordergrund. So bei dem

[1] Vergl. Treitschke und Freytag.

oftgenannten „Moselklub“, einer Gründung Jenaer Hochschüler mit der ausgesprochenen Absicht, Friedrichs Staat an Deutschlands Spitze zu bringen. Da dieser Klub als Geheimbund wirkte, blieb sein Einfluß beschränkt. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß von ihm zur Burschenschaft unmittelbare Fäden hinüberleiten.

Aber erst die fremde Unterdrückung brachte die vaterländischen Vereine zu rechtem Aufblühen. Am bekanntesten wurde der „Tugendbund“ mit dem Zwecke, „unter der Fremdherrschaft den deutschen Geist aufrechtzuerhalten“. Er nahm von Ostpreußen her seinen Ausgang, hat aber tatsächlich nie den Einfluß ausgeübt, den ihm Napoleon und die französische Ueberlieferung beilegten. Vor allem zählte fast keiner unserer Helden jener Zeit zu seinen Mitgliedern, weder Stein noch Blücher, Gneisenau oder Scharnhorst. Nur Grolman und Boyen gehörten ihm aus diesem Kreise an. Daneben war aber noch eine ganze Anzahl andrer Vereine geplant und entstanden. Schon im Januar 1806 dachte Perthes daran, einen „Verein deutscher Vaterlandsfreunde“ von den Alpen bis zur Ostsee zu gründen. Ebenso entstand noch vor Jena unter dem Eindruck von Palms Ermordung ein Geheimbund Marburger Studenten „zur Wahrung deutscher Art und Freiheit“. Dann folgte eine Reihe von Verbindungen, die ernstlich die Auflehnung gegen die Fremdherrschaft vorbereiteten. Ihnen gehörten Kleist, Schleiermacher, Eichhorn von den bekannteren Männern an. Etwas später gründete Jahn seinen „Deutschen Bund“, dessen Mitglieder sich ebenfalls dem Kampfe für das Vaterland weihten (1810). Fast alle diese Bünde waren Geheimbünde, was unter dem Druck dieser Zeit verständlich war, aber gerade manche besonders wertvolle Kräfte abstieß. Blücher nannte die Tugendbündler „Federfuchser“ und Gneisenau bekannte: „mein Bund ist ein andrer, ohne Zeichen, ohne Mysterien, Gleichgesinntheit mit allen, die ein fremdes Joch nicht ertragen können“.

Nach Napoleons Niederwerfung bekamen die völkischen Vereinigungen durch ihr Streben nach staatsbürgerlicher Freiheit und völkischer Einheit neuen Inhalt. Leider wurden zum Teil die alten Verschwörergewohnheiten fortgesetzt, so in Jahns Geheimbund der „schwarze Ritter“[1]) und bei den „Konkordisten“. Diese Bünde gewannen dann leider Einfluß auf die deutsche Burschenschaft, die im Jahre 1818 in Jena entstand. Ursprünglich gingen deren Gedanken auf eine Belebung deutschen Sinns und Schaffen der völkischen Einheit. In dieser Hinsicht setzte sie einen Plan in die Tat um, den schon Fichtes Anhänger im Jahre 1811 mit dessen Billigung entworfen hatten. Mit dieser noch unklaren Sehnsucht nach einer allumfassenden Deutschheit verband sich eine starke Betonung des Christlichen und eine heftige Abneigung gegen das Jüdische. Letztere war aber keineswegs auf dem Boden der Rassenerkenntnis erwachsen, sondern mehr eine Aeußerung des alten „tiefen Widerwillens gegen das orientalische Wesen“[2]), den von Luther bis Goethe und Kant fast alle großen Deutschen geteilt hatten. Auf die weitere Entwicklung der Burschenschaft kann hier nicht eingegangen werden. Sie wurde nach Sands Tat schon 1819

---

[1]) 1815.

[2]) Nach Treitschke.

aufgelöst, dauerte aber im Geheimen, mannigfach verfolgt, weiter, wobei sie sich allerdings spaltete und auch von ihren ursprünglichen Zielen vielfach abkam. Erst nach 1848 fielen die Beschränkungen für sie weg. Als dann mit der Reichsgründung ihre deutschen Einheitswünsche erfüllt waren, wandte sie sich den neuen Aufgaben der Zeit zu und gehörte bald zu den treusten Anhängern der alldeutschen Sache, wie sie denn auch dem Verbande 1897 als körperschaftliches Mitglied beitrat (AB 97, 220). Der vaterländische Gedanke aber blieb jetzt nicht mehr auf die Burschenschaft auf den Hochschulen beschränkt, seit Bismarcks Werk den völkischen Gedanken stark gefördert hatte. Vor allem wandte sich ihm der 1881 gegründete „Verein deutscher Studenten" zu, der auch zu den Taufpaten des Verbands gehört. Unter Treitschkes Einfluß hat er als erster aller Hochschulverbände die Judenfrage in ihrer Bedeutung erkannt und deshalb viele Anfechtungen erleiden müssen. Heute, auf dem sichern Boden der Rassenlehren, ist seine Auffassung fast Allgemeingut all unsrer Hochschüler geworden und der jüngst entstandene „Hochschulring deutscher Art" verfolgt Ziele, die unverfälscht alldeutsch sind. Er fordert nämlich „geistigen Zusammenschluß aller Deutschstämmigen über die ganze Welt unter Beseitigung aller Standesvorurteile, sowie körperliche und geistige Gesundung des deutschen Volkes".

Die Zeit der politischen Rückwärtserei seit 1820 hinderte die weitere Entwicklung der Vereinsbewegung in deutschem Sinne. Einen Ersatz fand man in den gemeinsamen wissenschaftlichen Tagungen der Folgejahre. Von Bedeutung ist der erste Germanistentag von 1846, da man sich auf ihm mit der Auswandererfrage beschäftigte und die Frage erwog, wie man diesen Volksgenossen die Muttersprache und den Zusammenhang mit ihrem Volkstum erhalten könne. Man dachte dabei an die Gründung eines Karolus Magnus- oder Friedrich Rotbart-Vereins „zur Erhaltung des Deutschtums im Auslande". Die äußern Ereignisse der nächsten Zeit ließen aber diese segensreichen Gedanken nicht zur Ausführung kommen. Erst im Jahre 1881 kam der Plan mit dem „Allgemeinen deutschen Schulverein" mit eingeschränkten Zielen zur Verwirklichung.

Die Stürme der Jahre 1848/49 hatten die politische Bahn für den deutschen Gedanken wieder freigefegt. Immerhin sollte es noch 10 Jahre lang dauern, bis 1859 der „Nationalverein" ins Leben trat. Er hatte sich die Einheit Deutschlands auf kleindeutschem Wege zum Ziele gesetzt, war also in dieser Hinsicht der Erbe der Gothaer Partei. Im Gegensatz zu ihm sammelten sich 1862 die Großdeutschen im „Großdeutschen Reformverein". Beiden Vereinigungen wurde durch die Ereignisse des Jahres 1866 der Boden entzogen: sie lösten sich infolgedessen auf. Trotz guten Willens hatten sie die deutsche Einheit nicht gefördert, auch der Nationalverein nicht, weil er seinen Grundsätzen untreu wurde und Bismarck bekämpfte.

Nach der Reichsgründung brachte der Uebergang zur Weltpolitik das Entstehen einer Anzahl von kolonialen Vereinigungen, deren wichtigste, die „deutsche Kolonialgesellschaft", 1887 ins Leben trat. Daneben sei noch der „Verein für Handelsgeographie und Kolonialpolitik" in Leipzig (1879) genannt, weil dessen Vorsitzender Ernst Hasse war. Die alldeutschen An-

fänge dieses Mannes reichen also schon erheblich über die Zeit der Verbandsgründung zurück.

Aber erst mit dem „Alldeutschen Verband" schuf sich der völkische Gedanke diejenige Stätte, in der alle Seiten des Deutschtums gepflegt wurden. Er ist demnach die umfassendste aller völkischen Vereinigungen und konnte durch Neugründungen auf beschränktem Gebiete nur in der Kleinarbeit entlastet, niemals ersetzt werden. Denn nur er konnte die großen Richtlinien der Gesamtentwicklung angeben und die Einheitlichkeit der Bewegung wahren. Die Pflege der Sonderaufgaben fiel u. a. zu dem Ostmarkenverein, den Flottenvereinen, dem Wehrverein. Daneben wirkte auf andrem Gebiete, abseits der politischen Straße, der „Deutschbund" für die Verinnerlichung deutscher Art. Gegründet war er von Friedrich Lange, einem Manne, den Liebert (AB 04, 416) zu „den besten Deutschen" zählte. Nicht unerwähnt bleiben darf auch die „Gobineau-Vereinigung", der unser Verband als Mitglied beitrat. Sie machte sich die wissenschaftliche Erkenntnis und Vertiefung der Rasselehren zur Aufgabe. Sie soll in der „Neuen Gobineau-Vereinigung" ihre zeitgemäße Fortsetzung finden.

Ueber die außerordentliche Bedeutung der Presse für die Förderung oder auch die Verfälschung zeitbewegender Gedanken ein Wort zu verlieren, erübrigt sich. Wir stehen gerade auf dem Höhepunkt einer Entwicklung in Deutschland, wo sie unter fremdstämmigen Einfluß ihre Macht gerade in völkischem Sinne aufs schändlichste mißbraucht hat. Des Deutschtums Würde war in ihre Hand gegeben, sie hat sie aber großenteils nicht dem Dichtergebote gemäß bewahrt. In früherer Zeit war natürlich der Einfluß der Presse (Zeitungen, Zeitschriften, Flugschriften) ein erheblich geringerer. Für die Verbreitung des deutschen Gedankens kommt sie erst seit Friedrichs des Großen Tagen in Betracht.[1]) Einige Flugschriften leiteten die Bewegung ein, wie beispielsweise die Abhandlungen „Etwas vom deutschen Nationalgeist" (1765) oder die „patriotischen Briefe" (1767). Daneben treten einige Zeitungen besonders hervor, wie in Württemberg Schubarts „Deutsche Chronik" (1774). Wichtiger war Justus Mösers deutsch gerichtete Schrifttätigkeit in dem „Osnabrücker Intelligenzblatt". Seine Vorliebe galt vor allem dem deutschen Handel und er ist in dieser Zeitung „wohl der Erste gewesen, der unter dem Bilde einer erneuerten Hansa die kühnen Linien eines künftigen Zollvereins zu schauen wußte".

Eine eigentliche Bedeutung gewann die Presse aber erst seit der französischen Staatsumwälzung. Da begegnen wir zunächst den Namen von Gentz und Görres. Es ist schon berichtet, wie Ersterer in seinen späteren Jahren seine reichen Gaben in Metternichs Dienst gestellt und dadurch seine unleugbar großen vaterländischen Verdienste früherer Zeiten verdunkelt hat. Der bedeutendere, auch als Mensch, war Josef Görres. In seinem „Rheinischen Merkur" vertrat er die deutsche Sache mit einem unerschrockenen Freimut und einer hinreißenden Wärme, die überall, nur nicht in seinem rheinischen Heimatlanden, starke Wirkung auslöste. Selbst Stein und Gneisenau verschmähten nicht die Mitarbeit an seinem Blatte. Auch vor den Thronen machte die Offenheit Görres' nicht Halt. „Mögen die Fürsten ernstlich bedenken, wie ihre Völker sie empfangen werden, wenn

[1]) Nach Lamprecht, deutsche Geschichte, Bd. IX, S. 43ff.

sie ein zerfetztes Vaterland mit nach Hause bringen. Dann bleibt uns nur noch die Wahl zwischen Entwürdigung und Empörung". Das waren außerordentliche Worte für die damalige Zeit. Weniger zornesmütig, aber doch wacker und wirkungsvoll sprachen die „Kieler Blätter", wo Dahlmann und Welcker ihre vaterländischen Gedanken vortrugen. Als dritte Zeitung sind noch die „Deutschen Blätter" von Brockhaus zu nennen, die besonders während des Wiener Kongresses für Preußens Vormachtstellung eintraten. Dagegen versagte die einflußreiche „Augsburger allgemeine Zeitung", die von ihrem Besitzer Cotta in Metternichs Geiste geleitet wurde. Die Gegner der deutschen Einigung und die Anhänger der Sondertümelei fanden in der Münchener „Allemannia" das Wort. Sie „verleumdete alles norddeutsche Wesen und erklärte kurzab, daß sich bei dem Namen deutsch gar nichts denken lasse". Verantwortlich für diese schamlose Haltung war unter andern der Freiherr von Aretin, der schon 1809 Napoleon „für den Repräsentanten der Deutschheit, d. h. des Kosmopolitismus" erklärt hatte und die Wecker der deutschen Vaterlandsliebe als „Hochverräter und Missetäter" ansprach, „welche den Boden des rheinischen Bundes besudelten".

In der Folgezeit bis 1848 bereitete sich schon der Uebergang der Presse in Judenhände vor, so daß die vaterländischen Stimmen immer seltener wurden. Nur Wolfgang Menzel, einer der Mitbeteiligten des Wartburgfestes, vertrat kräftig und bewußt das Deutschtum. Bekannt ist er vor allem durch seinen Kampf gegen das Judentum und das undeutsche „Junge Deutschland". Er merkte unter den ersten die Gefahren der jüdischen Zersetzung, „daß seit dem Ende der zwanziger Jahre ein fremder Tropfen in unser Blut geraten war".[1]) Seine mannhafte Fehde trug ihm die übliche Herabwürdigung und Verunglimpfung ein, und noch heute ist dieser wackre Deutsche nicht überall so gewürdigt, wie er es verdient, dank der Verleumdungen, die immer und immer wieder gegen ihn wiederholt wurden.

Kurz vor 1848 trat noch eine Zeitung ins Leben, die wegen der Bedeutung ihrer Mitarbeiter — Gervinus, Mathy, Dahlmann u. a. — und wegen ihrer Vertretung der preußischen Vorherrschaft in Süddeutschland Bedeutung hatte, die „Deutsche Zeitung" (1847). Dieser Sturmbote einer neuen Zeit fand merkwürdigerweise gerade in Preußen nicht den Widerhall, den er für seine Bestrebungen verdient hätte.

In den Jahren 1848/9 und nachher wurden die Tageszeitungen immer mehr zu Parteiblättern oder zu wirtschaftlichen Unternehmungen, die ihrerseits die Auffassungen der Parteien zu beeinflussen versuchten. Erst mit Bismarcks Abgang, also etwa gleichzeitig mit der Verbandsgründung trat ein gewisser Rückschlag in deutschem Sinne ein. Die sog. Bismarckpresse, die den „neuen Kurs" bekämpfte, wandte sich auch bald unter dem Einfluß der aufkommenden Rasselehren den rein völkischen Aufgaben zu. Besonders sei, unbeschadet großer Verdienste der übrigen völkischen Presse, zweier Zeitungen gedacht, die erst in den 80er und 90er Jahren mit einem bewußt völkischen Leitgedanken entstanden, die „Tägliche Rundschau" und die „Deutsche Zeitung", letztere eine Gründung Friedrich Langes. Ihrer geschieht deshalb besondere Erwähnung, weil sie

[1]) Nach Treitschke.

zum erstenmale aus den Parteifesseln zum allgemein Völkischen hinausstrebten, womit nicht gesagt werden soll, daß es ihnen stets gelungen ist, diesen hohen Grundsatz in ursprünglicher Reinheit durchzuführen. Als Sprachrohre des Alldeutschen Verbandes waren und sind aber auch sie nicht zu betrachten, das sei hier ausdrücklich betont. Hierfür sind lediglich die „Alldeutschen Blätter" bestimmt.

Noch ist die Macht der undeutschen Presse, als deren Hauptwortführer das „Berliner Tageblatt", die „Frankfurter Zeitung", und der „Vorwärts" besonders unheilvollen Einfluß auf die jüngste Entwicklung der deutschen Geschicke ausgeübt haben, in voller Blüte. Es mehren sich aber doch die Anzeichen, daß man sich nicht nur in alldeutschen, sondern auch in andern deutschgesinnten Kreisen der Bedeutung dieser Frage bewußt geworden ist und daß der Kampf auf dem eigensten Gebiete, dem der Presse, aufgenommen wird. Denn der Massenbeeinflussung läßt sich nur mit gleichen Mitteln entgegenwirken. Die Schaffung einer wirklich einflußreichen völkischen Presse wäre ein allererster Schritt zur Gesundung.

4. Für und wider die „Alldeutschen".

Am 16. Januar 1874 sagte Bismarck im preußischen Landtag: „Gehen Sie von der Garonne bis zur Weichsel, vom Belt bis zum Tiber, suchen Sie an den heimischen Strömen der Oder und des Rheins, so werden Sie finden, daß ich in diesem Augenblicke wohl die am stärksten und — ich behaupte stolz! — die am besten gehaßte Persönlichkeit in diesem Lande bin?" Mit den gebotenen Aenderungen konnte seit dem Jahre 1900 etwa der „Alldeutsche Verband" von sich das Gleiche behaupten. Hoffentlich mit gleich berechtigtem Stolze wie sein Ehrenmitglied, des Reiches erster Kanzler.

Gerade im Kreise von Männern, die den Bestrebungen des Verbandes durchaus wohlgesinnt sind, hört man öfter die Frage aufwerfen, woher denn die „eindeutig ungünstige" Beurteilung der Alldeutschen komme. Denn gerade diese Uebereinstimmung der Ansichten gebe doch sehr zu denken: wo ein Rauch sei, sei auch stets ein Feuer. An solchen Fragen darf man nicht achtlos vorübergehen.

Die Führer des Alldeutschen Verbandes hätten leichtfertig gehandelt, wenn sie sich die gleiche Frage nicht schon längst selbst vorgelegt hätten. Einmal, um zu erkennen, ob sie nicht tatsächlich in der einen oder andern Richtung auf falschem Wege seien, dann aber auch, um diejenigen aufzuklären, die, der Stimme des Zweifels leichter zugängig, ihre Zurückhaltung gegen den Verband gerade mit dieser weitverbreiteten Gegnerschaft begründeten.

Jede neue Bewegung auf geistigem Gebiete löst Widerstände aus, die um so kräftiger sein werden, je entschiedener jene ihre Ziele verfolgt. Der Alldeutsche Verband, aus der Auflehnung gegen falsche Regierungsmaßnahmen geboren, brachte aber eine Kampfansage an alle die, welche hemmend oder feindlich seiner Arbeit entgegentraten. Seine Unabhängigkeit nach allen Seiten war seine Stärke, sie wurde aber auch die Ursache scharfer Anfeindungen. Jede Anlehnung an die Regierungsstellen oder

bestimmte politische Parteien hätte dem Verband gewiß eine breitere Grundlage seines Wirkens und eine gesichertere Stellung geschaffen. Sie wurde auch hin und wieder erwogen, aber stets abgelehnt, da sie mit der dann nicht zu umgehenden Verwässerung seiner Ziele zu teuer erkauft gewesen wäre. In dem Zeitalter des „neuen Kurses", dem Zeitalter der zagen Leisetreterei und des politischen Kuhhandels, war es doppelt notwendig, daß eine angesehene Verbindung bestand, die sich nicht scheute, das Kind beim rechten Namen zu nennen und Halbheiten und Zugeständnisse, die ihre Art verfälscht hätten, von sich zu weisen. Hiermit erwirbt man sich aber keine Freunde, dagegen aber desto mehr Gegner. Mit dieser Tatsache mußte der Verband, wenn nicht von Anfang an, so doch bald in vollem Umfange rechnen.

Zu den Gegnern des Alldeutschen Verbandes gehörten in erster Linie und dauernd die politischen Parteien des Zentrums und der Linken. Zeitweise, jedoch selten, hörte man aber auch von der rechten Seite her abfällige Urteile über den Verband. Die Regierungen nahmen, abgesehen von Bethmann, teilweise auch schon Bülow, eine mittlere Haltung ein. Sie ließen sich zwar die Unterstützung der Alldeutschen gern, wenn auch ohne Dank, gefallen, waren aber sofort verletzt, wenn auch einmal an ihrer Gottähnlichkeit gezweifelt wurde und ihre Maßnahmen bekämpft werden mußten. Gerade dieser Unterton der persönlichen Kränkung ist bezeichnend für die Aeußerungen der leitenden Stellen, nachdem die überhebliche Behandlung des Verbandes von oben herab, wie man sie anfangs für gut fand, nicht verfangen hatte. Seit Bethmanns Amtsführung deckte sich dann ja die Haltung der Regierung völlig mit der unserer demokratischen und sozialistischen Parteien, nur daß die Fehde *vor* dieser Zeit in erheblich würdigerer Form gegen den Verband ausgefochten worden war, als es dann unter dem Zeichen des Burgfriedens geschah.

Alle Vorwürfe gegen die Alldeutschen lassen sich auf den einen zurückführen, den der „Ueberspannung ihrer Forderungen". Ein Unterschied bestand nur darin, daß die einen diese Forderungen überhaupt für *unberechtigt* hielten, während die andern sie lediglich als *unzeitig* ansahen. Die demokratischen und sozialistischen Parteien erblickten in ihnen vor allem den Ausfluß eines übertriebenen Weltmachtkitzels („Imperialismus") und überspannten Machtgefühls („Militarismus"). Sie verrannten sich dabei derartig in diese Gedanken, daß sie sich nicht nur gegen alle Berichtigungen des Verbandes verschlossen, sondern sogar, noch darüber hinaus, dem Verbande die Bestrebungen aller unpolitischen, aber phantasiereichen Köpfe anhängten, die in der Art eines Jules Verne träumten und ihre Träume leider auch glaubten der Oeffentlichkeit mitteilen zu müssen. Hier sei offen zugegeben, daß in den 90 er Jahren der Verband nicht stets schnell und gründlich genug Mißverständnissen vorgebeugt hatte. Recht ausschweifende Schriften wurden z. T. wohlwollend besprochen und zwar vom Verbandsvorsitzenden Ernst Hasse selbst. Denn dieser glaubte, daß die politisch geschulten Leser das Abenteuerliche von selbst ausscheiden würden, im übrigen aus ihnen aber wertvolle Anregungen schöpfen könnten, zumal in der Richtung, daß sie sich überhaupt in die Zukunftsfragen unseres Volkstums vertieften. Jedenfalls konnte aber für die Gegner nach den unmittelbar daran anknüpfenden Erörterungen kein Zweifel sein, daß der Alldeutsche Ver-

band selbst solchen Plänen durchaus fernstehe. Vollends unehrlich wurde das Fortspinnen dieses Vorwurfs, nachdem Klingemann als stellvertretender Vorsitzender gegenüber Freund und Feind „die Grenzen alldeutscher Arbeit" unzweideutig festgelegt und jede Vergewaltigungsabsicht, besonders unserer deutschbevölkerten Nachbarstaaten, zurückgewiesen hatte[1]). Es ist auch schwer zu glauben, daß diese Angriffe auf die Alldeutschen ohne genaue Kenntnis ihrer Ziele und ihrer Verwahrungen gegen Mißdeutungen unternommen wurden. Denn eine solch oberflächliche Leichtfertigkeit kann man doch niemand im ernsthaften politischen Kampfe zutrauen. Es bleibt also nur der böse Wille, den Alldeutschen gegen besseres Wissen solche Pläne unterzuschieben. Das Mittel, das eigene Gewissen zu beruhigen, ergab sich aus der Vieldeutigkeit des Wortes „Alldeutsch". Zweifellos hat der Verband das alleinige Eigentumsrecht auf diesen Namen. Denn vor ihm gab es nur den Namen „Alldeutschland", wie ja gelegentlich bei Hamerling schon erwähnt wurde. Dieses „Patent" auf den Namen „Alldeutsch" wurde bekanntlich von österreichischen Gesinnungsverwandten gebrochen und durch die Art der dortigen Kampfesnotwendigkeiten dem Ausdrucke „Alldeutsch" ein gewisser Beigeschmack verliehen, den die Verbandsgegner im Reiche weidlich ausnutzten. Er hatte aber mehr den Nebenbegriff des „romfeindlichen", nicht des „pangermanischen" oder „chauvinistischen" angenommen. Dieser zweite Bedeutungswechsel bahnte sich an durch das ausländische Schrifttum. Franzosen und Engländer übersetzen „Alldeutsch" mit „pangermaniste" bezw. „pangermanic", so daß der grundlegende Unterschied zwischen Alldeutsch und Pangermanisch, von denen das letztere doch eine höhere Entwicklungsstufe des ersteren darstellt, ganz verwischt wurde. Es braucht nicht erst betont zu werden, daß auch mit dem Worte „pangermanisch" nicht ohne weiteres das Ausschweifende und Angriffsartige verbunden ist. Waren doch so besonnene Männer wie Gobineau, Chamberlain und Björnson Pangermanisten. Um diese Deutung zu gewinnen, mußte man erst wieder einen weiteren Gedankensprung machen. Der reine Angriffs- und Ausbreitungsgedanke des Panslawismus gab hierzu das Mittel. Also lediglich diese Namensverwandtschaft, aber keinerlei innere Zusammenhänge, schufen schließlich die Möglichkeit, dem Begriff des „Alldeutschen" die zügellose Raffsucht der Panslawisten anzuheften. Wie weit mit diesen Taschenspielerstücken das Ausland, wie weit die verständnisvollen Mithelfer im eigenen Lande zu belasten sind, bleibe dahingestellt. Nun hatte man den Doppelsinn zur Verfügung und konnte ruhig auf die Alldeutschen loshauen. Jeden Versuch des Alldeutschen Verbands, den Gegner zu stellen und zu bestimmten Angaben zu zwingen, wich er nun mit Leichtigkeit aus. Es waren ja nur die „Alldeutschen", die Militaristen, Chauvinisten, Kriegshetzer, gemeint: den Alldeutschen Verband hatte man nicht genannt. Wir haben schon gesehen, daß sich selbst zwei deutsche Staatsmänner nicht scheuten, sich dieses durchsichtigen Verteidigungsmittels zu bedienen, jedenfalls kein Zeichen für hochentwickelte Verantwortungsfreudigkeit. Und nun begann das Fangballspiel. Das Ausland hatte die Begriffsverwirrung mit dem Worte „All-

[1]) Eine Vergewaltigung, nicht eine freiwillige Rückkehr! Eine solche hielt für die Schweiz ja auch Gottfried Keller (1872) nicht für ausgeschlossen, wenn das Deutsche Reich sich so entwickele, daß es auch die Angliederung republikanischer Staatsformen ertragen könne.

deutsch" ermöglicht. Nun warf man den Ball zurück und verdächtigte die Alldeutschen beim Ausland. Bewußt oder unbewußt gab man diesem damit eine seiner besten Waffen für den späteren Verleumdungsfeldzug gegen den unersättlichen Landhunger des Deutschen Reiches. Und hierdurch wurde diese unredliche Kampfesweise unserer Gegner zur geschichtlichen Schuld am ganzen Deutschtum. In welcher Weise erst die innerdeutsche Hetzarbeit die Alldeutschenfurcht im Ausland erzeugt hat, geht aus der Abwehrschrift des Pfarrers K. Spieß gegen Baumgartens „Echo der alldeutschen Bewegung in Amerika" hervor[1]).

Die Gegner auf der linken Seite waren überhaupt nicht von der Berechtigung der alldeutschen Ziele überzeugt. Sie hielten sie im Gegenteil nicht nur für unberechtigt, sondern zum Teil für schädlich. Es fragt sich nur noch, woher die Schärfe ihrer Kampfstellung kam. Bei manchem zweifellos daher, daß er daran Anstoß nahm, daß der Verband seine Aufgaben als vaterländische höchster Art ansah. Die Gegnerschaft zu diesen Bestrebungen belastete sie mit den Schein vaterlandsfeindlicher Gesinnung. Das nimmt niemand gerne hin und selbst bei den meisten Anhängern ausgesprochen zwischenvölkischer Anschauungen ist die Gleichgültigkeit gegen völkische Fragen nicht so weit gediehen, daß sie solche Vorwürfe und Gewissensregungen ganz kalt ließen. Bei der Mehrzahl der Gegner wird allerdings auch die klare Erkenntnis mitgesprochen haben, wie verhängnisvoll die Ausbreitung alldeutscher Gedanken im Volke den eigenen Plänen werden müsse. Darüber täuscht auch eine gelegentliche Großsprecherei nicht hinweg, indem man den Verband als ganz einflußlose Gesellschaft hinzustellen versuchte. So unbedeutende Leute hätte man nicht mit einem solchem Aufwande von Eifer und Skrupellosigkeit bekämpft. Nein, man sah eben, daß trotz der im Verhältnis zu den Millionenzahlen der Parteien geringen Anhängerschaft des Verbandes dieser allmählich und sicher die allgemeine Stimmung zu beeinflussen und seinen Bestrebungen selbst in den Reihen der Linksparteien Eingang zu verschaffen wußte. Die Entwicklung der Stellungnahme des Zentrums und des Freisinns zu den Flotten-, Wehr- und Kolonialfragen ist hier außerordentlich lehrreich. Man fühlte sich also von dem um sich greifenden alldeutschen Gedanken im eignen Heime nicht mehr sicher und hatte vielleicht das uneingestandene Bewußtsein, daß doch auch einmal im deutschen Reiche die völkischen Fragen jenseits der Parteischranken, wie bei andern Völkern, behandelt würden, wozu gerade im Alldeutschen Verbande mit seiner Gefolgschaft aus den verschiedensten politischen Richtungen der Anfang gemacht war.

Die Gegnerschaft der Rechtsparteien beschränkte sich auf einzelne Fälle und hat sich auch nicht zu der Schärfe ausgebildet, wie wir es bei der Linken gesehen haben. Bei ihnen lebte vor allem die Besorgnis, die Alldeutschen möchten mit ihrem entschiedenen Vorgehen die sorgfältig gewobenen Fäden der Regierungspolitik verwirren und die Führung der auswärtigen Geschäfte erschweren. Das waren im Grunde genommen noch Ueberbleibsel der alten Auffassung, nach der die äußere Politik ein Kräutlein Rührmichnichtan war, eine Geheimkunst, über die nur die Zünftigen der

[1]) Der Tag des Deutschen, Heft 1.

Wilhelmstraße urteilen könnten. Daher auch noch das Befremden des Alldeutschen Kardorff bei seinem Gespräch mit Bülow, daß der Alldeutsche Verband sich schließlich als „höchste Instanz in Fragen der auswärtigen Politik" betrachte. Ja, das war unverantwortlich, daß er nicht nur so oft gegen die „Sachverständigen" Recht behalten und diese gezwungen hatte, die vorher verpönten alldeutschen Wege einzuschlagen, sondern daß er nun gar Regierung und Reichstag die Wege der Politik vorzeichnen wollte! Und das war ja schließlich auch immer der geheime Kummer der Regierungen vor Bethmann. Eigentlich hatten ja die Alldeutschen meistens recht, aber daß sie ihre abweichende richtige Meinung und ihre Erfolge so öffentlich kundgaben, das war so verstimmend und niederziehend. Kein Fachmann läßt sich vom „Dilettanten"[1]) gern etwas vormachen. Und doch waren die Fehden des Alldeutschen Verbandes gegen die Regierung stets nur bitterer Not entsprungen. Man hätte gern — wie es die anderen Staaten so meisterhaft verstanden — im Dienste der Staatsleitung den Boden für die völkische Entwicklung vorbereitet, und selbst Verleugnungen gelegentlich in Kauf genommen, wie dies die Marokkozeit 1911 lehrte. Aber es mußte dann ein entsprechendes Vertrauen in eine geradlinige Staatskunst vorhanden sein, das während des „Neuen Kurses" nicht aufkommen konnte. So verzichtete die Regierung meist auf die wertvollen völkischen Vorspanndienste des Verbandes, dessen Kräfte, in Wechselwirkung hierzu, allzusehr durch die Alltagskämpfe beansprucht wurden und nicht zur vollen Wirkung kommen konnten.

Es kann hier nicht im einzelnen zu den Vorwürfen gegen den Alldeutschen Verband Stellung genommen werden. Wer sich näher unterrichten will, sei auf die von der Hauptleitung herausgegebene Schrift „Der Alldeutsche Verband — eine Aufklärungsschrift" — und auf Dr. F. St. Neumanns „Denkt Kinder und Enkel . . .!" unter dem Stichwort „Alldeutsch" hingewiesen. Auch der „Alldeutsche Katechismus" und Colsmanns „Alldeutschtum und die deutsche Kultur" bringen wertvolle Beiträge hierzu[2]). Im folgenden kann nur eine Auswahl von möglichst verschiedenartigen Aussprüchen für und wider den Verband beigebracht werden, ohne jedoch auf Vollständigkeit Anspruch zu erheben. Dies ist auch nicht der Zweck. Denn wer die Gegner, z. B. die Delbrück, Hobohm, Baumgarten usw., kennen lernen und unvoreingenommen beurteilen will, muß sich doch in das einschlägige Schrifttum vertiefen. Auszüge geben notwendigerweise stets ein schiefes und unvollständiges Bild.

Zunächst einige Aeußerungen aus der Vorkriegszeit. Manche sind schon früher angeführt, so die von Frhr. v. Schön und Kiderlen, sowie die vom Fürsten Bülow. Als erstem sei dem verdienstvollen Förderer des Rassegedankens, Prof. Schemann, das Wort gegeben. In „Gobineaus Rassenwerk" sagt er 1909: „Uebrigens wird es den späteren Zeiten leichter möglich sein, den Anteil der alldeutschen Welt auch an den geistigen Siegen und Erfolgen des Deutschtums, überhaupt das Kaliber ihres geistigen und sittlichen Wertes festzustellen, als den heutigen, wo eine derartige mit Naturnotwendigkeit aus der Gesamtentwicklung

---

[1]) „Dilettant" im Chamberlainschen Sinne verstanden.

[2]) Auf Colsmanns tiefschürfende Schrift sei besonders hingewiesen.

hervorgegangene Vereinigung begreiflicherweise zu sehr vom Standpunkt poltischer Parteien beurteilt wird. Immerhin darf man schon heute sagen, daß nicht leicht in andern deutschen Kreisen sich ein gleiches Maß von Realidealismus, von ernstem Mut und zielbewußter Einkehr, von historischer Einsicht und kulturellem Weitblick finden dürfte, wie in denen der Alldeutschen und diese daher, zumal in ihren Führern, wenn nicht den, doch sicher einen Volltypus des deutschen besten Schlages vor Mit- und Nachwelt verkörpern. Die Irrungen und Wirrungen des Tages vermögen an diesem Urteil nichts zu ändern“.

Diesem Urteil sei das von Massow angefügt, der bereits 1899 (AB 99, 411) den Alldeutschen Verband als einen der „bereits bestehenden und segensreich wirkenden Vereine nationaler Richtung“ bezeichnet. 1913 hat er sein Urteil etwas geändert. In seinem Werke: „Die deutsche innere Politik unter Kaiser Wilhelm II.“ sagt er auf Seite 153: „Die Ziele des Verbandes waren gut und stets redlich gemeint, aber in der Tagespolitik hatte er meist das Unglück, diese Ziele zu unrechter Zeit und mit unrichtigen Mitteln zu verfolgen und so liegt sein Verdienst fast ausschließlich in der erzieherischen Wirkung, die er auf das Nationalgefühl ausübte“. Leider gibt der Verfasser nicht an, welche Fälle er im Auge hat, so daß eine Auseinandersetzung mit ihm nicht möglich ist. Letztere wäre um so wünschenswerter gewesen, als Massow jedenfalls ursprünglich den Rechtsparteien nahe stand. Sehr weit nach links neigt das Urteil von Prof. Theob. Ziegler. Deshalb kann man von vornherein bei ihm keine große Vorliebe für die Alldeutschen erwarten, wenn er in seinen „Geistigen und sozialen Strömungen des 19. Jahrhunderts“ die alldeutsche Bewegung behandelt, und sich mit ihr also abfindet[1]): „Das (d. h. die vorhergenannten Verbandsaufgaben) klingt durchaus unverfänglich und vernünftig; in Wirklichkeit aber haben sich diese Alldeutschen vielfach recht draufgängerisch und chauvinistisch gezeigt und sind in ihrer Kritik und mit ihren positiven Forderungen oft recht taktlos, provozierend und maßlos geworden“. Bei dieser Schärfe der Verurteilung hätte der Straßburger Gelehrte doch wohl die Pflicht gehabt, wenigstens andeutungsweise seine Ansicht zu belegen. Leider ist dies nicht geschehen, ein zwar bequemes, aber nicht ganz richtiges Kampfverfahren.

Bei Lamprecht (Ergänzungsband II, 2, 600) sind nur die Erfolge des Verbandes auf dem Gebiete der Auswanderungsfürsorge gerühmt. Eines weiteren Urteils enthält er sich in seiner „Deutschen Geschichte“, trotzdem er damals noch auf dem Boden der alldeutschen Anschauungen wirkte.

Eine besonders ablehnende Haltung zum Verbande nimmt von den Geschichtsschreibern Delbrück ein. Fast alle Jahrgänge der „Alldeutschen Blätter“ wissen davon zu berichten, seit jenem Jahre 1892, als er noch in alldeutschen Kreisen Bismarcks Größe huldigte. So sagte er 1913 (AB 13, 401): „Die Gefahr der Zukunft liegt nicht in der Sozialdemokratie, und nicht im Zentrum, sondern bei den Alldeutschen“. Bei dieser Anschauungsweise ist seine spätere Haltung während des Kriegs unschwer zu verstehen. Nur ist es merkwürdig, daß er noch 1911 eben diese künftige Gefahr als durchaus geringfügig hingestellt hat. Er schrieb am

[1]) S. 540.

13. April dieses Jahres in einem offenen Briefe an die „Contemporary Reviews" nämlich (AB 11, 203): „Es ist wahr, wir haben in Deutschland die sogenannten Alldeutschen, deren Aeußerungen in der fremden Presse immer als Beweis der ungeheuren Eroberungsabsichten Deutschlands zitiert werden. Aber jedermann in Deutschland weiß, daß das zwar eine sehr eifrige, aber gänzlich einflußlose[1]) kleine Sekte ist. Es sind gute Patrioten, und man darf ihnen deshalb nicht gram sein, aber wegen der falschen Vorstellung, die im Auslande geflissenlich[1]) über ihre Bedeutung verbreitet wird, bereiten sie der Politik des Deutschen Reichs unberechenbaren Schaden." Wobei Herr Delbrück allerdings mitzuteilen vergißt, von welchen Kreisen diese falsche Vorstellung im Auslande verbreitet wurde. Sie dürften den Reihen seiner späteren Mitkämpfer gegen den Alldeutschen Verband nicht allzu fern gestanden haben.

Besonders fesselnd ist es, was A. Dix 1913 im „Deutschen Boten" zu erzählen weiß, als man mit ihm im Preßbüro des Auswärtigen Amtes in Verbindung trat. Damals äußerte die leitende Persönlichkeit zu ihm: „Wir brauchen die Alldeutschen; sie sind ein Hecht im Karpfenteich, und wenn es keine alldeutsche Bewegung gäbe, müßten wir sie ins Leben rufen". Dix fährt dann fort: „Nun ist ja zweifellos zugegeben, daß man regierungsseitig mit solchen vorwärtstreibenden Kräften vorsichtigerweise auf dem Standpunkte zu verkehren geneigt sein wird: Grüß mich nicht unter der Linden. Aber die Art, wie man bei Gelegenheit von Agadir zuerst auf das Vorwärtsdrängen von Seiten der öffentlichen Meinung gerechnet hatte, um dann die Alldeutschen stärker denn je in Acht und Bann zu tun, war denn doch eine Leistung, deren Wiederholung man sich nicht nur von alldeutscher Seite, sondern in recht weiten deutschen Kreisen entschieden verbitten würde". (AB 13, 92).

Ferner sei noch auf die Ausführungen des Grafen Reventlow zur Breslauer Schwarzseherrede des Kaisers hingewiesen,[2]) da ja sicherlich die Alldeutschen in ihr in erster Linie gemeint waren. Ein näheres Eingehen würde hier zu weit führen.

Aus dem Auslande seien zwei Stimmen angeführt. Die erste von dem bekannten Alldeutschenfresser Chéradame. Zur Kennzeichnung seiner Zuverlässigkeit diene es, daß er den Kardinal Kopp einen Alldeutschen nennt und in seinem Aufsatze in der „Revue hebdomadaire", „le mouvement pangermaniste" die „Neue freie Presse", jenes würdige österreichische Gegenstück zum „Berliner Tageblatt", ebenfalls als alldeutsch bezeichnet. (AB 00, 288). Und das ist noch der kenntnisreichste unsrer Gegner, jenseits der Vogesen! Viel vernünftiger urteilt ein Engländer in einem Aufsatze „The pangermanic doctrine": „Alldeutschland ist in vieler Hinsicht so gut eine Idee, wie die Monroe-Doktrin oder wie Großbritanniens Anspruch auf die Herrschaft über die Meere (AB 04, 314)". Das war aber selbst im Jahre 1904, vor den Marokkohändeln, ein weißer Rabe.

Im April 1914 hatte der Geschäftsführende Ausschuß des Alldeutschen Verbands in Stuttgart getagt und nochmals all seine Sorgen in einer Entschließung niedergelegt, in der auch der unmittelbar bevorstehende Krieg

---

[1]) Hervorhebungen durch den Verfasser.
[2]) In „Kaiser Wilhelm II. und die Byzantiner" S. 66/67.

deutlich verkündet wurde (Anl. 6). Da Propheten bekanntlich im eigenen Lande nichts gelten, ging man zunächst an dieser Aeußerung ziemlich achtlos vorüber. Als aber dann wenige Monate später der Krieg wirklich ausbrach und nicht nur dem Kanzler verschiedene Kartenhäuser zusammenstürzten, erwachte doch bei manchem Gegner der Alldeutschen die Erkenntnis, daß diese allein die Dinge richtig beurteilt hätten. Dem gaben sie verschiedentlich Ausdruck, merkwürdigerweise reicht aber keines dieser Bekenntnisse über das Jahr 1915 hinaus. Dann wird es wieder still damit. Als erster dieser Kronzeugen sei Kurt Eisner das Wort gegeben, dem man gewiß keine Vorliebe für die Alldeutschen nachsagen kann und der sich in der „Neuen Zeit" 1915 also ausließ (AB 15, 149): „ . . . Wer übt — das Spiel der wirtschaftlichen Triebkräfte persönlich verlebendigt — in Deutschland den entscheidenden Einfluß auf den Gang der auswärtigen Politik? Niemand anderes seit einem Vierteljahrhundert, als eben die Alldeutschen. Sie haben einen größeren Einfluß auf die Richtung der Politik gewonnen, als selbst die mächtigen Interessenverbände des großen Grundbesitzes und des Kapitals. Sie haben im Laufe der Zeit mehr durchgesetzt, als alle politischen Parteien und sämtliche parlamentarische Fraktionen Deutschlands zusammengenommen. Immer in schroffster und rücksichtslosester Opposition gegen die Regierungen, von den Offiziösen bekämpft, von der Massenpresse totgeschwiegen, haben sie schließlich sicher, wenn auch nicht sofort und in vollem Umfange, ihre Pläne durchgesetzt . . . . Als im Sommer 1914 der Weltkrieg ausbrach, wirkte er für die große Masse des deutschen Volkes wie ein betäubender Schlag. Noch wenige Tage vorher konnten Leute, die wußten, was bevorstand und die zu warnen und vorzubereiten suchten, von „führenden" Männern der Oeffentlichkeit hören, sie seien verrückt. Aber wer sich daran gewöhnt hatte, in den bescheidenen „Alldeutschen Blättern" eine reichere Quelle der Aufklärung zu finden, als in den großen Papieren von Frankfurt oder Köln, für den war das Herannahen des Weltgewitters längst kein Geheimnis mehr." Eisners Stammesgenosse Epstein pflichtet diesen Anschauungen in der „Schaubühne" (AB 15, 150) bei; nach seiner Meinung waren „die Alldeutschen die einzigen, die ein sicheres Urteil über Deutschlands Lage hatten". Von ganz besonderem Werte erscheint das Zeugnis des ganz linksstehenden Wilhelm Herzog im Juliheft des „Forum" (AB 15, 305): „ . . . . Man beschimpfte die Alldeutschen, aber ab 2. August bestahl man sie. Die Kriegsterminologie selbst liberaler und sozialdemokratischer Zeitungen ist mehr oder weniger dem Sprachschatz der „Alldeutschen Blätter" entnommen. Alles was in den „Alldeutschen Blättern" seit Jahren über die Machenschaften unserer Feinde, über ihre geheimen Verträge zu lesen war, bekommen wir jetzt aufgewärmt vorgesetzt . . . . Schon nach diesen wenigen Proben (Zitate!) werden wir den Anspruch des Alldeutschen Verbandes, sich als „das Gewissen des deutschen Volkes" zu betätigen, nicht mehr vermessen oder auch nur überspannt nennen dürfen. Denn wir sehen in der Tat, daß es ihm als einzigen möglich war, lange vor dem Kriege, die Katastrophe, ihre Rechtfertigung, alle Ahnungen und alle Argumente, die für den Krieg sprachen, in dieser Deutlichkeit zu entwickeln. Hocherhobenen Hauptes können diese wackern Wächter an all den andern vorübergehen, die eingelullt von Friedensflöten sich jenen unfruchtbaren Weltbeglückungsideen überließen, die dieser Krieg

hat zu schanden werden lassen. Alles, was die Alldeutschen wollen, scheint mir bis aufs Blut bekämpfenswert .... Und dennoch. Trotz allem: diese Menschen haben Recht behalten. Sie haben gesiegt. Ihre Prophezeiungen sind eingetroffen. Es hilft nichts, sich gegen diese Erkenntnis der Wahrheit zu sträuben. Wir können sie bedauern, aber wir löschen sie nicht aus. Sie ist da." Und schließlich sei von Gegnern noch der unselige Hello von Gerlach angeführt, der 1917 in der Wiener „Zeit" ebenfalls auf die politische Weitsicht des Verbands hinweist, wenngleich er ihm einen größern Einfluß glaubt zusprechen zu müssen, als er leider in der Tat besaß.

Auf der anderen Seite seien noch einige Urteile von Personen wiedergegeben, die den Alldeutschen nahestanden oder die wenigstens ihre Bestrebungen unbefangen würdigten. Das erste Wort gebührt Karl Peters. Er schrieb kurz vor seinem Tode 1917 in der „Neuen gesellschaftlichen Korrespondenz" (AB 17, 132): „Bei uns glaubt jeder Hanswurst einen Gegner verdächtigen zu können, indem er ihm die Kennzeichnung „alldeutsch" anhängt. Den Alldeutschen Verband habe ich selbst im Herbst 1886 gegründet und 1890 neu umgebildet. Er vertritt Anschauungen und Ziele, welche in der ganzen britischen Welt als ganz selbstverständlich gelten und von jedem Hausknecht und von jedem Bettler öffentlich ausgesprochen werden. Aehnlich so in Frankreich. Wenn es in Deutschland Kreise gibt, welche ihn verfehmen möchten, so spricht dies ausschließlich gegen sie selbst, nicht aber gegen den Alldeutschen Verband". Mit diesen Sätzen berührt der welterfahrene Mann den schmerzlichsten Mangel in unserer Wesensart, den Mangel an völkischem Selbstgefühl, der es bewirkt, daß wir beim eigenen Landsmann verurteilen, was wir vom Fremden als selbstverständlich und berechtigt hinnehmen. Etwas eingehender hat Prof. v. Liebig diesen Gedanken von Peters im Maiheft 1920 der „Monatshefte für Politik und Wehrmacht"[1]) ausgesponnen. Tatsächlich entstammt jenen Kriegsjahren die Umwandlung des Begriffes „Alldeutsch", von der oben die Rede war und die Rippler in der „Täglichen Rundschau" vom 17. Mai 1917 (AB 17, 233) folgendermaßen kennzeichnet: „Alldeutsch wird heute von der demokratischen Presse alles genannt, was sich einer schwanken, ziellosen Politik widersetzt, was einen Frieden ersehnt, der der gebrachten Opfer wert ist, was an Sieg glaubt und mit Hindenburg an den Tag, wo die Feinde ihre Ohnmacht erkennen und sich unserm Willen fügen werden". Das wahrhaft gehässige Preßtreiben der Folgezeit fälschte dann den Begriff „Alldeutsch" immer weiter, wobei man selbst vor Verdächtigungen nicht mehr zurückschreckte, indem man dem Verband die keineswegs uneigennützige Vertretung der Klassenvorteile der Heeres- und Großgewerbekreise unterschob[2]). Die Kampfesweise der Hobohm, Baumgarten, Rohrbach und, wie sie alle heißen, trug mittelbar zu dieser üblen Wendung bei — Blätter wie der „Vorwärts" und das „Berliner Tageblatt" glaubten sich danach keine Zurückhaltung mehr auferlegen zu müssen. Als Beleg diene Baumgartens schon erwähnte Schrift, wo er für die

[1]) S. 205.

[2]) So wurde in den „Münchener Neusten Nachrichten" im Herbst 1917 behauptet, daß die alldeutsche Bewegung mit ihrer Presse im engsten Zusammenhang mit der Schwerindustrie stände. (Deutschl. Erneuerung I, 668.)

deutschfeindliche Stimmung in den Vereinigten Staaten in hohem Maße „die Ausschweifungen der Gefühlspolitik" der Alldeutschen verantwortlich macht, trotzdem er gleich auf der 2. Seite offen eingestehen mußte, „daß alle Hinweise auf deutsche Aeußerungen eines pangermanistischen Eroberungswillens absichtsvolle Entstellungen aus dem Zusammenhang gerissener deutscher Stimmen sind. Noch beweiskräftiger sind für die damals beliebten Kampfesgepflogenheiten die Ausführungen Eugen Diederichs' in seinem Aufsatz „Die alldeutsche Gefahr". Er erschien im Heft 6 der Zeitschrift „Die Tat" und muß im Zusammenhange gelesen und gewürdigt werden, weshalb wir uns enthalten, einzelne besonders anfechtbare Sätze hier anzuführen. Daß es gerade der Herausgeber der verdienstvollen „Monographien zur deutschen Kulturgeschichte" und Lagardes ist, der sich diese Auslassungen leistete, ist für die Vielseitigkeit mancher Leute bezeichnend [1]).

Als versöhnenden Abschluß nach diesen wenig erfreulichen Feststellungen wollen wir noch ein Urteil anführen, das Hofmiller 1915 in den „Süddeutschen Monatsheften" abgab (AB 15, 103): „Man wundert sich immer aufs neue, wieviel Männer in nichtverantwortlichen Stellungen es gab, die den Krieg mit allen Einzelheiten der politischen Konstellation vorausgesehen und die Verantwortlichen rechtzeitig gewarnt haben, besonders aus den Kreisen des Alldeutschen Verbands. Gegenüber den halb offenen, halb andeutenden Angriffen auf ihn, die sogar jetzt noch da und dort zu lesen sind, ist es angebracht, einmal und ganz öffentlich und bestimmt festzustellen, daß sich die Alldeutschen von allen Politikern als die klarsten Beobachter der Lage und die sichersten Propheten der Ereignisse gezeigt haben. Sie können so ruhig auf ihre Haltung vor dem Kriege verweisen, wie sonst nur der Flottenverein. Sie brauchen weder ihr Programm, noch ihre Grundsätze zu ändern. Seit Jahren vertraten sie, was jetzt deutsche Politik ist, und in alle Zukunft deutsche Politik sein muß. Alles, was sie vorausgesagt haben und wofür man sie verlacht hat, ist eingetroffen. Sie standen allein, aber jetzt sind sie in der besten Gesellschaft. Seit dem Kriege zeigt sich erst, wie viel Alldeutsche es gibt: nicht eingeschriebene Angehörige des Vereins, aber Hunderttausende von deutschen Männern und Frauen, die dieselben Ueberzeugungen, dieselben Hoffnungen und vor allem dieselben Befürchtungen hegen, sie waren alldeutsch, ohne es zu wissen, sie kannten vielleicht nur ein Zerrbild der alldeutschen Bestrebungen, aber jetzt finden sie sich in Glaube und Wille".

In der Zeit nach dem Kriege sind bereits eine große Anzahl von Veröffentlichungen erschienen, teils von Staatsmännern, die ihr eignes Verhalten darstellten, teils von Männern, die sich über die Ereignisse der Kriegsjahre Rechnung legen wollten. In vielen dieser Schriften ist der Alldeutschen gedacht. Die Urteile Bethmanns und Jagows sind schon erwähnt. Ergänzend seien noch einige andere hinzugefügt. Zunächst sei Rohrbach genannt, der bei Kriegsbeginn selbst recht weitgehende Kriegs-

[1]) Erich Kühn weist in einer Besprechung mit Recht darauf hin, daß es „von höchster Unsicherheit im Urteil zeigt, daß in einer Zeitschrift unmittelbar nach dem besten, was über „Alldeutschtum und deutsche Kultur" von Colsmann gesagt wurde, in der gleichen Nummer die Herausgeber selbst diese oberflächlichen und unverantwortlichen Anschauungen über die Alldeutschen von sich gibt".

ziele verfolgte, später aber völlig abschwenkte und einer der Hauptrufer im Kampfe gegen die Alldeutschen wurde. Vor dem Kriege hatte er bereits eine Schrift herausgegeben „Der deutsche Gedanke in der Welt“, die schon wegen ihrer Ueberschrift nicht unerwähnt bleiben soll. Nach anfänglich richtiger Würdigung der Lage und Aufgaben des Deutschtums bleibt der Verfasser jedoch auf halbem Wege stehen und weiß nichts besseres, als Verzicht und Entsagung zu empfehlen. Es künden sich schon die Gedanken an, die Rohrbach später in die Reihe unserer Gegner führen mußten. Die „Alldeutschen Blätter“ urteilten damals ganz richtig (AB 12, 135): „ Unsre Eignung zum Weltvolke wird in ganz vortrefflicher Weise dargelegt, die ersten Abschnitte könnten jedem alldeutschen Katechismus einverleibt werden .... Unsre Stellung in der Welt entspricht nicht der Machtgeltung des deutschen Gedankens. Dieser, der dem Buche den Namen gab, ist Dr. Rohrbachs eigenste Erfindung, ein Wort von großem Klang; dessen tiefen Sinn man vergeblich zu verstehen sucht, ein Mittel um die durch das kraftvolle Sturmläuten in den Anfangsabschnitten aufgeweckte Nation wiederum lieblich einzuschläfern ... Unsre Aufgabe in der Welt ist[1]), „unter Verzicht auf kriegerische Unterwerfung fremder Länder und Völker, die uns zugänglichen Gebiete der Welt mit dem geistigen Gehalte nnsres Volksgedankens zu durchtränken“. Von Rohrbach erschienen dann nach dem Kriege mehrere Schriften, alle mit dem Zwecke, die Alldeutschen mit der Hauptschuld am Ausbruche und Ausgange des Krieges zu belasten. Diese seine Ansicht kann hier nicht nochmals widerlegt werden. Einige Sätze seien aber doch angeführt, um die Güte seiner Gründe zu kennzeichnen. So wirft er den Alldeutschen vor, daß sie „offen das Programm der deutschen Weltherrschaft aufstellten“, eine längst zurückgewiesene Unwahrheit, die durch ihre Wiederholung nicht beweiskräftiger wurde. Auf der gleichen Höhe steht seine Behauptung[2]), daß „sowohl vor dem Kriege, als auch während des Kriegs Vertreter des alldeutschen Gedankens in verschiedener Ausprägung das Prinzip der Gewalt, Gewalt und nochmals Gewalt im Völkerleben“ verkündet hätten. Auch das ist falsch, und verkennt außerdem völlig das Wesen des Krieges. Zudem ist hier Herr Rohrbach etwas vergeßlich, da er doch wohl selbst nicht glaubte, seine Ziele von 1914 mit Samthandschuhen durchsetzen zu können. Und nach seinem eignen Geständnis hat er damals[3]) gefürchtet, „daß die Situation .... vorübergehen könne, ohne daß das unvermeidlich gewordene Gewitter sich entlade“. Wenn er ferner, von der alldeutschen Gegenregierung während der vier Kriegsjahre redet, so darf wohl auf die Unterdrückungsmaßnahmen gegen die alldeutschen Führer und die schon angeführten Worte des Obersten Bauer hingewiesen werden, um auch die Nichtigkeit dieser Behauptung zu erweisen.

Auch Hammann nimmt in seinen Erinnerungen „Zur Geschichte des Weltkriegs“ Stellung zu den Alldeutschen. Daß sie nicht übermäßig wohlwollend ausfallen würde, konnte man von vornherein annehmen, da

[1]) Nach Rohrbach.
[2]) Beide Aeußerungen finden sich in „Woher es kam?“
[3]) So verstehen wir die betreffende Stelle (S. 13), wo er von „einsichtigen deutschen Patrioten“ spricht.

schon im Jahre 1902 gespannte Beziehungen mit diesem Pressegewaltigen des Auswärtigen Amts bestanden. Damals warf er den Alldeutschen „Kaiserhetze“ vor (AB 02, 402 usw). Hammanns Urteil geht nun dahin, daß „so gut auch der Alldeutsche Verband als nationaler Sauerteig unter den Deutschen daheim und draußen gewirkt haben mag, so viel hat er durch prahlerisches Pochen auf die Macht des Reichs und naive Unterschätzung fremden Volkstums dem deutschen Ansehen im Auslande geschadet“[1]). Als Beweis führt er zunächst einen Aufsatz von Kurt von Strantz aus dem Jahre 1893 an, in dem er Flandern, Artrecht und ganz Lothringen zurückverlangt. Der Fehler ist nur der, daß er diese vor allem in ihrer Schreibart anfechtbare Schrift[2]) schlechthin als „alldeutsch“ bezeichnet. Auch die Schrift „Großdeutschland“ vom Jahre 1895 muß herhalten, da sie von Hasse günstig beurteilt worden sei. Das ist, wie schon oben gesagt wurde, aber in dieser Form nicht ganz richtig. Das Bedenkliche der Besprechung durch Hasse ist allerdings nicht zu leugnen. Dieses Beweismaterial — selbst wenn beide Schriften wirklich alldeutsche gewesen wären — ist jedoch für den ganzen langen Zeitraum wirklich allzu dürftig, um aus ihm die üblen Folgen der alldeutschen Handlungsweise begründen zu können.

Ganz anders ist der Standpunkt Ph. Hiltebrandts, der in seinem wertvollen Buche „Das europäische Verhängnis“ (1919) auch mit dem Alldeutschen Verbande sich eingehend auseinandersetzt. Seine ziemlich umfangreichen Ausführungen können hier, auch auszugsweise, nicht wiedergegeben werden. So schief und einseitig Hiltebrandts Urteil ausfällt, so muß man doch anerkennen, daß er bestrebt war, sich in die alldeutsche Gedankenwelt zu versetzen und jedenfalls sein Urteil von überheblicher Schärfe freizuhalten. Er bürdet den Alldeutschen zwei Fehler auf. Der erste liege in ihrer umfassenden und deshalb irreführenden Namenswahl „alldeutsch“, wodurch der Vergleich zum Panslawismus gegeben sei, trotzdem sie keinen der verlorenen deutschen Volksteile dem Reiche gewaltsam hätten zurückgewinnen wollen. Aus dieser Gedankenfolge geht klar hervor, daß sich der Verfasser vielleicht über das umfassende und hohe Ziel der Alldeutschen doch nicht hinreichend unterrichtet hat, wenn er auch richtig betont, daß sie bei ihren außerpolitischen Bestrebungen, d. h. einem Teile ihrer Gesamtarbeit, keine uferlose „Gewalt“politik treiben wollen. Den zweiten Fehler sieht er in der Hochhaltung des Rassegedankens, indem die Alldeutschen auf Grund der Darwinschen und Gobineauschen Lehren den Deutschen eine besondere Ueberlegenheit über andere Rassen zusprächen. Weshalb dies ein Fehler sein soll, ist nicht recht ersichtlich. Angeblich, weil es einer der Gründe sei, weswegen die Alldeutschen vom Nationalismus zum Imperialismus übergegangen seien. Das stimmt aber gar nicht. Denn die Erkenntnis von der Notwendigkeit für Deutschland, Weltpolitik zu treiben, ist älter, als das Eindringen der Rasselehren in die alldeutsche Gedankenwelt. Im Gegenteil, wir sehen, daß diese Lehren recht lange gebraucht haben, um sich vollständig durchzusetzen. Zudem lag dem Rassegedanken, wenigstens bei den Alldeutschen, jede Ueberheb-

[1]) I 109.
[2]) Z. B. „bis die französische Trikolore zu Füßen des deutschen Aares liegt“.

lichkeit gegen andre Völker fern. Er nährte natürlich auch die stolze Freude am eignen Volkstum, wogegen Hiltebrandt an sich nichts einwenden kann. Er meint aber, daß die Alldeutschen den damit zusammenhängenden Machtanspruch zu einseitig betont hätten. Hierbei seien sie ihrem Herrn und Meister Bismarck auf falschen Bahnen gefolgt, da sie ihn sich nur als den Gewaltmenschen mit den „Kürassierstiefeln", nicht als den maßvollen Staatsmann zum Vorbild genommen hätten. Aus all diesen schiefen Auffassungen leitet der Verfasser dann ein ablehnendes Schlußurteil über die Alldeutschen her. Ihre Wirkungen seien trotz ihrer guten Absichten geradezu verhängnisvoll gewesen. Dem widerspricht dann aber gewissermaßen, daß er an einer späteren Stelle angibt: „Weder auf die öffentliche Meinung in Deutschland, noch auf die deutsche Regierung besaßen die Alldeutschen vor dem Kriege irgendwelchen nennenswerten Einfluß".

Außer Hiltebrandt haben neuerdings von nationalgesinnten Schriftstellern Ernst Horneffer in „Erkenntnis" und Hermann Martin in „Die Schuld am Weltkriege" in ähnlicher Weise gegen die Alldeutschen Stellung genommen. Die Widerlegung all dieser halben Wahrheiten und ganzen Unrichtigkeiten würde hier zu weit führen. Es kann nur nochmals auf die schon früher erwähnten Schriften, vor allem auf Graf Reventlows Aufsatz: „Der Alldeutsche Verband und die praktische Politik" (AK 444) für die Zeit vor dem Kriege und auf F. St. Neumanns Ausführungen zu den alldeutschen Kriegszielen hingewiesen werden.

In erfreulichem Gegensatze hierzu steht das Urteil des Jenensers Wilhelm Rein. Er setzt dem selbstsichern Wesen der Engländer den ideologischen, weltfremden Zug im deutschen Wesen entgegen.[1]) „Diesem metaphysischen Zug folgen Sozialdemokraten und Pazifizisten in gleicher Weise, wenn auch in abweichenden Formen. Deshalb hassen sie die Alldeutschen mehr als unsere Feinde, die uns ans Leben wollen. Sie warnen unsre Volksgenossen eindringlich, ja nicht dem Haß gegen England nachzugeben, aber ihre Augen fangen alsbald an, vor Haß zu glühen, sobald der Name „Alldeutsch" fällt. Und doch sind die Alldeutschen nur eine ganz sanfte Abart des englischen oder französischen Imperialismus. Fern von dem Gedanken einer Weltherrschaft, wollen sie, wenn ich sie recht verstehe, nichts weiter als unserm deutschen Volke die Möglichkeit gesunden Wachstums sichern, Luft und Licht den heranwachsenden Generationen in ausreichendem Maße gewähren. Aber das ist der unbegreiflichen Weichheit, die am deutschen Wesen haftet, schon zu viel. Die Menschheit umarmend, erscheint manchem Deutschen die leiseste Betonung des Volkstums schon als eine Sünde gegen den heiligen Geist. In grenzenloser Bescheidenheit will der fügsame Deutsche dem Engländer lieber den Steigbügel halten, als in den Geruch irgendwelcher nationalen Begehrlichkeit kommen". Fesselnd, wenn auch nicht durchweg zu billigen, sind auch die Bemerkungen Prof. Jordans in seiner kleinen Schrift „Wie kam es?" Er sagt dort u. a.: „Die Alldeutschen ihrerseits, die politisch im Kriege fast überall schärfer und richtiger gesehen haben als die demokratische Linke, hatten den einen großen Fehler,

[1]) Nach Colsmann, Alldeutschtum usw. S. 37 ff.

daß sie es nicht genügend geschickt verstanden haben, ihre an sich richtigen Gedanken den breiten Schichten des Volkes zu vermitteln. Für ein im wesentlichen unpolitisches Volk wie das deutsche, dem die Machtrealitäten weniger selbstverständlich sind als den Engländern und Franzosen, bedurfte es einer Agitation, die an sich ebenso ehrlich wie die manchmal etwas polternde Offenheit der alldeutschen Propaganda doch verstand, die Seele des Volkes zu beeinflussen und in die richtige politische Bahn zu lenken. Die Fehler der Alldeutschen lagen im allgemeinen lediglich in der Form ihrer Politik, nicht in ihrem Inhalt .... Man hat diese weltpolitischen Pläne dann als ein Welteroberungsprogramm zu verdächtigen gesucht; dies lag den Trägern einer Politik fern, die lediglich ihre Aufgabe darin erblickte, dem deutschen Reiche für den Frieden die Stellung unter den Völkern zu sichern, die seiner innern und äußern Kraft entsprach. Darunter mag es hier und da auch Leute gegeben haben, die den Mund weit aufrissen und die Welt verschlucken wollten; aber das sind ja nur die Begleiterscheinungen jeder politischen Richtung; die politische Gegenseite beurteilt man auch nicht etwa nach denen, für die die persönliche Feigheit das Motiv der Friedensliebe war“.

Zum Schlusse noch die Stimme eines Neutralen, des Schweden Rudolf Kjellen über die alldeutsche Bewegung[1]). Er sagte in der Nya Dagligt Allehanda im Juni 1919: „Sind nicht die Alldeutschen im eigenen Lande in derselben Weise gebrandmarkt worden, wie die Großschweden bei uns zu ihrer Zeit und das in einem Spiel, bei dem die Gegner allesamt „Alldeutsche“ und „Großschweden“ waren? Der gesunde Glaube an sich selbst und der harte Wille, der jeden Engländer beseelt, findet sich nur bei einer kleinen und daheim verachteten Minderzahl innerhalb des deutschen Volkes, während die Mehrzahl versucht, den Feind zu verstehen und ihr Wesen nach seiner Kritik zu richten.“

Wenn wir die Urteile unsrer Gegner, somit sie sich überhaupt die Mühe gaben, dem Alldeutschen Verbande gerecht zu werden, überschauen, so geben sie fast alle zu, daß er sich in der Erweckung und Stärkung des völkischen Bewußtseins bei unserm Volke eine großgedachte und in seinem Sinne berechtigte Aufgabe gestellt habe. Allgemein ist die Erkenntnis, daß infolge unserer leidvollen geschichtlichen Entwicklung die Gaben des nationalen Stolzes und völkischen Hochgefühls, die andern Völkern schon in die Wiege mitgegeben werden, bei uns erst erworben werden müssen. In diesem Mangel unseres Wesens liegt die Quelle unserer politischen Erfolglosigkeit verborgen. In England und Frankreich kann ein Staatsmann auf dem Gebiete der Außenpolitik handeln, wie ihn sein Geist treibt. Er wird stets der Eigenart seines Volks entsprechen und deshalb auf dessen Unterstützung in vollem Umfange rechnen können. Diese Uebereinstimmung gestattet den feindlichen Staatsmännern eine stille und geräuschlose Arbeit, die sich nicht in jedem Augenblick erst rechtfertigen muß. Bei uns ist es leider anders. Die von Hause aus vorhandene Instinktlosigkeit des deutschen Volkes in Fragen der völkischen Geltung und Würde ist durch das Ueberwuchern zwischenvölkischer Gedanken noch gestärkt worden. Dies mußte jeder Staatsmann bei uns, der einmal in bewußt völkischem Sinne nach Bismarcks Abgange handeln wollte, erfahren. Sofort fiel ihm die ganze

[1]) Nach Jordan „Wie kam es?“, S. 67, 2. Auflage.

zwischenvölkisch gerichtete Judenpresse in den Rücken nud vernichtete seine Arbeit im Keime. Daher mußte eine gesunde öffentliche Meinung erst geschaffen werden. Das war mit bescheidener Ruhe nicht möglich, sondern bedurfte kräftiger, manchmal auch lauter Tätigkeit, um sich vor dem Geschrei der Unvölkischen Gehör zu verschaffen.

Es wäre Sache der nationalen Parteien gewesen, diese Aufgaben — die Schaffung einer völkischen öffentlichen Meinung und die Heranziehung von völkisch gesinnten, auf die gleiche Meinung eingeschworenen Staatsmännern — zu erfüllen, um die Einheit des Denkens und Handelns zwischen Regierung und Volk auch bei uns herzustellen. Hierin haben diese Parteien versagt. So übernahm, aus der Not der Zeit heraus, der Alldeutsche Verband diese Aufgaben, deren erfolgreiche Durchführung die Vorbedingung zur Verwirklichung seiner eigentlichen völkischen Hochziele war. Hierbei mußte er sich von vornherein klar sein, daß der Kampf mit der Regierung nicht vermieden werden könne, wenn er auch nicht grundsätzlich erstrebt wurde. Daß er dann häufiger eintrat, als ein Zusammenarbeiten mit der Regierung, war nicht die Schuld des Verbandes, der erst nach gewissenhafter Prüfung im Einzelfalle in Kampfesstellung zu den leitenden Stellen gezwungen wurde. Das Verhalten der Regierung nötigte den Verband dann allerdings nach und nach zu einem fast ununterbrochenen Kampfe, so daß schließlich der Anschein grundsätzlichen Widerspruchs gegen die Regierungsmaßnahmen aufkam. Das laue Beiseitestehen der großen Masse unsres Bürgertums trägt hierbei einen großen Teil der Verantwortung; einem geschlossenen Widerstand der Bürgerkreise gegenüber hätten die Regierungen sich nicht versagt. Der Versuch des Verbandes nach der Plauener Tagung die „nationale Opposition“, d. h. den Widerstand der reichs-, volks- und kaisertreuen Schichten, zu wecken, mißlang, weil diese Kreise zwar stets bereit waren zu reden: zum Handeln fehlte ihnen der freie Blick, der über die engen Grenzen der Partei hinweg, ein großes Ziel erfaßte. Hier trat der Alldeutsche Verband in die Bresche. Nur seine völlige Freiheit nach oben wie nach unten und seine Unabhängigkeit von wirtschaftlichen Belängen ermöglichte es ihm, ohne Schaden zu nehmen, jahrelang gegen den Strom zu schwimmen. An den Massen der Parteigefolge gemessen, war die Zahl seiner Anhänger klein. Aber es waren dafür Männer, die wirklich erkannt hatten, daß nur eine heroische Weltanschauung und Staatsbetätigung uns aus dem Sumpfe der Tatenscheu und ewigen Rücksichtsnahmen herausführen könnten. Die Masse der Mitläufer fehlte fast ganz. Die Zahl wuchs dann unter dem Aufschwung des Krieges und im Kampfe um unsere Zukunft, vor allem aber nach dem Zusammenbruch. So eröffnet sich die Aussicht, daß sich immer mehr ein Stamm von Führern, eine tragfähige Schicht von aufrechten Männern heranbildet, die unserm Volke selbstsicher und tatkräftig die Wege zu neuem Aufstiege weisen mögen, wie es der Alldeutsche Verband an dem Beispiele Englands immer als notwendig bezeichnet hat.

Für diese im Verbande gesammelten Alldeutschen, die künftigen Erzieher ihres Volkes, soll aber das Alldeutschtum mehr sein, als nur die Bekundung vaterländischer Gefühle und die aufopfernde Arbeit an den völkischen Zielen. Sollen sie ihr hohes Amt erfüllen, so muß sich bei ihnen der alldeutsche Gedanke zur Höhe einer Weltanschauung gesteigert haben.

Das Leben der Völker wird wie das Leben des Einzelnen von ewigen Gesetzen bestimmt. Die Wissenschaft lehrt uns diese Lebensgesetze und zeigt uns die Hemmungen, die überwunden werden müssen. Uebertragen wir diese Erkenntnisse auf das Leben unsres Volkes, so finden wir die großen Endziele, denen wir zusteuern müssen, so sehen wir die Gefahren, die uns auf diesem Wege drohen. Neben den laufenden Tagesaufgaben, die nach wie vor uns weiter in herrischem Banne halten, schauen wir schon die großen Richtlinien der Zukunft. So können wir auch unsere Alltagsarbeit bereits diesem größern Rahmen zielbewußt einfügen.

Ein Beispiel möge das Gesagte deutlicher gestalten. Fichte sagt, daß deutsch sein und Charakter haben, wesensgleich seien. Jeder, selbst oberflächliche Beobachter unsrer heutigen Zustände, wird bei der herrschenden Charakterlosigkeit und Gesinnungslumperei von der Wahrheit dieses Ausspruchs nicht viel halten. Und doch hatte Fichte recht. Sein Urteil gründete sich auf eine tief innere Veranlagung unserer Art. Diese Seite unsres Wesens ist aber zur Zeit verschüttet. Ueberwuchert vom Unkraut fremder Einflüsse, kann sie nicht zur Entfaltung gelangen. Daher muß dies Unkraut beseitigt werden, damit unser Ureigenstes wieder kräftig zum Ausschlag gelange. Das Zukunftsziel ist dann die Entwicklung des Deutschen, bei dem alle herrlichen Anlagen zu voller Blüte gelangen, die verderblichen dagegen zu Grunde gegangen sind. Eine solche gewollte Entwicklung liegt vollständig im Rahmen wissenschaftlicher Erkenntnis und Möglichkeit. Sache der Führer ist es, auf diese Dinge, über die Aufgaben der Gegenwart hinaus, zu achten. Daran offenbart sich die Reife ihrer Anschauungen. Unser Volk hat gerade eine Zeit hinter sich, in der seine weltpolitische Entwicklung auch im Sinne alldeutscher Ziele in schnellem Fortschreiten begriffen war, in der es ohne den — vermeidbaren — Verlust des Krieges weitere Erfolge erzielt hätte (Mitteleuropa, Baltikum, Kolonien usw.). Es hatte sich aber allzusehr auf das Aeußere, die Alltagsarbeit, eingestellt und dabei Schaden genommen an seiner Seele. Daher erst die Möglichkeit des Volksverrats von 1918 und daher die Tiefe seines Sturzes. Diese Fehler gilt es in Zukunft zu vermeiden. Es ist aber aussichtslos, die großen Massen sofort auf die Höhe dieses verinnerlichten Alldeutschtums zu führen. Diese große Masse braucht etwas Greifbares, ein faßliches Ziel — das politische Alldeutschland, in dem ihre vaterländischen Regungen und die Gefühlswerte vor allem Genüge finden. Erst stufenweise wird man sie zu höherer Erkenntnis und reinerer Auffassung heranziehen können, die der Willensmensch mit kräftigem Schwunge auf einmal zu erreichen vermag. Dies sei uns Mahnung und tröstlicher Ausblick für die Zukunft zugleich.

Fritz Bley schrieb ein sehr lesenswertes Buch „Am Grabe des deutschen Volkes". Diese Aufschrift wollen und dürfen wir uns nicht zu eigen machen. Wenn wir entschlossen sind, gerade jetzt in der Stunde größter Not, unsern alldeutschen Gedanken mit erweitertem Inhalte zu erfüllen, neben den politisch-vaterländischen und gefühlsmäßigen Aufgaben die Steigerung unsrer eignen Anlagen und Kräfte zu betreiben, so muß es für uns heißen: „An der Wiege des neuen Deutschtums". Aber auch hier ist der Erfolg der Arbeit nur möglich, wenn sie von innigster Liebe zu eigenem Volkstum getragen ist. Darum sei Luthers Kernwort unser Wahlspruch:

„Für meine Deutschen bin ich geboren, ihnen will ich dienen".

Anlage 1.

Deutschland wach' auf!

Kein denkender Deutscher kann die Geschichte der letzten Jahrhunderte ohne tiefsten Schmerz lesen. Während in Frankreich und England aus den blutigen Wirren der Bürgerkriege in sich geschlossene Nationen hervorgingen, während diese Nationen mit weitausschauendem Blick in die Zukunft einen Theil unseres Planeten nach dem andern erwarben, und besiedelten, zerfleischte sich Deutschland in unfruchtbaren Religionskriegen, erstarkten in Deutschland die früheren Feudalherren zu zahlreichen selbständigen Fürsten und Deutschland ging deshalb bei der Vertheilung der überseeischen Welt leer aus. Da brach die neue Zeit an. Preußen schweißte aus verschiedenen Bestandtheilen Deutschlands ein kräftiges Staatswesen zusammen und im Jahre 1871 entstand durch das opferfreudige Zusammenwirken der deutschen Stämme und ihrer Fürsten das deutsche Reich.

Nach den aufregenden Kriegsjahren trat Ruhe ein. Der größte Theil des deutschen Volkes mochte denken, es sei ja nun erreicht, was wir gewollt, und es gelte nur das Erreichte festzuhalten und gegen neue Angriffe zu vertheidigen.

Aber Tieferblickende sagten sich und jedem Anderen, der es hören wollte, daß das Erreichte zu wenig sei im Vergleich zu den furchtbaren Opfern an Blut, die es uns gekostet hatte, und daß die Last unserer kriegerischen Rüstung fast unerträglich genannt werden müßte, wenn sie nur dazu dienen sollte, die Sysiphusarbeit des Kampfes gegen Osten oder Westen von neuem zu thun. Die Einsichtigen meinten, die Hunderte von Millionen, welche wir jährlich für unser Kriegswesen ausgeben, dürften nicht verlorenes Kapital sein, sondern sollten zinstragend angelegt werden. Mit anderen Worten: sie erklärten, daß die erworbene Machtstellung benützt werden müsse, um endlich einmal bei der Vertheilung der Erde als Empfänger mitzuwirken.

Im Beginn der Achtziger Jahre fingen diese Gedanken zum ersten Male an, sich in Thaten umzusetzen. Deutsche Kaufleute und andere deutsche Männer erwarben in überseeischen Ländern Hoheitsrechte. Das Reich bestätigte ihre Erwerbungen und nahm sie unter seinen Schutz. Nur langsam ging es vorwärts, denn die „Kolonialschwärmer", wie man jene für Deutschlands Größe und Ausbreitung begeisterten Männer nannte, sahen ihre Wege von inneren und von äußeren Feinden gekreuzt. Einflußreiche Männer in Deutschland verhöhnten und verspotteten die kolonialen Erwerbungen und boten ihren ganzen Einfluß auf, um unsere Regierung von der Ausdehnung und dem staatlichen Ausbau des Erworbenen zurückzuhalten. Andererseits suchten die Engländer, die den Erdball als ihr ausschließliches Eigenthum zu betrachten gewohnt sind, uns an allen Ecken und Enden zuvorzukommen, die strategisch wichtigen Punkte zu besetzen und uns die Entwicklung unserer Kolonien unmöglich

zu machen. So ist es nicht zu verwundern, daß wir manch' schmerzliche, bittere Enttäuschung in den Kauf nehmen mußten. Wir waren Besitzer der Karolinen: die deutsche Regierung gab die Inselgruppe preis, indem sie unser von den Spaniern angefochtenes Besitzrecht einem Schiedsrichter unterbreitete. Deutsches Blut war auf Samoa in Strömen geflossen und hatte damit unsere Ansprüche auf die Insel zu einer heiligen Pflicht gegen die Geopferten erhoben. Deutschland wich vor der Scheelsucht der verbündeten Angelsachsen zurück und erlangte nicht einmal Genugthuung für die meuchlings geschlachteten Krieger. Im Westen Afrika's hatte Robert Flegel den Nigerbenuë erforscht, den schiffbarsten und darum wertvollsten Strom des tropischen Afrika. Deutsche Kaufleute hatten den Strom mit Faktoreien besetzt und dadurch Ansprüche geschaffen, auf die hin ein kraftvolles Reich den Nigerbenuë in Besitz genommen hätte. Aber auch hier wich Deutschland vor den nimmersatten Ansprüchen der Engländer zurück und begnügte sich mit dem Versprechen der Handelsfreiheit auf dem kostbaren Strome. Die Engländer lösten ihr Versprechen ein, indem ihre „Royal Niger Company" die deutschen Kaufleute mit Gewalt aus dem Lande trieb!!!

Trotzdem verzagten die deutschen „Kolonialschwärmer" nicht. Hatte doch in Ostafrika das deutsche Reich seine mächtige Hand auf die Erwerbungen des Dr. Peters gelegt. Es hatte Offiziere hinausgeschickt, die unter der Führung unseres unvergleichlichen Wißmann den Widerstand der arabischen Sklavenhändler zu brechen wußten. Eine Stadt, eine Boma nach der andern fiel in deutsche Hände und wurde durch Befestigungen und deutsche Besatzungen geschützt. Als Stanley vor wenigen Monaten aus dem Inneren Afrika's auftauchte, trat er zu seiner unbeschreiblichen Ueberraschung in deutsches Gebiet. Deutsche Offiziere, nach deutschem Muster gedrillte Sudanesen begrüßten den berühmten Reisenden mit kriegerischen Ehren. Stanley, der vortreffliche Kenner afrikanischer Völker, erkannte sofort, daß das kluge und kräftige Verfahren Wißmanns die Araberherrschaft vernichten und die Opfer der arabischen Sklavenpolitik, die eigentlichen Afrikaner, für Deutschland gewinnen würde. Stanley sah ein, daß mit jedem Siege Wißmanns die Arbeit für letzteren leichter werden, und daß in kurzer Zeit das Ansehen der Deutschen in Ostafrika soweit gestiegen sein würde, um neue Eroberungen selbst ohne Blutvergießen möglich zu machen.

Grimm am Herzen eilte er nach England und wußte dort durch leidenschaftliche Reden Regierung und Volk zu überzeugen, daß die Ansprüche der Engländer auf den alleinigen Besitz Afrika's für immer verloren seien, wenn man die Deutschen auch nur für wenige Jahre gewähren lasse. Die englische Regierung beschloß zu handeln. Aber schnell mußte sie handeln, denn Wißmann war auf dem Wege nach Berlin und es war vorauszusehen, daß er den Werth der afrikanischen Erwerbungen ziemlich hoch schätzen würde. Die englische Diplomatie arbeitete schnell und heimlich. Was sie geschaffen hat, das platzte wie eine Bombe der erstaunten Welt am 18. Juni als deutsch-englischer Vertrag über Afrika ins Gesicht. Mit einem Federstrich ist das Werk Wißmanns und seiner Helden vernichtet. Mit einem Federstrich ist die Hoffnung auf ein großes deutsches Kolonialreich zerstört, wie die flüchtigste Betrachtung des Vertrags mit erschreckender Deutlichkeit zeigt. Wituland wird den Engländern geopfert, angeblich, „weil ein Schiedsgericht die dem Hafen vorgelegenen Inseln Manda und Patta wahrscheinlich doch den Engländern zugesprochen hätte". Wituland giebt man preis, das am längsten in deutschen Händen ist, das noch im April dieses Jahres durch einen neuen Vertrag in besonders feierlicher Weise an uns gekettet wurde. Man überantwortete den Sultan von Wituland den Engländern, seinen Feinden, gegen die wir ihm feierlich Schutz versprochen haben.

Den Landbesitz der Gebrüder Dehnhardt und der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft überantwortet man der gnädigen Bestimmung, daß deutsche Unterthanen in Witulanb künftig dieselben Rechte genießen sollen wie englische. Hat das deutsche Volk vergessen, wie die vertragsmäßige Handelsfreiheit auf dem Nigerbenue von der englischen Nigercompany gehandhabt wurde? Hat man vergessen, daß die deutschen Faktoristen mit Gewalt vertrieben wurden und daß ihre Entschädigungsklage noch heute unerledigt ist?!!

Doch weiter! Der Vertrag spricht den Engländern das Sultanat Zanzibar zu mit Ausnahme des Küstenstriches, der an die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft verpachtet sei. Durch diese Bestimmungen fallen die Inseln Zanzibar, Pemba und Mafia den Engländern in die Hände, deren erstere 3000 Mal so groß ist, wie die Insel Helgoland, den ganzen Handel des mittleren Ostafrikas in sich vereinigt und den Sitz eines Sultans bildet, zu dem alle Araber der Ostküste als zu ihrem angestammten Herrn emporblicken. Die Lage der drei Inseln ist so beschaffen, daß die deutsche Festlandküste durch jene strategisch vollkommen beherrscht wird.

Der Vertrag opfert ferner unsere Ansprüche auf Somaliland, in dem wir einige wichtige Küstenpunkte bereits besitzen. Dieses Somaliland ist zwar wegen der kriegerischen Eigenschaften seiner Einwohner bis jetzt ziemlich unzugänglich gewesen, muß aber wegen seines trockneren und darum gesünderen Klima's für uns einen besonders hohen Werth bekommen.

Wir geben zum zweiten Mal Dr. Peters und sein Werk preis, dessen kühnem und eigenmächtigem Vorgehen wir doch in erster Linie unseren ostafrikanischen Kolonialbesitz zu danken haben. Und was haben wir mit all' diesen namenlosen Opfern an wirklichem Besitz, Hoffnungen, Ansehen und Ehre erkauft? Wir bekommen Ostafrika bis zu den großen Seen, d. h. also genau dasselbe, was durch einen früheren Vertrag von den Engländern bereits als unser Interessengebiet anerkannt worden ist. Wir bekommen dieses Gebiet, vermindert im Nordwesten um den Gebirgsstock des Mfumbiro, entwerthet durch das den Engländern zugestandene Durchzugsrecht, das nach Stanleys Ansicht einem Besitze fast gleichkommen wird, und nur im Südwesten ist unser Gebiet vielleicht etwas vergrößert worden, was sich aber bei der Undeutlichkeit des Vertrages hier auf der Karte nicht genau verfolgen läßt. Wir bekommen ferner Helgoland, eine in der Nordsee gelegene Insel von 0,5 Quadratkilometer Bodenfläche, deren strategischer Werth so gering ist, daß England es nicht für der Mühe Werth gehalten hat, dort jemals nennenswerthe Befestigungen anzulegen, daß der englische Premierminister im Parlament vor wenigen Tagen sich geweigert hat, die Ansichten der Marinebehörden über den strategischen Werth Helgolands auch nur anzudeuten. Das ist ein Vertrag, wie Deutschland in überseeischen Angelegenheiten noch keinen geschlossen hat! Seit Olmütz haben deutsche Herzen keine ähnliche gleich schmerzliche Demüthigung erfahren. Wir haben eine Niederlage erlitten, die unseren Feind nicht zum Freund, sondern zu einem noch übermüthigeren Gegner gemacht hat. Daß hier in der That nicht von Freundschaft und freundschaftlicher Abmachung mit England die Rede sein kann, das ist durch ein einziges Wort zu beweisen Wallfischbai.

Dieser Hafen an der Südwestküste von Afrika ist für England vollkommen werthlos, wenn England wirklich, wie der Vertrag behauptet, uns wohlgesinnt wäre und uns in unseren Kolonien frei schalten lassen wollte. Die Wallfischbai in englischen Händen bedeutet nichts anderes, als ein bleischwerer Alpdruck auf allen Bemühungen, unser Damaraland zu einem werthvollen Besitzthum zu gestalten. Es bedeutet die

Lehre an alle Eingeborenen jenes Landes, daß der Deutsche nicht wirklicher Herr ist, sondern daß ein noch Mächtigerer hinter ihm steht. Es bedeutet eine Warnungstafel für alle, die den Muth und die Vaterlandsliebe haben, Geld in diesem Lande anzulegen, da eines schönes Tages auch dieses Land den Engländern abgetreten werden und damit deutscher Besitz auf den Werth der deutschen Faktoreien am Nigerbenuë herabgedrückt werden könnte. Soll dieser Vertrag Wirklichkeit werden? — Nein, Nein und abermals Nein! Das deutsche Volk soll sich einmüthig erheben und erklären, daß dieser Vertrag unannehmbar ist.

In diesem Satze können sich alle einigen, selbst die Gegner unserer kolonialen Ausdehnung. Jeder, dem die Entwicklung der bürgerlichen Freiheit und gleichzeitig die Ausdehnung des Deutschtums in anderen Weltteilen am Herzen liegt, hat mit Schmerz, mit tiefem Kummer gesehen, wie die Führer der freisinnigen Parteien sich ablehnend, ja oft geradezu feindlich gegen deutsche Gebietserwerbungen verhalten haben. Nun, dem scharfen Verstand eines Richter und eines Bamberger kann doch unmöglich entgehen, daß Südwestafrika ohne Wallfischbai, daß Ostafrika ohne das Sultanat Zanzibar, daß unsere Kamerunkolonie ohne das linke Benuëufer für immer zu einem kümmerlichen Dasein verurtheilt sein und nur als neue Beute die unersättliche Habgier der Engländer reizen würde. Was die regierungsfreundlichen Parteien Deutschlands betrifft, so muß ihnen doch, wenn je, an diesem Beispiel klar geworden sein, daß es Umstände gibt, unter denen es die heiligste Pflicht gegen das Vaterland ist, einer Maßregelung der Regierung ein entschiedenes mannhaftes „Nein!“ engegenzusetzen.

Zwar hat nach der Verfassung das deutsche Volk nicht das Recht, in seinen auswärtigen Angelegenheiten selber mitzusprechen, aber trotzdem wird auch bei uns ein ausgesprochener Wunsch und Wille der Nation in den Regierungskreisen nicht unerhört verhallen. Wohlan denn, Deutschland wach' auf!

Laßt eine Massenbittschrift an den deutschen Reichstag offen und unumwunden aussprechen, daß jener Vertrag die helle Verzweiflung in Tausenden geweckt hat, die mit jeder Faser ihres Herzens an Deutschland hängen. Männer aller Parteien, die bei dieser Angelegenheit sich lediglich als Deutsche fühlen, mögen die Sache in die Hand nehmen. Der Reichstag wird und muß diesem Wunsch Gehör schenken. Der Reichstag wird, so hoffen wir, mit einem überwältigendem Mehr vor die Regierung treten und sagen: der Vertrag mit England schädigt unsere Interessen und verwundet unser Ehrgefühl; er darf deshalb niemals zur Wirklichkeit werden!

Wird die deutsche Regierung eingestehen, daß sie einen Fehler gemacht hat? — Wir glauben und hoffen, ja! Wenn die Verzweiflung im deutschen Volke, wenn die stumme und schmerzliche Entsagung der treuesten Anhänger der Krone unsere Regierung noch nicht überzeugt hat, dann wird ihr der nur zuwohl begründete Jubel Stanley's die Augen öffnen. Wir können von der Vaterlandsliebe der Berather unseres Kaisers erwarten, daß sie nicht nur einsehen, sondern auch unumwunden eingestehen werden, mit ihren Kenntnissen über afrikanische Verhältnisse zu kurz gekommen zu sein.

Wenn man einen Berthold Schwarz zur Verfügung hat, so braucht man nicht einem Hinz oder Kunz die Erfindung des Schießpulvers zu übertragen. Als Wißmann mit Dampfeseile der Reichshauptstadt zuflog, da hätten die deutschen Diplomaten die Pflicht gehabt, das Verschenken unserer afrikanischen Besitzungen doch wenigstens für eine Woche zu verzögern. Und endlich angenommen, die Regierung habe Selbstverleugnung und Vaterlandsliebe genug, einen verfehlten Vertrag rückgängig zu machen, so bleibt noch die Frage zu erwägen, ob wir auch dazu imstande sind? Die Antwort darauf ist einfach genug. Wenn wir wollen, so können wir auch!

Wer kann ein Volk von 50 Millionen, das seine beste Kraft dem Kriegsdienst weiht, das jährlich über eine halbe Milliarde für Kriegswesen ausgibt, wer kann ein solches Volk daran hindern, einen Vertrag zu zerreißen, der offenkundig dazu dienen soll, die kommenden Geschlechter um ihr Erbtheil am Planeten zu betrügen?! Wahrlich, zu groß wären unsere Opfer an Blut und Geld, wenn unsere militärische Macht uns nicht einmal die Möglichkeit verschaffte, unser gutes Recht auch da geltend zu machen, wo es die hohe Genehmigung der Engländer nicht findet.

Wir sind bereit, auf den Ruf unseres Kaisers in Reih' und Glied zu treten und uns stumm und gehorsam den feindlichen Geschossen entgegen führen zu lassen, aber wir können dafür auch verlangen, daß uns ein Preis zufalle, der des Opfers werth ist, und dieser Preis ist: einem Herrenvolk anzugehören, das seinen Antheil an der Welt sich selber nimmt und nicht von der Gnade und dem Wohlwollen eines anderen Volkes zu empfangen sucht.

Deutschland wach' auf!

24. Juni 1890.

Anlage 2.

Hochgeehrter Herr!

Unser Aufruf „Deutschland wach' auf" hat den beabsichtigten Erfolg nicht erzielt. Zwar haben wir zahlreiche Zuschriften und Telegramme erhalten, die bald mit grimmigen, bald mit bedauernden Ausdrücken versicherten, es seien 99 von je hundert denkenden Deutschen in der Beurteilung des deutsch-englischen Vertrages vollkommen unserer Meinung. Die zahlreichen, noch täglich frisch einlaufenden Bestellungen auf das „Deutschland wach' auf" beweisen gleichfalls, daß unsere Auffassung weit verbreitet ist. Trotzdem hat sich die Cölner Colonialversammlung leider nicht entschließen können, an die Spitze einer Bewegung zu treten, die im deutschen Volke zweifellos vorhanden ist. Es lohnt wohl der Mühe, die Frage aufzuwerfen, wie es kommt, daß trotz der allgemein herrschenden Mißstimmung von keiner Seite ein ernsthafter Widerstand gegen den Vertrag auch nur versucht wird.

Wir haben in Deutschland ein national-gesinntes Bürgerthum, dem es unbegreiflich erscheint, daß unsere Regierung zukunftsreiche Länder ohne zwingenden Grund wieder preis giebt. Aber gleichwohl schweigt dieser Theil des deutschen Bürgerthums, einmal, aus der weit verbreiteten, von uns durchaus nicht getheilten Ansicht, daß der deutsch-englische Vertrag eine unabänderliche Thatsache sei; andererseits ist jener Theil der Deutschen durch die zwanzigjährige erfolgreiche Amtsführung Bismarcks verwöhnt und hat eben dadurch an eigener Thatkraft erheblich verloren; er ist geneigt, der Regierung zu folgen, ohne sich über Weg und Ziel ein eigenes Urtheil zu bilden. Der Regierung Halt zu gebieten, wenn sie einen Weg einschlägt, der von den Sachverständigen fast einstimmig als verfehlt bezeichnet wird, dazu mangelt es dem national-gesinnten Bürgerthume an Willenskraft.

Wir haben ferner in Deutschland ein entschieden freisinniges Bürgerthum und eine sozialdemokratische Arbeiterschaft. Dieser Theil unseres Volkes zeigt, soweit die Oeffentlichkeit in Betracht kommt, für die Ausbreitung des Deutschthumes über andere Erdtheile weder Interesse noch Verständnis. So sehen wir das wundersame Schauspiel, daß die erbitterten Gegner unserer Regierung im Verein mit Stanley den Vertrag loben, während gerade die Regierungstreuen ihr Mißbehagen über den Vertrag nicht ganz verbergen können.

Wir haben endlich in Deutschland eine Presse, welche es meisterhaft versteht, zu vertuschen und tot zu schweigen, so daß die englischen Zeitungen mit einem Anscheine von Recht erklären können, die öffentliche Meinung in Deutschland sei im Ganzen mit dem Vertrage zufrieden. Wir wissen von Theilnehmern an der Cölner Colonialversammlung, daß die Berichte eines großen Theiles der deutschen Presse über den Verlauf jener Versammlung durch Auslassungen, durch Verschweigen gewisser Vorkommnisse ein geradezu unwahres, gefälschtes Gepräge erhalten haben. Wir wissen ferner, daß den großen deutschen Zeitungen, der Kölnischen, der

Münchener Allgemeinen, den Hamburgrr Nachrichten und anderen mehr, dutzendweise Aufsätze zugegangen sind, in denen die Blößen und Schäden des Vertrages in sachlich gehaltenen Auseinandersetzungen aufgedeckt wurden. Aber fast alles wanderte an die Absender zurück, bezw. in den Papierkorb, weil „der Aufsatz nicht zu der Richtung des Blattes passe" oder „weil man der Regierung keine Schwierigkeiten machen dürfe". Die Verkehrtheit, welche aus diesem letzteren Satze spricht, ist geradezu erstaunlich. Eben haben wir erst zu unserem größten Schaden gesehen, wie geschickt Lord Salisbury die furchtbare Waffe der von Stanley in Bewegung gesetzten öffentlichen Meinung Englands gegen uns zu benützen wußte und trotzdem verkennt man, daß unsere Regierung ganz denselben Vortheil aus der im deutschen Volke gährenden Erregung ziehen könnte. Jedem Gegner der Colonialpolitik hat unsere Regierung selber im Reichstage oft genug vorgeworfen, daß sie durch seine absprechende Haltung der englischen Regierung gegenüber geschwächt werde; sie müßte folgerichtig selber den Schluß ziehen; also muß durch ein kraftvolles Auftreten der öffentlichen Meinung zu Gunsten kolonialer Ausdehnung die deutsche Regierung in ihren Verhandlungen mit der englischen gestärkt werden. Ob unsere Regierung den Werth einer glühenden, nationalen, öffentlichen Meinung erkennt oder nicht, uns erscheint es als Pflicht gegen das Vaterland, im geeigneten Augenblicke wieder ebenso aufzutreten, wie kürzlich in unserem „Wach' auf".

Ein solches Auftreten kann aber nur dann einen wirklichen Erfolg haben, wenn eine größere Anzahl im Reiche lebender Deutscher gemeinsam in der gleichen Richtung arbeitet. Hierzu scheint Aussicht vorhanden zu sein. In den zahlreichen Zuschriften, die aus Anlaß des „Deutschland wach' auf" uns zugingen, ist der Gedanke ausgesprochen worden, alle die Zustimmenden untereinander in Verbindung zu setzen, eine Art Nationalverein zu gründen, dessen Aufgabe es sein würde, bei ähnlichen Anläßen wie beim deutsch-englischen Vertrage öffentlich aufzutreten, ohne Furcht und Scheu vor der Regierung oder den Parteileitern auszusprechen, was unsere Herzen bewegt, was wir von einer nationalen Regierung verlangen wollen und dürfen. Der Wahlspruch einer solchen Verbindung gleichgesinnter Männer hätte zu sein: Deutschland über Alles! Deutschland über Partei- und Standesinteressen, Deutschland über die persönlichen Interessen, mit einem Worte: Deutschland über Alles. Der Mittelpunkt einer solchen Verbindung muß natürlich in Deutschland selber liegen. Wir, die Unterzeichneten, wollen daher nur die einleitenden und vorbereitenden Schritte unternehmen. Die erste Vorbereitung soll darin bestehen, eine größere Anzahl von Zustimmenden aufzusuchen. Wir bitten Sie daher, an Herrn Albert Müller, Buchhändler in Zürich, mitzutheilen, ob Sie geneigt sind, sich an der Gründung der vorstehend skizzierten Verbindung Gleichgesinnter zu beteiligen. Sobald eine genügende Zahl von Zustimmungen eingelaufen ist, werden wir den ganzen Briefwechsel nebst einer bereits in unseren Händen befindlichen kleinen Geldsumme an einen in Deutschland wohnenden Gesinnungsgenossen zur Weiterbehandlung der Angelegenheit übersenden. Wird dieselbe schnell und kräftig behandelt, so kann sie möglicherweise auf den deutsch-englischen Vertrag noch einwirken, der ja bis heute wenigstens eine unumstößliche Thatsache noch nicht geworden ist.

Zürich, den 15. Juli 1890.

Dr. Walter Felix aus Leipzig,
Dr. Adolf Fick aus Marburg,
Dr. Otto Lubarsch aus Berlin,
Albert Müller aus Friedberg.

Anlage 3.

Hochgeehrter Herr!

Da sich das Bedürfnis herausgestellt hat, die weiteren Vorbereitungen zur Begründung der von den Herren Dr. W. Felix, Dr. A. Fick, Dr. O. Lubarsch und A. Müller zu Zürich vorgeschlagenen nationalen Vereinigung in Deutschland selbst zu treffen, so hat der Unterzeichnete, auf eine dahin gerichtete Aufforderung die vorläufige Geschäftsführung in dieser Angelegenheit bis zum Eintritt derselben in ein weiteres Stadium übernommen, wird dabei jedoch stets im Einklang mit den oben genannten Herren vorgehen.

Zieht man aus den eingegangenen Zustimmungsschreiben zu dem Aufrufe sowie zu dem vertraulichen Rundschreiben vom 15. Juli 1890 die Summe, so wird man die Aufgaben des Vereins in der im anliegenden Adressenentwurf geschehenen Weise zu charakterisieren haben.

Gewiß, das deutsch-englische Abkommen, so wie es geschlossen worden, ist jetzt eine vollendete Thatsache, an der wir einstweilen nicht mehr rütteln können. Aber es birgt eine Reihe von Ungenauigkeiten und Unklarheiten, also den Keim neuer Weiterungen, neuen Streites, neuer Verhandlungen in sich: aus denselben wird derjenige Staat Vorteil ziehen, welcher am schneidigsten vertreten sein wird — also natürlich England, wenn es bei uns so bleibt, wie es ist.

Es giebt ferner auch jetzt noch große Gebiete — man denke nur an den mittleren Sudan, das natürliche Hinterland Kameruns — deren Schicksal noch durch keine Verträge entschieden ist. Derjenige wird sie besitzen, der am schnellsten zugreift und am zähesten festhält.

Endlich: spricht nicht Alles und ganz besonders die Schwerfälligkeit, mit welcher die deutsche Regierung sich auf kolonialem Gebiete bewegen zu müssen behauptet, dafür, daß unser Vaterland vor einem neuen Kriege, sei es nach der einen oder nach der andern Seite hin nicht verschont bleiben wird, wenn es sich auch nur die Stellung bewahren will, die es 1870 errungen hat? Sollten wir — dank unserer opferfreudigen Rüstungen und der Kraft unseres organisierten Volkes — aus einem solchen Kriege siegreich hervorgehen, wollen wir dann durch die Regierung vertreten sein, welche (ähnlich dem Deutschland von 1815) auf den einzig würdigen Lohn unserer Anstrengungen, eine Ausdehnung unseres Kulturgebietes in den noch freien Gegenden der Erde zu verzichten im Stande wäre? Unserer Ansicht nach muß diese Möglichkeit im Keime erstickt werden.

Es kann jetzt Niemand mehr sagen, höhere politische Gründe uns unbekannter, aber zwingender Natur hätten den Vertrag mit England diktiert. Die Mythe von bedeutungsvollen geheimen Verträgen mit England ist schon durch die Erklärungen

der englischen Minister zerstört. Die soeben erschienene offizielle Denkschrift über die Beweggründe zu dem deutsch-englischen Abkommen läßt keinen Zweifel mehr darüber, daß an den maßgebenden Stellen eine gewisse Gleichgültigkeit gegen koloniale Gebietserweiterungen besteht. Mit kurzen Worten wird über große, von anderer Seite als äußerst wichtig bezeichnete Gebiete als anscheinend oder nach den bisherigen Berichten werthlos hinweggegangen und mit einem Tone der Geringschätzung gesagt, „die Periode des Flaggenhissens und des Vertragschließens müsse jetzt beendet werden". Nur das eine Neue ergiebt die Denkschrift, daß ein Theil der erlittenen Einbußen schon durch die Erklärungen der früheren Regierung angebahnt ist. (Uganda und Onioro.)

Aber einerlei, wieviel von dem unglücklichen Ausgange der Verhandlungen auf die Gewalt der Umstände, wie viel auf das Verhalten der früheren, wie viel auf dasjenige der jetzigen Regierung zurückzuführen ist — in jedem Falle kann für die Zukunft nur dann weiteren ähnlichen Schlappen vorgebeugt werden, wenn das Ausland mit einem — wie die Denkschrift bezüglich Frankreichs sagt? — „empfindlichen" deutschen Nationalgefühle zu rechnen hat und dasselbe der Regierung helfend, aber auch fördernd zur Seite steht.

Es wäre ein schlechtes Zeichen für die politische Lebenskraft unserer nationalen Bürgerschaft, wenn in der That dieser Vertrag ohne nachwirkende Folgen für unser öffentliches Leben bleiben sollte. Der Absicht, ihn für dasselbe fruchtbar zu machen, verdankt der Gedanke der Gründung des geplanten Vereins seinen Ursprung. „Ueber See" muß in Zukunft der Blick des deutschen Bürgers — wie der der Hansa — gerichtet sein, als „Weltbürger" soll der Deutsche sich fühlen, nicht im Sinne desjenigen, der sich überall in Alles schickt, sondern im Sinne des Briten, der sich in jedem Kontinent zu Hause fühlt.

Es fragt sich, in welcher Weise diese Wünsche in die Wirklichkeit überzuführen sind. Sobald man mit denselben in die Oeffentlichkeit hinaustritt, kommt es für den Erfolg ganz wesentlich auf den Namen desjenigen an, der an der Spitze steht. Unter den heutigen Verhältnissen muß dies möglichst ein in weiten Kreisen bekannter, praktisch und zugleich agitatorisch hervorgetretener Kolonialpolitiker sein. Niemand wird in dieser Hinsicht eine geeignetere Persönlichkeit sein, als der soeben von einem glänzend durchgeführten Afrikazuge heimkehrende Dr. Karl Peters, der Erwerber Ostafrikas. Es wird beabsichtigt, sich sofort nach seiner Ankunft in Deutschland an ihn, den unabhängigen, durch den deutsch-englischen Vertrag am härtesten betroffenen Mann zu wenden, ihm die beifolgende Adresse mit den Unterschriften derjenigen Herren, welche mit derselben einverstanden sind, zu unterbreiten und ihn zu bitten, sich an die Spitze des zu gründenden Vereins zu stellen. Letzterer soll übrigens nicht ein Konkurrenzunternehmen zu der in vieler Hinsicht verdienstvollen deutschen Kolonialgesellschaft bilden, sondern — auf weiteren Grundlagen ruhend — dieselbe in denjenigen Rücksichten ergänzen, in welchen sie ihren Zwecken und ihrer Zusammensetzung nach nicht ausreicht, insbesondere in Bezug auf agitatorische Thätigkeit. Eine der ersten Aufgaben des neuen Vereins wird es voraussichtlich sein müssen, Peters mit neuen Mitteln auszurüsten, welche es ihm gestatten, in unabhängiger Stellung nach Afrika zurückzukehren und daselbst für Deutschland zu wirken.

Erklärt sich Dr. Peters bereit, an die Spitze der Bewegung zu treten, so wird voraussichtlich der Erfolg gesichert sein. Was im entgegengesetzten Falle geschehen soll, braucht jetzt nicht erörtert zu werden. Jedenfalls verpflichtet sich durch seine

Zustimmung zu dem in diesem Rundschreiben angedeuteten Plane Niemand zu irgend einem sonstigen, im Falle seines Mißlingens zu unternehmenden Schritte.

Die hauptsächlichste Vorbedingung eines Erfolges ist natürlich die Bereitwilligkeit einer genügend großen und ansehnlichen Anzahl von Herren, ihren Namen unter die Adresse zu setzen. Sie werden daher, insofern Sie mit derselben einverstanden sind, höflichst ersucht, einerseits selbst den übersandten Adressenentwurf mit Ihrer Unterschrift an den Unterzeichneten zurückzusenden, bezw. demselben die schriftliche Ermächtigung zur Benutzung Ihres Namens zu ertheilen, andererseits mit Hilfe der Verzweigungen der persönlichen Bekanntschaft vertraulich dahin zu wirken, daß seitens anderer Herren dem Unterzeichneten die gleiche Ermächtigung ertheilt werde. Besonders wird gebeten, unter den gebildeten Erwerbskreisen, als den unabhängigsten Elementen unseres Volkes für die Sache zu wirken. Doch kommt es immerhin zunächst weniger auf die Zahl der Namen, als auf die völlige Uebereinstimmung der Gewonnenen mit den ausgesprochenen Zielen an: denn es muß dem Dr. Peters versichert werden können, daß unter denen, die um seine Mitwirkung bitten, nur zuverlässige Anhänger der Sache seien.

Namentlich wäre es wünschenswerth, wenn in den Städten Bremen, Danzig, Stettin, Braunschweig, Posen und Mainz, in denen wir — im Gegensatze zu allen übrigen großen Städten — bisher wenig oder gar keine Anknüpfungspunkte haben, einige zustimmende Elemente gewonnen würden.

Es thut jedoch bei dem Allen große Eile noth, da Peters schon in wenigen Tagen hier eintreffen wird.

Bei denjenigen Herren, welche bereits formell ihren Beitritt zu der zu gründenden Vereinigung erklärt haben, wird die Uebereinstimmung mit der Adresse vorausgesetzt werden, falls nicht bis zum 6. August ds. Js. ein anderweitiger Bescheid in den Händen des Unterzeichneten ist.

Weitere Exemplare dieses Rundschreibens sowie des Adressenentwurfes stehen Ihnen jederzeit zu Gebote.

Uebrigens werden Sie nichts dagegen einzuwenden haben, daß die endgiltige Redaktion der Adresse denjenigen Herren vorbehalten bleibt, welche sich demnächst zur Ueberreichung derselben an Dr. Peters bereit erklären werden.

Endlich werden die Gesinnungsgenossen noch aufmerksam gemacht auf die im Verlage von A. Dumont-Schauberg zu Cöln in erweiterter Form erschienene Cölner Rede des Herrn Professor Fabri zu Godesberg-Bonn über das deutsch-englische Abkommen, welche in vielen Beziehungen unseren Tendenzen entspricht, und um möglichste Verbreitung derselben, besonders durch Besprechungen in der Lokalpresse gebeten.

Hannover, den 1. August 1890.

A. Hugenberg, Dr. rer. polit.

Entwurf einer Adresse an Herrn Dr. Karl Peters.

Kühn und unerschrocken haben Sie die große Aufgabe, welche Sie im Auftrage und zur Ehre des deutschen Volkes bei Ihrem letzten Ausbruche nach Afrika übernommen hatten, in glänzender Weise gelöst, ungeachtet aller Schwierigkeiten, die Ihnen von England und durch die mangelnde Unterstützung der eigenen Regierung in den Weg gelegt wurden. Wenngleich es Ihnen in Folge einer ungünstigen Verkettung von Ereignissen nicht vergönnt war, den Helden von Wadelai[1]) noch in seinem eigenen Reiche aufzusuchen, so haben Sie doch für die Kenntnis Afrikas und zum Besten der dortigen deutschen Interessen unter den widrigsten Verhältnissen das Größte geleistet und wir sagen Ihnen dafür unseren bewunderungsvollen Dank.

Aber an die Schwelle der Kultur zurückgekehrt, wurden Sie von der Nachricht ereilt, daß alle Ihre Sorgen und Mühen vergeblich gewesen sein sollten.

Wir wissen, was Sie für Deutschland in Afrika erstrebt und unter der Mitwirkung unserer anderen großen Afrikaner zu einem bedeutenden Theile bereits erreicht hatten: die Vorherrschaft Deutschlands in Ostafrika und den Gewinn eines Zuganges zum Sudan, also den Erwerb eines großen, für den Vaterländischen Unternehmungsgeist auf Jahrhunderte hinaus ausreichenden tropischen Kolonialreiches. Der deutsch-englische Vertrag macht in dieser Hinsicht Alles zu nichte, was in den letzten Jahren errungen war. Niemand kann durch denselben tiefer verwundet sein, als Sie, der Erwerber Ostafrikas, und wir fühlen uns in der Trauer und der Entrüstung über diesen, unsere nationalen Interessen schwer schädigenden Vertrag mit Ihnen einig.

Fast noch schmerzlicher jedoch als durch das Abkommen selbst sind wir berührt durch die Aufnahme, die es in Deutschland gefunden hat. Es ist bisher nicht gelungen, eine organisierte öffentliche Kundgebung der deutschen Bürgerschaft gegen den Vertrag zu Stande zu bringen. Das Gros unserer Presse hat ein Bild jammervoller Kleinmüthigkeit, Unentschlossenheit und Unkenntnis gegeben. Der Reichstag hat geschwiegen. Selbst die deutsche Kolonialgesellschaft, die berufene Vertreterin der deutsch-kolonialen Interessen hat sich zu keiner offenen und bedingungslosen Verurtheilung des Abkommens entschließen können.

Bringen wir diese Symptome mit mannigfachen anderen Erscheinungen unseres inneren politischen Volkslebens, mit der lauen Hinnahme jedes Zurückweichens unseres Reiches in internationalen Dingen, mit der Zerrissenheit unseres Parteilebens in Verbindung, so steigt uns eine lebhafte Besorgnis für die Zukunft auf.

Ein Volk, das nicht in allen seinen Schichten von einem starken, unabhängigen nationalen Ehrgefühle durchdrungen ist, wird auf die Dauer in der Welt niemals eine bedeutungsvolle Stellung und namentlich eine derartige Weltmachtstellung auszufüllen im Stande sein, wie wir sie dem deutschen Volke aus nationalen und kulturellen Gründen wünschen.

Zweifellos wird Deutschland — sei es im Frieden oder im Kriege — noch wiederholt in die Lage kommen, mit fremden Nationen über werthvolle überseeische Gebiete zu verhandeln. Haben wir dann nicht eine genügend starke öffentliche

[1]) Emin Pascha.

Meinung, welche für unsere nationalen Interessen eintritt, so wird es uns noch oft so ergehen, wie bei dem deutsch-englischen Vertrage.

Es ist unser Wunsch und unsere Absicht, derartigen Möglichkeiten rechtzeitig vorzubeugen, indem wir einen unabhängigen, in der Bürgerschaft selbst wurzelnden Mittelpunkt für alle nationalen Bestrebungen unseres Volkes schaffen, einen Verein, der sich zur obersten Aufgabe die erziehliche Einwirkung auf das deutsche Volk im Sinne der Ausbildung einer einheitlichen, von großen Gesichtspunkten getragenen patriotischen Grundanschauung aller Bürger, im Sinne der Schaffung einer nationalen Moral setzt.

Im Einzelnen sollen die Aufgaben dieses Vereins sein:

1. Die Zusammenfassung der national-gesinnten deutschen Bürgerschaft ohne Unterschied der Partei in dem Gedanken, daß die durchgeführte Einigung der deutschen Stämme nur die Grundlage einer größeren nationalen Entwicklung ist, nämlich derjenigen zu einer kulturellen und politischen Weltmachstellung des deutschen Volkes, wie sie das englische Volk bereits erlangt hat und das russische zweifellos erlangen wird.
2. Das Eintreten für eine energische Kolonialpolitik, für den Erwerb weiterer Kolonialgebiete und die Organisation unserer Auswanderung.
3. Die Verbreitung des Interesses für die überseeischen kommerziellen und zivilisatorischen Aufgaben Deutschlands in den weitesten Kreisen.
4. Die unbedingte Vertretung der hiermit angedeuteten Anschauungen gegenüber nationaler Gleichgültigkeit und Indolenz, gegenüber einem seichten Kosmopolitismus und gegenüber der viel verbreiteten Ueberschätzung der heutigen Weltstellung Deutschlands und des Werthes einer einseitig kontinentalen Politik — mögen derartige Neigungen nun auf Seiten der Parteien oder der Regierung zu Tage treten.

Hochgeehrter Herr! Die Unterzeichneten, zusammengeführt durch eine vertrauliche Korrespondenz, bei welcher sich die Uebereinstimmung in den obigen Grundanschauungen ergab, richten an Sie, an den praktisch und agitatorisch mit gleichem Erfolge hervorgetretenen, in allen gebildeten Kreisen des Volkes bekannten, unabhängigen Kolonialpolitiker die warme und dringende Bitte, sich an die Spitze des zu gründenden Vereins zu stellen, indem wir überzeugt sind, daß unsere Bestrebungen alsdann des Erfolges nicht ermangeln werden.

(Folgen die Unterschriften.)

Anlage 4.

Hochgeehrter Herr!

Durch die inzwischen erfolgte Bereiterklärung des Dr. C. Peters, einen Allgemeinen deutschen Verband zur Förderung nationaler Interessen in Leben zu rufen, ist für unsere im vorigen Sommer durch die Erregung über das deutsch-englische Abkommen zusammengeführte Gruppe eine ganz neue Sachlage geschaffen und ein wesentlicher Theil unserer nächsten Wünsche erfüllt. Der neue Verband soll — vorbehaltlich endgültiger Wortfassung — folgenden Zwecken dienen:

1) Belebung des vaterländischen Bewußtseins in der Heimath und Bekämpfung aller unserer geistigen nationalen Entfaltung entgegengesetzten Kräfte.

2) Unterstützung der um ihre Eigenart ringenden Angehörigen unserer Volksart in fremden Ländern und Zusammenfassung aller deutsch nationalen Elemente auf der Erde zu gemeinsamem Wirken.

3) Förderung einer energischen deutschen Interessenpolitik sowohl in Europa, wie über See; insbesondere auch Fortführung der begonnenen deutschen Kolonialpolitik zu praktischen Ergebnissen.

Er soll also sachlich dasselbe erzielen, was auch wir wollen. Eine Vereinszeitung wird der Verband voraussichtlich nicht besitzen, sondern nur ein Mittheilungsblatt, welches an die überall zu gründenden möglichst selbständigen Ortsgruppen seitens der Hauptstelle versandt wird. Der Jahresbeitrag soll ganz niedrig (etwa 1 Mk. als Mindestbeitrag) bemessen werden und der Eintritt jedem Deutschen im In- nnd Auslande freistehen. Es haben bereits 2 Vorbesprechungen in Berlin stattgefunden, an denen sich einige unserer engeren Gesinnungsgenossen betheiligt haben.

In der Versammlung vom 23. Februar kamen Bedenken zum Ausdruck, welche sich auf die Stellung des Verbandes gegenüber den anderen nationalen Vereinen wie Kolonialverein, Sprachverein, Schulverein bezogen. Man kam überein, daß ein Nebenbuhler dieser Vereine in unserem Verbande keineswegs erblickt werden könne, daß wir im Gegentheil diese Vereine und sie uns wechselseitig unterstützen werden.

Die anwesenden Reichs- und Landtagsabgeordneten, unter denen sich hervorragende Mitglieder verschiedener Parteien befanden, erklärten ihre Bereitwilligkeit, den neuen Verband thatkräftig und mit ihrem ganzen Einfluße zu unterstützen, und erkannten gleichzeitig an, daß die alten Parteien nicht im Stande seien, als solche den von uns vertretenen Anschauungen zum Siege zu verhelfen. Um so nothwendiger erschien es der Versammlung, alle gleichgesinnten Elemente zu einem Verbande zusammenzuschließen, der der Aufgabe, die nationalen Interessen stärker als bisher zur Geltung zu bringen, gewachsen sei.

Die Versammlung erklärte sich zum vorläufigen Komite und ernannte zum Zwecke der Ausarbeitung vorläufiger Satzungen einen Siebenerausschuß, in welchem unsere Gruppe durch 2 Herren (Prof. Wislicenus-Leipzig und Dr. Reismann-Düsseldorf) vertreten ist. Dem Ausschusse wurde das Recht der Zuwahl ertheilt. Dieser Ausschuß hat am 6. März in Berlin getagt und nach Fertigstellung eines Statutenentwurfs beschlossen, auf den 10. April eine constituirende Versammlung nach Berlin einzuladen.

Wir halten es für selbstverständlich, daß unsere Gruppe sich mit vollem Vertrauen an dem neuem Verbande betheiligt, glauben aber, daß es sich empfehlen und zur Stärkung der von uns vertretenen Anschauungen dienen wird, wenn wir den im Laufe des letzten Jahres gewonnenen Zusammenhang in der losen Form, in welcher er bisher bestanden hat, aufrecht erhalten und weitere mit voller Entschiedenheit auf dem Boden unserer Gesinnung stehende Elemente in denselben hineinziehen. Wir würden damit auch ausgesprochenermaßen nicht gegen die Wünsche Dr. Peters' handeln.

Innerhalb des neuen Verbandes wird es unsere Aufgabe sein, nach Kräften dafür zu sorgen, daß derselbe nicht wieder erlahmt, sondern stets in angestrengter agitatorischer Thätigkeit bleibt, daß er mit Kraft und Selbständigkeit für seine Ziele eintritt, namentlich eine unausgesetzte Fühlung mit der Presse behält, dieselbe in denkbar weitestem Umfange für die Vertretung unserer Anschauungen gewinnt und auf die heranwachsende Jugend im Sinne einer Unterdrückung aller derjenigen Schwächen und Einseitigkeiten des jetzigen deutschen Volkscharakters einwirkt, welche bisher eine volle Kraftentfaltung des Deutschthums auf der Erde unmöglich gemacht haben — mit anderen Worten, daß sich nicht wieder die Michelei durch eine Hinterthür in den neuen Verband einschleicht, sondern auf der ganzen Linie mit Hülfe desselben geschlagen wird.

Die nächste unmittelbare Aufgabe, an der wir uns versuchen können und müssen ist diejenige der Bildung von Ortsgruppen. Es ist wesentlich, daß dieselbe durch entschiedene mit den Anschauungen unserer Gruppe, wie diese sich in unseren bisherigen Schritten äußern, voll übereinstimmende Elemente geschieht. Denn es wird von uns vorausgesetzt, daß für die spätere Haltung einer Ortsgruppe von maßgebenden Einflusse die Gesinnung und der Eifer ihres Begründers sein wird. Es kommt daher auch vorwiegend auf letztere Eigenschaften, erst in zweiter Reihe auf Stellung und Namen an. Es ist nöthig, daß an möglichst vielen Orten eine Anzahl von Männern gesammelt wird, welche bereit und in der Lage sind, die Vorarbeiten zur Gründung einer Ortsgruppe gemeinschaftlich zu übernehmen, demnächst, wenn der Hauptverband an die Oeffentlichkeit getreten sein wird, die Ortsgruppe auf breitester Grundlage in's Leben zu rufen und auch für die Zukunft die für den Verband zu leistende Arbeit zu übernehmen.

Wir richten daher (unter Bezugnahme auf das bereits übersandte Verzeichnis) an Sie die Bitte, mit den an Ihrem Orte wohnhaften Mitunterzeichnern der Adresse an Dr. C. Peters bezw. mit anderen Gesinnungsgenossen, um deren Namen und Wohnung gebeten wird, unverzüglich in Verbindung treten und die Bildung einer Ortsgruppe übernehmen zu wollen. Sollten sie verhindert sein, sich dieser Aufgabe zu unterziehen, so bitten wir um unverzügliche Mittheilung und gleichzeitig um Vorschlag einer anderen geeigneten Persönlichkeit.

Erwünscht wäre ein derartiger Vorschlag auch für solche Städte, zu denen wir bisher noch keine Beziehungen haben. Wenn ferner Gleichgesinnte in benachbarten Orten mit einander in Verbindung treten, so wird das der Sache nur förderlich sein.

Bereits in Vorbereitung begriffen sind Gruppenbildungen in Leipzig, Hannover, Düsseldorf (Adr. Dr. Reismann) und Elberfeld (Adr. Paul Simons — Johann Simons Erben — Alexanderstr. 22).

Man ist in diesen Städten in der Weise vorgegangen, daß zunächst geeignete Gesinnungsgenossen für den geschäftsführenden Ausschuß der Ortsgruppe gewonnen wurden. Hierfür war weniger die Lebensstellung des Betreffenden ausschlaggebend, als vielmehr das Maß von Interesse und Arbeitskraft, welches er unserer Sache widmen zu wollen erklärte. Es wird in Ueberlegung zu ziehen sein, welches der beste Weg ist, um denjenigen angesehenen politischen und sonstigen Persönlichkeiten, welche unserer Sache geneigt, aber nicht in der Lage sind, im geschäftsführenden Ausschuß für dieselbe zu arbeiten, einen hervorragenden bezw. einen Ehrenplatz innerhalb der Ortsgruppe zu verschaffen.

Bis zur endgültigen Bildung des Allgemeinen Deutschen Verbandes werden die bisherigen Rundschreiben und Erklärungen die äußerliche Grundlage für die Propaganda bilden müssen.

Leider ist bereits eine Mittheilung über den zu gründenden Verband in die Presse gedrungen. Gleichwohl bitten wir, dieses Schreiben durchaus vertraulich behandeln und nur unter Wahrung der Vertraulichkeit vorgehen zu wollen.

Am 13. März 1891.

Prof. Dr. J. Wislicenus, Leipzig. Dr. A. Hugenberg, Hannover.

Anlage 5.

Allgemeiner Deutscher Verband.

Aufruf!

„Gedenke, daß Du ein Deutscher bist."
Friedrich Wilhelm, der große Kurfürst.

In die Mitte von Europa gestellt und an seinen Grenzen bedroht von fremden und feindlichen Nationalitäten, bedarf das deutsche Volk mehr als alle anderen Völker der vollen und einheitlichen Znsammenfassung seiner Kräfte, um seine Unabhängigkeit nach außen und die Entfaltung seiner Eigenart im Innern zu sichern.

Durch eig'ne Fehler und eine Reihe von weltgeschichtlichen äußeren Umständen ist Deutschland in dieser Zusammenfassung seiner nationalen Kraft um Jahrhunderte zurückgehalten und von fremden Völkern im Westen und Osten weit überholt worden.

Erst die großen Kämpfe von 1866 und 1870 errangen die Schaffung des deutschen Einheitsstaates und damit die Grundlage, auf welcher unser Volk den Wettbewerb mit anderen Nationen aufzunehmen vermag.

Auf dieser Grundlage weiter zu bauen und unserm Volk die Weltstellung zu gewinnen, wie sie seinem Rang als europäischer Großmacht entspricht, das ist sowohl Aufgabe der Regierungen wie der Nation als solcher. Es würde falsch sein, anzunehmen, daß durch die Errungenschaften der letzten Kriege die politische Entwickelung Deutschlands bereits ihren endgültigen Abschluß erreicht hätte. Noch ist der Ausbau des nationalen deutschen Reiches nicht beendet, und über See genießt unsere Flagge noch nicht das Ansehen, wie es der ersten Kriegsmacht Europas zukommt. Noch immer taucht alljährlich der große Strom unserer Auswanderung in fremden Nationalitäten unter, um daselbst dauernd zu verschwinden, und ein unter allen Umständen sicheres Absatzgebiet für unsere Industrie fehlt uns, weil uns eig'ne aufnahmefähige Kolonien in angemessenem Umfange fehlen. In einem Zeitalter, wo alle Staatswesen mehr und mehr darauf bedacht sind, sich nach außen hin wirthschaftlich abzuschließen, birgt dieser Umstand eine ernste Gefahr für unsere gesammte Volkswirthschaft in sich!

Wenn die praktische Lösung der angedeuteten Aufgaben in erster Linie der deutschen Politik anheimfällt, so vermag doch auch das Volk selbst in diesen Entwicklungsgang bestimmend mit einzugreifen. Es würde kein römisches Weltreich entstanden sein, wenn es keine „Römer" gegeben hätte. Wenn ein ganzes Volk sich mit der Anschauung seiner großen geschichtlichen Aufgaben erfüllt und solche zum Gegenstand seines nationalen Wollens macht, findet es auch die Mittel und Wege, den Inhalt seiner Ideale zu verwirklichen.

In solcher Ueberzeugung hat sich der „Allgemeine Deutsche Verband" begründet, welcher beabsichtigt, die Anschauungen unseres Volkes im Sinne seiner großen Weltaufgaben zu gestalten und darauf hinzuwirken, daß der weitere Gang der deutschen Entwicklung sich in der Richtung dieser Gesichtspunkte vollzieht. Der Zweck des Allgemeinen Deutschen Verbandes ist:

1. Belebung des vaterländischen Bewußtseins in der Heimath und Bekämpfung aller der nationalen Entwickelung entgegengesetzten Richtungen.
2. Pflege und Unterstützng deutsch-nationaler Bestrebungen in allen Ländern, wo Angehörige unseres Volkes um die Behauptung ihrer Eigenart zu kämpfen haben, und Zusammenfassung aller deutschen Elemente auf der Erde für diese Ziele.
3. Förderung einer thatkräftigen deutschen Interessenpolitik in Europa und über See. Insbesondere auch Fortführung der deutschen Kolonial-Bewegung zu praktischen Ergebnissen.

Als Mittel, wie diese Zwecke durch eine Verbandsbildung zu erreichen sind, fassen wir vornehmlich die Belehrung unseres Volkes durch Wort und Schrift ins Auge. Der Allgemeine Deutsche Verband wird die Begebenheiten der Zeitgeschichte unter dem Gesichtspunkte unserer großen nationalen Interessen zu erfassen bestrebt sein und dementsprechend beleuchten und er wird den Mitgliedern des Verbandes Gelegenheit bieten, geschlossen eine unabhängige Stellung dazu zu nehmen. Auf diese Weise hoffen wir, die deutsche Nation mehr und mehr mit dem Geist einer entschlossenen Weiterentwicklung unserer nationalen Machtstellung in Europa und über See zu erfüllen. Aber das Volk vermag verfassungsmäßig auch unmittelbar in den Gang der Entwicklung einzugreifen. Durch die Mitarbeit der Volksvertretungen an der Gesetzgebung des Reiches ist der Weg gezeigt, auf welchem wir unsere Anschauungen sofort praktisch geltend zu machen vermögen. Es wird die Aufgabe des Allgemeinen Deutschen Verbandes sein, auf eine solche Zusammensetzung der parlamentarischen Körperschaften hinzuarbeiten, daß in denselben immer nachdrücklicher der Geist deutsch-nationalen Stolzes vorherrschend wird und ihre Haltung in den Einzelfragen vorwiegend bestimmt.

Durch die Allgemeinen Verbandstage, welche alle drei Jahre in Berlin stattfinden soll eine persönliche Annäherung deutscher Männer auf der ganzen Erde erreicht, und hierdurch das nationale Band, welches uns alle umschlingt, befestigt werden. Auf diese Weise hoffen wir, auch engere wirthschaftliche Beziehungen, zwischen unserer Industrie in der Heimath und unsern Landsleuten in der Fremde zu schaffen, wie solche z. B. zwischen England und seinen Angehörigen draußen fast immer bestehen bleiben.

Der Mitgliederbeitrag ist auf eine Mark jährlich festgesetzt und hierdurch den weitesten Kreisen des Volkes der Zutritt zum Allgemeinen Deutschen Verband geöffnet. Aller Orten sollen sich die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Verbandes zu Ortsgruppen vereinigen.

Deutsche Landsleute auf der ganzen Erde! Wir laden Euch ein, durch die Betheiligung am Allgemeinen Deutschen Verband unsere Bestrebungen zu unterstützen. Wir kämpfen für die Belebung jenes nationalstolzen Geistes in der Heimath und in der Fremde, welcher noch von jeher die großen Völker der Weltgeschichte gekennzeichnet hat und die unumgängliche Grundlage für eine weltumspannende Politik der Regierungen ist. Wir wollen dadurch zur Ausbreitung und Erhaltung unserer Art auf der Erde beitragen und dem Deutschen Reich die nothwendige Erweiterung seines Wirthschaftsgebietes über See erringen helfen. Das Deutschthum, so lange in sich zerrissen und niedergetreten, soll von neuem, über alle Zonen hin, sich daran ge-

wöhnen, in all' seinen Angehörigen sich als das Volk zu fühlen, welches bestimmt ist, beherrschend in den Gang der Weltgeschichte mit einzugreifen und erhobenen Hauptes den Fremden gegenüberzutreten.

Deutsche in der Heimath und in der Fremde! Indem wir Euch einladen, an diesen Arbeiten theilzunehmen, sind wir durchdrungen von der Ueberzeugung, daß unser Volk, indem es die Erhaltung und Ausbreitung deutschen Geistes auf der Erde betreibt, damit am wirksamsten auch den Bau der Weltgesittung fördert. Denn unsere deutsche Kultur bedeutet den idealen Kern menschlicher Denkarbeit, und jeder Schritt, welcher für das Deutschthum errungen wird, gehört demnach der Menschlichkeit als solcher und der Zukunft unseres Geschlechtes!

Beitrittserklärungen und Geldsendungen sind an die Geschäftsstelle des Allgemeinen Deutschen Verbandes, Berlin W., Kaiserin-Augustastr. 71 und an den Schatzmeister des Allgemeinen Deutschen Verbandes Lucas, Direktor der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft, Berlin W., Wilhelmstraße 57/58, zu richten.

Das Präsidium des Allgemeinen Deutschen Verbandes.

von Fischer, Oberbürgermeister, Augsburg. Karl v. d. Heydt, Elberfeld. v. Kardorff-Wabnitz, M. d. R. u. d. A.-H. Graf v. Mirbach-Sorquitten, M. d. R. Wislicenus, Professor, Leipzig. Dr. Carl Peters, Ehrenmitglied des Allgemeinen Deutschen Verbandes.

Schatzmeister: Lucas, Direktor der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft, Berlin.

Der geschäftsführende Ausschuß.

Dr. Arendt, M. d. A., Berlin. Graf von Arnim-Muskau, M. d. R., Berlin. von Below-Saleske, M. d. A. Dr. Haeckel, Professor, Jena. Dr. Hasse, Professor, Leipzig, Hoffmann, R.-Baumeister, Berlin. Dr. Mehnert, M. d. R. Dresden. Olzem, M. d. A. von Pilgrim, Reg.-Präs., M. d. A., Minden. Dr. Preyer, Prof., Berlin. Dr. Reißmann-Grone, Essen. Dr. Schroeder-Poggelow, Berlin. G. Schweinfurth, Prof., Berlin. Tramm, Stadtsyndikus, M. d. A., Hannover.

Der Vorstand.

Karl Andreae, (Kyffhäuser-Verband der Vereine Deutscher Studenten). Angerer, Reg.-Assessor, Potsdam. de Bary, Gen.-Konsul, Antwerpen. Baumann, Frankfurt a. M. v. Baumbach, M. d. R., Altenburg. Graf Behr-Baudelin. Graf Behr-Behrenhoff, M. d. R. u. d. A.-H. Bernhardi, Handelskammersekretair, Dortmund. Fritz Bley, Direktor, Berlin. Dr. Hans Blum, Leipzig. Oscar Borchert, Lübtheen. Dr. med. von Campe, Hannover. Dr. Credner, Prof., Leipzig. Dr. Harry Denicke, Landsberg a. W. Graf Douglas, M. d. R., Karlsruhe. Duddenhofer, Geh. Kommerzienrath, Rottweil. D. von Duhn, Professor, Heidelberg. Dr. Eimer, Professor, Tübingen. Dr. Enneccerus, Professor, M. d. A., Marburg. Dr. Ermann, Professor, Lausanne. v. Eynern, M. d. A., Barmen. Dr. Fabri, Professor, Godesberg. Dr. Felix, Zürich. Dr. Fick, Professor, Würzburg. Dr. Fick, Zürich. Fink, Senator, Hannover. Dr. Fischer, Professor, Marburg. Dr. W. Götz, München. v. Helmann, M. d. R. Hamm, Oberstaatsanwalt, Köln. Hanemann, Manchester. Hansen, Landrath, M. d. A. Dr. Hauchecorne, Berlin. v. Helldorff-Bedra, M. d. R. Dr. Hugenberg, Hildesheim. Dr. Hübbe-Schleiden Neuhausen bei München. von Jagow-

Potsdam, M. d. R. Dr. Irmer, Archivar, Hannover. Dr. Joest, Professor, Berlin. von Lißt, Professor, Halle. Kirdorf, Generaldirektor, Gelsenkirchen. Kleine=Dortmund. Dr. Koch, Professor, Breslau. Lange, Präsident der Handelskammer, Lübeck. von Lenbach, Professor, München. Leuschner, Geheimer Bergrath, M. d. R., Eisleben. Lueg, Kommerzienrath, Düsseldorf. G. Meyer, Geh. Kommerzienrath, Hannover. Konsul Müser, Brüssel. Hermann Peters=Nürnberg. von Plettenberg=Mahrum, M. d. A. Dr. Ratzel, Professor, Leipzig. Paul Reichard, Berlin. Dr. Richter, Professor, Eisleben. Dr. Ritter, M. d. A., Waldenburg. Dr. Rhode, Berlin. Dr. Schier, M. d. R. Schlabitz, Görlitz, M. d. A. G. A. Schlechtendahl, Barmen. H. Schmidt, London. Schultz=Lupitz, M. d. A. v. Schwarze, Bergwerks=Direktor, Düsseldorf. Seebom, General=Direktor, Mahlstatt=Burbach. Simons, Fabrikbesitzer, Elberfeld. von Steun, Major a. D., Berlin. Storck, Regierungs=Baumeister, Berlin. Stolte, Rechtsanwalt, Berlin. von Thüngen, Roßbach. v. Tiedemann=Labischin, M. d. A. Dr. Vormeng, Berlin. Wallbrecht, Baurath, Hannover. Wilmanns, Vice=Konsul, Groß=Lichterfelde. Wiskow, R.=Baumeister, Berlin.

Anlage 6.

Entschließung vom 19. April 1914.

Der Gesamtvorstand des Alldeutschen Verbandes stellt fest, daß die nach Beendigung der Balkankriege erwartete Entspannung der auswärtigen politischen Lage in Europa nicht eingetreten ist, daß diese im Gegenteil durch die außerordentlichen Rüstungen Frankreichs und Rußlands, durch die deutschfeindliche Stimmung maßgebender Schichten in beiden Nachbarstaaten und durch unfreundliche Handlungen ihrer Regierungen verschärft worden ist.

Der Vorstand zieht aus allen diesen Vorgängen den Schluß, daß Frankreich und Rußland den entscheidenden Kampf gegen das deutsche Reich und Oesterreich-Ungarn vorbereiten, und daß beide loszuschlagen beabsichtigen, sobald sie die Gelegenheit für günstig halten. Der Vorstand ist weiterhin überzeugt, daß dieser Kampf für eine weite Zukunft, vielleicht für immer über das Schicksal des deutschen Volkes entscheiden wird, und daß das Geschick der anderen germanischen Völker Europas damit aufs engste verknüpft sein wird. In dieser Erkenntnis hält es der Alldeutsche Verband für seine Pflicht, unser Volk zu mahnen, der großen Zeit wachsam und entschlossen entgegenzugehen, sich durch Anspannung aller sittlichen Kräfte und durch Unterdrückung allen inneren Haders auf sie vorzubereiten, nicht zuletzt aber alle zur Stärkung seiner Rüstung notwendigen Mittel willig bereitzustellen.

Der Vorstand erachtet es für die dringendste Aufgabe der Regierung, jede, auch die kleinste Lücke in unserer militärischen Rüstung unverzüglich zu schließen, insonderheit ungesäumt für völlige, restlose Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht zu sorgen, und versichert nach seiner Kenntnis unseres öffentlichen Lebens, daß das deutsche Volk, wenn es über den Ernst der Lage rückhaltlose Aufklärung erhält, nicht zögern wird, seine vaterländische Opferpflicht zu erfüllen.

Schließlich weist der Alldeutsche Verband die blutsverwandten germanischen Völker auf den Ernst der Lage für sie alle hin und erinnert sie an die Aufgaben, die aus dem Willen der Selbsterhaltung und aus dem Gefühle rassischer Gemeinschaft sich ergeben müssen.

Anlage 7.

Waffensegen.

„Es ist eine Lust zu leben" — so jauchzte Herr Ulrich von Hutten, die Reformation zu begrüßen, und ein ganzes Volk jauchzte mit ihm. In allen Höhepunkten unserer Geschichte seitdem — allzu wenigen — wurde sein Ruf aufgenommen, vor allem, als Preußen sein Schwert zog gegen den ersten Napoleon und als König Wilhelm mit seinen Paladinen ausritt, um die Kaiserkrone aus Frankreich zu holen.

„Es ist eine Lust zu leben" — der lebensprühende und tatenverheißende Ruf des fränkischen Ritters, der noch sterbend ein Kämpfer blieb: er ist das Merkwort unserer Tage, und glücklich, wem es vergönnt ist, sie zu erleben.

Wem hebt sich nicht stolz die Brust, wer jubelt nicht vor Stolz und Freude, wenn er sein Volk, „sein deutsches Volk" jetzt sieht! Beschämt sind die Zweifler, die Aengstlichen, die da meinten, wir Deutschen seien den Folgen allzulangen Friedens, allzuschnell gewachsenen Reichtums schon erlegen — und froh dürfen die sein, die sagten, daß beides Gefahren seien für unser Volk, daß es ihnen aber noch nicht erlegen sei, sondern in alter Tüchtigkeit, Tatenbereitschaft und Opferwilligkeit dastehen werde, sobald der große Augenblick kommen werde.

Die Stunde haben wir ersehnt — unsere Freunde wissen es — wo wir vor die gewaltigste Schicksalsentscheidung gestellt werden, weil wir glauben und wissen, daß sie neben furchtbar Schwerem Rettung und Segen bringen wird.

Nun ist sie da, die heilige Stunde! Der Atem der Welt stockt, und jedes Volk zeigt, was es ist.

Die Russen tückisch und falsch bis zum letzten Augenblick, die Franzosen — vor die überraschende Wirklichkeit gestellt — schlotternd und plötzlich die Racheluft vergessend — England kalt wägend und zaudernd — das deutsche Volk aber jubelt.

Wer diese Tage mitgemacht hat, der ist seiner Deutschen sicher. Die Städter und das Landvolk, gleichbereit, selbstbewußt, kampfesfroh — prachtvoll die Ruhe und die Selbstverständlichkeit, mit der die militärischen Befehlshaber ihre Aemter antreten. Das macht uns niemand nach. So wie jetzt alles in Ruhe und Ordnung sich abspielt, wird sich der Anmarsch vollziehen, und dann — dann folgt der Kampf.

Gewaltigstes bereitet sich vor, ein Riesenkampf, wie ihn die Weltgeschichte noch nicht gesehen hat, gegen den alles, was sie bisher an Völkerringen aufzuweisen hat, sich ausnehmen wird, wie das Geplänkel gegen die Schlacht — derartiges mitzuerleben, lohnet ein Leben.

Aber dieser Lebensinhalt soll noch reicher werden durch das Ergebnis des blutigen Kampfes, den unser Volk in Waffen jetzt zu bestehen hat — reicher durch seine Taten, seinen Sieg!

Wir werden siegen — wir wollen, wir müssen siegen: das ist die Gewißheit, der Drang in Millionen und Abermillionen deutscher Menschen. Der „furor teutonicus", von dem der Menschenkenner Bismarck so hoch dachte, ist erwacht und unsere Feinde sollen ihn zu spüren bekommen.

Der deutsche Kaiser hat das Schwert gezogen: das deutsche Volksheer rückt aus.

Alle guten Geister mögen mit ihm sein, Gott selbst, der Schlachtenwalter, möge es segnen auf seinem blutigen Wege, beim schweren Werke! Die frommen Gebete, die heißen Wünsche derer, die zu Hause bleiben, begleiten die Tapferen, die jetzt hinausziehen; sie fassen in sich:

Heil dem Kaiser!
Heil dem deutschen Heere!
Heil der deutschen Flotte!
Segen den deutschen Waffen!

Anlage 8.

Entschließung des geschäftsführenden Ausschusses vom 20. Oktober 1918.

Der geschäftsführende Ausschuß des Alldeutschen Verbandes hält sich für verpflichtet zu erklären, daß er die bisherigen Maßnahmen des „Kriegskabinetts“ als schwere Schädigung und Gefährdung des deutschen Reiches ansieht. Die Regierung hat in Verkennung der Gesinnung unseres Volkes und der Absichten unserer Feinde mit ihrer neuen Friedensbitte und dem Gesuch um Waffenstillstand dem Frieden, den wir alle wollen, den schlechtesten Dienst erwiesen, indem sie den Uebermut der Feinde stärkte und, wie die Tatsachen beweisen, neue Ansprüche geradezu herausfordert und neue Gefahren heraufbeschwört.

Die Bereitwilligkeit dieser Regierung, wichtige Teile des Reichsgebietes preiszugeben, belastet sie mit dem Vorwurf, den ersten Schritt zur Zertrümmerung des Reiches getan zu haben, wohin die Annahme der sogenannten „Wilsonschen 14 Punkte“ notwendig führt.

Eine Regierung der „Nationalen Verteidigung“, wie sie die Not des Vaterlandes fordert, kann trotz der gehäuften politischen Fehler, trotz des höchsten Ernstes der politischen Lage, trotz der Einbuße, die unser Volk in vierjährigem opfervollen Ringen erlitten hat, immer noch ein Kriegsende herbeiführen, das die deutsche Zukunft sichert.

Einer Regierung der „Nationalen Verteidigung“ wird unser Volk mit neu ermachter Begeisterung unter Anstrengung aller Kräfte folgen und mit ihr die Rettung des Vaterlandes durchsetzen, wenn sie ihm offen erklärt, daß ein Friede nach Wilsons Absicht nicht nur die Zertrümmerung des Reiches, also den politischen Untergang des Volkes, sondern auch das wirtschaftliche Verderben jedes einzelnen Deutschen unerbittlich nach sich ziehen muß. Sie wird dem Volke mit flammenden Worten die Gebote der völkischen Ehre verkünden und den Geist von 1914 wiederherstellen. Sie wird unser Volk lehren, daß unsere Widerstandskraft noch längst nicht erschöpft ist, und alles tun, um die militärische Leistungsfähigkeit zu steigern und aufs äußerste auszunutzen. Sie wird bestrebt sein, den guten Willen des Volkes durch Beseitigung der Mißbräuche und Ungerechtigkeiten zu erhalten, die während des Krieges in der Heimat und an der Front aufgekommen sind. Sie wird den gesunden Empfindungen des Volkes Rechnung tragen und in diesem Sinne eine rechte Volksregierung werden, die sich auf alle Deutsche jeder Parteirichtung stützt, die entschlossen sind, für die Rettung des Vaterlandes alles einzusetzen. Ebenso werden die deutschen Frauen an Opferwilligkeit und in treuer Mitarbeit auch künftig nicht zurückstehen.

Unsere Gesinnungsgenossen rufen wir auf, mit allen Mitteln in Wort und Schrift die Mitbürger aufzurichten, zu stärken, zu sammeln. Ein Volk wie das deutsche, das in über 4 Jahren schwerster Not Taten getan hat, die ihm, mag dies Ringen enden, wie es will, einen leuchtenden Ehrenplatz in der Geschichte aller Zeiten sichern, darf in dieser Wendestunde seines Geschicks, die über seine ganze Zukunft entscheidet, nur beseelt sein von dem einen unbeugsamen Willen: in treuer Zusammenarbeit aller Volksgenossen, diese Zukunft sicherzustellen, in einer Weise, die den Opfern und Leistungen dieses tüchtigen, zum Größten berufenen Volkes vor dem Feinde und in der Heimat entspricht. Ueber alle Parteispaltungen hinweg rufen wir alle Deutschen zu dieser einmütigen und opferwilligen Zusammenarbeit auf.

Anlage 9.

Mit Millionen deutscher Volksgenossen steht der Alldeutsche Verband infolge der Ereignisse der letzten Wochen heute am Grabe stolzer Hoffnungen, an deren Verwirklichung er im Dienste und zum Wohle der Volksgesamtheit mit allem Eifer gearbeitet hat. Eine furchtbar schwere Zeit ist über unser Volk hereingebrochen... so schwer, wie es sie in seiner wahrhaftig oft grausam-harten Geschichte noch nicht durchzumachen hatte.

Alles kommt heute, wenn das deutsche Volk nicht untergehen soll, darauf an, daß ihm über diese schwere Zeit hinausgeholfen wird, und um dies möglich zu machen, ist die Mitarbeit aller Deutschen geboten. Aus dieser Notwendigkeit ergibt sich, für uns Alldeutsche unsere Stellung gegenüber den Folgewirkungen der politischen Vorgänge dieser Tage, und die Hauptleitung tritt mit reinem Gewissen, ungebrochenem Mut und zuversichtlichem Glauben vor die Gesinnungsgenossen, um sie zu bitten, der alldeutschen Sache weiterhin Gefolgschaft zu leisten.

Als erste und oberste Aufgabe auch der Alldeutschen erkennen wir es, unter Einsetzung der ganzen Persönlichkeit und Aufbietung aller Kräfte dafür einzutreten und daran mitzuarbeiten, daß Ordnung und Sicherheit im Lande erhalten werden; wir fordern unsere Mitglieder auf, an der Lösung dieser Aufgabe mit besonderer Hingabe zu helfen.

Aber diese Ereignisse legen uns Alldeutschen über diese oberste und allgemeine Bürgerpflicht dringliche besondere Pflichten auf, die wir znm Wohle unseres schwergeprüften Volkes erfüllen müssen. So bedarf der nationale Gedanke heute mehr als je treuester Pflege, damit er nicht untergehe; wir Alldeutschen wollen sie mit allen Liebe üben.

Das Gefühl der geistigen und kulturellen Zusammengehörigkeit aller Deutschen muß vertieft und zu stärkerer Wirkung gebracht werden: denken wir nur daran, daß bisher deutscher Boden im Westen und Osten vom Reichsgebiet gelöst werden soll und daß voraussichtlich aus mannigfachen Gründen viele volksbewußte Deutsche dort zurückbleiben werden, deren geistiger und kultureller Zusammenhang mit dem Stammvolke gewahrt werden muß — ein Dienst, dem wir uns widmen wollen. Aus dem hoffentlich erfolgenden Eintritt von Millionen Deutsch-Oesterreicher in den Reichsverband ergeben sich besondere Aufgaben, für die der Alldeutsche Verband nach seiner Vergangenheit und nach seinen Verbindungen hervorragend geeignet ist.

Endlich sei der Deutschstämmigen gedacht, die, sei es in Ungarn, sei es im Nordosten, sei es im Nordwesten außerhalb der Reiches bleiben müssen: ihnen zu helfen und zu dienen, sind wir in erster Linie berufen.

Wir haben es immer ernst genommen, die Kulturgemeinschaft der Deutschen innerhalb und außerhalb der Reichsgrenzen zu fördern, und werden uns mehr als je in allen lebenswichtigen deutschen Kulturfragen betätigen müssen.

Auch gilt es — vielleicht vor allem — eine möglichst große Zahl bewußter Deutscher zusammenzuhalten, die an die Wiedergeburt glauben und unentmutigt für sie arbeiten wollen; ihnen wollen wir Mittelpunkt und Leitung schaffen.

Also: eine Fülle von Aufgaben, neuen und alten, liegt vor uns; wir werden ihnen gewachsen sein, wenn wir treu zusammenstehen und dadurch unsere Gemeinschaft stark und leistungsfähig erhalten. So richte ich in der Zeit höchster Not unseres Volkes die Bitte an unsere Gesinnungsgenossen: bleibt der Sache treu, die ihr bei eurem Eintritt in den Verband als gut und richtig erkannt habt. An unsere Freunde in den Teilen des Vaterlandes, die vorübergehend von feindlichen Truppen besetzt werden, richte ich die besondere Bitte, deswegen nicht die bestehenden Gliederungen (Gaue, Ortsgruppen, Vertrauensmänner und Abteilungen) aufzulösen: es ist bestimmt damit zu rechnen, daß die feindliche Besatzung das innere Leben der besetzten Gebiete nicht stören wird ... sollte es doch dazu kommen, so ist es im gegebenen Augenblick noch immer Zeit, etwa nötig werdende Maßnahmen zu treffen. Diesen Gesinnungsgenossen in solchen Gebieten rufe ich zu: Durchhalten zur Ehre unserer Sache!

Der Dienst an unserem Volke war uns immer oberstes Gesetz. Er sei es auch heute, wo er notwendiger ist als je.

Mainz, den 15. Nov. 1918.

Für die Hauptleitung
Claß.

Anlage 10.

Erklärung des Alldeutschen Verbandes.
(Bamberger Erklärung.)

Hauptleitung und Geschäftsführender Ausschuß des Alldeutschen Verbandes haben in Bamberg in mehrtägiger Sitzung die Lage unseres Vaterlandes eingehend beraten. Als Ergebnis der Erörterung der Lage, sowie der sich aus den politischen Ereignissen für den Alldeutschen Verband und seine Tätigkeit ergebenden Folgen wurde beschlossen, eine Erklärung zu veröffentlichen, die sich nicht nur an die Mitglieder des Alldeutschen Verbandes, sondern auch an die deutsche Oeffentlichkeit wendet.

Sie lautet wie folgt:

Durch den schmachvollen Zusammenbruch des Deutschen Reiches sieht der Alldeutsche Verband das Vaterland nicht nur um den erstrebten Erfolg eines durch mehr als vier Jahre hindurch heldenhaft geführten Kampfes gebracht, sondern auch militärisch, politisch und wirtschaftlich in den Zustand tiefster Ohnmacht versetzt; gleichzeitig gewahrt er im Leben des Volkes Erscheinungen, die auf den sittlichen Zerfall weiter Volkskreise schließen lassen. Entgegen den immer von neuem wiederholten Behauptungen der wirklich Schuldigen und Mitschuldigen hält sich der Alldeutsche Verband an die erwiesene geschichtliche Tatsache, daß für diesen Zusammenbruch weder die oberste Heeresleitung, noch die völkisch gerichteten Bürger verantwortlich gemacht werden können, sondern daß er gewissenlosen Volksverrätern zur Last fällt, die sich offen als seine Urheber bekannt haben, sowie den Regierenden im Reiche und in den Bundesstaaten, die nicht den Mut und Entschluß fanden, dem drohenden Umsturz entgegenzutreten. Der Alldeutsche Verband sieht die Hoffnungen vereitelt, die er mit Fug und Recht an dem von ihm aus guten Gründen erwarteten günstigen militärischen Ausgang des Krieges für die militärische, politische und wirtschaftliche Sicherung der deutschen Zukunft, sowie für die innere Wiedergeburt unseres Volkes geknüpft hatte, und weist die Verantwortung für dieses schmachvolle Ende denen zu, die den Siegeswillen unseres Volkes planmäßig untergraben und mit feindlicher Unterstützung in der Heimat und vor dem Feinde Verrat geübt und verbreitet haben.

Er empfindet es als eine Schmach, daß von Personen, die heute an verantwortlichen Stellen wirken, „Deutschlands Schuld am Kriege" behauptet und zu beweisen versucht wird, und stellt nach seiner Kenntnis der geschichtlichen Vorgänge fest, daß weder Kaiser Wilhelm II. noch der Reichskanzler von Bethmann Hollweg auf den Krieg hingearbeitet haben, daß sie vielmehr — und zwar länger als es sich militärisch und politisch verantworten läßt — den Frieden zu erhalten suchten. Er verurteilt jenes Bestreben, die „deutsche Schuld am Kriege" darzutun, um so mehr, als es geschichtliche Tatsache ist, daß unsere Hauptfeinde England, Frankreich und Rußland den

Krieg gewollt und planmäßig vorbereitet haben, und daß sie dabei von vornherein auf die Vernichtung unseres Vaterlandes ausgingen.

Wenn unsere Feinde Kaiser Wilhelm II. im besonderen als den Schuldigen am Kriege bezeichnen und für seine angebliche Schuld „bestrafen" wollen, so ist das ihre Sache. Jeder Deutsche aber, der noch einen Rest von Ehrgefühl über die zahllosen Ehrlosigkeiten dieser Tage gerettet hat, wird dieses Ansinnen unserer Feinde entrüstet zurückweisen und eine Auslieferung des Kaisers unter Zustimmung der jetzt in Betracht kommenden Stellen im Reiche als unerträglich verwerfen, denn eine solche Handlungsweise würde unser Volk der dauernden Verachtung der Welt preisgeben.

Der Alldeutsche Verband hat seit seiner Begründung — vaterländischem Pflichtgefühl folgend — versucht, der Stimme der Wahrheit vor Kaiser Wilhelm II. Gehör zu verschaffen; er hat mit schärfsten Urteilen gegen die unglückliche Führung der Reichsgeschicke durch den Kaiser und seine Beauftragten nicht zurückgehalten, als die Reichspolitik der nachbismarckischen Zeit von der überwiegenden Mehrheit des Volkes gebilligt wurde: er hat deshalb heute das Recht, diesen Teil der Deutschen an ihre Mitverantwortung zu erinnern, und er hält es für ein Gebot deutschen Ehrgefühls, daß dem deutschen Kaiser und seiner Gemahlin, in der er das Vorbild deutscher Frauen-Tugend verehrt, von der Nationalversammlung oder von der derzeitigen Reichsregierung sichere Unterkunft auf deutschem Boden angeboten wird.

So wenig eine Auslieferung Kaiser Wilhelm II. und seines Kanzlers in Betracht kommen kann, so wenig wird ein etwaiges Verlangen unserer Feinde Gehör finden dürfen, das andere Deutsche wegen angeblicher „Mitschuld am Kriege" vor Gericht stellen will; insbesondere müßte ein solches Ansinnen zurückgewiesen werden, wenn es sich — wie von der feindlichen Presse häufig angekündigt wurde — gegen Generalfeldmarschall von Hindenburg und General Ludendorff richtete. Beiden Männern ist das deutsche Volk für ihre gewaltigen Leistungen zu Dank verpflichtet und der Alldeutsche Verband hält es auch heute für seine Ehrenpflicht, dem General Ludendorff seinen Dank und seine Verehrung auszusprechen; er beharrt bei der Meinung, daß die von diesem großen Feldherrn am Ende seiner Tätigkeit getroffenen folgenschweren Maßnahmen seine vorherigen Verdienste nicht auslöschen, zumal da die Verantwortung für deren politische Folgen von den obersten politischen Stellen getragen wird.

Neben dem Kaiser und einer angeblichen, auf den Krieg lossteuernden „Militärkamarilla", wird von planmäßigen Hetzern im Auslande, sowie von volksvergessenen Verleumdern in der Heimat dem Alldeutschen Verbande der Vorwurf gemacht, daß er am Ausbruch und an der Verlängerung des Krieges mitschuldig sei. Diese Behauptungen sind für jeden, der die geschichtlichen Tatsachen kennt und zu werten weiß, längst als unwahr, ja unmöglich widerlegt, und der Alldeutsche Verband hat sich im Bewußtsein seines guten Gewissens mit ihnen abgefunden. Weil sie aber zum Schaden des gesamten Volkes, und zwar vom feindlichen Auslande in böser Absicht, von Urteilslosen in der Heimat in bisher unbelehrbarer Verblendung aufrecht erhalten werden, verlangen Hauptleitung und Geschäftsführender Ausschuß als berufene Vertreter des Alldeutschen Verbandes, nicht zu dessen Rechtfertigung, sondern zum Nutzen des Vaterlandes

die vollkommenste Oeffnung der Archive des Auswärtigen Amtes hinsichtlich aller diplomatischen Vorgänge,

die mit dem Kriege irgendwie zusammenhängen; sie fordern die derzeitige Reichsregierung auf, ein gleiches Verfahren der feindlichen Mächte zu ver-

anlassen. Auf diese Weise wird vor aller Welt festgestellt werden, daß — soweit bei einem solchen Ereignis wie dem Ausbruch des Weltkrieges überhaupt von Schuld gesprochen werden kann — die Urheber auf der feindlichen Seite waren. Bis dahin verweist der Alldeutsche Verband auf das, was bisher zu dieser Frage bekannt geworden ist — vor allem auf die belgischen Gesandtschaftsberichte, auf die politischen Ergebnisse des Strafverfahrens gegen General Suchomlinow, auf die Schrift des amerikanischen Professors Burgeß „the causes of the war" (Chicago 1915), auf die Stockholmer Rede des heutigen Reichsministers Dr. David, und schließlich auf die Erklärung des unabhängigen Sozialdemokraten Kautsky, der durch den Umsturz ins Auswärtige Amt gelangte und dort feststellte, daß er in den Akten nichts gefunden habe, was die Alldeutschen als Urheber des Krieges erscheinen lasse.

Andererseits glaubt der Alldeutsche Verband, daß es an der Zeit ist, einwandfrei darzutun, wer die politische Verantwortung für den Abschluß des selbstmörderischen Waffenstillstandes vom 11. November 1918, sowie für die Unterwerfung unter die weiteren demütigenden und verderblichen Bedingungen der Feinde bei den Verlängerungen des Waffenstillstandes trägt, und er knüpft daran die Forderung, daß Unterhändler, die ihr Vaterland so schmachvoller und zerstörender Mißhandlung unterworfen haben, aus dem öffentlichen Dienste des deutschen Volkes entfernt werden.

Trotz des furchtbaren Zusammenbruches von Vaterland und Volk hält der Alldeutsche Verband an dem Glauben fest, daß das deutsche Volk noch zu retten ist, wenn alle, die fähig und guten Willens sind, ihm den rechten Weg zu zeigen, mit heiligem Eifer unverzüglich ans Werk gehen. Der Alldeutsche Verband wird dies mit ungebrochenem Mute tun, stellt sich allen Gleichgesinnten zur Mitarbeit zur Verfügung, wie er sie aufruft, ihm selbst bei dem schweren Werke zu helfen; er vertraut darauf, daß diejenigen, denen es wirklich ernst ist um die Rettung unseres Volkes, sich durch die planmäßig gegen den Alldeutschen Verband gerichteten Verleumdungen nicht abhalten lassen, mit ihm zusammen zu arbeiten.

Wenn der Alldeutsche Verband dazu schreitet, seine Kräfte dem Dienste der Wiederaufrichtung des Reiches zu widmen, so beginnt er mit dem Bekenntnis, daß ohne die Herstellung ausreichender Macht, die nach innen und außen Sicherheit schafft, jeder Versuch staatlicher Wiedergeburt erfolglos bleiben wird. Er bekennt dies, obwohl bis zu den Erfahrungen der Umsturzzeit politisch Unbelehrte wagen konnten, diese selbstverständliche Wahrheit als verwerfliches Merkmal freiheitfeindlicher Gesinnung anzuschwärzen, und er rechnet damit, daß alle nicht Böswilligen im deutschen Volke infolge der Vorgänge nach dem Umsturz erkannt haben, in welchem Maße das Fehlen ausreichender Macht nach innen verheerende, nach außen demütigende Folgen gehabt hat. Wer sich nicht mit Gewalt gegen die Lehren der harten Wirklichkeit sträubt, muß einsehen, daß wir als Volk und Staat verloren sind, wenn wir nicht beginnen, dem Reich die für seinen Bestand notwendigen Machtmittel zu schaffen.

Demgemäß erscheint es als erstes Erfordernis einer Reichsleitung, die unser Volk vor endgültigem Verderben retten will, daß sie ein Heer aufstellt, das dem Vaterlande nach innen und außen ausreichenden Schutz gewährt, in dem die Offiziere die ihnen gebührende Stellung einnehmen, und das einer anerkannten, festbestimmten Befehlsgewalt untergeben ist.

Der Alldeutsche Verband erachtet es, wenn er in solcher Weise den Wiederaufbau des deutschen Heeres fordert, als Ehrenpflicht, den deutschen Kämpfern, die ihre Pflicht erfüllt haben, seinen Dank abzustatten und dabei auszusprechen, daß er über-

zeugt ist, daß die überwältigende Mehrzahl der Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten an der Front zu ihnen gehört. Das kämpfende Heer hat im Kriege gegen eine Welt von Feinden Heldentaten vollbracht, die in der Geschichte einzig dastehen, die zur Zeit ihrer Ausführung unseren Stolz bildeten und die auch in Zukunft den Stolz jedes ehrliebenden Deutschen bilden werden. Der Alldeutsche Verband verurteilt es als ehrvergessen, pflichttreue Offiziere unter dem leiden zu lassen, was pflichtvergessene Berufsgenossen verschuldet haben, und erklärt es als notwendige Handlung der Selbstbesinnung unseres Volkes, wenn die deutschen Offiziere in die ihnen gebührende Stellung wieder eingesetzt werden. Das Todesopfer ungezählter Offiziere vor dem Feinde, die gewaltige Leistung des Standes vor und im Kriege erfordert eine Ehrenerklärung des gesamten Volkes, und wenn der Alldeutsche Verband für seinen Teil eine solche hierdurch abgibt, so verbindet er damit den Ausdruck treuer Verehrung und tiefsten Dankes für Generalfeldmarschall von Hindenburg, das ragende Vorbild der Pflichttreue des deutschen Offizierstandes.

Gleichen Dank erweist der Alldeutsche Verband den Offizieren, Unteroffizieren und Matrosen unserer Flotte, die ihrer Pflicht und Ehre gemäß gehandelt haben und beiden getreu blieben. Er spricht dabei die Ueberzeugung aus, daß unser Vaterland auch in Zukunft einer Seemacht bedarf und daß es sie sich schaffen muß, sobald es dazu wieder wirtschaftlich in der Lage ist.

Zur heutigen Regierung kann der Alldeutsche Verband ebensowenig Vertrauen fassen, wie er die heutige Regierungsform als die dem deutschen Volke angemessene anerkennt. Die heutigen Regierenden sind teils mitverantwortlich für die Politik, die unser Vaterland beim Ausbruch des Krieges ungenügend vorbereitet fand, und zwar sowohl militärisch, als auch politisch und wirtschaftlich, und die im weiteren zu seinem unglücklichen Ausgang führte, — teils tragen sie Schuld an dem Zusammenbruch der Heimat. Das gleiche gilt von jenen politischen Kreisen, aus denen die heutigen Machthaber hervorgegangen sind und auf die sie sich stützen. Der Alldeutsche Verband muß sie, wie alle, die „internationalen" Bestrebungen anhängen, bekämpfen, wenn er seinen Dienst an unserm Volke getreu erfüllen will.

Die Ereignisse nach dem 9. November 1918 haben unzweideutig erwiesen, daß ein Volk, daß so sehr sicheren politischen Sinnes entbehrt, wie das unsrige, für die sogenannte freistaatliche Staatsform nicht geschaffen ist, sondern der festen Führung anvertraut werden muß, wie sie die Monarchie besser verbürgt, als die Republik. Um deswillen halten wir insbesondere fest an dem Kaisergedanken und vertrauen darauf, daß er auch nach diesem Unglück die alte Kraft bewähren wird, die er in unserer Geschichte wiederholt bewiesen hat.

Am Anfang aller Arbeit für die deutsche Wiedergeburt hat das Bestreben zu stehen, unserem Volke endlich Nationalgefühl, völkischen Willen, völkischen Stolz beizubringen, und wir sprechen es als unsere Ueberzeugung aus, daß der schmachvolle Zusammenbruch letzten Endes eine Folge des fehlenden Nationalgefühls war; alle Einzelerscheinungen, die bei dem Zusammenbruch mitgewirkt haben, lassen sich darauf zurückführen. Hand in Hand mit der Erweckung sicheren Nationalgefühls ist es geboten, unserem Volke den Glauben an sich selbst zu geben, ihm wieder den den Sinn für Ehre, Treue, Pflicht und Gottesfurcht herzustellen. Nach dieser Richtung muß ihm der Wille eingeimpft werden, die Schmach dieses Zusammenbruches zu tilgen, damit es wieder seines Namens würdig werde. Dieser Wille wird sich zur treibenden Kraft völkischer Wiedergeburt erheben.

Als bedeutsamstes Mittel, unser Volk politisch zu erziehen, erscheint die Aufklärung über die Grundfragen der äußeren Politik und die Beschäftigung mit dieser Seite praktischer Staatskunst; der Alldeutsche Verband hat notgedrungen, da das Regiment der nachbismarckischen Zeit in der äußeren Politik Fehler auf Fehler häufte, die weder in den Volksvertretungen, noch in der Presse hinreichend aufgedeckt wurden, bisher den Hauptteil seiner Tätigkeit den außenpolitischen Fragen widmen müssen. Nachdem infolge dieser Fehler das Reich zusammengebrochen ist und Leute am Ruder sind, die all diese Fehlgriffe entweder mitgemacht oder gebilligt haben, erscheint es selbstverständlich, daß der Alldeutsche Verband nach wie vor der äußeren Politik die größte Aufmerksamkeit widmet, und wir wollen nur hoffen, daß seine Urteile und Ratschläge, nachdem sich die Richtigkeit seiner Meinungen gerade auf diesem Gebiete erwiesen hat, allmählich im Volke und bei den Regierenden Gehör finden. Dies würde um so mehr im Vorteil unseres Volkes liegen, als jeder Tag seit dem verhängnisvollen Friedensgesuch des Prinzen Max von Baden die Richtigkeit der alldeutschen Auffassung dargetan hat.

An das Zustandekommen des sogenannten „Völkerbundes" glauben wir heute ebensowenig, wie an den „ewigen Frieden"; ein Blick auf das Verhalten unserer Feinde, nachdem wir uns ihnen wehrlos preisgegeben haben, beweist, daß bei ihnen jedenfalls die Gesinnung nicht vorhanden ist, welche die erste Voraussetzung eines solchen Versuches wäre. Weil wir aus der Geschichte und nach der Veranlagung unserer hauptsächlichsten Feinde genau gewußt haben, daß es ihnen nicht auf Verständigung mit dem deutschen Volke ankomme, sondern auf Vernichtung des Deutschen Reiches, ja auf die Vernichtung des deutschen Menschen, deshalb haben wir eine Kriegsführung verlangt, die alle deutschen Waffen ausnütze, um den bösen Willen der Feinde zu brechen; denjenigen, die sich gröblich über Absicht und Natur unserer Feinde getäuscht haben, sprechen wir das Recht ab, uns aus diesem selbstverständlichen Verlangen einen Vorwurf zu machen. Im Gegenteil: da unserem Volke tagaus tagein vorgeredet wird, es sei Jahr und Tag planmäßig belogen und betrogen worden, weisen wir auf die Schuldigen hin, die dies Geschäft besorgt haben; es sind diejenigen, die unserem weltfremden Volke vorredeten, daß es nur die Waffen niederzulegen brauche, um einen guten Frieden zu erlangen, weil die Feinde im Grunde nur Gegner der „reaktionären Mächte" im Reiche, an der Spitze das Kaisertum, seien und dem deutschen Volke nicht feindlich gegenüber stünden.

Klarheit muß weiter darüber verbreitet werden, daß ein staatlicher Wiederaufbau erschwert wird, wenn der Kernstaat des zusammengebrochenen Reiches, wenn Preußen zertrümmert wird; deshalb wird der Alldeutsche Verband dafür eintreten, daß dieser Bundesstaat, der den heutigen Machthabern ein Dorn im Auge ist, ungeschmälert erhalten wird.

Diese machtpolitische Voraussetzung staatlicher Wiedergeburt findet auf dem Gebiete innerpolitischer, sittlicher und kultureller Fragen sein Gegenstück in der Notwendigkeit, den jüdischen Einfluß zurückzudämmen; der Alldeutsche Verband wird alle Bestrebungen zu fördern versuchen, die ruhig und bestimmt dafür eintreten, daß Deutschland den Deutschen gehört, und daß es demgemäß in allen inneren, äußeren, kulturellen und wirtschaftlichen Fragen geleitet werde. Sein Verhalten in dieser Frage gründet sich auf die unbestreitbare Tatsache, daß die Juden ein volksfremder Bestandteil der Reichsbevölkerung sind, und daß die Zurückweisung ihrer Machtansprüche mit Glaubensfragen gar nichts zu tun hat.

Wenn der Alldeutsche Verband von solchen Erkenntnissen und Grundsätzen geleitet, an die Arbeit geht, um bei der Wiederaufrichtung unseres Volkes zu helfen, so läßt er keinen Zweifel darüber, daß dabei vom Grunde aus begonnen werden muß. Deutsche Staatskunst kann nur von deutschen Menschen, die deutsch erzogen sind und sich als Deutsche fühlen, geleitet, verstanden und getragen werden. Deshalb verlangt der Alldeutsche Verband eine Umbildung des deutschen Schul- und Erziehungswesens im deutschen Sinne und wird alle dahingehenden Bestrebungen fördern; dabei weist er auf die Notwendigkeit hin, daß die Schule die ihr anvertraute Jugend planmäßig zu stolzem Nationalgefühl erzieht. Da zu erwarten steht, daß die derzeitigen Machthaber das Umgekehrte betreiben und durchzusetzen versuchen werden, richtet der Alldeutsche Verband schon heute seine Aufmerksamkeit darauf, daß es notwendig sein wird, Sonderschulen zu errichten, in denen wenigstens ein Teil unserer Jugend als Kern der zukünftigen Wiederaufrichter des Vaterlandes deutsch erzogen werde, erfüllt von Ehrfurcht vor der Vergangenheit unseres Volkes, von Liebe zu ihm, von Verachtung gegen die, die es geschädigt haben und schädigen wollen; es wird darauf zu achten sein, daß diese Schulen den Kindern aller Volksschichten zugänglich gemacht werden.

Der schulentlassenen Jugend muß die besondere Sorge der vaterländisch Gesinnten gelten, und wir wollen dahin wirken, daß die gewaltige Erziehungs-Aufgabe, die auf diesem Gebiete zu lösen ist, unter Mithilfe aller im Dienste völkischer Selbsthilfe stehenden Kreise in Angriff genommen wird.

Was hier von Schul- und Erziehungsfragen gesagt ist, gilt in gleicher Weise für die weibliche wie für die männliche Jugend, ja wir halten es für nötig, daß der deutschen Erziehung der zukünftigen Mütter unseres Volkes gesteigerte Sorge gewidmet werde.

Der Alldeutsche Verband darf nicht tatenlos zuschauen, wenn die an unendlichen Werten reiche, geschichtlich gewordene deutsche Kultur von verständnislosen Volksgenossen und vordringlichen, im deutschen Sinne geschichtslosen Volksfremden verfälscht und zersetzt wird; er wird tun, was in seinen Kräften steht, um alle, die den Wert der deutschen Kultur erkannt haben, zu ihrer Verteidigung aufzurufen und zusammenzuschließen.

Bei seiner aufbauenden Tätigkeit muß der Alldeutsche Verband auf die große vielleicht ausschlaggebende Bedeutung der Presse hinweisen, zumal da er längst erkannt und immer wieder ausgesprochen hat, daß ohne das zersetzende und verhetzende Treiben der alljüdischen und der ihr gleichgerichteten Presse der Krieg nicht verloren worden, der Umsturz mit seinen verwüstenden Folgen nicht gekommen wäre. Deshalb verlangt der Alldeutsche Verband von seinen Mitgliedern, daß sie die undeutsche Presse bekämpfen, die deutsche fördern helfen, und er selbst wird überall, wo er kann, dafür eintreten, daß vorhandene deutsche Zeitungen weiter verbreitet und bei Bedarf neue gegründet werden.

Wer unserem Volke helfen will, muß dafür sorgen, daß es in seinem zahlenmäßigen Bestande erhalten und zusammengeschlossen, daß seine rassenmäßige Zusammensetzung nicht weiter verdorben, sondern verbessert, daß der von ihm besiedelte Teil der Erdoberfläche nicht geschmälert werde, und daß es wirtschaftlich wieder zu Kräften komme. Im einzelnen ergeben sich für den Alldeutschen Verband daraus eine Reihe von Forderungen, die sowohl mit der Auffassung der derzeitigen Machthaber im Reiche, als mit den Absichten unserer Feinde im Widerspruch stehen. Trotzdem, ja gerade deshalb haben wir Alldeutschen alle Veranlassung, auszusprechen, was wir für nötig und richtig erachten. Die Erhaltung des zahlenmäßigen Bestandes

unseres Volkes und des von ihm besiedelten Volksbodens erheischt gebieterisch, daß ganz Deutsch-Oesterreich einschließlich der deutschen Westbezirke Ungarns, sowie das uralt-deutsche Kolonialgebiet der baltischen Lande in den Reichsverband aufgenommen wird. So sehr wir es ablehnen, die durch Bismarck im Jahre 1866 erzwungene Lösung als ein Unrecht und als einen politischen Fehler des gewaltigen Staatsmannes zu bezeichnen, wie dies jetzt in Übung gekommen ist, so sehr begrüßen wir es als eine der wenigen erfreulichen Folgen der November-Ereignisse, daß durch sie der Vereinigung des gesamten mitteleuropäischen Deutschtums die Bahn frei gemacht wurde. Jahrzehntelang haben wir mit unserer Fürsorge und Hilfe für das Deutschtum Oesterreichs und Ungarns fast allein gestanden, unseren Eifer aber durch die Verständnislosigkeit unserer Mitbürger nicht vermindern lassen; heute begrüßen wir unsere Volksgenossen aus den ehemals habsburgischen Landen mit brüderlicher Liebe und wollen alles daran setzen, daß ihnen im Reiche ein froher Empfang bereitet und daß kein Deutscher dieser Lande fremder Willkür überlassen werde. Damit ist gesagt, daß wir dahin wirken wollen, daß deutsches Blut und deutscher Boden nicht zur Beute von Polen, Tschechen, Slowaken, Italienern und Madjaren werde; soweit deutsche Minderheiten unter fremden Völkern belassen werden müssen, ist für sie das Recht der kulturellen Selbständigkeit („nationalen Autonomie") zu sichern, was besonders für das uns ans Herz gewachsene Deutschtum in Süd- und Südost-Ungarn gilt.

Eine gleiche Schutzmaßregel verlangen wir für die Deutschen auf bisher oder weiterhin russischem Boden und betonen, daß ihnen gegenüber das Deutsche Reich wahrlich vieles gut zu machen hat.

Das Reichsgebiet im Osten, soweit es Bestandteile des früheren polnischen Staates umfaßt, gehört infolge der Tatsachen der Geschichte zu Deutschland; auch die polnisch besiedelten Teile sind durch deutsche Arbeit — durch die gehäuften Wohltaten, die Preußen der polnischen Bevölkerung erwiesen hat — rechter Besitz des deutschen Volkes geworden, auf den nicht verzichtet werden kann. Die augenblickliche Not des Deutschen Reiches ändert an diesen Tatsachen nichts; wenn die Feinde jetzt Landabtretungen erzwingen sollten, so sollen sie sich darüber klar sein, daß die Ansprüche des deutschen Volkes, die durch eine Arbeit des preußischen Staates von anderthalb Jahrhunderten begründet sind, durch den heutigen hilflosen Zustand des Reiches sich nicht dauernd außer Kraft setzen lassen.

Das gleiche gilt für unsere Nordmark und die Ansprüche, die von den Dänen dort geltend gemacht werden.

Was den Westen des Vaterlandes betrifft, so bekämpfen wir die Meinung, daß Elsaß-Lothringen durch den Einmarsch der Franzosen unbestritten französisch geworden sei, und wir verwerfen die geschichtswidrige Redensart, daß zugunsten Frankreichs das „Unrecht von 1870" gut gemacht werden müsse, oder bereits gut gemacht sei. Ein solches Unrecht ist nicht begangen worden. Zudem ist das Reichsland in der Hauptsache uraltdeutscher Volksboden, und die Elsässer sind so deutsch, wie nur irgend ein anderer Stamm im Reiche; in Lothringen aber ist die Mehrzahl deutschredend, was besonders für Metz vor dem Umsturz galt. Gegen den deutschen Charakter der großen Mehrheit der reichsländischen Bevölkerung spricht das Verhalten eines Teiles von ihr bei und nach dem Zusammenbruch des Reiches nicht; diejenigen, die sich dort schändlich und würdelos benommen haben, sind nicht besser und nicht schlechter, als diejenigen, die im Reichsinnern dasselbe taten. Wir verlangen also, daß das Reichsland beim Reiche bleibe — erzwingt der Gegner eine andere Entscheidung, die überdies nach den bisherigen Erfahrungen seit der französischen Besetzung nicht

nur der wahren Stimmung der Bevölkerung, sondern auch ihrem wirtschaftlichen Wohlergehen widerspräche, so erklären wir schon heute, daß wir alles daransetzen werden, das Deutschtum des Reichslandes zu stützen, selbstbewußt zu machen und sein Gefühl der Zusammengehörigkeit mit dem Reiche mit allen Mitteln zu stärken, damit das Reichsland noch besser deutsch sei, wenn es zum Reiche zurückgebracht wird, als es zur Zeit seiner Losreißung war.

Trotz der jetzigen furchtbar schweren Wirtschaftslage des Reiches verlangen wir Maßnahmen, die eine die Volkskraft gefährdende Auswanderung unterbinden. Soweit die wirtschaftlichen Zustände unseres Vaterlandes eine stärkere Auswanderung nötig machen, muß sie dahingelenkt werden, wo der Zusammenhang mit dem Deutschtum, mit der Heimat erhalten wird: dafür kommen in erster Reihe diejenigen Teile Oesterreichs in Betracht, die durch die aufopfernde Tätigkeit ihrer männlichen Bevölkerung unerhörten Blutverlust erlitten haben.

Um die Gefährdung des rassenmäßigen Bestandes unseres Volkes zu verhüten, verlangen wir raschestens ein Einwanderungsgesetz, das uns vor artfremdem Zuzug schützt, und wir bekennen dabei, daß wir den Satz von der Gleichberechtigung alles dessen, was Menschenantlitz trägt, für eine durch die Wirklichkeit täglich widerlegte Lehrmeinung halten, deren tatsächliche Ausführung ein Verbrechen gegen unser Volk bedeuten würde.

Zum andern verlangt die Volksgesundheit nicht nur das Festhalten der heutigen Landbevölkerung auf dem Lande, sondern die Zurückführung der zum Landleben geeigneten Stadtbewohner aufs Land; um dieser Aufgabe zu genügen, muß die innere Siedlung, die der Alldeutsche Verband schon seit fünfundzwanzig Jahren fordert, mit gesteigertem Nachdrucke betrieben werden.

Da unser Volk, trotz des Zusammenbruches, menschenwürdig leben und sich von dessen wirtschaftlichen Fragen erholen soll, muß eine Wirtschaftspolitik betrieben werden, die alle Kräfte für den Aufbau frei macht. Der Alldeutsche Verband wird bestrebt sein, die Entwicklung genau zu verfolgen, und sich insbesondere dadurch nützlich zu erweisen suchen, daß er seine Kenntnis des Auslandes und seine Beziehungen zum Ausland-Deutschtum in den Dienst dieser Bestrebungen stellt.

Das Ausland-Deutschtum selbst hat der Alldeutsche Verband stets für den wichtigsten Vorposten deutschen Einflusses, deutscher Wirtschaft und Kultur gehalten und ihm demgemäß seine Fürsorge gewidmet. Jetzt, wo die Lage der Ausland-Deutschen durch den Ausgang des Krieges unendlich erschwert, ja vielerorts unerträglich geworden ist, wo sie zudem unter dem Haß und der Verachtung der Wirtsvölker zu leiden haben, werden wir uns mit erhöhtem Eifer ihres Wohles annehmen müssen; wir empfehlen dabei sofort, soweit eine Rückwanderung einsetzen wird, die Hinlenkung auf Gebiete, wo das Wohl der Rückwandernden mit dem Nutzen der Volksgesamtheit übereinstimmt. Wo aber das Ausland-Deutschtum Aussicht hat, sich über die Nöte dieser Zeit zu bewahren, muß alles geschehen, damit ihm durch die deutsche Kirche und Schule, durch die Selbsthilfe draußen und von der Heimat her die deutsche Sprache und damit der Zusammenhang mit dem alten Vaterlande erhalten werde.

Auf eigenen Kolonialbesitz kann nach unserer Ueberzeugung das deutsche Volk heute weniger als je verzichten; wir werden daher allen zur Seite treten, die die Wiedererstattung der uns geraubten überseeischen Gebiete und ihre gesteigerte Erschließung zur Förderung unserer Volkswirtschaft verlangen.

Solchen Erkenntnissen gemäß und diesen Zielen zustrebend, wird der Alldeutsche Verband mit erhöhtem Eifer daran arbeiten helfen, daß unser mißleitetes und betörtes

Volk das Elend dieser Zeit überwindet. Daß diese Arbeit im Gegensatz und im Widerstreit gegen die heutigen Machthaber zu verrichten ist, schreckt uns nicht; es ist für uns auch nichts Neues, gegen den Strom zu schwimmen und gleichzeitig wider eine verderbliche Staatsleitung von oben und die Verblendung unten ankämpfen zu müssen. Denn der Alldeutsche Verband ist politisch der Erstgeborene der nachbismarckischen Zeit: Wie der große Meister deutscher Staatskunst, der uns das Beispiel „nationaler Opposition" gegeben hat, so hat der Alldeutsche Verband seit seinem Bestehen in „nationaler Opposition" gestanden. Es ist nicht seine Schuld, daß er in dem fast ein Menschenalter währenden Zeitraum zwischen Bismarcks Entlassung und dem Umsturz nur selten, und auch dann nur vorübergehend, seine Kampfstellung gegen die Reichsleitung aufgeben konnte, einerlei wer ihr als Kanzler den Namen lieh. Heute, nachdem das Reich durch die Schwäche der Regierenden, durch die Unentschlossenheit des Bürgertums, durch den Verrat Volks- und Ehrvergessener in der Heimat und vor dem Feinde zusammengebrochen ist, und nachdem Leute zur Macht gelangt sind, die vor der Gegenwart und Nachwelt mit der denkbar schwersten Mitschuld an der Zertrümmerung des Reiches belastet dastehen, erscheint es erst recht als oberste völkische Pflicht, in schärfster „nationaler Opposition" zu verharren — nicht nur um das Gewissen zu wahren, sondern in der Erkenntnis, daß der Weg der heutigen Machthaber einfach die Fortsetzung der Leidensstraße ist, auf die die nachbismarckische Regierungsweise uns geführt hat. Nur die Umkehr kann retten — die Umkehr, die der Alldeutsche Verband vom Kaiser und von seinen Ratgebern vergeblich verlangt hat, und die nun zur Rettung von Volk und Vaterland durchgesetzt werden muß. Wir folgen dem Beispiel Ottos von Bismarck, der den Alldeutschen Verband der Ehre gewürdigt hat, sein erstes Ehrenmitglied zu sein, indem wir von dem Rechte des freien Bürgers Gebrauch machend und der grundlegenden Bürgerpflicht folgend, den Kampf gegen die Volksverderber aufnehmen, die Bismarcks Werk jetzt vorsätzlich vernichtet und damit das größte politische Verbrechen begangen haben, das die Weltgeschichte kennt. Wenn wir diesen Kampf aufnehmen, so stellen wir der geschichtlichen Wahrheit gemäß fest, daß die „nationale Opposition" des Alldeutschen Verbandes in der Vergangenheit keineswegs, wie seine Gegner zu Unrecht behauptet haben, ein Ausfluß seiner freiheitsfeindlichen Gesinnung gewesen ist, sondern die pflichtgemäße Betätigung eines staatsbürgerlichen freiheitlichen Grundrechtes. — Noch weniger hat sie das Ziel verfolgt, den inneren Zustand des Vaterlandes in der Richtung einer Schmälerung der Rechte seiner Bürger zu beeinflussen; das ergibt sich schon daraus, daß in der nachbismarckischen Zeit unser Widerstand hauptsächlich der verderblichen Außenpolitik des „neuen Kurses" gegolten hat. Der Kampf, den wir jetzt gegen die „neuen Männer" zu führen haben, hat ebensowenig mit dem Streben zu tun, die Freiheitsrechte des deutschen Bürgers zu schmälern, sondern verfolgt einzig und allein das Ziel, die Zukunft des deutschen Volkes zu retten, indem der deutsche Staat vor den verderblichen Künsten der Umsturzleute und ihrer Gefolgschaft gerettet wird. Denn unsere Sorge gilt unserem Volke, seiner Gesamtheit in allen seinen Schichten, und unsere ganze bisherige Arbeit beweist, daß wir nicht das Wohl einzelner Klassen fördern wollen, sondern das unser Herz in leidenschaftlicher Liebe dem Volksganzen schlägt.

Deutsche Freiheit, Ehre und Würde sind für uns die Inbegriffe eines für Deutschgeborene lebenswerten Daseins, und wir wollen, daß diese Sterne wieder über unserem Vaterlande leuchten, nicht aber die Irrlichter der Zuchtlosigkeit, Ehrvergessenheit und Würdelosigkeit.

Hart war das politische Los, das der Alldeutsche Verband in der Vergangenheit gezogen hat, und er mußte an 30 Jahre auf der Schattenseite des politischen Lebens stehen. Härter noch wird sein Dasein in der Zukunft werden. Das aber schreckt ihn nicht, und im vollen Bewußtsein der Schwere des Kampfes den er auf sich nimmt, schickt er sich an, seine Pflicht zu erfüllen. Auch wenn alle dem deutschen Gedanken untreu werden sollten, so bleiben wir doch treu. Denn wir glauben auch heute noch an unseres Volkes Zukunft — trotz allem, was wir erleben mußten, und wir wollen dazu helfen, daß die Folgen dieses furchtbaren Zusammenbruches doch noch zum Heile des deutschen Volkes ausschlagen.

Mit reinem Gewissen überschauen wir die Vergangenheit, mit reinem Gewissen gehen wir jetzt ans Werk, bei dem es unser höchster Ruhm sein soll, als Stoßtrupp des völkischen Gedankens befunden zu werden.

Heil dem deutschen Volke!

Bamberg, den 16. Februar 1919.

Die Hauptleitung:

Justizrat Claß, z. Zt. Berlin. General d. Kavallerie z. D. Freiherr v. Gebsattel, Bamberg. General der Infanterie z. D. v. Liebert, Berlin. Geh. Kommerzienrat Dr.-Ing. h. c. Kirdorf, Düsseldorf. Präsident a. D. Dr. jur. Thomsen, Lübeck.

Der geschäftsführende Ausschuß:

Zeitungsverleger W. Bacmeister, Elberfeld. Generalmajor z. D. Ernst Breusing, Hannover-Kleefeld. Professor H. Calmbach, Cannstatt. Professor Gebhard, Friedberg (Hessen). Landschaftsdirektor v. Hertzberg, Lottin i. Pommern. Sanitätsrat Dr. med. E. Hopf, Dresden. Karl Itzenplitz, Mülheim a. d. Ruhr. Landgerichtsrat Dr. Joerges, Rostock. Professor Dr. Erich Jung, Greifswald. Professor Dr.-Ing. M. Kloß, Nikolassee bei Berlin. Verlagsbuchhändler J. F. Lehmann, München. Professor Dr. Hans Frhr. v. Liebig, Gießen. Landgerichtsdirektor Lohmann, Blankenese. W. Niemann, Barmen. Justizrat Dr. G. Pezoldt, Plauen i. V. Justizrat Ferd. Putz, München. Justizrat Schlüter, Essen (Ruhr). Major Frhr. v. Stössel, Potsdam. Justizrat Erich Stolte, Berlin. Professor Dr. L. Viereck, Braunschweig. Kaidirektor P. Winter, Hamburg. Generalsekretär Zabel, Dortmund.

Anlage 11.

Ehrenmitglieder des Verbandes.

Dr. Karl Peters (9. 4. 91 bis 10. 9. 1918). †
Fürst Otto Bismarck (1. 4. 1895 bis 30. 7. 1898). †
Prof. Dr. Ernst Hasse (25. 2. 1906 bis 12. 1. 1908). †

Verzeichnis der Mitglieder der Hauptleitung vom Gründungstage (9. 4. 1891) bis 28. 9. 1920.

1. Graf von Arnim-Muskau, M. d. R., Berlin, vom 1. 1. 1895 bis 7. 11. 1902.
2. Dr. P. Bang, Oberfinanzrat, Berlin, vom 26. 9. 1920 an bis heute.
3. Breusing, Admiral, Berlin, stellv. Vorsitzender, vom 6. 9. 1913 bis 5. 10. 1914. †
4. Hch. Claß, Justizrat, Mainz-Berlin, stellv. Vorsitzender 07/08 geschäftsf. Vorsitzender (vom 9. 2. 1908 an), vom 1. Jan 1901 bis heute.
5. von Fischer, Oberbürgermeister, Augsburg, vom 9. 4. 1891 bis 8. 1. 1920. †
6. Frhr. v. Gebsattel, Gen. d. Kav., Schloß Gebsattel-Bamberg, stellv. Vorsitzender, vom 12. 4. 1914 bis heute.
7. von Grapow, Admiral, Lichterfelde, 2. stellv. Vorsitzender, von 22. 10. 1916 bis 14. 10. 1918.
8. Dr. E. Hasse, Professor, Leipzig, geschäftsf. Vorsitzender, vom 5. 7. 1893 bis 12. 1. 1908. †
9. von Hertzberg-Lottin, Landschaftsdirektor, Lottin (Pommern), vom 31. 8. 1919 bis heute.
10. K. von der Heydt, Elberfeld-Berlin, geschäftsf. Vorsitzender vom 9. 4. 1891 bis Ende 1893.
11. Karl Itzenplitz, Rhedereibesitzer, Mülheim a. R., vom 9. 9. 1911 bis zum Kriegsbeginne.
12. von Kardorff-Wabnitz, M. d. R. u. d. A. H., Oels, vom 8. 9. 1891 bis Ende 1900. † 21. 7. 1907.
13. Keim, Generalleutnant z. D., Jugenheim, vom 9. 9. 1911 bis Frühjahr 1919.
14. D.-Ing. Kirdorf, Geh. Kommerzienrat, Düsseldorf, vom 24.10.1915 bis Ende 1919.
15. Klingemann, Generalsuperintendent, Coblenz, stellv. Vorsitzender, vom 10. 2. 1907 bis Herbst 1912.
16. A. Krauß, General der Infanterie, Wien, vom 26. 9. 1920 an bis heute.
17. Dr. Ad. Lehr, M. d. R., Berlin, vom 1. 1. 1900 bis 21. 11. 1901. †
18. von Liebert, General der Inf., Freiburg i. B., vom 21. 2. 1904 bis heute.

19. Graf Mirbach-Sorquitten, M. d. R., vom 9. 4. 1891 bis 18. 11. 1891. †
20. Dr. Richard Graf Du Moulin-Eckart, Professor, München, vom 1. 1. 1903 bis 8. 4. 1904.
21. Dr. Neumann, Senator, Lübeck, vom 27. 5. 1904 bis 10. 2. 1907.
22. Dr. Karl Peters, vom 8. 4. 91 bis Ende 1893.
23. Dr. Joachim Graf von Pfeil und Klein-Ellguth, Friedersdorf (Kr. Lauban), vom 10. 2. 1907 bis 3. 4. 1910.
24. Dr. Reismann-Grone, Zeitungsbesitzer, Essen (Ruhr) vom 1. 1. 1903 bis 11. 9. 1903.
25. Graf E. v. Reventlow, Charlottenburg, vom 21. 11. 1908 bis Ende 1910 (zuletzt als Vertreter der Hauptleitung in Berlin).
26. Dr. Udo Graf zu Stolberg-Wernigerode, M. d. R., Dönhoffstädt, vom 29. 8. 1899 bis 7. 11. 1902.
27. Frhr. von Stössel, Major a. D., Potsdam, stellv. Vorsitzender, vom 9. 2. 1908 bis Ende 1918.
28. Dr. Thomsen, Präsident, Lübeck, vom 20. 7. 1917 bis heute.
29. Dr. Wislicenus, Professor, Geh. Hofrat, Leipzig, vom 9. 4. 1891 bis Ende 1894. † 5. 12. 1902.

Anlage 12.

Verzeichnis
der Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses vom Gründungsjahr (9. 4. 1891) bis 28. 9. 1920.

Otto Ammon, Schriftsteller, Karlsruhe i. B., vom 6. 6. 1900 bis Ende 1903.
von Anshelm-Möller, Kaufmann, Hamburg, vom 1. 1. 1899 bis Ende 1899.
Dr. O. Arendt, M. d. R., Berlin, vom 9. 4. 1891 bis Ende 1893.
Graf von Arnim-Muskau, M. d. R., Berlin, vom 9. 4. 1891 bis Ende 1894.

W. Bacmeister, Zeitungsverleger, Elberfeld, vom 5. 10. 1917 bis heute.
Dr. P. Bang, Oberfinanzrat, Dresden-Berlin, vom 31. 8. 1919 bis 26. 9. 1920.
Dr. K. Beerwald, Arzt, Berlin, vom 1. 1. 1895 bis Ende 1897.
von Below-Saleske, M. d. R., vom 9. 4. 1891 bis Ende 1893.
Fr. Bley, Schriftsteller, Berlin, vom 1. 1. 1902 bis Ende 1902.
Ph. Bonhard, Amtsrichter, Wöllstein, vom 25. 5. 1902 bis Ende 1907.
Breusing, Admiral, Zehlendorf, vom 1. 1. 1913 bis 20. 9. 1913.
E. Breusing, Generalmajor z. D., Hannover, vom 15. 4. 1917 bis heute.

H. Calmbach, Professor, Cannstatt, vom 10. 2. 1907 bis heute.
Hch. Claß, Rechtsanwalt, Mainz, vom 18. 12. 1898 bis Ende 1900.

Dr. Ellenbeck, Realschuldirektor, Gummersbach, vom 1. 1. 1900 bis 9. 10. 1905.
van Eyken, Geschäftsführer, des Allg. D. V., Berlin, vom 21. 11. 1891 bis 15. 7. 1893.

Dr. A. Fick, Arzt, Zürich-Schönungen, vom 1. 1. 1894 bis heute.
E. Frasch, Kaufmann, Antwerpen, vom 1. 4. 1894 bis 5. 11. 1898. †
E. Freigang, Rechtsanwalt, Chemnitz, vom 22. 10. 1916 bis Ende 1919.
G. Fritz, Geheimer Regierungsrat, Berlin, vom 31. 8. 1919 bis heute.

Gebhard, Professor, Friedberg, vom 5. 10. 1917 bis heute.
A. Geiser, Geschäftsführer, Berlin, vom 1. 2. 1900 bis Ende 1908.
E. A. Grimm, Kaufmann, Hamburg, vom 17. 4. 1896 bis Ende 1897.
Dr. Groos, Geh. Reg.-Rat, Konstanz, vom 1. 1. 1897 bis Ende 1897.
v. Grumme-Douglas, Admiral a. D. und Rittergutsbesitzer, Rehdorf (Neumark), vom 5. 10. 1917 bis Mitte 1919.

Dr. E. Häckel, Professor, Jena, vom 9. 4. 1891 bis Ende 1893. †
Dr. F. Hänsch, Professor, Grimma i. S., vom 1. 1. 1911 bis Ende September 1919.

Dr. Hapke, Sanitätsrat, Mühlhausen i. Th., vom 26. 9. 1920 bis heute.
Dr. E. Hasse, Professor, Leipzig, vom 9. 4. 1891 bis 5. 7. 1893.
v. Hertzberg, Landschaftsdirektor, Lottin (Pommern), vom 14. 4. 1918 bis 31. 5. 1919.
Dr. Heyck, Professor, Halensee, vom 6. 6. 1900 bis Ende 1901.
K. von der Heydt, Berlin, vom 14. 3. 1895 bis Ende 1900.
K. Hoffmann, Reg.-Baumeister, Berlin, vom 9. 4. 1891 bis Ende 1894.
Dr. Fr. E. Hopf, Sanitätsrat, Dresden, vom 25. 5. 1902 bis Ende September 1919.
Dr. A. Hugenberg, Geh. Finanzrat, Berlin, vom 1. 1. 1894 bis Ende 1903.
Dr. R. Hunsdiecker, Hohenlimburg, vom 1. 1. 1903 bis Ende 1911.

K. Itzenplitz, Rhedereibesitzer, Mülheim a. R., vom 10. 2. 1907 bis 9. 9. 1911 und vom 14. 4. 1918 bis heute.

Dr. Joerges, Landgerichtsrat, Rostock, vom 22. 10. 1916 bis heute.
E. Jung, Professor, Greifswald, vom 14. 9. 1918 bis heute.

Keim, Generalmajor, Berlin, vom 1. 1. 1911 bis 9. 9. 1911.
C. Klingemann, Generalsuperintendent, Koblenz, vom 1. 1. 1903 bis 10. 2. 1907 und 6. 9. 1913 bis heute.
Dr. Ing. M. Kloß, Professor, Berlin-Nikolassee, vom 22. 10. 1916 bis heute.
Lutz Korodi, Direktor der Deutschen Zeitung, vom 24. 6. 1908 bis Ende 1917.
Dr. Kretzschmar, Sanitätsrat, Dresden, vom 27. 9. 1920 bis heute.

P. Langhans, Professor, Gotha, vom 1. 1. 1902 bis Ende 1912.
Lattmann, Amtsrichter, M. d. R., Schmalkalden, vom 1. 1. 1906 bis Mitte 1915.
J. F. Lehmann, Verlagsbuchhändler, München, vom 1. 1. 1898 bis heute.
Lehmann, Oberstleutnant a. D., Göttingen, vom 1. 1. 1903 bis Ende 1904.
Dr. A. Lehr, M. d. R., Geschäftsführer, Berlin, vom 1. 1. 1894 bis Ende 1899. †
Dr. H. Frhr. von Liebig, Professor, Gießen, vom Jahre 1915 an bis heute.
Lohmann, Landgerichtsdirektor, Blankenese, 24. 10. 1915 bis heute.
G. Luther, Bibliothekar, Berlin, vom 17. 4. 1896 bis Ende 1897.

von Mayer, Offizial, München, von 1. 1. 1899 bis Ende 1899 und vom 6. 6. 1900 bis Ende 1900.
Dr. Mehnert, Präsident, Dresden, 9. 4. 1891 bis Ende 1893.
Dr. H. Meltzer, Professor, Canstatt, vom 1. 1. 1905 bis 10. 2. 1907.
Dr. R. Graf Du Moulin-Eckart, Professor, München, vom 1. 1. 1902 bis Ende 1902 und vom 10. 2. 1911 bis Ende 1920.

A. von der Nahmer, Fabrikant, Remscheid, vom 1. 1. 1902 bis Ende 1902 und 1. 1. 1908 bis 4. 9. 1909.
Dr. Neumann, Senator, Lübeck, vom 1. 1. 1902 bis 27. 5. 1900 und vom 10. 2. 1907 bis heute.
W. Niemann, Fabrikant, Barmen, vom 1. 1. 1899 bis 28. 6. 1908 und vom 10. 12. 1911 bis heute.

Olzem, M. d. R., Landgerichtsrat, Saarbrücken, vom 9. 4. 1891 bis Ende 1893.

Dr. G. Petzoldt, Justizrat, Plauen, vom 6. 6. 1900 bis heute.
Dr. J. Graf von Pfeil und Klein-Ellguth, Friedersdorf, Kr. Lauban, vom 1. 1. 1905 bis 10. 2. 1907.

von Pilgrim, M. d. A., Reg.-Präsident, Minden, vom 9. 4. 1891 bis Ende 1893.
K. Poppe, Landgerichtsrat, Prenzlau, vom 26. 9. 1920 an.
Dr. H. Pohl, Zeitungsbesitzer und Hauptschriftleiter, Gr. Lichterfelde, vom 1. 1. 1911 bis 22. 4. 1915. †
Dr. Preyer, Professor, Berlin, vom 9. 4. 1891 bis Ende 1893.
K. Pröll, Schriftsteller, Berlin, vom (?) 1. 1. 1893 bis Ende 1893. †
F. Putz, Justizrat, München, vom 1. 1. 1905 bis 20. 8. 1918. †

Dr. Reismann-Grone, Essen (Ruhr), Zeitungsbesitzer, vom 9. 4. 1891 bis Ende 1902 und vom 11. 9. 1903 bis Frühjahr 1915.
H. P. Reuß, Pastor, Hamburg-Fuhlsbüttel, vom 12. 4. 1914 bis Ende 1917.
Grf. E. von Reventlow, Schriftleiter, Charlottenburg, vom 1. 1. 1908 bis 21. 11. 1908.
H. Rippler, Herausgeber der „Täglichen Rundschau", Berlin, vom 14. 4. 1912 bis heute.
Dr. Rumpe, Arzt, Krefeld, vom 1. 1. 1895 bis Ende 1900.

Dr. P. Samassa, Professor, Halensee, vom 1. 2. 1900 bis Ende 1910.
G. A. Schlechtendahl, Kaufmann, Barmen, vom 1. 1. 1899 bis Ende 1901.
Schlüter, Justizrat, Essen (Ruhr), vom 1. 1. 1915 bis heute.
Dr. Schöller, Düren im Rhld., vom 15. 7. 1893 bis Ende 1893.
Dr. Schroeder-Poggelow, Berlin, vom 9. 4. 1891 bis Ende 1908. †
Fr. Schrempf, Schriftleiter, Stuttgart, vom 1. 1. 1903 bis Ende 1904.
G. Schweinfurt, Professor, Berlin, vom 9. 4. 1891 bis Ende 1894.
Dr. Siecke, Professor, Berlin, vom 1. 1. 1895 bis 17. 4. 1896.
Simons, P., Fabrikant, Elberfeld, vom (?) 1. 1. 1893 bis Ende 1901. †
Simons, W., Oberlandesgerichtsrat, Berlin, vom 1. 1. 1903 bis Ende 1907.
Dr. Solger, Prof., Berlin, vom 4. 9. 1909 bis Ende 1910 und vom 26. 9. 1920 an.
Stephan, Landgerichts-Direktor, Darmstadt, vom 6. 6. 1900 bis Ende 1901. †
Dr. Stintzing, Geh. Mediz.-Rat, Professor, Jena, vom 6. 6. 1900 bis Ende 1902.
E. Stolte, Justizrat, Berlin, vom 21. 2. 1904 bis heute.
Frhr. von Stössel, Major a. D., Potsdam, vom 1. 1. 1903 bis 9. 2. 1908 und vom 1. 1. 1919 bis heute.

Tramm, M. d. A., Stadtsyndikus, Hannover, vom 9. 4. 1891 bis Ende 1893.

Nationalrat Dr. Ursin, Wien, vom 26. 9. 1919 bis heute.

Dr. L. Viereck, Professor, Braunschweig, vom 1. 1. 1902 bis heute.

Fr. Wagner, Eisenbahndirektor, Friedenau-Berlin, vom 1. 1. 1898 bis Ende 1903.
Fr. K. Walbaum, Rechtsanwalt und Notar, Göttingen, vom 26. 9. 1920 an.
Wegener, Dr. Leo, Posen, vom 12. 4. 1918 bis Ende 1918.
P. Winter, Kaidirektor, Hamburg, vom 16. 6. 1905 bis heute.
Dr. P. Wislicenus, Berlin, vom 1. 1. 1894 bis Ende 1894.
von Wrochem, Generalleutnant z. D., Berlin, vom 23. 11. 1911 bis 19. 9. 1914. †

J. F. Zabel, Generalsekretär, Dortmund, vom Frühjahr 1916 bis heute.
Zeiß, Leipzig, vom 28. 6. 1908 bis Ende 1910.

Anlage 13.

Personenverzeichnis.

Anlage 14.

Sachverzeichnis.







